Gibt es eine neue linke Mehrheit? S. 21

C 21734 E

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 12 Nr. 226 18.10.82

4 DM
Förderpr. DM 5

Stationierung der Atomraketen

Wo Wie Wann ?

Kürzlich vermutete ein CDU'ler, in Berufung auf Bundeswehrkreise, daß Cruise missiles in die Marseille-Kaserne nach Uetersen kämen. Doch inzwischen läßt sich der Stationierungsvorgang sehr viel genauer angeben.
Zum ersten Male wurden in der BRD konkrete Hinweise auf die Stationierungsorte für die neuen Mittelstreckenraketen mit der ,,Stern''-Veröffentlichung einer nuklearen Lagekarte für die BRD gegeben. Der ,,Stern'' schrieb dazu am 19.2.81 :

,,Die ,Cruise missiles' sollen in fünf, höchstens sieben US-Camps in Deutschland und auf ***nicht-bundeswehreigenen*** *Flugplätzen stationiert werden, auf denen schon jetzt Atomwaffen lagern. Damit stehen drei Standorte bereits fest : die US-Flugplätze Ramstein, Hahn und Spangdahlem. Für die restlichen Standorte sind außer dem US-Camp bei Bremen die beiden britischen Flugplätze Brüggen und Laarbruch in Nordrhein-Westfalen geeignet.''*

Forts. Seite 3

schrieb dazu am 19.2.81 :
Forts. Seite 3



Nazi-Verbrecher und BKA-Agent Joachim Fiebelkorn

Attentäter von Bologna — ein Agent des BKA?

Erneut ist einer der westdeutschen ,,Dienste'' — in diesem Fall das BUNDESKRIMINALAMT — in ein faschistisches Verbrechen verwickelt. Der westdeutsche Nazi, Führungskader der ,,WELTUNION der NATIONALSOZIALISTEN'' (WUNS), Putschist in Bolivien und BKA-Agent in Sachen internationaler Drogenhandel, Joachim Fiebelkorn (35), soll nach Ansicht der italienischen Polizei einer der 5 Attentäter sein, die für das Massaker von Bologna am 2.8.1980 verantwortlich sind. Einen Tag nach Ferienbeginn kamen durch eine im Hauptbahnhof von Bologna detonierte Bombe 85 Menschen ums Leben, über 200 wurden verletzt.

Nach Aussagen des italienischen Faschisten, Geheimdienstagenten und Mitglied der berüchtigten Freimaurerloge ,,P 2'', Elio Ciolini, sollen die Faschisten Stefano Delle Chiaie, Pierluigi Pagliai, Maurizio Giorgi (alle Italien), der Franzose Olivier Danet und eben Joachim Fiebelkorn das Attentat im Auftrag des mittlerweile inhaftierten Chefs der ,,P 2'', Licio Gelli, verübt haben. Daß Fiebelkorn zumindest bei einer Konferenz rechter Terroristen in Rom im Jahr 1980 dabeigewesen ist, dafür führt der verantwortliche Untersuchungsrichter Aldo Gentile auch einen Hinweis aus westdeutschen Geheimdienstkreisen an.

Forts. Seite 4

Die CDU/CSU verspricht »Blut, Schweiß & Tränen«

In der freiheitlichsten aller nur denkbaren Ordnungen reduziert sich die Mitbestimmung des Bürgers im Staat auf das bekannte Kreuzchen, das er alle vier Jahre auf einen Zettel machen darf, den er dann in einen Kasten zu stecken hat, der sinnigerweise ''Wahlurne'' heißt.

In unordentlichen und unstabilen Zeiten ist den Herrschenden selbst dieses kleine Kreuzchen ihrer Untertanen noch zuviel an Mitbestimmung. Da schiebt man lieber ein paar nur ihrem Gewissen verantwortliche Abgeordnete von einer Koalition in die nächste, und die große Wende ist perfekt. Daß die so zustande gebrachte neue Mehrheit vermutlich keine Mehrheit beim Wahlvolk hat, ist den Herrschenden spätestens in der hessischen Wahlnacht schmerzlich bewußt geworden. Also verzichtet man lieber erst einmal auf den riskanten Test und verspricht Neuwahlen im März 1983. Zu diesem Zeitpunkt wird die Wirtschaftskrise für die Bevölkerung noch stärker spürbar sein als heute, und die ersten unsozialen Maßnahmen der neuen Regierung werden Wirkung zeigen. Gerade dann zu wählen, ist eigentlich ziemlich unlogisch, denn daß im März 83 eine Mehrheit für die neue Regierung zustande kommt, ist völlig unsicher. Und auf jeden Fall muß die FDP befürchten, daß das Wahlvolk es ihr dann nach Hessen und Bayern noch einmal Schwarz auf Weiß mitteilt, daß man sie für überflüssig hält.

Neuwahlen im März 83 machen für die Herrschenden nur Sinn, wenn bis dahin neue Tatsachen geschaffen sind, die mit einiger Sicherheit eine absolute Mehrheit der CDU/CSU versprechen. Eine Brandstiftung im Bundestag könnte dafür gute Dienste tun. Zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würde die CDU/CSU mit einem Mordanschlag auf dem amtierenden Übergangskanzler Kohl, der ohnehin manchem ehrgeizigen Konkurrenten im Wege steht. Oder man entdeckt demnächst doch noch, daß das von der SPD chaotisierte und ruinierte Haus noch längst nicht in Ordnung ist, sodaß es die Verantwortung fürs Große Ganze geradezu gebietet, im Interesse der Bevölkerung die versprochenen Neuwahlen abzusagen. An Spannung wird es jedenfalls in den nächsten Monaten nicht fehlen.

(Siehe auch S. 7 ff.: ''Was will die CDU/CSU mit der Übergangsregierung Kohl/Genscher?'')



Polen — Verschärfung des Kriegsrechts

Solidarnosc verboten!

Am 7. Oktober hat der Sejm, das polnische Parlament, mit dem Verbot der Solidarnosc einen Schlußstrich gezogen unter die Bemühungen, in irgendeiner Form die ,,nationale Versöhnung'' zu erreichen. Verabschiedet wurde ein neues Gewerkschaftsgesetz, das die Auflösung aller alten Gewerkschaften — sowohl der Solidarnosc als auch der alten staatsloyalen Branchengewerkschaften — beinhaltet. Eine solche Roßkur deutete sich bereits im Juli und August an, als das Militärregime für militante Konfrontationen mit der Opposition sorgte. Nach den Unruhen im August und der zeitlich so passenden Botschaftsbesetzung in Bern hatte der polnische Staatsapparat seine Kampagne verschärft. Der jetzige Beschluß zur Auflösung der Solidarnosc bedeutet nicht nur die Kampfansage an die militanten Teile der Opposition, sondern ist zugleich eine Ohrfeige für die auf Versöhnung drängenden Reformer, nicht zuletzt für die Katholische Kirche, die zunehmend ins Sperrfeuer der Armeezeitung und andere Sprachrohre des polnischen Staates gerät. Der aufgetretene Bruch zwischen Staat und Kirche läuft auf eine weitere Zerrüttung der polnischen Gesellschaft hinaus, die das Militärregime bislang deutlich zu vermeiden versuchte.

Die Frage ist, ob das Konzept der totalen Konfrontation, das nun vom Militärrat eingeschlagen wird, Aussicht auf Erfolg hat.

Forts. Seite 2

Artikel zu den Grün-Alternativen in diesem Heft

Forts. v. Seite 1

Polen —Verschärfung des Kriegsrechts Solidarnosc verboten

Das neue Gewerkschaftsgesetz

Auch nach dem Militärputsch versuchten die Herrschenden Polens, die Solidarnosc zu spalten und relevante Teile für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Alle diese Versuche zur Bildung einer ,,Nationalen Front" schlugen fehl und mußten fehlschlagen, weil das Militärregime weder politische noch soziale Zugeständnisse anbieten konnte. Offenkundig hat selbst die Zuspitzung der Auseinandersetzung bis hin zu Straßenschlachten nicht zu einer Isolierung der radikaleren Teile der Solidarnosc geführt. Seit den ersten militanten Auseinandersetzungen im August orientierte daher der Staatsapparat auf eine endgültige Zerschlagung der Solidarnosc. Ende September schrieb die Regierungszeitung 'Rzeczpospolita', es gebe keine Zukunft für Solidarnosc in Polen; Czyrek, ZK-Sekretär, erklärte, man werde für eine ,,Wiedergeburt" der Gewerkschaftsbewegung sorgen (,,taz", 24.9.).

Die Kirche versuchte zunächst ein Verbot der Solidarnosc zu verhindern. Erzbischof Glemp warnte vor ,,sehr gefährlichen Ereignissen", die durch ein Verbot ausgelöst werden könnten. Im Gespräch war eine Zusammenkunft von Glemp und Jaruzelski. Am 5. Oktober sagte Glemp dieses Treffen ab mit der Begründung, es gebe derzeit nichts zu besprechen. Damit ist es erstmals seit den Streiks 1980 zu einem offen Bruch zwischen Staat und Kirche gekommen. Die Entscheidung Glemps, die Gespräche abzubrechen, wurde sicherlich mitbeeinflußt von der wachsenden Kritik an seinem Schaukelkurs. Einerseits wurde ihm vorgeworfen, ,,viel zu politisch" aufzutreten, andererseits er ,,habe häufiger die Steine der Demonstranten verurteilt als die Panzer und das Kriegsrecht der Generäle" (,,FAZ", 6.10.). Die Politik des polnischen Episkopats, mäßigend auf das Militärregime einzuwirken, zugleich die Opposition ruhig zu halten und mit Jaruzelski zu verhandeln, ist auf ganzer Linie gescheitert.

Ebenso gescheitert ist der halbherzige Reformflügel innerhalb der PVAP, dessen Sprachrohr, die ,,Polityka" noch Ende September verdeckt kritisiert hatte, daß das Jaruzelski-Konzept der ,,Patriotischen Bewegung zur na-
der ,,Patriotischen Bewegung zur na-
tionalen Wiedergeburt" nicht alle grossen Strömungen der Opposition einbinde, sondern nur die ohnehin regimetreuen Teile. (,,FAZ" 2.10.).

Das neue Gewerkschaftsgesetz macht mit solchen Skrupeln kurzen Prozeß: Alle Gewerkschaften sind aufzulösen. In einem dreijährigen Prozeß sollen ,,von unten" neue Gewerkschaftseinheiten aufgebaut werden, d.h. es wird auf ein bis zwei Jahre mindestens überhaupt keine Gewerkschaften, sondern nur Betriebsgruppen geben. Das Streikrecht wird massiv eingeschränkt und tendenziell beseitigt. Legal werden nur soziale Streiks sein, wenn alle Bemühungen zur Schlichtung gescheitert sind; politische und Solidaritätsstreiks werden verboten. (,,Welt", ,,FAZ", ,,taz" vom 10.10.) Es mutet schon makaber an, wenn Politbüro-Mitglied Siwak und andere Funktionäre in Polen eine Aufhebung des Kriegsrechts in Aussicht stellen. Es ist unwahrscheinlich, daß das neue Gewerkschaftsgesetz die Spannungen in Polen lösen kann. Die soziale Lage der polnischen Arbeiterklasse verschlechtert sich von Tag zu Tag, jetzt sollen sogar die arbeitsfreien Samstage wieder aufgehoben werden. Und politische Freiheiten wird es eh nicht geben. Angenommen Jaruzelski ließe einen demokratischen Aufbau neuer Gewerkschaften von unten zu. Dann gäbe es eine Neugründung der Solidarnosc oder jedenfalls eine höchst unbequeme Arbeitergewerkschaft. Aber daran ist natürlich überhaupt nicht gedacht, sondern an echte RgW-Gewerkschaften, deren Hauptfunktion im Abfassen von Grußbotschaften an Parteitage und alterne KP-Chefs besteht. Deshalb sollen die neuen Gewerkschaften nicht wie die Solidarnosc regional und d.h. basisdemokratisch organisiert werden, sondern branchenmäßig. Dadurch werden regionale Aktionen erheblich erschwert, die Spaltung der Arbeiterklasse in Berufszweige gefördert. Diese Organisationsform erinnert eher an Ständeorganisationen als an eine Einheitsgewerkschaft. Und ist auch so gedacht.

Erste Reaktionen

Dank der Unterbrechung der Telefonleitungen ist das Ausmaß der Streiks schwer abzuschätzen. Sicher ist aber, daß es auf der Lenin-Werft in Gdansk zu Streiks kam. Ebenfalls zu Zusammenstößen kam es in anderen Küstenstädten. Nach einem offiziellen Bericht wurden 148 Menschen festgenommen. Für die Lenin-Werft wurde die Militarisierung verhängt, d.h. daß jeder Widerstand nach Kriegsrecht bestraft werden kann und Anweisungen der Direktion den Charakter militärischer Befehle haben. Das Werftgelände in Gdansk wurde von der Miliz abgeriegelt, und die ZOMO-Einheiten wurden an wichtigen Plätzen zusammengezogen.

Die Lenin-Werft scheint auch diesmal das Zentrum der Streiks gewesen zu sein. Die Miliztruppen haben anscheinend nicht gegen die Streikenden auf dem Werftgelände eingegriffen, sondern 'nur' gegen die Demonstration vor der Werft, die mit Tränengas und Wasserwerfern auseinandergejagt wurde. Daraufhin kam es zu stundenlangen Straßenschlachten und Scharmützeln. Auch in Nowa Huta gab es stundenlange Straßenschlachten.

Insgesamt fiel die Reaktion auf das Verbot — bislang — eher schwach aus. Die Beteiligung an den Aktionen war anscheinend geringer als im August.

Westliche Sanktionen

Die beiden Hauptstützen der freien Welt, Ronald Reagan und der Papst, reagierten prompt. Der Papst klagte die ,,schwerwiegende Verletzung der fundamentalen Rechte des Menschen und der Gerechtigkeit" an und versprach, die Kirche werde ,,die legitimen Rechte der arbeitenden Menschen verteidigen". (,,FAZ", 11.10.).

Handfester als der Papst reagierte Reagan: er will die sog. Meistbegünstigungsklausel im Handelsverkehr aufheben, was zur konkreten Folge hat, daß sich die Einfuhrzölle in die USA für Polen erhöhen. Aber die US-Regierung sei sich über den ,,weitgehend symbolischen" Charakter dieser Strafmaßnahme im Klaren (,,FAZ", 11.10.). Wie schon so oft scheitert die US-Sanktion an den verweichlichten Europäern, die wenig Neigung zeigen, sich den Sanktionen anzuschließen: *,,Die europäischen NATO-Länder ziehen aber auch die Umschuldungsverhandlungen der westlichen Banken mit Polen in Betracht. Sie befürchten, daß eine weitere Behindung des Handels Polens mit dem Westen die Fähigkeit Warschaus zur Zahlung von Schuldzinsen und zur Tilgung seiner Verpflichtungen beeinträchtigt"* (,,FAZ", 13.10.). In der Tat, und wo propagandistische Showeffekte das Geschäft bedrohen, entscheiden diese Kaufmannsseelen sich allemal für den Profit.

Spannend dürfte nun das Verhalten der CDU/CSU werden. In der Opposition wurden sie nicht müde, die Werbetrommeln für Sanktionen zu schlagen, schrieen sich heiser, die SPD mache einen Kniefall vor Moskau, wenn sie sich den US-Sanktionen nicht anschlösse. Wohl wissend, daß die Folgen rein ideologisch blieben, weil die EG gar nicht daran dachte, ihren ökonmischen Einfluß auf den RgW ernsthaft zu schwächen. Nun stehen sie an der Macht und es ist kaum zu erwarten, daß sie ihre wortradikalen Sanktionen realisieren. Genscher äußerte zwar die ,,Besorgnisse" der Bundesregierung über die neuerliche Zuspitzung in Polen, aber außer diplomatischen Floskeln kündigte er keine Maßnahmen an.

Der Streit zwischen den USA und der EG um Sanktionen gegen den RgW und gegen Polen im besonderen wird auch weiterhin in erster Linie ideologische Bedeutung haben. Die an Polen verliehenden Milliarden will niemand ernsthaft aufs Spiel setzen, auch nicht die Amerikaner. Es *,,besteht in Washington keine Absicht, den Forderungen einiger radikaler Beamter, vor allem aus dem Verteidigungsministerium, zu folgen und Polen für bankrott zu erklären"* (,,FAZ", 11.10.).

Daß sich nun Solidarnosc freiwillig auflösen werde, glaubt sicher niemand. Entweder die polnische Regierung versucht neben der im Untergrund aktiven Solidarnosc eine staatsloyale Gewerkschaft ins Leben zu rufen, oder sie verschärft erheblich die Repression. Nun haben namhafte Vertreter des Militärregimes Lockerungen des Kriegsrechtes angekündigt, wie etwa die Freilassung weiterer Internierter, und davon gesprochen, die ,,Wiedergeburt" der Gewerkschaftsbewegung könne nur in einem Klima der Lockerung und schließlichen Aufhebung des Kriegsrechts Erfolg haben. Aber genau das ist völlig unrealistisch, eben weil sich die Solidarnosc nicht einfach auflösen läßt. Es wird also weiterhin Untergrundarbeit und Aktionen geben, und Jaruzelski wird die Standardargumentation wiederholen, die Unvernunft der Opposition verhindere die Aufhebung des Kriegsrechts. Vordergründig erreicht hat das neue Gewerkschaftsgesetz nur die Desillusionierung der Reformer, der Kräfte des Historischen Kompromisses, der Nationalen Versöhnung. Es sollte uns nicht wundern, wenn diese Entwicklung eher die radikalen Strömungen in der Solidarnosc stärkt.

Mit Repressionen allein wurde noch keine Volksbewegung geschlagen, und für das Zuckerbrot, die Zugeständnisse, fehlt der Spielraum weiterhin. Im Osten nichts neues...

J./Hamburg

Am 29. Januar '83: Demonstrationen gegen Neonazismus und CDU/CSU-Regierung

Am 30. Januar wird der 50. Jahrestag der ,,Machtübernahme" durch die NSDAP sein. Nach den konservativen Übergangsregierungen Brünings, Papens und Schleicher s wurde Hitler am 30. Januar zum Reichskanzler ernannt. Die NSDAP verfügte damals nur über 196 von 584 Mandaten im Reichstag, war also auf Tolerierung durch die Konservativen und andere Rechte angewiesen. Es wurden Neuwahlen zum 5. März 1933 angesetzt. Diese Wahlen fanden bereits unter starkem Terror von Nazis und Polizei statt. Der Reichstagsbrand am 27. Februar schuf den Vorwand, noch in derselben Nacht Tausende von Kommunisten festzunehmen und in Konzentrationslager zu verschleppen. Die unter diesen Bedingungen veranstalteten Wahlen brachten der NSDAP 44 % — was Hitler dann noch an Stimmen fehlte, um die totale Diktatur auf ,,legalem Weg" zu errichten, verschafften ihm die anderen Rechtsparteien.

Aus Anlaß des 50. Jahrestages wird zu Demonstrationen in Hamburg, Köln, Frankfurt und München am 29. Januar aufgerufen. Die Erstunterzeichner des Aufrufs kommen überwiegend aus dem Spektrum der DKP und der von ihr kontrollierten Verbände, jedoch sind auch namhafte Vertreter anderer Richtungen unter den Unterzeichnern.

Der Aufruf wurde noch vor dem Regierungswechsel in Bonn verfaßt und publiziert, durch den Gang der Ereignisse bekommt er zusätzliche Aktualität. Auch wenn der Aufruf die Rolle der SPD für eine drohende 'Wiederholung eines solchen Verhängnisses' im Unklaren läßt, auch wenn der Aufruf sich damit zunächst nur an ein eingeschränktes Spektrum wendet, halten wir ihn in seiner grundsätzlichen Ausrichtung der Warnung vor einem neuen Faschismus in der BRD für unbedingt unterstützenswert. Der Machtantritt der CDU/CSU, die sich mit ihrem jetzigen reaktionären Programm nur als Übergangsregierung zu einem noch schärferen Rechtskurs versteht, gibt allen solchen Warnungen eine aktuelle Brisanz, die bei aller notwendigen Auseinandersetzung um den weiteren Weg ein Zusammengehen der demokratischen und antifaschistischen Kräfte erfordert.

Wir unterstützen deshalb den Aufruf und werden unseren Beitrag leisten, um die angekündigten Demonstrationen zu breiten politischen Manifestationen gegen die Offensive von Rechts zu machen — ohne dabei die SPD aus der Verantwortung zu lassen. Im übrigen schlagen wir vor, die Demonstrationen am 29.1.83 zum Anlaß für vielfältige Aktivitäten 'vor Ort' zu nehmen (Antifaschistische Ausstellungen, — Ausstellungen — Tage — Wochen usw. vor dem 29.).

AK-Redaktion und Antifa-Kommission

NIE WIEDER FASCHISMUS – NIE WIEDER KRIEG!

AUFRUF

30. Januar 1933 – 30. Januar 1983

Am 30. Januar 1983 jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem auf Drängen rechtskonservativer Kreise, nicht zuletzt von den Vertretern der Schwerindustrie, der Hochfinanz und der Generalität, Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde.

Er zerschlug als erstes die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften, beseitigte die parlamentarisch-demokratische Regierungsform und unterdrückte alle demokratischen Bestrebungen.

Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen für die sogleich beginnende Kriegsrüstung und die Vorbereitung des geplanten Angriffs zur Eroberung des ,,Ostraums".

Die Fackelzüge am 30. Januar 1933 waren das Fanal für den Zweiten Weltkrieg.

Wenn wir heute dazu aufrufen, dieses schicksalsschweren Tages zu gedenken, so vor allem, um der möglichen Wiederholung eines solchen Verhängnisses entgegenzuwirken. Unser Volk hat gegenüber der kommenden Generation und den anderen Völkern die Verpflichtung, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Das in Europa, in West und Ost, heute schon stationierte Atomwaffenpotential reicht aus, alles Leben auf unserem Planeten auszulöschen. Jede weitere Stationierung neuer, noch gefährlicherer Atomraketen, insbesondere in unserem Land, erhöht das Risiko totaler Vernichtung.

Heute, wie in den dreißiger Jahren, begründen die Befürworter der Aufrüstung ihre Politik mit demagogischen Phrasen und propagieren ein antikommunistisches Feindbild. In diesem Klima gedeiht der Neonazismus, wächst sein Einfluß auf eine durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit verunsicherte Jugend.

38 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Regimes schüren neonazistische Gruppen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß, organisieren Terror und Mord, derweil die Behörden nur zögernd, oft zu spät eingreifen und die Gefahr von rechts sträflich verharmlosen. Der 30. Januar 1933 mahnt uns, dem wiedererwachenden Nazismus entgegenzutreten und zugleich in unserem Widerstand gegen die Politik des Rüstungswahnsinns nicht nachzulassen.

Wir rufen deshalb auf,

am Samstag, den 29. Januar 1983, in Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und München

in machtvollen Kundgebungen zu demonstrieren:

- für sofortigen Rüstungsstopp in West und Ost,
- gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in unserem Land,
- gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhetze,
- für das Verbot aller neonazistischen Parteien und Gruppierungen einschließlich der HIAG und die Unterbindung jeglicher nazistischer Propaganda und Kriegsverherrlichung,
- für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten,
- für Abrüstung und Friedenspolitik!

Frankfurt am Main, den 15.7.1982

PERSÖNLICHKEITEN UND REPRÄSENTANTEN VON ORGANISATIONEN UND INITIATIVEN, DIE BISHER UNTERSCHRIEBEN HABEN:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth; Heinrich Albertz; Kurt Bachmann, Mitgl. d. Präs. d. VVN-BdA, d. FIR u. d. Präs. d. DKP; Dr. Winfried Beck, Ärzte gegen Atomraketen, Delegierter, i.d. Landesärztekammer Hessen; Fritz Bringmann, Vors. d. Arb.Gemein. Neuengamme in d. BRD, Generalsekr. d. Amicale Internationale de Neuengamme; Klaus D. Bufe, 1. Sprecher des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt; Emil Carlebach, 1. Vizepräsident d. Internat. Buchenwald-Komitees, Mitgl. d. Bundesvorstandes d. Deutschen Journalisten-Union; Peter O. Chotjewitz, stellv. Bundesvors. d. Verbandes Deutscher Schriftsteller i.d. IG Drupa; Manfred Coppik, MdB; Günter Walter Daus, Sekr. d. Komitees d. Moorsoldaten, Mitgl. d. Präs. d. VVN-BdA; Franz-Josef Degenhardt; Dieter Deiseroth, Juso-Landesvorstand Hessen; Ingeborg Drewitz, Vizepräsidentin d. PEN-Zentrums BRD; Dr. Heinz Düx, Vors. Richter am Oberlandesgericht; Bernt Engelmann; Dr. Konrad Elsässer, Pfarrer, Vors. d. Christl. Friedensdienstes; Kurt Erlebach, Generalsekr. d. VVN-BdA; Prof. Dr. Walter Fabian, Hochschullehrer, Publizist; Anatol Feid, Dominikanerpater; Uwe Frankenberger, Bezirksvors. SJD-Die Falken Hessen-Nord; J. Hallick, Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend Deutschlands; Kurt Georgi; Peter Gingold, Vorstandsmitgl. d. Internat. Auschwitz-Komitees; Christian Götz, Gewerkschaftssekr.; Dieter Hashagen, Betriebsrat (GHK); Jürgen Heilmann, Mitgl. d. Bundesvorstandes d. Internat. Jugendgemeinschaftsdienste Bonn (IJGD); Detlef Hensche, Gewerkschaftssekr.; Kurt Hirsch, Publizist, PDI; Friedrich Hitzer, Schriftsteller, Redakteur von ,,kürbiskern"; Heinz Gerd Hofschen, Mitgl. d. Juso-LV Bremen; Dr. Werner Holtfort, Rechtsanwalt, Bundesvor. d. Republik. Anwaltsvereins; Mechtild Jansen, Mitgl. d. Büros d. Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit; Hans Jennes, stellv. Präsident d. VVN-BdA; Christoph Jetter, Gewerkschaftssekr.; Ernst Kersting, Landesbezirksvors. d. IG Drupa; Heinar Kipphardt, Schriftsteller; Dittmar Klein, Ortssekr. GDED OV Ffm.; Prof. Dr. Ulrich Klug, Justizsenator a. D., Bundesvor. d. Humanistischen Union; Uwe Knickrehm, MSB-Vors.; Reinhold Koch, Kreisvorst. Die Grünen Bremen-Nord; Dr. theol. Werner Koch, Präsident d. Sachsenhausen-Komitees i.d. BRD; Prof. Dr. Walter Kreck, Theologe; Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Vorstandsmitgl. d. Bundes demokr. Wissenschaftler; Prof. Ingrid Kurz; Jürgen Kujawa, Betriebsrat; Konrad Lübbert, Pastor, Versöhnungsbund e.V.; Werner Lutz, Bundesvor. d. DJD; Leonhard Mahlein, Gewerkschaftsvor. IG Drupa; Klaus Mannhardt, Bundesvors. DFG/VK; Gunnar Matthiessen, Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit; Gertrud Müller, Sprecherin d. Lagergem. Ravensbrück d. BRD; Petra Müller, Bez.-Vorst. d. Jusos Hessen-Süd; Dr. Reinhard Opitz, Publizist; Norman Paech, Vors. d. Vereinig. demokr. Juristen i.d. BRD u. Westberlin; Prof. Dr. Renate Riemeck; Luise Rinser, Schriftstellerin; Dr. Joseph C. Rossaint, Präsident d. VVN-BdA; Erich Ruhl, Betriebsratsvors.; Joachim Schwammborn, Bundessekr. d. VDJ i.d. BRD u. Westberlin; Frank Spieth, Gewerkschaftssekr.; Eckart Spoo, Bundesvors. d. dju i.d. IG Drupa; Helmut Stein, Mitgl. d. Präs. d. VVN-BdA; Bernhard Stöver, Geschäftsführer HBV Ffm.; Alois Stoff, Betriebsratsvors.,1. Vors. DFG/VK NRW; Karl Heinz Stommel, Betriebsratsvors. b. Mannesmann; Prof. Dr. Gerhard Stuby, Hochschullehrer; Werner Stürmann, Bundesvorst. SDAJ; Horst Symanowski, Pfarrer i.R.; Klaus Thüsing, MdB; Horst Trapp, Mitgl. d. Bundesvorst. d. DFU; Ernst Urban; Walter Vogt, Gewerkschaftssek.; Gerhard Weber, Vors. d. Ges. BRD/UdSSR Hamburg; Josef Weber, Oberst a.D.; Walter Weller, Gewerkschaftssekr. IGM; Ralf Worring, Betriebsr., stellv. Vors. d. Jusos Wuppertal; Heinz Werner Wurstius, Bezirkssekr. IG Drupa; Wolfgang Zellner, Bundesvors. SHB.

Die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II in der BRD — Wie, Wo, Wann?



Forts. v. Seite 1

In der BRD-Generalkarte Atomwaffen, die in der ,,taz'' vom 18.6.81 mit einer umfangreichen Dokumentation veröffentlicht wurde, sind diese Orte entsprechend eingezeichnet, statt Hahn ist dort Bitburg als CM-Stationierungsort angegeben. (s. auch den Nachdruck in AK 204, vom 22.6.81, S.4) Als Stationierungsorte für die Pershing II werden Neckarsulm, Schwäbisch-Gmünd und Neu-Ulm genannt, wo derzeit die 108 Pershing Ia der USA stationiert sind, die durch 108 Pershing II ersetzt werden sollen. Die Stationierungsorte waren bereits 1980 festgelegt worden (wie die ,,Welt'' vom 9.12.80 berichtete), u.z. für Großbritannien, die BRD und *,,dem Vernehmen nach für Italien''*. Die britische Regierung hatte ,,ihre'' Standorte (Molesworth und Greenham Common) bereits damals im Rahmen einer öffentlich verteilten Broschüre bekanntgemacht, der Kriegsminister persönlich hatte vor Ort zur Begeisterung der ,,Welt'' schon mit 200 neuen Arbeitsplätzen geworben. Die übliche Geheimhaltungspolitik in der BRD, so mutmaßte die ,,Welt'' schon damals könne nur Unheil bringen (s. Kasten).

> **Bereits 1980 verfügte die BRD über alle Kenntnisse, wie,wo und wann die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen vonstatten gehen solle. Schon damals befürchtete Springers-,,Welt'' (9.12), daß aus der Geheimniskrämer-Politik der BRD nur Unheil folgen könne :**
> *,,Bislang folgt sie ihrem gewohnten Kurs : Standorte von Atomwaffen werden nicht öffentlich bekannt gemacht. Experten aber glauben, daß es völlig unmöglich sein wird, die zur Aufnahme der Marschflugkörper in der Bundesrepublik nötigen Baumaßnahmen geheimzuhalten. Irgendeinen Interessierten wird es schon geben, der entsprechende Meldungen in die Öffentlichkeit lancieren wird. Dann aber muß die Bundesregierung mit größter Wahrscheinlichkeit eine Informationspolitik betreiben nach dem Motto ,,löschen, was noch zu löschen ist. Muß es soweit kommen ?''*
> **Antwort des AK : Ja, es geht gera-**
> *Informationspolitik betreiben nach dem Motto ,,löschen, was noch zu löschen ist. Muß es soweit kommen ?''*
> **Antwort des AK : Ja, es geht gera-****de los damit !**

Theo Sommer polemisierte seinerzeit in der ,,Zeit'' (am 27.2.81 : ,,ein fadenscheiniger Knüller'') gegen die ,,Stern''-Veröffentlichung und behauptete u.a., daß statt *,,auf fünf bis sieben US-Camps''* (,,Stern''-Version) die 96 Cruise missiles in der BRD *,,auf viel weniger Plätzen konzentriert''* würden. Der ,,Stern'' antwortete darauf, daß er diese Angaben der US-Fachzeitschrift ,,Aviaton Week'' entnommen habe und kritisiert, daß Sommer gar keine Zahlen nenne. Sommer erklärte dazu : *,,Die genaue Zahl unterliegt der Geheimhaltung höchsten Grades''* (alle Angaben aus ,,Zeit'', vom 20.3.81).

Kürzlich berichtete der ,,Stern'' (am 8.9.82) in Berufung auf den Militärexperten William Arkin vom Washingtoner Institute für Policy Studies, daß als offenbar einziger Stationierungsort das sog. **,,Pfadfinder-Camp''** bei Wiersdorf nahe bei Bitburg in der Eifel vorgesehen sei. Als Quelle gibt er US-Haushaltsangaben an, da solche Dinge im US-Kongreß offen gehandelt würden.

Bevor wir auf die Standorte bei Bitburg, die dabei eine Rolle spielen (könnten), genauer eingehen, wollen wir erst einmal die Funktion solcher Cruise missiles-Geschwader darlegen.

Jeweils 16 CM sind zu einem Geschwader bzw. einer Kompanie zusammengefaßt. Bei 160 CM für Großbritannien sind das 10 Geschwader, bei 96 für die BRD müßten es 6 sein, aber es werden regelmäßig 7 Geschwader genannt (danach sollen wir mit 112 CM ,,gesegnet'' werden). In den Standorten in Großbritannien werden grasbedeckte Bunker, die durch feste Straßen verbunden sind, als Unterkünfte gebaut (,,Welt'', 9.12.80). Laut ,,Aviation Week and Space Technology'' (vom März 82) soll es in den Stationierungsorten feste Abschußrampen geben. Zusätzlich hat jede Kompanie 4 Werfer (,,Transporter Erector Launcher'' (TEL)) (s. Abbildung), in denen je 4 CM untergebracht sind. Damit können die CM (bis zu 16 gleichzeitig) dann von allen möglichen Standorten aus abgeschossen werden. Zu jeder Kompanie gehören neben den 4 TEL 2 weitere schwere Fahrzeuge, die selbst in atomar verseuchtem Gebiet operieren können sollen. Dies sind die sog. ,,launch control center'', die die Nachrichtenverbindungen mit Kommandozentralen, Satelliten und dem US-Präsidenten halten sollen; gleichzeitig sind entsprechende Turbinengeneratoren als Energieeinheiten dabei. Insgesamt mit Wachmannschaften etc. hat ein Geschwader 60 Mann Personal und 30 Fahrzeuge (zit. nach ,,FAZ'', vom 29.3.82). Die 137 TEL und 79 LCC-Zugmaschinen baut MAN in Salzgitter bzw. in ihrer neuen US-Firma ,,MAN-Truck-and Bus-Corp.'' (in Cleveland/USA). Insgesamt (auch für die Pershing II) liefert MAN sogar 465 Zugmaschinen (Kosten : 160 Mio. DM) (s.Zeichnung, nach ,,UZ'', 28.1.82). In Friedenszeiten rücken diese Fahrzeuge zwar häufig zu Übungen aus, dann sollen aber lediglich ,,Dummies'', Attrappen ohne Sprengkopf und ohne Treibstoff verwendet werden. In Krisenzeiten - so heißt es in der offiziellen Londoner Broschüre - *,,verlassen die Werferkompanien ihren verbunkerten Standort und beziehen Stellungen in der näheren und weiteren Umgebung...Diese Stellungen werden schon in Friedenszeiten vermessen. Es*

ferkompanien ihren verbunkerten Standort und beziehen Stellungen in der näheren und weiteren Umgebung...Diese Stellungen werden schon in Friedenszeiten vermessen. Es

gibt mehrere für die Einheiten, damit sie gewechselt und von der gegenerischen Aufklärung nicht ausgemacht werden können''. (zit. nach ,,Welt'', 9.12.80) Während bei den Pershing II die Abschußorte nur ,,einige Dutzend'' Kilometer vom Stationierungsort entfernt liegen, können sie bei den CM bis zu 160 km entfernt liegen (nach ,,UZ'', s.o.). Interessant ist dabei, daß die 15,39 Meter langen und 10 Tonnen schweren Zugmaschinen so (um)konstruiert worden sind, daß sie *,,luftverladbar''* sind, also mit Lufttransportern zu ihren Einsatzorten geflogen werden können (,,UZ'', s.o.). Insgesamt werden für Großbritannien 2000 Mann Personal (+ Angehörige) (,,Welt'', s.o.) angegeben, für die BRD 1500, zu denen dann noch einmal 1200 Angehörige kommen (,,Stern'',s.o.). Die Pershing II sind i.ü. dem Heer unterstellt, während die CM-Geschwader zur Luftwaffe gehören.

Nach diesen Angaben läßt sich auch angeben, was zur Cruise misseles Stationierung erforderlich ist :

1 . **Unterbringungsmöglichkeiten für 1200 Familienangehörige**
2 . **Kasernen für 1200 Mann**
3 . **Bunkereinrichtungen für die festen Stationierungsorte der CM**
4 . **Alles muß in der Nähe oder auf US-Flugplätzen geschehen, auf denen auch schwere Transporter landen können**

Interessant ist dabei auch der Hinweis eines hohen US-Beamten, daß in der BRD *,,wenig zu tun''* sei, d.h. also vorhandene Einrichtungen benutzt werden sollen. (Diese Angabe wurde in Schottland am Rande einer Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO gemacht (lt. ,,UZ'', vom 22.10.81))

Die Pershing II - Raketen, die die Pershing Ia ersetzen, werden auf die alten Standorte gebracht, das heißt neue Baumaßnahmen sind dort nicht erforderlich.

Der Stationierungsfahrplan

Der Stationierungsfahrplan

Unter dem Code-Wort ,,Air-Force Base Wiersdorf'' laufe im Washingtoner Kriegsministerium der ,,Countdown'' für das brisante Projekt, schrieb der ,,Stern'' (am 8.9.82). Mit 200 Mio. Dollar solle eine völlig neue Basis samt Unterkünften aus dem Boden gestampft werden. Für das Haushaltsjahr 1983 seien 40 Mio. Dollar vorgesehen. Die BRD schieße 18 Mio. DM für Straßenbau, Abwässeranlagen, Elekrizitätsleitungen etc. hinzu. Nach dem Zeitplan des ,,Stern'' können damit ab sofort (ab. 1.10.) die Vermessungs- und Bautrupps auftauchen, da in den USA das Haushaltsjahr am 1.10.82 beginnt. Ab Herbst 83 sollen die ersten Spezialisten eintreffen, die Cruise misseles sind dann im Sommer 84 zu erwarten (zunächst 16). Ein 30 Mio. Dollar-Zaun soll dann das Gelände schützen. Der Zeitplan des ,,Stern'' kann als durchaus realistisch angesehen werden, obwohl es dazu unterschiedliche Aussagen gibt : Den holländischen Friedenskämpfern vom Interkirchlichen Friedensrat (IKV) versicherte NATO-General-Sekretär Luns erst kürzlich wieder (s.dazu Artikel in diesem AK), daß g l e i c h z e i t i g in Italien, Großbritannien und der BRD, und zwar 1983, stationiert würde.

In anderen Quelle heißt es aber, daß im Dezember 1983 zunächst in Großbritannien stationiert werden soll. Die ,,FAZ'' (vom 29.3.82) schreibt, daß der Start der Stationierung im Dezember 83 mit 54 Cruise missiles in Großbritannien gemacht wird, im Herbst 81 habe die englische Regierung diese *,,Vorreiterrolle zugesagt''* (s.o.).

Das hängt mit zwei Dingen zusammen: Nicht nur die Kosten für die Cruise missiles haben sich inzwischen bereits von 2 auf über 4 Mio. Dollar pro Stück erhöht, sondern auch die ganze Erprobung hat sich (technisch) erheblich verzögert : Die Pershing II sind auf keinen Fall einsatzbereit. Der erste, bereits stark verspätete Startversuch im Juni dieses Jahres scheiterte kläglich. Auch bei den Cruise missiles ist das Programm nicht fertig (genaue Angaben finden sich im AK 219, S.15/16 : ,,Kommt ein Moratorium?'', sie sollen hier nicht in den Einzelheiten wiederholt werden). Um den öffentlich verkündeten Fahrplan, die Drohung, ab 83 zu stationieren, einzuhalten, müssen zumindest einige Cruise missiles nach Europa 1983. Dazu schrieb die ,,FAZ'' (am 24.3.82), daß neben den vorgesehenen 300 Mio. weitere 80 Mio. Dollar für die CM-Erprobung freigegeben wurden, wobei man sich ganz auf die 54 Cruise missiles für Großbritannien *,,konzentriere''*.

Selbst wenn die Waffen (technisch) dann noch nicht voll einsatzfähig sein sollten, ihre Drohfunktion und politische Funktion im atomaren Pokerspiel könnten sie bereits allemal übernehmen.

Selbst wenn die Waffen (technisch) dann noch nicht voll einsatzfähig sein sollten, ihre Drohfunktion und politische Funktion im atomaren Pokerspiel könnten sie bereits allemal übernehmen.

Zudem müsse der Ausbau der Stellungen vorangetrieben werden, schrieb die ,,FAZ'' (am 29.3.82), dies sei *,,nicht ohne langwierige Vorbereitungen möglich''*. Außerdem erhielten die Waffen *,,ihren Wert ... aber erst, wenn ihr Fachpersonal ausgebildet ist. Die Truppe muß feldverwendungsfähig sein. Die zögernden NATO-Verbündeten sollten bedenken, daß die Heranbildung dieser Sonderverbände Zeit kostet. Eine sorgfältige Zeitplanung von Produktion und Ausbildung ist notwendig.''* Auf deutsch : die Stationierung muß schon deshalb vorangetrieben werden, damit die Truppen sich auf ihre Funktionen einüben können, denn erst danach sind die Waffen voll verwendungsfähig.

Wegen der nicht mehr zu verheimlichenden Verzögerung bei den Pershing II wurde schon vor einiger Zeit von Regierungsstellen gezielt die Möglichkeit eines Moratoriums bei diesen Waffen in die Öffentlichkeit gestreut (s.dazu ausführlicher in AK 219, s.o.).

Das „Pfadfinderlager" — Spangdahlem und Bitburg

Wiersdorf ist ein kleines Dorf 6 km nordwestlich von Bitburg, das von der Landwirtschaft und Feriengästen lebt. Der Geroldsteiner CDU-Bundestagsabgeordnete und ,,Wehrexperte'' Mertes (jetzt zu neuen Amt und Würden gelangt) hatte auf den ,,Stern''-Bericht hin erklärt, daß es sich um *,,Spekulationen mit geringstem Wahrscheinlichkeitsgrad''* handle, dies sei lediglich eine *,,Verunsicherungskampagne''*. Doch tatsächlich befindet ich 4 km von Wiersdorf entfernt das sog. Pfadfinderlager, nämlich das ,,Camp Rittersdorf - Scout Facilitiy'' mit dem Schild ,,US-Eigentum'' am Eingang, gegenwärtig Übungsgelände für US-Pfadfindertruppen. Auf der Rückseite sieht man riesige Bunkeranlagen mit hohen Einfahrtstoren, Anlagen, die zur Zeit nicht benutzt werden, die allerdings ohne großen Aufwand als Bunker für die CM umfunktioniert werden könnten. (Angaben mit Fotos befinden sich dazu im ,,Regionalblatt'' vom 8.10.82) Aus ,,vertraulichen'' Quellen, so vermeldet die ,,taz'' (am 16.10.82), sei bekannt geworden, daß Ingenieure des Staatsbauamtes Trier-Süd seit einiger Zeit an konkreten Plänen für die Infrastruktur (Wohnhäuser, Straßen) arbeiteten. Interessant ist auch, daß bei dem US-Flugplatz Spangdahlem, der jetzt schon 500 ha umfaßt, seit einiger Zeit Erweiterungsbemühungen im Gange sind, die entweder mit der Erweiterung des Flughafens oder mit der CM-Stationierung in Verbindung stehen (so mutmaßte die Friedensgruppe

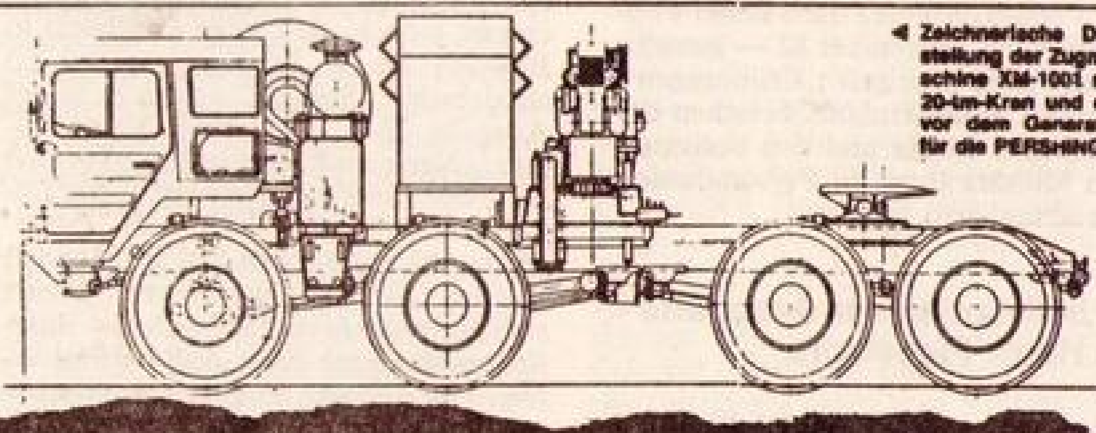
Zeit Erweiterungsbemühungen im Gange sind, die entweder mit der Erweiterung des Flughafens oder mit der CM-Stationierung in Verbindung stehen (so mutmaßte die Friedensgruppe

Bitburg in einem Artikel der Trierer ,,katz'' (Ferienausgabe)). Das Gelände soll um 25 - 30 ha erweitert werden, es würden bereits Kabel vom Flugplatz aus dahin verlegt, bei 1,5 ha würden sich die Eigentümer allerdings weigern, ihr Gelände zu verkaufen. Die Enteignungsverfahren seien zwar eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen. Dieses Gelände soll Sportanlagen, einen Supermarkt und ähnliches aufnehmen, die sich bislang im Inneren des US-Geländes befinden. Wofür soll nun der Flugplatz erweitert bzw. im Inneren Platz geschaffen werden ? Für CM-Bunkeranlagen ? Für eine Vergrößerung des Flughafens ? Offensichtlich sind noch weitere Ausdehnungen vorgesehen, denn die US-Kommandeure wollen, daß die neue Umgehungsstraße für Spangdahlem weiter weg vom Flughafen, näher an die Stadt heran verlegt wird. Abgestimmt hingegen dürfte es sein, daß dieser Ort jetzt eine Umgehungsstraße bekommt.

Auch in der Pfalz bei Haßloch und Ramstein, im Ober-Ohmer Wald bei Mainz am Hahnenkreuz im Westerwald und beim US-Flughafen Hahn im Hunsrück will das ,,Regionalblatt'' (s.o.) Bunkerbauten ausgemacht haben.

Die beiden Bitburger Friedensgruppen haben inzwischen eine gemeinsame Diskussion und Arbeit auch mit anderen Gruppen aufgenommen. Am 4.-7.11. soll vor dem Bonner Kriegsministerium eine Mahnwache aufgezogen werden, am 17.11. soll in Bitburg (oder auf dem angegebenen Gelände) ein Aktionstag mit Kundgebung und ggf. einer Demonstration regional durchgeführt werden (,,taz'',s.o.)

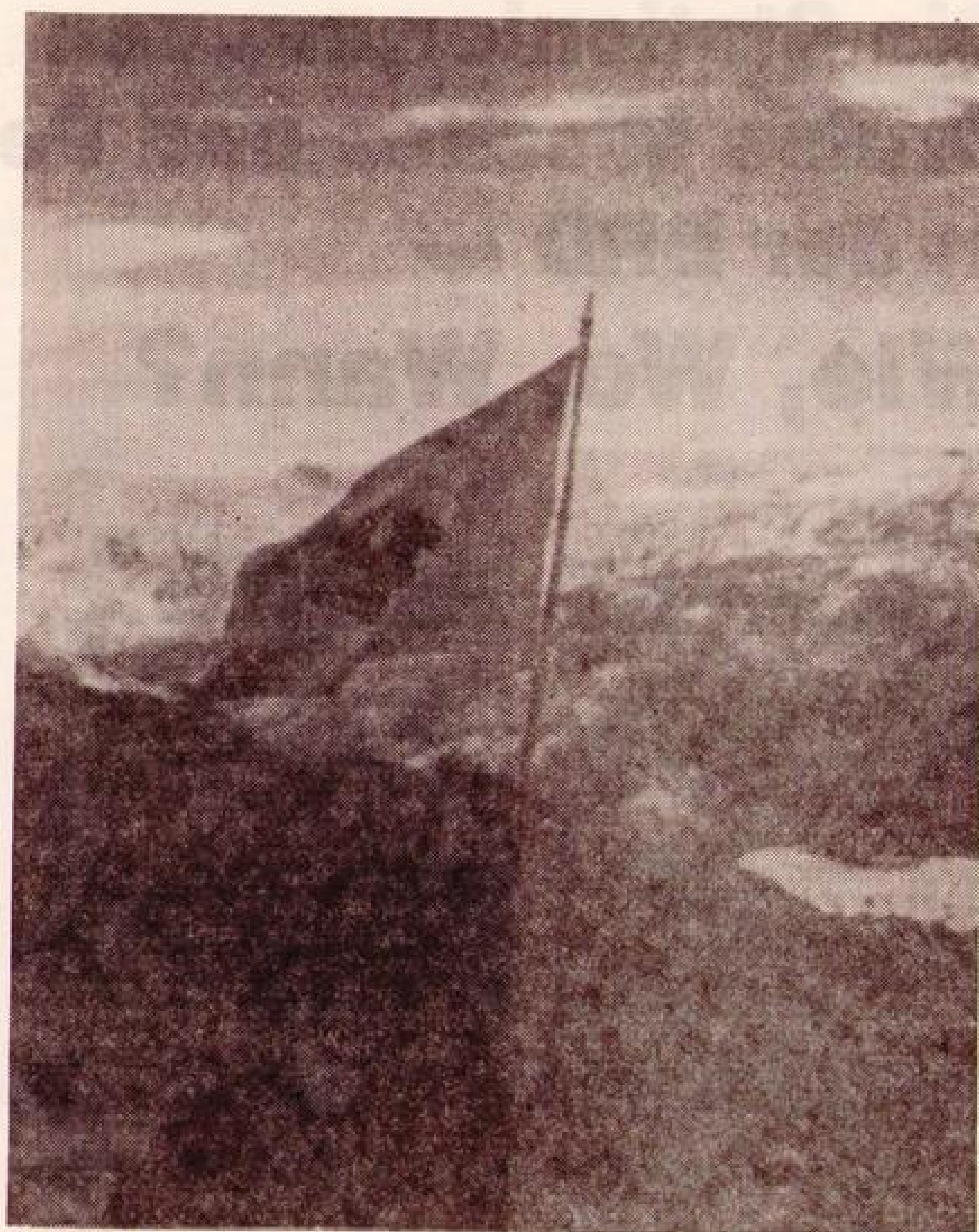
Kontaktadressen sind :
Friedenszentrum Palaststr.3, 55 Trier, Tel : 0651/40141
Friedensgruppe Bitburg, Ulla Franz, Kaschenbacherstr. 1, 5521 Niederweis, Tel : 06568/7309



MAN-Zugmaschine mit Generator für die Pershing II und Cruise Missiles

Faschistische Attentate von Bologna, München u.a. — der Staat ist immer dabei

Attentäter von Bologna ein Agent des BKA?



Nach dem Putsch 1980 hißten bolivianische Faschisten bei La Paz eine Hakenkreuzfahne.

Erneut ist einer der westdeutschen „Dienste" — in diesem Fall das BUNDESKRIMINALAMT — in ein faschistisches Verbrechen verwickelt. Der westdeutsche Nazi, Führungskader der „WELTUNION der NATIONALSOZIALISTEN" (WUNS), Putschist in Bolivien und BKA-Agent in Sachen internationaler Drogenhandel, Joachim Fiebelkorn (35), soll nach Ansicht der italienischen Polizei einer der 5 Attentäter sein, die für das Massaker von Bolongna am 2.8.1980 verantwortlich sind. Einen Tag nach Ferienbeginn kamen durch eine im Hauptbahnhof von Bologna detonierte Bombe 85 Menschen ums Leben, über 200 wurden verletzt.

Nach Aussagen des italienischen Faschisten, Geheimdienstagenten und Mitglied der berüchtigten Freimaurerloge „P 2", Elio Ciolini, sollen die Faschisten Stefano Delle Chiaie, Pierluigi Pagliai, Maurizio Giorgi (alle Italien), der Franzose Olivier Danet und eben Joachim Fiebelkorn das Attentat im Auftrag des mittlerweile inhaftierten Chefs der „P 2", Licio Gelli, verübt haben. Daß Fiebelkorn zumindest bei einer Konferenz rechter Terroristen in Rom im Jahr 1980 dabeigewesen ist, dafür führt der verantwortliche Untersuchungsrichter Aldo Gentile auch einen Hinweis aus westdeutschen Geheimdienstkreisen an.

Angeblich hat Fiebelkorn über Bekannte aus der Zeitung von dem gegen ihn am 12.9. in Italien ausgestellten Haftbefehl erfahren. Nach einem Rückruf beim Bundeskriminalamt stellte sich Fiebelkorn den westdeutschen Behörden. Das zu diesem Zeitpunkt per Kurier den westdeutschen Behörden vorgelegte und ausdrücklich als noch nicht vollständig gekennzeichnete Material reichte dem zuständigen Haftrichter Ulrich allerdings nicht aus, den in der BRD ohne festen Wohnsitz lebenden Fiebelkorn in Haft zu nehmen. Stattdessen erfolgte nach Bekanntwerden der Tätigkeit Fiebelkorns fürs BKA die eilige Behauptung, Fiebelkorns Freilassung habe nichts mit seiner BKA-Tätigkeit zu tun. Unabhängig von der konkreten Tatbeteiligung Fiebelkorns am Massaker von Bologna — die die westdeutsche Justiz offenbar nicht klären will — erhellt der Fall Fiebelkorn schlaglichtartig die sonst sorgfältig verborgenen Querverbindungen zwischen offiziellem Repressionsapparat und terroristischen Nazi-Banden bis hinein in die Kreise des internationalen Drogenhandels. Die Absetzung des ermittelnden Oberstaatsanwalts Guido Marino, sowie der Untersuchungsrichter Aldo Gentile und Angelo Vella, macht auch deutlich, daß auch in Italien an einer allzu forschen Aufdeckung derartiger Zusammenhänge kein offizielles Interesse besteht.

Die Aussagen des Elio Ciolini

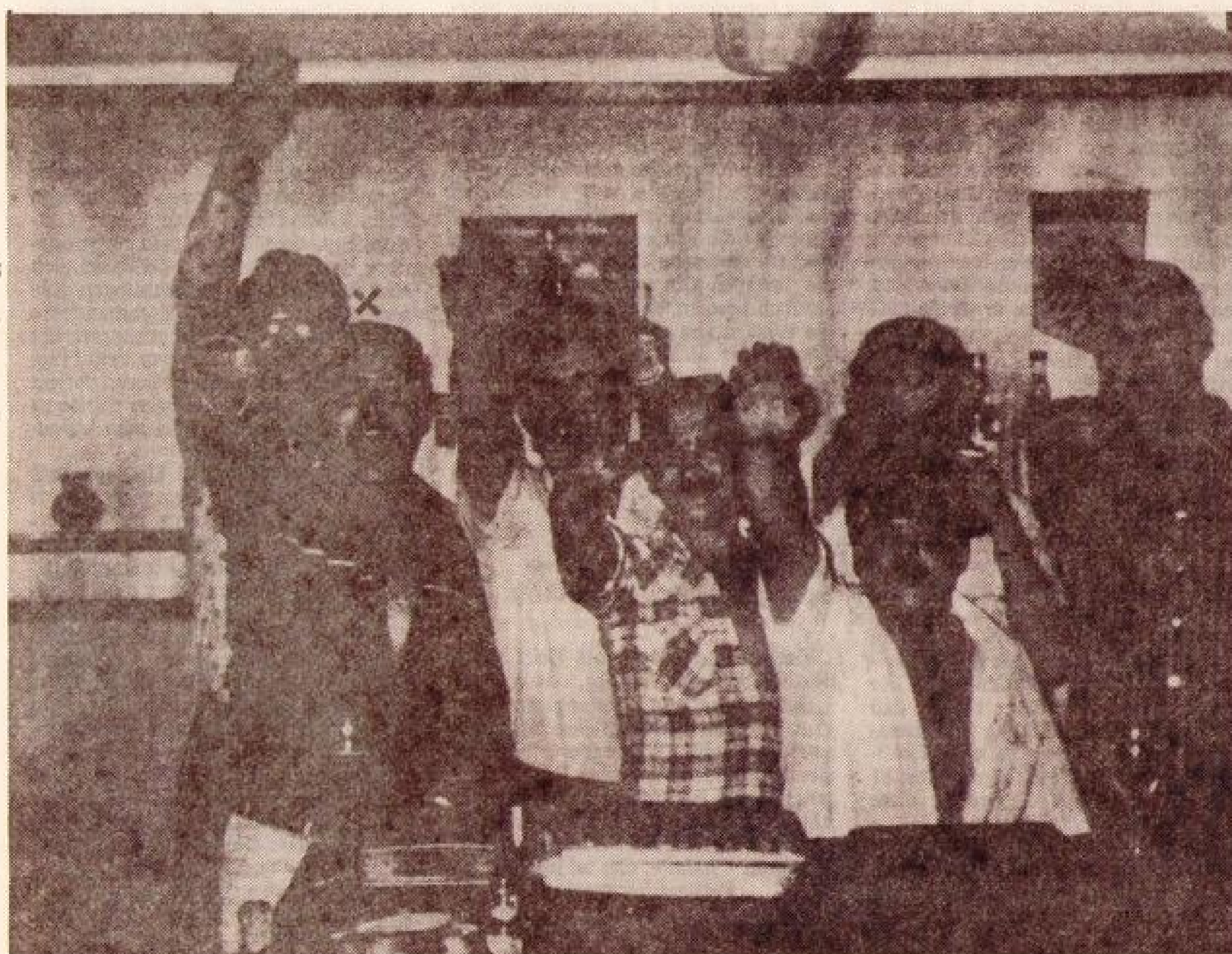
Wesentliche Grundlage für die am 12.9.82 erlassenen Haftbefehle gegen die 5 Faschisten sind die Aussagen des **Elio Ciolini**, die dieser seit November 1981 Stück für Stück machte. Ciolini ist Faschist und war längere Zeit in Bolivien, wo er offenbar mit Fiebelkorn und Delle Chiaie kooperierte. Darüberhinaus ist er Mitglied der P 2 und arbeitet auch mit dem italienischen Geheimdienst zusammen. Unklar ist nur, ob Ciolini erst nach seiner Verhaftung wegen Betrugs zum „Kronzeugen" avancierte oder ob er schon zuvor in dieser Grauzone tätig war.

Ciolinis Aussagen zufolge soll der Chef der P 2, **Licio Gelli**, im April 1980 auf einer Sitzung der P 2-Loge „Monte Carlo" dem italienischen Faschisten **Stefano Delle Chiaie** den Auftrag zum Attentat von Bolgna gegeben haben. 20 Tage vor dem Attentat sollen sich — so eine weitere Aussage Ciolinis — führende westeuropäische Faschisten in Rom getroffen haben: **Delle Chiaie, Joachim Fiebelkorn, Olivier Dante, Pierluigi Pagliai alias Bonomi und Maurizio Giorgi.** Außer den Aussagen Ciolinis gibt es noch weitere Indizien dafür, daß Anfang 1980 in diesem Kreis nicht nur über den Anschlag von Bologna diskutiert wurde. So berichtete der PLO-Funktionär Abu Ijad kurz nach dem Blutbad von Bologna, 4 Deutsche seien Anfang Juni 1980 auf dem Beiruter Flughafen festgenommen worden. Diese hätten im anschließenden Verhör, bei dem Mitglieder des italienischen Geheimdienstes anwesend waren, ausgesagt, ein großes Attentat in Bologna stünde in Vorbereitung (AK 206). Ein Jahr später erklärte ein Sprecher der rechten libanesischen Streitkräfte, es gebe eine Verbindung zwischen den beiden Explosionen von München und Bologna (HAZ, 26.6.81). Ohne Zweifel handelt es sich bei den Informanten sowohl der PLO als auch der libanesischen Faschisten jeweils um Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann", die sich damals im Libanon aufhielten und unter merkwürdigen Umständen dort mehrfach die Fronten wechselten.

Es bleibt dem Leser überlassen, welche Schlußfolgerungen für das 7 Wochen nach dem Anschlag von Bologna erfolgte Münchner Attentat er ziehen mag. Fakt jedenfalls ist, daß 3 Mitglieder der von westdeutschen Behörden nicht verfolgten WSG-Ausland (Libanon-Zweig der WSG-Hoffmann) Anfang 1982 in Italien auftauchten. Einer von ihnen, ein gewisser Bojarski, wurde nach einer Meldung der „TAZ" (17.3.82) den westdeutschen Behörden ausgeliefert, weil gegen ihn im Zusammenhang mit München ermittelt wurde — Ergebnis negativ. Der damalige Dritte, Leroy Paul, der der italienischen Polizei entwischte, wurde später in Belgien gefaßt und in die BRD abgeschoben. Er soll im Libanon den Nazi Kay-Uwe Bergmann wegen „Disziplinlosigkeit" ermordet haben.

Doch zurück zu den Ermittlungen im Fall Bologna: Aufgrund der Aussagen Ciolinis wurden gegen 5 Faschisten Haftbefehle erlassen. Offenbar wird ihnen im wesentlichen die Planung und konkrete Organisierung des Attentats zur Last gelegt, weniger das Deponieren der Bombe selbst. Dies soll nach unterschiedlichen Meldungen der Presse im Sommer 1982 durch ein oder zwei Westdeutsche geschehen sein. Von den Fünfen befinden sich **Maurizio Georgi** und der kürzlich in Bolivien festgenommene **Pierluigi Pagliai** in italienischer Haft.

Mehr bekannt ist über den Franzosen **Olivier Danet** (28),der angeblich wegen illegalen Waffenhandels seit Ende 1981 im französischen Knast sitzt: Er war erst Mitglied rechtsradikaler Studentengruppen, hatte 1973 Kontakt zu libanesischen Falangisten, ging als Söldner nach Rhodesien, wo er 1977 an einem Überfall auf Cotonu in Benin beteiligt war. 1978 tauchte er in der Söldnertruppe des Bob Denard beim Staatsstreich auf den Komoren wieder auf. Als Chef eines „Sicherheitsdienstes" verdingte er sich u.a. in Saudi-Arabien, später dann in der Leibgarde von Valery Giscard'Estaing (Le Monde, 14.9.82; TAZ, 27.9.82).



Joachim Fiebelkorn (x) feiert mit Gefolgsleuten den „Führer"-Geburtstag in seiner Kneipe in Santa Cruz.

Zur Person von Stefano Delle Chiaie

Chef des Unternehmens soll — immer nach Angaben des Elio Ciolini — der 40jährige italienische Faschist Stefano Delle Chiaie gewesen sein, auch er zur Zeit in Südamerika. (Er konnte sich einer Verhaftung zusammen mit Pierluigi Pagliai in Bolivien im letzten Augenblick entziehen.) Gegen Stefano Delle Chiaie, Gründer der neofaschistischen „Avantguardia Nazionale", wurde schon im Zusammenhang mit dem Attentat an der Piazza Fontana im September 1969 in Mailand ermittelt. Damals starben 12 Menschen. Die damalige Bombe sollte der anarchistischen Linken in die Schuhe geschoben werden, gegen die Faschisten wurde erst viel später und dann nur oberflächlich ermittelt. Die zuletzt angeklagten Faschisten Giannetini, Freda und Ventura wurden freigesprochen (AK 199).

Delle Chiaie entzog sich immer wieder seiner Verhaftung durch Flucht ins Ausland. Interessant ist am Rande, daß in einer von ihm benutzen Wohnung in Rom 1978 Fluchtpläne für Kappler gefunden worden waren. Zu Delle Chiaie laufen auch Verbindungen der spanischen Faschisten-Gruppe „Adolf-Hitler-Kommando", die verantwortlich ist für das dritte große Nazi-Attentat im Sommer 1980: Den Anschlag auf die Synagoge in der Rue Copernic in Paris. Der Chef der Gruppe, Ernesto Mila Rodriguez, gehörte zum Vertrauten-Kreis um Chiaie und war an einem Putschversuch in Spanien beteiligt (Überfall auf die Zentralbank in Barcelona). Später gehörte Mila zum Herausgeberkreis der Zeitschrift „Notre Europe" der mittlerweile verbotenen (und unter neuem Namen — FNE — firmierenden) französischen FANE. (Der Kreis schließt sich, wenn mensch sich daran erinnert, daß die erste Festnahme in Zusammenhang mit dem Anschlag von Bologna gegen den Faschisten Affatigato in Frankreich zu der Enthüllung führte, daß der hohe Polizeibeamte Durand Mitglied der FANE war (AK 207).

Delle Chiaie tauchte um 1980 auch in Bolivien auf, wo er — so Fiebelkorn in einer Pressekonferenz nach seiner Freilassung Mitte September 82 — gemeinsam mit dem heutigen „Kronzeugen" Ciolini als Kontaktmann zwischen der italienischen Mafia und den bolivianischen Militärs (bzw. in Personalunion Kokainhändlern) fungierte.

Die bolivianischen Geschäfte des Herrn Fiebelkorn

In Bolivien, genauer gesagt in Santa Cruz, war auch das Betätigungsfeld des Joachim Fiebelkorn. Dieser hatte zunächst in der spanischen Fremdenlegion gedient und war nach einem kurzen Intermezzo als gescheiterter Fuhrunternehmer und seiner Bundeswehrzeit 1977 nach Südamerika gegangen, wo er seine Kneipe „Bavaria" zum internationalen Faschistentreff machte. Er wurde Ortsgruppenleiter der „World Union of National Socialists" (WUNS) um den Amerikaner George P. Dietz, einer internationalen Faschistenorganisation, die u.a. beste Drähte in die BRD unterhält (so zu Manfred ROEDER, Thies CHRISTOPHERSEN usw.). Daneben gründete er einen bolivianischen Ableger der „Hilfsgemeinschaft für Major Walter Reder", dem — nach Kapplers Flucht aus italienischer Haft — letzten in Italien einsitzenden NS-Kriegsverbrecher.

In Bolivien kam Fiebelkorn auch in Kontakt mit Klaus Altmann-Barbie, dem SS-Schlächter von Lyon, der es in Bolivien in der Zwischenzeit zum Berater verschiedener rechter Generäle und sogar — je nach politischer Situation — zu offizieller Beraterfunktion bei der Geheimpolizei gebracht hatte. Fiebelkorn organisierte in Santa Cruz die Terrorgruppe „Novios de la Muerte" (Freunde des Todes), die sich aktiv am Putsch in Bolivien am 17. Juli 1980 beteiligte.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollte man die Geschichte dieses Putsches wie auch eines ebenso rechten Gegenputsches 1981 im einzelnen schildern. Fakt ist (siehe z.B. „Spiegel", 20/81), daß das rechte bolivianische Militär Hauptlieferant für den weltweiten Kokain-Handel ist, dessen bolivianischer Umsatz auf jährlich etwa 1,6 Milliarden Dollar geschätzt werden. Fiebelkorn selbst muß an diesem Handel beteiligt gewesen sein, denn bei seiner Flucht aus Bolivien im Mai 1981 war er mit 3 Kilo Heroin und einem Empfehlungsschreiben des Chefs des gemeinsamen Kommandos der bolivianischen Streitkräfte, General Castillo Galarza, ausgerüstet. (Auch Pagliai und Chiaie waren offenbar im Rauschgifthandel tätig. Die Verhaftung Pagliais geschah im Zuge einer Rauschgiftfahndung. Chiaie konnte fliehen.)

Nach kurzer Zeit in brasilianischer Haft kehrte Fiebelkorn über Italien in die Bundesrepublik zurück, wo er seitdem von „Erspartem" zu leben vorgibt, immer mal wieder nach Südamerika fliegt und nach eigenem Bekunden auf eine Gelegenheit wartet, erneut seine Fähigkeiten als Putschist einzusetzen. Wie lange die Tätigkeit Fiebelkorns für das Bundeskriminalamt zurückreicht, ist bis heute unklar. Tatsache ist jedoch, daß seine Geschäfte in Bolivien längst bekannt waren. So schrieb der „Spiegel" schon in seiner Ausgabe 20/81 über Fiebelkorns Lokal: *„Nazis und Neonazis treffen sich im deutschen Klub 'Batavia' — das Lokal gehört einem Freund des 'Paten'* (Anm. AK: in Sachen Kokain-Handel) *Suarez. Gesinnungsgenossen finden sich auch hier in den Behörden — nützlicherweise auch beim Zoll im Flughafen. Von Kleinschmugglern konfiszierte Drogen werden dem Großhändler Suarez zugeführt."* Was der „Spiegel"

Forts. nächste Seite

Forts. von voriger Seite

dort nicht berichtete, ist die Tatsache, daß eben jener Suarez der Vetter des damaligen bolivianischen Innenministers Arce Gomez ist, dessen Putsch 1980 Fiebelkorn unterstützte und zu dessen Chefberatern der Alt-Nazi Altmann-Barbie gehört („Stern", 9.10.80).

In diesem Sumpf aus rechten Militärs, Alt-Nazis und faschistischen Privatarmeen traf Fiebelkorn mit Stefano Delle Chiaie und Elio Ciolini zusammen, dem angeblichen Chefplaner des Attentats von Bologna und dem heutigen „Kronzeugen". Auf der Pressekonferenz nach seiner Freilassung im September 82 erklärte Fiebelkorn diese beiden, die im „Bavaria" verkehrten, als ihm bekannte „Agenten der Mafia" und „Kontaktpersonen zur bolivianischen Kokain-Generalität".

Im Hintergrund: Die Affäre P 2

Damit wird Fiebelkorn wahrscheinlich sogar recht haben, denn seit der Zerschlagung der „French Connection", d.h. der französischen Umschlagzentrale des europäischen Rauschgifthandels, wurde die italienische Mafia mit Zentrum Palermo zum neuen Drogenumschlagplatz in Europa. Es gibt Stimmen, die den derzeitigen „Bandenkrieg" in italienischen Mafiakreisen dem Umstand zuschreiben, daß unter den „Familien" der Anteil am neuen Geschäftszweig „ausgeschossen" wird.

Doch diese Mafia-Geschichte ist mit Sicherheit nicht die ganze Wahrheit. Elio Ciolini hatte ja ausgesagt, daß der Auftrag zu dem Attentat von Bologna vom Chef der P 2, Licio Gelli, erteilt worden sei. Die Enthüllungen über die P 2 hatten im Sommer 1981 die italienische Gesellschaft erschüttert.

Es war bekannt geworden, daß die P 2 Namenslisten von Personen besaß, die im Falle eines Rechtsputsches „unschädlich gemacht" werden sollten. Die gefundenen Listen stammen aus den 60er Jahren, waren vom Geheimdienst angelegt worden und nach der Aufdeckung diverser Putschpläne im italienischen Staatsapparat angeblich vernichtet worden. Ebenso wurden bei Gelli Listen von ehemaligen Nazi-Kollaborateuren gefunden, mit denen offenbar „politische Gefälligkeiten" durch diese Personen erpreßt werden sollten bzw. wurden.

Es stellte sich heraus, daß die P 2 keineswegs ein kleiner, militant-rechter Geheimzirkel war, sondern daß ihr praktisch die gesamte Spitze des italienischen Staates angehörte, von den Chefs sämtlicher Geheimdienste angefangen bis hin zu Ministern, Staatssekretären und hohen Funktionären der bürgerlichen Parteien, von der MSI bis zur Sozialistischen Partei.

Über die P 2 liefen umfangreiche Geschäfte, so Waffenexporte nach Argentinien, Ölgeschäfte mit Saudi-Arabien (wobei saudische Prinzen und Logenbrüder rund 200 Millionen privat kassierten), es wurden rechte Organisationen finanziert. Klar, daß sich die Mit-

(wobei saudische Prinzen und Logen-
brüder rund 200 Millionen privat kassierten), es wurden rechte Organisationen finanziert. Klar, daß sich die Mit-

glieder der P 2 sofort von deren Chef Gelli distanzierten, der angeblich den ganzen Verein „erfunden" habe. Diese Distanzierung wurde umso dringlicher, als schon im Sommer 1981 der Verdacht aufkam, die P 2 habe ihre Hand im Spiel gehabt bei manchem neofaschistischen Attentat. Insbesondere diverse Morde an Untersuchungsrichtern, die neofaschistische Anschläge untersuchten (Italicus-Anschlag 1974, Piazza Fontana 1969) oder direkt gegen die P 2-Bankiers ermittelten (u.a. gegen Calvi und den Vatikan- und Mafia-Bankier Sindona), wurden in der Öffentlichkeit mit der P 2 in Verbindung gebracht. Licio Gelli wurde verdächtigt, in Zusammenhang mit dem Italicus-Anschlag zu stehen. (Zur P 2 siehe auch AK 203.) Die P 2 wurde 1981 aufgelöst, gegen einige ihrer Mitglieder wurde Haftbefehl erlassen und ansonsten wurde der Skandal unter den Teppich gekehrt. Licio Gelli durfte sich nach Argentinien absetzen; der Bankier Calvi, der für die P 2 illegale Gelder ins Ausland verschoben hatte (pikanterweise unter Ausnutzung des besonderen Status der Bank) wurde in der Schweiz wegen Devisenvergehens inhaftiert und vor wenigen Wochen erhängt unter einer Brücke aufgefunden. Sein Kollege Sindona sitzt in den USA in Haft.

Fast zeitgleich mit den Haftbefehlen gegen Fiebelkorn & Co. wurde im September 1982 auch ihr angeblicher Auftraggeber, Gelli, in der Schweiz verhaftet. Er hatte versucht, die lächerliche Summe von 120 Millionen US-Dollars von einem der zahlreichen Nummernkonten abzuheben, auf denen die P 2 ihre Gelder sicher glaubte, die aber wegen Verstosses gegen Devisenbestimmungen seit 1981 gesperrt sind.

Als Motiv für den Auftrag Gellis an die fünf wird zur Zeit in der italienischen Presse die Version gehandelt, Gelli habe durch dies Attentat die öffentliche Aufmerksamkeit von einer finanziellen Transaktion größten Ausmaßes ablenken wollen, die durch den Abfluß großer Mengen von Devisen die wirtschaftliche Situation Italiens enorm beeinträchtigt hätte. Diese Version des Hergangs erscheint aber reichlich dubios, da eine solche Transaktion ja dann auch konkret nachgewiesen werden müßte und wohl auch könnte. Viel wahrscheinlicher ist dann doch die Annahme, daß das Attentat von Bologna wie auch die nahezu zeitgleichen Anschläge von Paris und München einen ähnlichen Zweck verfolgen sollten, nämlich die Herbeiführung eines allgemeinen Rechtsrucks in Staat und Gesellschaft. Speziell in Italien standen alle größeren Attentate dieser Art (Mailand 1969, Brescia und Italicus 1974) im Zusammenhang mit dieser „Strategie der Spannung", wofür sich die Bourgeoisie bekanntermaßen gerne diverse illegale und halblegale Banden organisiert.

Mensch darf gespannt sein, wie nach der Absetzung der bisherigen mit den Ermittlungen betrauten Beamten nun der weitere Fortgang der Dinge sein wird. Die italienische Bourgeoisie hat ja reiche Erfahrungen im Vertuschen derartiger politischer Zusammenhänge. Daß es ein P 2-Anwalt gewesen ist, der mit seiner Beschwerde über die unorthodoxen Untersuchungsmethoden die bisherigen Ermittler zu Fall gebracht hat, läßt nichts gutes vermuten.

Die neuesten Ermittlungen zu Bologna bzw. — auf die BRD bezogen — der Fall Fiebelkorn sollten niemand überraschen. Speziell in Italien, aber auch in allen anderen Ländern Westeuropas, sind derartige Zusammenhänge zwischen „Diensten" und terroristischen Nazibanden reichlich belegt.

Für die BRD haben wir wiederholt nachgewiesen, daß praktisch keine Nazi-Bande o h n e Kontakte zum Verfassungsschutz o.ä. ihre Aktivitäten entfalten konnte. Besonders bekannt geworden ist dabei zuletzt der Fall Lepzien, wo ein Mitarbeiter des

Verfassungsschutz o.ä. ihre Aktivitäten entfalten konnte. Besonders bekannt geworden ist dabei zuletzt der Fall Lepzien, wo ein Mitarbeiter des

Verfassungsschutzes selbst die Bomben gebaut hatte, die dann von der von ihm aufgebauten Bande um den Braunschweiger NSDAP-Nazi Paul Otte gezündet wurden.

Der Fall Fiebelkorn sollte alle Demokraten und Antifaschisten ermuntern, allen Spuren nachzugehen, die Licht in dieses Gespinst von legalem Repressionsapparat und illegalen Hilfstruppen bringen können.

(Das Material zu diesem Artikel stammt im wesentlichen von der Antifaschistischen Initiative Hannover, die dankenswerterweise auch die ausländische Presse — Italien und Frankreich — ausgewertet hat.)

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Wie der VS desinformiert

Untersuchung der »VS-Berichte« zum »Rechtsextremismus«

Vor Rechtsextremismus, zumal wenn er als Rassismus auftritt, wird wieder gewarnt. Eine der jüngsten Veröffentlichungen des „Pressedienst Demokratische Initiative„ (PDI) ist deshalb auf zeitgemäßes Interesse gestoßen: handelt es sich doch um die Analyse zweier Hochschullehrer, Greß und Jaschke, die den „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nach 1960" - bis heute - zum Gegenstand hat. Die dort zusammengestellten Zahlen und Kurven plus erläuternder Bemerkungen haben ihre politische Spitze allerdings vor allem darin, daß es sich um Material der offiziellen V e r f a s s u n g s s c h u t z b e r i c h t e handelt und daß das Ergebnis der Analyse überaus negativ ist.

Allein schon die Überraschung, die über dieses Ergebnis in den Medien geäußert wurde, bekräftigt, daß eine solche Untersuchung längst überfällig war; unter Antifaschisten dagegen ist die Fragwürdigkeit der VS-Berichte seit langem eher unumstritten als überraschend. Zum erstenmal ist diese Fragwürdigkeit nun in verschiedenen Punkten detailliert nachgewiesen:

— Noch am geringsten schwerwiegend sind die verschiedenen Berechnungsfehler bzw. widersprüchlichen Datenangaben in den VS-Materialien, die vom Bundesinnenminister bzw. von den Länderinnenministern veröffentlicht werden — zurückreichend bis 1954 (der VS arbeitet seit 1950), ab 1961 in den jährlichen Bundes-Überblicken über Links- und Rechtsextremismus, seit 1969/70 unter dem Titel „betrifft: Verfassungsschutz". Beispiel: So gibt der Bundes-VS-Bericht 1962 für 1959 die Zahl der Rechtsradikalen aller Schattierungen mit 56.200 an, im Bericht von 1961 fehlen in einer der Unterzahlen (für das gleiche Jahr 1959) demgegenüber glatte 2.000 Personen. Solche Abweichungen um mehrere Hundert und Tausend gibt es über die Jahre hinweg immer wieder.

— Entscheidender ist der im Laufe der Zeit mehrfach von den VS-Berichten vorgenommene „Kategorienwechsel". Bestimmte Organisationen oder Richtungen der Rechts-Szene werden bald in diese, bald in jene Schublade gesteckt — so erscheint die „Neue Rechte" nach einiger Zeit als Teil der Schublade „sonstige Gruppen". Zuordnungen scheinen überhaupt öfters willkürlich zu erfolgen — so wird die JN bald der NPD zugeschlagen, bald wird sie

blade „sonstige Gruppen". Zuordnungen scheinen überhaupt öfters willkürlich zu erfolgen — so wird die JN bald der NPD zugeschlagen, bald wird sie

eigenständig geführt und gezählt. Oder es wird die „National-Zeitung" Freys mit dem zum größten Teil seitenidentischen „Deutschen Anzeiger" in zwei verschiedenen Sparten geführt.

Die angewandten Kategorien bzw. Einteilungskriterien sind überdies in sich uneinheitlich und durchweg ohne Begründung. Einerseits beispielsweise: Die sowohl in der politischen Auseinandersetzung als auch in der Theorie-Diskussion ja durchaus umstrittenen Label „neonazistisch", „rechtsextrem" bzw. „rechtsradikal" werden wechselnd und freizügig aufgeklebt, ohne daß jemals geklärt würde, was die VS-Berichterstatter jeweils damit meinen. Einem Mann wie Frey mit seinem Schwarm an Organisationen und Zeitungen wird andererseits seine e i g e n e Tarn-Sprachregelung abgenommen: Er wird gesondert unter dem Titel „National-Freiheitliche" geführt.

— Alles in allem erschöpfen sich die VS-Berichte in einer Auflistung und Aneinanderreihung von Einzeldaten und Datensammlungen, hinter denen sich teils nichts Konkretes erkennen läßt (etwa bei den Statistiken unter Überschriften wie „Bedrohung" oder „unpolitische Unfugshandlung" — was verbirgt sich dahinter?), und bei der teilweise oder ganz die inhaltlich-politische Darstellung (geschweige denn: Auseinandersetzung mit) rechten Inhalten flachfällt.

Greß und Jaschke kommen demzufolge zu dem vernichtenden Schluß„*die Aussagenreichweite*"der VS-Berichte sei in dreifacher Hinsicht „*einzuschränken*" — nämlich was „*die Qualität und den Umfang des rechtsradikalen Protestpotentials sowie seine innere Gliederung*" betrifft. Vernichtend ist dies deshalb, weil eine Darstellung, bei der weder glaubwürdig ist, w a s , noch w i e v i e l davon, noch in w e l c h e r inneren O r d n u n g sie etwas darbietet, buchstäblich keinen Pfifferling wert ist.

Inkonsequenterweise ringen sich Greß und Jaschke jedoch nicht zu dieser Schlußfolgerung durch. Geradezu voluntaristisch resümieren sie ihr eigenes Scherbengericht über die miserablen VS-Berichte auf folgende Weise: „*Trotzdem muß aber darauf hingewiesen werden, daß die in den Verfassungsschutzberichten genannten Zahlen offiziellen Charakter haben und (,) bei aller notwendigen Kritik, diese Berichte als erste Grundlage dienen m ü s s e n , wenn es um die zahlenmäßige Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik geht. Es gibt derzeit keine andere offizielle und öffentlich zugängliche Quelle, die eine mittel- oder längerfristige Betrachtung ermöglichen würde.*"

Natürlich geht es gar nicht darum, daß irgendjemand den „offiziellen Charakter" der VS-Zahlen bestreitet; wenn „trotzdem" auf etwas hingewiesen werden muß, dann auf die damit angeblich verbundene Zuverlässigkeit der Daten. Plausibel aber ist gerade das nicht — wie Greß und Jaschke ja gerade nachweisen. Ihr „trotzdem" wird um so absurder,als sie selbst überdies noch vorführen, wohin es führt, wenn die VS-Berichte als „Grundlage" der Analyse des BRD-Rechtsextremismus genommen werden.

Auf der schlichten Ebene der Tatsachenbehauptung ist das Fazit der Verfasser selbstverständlich auch schon falsch: Jede Art antifaschistischer Untersuchungsarbeit wäre verraten und verkauft, würde sie ihre „mittel- oder längerfristige Betrachtung" unter der Voraussetzung durchführen wollen, sie werde „nur" (oder auch bloß: hauptsächlich) durch das VS-Material „ermöglicht". Zwar nicht „offizielle", aber doch „öffentlich zugängliche Quellen" über den BRD-Rechtsextremismus — und a u c h über dessen „zahlenmäßige Entwicklung" — gibt es immerhin: seien es beispielsweise „die tat" und andere Veröffentlichungen der VVN, seien es die Überblicke des PDI, sei es der „Arbeiterkampf" und andere KB-Publikationen. (Übrigens: Auch rein quantitative Angaben werden nicht schon dadurch zuverlässig oder sinnvoll, daß sie in Tabellenform oder als Kurven präsentiert werden, wie in den VS-Berichten).

schon dadurch zuverlässig oder sinnvoll, daß sie in Tabellenform oder als Kurven präsentiert werden, wie in den VS-Berichten).

Nun besteht allerdings kein Anlaß, die Überlegungen von Greß und Jaschke rundweg in Abrede zu stellen. Wichtigen Punkten ihrer Analyse ist sicherlich zuzustimmen. Nur: Gerade dort können sie sich am wenigsten auf die VS-Berichte berufen.

— So ist der von den Verfassern für die letzte Zeit festgestellte „*anhaltende Radikalisierungsprozeß im Lager rechtsaußen*" durchaus keine originelle Beobachtung; vor allem keine, die ohne Studium der VS-Berichte unmöglich wäre. Wenn sich dieser Prozeß aus dem veröffentlichten VS-Material herauslesen läßt, dann eher mühsam — und zwar g e g e n den seit Jahren VS-üblichen Tenor, wonach der Rechtsextremismus in der BRD wenn schon nicht abnehme, dann doch zumindest stagniere. Die VS-Berichte sind, in diesem Punkt, außerdem um so bedeutungsloser, als eine „Radikalisierung" der Rechts-Szene durch die bloße Zahlenaufteilung zwischen dem „Rechtsextremismus" insgesamt und den anwachsenden „Neonazis" (als Teilgruppe) gar nicht belegbar ist, da völlig unklar - und unerklärt — ist, was für die VS'ler ein „Neonazi" und was ein simpler „Radikaler" ist und ob das gleichbedeutend ist mit „gewaltbereit" (eine andere der VS-Kategorien). Greß und Jaschke haben, wie gesagt, sicher recht — aber mit den VS-Berichten kann das alles nichts zu tun haben.

— Je enger die VS-Berichte als Bezugsrahmen akzeptiert werden, umso deutlicher werden die Probleme. So übernehmen Greß und Jaschke die VS-Vorgabe von der „Zersplitterung" der rechten Szene. Ganz offensichtlich widerspricht diesem Befund zum einen das Anwachsen des Frey-Lagers, das ja offensichtlich immer neue Mitglieder an sich bindet und Organisationen um sich schart. Gelöst wird dieser Widerspruch scheinbar dadurch, daß Frey und Co. eben als relativ großer „Splitter" verstanden werden. Zum anderen aber — entscheidender! — fällt die erhebliche und zunehmende Zahl der „Mehrfachmitgliedschaften" auf. Daß damit aber selbst auf rein äußerlich-empirischer Ebene (auch auf VS-offizieller) das Verharmlosungsbild von der „Zersplitterung" zerbricht — bei Greß und Jaschke wird das nur so ganz nebenbei erwähnt (besser: angedeutet) — „ferner zeigt sich ..." —, mehr nicht.

— Die zutreffende Einschätzung der aktuellen rechtsextremen Propaganda und Aktivitäten — Schwerpunkt Rassismus — erfolgt schließlich völlig unabhängig von den Vorgaben der VS-Berichte. Sie sind, so Greß und Jaschke, selbst dafür „auch nur beschränkt geeignet"; also muß „hier unabhängig und umfassender" vorgegangen werden.

Der auffälligen Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Erkenntnissen der Verfasser und dem a n g e b l i c h vorhandenen und unverzichtbaren Nutzen der VS-Berichte liegt eine grundlegende Fehlinterpretation dieser „offiziellen Quellen" zugrunde. Während die Verfasser nämlich diese Regierungstexte im Detail als politische Kampfschriften darstellen, halten sie dennoch an dem Schein fest, es handele sich, wenn auch in eingeschränktem Maße, dem Prinzip nach um Informationsschriften mit dem Anspruch der Objektivität bzw. Wahrheit. Im Detail, das heißt: Aus dem Charakter des VS selbst ergibt sich schon, daß dessen Erkenntnisse „*nur begrenzt offengelegt werden*" können. Bestimmungsgemäß hat er überdies „*der jeweiligen Regierung*" zu dienen. Jedes veröffentlichte Material ist damit „*aus der Sicht des verantwortlichen Ministers*" zusammengestellt; — all dies läuft unter dem Titel „politische Öffentlichkeitsarbeit". Gerade die sozial-liberale Idee von einem „positiven" oder „informativen" VS zielt zudem mittels Veröffentlichungen usw. darauf ab, für den VS selbst, dahinter aber natürlich: für die verantwortliche Regierung (und den Staat) zu w e r b e n. Damit erübrigt sich jede Überlegung, ob und inwieweit die VS-Berichte möglicherweise in ihrer Funktion als objektive Information begrenzt sein mögen: Diese Funktion haben sie erklärtermaßen n i c h t. Dies gilt natür-

möglicherweise in ihrer Funktion als objektive Information begrenzt sein mögen: Diese Funktion haben sie erklärtermaßen n i c h t. Dies gilt natür-

lich für die VS-Berichte insgesamt, also auch für die Teile, die der Linken gewidmet sind. Von J. Seifert ist das (ausgehend von dieser realistischen Einschätzung) dargelegt worden; — er wird, offenbar in Abgrenzung, von Greß und Jaschke als einer von sogenannten „kritischen Linken" bezeichnet, die solcherart die VS-Berichte in Frage stellten.

Sie selbst vermeiden es dagegen, die VS-Berichte als das zu nehmen, was sie sind. Dementsprechend läßt die (insgesamt natürlich trotz allem nützliche) Arbeit verschiedene Fragen offen, die zu untersuchen es sich lohnen würde. Es fehlt beispielsweise jedes Eingehen auf einen Vergleich zwischen den in den „Berichten" aufgeführten und den w e g g e l a s s e n e n Organisationen. Ebenso fehlt die Analyse der genannten/ungenannten Einzelpersonen. Die Gegenüberstellung unterschiedlicher „Berichte" aus dem Bund und aus einzelnen Ländern wäre genauso aufschlußreich. All dies würde immer wieder auf den Kern der VS-Texte als politische Desinformations-Instrumente verweisen: Allein schon die oft bemerkte Differenz z.B. zwischen Bundes- und bayerischen VS-Berichten in Sachen „Nation Europa" oder auch DKEG können hier als Beleg genügen. (In welchem der beiden VS-Berichte die beiden Namen fehlen, kann jede Leserin und jeder Leser unschwer selbst erraten).

Franz Greß/Hans Gerd Jaschke, „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nach 1960 — Dokumentation und Analyse von Verfassungsschutzberichten", PDI-Sonderheft 18, München 1982, DM 4.80

Antifa-Kommission KB/Hamburg

Begnadigung für VS-Agenten Lepzien?

Hans-Dieter Lepzien, Verfassungsschutz-Agent und zu 3 Jahren Knast verurteilter Neonazi, soll begnadigt werden. Das will jedenfalls der niedersächsische Minister Möcklinghoff. Ein entsprechender Antrag an Bundespräsident Carstens wurde im niedersächsischen Landtag bekannt.

Lepzien hatte an führender Stelle eine NSDAP in Norddeutschland aufgebaut, war „Sicherheitsbeauftragter" der Bande geworden, hatte Bomben beschafft und in Umlauf gebracht, hatte mit den Nazi-Terroristen Rohwer, Börm, Schulte und Co. logistische Erkundigungen eingezogen und war zu all dem vom niedersächsischen VS beauftragt worden.

Als Lepziens Rolle im Prozeß gegen die Nazi-Bande um Paul Otte bekannt wurde, distanzierte sich der VS von Lepzien. Er habe eigenmächtig und ohne Auftrag gehandelt. Jetzt, nachdem 18 Monate Gras über die Sache gewachsen ist, soll er begnadigt werden. Seine Strafe hatte er — das wurde erst jetzt bekannt — sowieso nie antreten müssen. Minister Möcklinghoff zeigte sich auf Nachfrage uninformiert. Solche Gesuche würden vom Verfassungsschutz selbständig geregelt.

Auf ein Neues, Herr Lepzien! Aber bitte diesmal etwas effektiver!

F.D.P. in Nöten

Knapp vier Wochen vor dem Bundesparteitag in Berlin vertiefen sich innerhalb der FDP die Gräben. Nach dem verheerenden Wahlergebnis der FDP in Hamburg (Anf. Juni 82) wurde die Steglitzer Initiative (ein Westberliner Ortsverband der FDP), die seither Unterschriften für die Ablösung Genschers sammelt, von der Parteilinken eher belächelt. Inzwischen haben mehr als 2.000 FDP-Mitglieder aus dem ganzen Bundesgebiet diese Resolution unterzeichnet. Mehr noch: nach dem Bruch der SPD/FDP-Koalition und dem schlechten Abschneiden in Hessen hat sich die gesamte Parteilinke, einschließlich Teile des mittleren Flügels, hinter die Forderung nach Ablösung Genschers gestellt. Die FDP befindet sich in einer Existenz-Krise. Schon heute wird von Teilen der FDP-Linken an neuen Organisationsansätzen gearbeitet. Die beiden großen Parteien wittern ein gutes Geschäft und wollen von der zu erwartenden Konkursmasse einen Brocken abbekommen. Während die SPD um die liberalen Teile der FDP wirbt (Baum, Schuchardt), versucht die CDU z.B. in Hamburg bei den Malern und Maklern vorstellig zu werden. Unabhängig davon, wieviele Linke nach dem Parteitag die FDP sofort verlassen oder erst einmal abwarten, bleibt es doch zu begrüßen, daß soviele FDP-Mitglieder gegen den Genscher-Kurs Stellung bezogen haben. Teilen der FDP-Linken ist in dieser Auseinandersetzung nach anfänglicher Zurückhaltung Konsequenz und Entschlossenheit zu bescheinigen, die man bei den meisten SPD-Linken oft vermißt. Im Folgenden soll kurz die Entwicklung vom Norderstedter Kongreß der Linksliberalen bis zum Sonderparteitag der FDP Baden-Württembergs geschildert werden.

Der Norderstedter Kongreß

Gut 600 Leute trafen sich am 25.9. in Norderstedt, um die Situation nach dem Scheitern der sozialliberalen Koalition zu beraten. Obwohl es sich um ein nationales bundesweites Treffen handelte, überwogen doch die Teilnehmer aus dem norddeutschen Raum, z.B. war der gesamte Landesvorstand der FDP aus Schleswig-Holstein, der eher zum gemäßigten Flügel der Linken zählt, anwesend. Es waren eindeutig diejenigen in der Mehrheit, die zwar den Genscher-Kurs scharf als undemokratisch verurteilten, die aber andererseits die Einschätzung vertraten, sie könnten noch eine Mehrheit in der FDP-Fraktion gewinnen und so den Putsch wieder rückgängig machen. Helga Schuchardt, eine der Einladerin für diesen Kongreß, ging es darum, mit einer langfristigen Perspektive eine Aufbruchstimmung innerhalb der Partei zu erzielen, um die verloren gegan-
Aufbruchstimmung innerhalb der Partei zu erzielen, um die verloren gegan-
gene politische Glaubwürdigkeit wieder zurückzugewinnen. Sie rief dazu auf, die liberale Opposition in der FDP zu organisieren und nicht die Partei zu verlassen.

Vereinzelt gab es auch Stimmen, die forderten, sich auf eine langfristige Opposition in der Partei einzustellen, und die sich gegen die Parole „Parteitag ist Zahltag" aussprachen. Die übergroße Mehrheit allerdings orientierte darauf, die Mehrheit in der Partei zu gewinnen, an dem Bündnis mit der SPD festzuhalten oder gegebenenfalls eine Minderheitenregierung der SPD zu unterstützen. Ingrid Matthäus z.B. stellte sich ausdrücklich hinter ihre Arbeit als Vorsitzende des Bundestagsfinanzausschusses und verteidigte die beschlossenen Sparkonzeptionen. Allerdings gab es auch Stimmen, die den Kampf um die Mehrheit negativ einschätzten. Ein Vertreter der Steglitzer Initiative vertrat die Ansicht, der Weg der Partei sei vorgezeichnet, die FDP gehöre durch ihr Verhalten auf den Müllhaufen der Geschichte; wenn man linksliberaler Politik zum Durchbruch verhelfen wolle, müsse man eine eigene Organisation schaffen. Wer nach einer Niederlage auf dem Berliner Parteitag noch länger mitarbeitet, mache sich mitschuldig am Ausverkauf liberaler Grundsätze. Ähnlich sprachen sich auch Lutz (Judo-Bundesvorsitzender) und Strässer (Bundesvorstandsmitglied der FDP) aus. Sie waren dagegen, nach Berlin noch zusätzliche Termine zu setzen, weil die Linken sonst noch weiter abbröckeln und individuell die Partei verlassen würden. Strässer, der seine klammheimliche Freude zu der Allenbacher Umfrage (2,3% für die FDP) ausdrückte, ging auch auf die Perspektiven einer möglichen linksliberalen Organisation ein. Diese brauche nicht auf die 5%-Hürde zu starren, sondern müsse bündnisfähig sein. Genügend Ansprechpartner gebe es dazu im außerparlamentarischen Bereich.

Schließlich gab es in Norderstedt auch noch eine kleine Strömung, die nicht einmal mehr den Berliner Parteitag abwarten wollte, sondern bereits nach dem Düsseldorfer Sonderparteitag, der inzwischen wieder abgesagt wurde, austreten wollte.

Zum Schluß wurde eine Resolution verabschiedet, in der die FDP-Bundestagsfraktion zur Fortsetzung sozialliberaler Politik aufgefordert wird, Genscher das Mißtrauen ausgesprochen wird und dazu aufgerufen wird, *„sofort mit der Bildung von liberalen Vereinigungen ... zu beginnen"*. Dieser Teil wurde einstimmig verabschiedet. Im Schlußsatz heißt es, daß nach dem Berliner Parteitag ein Folgekongreß der Linken Bilanz ziehen soll. Ein Antrag, bereits nach dem Düsseldorfer Sonderparteitag neue Strukturen zu schaffen, wurde von drei Viertel der Anwesenden abgelehnt.

Der Wahlausgang in Hessen hat die Anzahl der Genscher-Gegner weiter anwachsen lassen. Gleichzeitig sind diejenigen ermutigt worden, denen es nicht nur um einen Austausch des Managements geht, sondern die über neue Organisationsansätze nachdenken.

Auch die Rechten in der Partei haben ihre Taktik der Spaltung von oben fortgesetzt, z.B. durch eingeleitete Ausschlußverfahren gegen Linke.

Ausschlußverfahren gegen Linke

In Baden-Württemberg hat der Parteivorsitzende Morlok die Gründung einer neuen (rechteren) FDP-Jugend-Organisation angekündigt und damit den Bruch mit den Judos erklärt. Laut Morlok war der Anlaß dafür ein Brief des Landesvorsitzenden der Judos, in dem dieser geschrieben hatte: *„Wir wollen kein Feigenblatt für Wirtschaftsliberale sein"* (FR, 6.10). und gleichzeitig zu einer Austrittswelle aufgerufen hatte.

In Rheinland-Pfalz wurde der Landesvorsitzende der Jungdemokraten aus dem FDP-Vorstand, dem er als kooperatives Mitglied angehörte, wegen „diffamierenden" Äußerungen ausgeschlossen (FR,6.10.).

In Hessen beschloß der Landesvorstand gegen fünf Mitglieder ein Ausschlußverfahren einzuleiten. Alle fünf Mitglieder hatten sich ein schlechtes Abschneiden der FDP bei den Landtagswahlen gewünscht. In Nordrhein-Westfalen ist der Versuch des Parteirechten Möllemann vorerst gescheitert, Parteiordnungsverfahren gegen Helga Schuchardt, Christoph Strässer, Werner Lutz und alle anderen Mitglieder des FDP-Bundesvorstandes und des nordrhein-westfälischen Landesvorstandes einzuleiten, die über organisatorische Konsequenzen und Alternati-
nordrhein-westfälischen Landesvorstandes einzuleiten, die über organisatorische Konsequenzen und Alternati-
ven für die Sozialliberalen in der FDP nachgedacht hatten (FR, 22.9.). Neben diesen aufgeführten Beispielen gibt es noch zahlreiche Aufforderungen der Parteirechten, entweder sich dem Genscher-Kurs zu beugen oder die Partei zu verlassen.

Die Opposition wächst

Am 1. Oktober verabschiedete der Landesausschuß der Hamburger FDP („kleiner Parteitag") mit 50 zu 44 Stimmen eine Resolution, in der Genscher zum Rücktritt aufgefordert wird. Gleichzeitig wurden die Umstände des Koalitionswechsels verurteilt. Die Abstimmung bedeutete eine Niederlage für den Landesvorsitzenden Brunnstein, der sich gegen einen Wechsel an der Parteispitze ausgesprochen hatte (FAZ, 4.10.).

Einige Tage später kam es auf einem außerordentlichen Parteitag der Bremer FDP gleichfalls zu einem knappen Sieg der Genscher-Gegner. Mit 39 gegen 38 Delegiertenstimmen gewannen sie eine Abstimmung über eine Erklärung, in der Genscher aufgefordert wird, *„den Weg für eine personelle Alternative, durch die Einigkeit und Glaubwürdigkeit der Partei wieder hergestellt werden kann, freizugeben"* (FR, 6.10.). Zur Alternative stand ein Antrag, in dem Genscher nicht namentlich genannt wurde. Auf dem Parteitag stellte sich eine große Gruppe hinter ihren Landesvorsitzenden, der als Rezept empfahl: *„Auf Distanz zur Bundespartei bleiben, aber mit konstruktiver Kritik weitermachen"* (FR, 6.10.). In ähnlichem Sinne äußerte sich die ehemalige Staatsministerin Hamm-Brücher, die in Zukunft eine Ämterhäufung in der Partei verhindern möchte.

Eine große Schlappe mußten die Genscher-Anhänger in Baden-Württemberg hinnehmen. Auf dem außerordentlichen Parteitag in Schwäbisch Hall *„stimmten 227 von 406 Delegierten für einen Appell an Genscher, so den Weg dafür freizumachen, daß die FDP auch durch eine Neubesetzung ihrer Führungsspitze Identität und Ansehen wiedergewinnen und ein von allen Teilen der Partei akzeptierter Vorsitzender gewählt werden kann"* (FR 11.10.). Gleichzeitig wurde das undemokratische Verhalten beim Koalitionswechsel kritisiert. Dieses Ergebnis kann Genscher auf dem Parteitag ernsthaft gefährden, denn hier handelt es sich um einen Landesverband, der bis vor kurzem eher der Mitte zugerechnet wurde.

Am gleichen Wochenende hat der Vorstand des in der Vergangenheit immer Genscher-treuen FDP-Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe den FDP-Vorsitzenden aufgefordert, auf dem Bundesparteitag durch den Verzicht auf seine Wiederwahl den Weg freizumachen für einen Neuanfang der Liberalen.(FR, 11.10.).

Indessen denkt Genscher gar nicht daran, auf diese Appelle einzugehen. Mit ihm wird gleichzeitig auch seine bisherige Politik zur Wahl stehen.

Das Dilemma der Genscher-Gegner ist es, daß sie sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können, weil die unterschiedlichen politischen Vorstellungen, die mit der Person verbunden werden, zu groß sind. Einerseits wird Mischnick vorgeschlagen; der ist natürlich für die Linken nicht wählbar. Der Kandidat ist eindeutig Baum, der sich im Hintergrund hält und für die „Mitte" nicht akzeptabel ist. Der stellvertretende Vorsitzende Ronneburger scheint auch nicht alle Sympathie der Linken zu haben.

Kommt es zur Abspaltung ?

Während Helga Schuchardt meinte, die Diskussion darüber sollte nicht weitergeführt werden („Welt", 8.10.), gibt es doch einige Stimmen, die sich daran nicht halten und auch in ihren alten Tagen den Mut nicht verloren haben. Der bald 90jährige William Born, Bundesvorstandsmitglied der FDP, kündigte an, daß bei einer Bestätigung Genschers als Parteivorsitzender noch während des Parteitages in Berlin eine neue Partei links von der FDP gegründet werden soll. (TAZ, 11.10.).

Neben Einzeläußerungen von FDP- oder Judomitgliedern, die vergleichbare Aussagen getroffen haben, ist es vor allem der Kreis um die Steglitzer Initiative, die mit ihren Gründungsabsichten an die Öffentlichkeit getreten ist. Ein bundesweites Treffen fand Oktober in Bebra statt.*„Im Verlauf des Treffens wurde die Gründung einer eigenständigen linksliberalen Organisation als Partei beschlossen, die sich nur in dem Fall nicht konstituieren wird, daß auf dem Berliner Parteitag der FDP keine Mehrheit für den Genscher-Kurs zustandekommen sollte."*(TAZ, 5.10.).

Der Gedanke, sich in einer Partei der Wirtschaftsliberalen einzuigeln, zu überwintern, wurde als unproduktiv fallengelassen. Zur Begründung wurden acht Thesen entwickelt, die nur unter den oben genannten Bedingungen gelten:

These 1: Der Versuch, aus der FDP eine fortschrittliche Partei zu machen, ist gescheitert.....

These 2:....Eine nicht mehr liberale FDP kann für fortschrittliche Liberale keine politische Heimat mehr sein und scheidet als politisches Gestaltungsinstrument liberaler Ziele aus....

These 3:....Die schon lange andauernde Erosion der sozialliberalen FDP-Mitgliedschaft wird sich verstärken. Attraktiv ist die Partei schon seit Jahren in erster Linie für eher rechtsgerichtete Karrieristen....

These 4: Die FDP hat als neokonservative Partei kaum Chancen, längerfristig in den Parlamenten zu bleiben.... Weil sie dann für die CDU/CSU zur Mehrheitsbeschaffung untauglich würde, müßte die Union in diesem Fall an einem endgültigen Verschwiden einer konservativen FDP interessiert sein.

These 5: Als rechte Partei wäre die FDP inhaltlich überflüssig....

These 6: Die politischen Überlebensfragen (Verringerung der Kriegsgefahr, Verhinderung einer ökologischen Katastrophe, Erhaltung des sozialen Netzes) sind wegen der unvermeidlichen Umstrukturierung der Parteiwähler und -mitglieder sowie des Zwangs zum Bündnis mit der CDU/CSU nicht mit, sondern nur gegen die neokonservative FDP zu lösen. Demgegenüber sind die Friedens- und Ökologiebewegung sowie sich notwendigerweise repolitisierende Gewerkschaften aufgrund ihrer inhaltlichen Orientierung und des bürgerschaftlichen Engagements tragende Säulen für eine die Zukunftsprobleme lösende Politik und sind deshalb für Liberale unverzichtbare Bündnispartner.

These 7: Zur Erhaltung und Umsetzung liberaler Zielvorstellungen ist die Gründung einer linksliberalen Organisation richtig und notwendig....

These 8: Eine Chance, fortschrittliche liberale Politik zu verwirklichen und ein reaktionäres Machtkartell an der Realisierung seiner Ziele zu hindern, besteht nur in einem „Neuen Reformbündnis" zur Bildung einer „Neuen Reformmehrheit" in der Gesellschaft. Nach Lage der Dinge kann ein solches Reformbündnis nur zum Tragen kommen, wenn Sozialdemokraten, die Grünen und Fortschrittsliberale sich im Bündnis mit der Friedens-, Ökologie- und Bürgerinitiativ-Bewegung auf eine gemeinsame politische Basis verständigen.

Der sich neu organisierende politische Liberalismus muß sich als eigenständige Komponente für ein solches „Neues Reformbündnis" verstehen.



FDP-Generalsekretär Verheugen und Parteichef Genscher

Interview mit dem Vorsitzenden der Jungdemokraten Baden-Württembergs

Interview mit dem Vorsitzenden der Jungdemokraten Baden-Württembergs

Spaltung der FDP — unwiderruflich

AK: Jürgen Gneiting, sind die Jungdemokraten in Baden-Württemberg eigentlich noch der Jugendverband der FDP? FDP-Chef Morlok hat ja die Trennung schon für vollzogen erklärt.

J.G.: Nach dem Koalitionsbruch haben wir sofort einen Landeshauptausschuß durchgeführt, der beschlossen hat, nur unter bestimmten Bedingungen wie bisher in der FDP weiterzuarbeiten. Dazu gehört die Abwahl des Parteivorstands, d.h. grundlegende personelle Konsequenzen, nicht nur die Ablösung des Vorsitzenden Genscher. Außerdem die Umsetzung der inhaltlichen Positionen des Wahlprogramms der FDP, die im Regierungsprogramm der CDU/FDP-Koalition nicht mehr auftauchen. Ich habe dann einen Brief an die Mitglieder geschrieben, in dem ich zum Verbleiben in der FDP bis zum a.o. Bundesparteitag am 16.10. aufgefordert habe, um dann im Fall der Ablehnung unserer grundlegenden Konsequenzen geschlossen auszutreten. Daraufhin hat Morlok gesagt, der Bruch mit den DJD sei erfolgt. Tatsache ist jedoch, daß eine solche Entscheidung nur von einem Landesparteitag der FDP getroffen werden könnte, nicht vom Vorsitzenden in einem Alleingang.

AK: Nun war ja am Wochenende 9./10. Oktober ein außerordentlicher Parteitag der baden-württembergischen FDP. Ein Rausschmiß für euch Judos stand nicht zur Debatte. Im Gegenteil gab es ziemlichen Unmut gegen die Partei-Rechte. In der Presse wird das sogar so gehandelt, daß jetzt BaWü als fünfter Landesverband gegen Genscher gestimmt habe.

J.G.: Das stimmt leider nur zum Teil. Zum einen wurde nicht der Rücktritt von Genscher gefordert, sondern die Delegiertenmehrheit richtete — sehr viel versöhnlicher — an den Bundesvorsitzenden die Bitte, freiwillig auf seinen Posten zu verzichten. Für uns ist aber etwas anderes viel wichtiger: Es ist nicht damit getan, die Gesamtverantwortung für den Rechtsruck auf einen Einzigen abzuladen. Es geht hier nicht nur um die Person Genscher. Untragbar sind noch eine Reihe anderer Funktionäre, die die Rechtsausrichtung der Partei unter Umgehung der Mitglieder betrieben haben. Insofern sind für uns auch Leute wie Wurbs, Morlok, Möllemann und Lambsdorff als Bundesvorstandsmitglieder nicht hinnehmbar.

Leider ist ein Antrag auf dem Landesparteitag, der in diese Richtung zielte, mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

AK: Ist die Spaltung der FDP überhaupt noch vermeidbar? Bestehen überhaupt noch Chancen, daß eure Bedingungen, die ja die Bedingungen der gesamten Judos sind (s. Kasten) auf dem Bundesparteitag im November erfüllt werden?

J.G.: Dazu möchte ich etwas weiter ausholen. Die FDP als Partei ist ja ein Bündnis zwischen Wirtschaftsliberalen und Sozialliberalen. Ausdruck davon ist z.B. der Kompromiß in den „Freiburger Thesen" von 1971. Dort wurden einerseits die Mechanismen der privatkapitalistischen Wirtschaft anerkannt. Davon abgetrennt wurde aber der gesamte Bereich von Justiz-, Staats-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, der das Terrain für sozialliberale Reformversuche abgab. Nun versucht der wirtschaftsliberale Flügel, diesen Kompromiß aufzukündigen. Ausdruck davon ist das Lambsdorff-Papier, wo der gesamte Bereich der Gesellschaftspolitik wieder als Rahmenbedingungen für die Investitionsfreudigkeit des Kapitals definiert wird. Reformpolitik in diesem Bereich ist dadurch natürlich unmöglich.

Eine kleine Hoffnung habe ich insofern, als die FDP in der Opposition für das Kapital nicht mehr so interessant wäre und der Druck von dieser Seite dann auch abnehmen würde. In der Opposition könnte sich die Partei dann neu definieren.

AK: Da schwingt aber eine Menge Illusion mit. Der Riß in der FDP geht doch auch auf veränderte wirtschaftliche Hintergründe zurück, die — im Unterschied zu vor 10 Jahren — eine friedliche Koexistenz von knallharten Kapitalvertretern und fortschrittlichen Linksliberalen gar nicht mehr möglich macht, schon gar nicht in e i n e r Partei.

J.G.: Ich bin da auch ziemlich pessimistisch. Wenn Genscher & Co. die Partei für sich beanspruchen, muß sich der Sozialliberalismus eine neue Organisationsform suchen. Zieht die Parteirechte am 7. November ihren Kurs durch, treten wir geschlossen aus und beraten

Forts. nächste Seite

Forts. v. voriger Seite

auf Delegiertenkonferenzen über eine eigenständige Weiterarbeit. Bis dahin wollen wir allerdings in der FDP für einen Umschwung kämpfen.

AK: Welche Möglichkeiten einer Neuorganisierung sind bei den Jungdemokraten in der Debatte?

J.G.: Grob gesagt gibt es da drei Tendenzen. Die Judos sind ein sehr heterogener Verband, und es wird sicher keine einheitliche Entscheidung aller Mitglieder geben.

Die eine Tendenz läuft auf einen direkten Eintritt in die SPD raus. Das sind allerdings sehr wenige.

Vermutlich die Mehrheit will eine neue sozialliberale Organisation gründen, zusammen mit fortschrittlichen FDP-Mitgliedern. Vorbild für eine solche Organisation sind etwa die D 66 in Holland. In diesen Kreisen wird die SPD als Partner einer solchen neuen Kraft gesehen. Eine weitere Strömung, zu der auch ich mich zähle, will eine stärkere Hinwendung zum radikaldemokratischen Lager, wo unsere Positionen z.B. im Rechtsstaatsbereich wirkungsvoller zum Tragen kommen können.

AK: Eine Annäherung zu den Grünen ist wohl schon angelaufen. Die linksliberale „Steglitzer Initiative" hat sich mit Erich Krohn, Landesvorstandsmitglied der Hamburger Grünen, getroffen. In den letzten Tagen haben hier in Stuttgart Gespräche zwischen dem FDP-MdB Hölscher und dem grünen MdL Kretschmann stattgefunden. Kommt da was in Gang?

J.G.: Die Grünen sind für uns sicher ein wichtiger Bezugspunkt. Wie eng eine Zusammenarbeit sein kann, ob wir vielleicht sogar in diese Partei eintreten, muß sich allerdings noch zeigen.

JuDos — Gründung einer neuen Organisation?

— Auszüge aus dem Beschluß des Bundeshauptausschusses der DJD vom 2.10.1982 —

„In der FDP ist eine breite Bewegung der Demokraten, Rechtsstaatler und Sozialliberalen entstanden. Durch viele Appelle am Austreten gehindert, warten diese auf die nächsten Schritte! Repräsentanten aus dem sozialliberalen Lager sind bereit, sich an die Spitze einer möglichen Alternative zur FDP zu stellen.

Wenn die rechte Parteiführung den demokratischen Sozialliberalismus aus der Partei ausschließen will, gibt es nur die Alternative, eine eigene Arbeitsform aufzubauen.

In der jetzigen Situation haben wir Jungdemokraten eine erhöhte Verantwortung:

— Wir haben eine intakte organisatorische Struktur, die erhalten bleiben kann,

— nur wenige von uns haben in letzter Zeit individuell reagiert und sind ausgetreten,

— die ganz große Zahl ist bereit, unseren Arbeitszusammenhang zu erhalten und gemeinsam zu handeln.

Das Angebot an die FDP steht: Wenn der Bundesparteitag die bestehende Spaltung der Partei aufhebt, indem er die undemokratische, polarisierende Parteiführung durch eine integrierende, glaubhafte ersetzt,
und wenn er den eingeschlagenen Weg eindeutig politisch ablehnt, wird die Zusammenarbeit mit der FDP fortgesetzt.

Setzt sich die Parteirechte durch und beansprucht die ganze Partei für sich, werden die Jungdemokraten sich an der Gründung einer neuen Organisation beteiligen. Nach den ersten Schritten am Rande des Bundesparteitages wird eine a.o. Bundesdelegiertenkonferenz die politischen Grundlagen für ein Zusammengehen mit vielen sozialliberalen FDP-Mitgliedern schaffen.

Auf einem erheblich größeren „neuen Kölner Kongreß" werden die organisatorischen und — soweit möglich — programmatischen Grundlagen einer neuen liberal-demokratischen Kraft geschaffen werden, um ein politisches Eigenleben und eine Beteiligung an Wahlen zu erreichen.

Was will die CDU/CSU mit der Übergangsregierung Kohl/Genscher?

Seit dem 1.10. hat die Bundesrepublik eine Übergangssregierung in Gestalt des FDP-gestützten Kohl-Kabinetts. Eine Bestätigung durch die Wähler soll angeblich am 6. März 83 nachgeholt werden. Mag sich auch der von Kohl angekündigte historischen Neuanfang, wie er jetzt von ihm als 'Dringlichkeitsprogramm' in seiner Regierungserklärung vorgelegt wurde, nur graduell von den vorherigen SPD/FDP-Krisenlösungsvorstellungen unterscheiden, so ist doch schon zu erkennen, daß es sich für die CDU/CSU und die hinter ihr stehenden Kräfte nur um die E i n l e i t u n g der konservativen Wende, nicht bereits um die Wende selbst handelt. Das bürgerliche Lager ist sich einig, daß die neue Regierung die Krise erst einmal nicht bewältigen, sondern vertiefen wird. „Vieles spricht dafür, daß der Tiefpunkt noch vor uns liegt", meinte Kohl vorsorglich in seiner Regierungserklärung. Die 'Koalition der Mitte' ist für die CDU/CSU, vornehmlich für die Kräfte um Strauß, getreu dem nach wie vor gültigen Sonthofener Konzept nur ein Vehikel, mit dem die Bevölkerung reif gemacht werden soll für die eigentlichen Ziele eines Großeuropa unter starker deutscher Führung...

Bezeichnend dafür sind Äußerungen von Strauß, der in seinem letzten „Spiegel"-Interview sagte, der „größte Feind" der CDU/CSU sei immer noch der „hohe Pegelstand der Erwartungen, die Hoffnung einer raschen Änderung, das Umschlagen der Stimmung in Ungeduld usw". Ministerpräsident Albrecht hätte die Krise sich gern noch bis zum regulär anstehenden Wahltermin 1984 entwickeln lassen, weil dann für die CDU/CSU bessere Möglichkeiten bestanden hätten, die „Überlegenheit ihres Konzepts" zu beweisen. Nicht viel anders die großbürgerlichen Kommentare, die den Wechsel zwar begrüßen, aber ihn allesamt für recht halbherzig erklären und sich besonders an der Zusage von Neuwahlen im März 83 stören. Der berechtigte Spott über Birnes pastorales Mittelmaß-Denken und sein mittelmäßiges Programm sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es gerade dieses politische wie persönliche Mittelmaß ist, das nach seinem absehbaren Scheitern das Antreten eines „starken Mannes" wie Strauß legitimieren soll. Unter diesen Voraussetzungen muß das von Kohl vorgelegte 'Dringlichkeitskprogramm' verstanden werden.

wie Strauß legitimieren soll. Unter diesen Voraussetzungen muß das von Kohl vorgelegte 'Dringlichkeitskprogramm' verstanden werden.

Kohls Regierungserklärung verkündet einen *„historischen Neuanfang"* wie anno 1949, der eine neue Ära des Aufbaus und der wirtschaftlichen Stabilität einleiten soll. Die neue Regierung sei *„notwendig geworden, weil die alte Regierung sich als unfähig erwies, gemeinsam das soziale Netz zu sichern und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen"*. Die *„Talfahrt"* solle nun *„aufgehalten werden"*. *„Erste positive Wirkungen"* seien aber nicht vor der zweiten Hälfte 1983 zu erwarten - also nach der versprochenen Neuwahl am 6.März 83. Im übrigen könnten *„grundlegende Erfolge"* ohnehin nur in einem mehrjährigen Prozess erreicht werden.

Für Kohl geht es aber nicht nur um wirtschaftliche, sondern auch um geistige *„Erneuerung"*. Zukunftsangst habe, besonders bei jungen Menschen, zu *„Nostalgie und Utopie"* geführt. Es komme jetzt darauf an, *„wieder die Tugenden der Klugheit, des Mutes und des Maßes"* zu beleben. *„Die Frage der Zukunft lautet nicht, wieviel mehr der Staat für seine Bürger tun kann. Die Frage der Zukunft lautet, wie Freiheit, Dynamik und Selbstverantwortung sich neu entfalten können"*. Alle hätten *„zu lange auf Kosten anderer gelebt: der Staat auf Kosten der Bürger, Bürger auf Kosten von Mitbürgern und wir alle auf Kosten der nachwachsenden Generationen"*. Da sei es *„auch ein Gebot des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit, daß wir der Ehrlichkeit, der Leistung und der Selbstverantwortung eine neue Chance geben"*.

Mit dem Dringlichkeitsprogramm würden nun endlich die *„Weichen zur Erneuerung"* gestellt: *„Weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt; weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung; weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit"*. *„Dafür müssen wir den Bürgern Opfer zumuten; dafür brauchen wir ihre Bereitschaft zur Solidarität. Diese Solidarität verlangt eine Atempause in der Sozialpolitik"*.

Die Schlagworte, unter denen Kohl heute Opfer vom Bürger für eine zukünftig in Aussicht gestellte Sicherung der sozialen Leistungen durch Erneuerung der finanziellen Fundamente unseres Staates verlangt, lauten: „Solidarität" und „Subsidiarität".

Ein Blick ins Programm des sog. Jugend-Parteitags der CDU vom November 81 zeigt, was die CDU unter diesen Schlagworten verstehen möchte: „Solidarität" soll heißen: „Dienst an der Gemeinschaft", „Verpflichtung" gegenüber der Gesellschaft, „Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern". „Subsidiarität" soll heißen, *„daß der Staat nicht regeln soll, was der einzelne oder die freien gesellschaftlichen Gruppen aus eigenen Kräften leisten können"*. *„Der Staat hat den Menschen zuviel versprochen, und die Menschen haben zuviel vom Staat erwartet. So kam es, daß die Ansprüche immer mehr wuchsen und der Gemeinsinn immer mehr schwand. Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wieder hergestellt, Gemeinsinn wieder entwickelt werden"*. Die konkreten Aussagen des 'Dringlichkeitsprogramms' zeigen, daß die Sprüche von Wiederbelebung alter Tugenden, „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht", Neuanfang, Solidarität und Subsidiarität in der politischen Realität verstanden werden als Stillhalten der Bevölkerung gegenüber einer weiteren Verschärfung der Ausplünderung durch die Reichen und der Kriegsvorbereitungen.

„Über geordnete Finanzen zurück zu einem geordneten Staat"

Der Teil Wirtschaft und Soziales dominiert folgerichtig das ganze Dringlichkeitsprogramm. Sowohl die Koalitionsvereinbarungen vom 28.9. als auch die Regierungserklärung Kohl's am 14.10. verfolgen die Linie, aus den Bereichen der Sozialpolitik herauszukürzen, was zur Zeit politisch durchsetzbar erscheint, um die so gewonnenen Gelder den Kapitalisten zukommen zu lassen. In demagogischer Weise wird von Kohl in seiner Regierungserklärung von einer Kürzung *„insbesondere bei den Subventionen"* geredet und so der Schein erweckt, als würden die Kapitalisten von den Kürzungen ebenso betroffen wie die arbeitende Bevölkerung. Nun, schauen wir einmal, was die neue Koalition anbietet, um der westdeutschen Wirtschaft eine Zukunftsperspektive zu schaffen: Die Regierungserklärung (FAZ, 14.10.) ist sehr allgemein, aber da interessant, wo die Umverteilungsabsichten und das Verteilen der goldenen Nasen an die Industrie in schamloser Offenheit formuliert werden. Die „Ertragschancen der Unternehmen" sollen verbessert werden, indem die Gewerkschaften Enthaltsamkeit üben: *„Investitionen für mehr Arbeitsplätze erfordern positive Ertragserwartungen und hinreichendes Eigenkapital. Wir vertrauen darauf, daß die Tarifpartner bei ihren Entscheidungen sich dessen bewußt sind."* Die Republik soll nun endlich verkabelt werden, denn *„von dem geplanten Ausbau der Kabelnetze werden wirkungsvolle Anstöße für Investitionen und neue Technologien ausgehen"*. Und natürlich: *„Damit unser Land ein attraktiver Standort für zukunftsorientierte Industrie und krisenfeste Arbeitsplätze bleibt, können wir auf Kernkraft nicht verzichten."* Ganz im Gegensatz zum großen Pathos des Spar- und Kürzungslamentos sichert die neue Koalition den Kapitalisten eine unbeschwerte *„Zukunftsperspektive (zu), die frei ist von entbehrlichen Belastungen und Verunsicherung durch den Staat"*. Detaillierter als in der Regierungserklärung haben die Koalitionsparteien ihre gemeinsamen Vorstellungen in dem Koalitionsvertrag vom 28.9. festgelegt (siehe „Handelsblatt", 29.9.). Diese Koalitionsvereinbarungen sind nichts anderes als ein Minimalkonsens zwischen FDP, CDU und CSU über die Gestaltung der nächsten Periode; mit den längerfristigen Absichten von Strauß & Co. sind sie nur bedingt identisch.

Ab dem 1.Juli 83 wird die Mehrwertsteuer um ein Prozent auf 14% erhöht. Die mit dieser Erhöhung mehr eingenommenen 2,2 Milliarden DM sollen „für Steuerentlastungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen" verwendet werden. So sollen diejenigen, die sich demnächst ein Ein- oder Zweifamilienhaus hinstellen, in den ersten drei Jahren nach Fertigstellung einen Steuerabzug von jeweils 10.000 DM pro Jahr erhalten. Diese nun wirklich sehr eigentümerfreundliche Maßnahme wird zu einer Verminderung des Steueraufkommens um eine Milliarde DM führen und wird im ersten Jahr ihrer Einführung mehr an Steuerausfall bedeuten, als durch die Streichung des Bafög „gespart" wird (230 Mio. DM zu 200 Mio. „gespartem" Bafög). Ein weiterer Teil der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer soll für *„steuerliche Erleichterungen bei der Übernahme insolventer bzw. insolvenzbedrohter Unternehmen"* verteilt werden. Und im Zuge der wiederauflebenden Freiheit für alle Bürger wird ein weiterer Teil zur „Förderung der Existenzgründung" von Unternehmen verschenkt. Ab 1.Januar 1984 sollen noch weitere „Investitionsbelebungsprogramme" aus dieser Mehrwertsteuer-Erhöhung finanziert werden: wahrlich ein warmer Regen für die westdeutsche Wirtschaft.

Vielleicht erinnert sich noch manche/r Leser/in an den Sturm der Entrüstung, der sich in der jüngeren Vergangenheit erhob, als die damalige

manche/r Leser/in an den Sturm der Entrüstung, der sich in der jüngeren Vergangenheit erhob, als die damalige

sozial-liberale Koalition die Erhebung einer Sonderabgabe für höhere Einkommen erwog, um mit dem Geld irgendwelche Investitionsprogramme zu bezahlen. Nun hat die neue Koalition beschlossen, von den ‚besser verdienenden' Bürgern eine Anleihe einzutreiben. Alle, die mehr als 50.000 DM jährlich verdienen (Als Ehepaar 100.000 DM) müssen jeweils 1983 und 1984 einen Betrag in Höhe von 5% ihrer Steuerabgaben dem Bund zinslos für vier Jahre zur Verfügung stellen. Dann bekommen sie das Geld zurück. Der Haken an dieser „Anleihe" ist, daß davon diejenigen nicht betroffen sind, *„die den fünffachen Betrag der Anleihe in ihrem eigenen Unternehmen für Investitionen aufwenden"*. Da wird der Arzt also endlich das dritte Auto, der Rechtsanwalt die EDV-Anlage, der Architekt den goldenen Bleistiftanspitzer kaufen, um die Anleihe nicht zahlen zu müssen. Die Verwendung der Anleihe war für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus vorgesehen, und so wird es die Regierung auch nicht sehr aufregen, wenn durch die Anleihe nicht allzuviel Geld einkommen wird.

Die angestrebten Veränderungen im Mietrecht stehen in krassem Gegensatz zur Hofierung der Eigentümer. Das noch von der alten Koalition im Bundestag verabschiedete Mietgesetz wird im Bundesrat an der Unions-Mehrheit scheitern. Sodann wird die neue Koalition sofort ein neues Gesetz im Bundestag vorlegen, in dem

— auf die Verpflichtung der größeren Gemeinden zur Erstellung von Mietspiegeln verzichtet wird;

— *„ein höheres Maß an Vertragsfreiheit für Mieter und Vermieter verwirklicht werden soll"* (FAZ, 29.9.);

- die Fristverlängerung für Eigenbedarfskündigungen in Umwandlungsfällen entfällt;

- im Vergleichsmietennachweis auch Vergleichsobjekte aus dem eigenen Bestand der Miethaie zugelassen werden.

Zusammenfassend kommt die „FAZ" zum Schluß: *„Daß bedeutet, daß die Mieten stärker steigen werden als bisher vorgesehen war"* (29.9.), und: *„Speziell die Absichten in der Wohnungs- und Mietenpolitik sind vertrauenserweckend"* (30.9.). Trotz alledem ist das, was in der Regierungserklärung und im Koalitionspapier ausgedrückt wurde, nicht der letzte, sondern nur der erste Schritt hin zu einer umfassenden Umverteilung. Da sich die konservative Koalition natürlich an den Ansprüchen der Kapitalisten ausrichten wird, ist mit einer weiteren Verschärfung der ‚Sparpolitik' zu rechnen, denn nach Aussage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) *„sei es (..) mit einer bloßen Kurskorrektur nicht getan. Die Entscheidungen müßten eine überzeugende Langfristperspektive bieten. (...) Mit dem Sparen müsse endlich ernst gemacht werden. Notwendig sei (...) eine Umschichtung*

Forts. nächste Seite



Genscher wechselt die Koalition

(Karikatur entnommen der „Hamburger Morgenpost", Unterzeile AK)

Forts. nächste Seite

der öffentlichen Haushalte zugunsten der investiven Ausgaben" (,,Handelsblatt", 20.9.).

Und wer soll das bezahlen ...?

Zunächst wird der Staat seinen Angestellten und Beamten eine ,,Lohnpause" verordnen. Insgesamt sollen im Bereich der Beamtenbesoldung rund 700 Millionen DM eingespart werden. Es mag bei manchen Sympathie erwecken, wenn da mal ein wenig durchforstet wird. Das ist aber auch gleichbedeutend mit einer schlechteren Versorgung im öffentlichen Bereich, und zum anderen beziehen die wenigsten Beamten ,,Ministergehälter".

Aus der Vielzahl der im Koalitionsvertrag festgelegten Kürzungsprojekte seien die wichtigsten kurz beschrieben.

— Die Rentenanpassungen werden für alle Rentenbereiche um ein halbes Jahr hinausgeschoben (auf 1.7.83 vertagt). Da der Anpassungsatz von 5,8% beibehalten bleibt, werden die Rentner durch die Preissteigerungen des ersten halben Jahres '83 faktisch betrogen. Weiterhin wird eine längst überfällige Anpassung aufgeschoben, denn ein Großteil der Rentner lebt nahe am Existenzminimum; Einsparung von ca. 1,7 Milliarden DM. Ebenfalls ab 1. Juli '83 werden die Rentner einen Krankenversicherungsbeitrag von 1% zahlen müssen. In den nächsten zwei Jahren soll die Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung um jeweils zwei Prozent je Jahr steigen.

— Noch bleiben die Sätze für Arbeitslosenhilfe und -geld unverändert. Dafür wird aber die Zahlung von Arbeitslosengeld an die Dauer der Beitragszahlung gekoppelt. D.h. wer weniger lange arbeitet, erhält auch weniger lange Unterstützung. Das wird zuerst die Frauen treffen, die vielfach auf Grund der Arbeitsteilung im Haushalt (Kindererziehung) schlicht nicht arbeiten konnten. Das trifft weiterhin die, die das Pech hatten, in einer Branche zu arbeiten, die relativ früh von der Krise erfaßt wurde, und die deshalb öfters arbeitslos waren. Und dann diejenigen, die ganz einfach weil sie jung sind keine Arbeit bekommen. Zum zweiten sollen sich die Beiträge für die Rentenversicherung nach der Höhe des Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe richten. Die Arbeitslosen werden also nicht nur gegenwärtig bestraft, sondern auch in der Sicherung ihres Lebensalters getroffen (Einsparungen 500 Millionen DM).

— Die Krankenhausbeteiligung wird auf 14 Tage ausgedehnt. Die SPD/FDP-Planungen sahen eine Beteiligung für eine Woche vor. Gegenwärtig werden noch 100% der Normalleistungen durch die Krankenversicherungen gedeckt. Bei Krankschreibungen soll verstärkt der Vertrauensarzt eingeschlatet werden (,,*Von jeder Krankmeldung erhält der Vertrauensarzt Benachrichtigung*"). ,,*Bußgelder für Gefälligkeitsatteste werden vorgesehen*", heißt es lapidar im Koalitionspapier.

eingeschlatet werden (,,*Von jeder Krankmeldung erhält der Vertrauensarzt Benachrichtigung*"). ,,*Bußgelder für Gefälligkeitsatteste werden vorgesehen*", heißt es lapidar im Koalitionspapier.

— Insgesamt soll das Gesundheitswesen erheblich umgestellt werden: ,,*Die Verstärkung der häuslichen Pflege anstelle von Krankenhauseinweisungen ist langfristig anzustreben*". Wie normal arbeitende Menschen dies leisten und neben dem Arbeitstag auch noch menschliche Pflege im Haushalt übernehmen sollen, darüber macht sich die Regierung keine Gedanken. Desweiteren sollen die Zeiten für Kuren auf den Normaljahresurlaub angerechnet werden. Damit wird der Effekt einer Kur im Nachhinein gleich Null, denn eine Kur ist kein Urlaub, sondern durch die medizinischen Anwendungen (Bäder, Untersuchungen, Therapie, ...) schwerste körperliche Arbeit. Der Sinn dieser Maßnahme kann nur sein, Kuren weitgehend zu verhindern.

— Die Steigerung der Sozialhilfesätze wird wie die Rentenanpassung um ein halbes Jahr verschoben; außerdem wird der Prozentsatz, um den die Sozialhilfesätze vermehrt werden sollten, von 3% auf 2% gesenkt. Ähnlich wie die meisten Rentner leben die Sozialhilfeempfänger im Grenzbereich des Existenzminimums und werden durch diese Maßnahme unter diese Grenze gedrückt.

— Ab 1. Januar wird für jedes zweite Kind 20 DM (nur noch 80 DM) und für jedes dritte Kind 70 DM weniger (nur noch 150 DM) gezahlt. Gezahlt wird dieses Geld mit einem Jahresnettoeinkommen von 42.000 DM bei einem Ehepaar mit zwei Kindern. Die Grenze erhöht sich für jedes weitere Kind um 7.800 DM. Insgesamt werden durch diese Maßnahme 1,3 Milliarden DM eingespart.

— Das Schüler-Bafög wird generell gestrichen (außer in ,,Härtefällen"). Denn, so begründete die ,,Frankfurter Allgemeine" (FAZ): ,,*Förderung von Begabten aller Schichten ist für die Leistungskraft einer Gesellschaft wichtig; Unterstützung von Schülern, die damit vorwiegend eine unangemessen frühe Emanzipation vom elterlichen Wohnsitz betreiben, bedeutet jedoch eine Pervertierung des Sozialstaates*" (30.9.). Das Studenten-Bafög wird auf Darlehensbasis umgestellt. Bisher konnten Studenten, deren Elterneinkommen unter einer bestimmten Einkommensgrenze lag, für eine Regeldauer (verschieden je nach Studienfach) Ausbildungsbeihilfe beziehen, ohne sie zurückzahlen zu müssen. Damit wurde es für viele Kinder aus Arbeiterfamilien erst möglich, überhaupt zu studieren. In den letzten Jahren ist die Ausgabe des Studentenbafög immer mehr eingeschränkt worden, und so hat der Anteil der Arbeiterkinder an den Hochschulen von fast 12% Anfang der 70er Jahre auf fast 5% gegenwärtig abgenommen. Durch die neue Regelung wird dieser Anteil nochmals kräftig abnehmen, Hochschulbildung wird wieder zum Privileg der Bourgeoisie. Beide Bafög-Regelungen gelten ab 1983/84.

Auch für den Bereich der Sozialpolitik gilt ähnlich wie für den Bereich der Wirtschaftspolitik, daß weiteren Maßnahmen tendenziell keine Grenzen gesetzt sind. Heute liegen diese Grenzen vornehmlich im Erhalt des sozialen Konsenses begründet. Die nun wieder zur regierungsnahen Zeitung aufgestiegene ,,FAZ" kommentierte das Koalitionspapier sehr kritisch: ,,*Das Arbeitslosengeld wird noch nicht grundsätzlich überprüft, ebensowenig die Lohnfortzahlung. Das sind Minuspunkte .. Als einen Schritt in die richtige Richtung wird man die Kalitionsvereinbarung bewerten können. Den Vergleich mit der bisherigen Politik hält sie allemal aus, auch wenn der große Wurf zunächst ausgeblieben ist*" (29.9.).

Sicherheitspolitik

Alle anderen politischen Bereiche neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben im ,Dringlichkeitsprogramm' relativ vage. Wir wollen sie dennoch in aller Kürze ins Licht stellen.

Zur ,Friedenspolitik' bzw. Außenpolitik heißt es schlicht, man wolle ,,Frieden und Freiheit". Auch aus dem Koalitionspapier, das in vielen Punkten deutlicher ist als die verwaschene Regierungserklärung, geht nur hervor, daß die neue Regierung die ,Sicherheitspolitik' der SPD/FDP-Koalition fortzusetzen gedenkt, daran festhält usw. Wenn Kohl den Anschein erwecken möchte, als ob die neue Koalition in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen, Cruise missiles und Pershings verhandlungswillig sei, der Termin der Installierung nicht feststehe, so mag ein Hinweis auf das Hamburger Programm der CDU genügen, um zu sehen, von welchen Essentials sie (ganz zu schweigen von der CSU) ausgeht: Bedrohung aus dem Osten, Festhalten an der Strategie der Abschreckung, uneingeschränktes Ja zum NATO-Bündnis, Forcierung der Einigung Europas und ,vorbehaltloses' Bekenntnis zu einer ,,*konsequenten*

CSU) ausgeht: Bedrohung aus dem Osten, Festhalten an der Strategie der Abschreckung, uneingeschränktes Ja zum NATO-Bündnis, Forcierung der Einigung Europas und ,vorbehaltloses' Bekenntnis zu einer ,,*konsequenten*

und zeitgerechten Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses". Ergänzend soll die ,Wehrerziehung' forciert, sollen die Gewissensprüfungen für Kriegsdienstverweigerungen erschwert,soll der Ersatzdienst verlängert werden. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Kriegsministers Wörner bestand in der Wiedereinführung der eben von Apel abgeschafften provokativen Bräuce der ,Traditionspflege' wie Großer Zapfenstreich' und öffentliche Vereidigungen.

Zur ,Deutschlandpolitik' schweigt sich die Regierungserklärung gänzlich aus. Eine Abkühlung ist aber wohl zu erwarten, wenn Kohl an anderer Stelle betont, daß ,Deutschlandpolitik' nach wie vor von der Präambel des Grundgesetzes ausgehe, wonach ,,*wir an der Einheit unserer Nation, an der Einheit unseres Volkes festhalten*". Im Hamburger Programm der CDU heißt es dazu, die ,,*Wiederherstellung der deutschen Einheit im europäischen Rahmen muß ein vitales Element der deutschen Politik sein. Das ist ein entscheidender Auftrag*". Es dürfte eines der interessanten Kapitel werden, wie die Koalitionsregierung es schaffen will, einerseits das Erbe der ,Entspannungspolitik' der SPD/FDP, das ja auch im Interesse eines weiterflorierenden Osthandels liegt, fortzusetzen, und andererseits zugleich zu untergraben und den Krieg gegen den Gänsefüßchenstaat wieder zu beleben. Von besonderem Interesse dürfte auch sein, wie die Koalition sich bzgl. der ,,Treue zum atlantischen Bündnis" in Zukunft verhält, wenn die CDU/CSU praktisch entscheiden muß, ob sie als Regierungspartei die US-Embargos gegen die UdSSR unterstützt oder nicht — und sich nicht mehr mit kritischen Kommentaren nach allen Seiten offen halten kann.

Familie, Jugend, Gesundheit

Zur Familienpolitik konnte Mensch der Regierungserklärung nur entnehmen, daß laut dem neuen Familienminister Heiner Geißler der Zivildienst in Zukunft ,,wesentlich länger" sein soll als der Dienst bei der Bundeswehr. Im übrigen beschränkt sich die Erklärung darauf, gegen ,,Nostalgie" und ,,Utopien" der Jugend zu wettern, die eine ,,*Herausforderung an unsere Pflicht als Eltern, an unseren Gemeinsinn und an unsere Überzeugungskraft*" seien. Auch hier hilft der Rückgriff auf die vorliegenden Programme. Darin wird als Kernpunkt für eine ,,menschliche Zukunft" der Jugend die Stärkung der Kleinfamilie und ein nach ,Begabung' differenziertes Bildungssystem gefordert, dessen Aufgabe Erziehung zu ,,klaren Vorstellungen von Deutschland" und ,,Heranbildung von Eliten" sei. Im übrigen sei auf die Sparmaßnahmen bzgl. Kinder- und Mutterschaftsgeld, Schüler- und Studentenbafög verwiesen. Die angeblich familienfreundliche Politik bedeutet im Konkreten die verstärkte Abwälzung von Ausbildungs- und Erziehungslasten auf die Familie, insbesondere auf die Frau, deren Beschränkung auf ihre Funktion als ,,Hausfrau und Mutter" Voraussetzung einer derart forcierten ,,Kleinfamilie" ist. Daß dies ein Schlag gegen die Selbständigkeit und Emanzipation der Frauen ist, liegt auf der Hand und wird von der CDU auch mit der ,,natürlichen Ordnung" gerechtfertigt.

Darüberhinaus bedeuten die Sparmaßnahmen zusammen mit der ,,Differenzierung" des Ausbildungswesens eine offene Unterordnung der Lernziele unter die Interessen der Kapitalisten. Daß auch die Einsparungen im Gesundheitswesen zu einer weiteren Belastung der Familie führen werden, sei hier nur am Rande erwähnt.

Abbau des Asylrechts und Verschärfung der Ausländerpolitik

Erwartungsgemäß steht die ,,Lösung des Ausländerproblems" mit im Vordergrund der Innen- und Rechtspolitik. Vor allem geht es darum, den Anteil der ausländischen Bevälkerung in der BRD spürbar zu verringern und jeden weiteren Zuzug drastisch einzuschränken bis ganz zu unterbinden. Als Maßnahmen werden im Einzelnen angekündigt:

— Schaffung ,,finanzieller Anreize" zur ,,Förderung der Rückkehrbereitschaft". Im Gespräch sind: Kapitalisierung von Arbeitslosengeld, von Teilen der Rentenversicherungsbeiträge, des Kindergeldes usw. Den ausländischen Arbeitern soll ein Teil ihrer hier erworbenen Ansprüche z.B. auf Rente ausgezahlt werden, unter der Vorbedingung, daß sie in ihre Heimatländer zurückkehren. Dahinter steht ein einfacher Taschenspielertrick: Ein ausländischer Arbeiter, der zehn oder mehr Jahre in

benen Ansprüche z.B. auf Rente ausgezahlt werden, unter der Vorbedingung, daß sie in ihre Heimatländer zurückkehren. Dahinter steht ein einfacher Taschenspielertrick: Ein ausländischer Arbeiter, der zehn oder mehr Jahre in

der BRD arbeitete, hat heute einen Rentenanspruch von sagen wir 500 DM. Die würde er ab dem 60. Lebensjahr beziehen, bei einer Lebenserwartung von 75 Jahren käme er auf den Bezug einer Gesamtrente von 90.000 DM. Würde er seine Rente heute ,,kapitalisieren", erhielte er wahrscheinlich die Hälfte seines möglichen Rentenanspruchs ausgezahlt; der Rest verfällt, wenn er in sein Heimatland zurückkehrt. ,,Schnelles Bargeld" gegen die Aufgabe von Rechten (z.B. auch für seine Familie nach seinem Tode) ist das Ergebnis dieses Tauschgeschäftes.

— Die ausländischen Studenten müssen nach Beendigung ihres Studiums die BRD sofort verlassen.

— Asylanten werden während der Dauer ihres Bewerbungsverfahrens nicht mehr mit Bargeld (bisher in der Höhe von Sozialhilfesätzen), sondern mit Sachleistungen versorgt — bisher schon Praxis in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg.

— Bis zum 1.3.83 soll eine Bund-, Länder und Gemeinde-Kommission Vorschläge erarbeiten für eine Verschärfung des Ausländergesetzes, zur soforrtigen Vollziehbarkeit der Abschiebung politisch unliebsamer Ausländer ohne Gerichtsverfahren. Nur noch Kinder unter 6 Jahren sollen zum Familienzuzug zugelassen werden.

Orientierung für die künftige Ausländerpolitik soll die schweizerische Methode der Zwangsrotation für die ausländischen Arbeiter sein (d.h. neben anderem die Zwangsausweisung nach einer bestimmten Zeit).

Wegbereiter und Ausführende einer neuen Ausländerpolitik sind Leute wie CSU-Bundestagspräsident Stücklen, der der Vorsitzenden des rechtsextremen ,,Schutzbundes für das deutsche Volk" z.B. mitteilte: ,,*Auch ich bin ihrer Auffassung, daß der Verfassungsbegriff ,deutsches Volk' letztlich ethnisch bezogen ist*". Der ,,Schutzbund" steht u.a. auch mit den Unterzeichnern des Heidelberger Manifestes in Verbindung. Und weder vom ethnischen noch vom rechtlichen Volksbegriff lasse sich — so Stücklen weiter — eine ,,*das deutsche Volk überfremdende Einwanderungspolitik rechtfertigen*".

Auch an der Macht wird die CDU/CSU darum bemüht sein, völkisch-rassistische Töne dieser Ausprägung in Politik umsetzen. Der ausländische Teil der Bevölkerung und der Zuwachs in der BRD sei ,,*um so besorgniserregender, als die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach zuverlässigen Prognosen bis in die 90er Jahre hinein in bedrohlichem Umfang steigen*" werden, ließ Franz-Josef Strauß im Sommer des Jahres verlauten. Kaum im Amt, haben Kohl und Strauß-Zimmermann diese Feststellung dahin präzisiert, daß nicht nur die Zahl der Ausländer schlechthin, sondern v.a. der Anteil der **türkischen** Bevölkerung zu hoch sei. Eine derartige Spezifizierung dient offenkundig auch dazu, die besonders gegen Türken und türkische Kurden ausgeprägten Ressentiments in Teilen der westdeutschen Bevölkerung zu verstärken.

„Innere Sicherheit"

Abgesehen von den als Problem der ,,Inneren Sicherheit" vorgebrachten Maßnahmen gegen die Ausländer beschränkt sich die Regierungserklärung zu diesem Punkt auf den orakelhaften Satz: ,,*Wir werden den Staat auf seine ursprünglichen Aufgaben zurückführen, zugleich aber dafür sorgen, daß er sie zuverlässig erfüllen kann*". Im übrigen ist dunkel von ,,*Stärkung des öffentlichen Dienstes*" die Rede, wo nur eine Wiederbelebung der Berufsverbote-Praxis gemeint sein kann. Auch im Koalitionspapier präsentiert sich die neue Regierung eher dunkel als entschlossen. Beschlossen ist u.a.:

— Die Vorlage eines neuen Verfahrens zur Überprüfung der ,,Verfassungstreue" im öffentlichen Dienst bis 1.4.83;

— Die ,,Überprüfung" ob beim Kontaktsperregesetz ,,*strafprozessuale Garantien verbessert werden können, ohne den Schutz vor terroristischen Aktivitäten zu beeinträchtigen*";

— Überprüfung, ,,*ob an dem Prinzip, daß ein Verteidiger nur einen Beschuldigten vertreten kann, ausnahmslos festzuhalten*" sei;

— Entbürokratisierung der Verwaltungen;

— Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der ,,Wehrgerechtigkeit", zu Anerkennungsverfahren von Kriegsdienstverweigerung, zur Ausgestaltung des Ersatzdienstes. Eine klarere Sprache spricht die Ablösung Baum's durch den Scharfmacher der CSU Zimmermann. U.a. verkündete Zimmermann zu seinem Amtsantritt die Notwendigkeit eines ,,positiven Verfassungsschutzes". ,,*Er wolle dafür sorgen, daß dort, wo der Verfassungsschutz durch falsche und mißtrauische politische Führung*

U.a. verkündete Zimmermann zu seinem Amtsantritt die Notwendigkeit eines ,,positiven Verfassungsschutzes". ,,*Er wolle dafür sorgen, daß dort, wo der Verfassungsschutz durch falsche und mißtrauische politische Führung*

ins Zwielicht gesetzt worden sei, eine Umkehr stattfinde. Der Bürger könne zu Recht erwarten, daß er vor den Feinden der Demokratie geschützt werde, daß Kinder vor verfassungsfeindlich eingestellten Lehrern geschützt würden. Unter positivem Verfassungsschutz verstehe er auch, daß der Staat nicht durch einen Fernmeldetechniker, der Verfassungsfeind sei und operative Maßnahmen verrate, geschädigt werden könne" (FR, 11.10.).

Die Ernennung und diese Ankündigungen Zimmermanns (einschließlich der Maßnahmen zur Ausländerpolitik) verraten, daß die Koalition ganz auf der Linie der frisch verabschiedeten ,,Thesen der CDU für die Innere Sicherheit" vom August 82 liegt. Darin wird über die Forderung nach ,,Fortführung" des Ausbaues der Polizei und über die bekannten CDU-Dauerbrenner wie Verschärfung des Demonstrationsrechtes, ,,absolutes" Verbot von ,,Gewaltpropaganda" u.ä. hinaus der Schwerpunkt insbesondere auf die i d e o l o g i s c h e Aufrüstung der Bevölkerung und des Apparates gelegt. Kernbegriff ist die ,,wehrhafte Demokratie", die ,,geschlossene Abwehrhaltung" gegenüber denen, die das ,,solidarische Zusammenleben" und die ,,freiheitliche Grundordnung bedrohen", indem sie ,,alles in Frage stellen", gegenüber ,,gemeinschaftszerstörenden Neigungen einzelner" u.a.m. — Originalton: ,,*Die Sicherheitsorgane repräsentieren im freiheitlichen Rechtsstaat den Verteidigungswillen der Gemeinschaft. Deshalb ist jeder Versuch, den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel gegen Verbrecher zu diskriminieren, ein Angriff gegen die von der Mehrheit der Bürger bejahte staatliche Ordnung*". Der Staat müsse sich ,,*in der Öffentlichkeit zu den Sicherheitskräften bekennen*". Mobilisierung von ,,*Bürgern, (die) aus eigener Initiative überall da helfend eingreifen*", Einrichtung von ,,Beratungsstellen", die Anhebung des ,,Sozialprestiges" und der ,,Attraktivität" des ,,Berufsbildes des Strafvollzugsbeamten" als non plus ultra ,,vorbeugender Verbrechensbekämpfung" charakterisieren Maßnahmen dieser ideologischen Offensive, mit der der vorhandene Apparat für die absehbaren größeren Masseneinsätze geschmiert werden soll. Spitze der von Kohl in Anspruch genommenen ,,geistigen Offensive" ist somit die Mobilisierung der zufriedenen ,,schweigenden Mehrheit" gegen eine Minderheit von Unzufriedenen. F.J. Strauß gab dazu wieder einmal den Grundton: Man dürfe ,,*nicht zulassen, daß Berufschaoten, Systemveränderer und Rechtsbrecher unter Anwendung von Gewalt ... weiterhin den inneren Frieden ... stören*".

Vor Demagogen wird gewarnt

Abschließend sei angemerkt:

Erstens: Die Kohl-Genscher-Regierung wird nicht nur zu einer erheblichen Verschlechterung der materiellen Lage der Bevölkerung beitragen, und schon dadurch die ,,Solidarität in diesem unserem Lande" erheblich belasten, sondern gleichzeitig Kriegs-, Rüstungs- und einen außenpolitischen Agressionskurs fortsetzen und verschärfen. Beides zusammen wird zu erheblichen sozialen und politischen Unruhen in nächster Zeit führen, die von Strategen wie Strauß u.a. einkalkuliert werden.

Zweitens: Den unvermeidlichen Unruhen versucht man durch eine ideologische Offensive zu begegnen. Unter dem Stichwort ,,Wiederbelebung alter Werte und Tugenden" wird die Volksgemeinschaftsideologie der ,,Aufbau"-Jahre nach 1945, mehr aber noch der Jahre **vor** 1945 beschworen. Die Namen dafür sind heute ,Solidargemeinschaft', ,Gemeinsinn', u.ä.

In diesem Zusammenhang muß Mensch sich auch vor Augen führen, daß Schlagworte aus der Regierungserklärung wie ,,weniger Staat, mehr Menschlichkeit", ,,weniger Ideologien der Macher, mehr Eigeninitiative", Freiheit, Tugend ... keineswegs n u r der Vorliebe Birnes für verblasene Predigten entspringen, sondern darüberhinaus auch von seiner Person unabhängig **wesentlicher** Bestandteil der anvisierten konservativen Wende sind, die die allgemeine (linke) Technologie- und Fortschrittskritik und die mittelständische Angst vor Existenzvernichtung durch die weitere gnadenlose Monopolisierung mit ihrer Kritik an ,,sozialistischen Experimenten" zu einem neuen ,Wertkonservativismus' verrühren möchte, der nicht nur auf Zulauf aus dem traditionellen Mittelstand, sondern auch aus dem Lager der Ökologen und Alternativen (Kleinbesitzer) rechnet.

Zur Verdeutlichung nur ein paar von den Stichworten, die das Hamburger Programm der CDU im Teil ,,Unser Ziel" bringt: Dort wird u.a. versprochen, man sei: Für ,,*überschaubare*

rechnet.

Zur Verdeutlichung nur ein paar von den Stichworten, die das Hamburger Programm der CDU im Teil ,,Unser Ziel" bringt: Dort wird u.a. versprochen, man sei: Für ,,*überschaubare*

und menschliche Gestaltung des persönlichen Lebensraumes", gegen ,,Großstrukturen", für ,,*Übersichtlichkeit, Vertrautheit und mitverantwortliches Handeln*", gegen ,,Schulfabriken", gegen ,,Mammutkrankenhäuser", gegen ,,Wohnsilos", für ,,überschaubare Gemeinden", für ,,Stärkung des Föderalismus", für ,,Entbürokratisierung", für eine ,,*wirtschaftliche Ordnung mit vielen kleinen und mittleren Betrieben*". ,,*Erwerbsarbeit ist nicht alles. Gefragt sind auch Tätigkeiten, die mehr dem täglichen Leben verbunden sind. Eigenarbeit, Hausarbeit, private soziale Arbeit ...*". Hier versuchen die neuen CDU-Werte ganz offensichtlich mit ökologischen Programmen und Träumen vom alternativen Leben zur Deckung zu kommen ... Es ist ,,eigentlich klar", daß zwischen den Versprechen auf ein solches mittelständisches Paradies und dem Dienst an ,,der Wirtschaft" ein ziemlicher Morast liegt.

Drittens: In aller Stille wird der Repressionsapparat weiter ausgebaut, seine Teile (Polizei, BGS, Geheimdienste, Bundeswehr) weiter vernetzt. Dazu bedarf es nach der gründlichen Vorarbeit der SPD/FDP heutzutage keines besonderen Programmpunkts in einer Regierungserklärung.

Kurz: Die Linke, die eine ,andere Republik will' als Kohl und Co. sollte sich durch das bieder-mittelmäßige Gewand der neuen Übergangsregierung nicht zu Verharmlosungen hinreißen lassen, sondern alles daran setzen, **sie als Durchgangsstadium und Vorbereiter eines möglichen Krieges und neuer faschistischer Verhältnisse zu entlarven.**

Antifa-Kommission
KB/Hamburg

Jochen Lange

Für einen radikalen Pazifismus

— Zur Grundsatzdiskussion in der DFG-VK —

Jochen Lange (DFG-VK Westberlin), ehemaliges Mitglied des Bundesvorstandes, fordert eine grundlegende Umorientierung der Bündnispolitik der DFG-VK, hin zu einer parteipolitisch unabhängigen Aktionsorientierung. Er kritisiert die illusionäre Hoffnung auf parlamentarische Mehrheiten gegen die ,,Nach''rüstung und warnt vor der Beschränkung auf Friedens-Appelle.
Diese Stellungnahme wurde, leicht gekürzt, der Zeitung der baden-württembergischen DFG-VK entnommen (,,Südwest Kontakte'', 2/82).

FRIEDEN — ein Prozeß mit Zwischenschritten

Der Diskussion darüber, was nun eigentlich ,,Frieden'' ist, wird erstaunlicherweise in der Friedensbewegung kaum Bedeutung zugemessen. Die Gründe hierfür mögen darin liegen, daß viele hinter einem Definitionsversuch — zu Recht — politische Brisanz vermuten: Es könnte sich ja herausstellen, daß es sich in Wahrheit eher um eine **Anti-Kriegs-Bewegung** handelt, deren ,,Einheit in der Aktion'' durch eine positive Füllung der bislang eher verbalen Hülse ,,Frieden'' gefährdet gesehen wird.

In der DFG-VK hat es dagegen immer eine Friedensdiskussion gegeben. Die beiden unterschiedlichen Hauptströmungen sind im Programm festgehalten:

,,Im Verständnis politischer Pazifisten bedeutet Frieden jedoch mehr als die Abwesenheit von Krieg. Unter Frieden versteht die DFG-VK die Verwirklichung von politischer, sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit auf der ganzen Welt.'' (Kapitel 1, Absatz 8)

,,Auf dem Wege zu einer Politik, die den Frieden und die internationale Sicherheit durch die friedliche Beilegung und Schlichtung aller internationalen Streitfragen gewährleistet und auf jede Anwendung von Gewalt verzichtet (UNO-Charta), hält die DFG-VK folgende Schritte für notwendig . . .'' (Kapitel 2, Absatz 6)

Die bürgerlich-pazifistische sowie die taktisch-pazifistische Strömung sehen die politische Hauptaufgabe heute in der Friedens s i c h e r u n g, d.h. die heutige Situation wird als Friedens z u s t a n d definiert, der durch neue militärpolitische und militärtechnologische Entwicklungen gefährdet ist. Der status quo des bewaffneten Nicht-Krieges gilt als ,,kleines Übel'' gegenüber der Kriegsgefahr. Gegen diese E i n s c h ä t z u n g ist natürlich nichts einzuwenden, wenn sie nicht gleichzeitig als strategisches G e b o t gehandelt wird: die Gleichsetzung von

gehandelt wird: die Gleichsetzung von

Antikriegs- mit Friedens-Politik beraubt die Friedensbewegung der einmaligen historischen Chance, anhand einer positiv formulierten Friedensperspektive in das traditionelle militärische Sicherheitsdenken unauffüllbare Breschen zu schlagen.

Wenn ,,Friedenspolitik'' darauf reduziert wird, n e u e Entwicklungen zu verhindern, wird ,,Frieden'' in der Bevölkerung automatisch mit Sicherung des status quo gleichgesetzt. Dies gilt auch für friedenspolitische Forderungen, die im Rahmen des status quo verbleiben, d.h. die bestehende Ideologie des militärischen Gleichgewichtes nicht antasten.

Auch wenn die bürgerlich-pazifistischen Strömung dies gar nicht beabsichtigt, trägt sie doch dazu bei, daß ,,Frieden'' auf Jahre hinaus konservativ besetzt ist und somit etwa die Forderung nach realen Abrüstungsschritten als ,,Störung des Friedens'' zurückgewiesen werden kann.

Daß die taktisch-pazifistische Richtung in der DFG-VK aus politischen Überlebensgründen an einem status-quo-orientierten Friedensbegriff hängt, ist begreifbar; schließlich gilt — per definitionem — die Sowjetunion als ,,Friedensmacht''. Und es fällt auch schwer, die Losung der DDR-offiziellen Friedensdemonstrationen unter den Hut eines positiv formulierten Friedensbegriffes zu bringen: ,,Der Frieden muß bewaffnet sein . . .''

Die radikal-pazifistischen, ökologisch-pazifistischen sowie die sozialistisch-antimilitaristischen Strömungen in der DFG-VK vertreten — unter starkem Einfluß der Kritischen Friedensforschung — einen prozessualen Friedensbegriff, der die Veränderung bzw. Überwindung des status quo erfordert. ,,Positiver Frieden' verlangt nach einer umfassenden gesellschaftsreformerischen bzw. revolutionären Umgestaltung überall dort, wo strukturelle und offene Gewalt menschenwürdige (d.h. gewaltfreie, sozial gerechte und umweltschützende) Gesellschaftsverhältnisse verhindert. Praktisch bedeutet dies die Forderung nach einer Weltrevolution; allerdings gewaltfrei und radikal an den Wurzeln politischer und ökonomischer Machtverhältnisse kratzend.

Dieser Friedensbegriff entkleidet alle Herrschaftsstrukturen, natürlich vor allem solche, die ungerührt auf den Gräbern ihrer Opfer das Friedenszeichen pflanzen.

Dieser Friedensbegriff bleibt notwendigerweise utopisch, da er keinen machbaren Z u s t a n d kennzeichnet, sondern ein wünschbares Z i e l. Gleichzeitig sind Schritte hin zu diesem Ziel alles andere als utopisch, sondern realistisch.

An dieser Stelle ist es nötig, zum Komplex ,,Zwischenschritte'' Stellung zu nehmen. Es gehört zum Repertoire der ,,Gemäßigten'' in der politischen Auseinandersetzung, um des großen Zieles willen nicht allzu ungestüm voranzuschreiten, stattdessen eine Politik der kleinen Schritte zu praktizieren. Genau an dieser Stelle scheiden sich die Geister: Wenn der ,,kleine Schritt'' zum nächsten Schritt überleitet, ist er richtig. Wenn der ,,kleine Schritt'' den nächsten Schritt verhindert, ist er sinnlos. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist ein klasisches Beispiel dafür, wie reformistische ,,kleine Schritte'' bzw. die dahinterstehende Philosophie) letztendlich ins Fiasko führen können.

Damit ist aber noch nit die Politik der Kleinen Schritte a n s i c h ad absurdum geführt, sondern lediglich die Propaganda einiger Befürworter, die vorgeben, an einer längerfristigen Perspektive festzuhalten und die tatsächlich Protestpotential schlucken und absorbieren wollen.

Was wäre nun ein ,,Zwischenschritt'' auf dem Weg zum Frieden, der diese Bezeichnung verdient? Schauen wir uns die aktuellen friedenspolitischen Kontroversen um die atomwaffenfreie Zone sowie um die defensive Bewaffnung der Bundeswehr an.

Atomwaffenfreie Zone in Europa

Gemessen an der Reaktion der (ehemaligen — Anm.AK) Bundesregierung und der SPD-Führung müßte diese Konzeption geradezu revolutionären Charakter haben. Während in der Frage der NATO-,,Nach''rüstung durchaus denkbar ist, daß das militärstrategische Ziel der erhöhten Bedrohungskapazität gegenüber der UdSSR auch auf anderem Wege (wie etwa durch seegestützte Mittelstreckenraketen, wie ja auch bestimmte Mitglieder der Friedensbewegung fordern) erreicht werden kann, ist das Konzept einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa völlig inakzeptabel für die Herrschaftsträger in Ost und West.

Dabei entspricht diese Konzeption nicht nur dem Parteiprogramm der SPD, sondern auch den Interessen der betroffenen Staaten in Europa. Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa (etwa einerseits die BRD und die Benelux-Staaten, andererseits die DDR, Polen und die CSSR) käme dem Willen nach Überleben in den betroffenen Staaten entgegen, da von diesen dann keine existentiele Bedrohung mehr ausgehen kann.

Der teilweise panische Widerstand der Herrschaftsträger in Ost und West gegen eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa resultiert daraus, daß dann mitten in Europa ein machtpolitisches Vakuum entsteht, in dem die einbezogenen Staaten weder Subjekt noch Objekt atomarer Planspiele sind uns sich somit das Kriegs-,,Theater'' auf die beiden Supermächte selbst verlagert. Eine atomwaffenfreie Zone ist darüberhinaus eine höchst virulente und ansteckende Bakterie für andere geographische Gebiete auf der Welt, die heute noch als Einflußzonen der Supermächte geknechtet sind.

Die atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ist für Radikal-Pazifisten ein wünschenswerter Zwischenschritt. Er erfüllt die drei zentralen Bedingungen:
* politisch machbar zu sein (dafür spricht die zunehmende Diskussion in europäischen Staaten);
* den Weg für weitere Abrüstung zu ebnen (eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, wobei beide Blocksysteme einbezogen sein müssen, gibt keine ideologische Grundlage mehr her für weitere Aufrüstung);
* mit direkten gewaltfreien Aktionen unterstützt werden zu können (etwa mit Deklaration bestimmter Gebiete und Städte als atomwaffenfrei, mit begleitenden Aktionen).

Defensive Bewaffnung der Bundeswehr?

In der innenpolitischen Friedensdiskussion spielt das Konzept der Defensiv-Verteidigung eine große Rolle. Die Bundeswehr soll sich dabei auf die konventionelle Verteidigung des bundesdeutschen Territoriums beschränken und in ihrer Bewaffnung deutlich machen, daß sie zwar einen konventionellen Aggressor wirksam bekämpfen kann, aber nicht in der Lage ist, von sich aus anzugreifen.
Dieses Konzept hat zwei Seiten:
- einerseits wirkt es **sicherheitspolitisch progressiv**, weil es Bedrohungsängste im Ostblock abbaut; auch ist es im Fall eines dennoch stattfindenden konventionellen Angriffs (v.a. Panzer) militärtaktisch effektiver (Panzerabwehrwaffen) als die bestehende Nato-Strategie der Vorwärtsverteidigung;
- andererseits ist nicht ausgeschlossen, daß es sich **friedenspolitisch regressiv** auswirkt. Die Umrüstung der Bundeswehr auf strikt defensive Bewaffnung und Militärstrategie macht sie wesentlich geeigneter für innenpolitische Einsätze. Die Militarisierung der Gesellschaft wäre unausbleiblich.

Radikale Pazifisten können das Konzept der Defensiven Verteidigung nicht unterstützen. Der V o r t e i l (die BRD wirkt auf den möglichen Aggressor weniger bedrohlich) wird durch den N a c h t e i l mehr als aufgewogen: eine durchstrukturierte Militarisierung in allen Bereichen (siehe Schweiz) läßt keine Chance mehr für Abrüstung und innergesellschaftliche Friedensarbeit.

Beide Beispiele zeigen, daß auf der Suche nach Wegen zum Frieden Zwischenschritte möglich und sinnvoll sind, aber auch als Bumerang wirken können. Um dies herauszufinden, bedarf es der umfassenden Diskussion. Jedes Diskussionverbot (,,Einheit der Friedensbewegung'') ist falsch und schädlich.

PAZIFISMUS — Grundlage für eine reale Perspektive

Die uralten Versuche, ,,Pazifismus'' zu definieren, haben sich im DFG-VK-Grundsatzprogramm so niedergeschlagen:

,,Die DFG-VK ist eine pazifistische Organisation. Ihr Pazifismus ist ein Gebot der Vernunft und der Menschlichkeit. Er ist entstanden aus historischer und politischer Einsicht in die Ausweglosigkeit gewaltsamer Auseinandersetzungen. Er hat seine Wurzeln in der bürgerlichen Friedensbewegung und findet seinen konkreten Ausdruck im politischen Programm der DFG-VK.'' (Kapitel 1, Absatz 1)

Diese Passage fand nicht die Zustimmung der Radikal-Pazifisten — durchaus verständlich, wenn die pazifistischen Wurzeln angeblich in der **bürgerlichen** Friedensbewegung zu finden sind.

Ohne den Spezialisten pazifistischer Geschichtsschreibung nahetreten zu wollen, so lassen sich doch z w e i pazifistische Hauptströmungen festhalten, die es früher in den Vorläufer-Organisationen gab, und die es heute in der DFG-VK immer noch gibt:
* den bürgerlichen Pazifismus
* den radikalen Pazifismus

Alle weiteren Strömungen (z.B. die taktisch-pazifistische und die ökologisch-pazifistische) sind neueren Datums bzw. haben immer Nebenrollen in den pazifistischen Organisationen gespielt (z.B. der sozialistische Antimilitarismus).
(...)

Der Pazifismus ist dann politisch relevant, wenn er Probleme und Sehnsüchte der Bevölkerung aufgreift und gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet, diese auch durchzusetzen. ,,Für Frieden'' sind alle; gegen die Militärpolitik der Regierung sind nur wenige. Pazifismus, der sich politisch versteht, hat die Bruchstelle dazwischen herauszufinden und politisch umzusetzen, d.h. auch realistische Zwischenschritte zu propagieren (z.B. für eine atomwaffenfreie Zone).
(...)
Ein solcher Pazifismus ist
* **radikal**, weil er keine Kompromisse mit nicht-pazifistischen ,,Friedensfreunden'' eingeht, die die Aufgabe eigener Forderungen und Ziele verlan-

gener Forderungen und Ziele verlan-

gen;
* **politisch**, weil er in der heutigen politischen Situation die einzige sichtbare friedenspolitische Alternative aufzeigen kann.

Was die DFG-VK anbelangt, so trifft diese Beschreibung nur auf einen Teil — nämlich den radikal-pazifistischen — zu. Alle anderen Strömungen schneiden sich ihr Stückchen vom Kuchen Pazifismus ab, winken aber auch mehr oder weniger höflich ab, wenn von ihnen verlangt wird, den ganzen Kuchen zu essen.

Anderseits wäre es vermessen, wenn zum Kriterium der DFG-VK-Mitgliedschaft das Bekenntnis zum 100%igen Pazifismus gemacht würde. **Wir werden mit Teil-Pazifisten auch weiterhin in der DFG-VK leben müssen — die Frage ist nur, ob diese an verantwortlicher Stelle die Politik des Gesamtverbandes bestimmen sollten!**

BÜNDNISPOLITIK — grundlegende Umorientierung notwendig!

Eine der kompliziertesten Fragen für jedes aktive DFG-VK-Mitglied besteht darin, wann, wo, warum, wie und mit wem bei welcher Gelegenheit zusammengearbeitet werden kann. Kompliziert deshalb, weil
* die DFG-VK in sich bereits ein Bündnis unterschiedlicher politischer Auffassungen ist;
* eine zu enge Anlehnung an eine politische Organisation dem pluralistischen Charakter des Gesamtverbandes schaden kann;
* aus dem Grundsatzprogramm heraus nicht automatisch eine Handreichung für konkrete politische Arbeit folgt.

Die mögliche Auffassung eines interessierten Außenstehenden, die DFG-VK könne ihre Bündnispolitik nach denjenigen Gruppen und Organisationen ausrichten, die auch für Frieden im allgemeinen und für zumindest teilpazifistische Positionen im Besonderen eintreten (= ,,offen nach allen Seiten''), ist durch die bisherige Geschichte der DFG-VK nicht belegbar.

Seit 1974 — der Gründung der DFG-VK — ist die Bündnispolitik des Bundesvorstandes allein an den Interessen der bürgerlich-pazifistischen und taktisch-pazifistischen Mehrheit orientiert. Es gibt keine Aktion, keine Erklärung und keine inhaltliche Positionsbestimmung, die jemals gegen die vitalen Interessen dieser beiden Strömungen verstoßen haben.
Um Einwänden gegen diese Feststellung vorzubeugen:

Es gab eine Stellungnahme des Bundesvorstandes zum Bekenntnis des DDR-Verteidigungsminister Hoffmann für einen ,,gerechten Krieg'' — was sich auch positiv im Verfassungsschutzbericht wiederfindet. Es gab auch die Forderung nach Freilassung des DDR-Kriegsdienstverweigerers Niko Hübner — nach einer Kampfabstimmung im erweiterten Bundesausschuß gegen den erbitterten Widerstand der meisten Bundesvorstandsmitglieder. Es gab Ende 1981 einen Brief an den DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, mit der Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst in der DDR. Diese Beispiele haben teils Alibi-Charakter und tun der bürgerlich-/taktisch-pazifistischen Strömung nicht weh, teils sind sie dem Bundesvorstand von unten aufgezwungen worden. Die Gegenbeispiele, wo sich der Bundesvorstands zu zentralen friedenspolitischen Fragen nicht oder negativ geäußert hat, sind kaum zu zählen — wenn damit gleichzeitig Kritik an der Mehrheits-Klientel verbunden gewesen wäre. Einige Beispiele:

Das Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD wurde massiv bekämpft (als Anmerkung: Martin Niemöller war Mitglied des Deutschen Beirates und Bertrand Russell immerhin Ehrenmitglied der DFG-VK); die Möglichkeit, durch Teilnahme das Schicksal inhaftierter und exilierter Kriegsdienstverweigerer auf die Tagesordnung des Tribunals zu bringen, wurde durch das Desinteresse der DFG-VK vertan.

Der in Bautzen inhaftierte Rudolf Bahro wurde ,,nicht behandelt'', da nicht DFG-VK-relevant.

Die sog. ,,friedliche Nutzung'' der Kernenergie wurde auf dem Programm-Kongreß in Witten nicht abgelehnt — nach massiver Intervention eines DKP-Mitgliedes, der die

abgelehnt — nach massiver Intervention eines DKP-Mitgliedes, der die

,,Die vorhersehbaren massiven Konflikte in der gesamten Friedensbewegung zwischen der eher bürgerlichen Strömung einerseits und der eher radikal-pazifistischen Strömung andererseits schlagen voll auf die DFG-VK durch.''

In den Artikeln sind folgende Abkürzungen benutzt worden:

WVO: Warschauer Vertragsorganisationen
BAF: Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen
WRI: War Resisters International
SOdZDL: Selbstorganisation der Zivildienstleistenden
KGW: Gruppe ,,Kollektiver Gewaltfreier Widerstand''
KoFAZ: Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
BV: Bundesvorstand der DFG/VK
BuKo: Bundeskongreß der DFG/VK

„Intern" und „Intim"

,,DFG/VK Intern'' wurde nach dem Bundeskongreß 1978 gegründet. Als verantwortlicher Redakteur wurde Gregor Witt gewählt. ,,Intern'' erscheint ca. monatlich und sollte
- Berichte über verbandsinterne Vorgänge verbreiten
- Informationen zu spezifischen Arbeitsgebieten des Verbandes liefern
- Innerverbandlichen Erfahrungsaustausch und Diskussion ermöglichen bzw. fördern (Referatsbeschreibung G.Witt im Bericht des BV)

G.Witt geriet auf dem Bundeskongreß 1980 hart unter Beschuß, weil mehrere Artikel aus DFG-Gruppen (in Absprache mit dem Bundesvorstand) nicht abgedruckt wurden. Zum anderen betrug der Diskussionsanteil lediglich 8,2%. Der Dokumentationsteil wurde als unzureichend bzw. einseitig kritisiert: Im wesentlichen bestand die Presseauswertung aus ,,Welt''- und ,,UZ''-Artikeln.

Um trotzdem ein Organ zur Diskussion zu haben, gründeten DFG'ler aus den ,,Kritischen Kräften'' 1981 das ,,DFG/VK-Intim'':

,,In ihm sollen alle Leserbriefe, Berichte, usw. veröffentlicht werden, die in den Verbandsorganen unberücksichtigt bleiben, gleichzeitig soll darin eine Diskussion über die kontroversen ,,heißen'' Themen stattfinden (AKWs; Abrüstungsproblematik; zentrale/dezentrale Aktion; Appelle und/oder Aktionen?; allg. antimilitaristische Strategie . . .).''

Bündnisfähigkeit der DFG-VK infrage gestellt sah . . .

Daß diese durch persönliche Rücksichtsnahme erklärbare, friedenspolitisch und bündnispolitisch jedoch völlig untragbare Toleranz gegenüber den Gefahren der Atomenergie anderen Bündnispartnern, v.a. der ökologisch-pazifistischen Strömung im eigenen Verband und außerhalb, vor den Kopf schlagen mußte, blieb unberücksichtigt. So verwundert es nicht, daß die von der Verbandsspitze groß herausgestellte „Koordination Ökologie und Frieden" mit dem BBU inzwischen sang- und klanglos verschwunden ist.

(...)

Aus diesen und vielen anderen Beispielen läßt sich ersehen, daß die Verbandsspitze sich bündnispolitisch solange für offen nach allen Seiten erklärt — was sie aufgrund des Grundsatzprogrammes auch tun müßte — solange die Interessen ihrer bürgerlich-/taktisch-pazifistischen Klientel nicht grundlegend berührt werden.

Dieses Verhalten hat verheerende Auswirkungen auf radikal-pazifistische, sozialistisch-antimilitaristische und ökologisch-pazifistische Strömungen außerhalb der DFG-VK. Praktisch bedeutet diese Bündnispolitik eine Erschwernis für die Mitgliederwerbung im obengenannten Spektrum — absichtlich? Wer von außen die DFG-VK betrachtet, und die Feinheiten der DFG-VK-Verbandstrukturen nicht kennt, kommt leicht in die Gefahr, die DFG-VK im Fahrwaser der DKP zu orten. Selbst einzelne Landesverbände und Gruppen, die nichts mit der politischen Orientierung des DFG-VK-Bundesvorstandes zu tun haben, erfahren in ihrem Bündnis-Umfeld Mißtrauen. Von den Auswirkungen auf bisherige Mitglieder, die ihre Grundpositonen nicht mehr repräsentiert sehen und deshalb austreten, will man schon gar nicht mehr reden. Und schließlich die alte Frage: Wo sind die 50.000 Kriegsdienstverweigerer pro Jahr geblieben??

Das Mißtrauen gegenüber einer Organisation, die durch ihr Programm eine „kleine Friedensbewegung" sein könnte, ist berechtigt. **Mit dem andauernden Anbiedern an bestimmte politische Richtungen ist gleichzeitig das völlige „Übersehen" radikal-pazifistischer Erscheidungen außerhalb der DFG-VK verbunden. Es ist für ein langjähriges DFG-VK-Mitglied schon atemberaubend, mit welcher Konsequenz (planmäßig?) pazifistische Gruppierungen in der BRD auf dem Altar des bürgerlich-/taktischen Pazifismus geopfert worden sind.**

* Die DFG-VK ist nur eine von mehreren deutschen Sektionen der WRI —

des bürgerlich-/taktischen Pazifismus geopfert worden sind.

* Die DFG-VK ist nur eine von mehreren deutschen Sektionen der WRI —

gibt es irgendwelche Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bruderorganisationen?

* Vor kurzem haben sich viele gewaltfreie Aktionsgruppen (mit einer Reihe von DFG-VK-Mitgliedern) zur **Graswurzelrevolution — Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen** zusammengeschlossen; in den DFG-VK-Medien wird diese neue Organisation, die in zwei Jahren mehr radikal-pazifistische Aktionen durchgeführt hat als die DFG-VK, überhaupt nicht erwähnt. Es ist auch nicht bekannt, daß der Bündnisreferent im Bundesvorstand jemals Kontakte aufgenommen hätte.

Was ist die WRI?

Die „War Resisters International" ist eine internationale Dachorganisation der Kriegsgegner. Die Mitgliedsverbände kommen vor allem aus Westeuropa und den USA. Ansonsten hat die WRI sehr viel Einzelkontakte in viele Bereiche der Welt. Voraussetzung der Mitgliedschaft in der WRI ist die Anerkennung der Grundsatzerklärung: *„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung seiner Ursachen mitzuarbeiten."* Die WRI hat einen Vertreter in der UNO.

Deutsche Sektionen der WRI sind:

* Internationale der Kriegsdienstgegner Berlin (IdK)
* Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK)
* Deutsche Friedensgesellschaft/Internationale der Kriegsdienstgegner Hamburg (DFG/IdK)
* Internationale der Pazifisten und Kriegsdienstgegner (IPK)
* Graswurzelrevolution, Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (GA)
* Kollektiver Gewaltfreier Widerstands (KGW)

* Ein wichtiger Teil der aktiven DFG-VK-Mitglieder und -Interessenten sind Zivildienstleistende. Ihre Interessenvertretung durch den Verband hat inzwischen Alibi-Ausmaße angenommen. Der bündnispolitische Ansprechpartner in diesem Bereich, die SOdZDL, siecht dahin. Aus strukturellen Gründen kann die SOdZDL längerfristig nicht auf eigenen Beinen stehen — die DFG-VK könnte hier schwerpunktmäßige und solidarische Unterstützung leisten, tut dies aber nicht. Der Zivildienst wird nicht nur für die Friedensbewegung insgesamt zum Randbereich, sondern auch für die DFG-VK — programmwidrig.

Es führt kein Weg an der Feststellung vorbei, daß es sich hierbei nicht um ein bündnispolitisches D e f i z i t handelt, das wieder ausgeglichen werden könne. Der DFG-VK-Bundesvorstand verfährt in seiner Bündnispolitik g e z i e l t danach, daß ihm die Zuwendung seiner politischen Basis sicher ist. Die Kontakte zu radikal-pazifistischen Gruppierungen dagegen könnte nicht nur aufgrund deren programmatischer Ehrlichkeit Ärger bringen, sondern auch die traditionelle Einbindung in eine harmonisch-reformerische Konzeption von Militärkritik gefährden.

Im Grundsatzprogramm der DFG-VK heißt es: *„Die DFG-VK strebt eine Zusammenarbeit mit allen Menschen und Organisationen dort an, wo gemeinsame Ziele bestehen. Sie lehnt eine Zusammenarbeit ab, wenn die Verleugnung oder Preisgabe ihrer Grundsätze gefordert wird."* (Kapitel 1, Absatz 10)

Tatsächlich verzichtet die DFG-VK-Führung bereits von dsich aus auf die Propagierung radikal-pazifistischer Positionen, um Bündnisse mit bürgerlich-/taktisch-pazifistischen Organisationen nicht zu gefährden. Oder gibt es irgend ein Beispiel dafür, daß etwa SPD oder DKP irgendeine ihrer nicht-pazifistischen Positionen aufgegeben hätten, nur um mit der DFG-VK ein Bündnis eingehen zu dürfen?

Die Bündnispolitik der DFG-VK-Führung ist derjenigen eines Bittstellers zu vergleichen, der für einen Hungerlohn die Pforte der hochherrschaftlichen Villa bewacht, dem Besitzer dankbar zulächelt und seine Bettler-Kollegen mit scharfen Hunden davonjagt.

Wie sollte dagegen die Bündnispolitik der DFG-VK aussehen, damit sie ihrem eigenen pazifistischen Anspruch genügt?

„Die Friedensbewegung würde wie ein Luftballon zerplatzen, wenn sie — als geschlossener Block — auf das einzige Ziel der Verhinderung der ‚Nachrüstung' durch Appelle an die politisch Verantwortlichen ausgerichtet würde . . ."

1. Die DFG-VK muß bündnispolitisch selbstbewußter werden!

Dies bedeutet, daß die bislang bevorzugt behandelten Bündnis- und Ansprechpartner aus dem bürgerlich-/taktisch-pazifistischen Lager jetzt die Fühler in Richtung DFG-VK auszustrecken haben und nicht umgekehrt. Warum? Das Grundsatzprogramm der DFG-VK ist — trotz abstellbarer Mängel — in der BRD und Westberlin das einzig zusammenhängende Konzept für eine pazifistische Umgestaltung der Gesellschaft. Die DFG-VK hat somit die Chance, von sich aus die Renaissance des Pazifismus in der öffentlichen Meinung zu fördern; jegliches Anbiedern an nicht-pazifistische Parteien und Organisationen, die ein Stückchen vom heute politisch-trächtigen Pazifismus abhaben wollen, integriert die Organisation nicht nur in parteistrategischen Überlegungen, sondern gefährdet auch die Zukunft einer eigenständigen organisatorischen Perspektive des Pazifismus.

Zur Verklarung ein Beispiel: Die Unterschrift irgendeiner DFG-VK-Ortsgruppe unter irgendeinen Friedensaufruf in irgendeinem Kaff XY sollte nicht mehr so billig wie bislang zu haben sein. Die SPD wird um die Kritik an der Regierungspolitik und an ihrem (ehem. — Anm. AK) Bundeskanzler nicht vorbei können; die DKP wird die Kröte Militarismus im Ostblock schlucken müssen. Andernfalls können beide ihre eigene — unglaubwürdige — „Friedensinitiative" ohne pazifistisches Alibi veranstalten.

Eine solch selbstbewußte Bündnispolitik hat nichts mit Arroganz zu tun (da besteht ja beim heutigen Zustand der DFG-VK kein Anlaß). Sie dient allein dazu, die DFG-VK nicht weiterhin im Fahrwasser überholter politischer Vorstellungen schunkeln zu lassen, die mit pazifistischen Positionen nichts im Sinn haben und darüber hinaus auch keine Erfolgsperspektive haben: Die für die Friedensbewegung offenen Sozialdemokraten befinden sich großenteils nicht mehr in der Partei bzw. warten untergetaucht auf bessere Zeiten. Und zur politischen Durchsetzungsfähigkeit der DKP sollte man höflich schweigen.

2. Die Bündnispolitik der DFG-VK muß sich an ihren eigenen pazifistischen Grundsätzen orientieren!

(...)

Nimmt man das „gemeinsame Ziel" FRIEDEN, dann müßte auch Franz-Josef Strauß zur Zusammenarbeit angestrebt werden. Nimmt man das „gemeinsame Ziel" Verhinderung neuer amerikanischer Atomraketen in Europa bzw. in der BRD, dann weiß man sich auch des Beifalls neo-nazistischer Gruppen sicher.

Nimmt man aber das „gemeinsame Ziel" der pazifistischen Bekämpfung der Kriegsgefahr, dann wird deutlich,

„Radikale Pazifisten können das Konzept der Defensiven Verteidigung nicht unterstützen."

daß sich die Spreu vom Weizen zu trennen hat. Alle diejenigen, die an einer gewaltfreien und sozial gerechten Gesellschaftsordnung Interesse haben, werden sich in diesem pazifistischen Kampf wiederfinden. Alle anderen werden, teils bewußt, teils hilflos, zwischen verbal-pazifistischem Anspruch und lobbyistisch-militaristischer Wirklichkeit hin und her schwanken, spätestens dann, wenn die Politik des Minimalkonsenses nicht mehr tragfähig ist.

Für die DFG-VK bedeutet pazifistische Bündnispolitik die absolute Prio-

stens dann, wenn die Politik des Minimalkonsenses nicht mehr tragfähig ist.

Für die DFG-VK bedeutet pazifistische Bündnispolitik die absolute Prio-

rität enger freundschaftlicher Kontakte zu anderen pazifistischen Organisationen und Gruppen in der BRD und Westberlin:

* zu den anderen WRI-Sektionen, vor allem zur Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen und zur KGW;
* zu den Organisationen und Gruppen der Zivildienstleistenden, v.a. der SOdZDL (obwohl es dort auch eine nicht-pazifistische Strömung gibt);
* zu den vielen christlichen Basisgruppen („Ohne Rüstung leben" etc.);
* zu den vielen autonomen Frauen-Friedensgruppen;
* zu der radikal-pazifistischen Mehrheit bei den Grünen.

Sicherlich gibt es mit allen diesen Strömungen und Gruppen bereits Bündniskontakte, doch vor allem auf örtlicher und Landesverbands-Ebene, und nur dort ausgeprägt und funktionierend, wo die DFG-VK selbst mehrheitlich radikal-pazifistisch ist. Gefordert wird vom Bundesverband eine bewußte Umorientierung, die nur auf Kosten der bisherigen Bündnisorientierung gehen kann.

3. Die DFG-VK hat — mit Ausnahme zu den pazifistischen Gruppen und Organisationen — keine grundsätzliche Bündnispolitik festzulegen, sondern eine a k t i o n s - orientierte Bündnispolitik.

Diese Forderung wird plastisch, wenn man sie in Beziehung setzt zu der künftigen Entwicklung der BRD bzw. damit auch zur Entwicklung der Friedensbewegung. Bereits heute ist die Krise der a p p e l l a t i v e n Friedensbewegung (Demonstrationen, Unterschriftensammlungen) offensichtlich; die angesprochenen Regierungs- und Machtträger können durch Appelle nicht gezwungen werden, ihre Militärpolitik grundlegend zu ändern. Der Widerstand gegen die Nato-„Nach"rüstung — Konsens in der Friedensbewegung — verbleibt solange hilflos, solange er einerseits auf Bewußtseinsveränderung in der Bevölkerungsmehrheit setzt und andererseits auf freiwillige oder „erzwungene" Einsicht bei den Machtträgern.

Beide Hoffnungen sind naiv und unpolitisch. Eine Bewußtseinsveränderung in der wahlberechtigten Bevölkerung — die im bürgerlich-demokratischen Sinne angeblich politikfähig ist — müßte gewaltige Ausmaße annehmen. Selbst die 2 Millionen Unterschriften unter den „Krefelder Appell" sind für eine friedenspolitische Alternative, die über eine Wahl-Mehrheit ins politische Geschehen eingreifen könn-

„Oder gibt es irgendein Beispiel dafür, daß etwa SPD oder DKP irgendeine ihrer nicht-pazifistischen Positionen aufgegeben hätten, nur um mit der DFG-VK ein Bündnis eingehen zu dürfen?"

te, so gut wie wertlos. Es müßten — in diesem Politikverständnis — zehnmal soviele Unterschriften sein, und jeder Unterschreibende müßte über sein „Gegen-den-Krieg"-Sein hinaus politisch aktiv werden, mit allen anderen Unterschriftsleistenden gemeinsam ein friedenspolitisches Grundsatzprogramm entwickeln, das mehrheitsfähig gegenüber den konkurrierenden Wahlprogrammen wäre etc.etc. Ein schöner Traum.

Die einzig theoretisch denkbare Möglichkeit, zumindest in einer bestimmten Frage (z.B. Nato-„Nach"rüstung) durch eine Bevölkerungsmehrheit politisch wirksam werden zu können, ist ein Volksentscheid, der die Beschlußfassung von Legislative und Exekutive gesetzlich bindet. Eine solche Möglichkeit hat jedoch das Grundgesetzt — klugerweise — nicht vorgesehen.

Die andere Variante bürgerlichen Politikverständnisses, nämlich das Spekulieren auf innere Wandlungsfähigkeit von Machtträgern (etwa Parteien) ist gar noch naiver.

(...)

Das Hoffen auf eine parlamentarische Mehrheit auch nur in der Frage der Verhinderung der „Nach"rüstung ist illusorisch. Dieses Hoffen schadet zudem der Perspektive der Friedensbewegung, da aufgebauschte und unerfüllbare Hoffnungen in der Regel zu Lethargie und politischer Passivität füh-

dem der Perspektive der Friedensbewegung, da aufgebauschte und unerfüllbare Hoffnungen in der Regel zu Lethargie und politischer Passivität füh-

ren. Die Friedensbewegung würde wie ein Luftballon zerplatzen, wenn sie — als geschlossener Block — allein auf das einzige Ziel der Verhinderung der „Nach"rüstung durch Appelle an die politisch Verantwortlichen ausgerichtet würde, der Erfolg dieser Bemühungen ständig propagiert würde und schließlich die Raketen doch im Land stehen.

Immer mehr Teile der Friedensbewegung ziehen daraus Konsequenzen. Neben konstruktuv formulierten friedenspolitischen Zwischenschritten (etwa atomwaffenfreie Zone) sind es vor allem direkte gewaltfreie Widerstandsformen, die diskutiert und praktiziert werden.

Der dahinterstehende Grundsatz ist der, daß ein Übel, das durch Appelle nicht vertrieben werden kann, durch die T a t bekämpft werden muß. Garantierte Erfolge gibt es dabei nicht, und niemand propagiert sie. Die Erfolgschancen steigen in dem Maße, je mehr Aktive g e w a l t f r e i daran teilnehmen und je glaubwürdiger solche Aktionen als Bestandteil eines größeren friedenspolitischen Programms erscheinen (und nicht als reiner Rabbatz gegen den Staat).

Dieses aktionsorientierte Konzept unterscheidet sich in drei Punkten grundlegend von den auf parlamentarische Mehrheiten setzenden Positionen:

1. Es wird in Kauf genommen, daß Medien und Bevölkerungsmehrheit überwiegend g e g e n diese Aktionen sind. Problematisch wird dies dadurch, daß sich die meisten militärischen Anlagen bzw. technologischen Großprojekte im dünn besiedelten ländlichen Raum befinden und die Bevölkerung der Standortgemeinden — aus wirtschaftlichen Gründen — diesen Anlagen und Projekten zumeist zustimmen. In der Abwägung zwischen einem empirischen Demokratiebegriff und dem (moralischen) Anspruch auf Überleben entscheiden sich die aktionsorientierten Friedensgruppen für letzteren.
2. Gewaltfreie Widerstandsformen schließen bestimmte illegale Verhaltensweisen ein und zwar dort, so „herrschendes Recht zu Unrecht wird".
3. Es wird keinerlei Hoffnung in die etablierten politischen Großorganisationen (Parteien, Gewerkschaften) gesetzt, zumal in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit. Damit sind Auseinandersetzungen zwischen aktionsorientierten und appell-orientierten Friedensgruppen vorprogrammiert (bzw. finden heute schon statt).
4. Kennzeichen direkter gewaltfreier Widerstandsformen — zumal gegen das Militär — sind individuelle Opferbereitschaft und nicht kalkulierbare Verhaltensweisen der Machtträger.

(...)

Wer die Verhinderung des Nato-„Nach"rüstungs-Beschlusses ernsthaft und glaubwürdig will, muß sich an direkten gewaltfreien Aktionen dagegen beteiligen bzw. diese zumindest unterstützen. Blockade- und Protestaktionen in und vor den Stationierungsorten der Atomraketen sind wichtiger als Unterschriftensammlungen und Demonstrationen.

Wenn holländische Pazifisten bereits heute amerikanische Munitionszüge nach Deutschland gewaltfrei behindern, wird es auch für deutsche Pazifisten höchste Zeit, sich mit solchen Widerstandsformen zu beschäftigen. Es bedarf keiner Prophetie, daß der Begriff **Ramstein** die Symbole **Gorleben** und **Startbahn West** in den nächsten Jahren ergänzen, wenn nicht gar in seiner politischen Brisanz weit übertreffen wird.

Wo steht hier die DFG-VK? Heute sind es lediglich einzelne Gruppen und Landesverbände, die in ihrer praktischen Bündnispolitik die künftigen Notwendigkeiten pazifistischer Politik erkannt haben. Der Bundesvorstand und die hinter ihm stehende Verbandsmehrheit aus bürgerlichen und taktischen Pazifisten hat bislang nicht erkennen lassen, daß er gewillt wäre, eine Umorientierung seiner Bündnispolitik in die Wege zu leiten. Eine solche Umorientierung wird aller Erwartung nach auch nicht freiwillig stattfinden.

Die vorhersehbaren massiven Konflikte in der gesamten Friedensbewegung zwischen der eher bürgerlichen Strömung einerseits und der eher radikal-pazifistischen Strömung andererseits schlagen voll auf die DFG-VK durch. Auch mögliche „Rettungsversuche" der Verbands-Integrationisten, das pluralistisch-politische Dach der DFG-VK biete doch **allen** pazifistischen Strömungen genügend Platz, ihre jeweilige Bündnispolitik zu betreiben, werden sich als vergeblich herausstellen: Man kann nicht als DFG-VK kräftig bei Blockadeaktionen gegen atomare Standorte mitmachen und gleichzeitig sich vor der Bonner Presse zusammen mit KoFAZ, Eppler u.a. von diesem Vorgehen distanzieren, weil es den „gesetzlichen Rahmen" verletze und überdies nur der CDU/CSU nütze.

Die Entscheidung über die Grundlagen der künftigen Bündnispolitik der

es den „gesetzlichen Rahmen" verletze und überdies nur der CDU/CSU nütze.

Die Entscheidung über die Grundlagen der künftigen Bündnispolitik der

DFG-VK wird nicht nur die Frage klären, **wo** die DFG-VK künftig in der Friedensbewegung stehen wird; diese Entscheidung wird auch klären, **ob** überhaupt die DFG-VK noch eine Rolle in der Friedensbewegung spielen wird.

Für die Radikal-Pazifisten gilt, daß die Entscheidung über die Umorientierung der Bündnispolitik

* **prinzipielle Bündnisse mit allen pazifistischen Gruppen**
* **aktionsorientierte und selbstbewußte Bündniskontakte mit nicht-pazifistischen Gruppen**

auch darüber mitbestimmen wird, inwieweit der organisatorische Rahmen der DFG-VK noch als zukunftsträchtig angesehen werden kann. Die Entscheidung darüber fällt der Bundeskongreß in Frankfurt.

Kontaktadresse der Radikalen Pazifisten:

Jochen Lange
Sylter Str. 3/80
1000 Berlin 65
Tel.: 030/4537766

Bisherige Artikel im ARBEITERKAMPF zur Entwicklung der DFG-VK:

AK 123, S.1/2
AK 124, S.12; S.62
DFG/VK Vorstoß: Entspannungsfeinde in der SOdZDL
AK 126, S.12 Bravo! DFG/VK für Russell-Tribunal; S.62 DFG/VK kneift und Bundesvorstand wittert KB Drahtzieher in der SO
AK 129, S.27 Es knistert in der DFG/VK
AK 139, S.37f DFG/VK Bundeskongreß 1978
AK 180, S.12f Zum DFG/VK Jugendfestival
AK 196, S.19f DFG/VK in 2 Lager geteilt, zum 3. Bundeskongreß 1980

DFG-VK im Spannungsfeld der neuen Friedensbewegung

Die DFG/VK ist die größte Friedensorganisation in der BRD (ca. 20 000 Mitglieder). Sie wurde 1974 als Zusammenschluß der ,,Deutschen Friedensgesellschaft/Internationale derKriegsdienstgegner'' (IDK) und ,,Vereinigte Kriegsdienstgegner'' (VK) gegründet. 1980, beim 3. Bundeskongreß, wurde ein neues Programm verabschiedet. Vom 26. - 28. 11. findet nun in Frankfurt der 4. Bundeskongreß unter dem Motto statt: ,,90 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft. Politischer Pazifismus heute: Atomraketen verhindern, Kriegsdienste verweigern!'' Diesmal geht es vor allem um den ,,richtigen' pazifistischen Weg bzw. um Aktionsstrategien.

In den vergangenen zwei Jahren gab es Bemühungen, die Kräfte, die Widersprüche zum Bundesvorstand der DFG/VK hatten, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen. Wir haben Gerhard Bolte (DFG/VK Lüneburg, Mitglied im Landesvorstand Niedersachsen) einige Fragen zur Entwicklung der ,,kritischen Kräfte'' gestellt.

Außerdem dokumentieren wir einen Aufsatz von Jochen Lange (DFG/VK Westberlin, ehemaliges Mitglied im Bundesvorstand) ,,Für einen radikalen Pazifismus'', der für die Auseinandersetzung in der DFG/VK geschrieben wurde. Der Aufsatz verdeutlicht die entscheidenen Kontroversen in der DFG/VK und gibt den AK Leserinnen die Möglichkeit, sich mit pazifistischen Positionen auseinanderzusetzen.

Interview mit Gerhard Bolte

Für eine radikalpazifistische Orientierung der DFG-VK

AK: Die DFG/VK ist mit rund 20.000 Mitgliedern wohl die größte Organisation in der BRD mit pazifistischem Selbstverständnis. Die Politik der Verbandsmehrheit und des gesamten Vorstandes ist ganz in die Politik des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) eingebunden; die Friedens- und Abrüstungskampagnen in Form von Appellen an die Regierenden vertritt (nicht erst seit der Existenz des Krefelder Appells).

Auf der anderen Seite hat die DFG/VK auch den Anspruch, Interessensvertretung der verschiedensten antimilitaristischen bzw. pazifistischen Bewegungen zu sein. Wie sieht es konkret damit aus? Was tut die DFG/VK im Bereich der Kriegsdienstverweigerung oder der Totalverweigerer? Wie sieht es mit der Arbeit unter Frauen aus, da diese ja nun auch bald zum Bund sollen? Wieweit läßt sich die allgemeine Orientierung der DFG/VK, nämlich Konzentration auf Appellkampagnen und Verhinderung neuer Mittelsteckenraketen, überhaupt mit dem Anspruch konkreter Interessenvertretungspolitik bei den radikalen Pazifisten unter einen Hut bringen?

Gerhard Bolte: Niemals ist die gesamte DFG-VK-Politik in das KOFAZ eingebunden gewesen. Lange Zeit hat die DFG-VK-Führung allerdings im Abrüstungs-/Entspannungsbereich eng mit dem KOFAZ - DKP - DFU - Spektrum zusammengearbeitet. Die Stellung der einzelnen Landesverbände zum KOFAZ ist bis zum heutigen Tag recht unterschiedliche.

Nach dem NATO-Beschluß vom 12.12.79 und dem folgenden sprunghaften Anstieg der Friedensbewegung wurde die DFG-VK mit neuen Realitäten auch im Bündnisbereich konfrontiert. Schon der Krefelder Appel war keine reine KOFAZ/DKP-Aktion mehr, wenngleich es viel organisatgorische Arbeit geleistet hat, sondern er wurde von Petra Kelly mitinitiiert und von den Grünen massiv unterstützt. Man kann sicher sagen, daß der Einfluß des KOFAZ auf die Friedensbewegung — und auch auf die DFG-VK — in den letzten Jahren geschrumpft ist.

Andererseits ist der Abrüstungsbereich niemals das einzige Aktionsfeld der DFG-VK gewesen, auch nicht immer das wichtigste. Ein großer Teil der Aktiven konzentriert sich auf die spezifische Aufgabe des Verbandes: die KDV-Arbeit; für viele ist die DFG-VK auch heute noch ein Verein von KDVern. Praktisch alle Gruppen machen regelmäßig KDV-Beratungen; es erfolgt eine beständige Auseinandersetzung mit den Bestrebungen, das KDV-Recht zu ändern und den ZD zu verlängern; eine zentrale Forderung des Verbandes ist immer noch die nach vollständiger und ersatzloser Abschaffung der Gewissensprüfung.

Die Mitarbeit von Frauen in der DFG-VK steigt erfeulicherweise weiter an; noch beim Wittener Bundeskongreß vor zwei Jahren lag der Frauenanteil an der Gesamtmitgliedschaft bei mageren 11 % ! Wir sind gespannt, ob sich bei den Zahlen, die der Bundesvorstand (BV) in Frankfurt vorlegen wird, eine Wende abzeichnet. Inzwischen ist ein bundesweiter Arbeitskreis ,,Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen nein!'' entstanden; für den 8. März '82 rief der BV zu einer öffentlichen Verweigerungsaktion von Frauen gegen ihre militärische Verplanung auf — wohl nicht zuletzt dank der engagierten Arbeit der Referentin ,,Frauen gegen Militär'' im BV, Christina Thomas.

Du sprichst in Deiner Frage die Konzentration des BV auf Appelkampagnen an; diese Beobachtung ist zweifellos richtig. Wir haben diese Orientierung seit langem als zu lauwarm kritisiert, und sie wird auf dem Bundeskongreß (Buko) heftige Kontroversen auslösen; laß mich darauf zurückkommen, nachdem ich ewtas zur Strömung der radikalen Pazifisten in der DFG-VK gesagt habe.

AK: In der DFG/VK gibt es eine starke Minderheit, die man vielleicht trotz aller Unterschiede als Radikalpazifisten bezeichnen könnte. Auf dem letzten Bundeskongreß (1980) in Witten hatte diese in vielen konkreten Fragen eine knappe Minderheit oder sogar Mehrheit der Delegiertenstimmen. Umgekehrt ist die radikalpazifistische Strömung im Bundesvorstand überhaupt nicht vertreten, im Gegensatz zur DKP (z.B. Abrüstungsreferent Breuch), die ja kaum als pazifistisch zu bezeichnen ist. Auf dem letzten Bundeskongreß wurde kritisiert, daß diese Opposition im Verband nicht einmal in der internen Zeitung der DFG/VK unzensiert zu Wort kommt.

Kannst Du ein bißchen die unterschiedlichen Positionen verdeutlichen und dann die Entwicklung bei der Opposition in den letzten zwei Jahren darstellen, bzw. was ihr euch für den jetzt kommenden Bundeskongreß vorgenommen habt?

Gerhard Bolte: Du hast recht, auf dem Wittener Kongreß ist deutlich geworden, daß es in z.T. entscheidenen Fragen keine einheitliche Meinung (stattdessen oft knappe Mehrheiten) gab. Viele unserer Anträge sind damals durchgefallen; uns wurde klar, daß die besseren Argumente oft nichts nützten, weil wir mit der Gremienarbeit zu wenig vertraut waren und die Vorbereitung auf den Kongreß einfach ungenügend war. Andererseits gab es in Witten eine Menge Freunde, die sich mit inhaltlich folgenloser Kritik am BV nicht mehr abfinden wollten und so entstand Anfang 1981 die Intitiative der ,,Kritischen Kräfte'', der sich nach und nach Mitglieder und Gruppen aus allen Landesverbänden anschlossen und die sich jetzt ,,Radikale Pazifisten in der DFG-VK'' nennt.

Wir haben dann eine Art Bestandsaufnahme der inhaltlichen Kritik an der BV-Politik gemacht und diese diskutiert und weiterentwickelt.

Ich möchte die wichtigsten Punkte kurz skizzieren: In der Entspannungspolitik sehen wir keinen ,,Erfolg'' der Friedensbewegung, der nur um eine militärische Komponente zu erweitern wäre, sondern eine befristete Phase begrenzter Kooperation zwischen den kapitalistischen Zentren und der Sowjet-Union (SU) samt ihren Verbündeten, unter vorübergehender Anerkennung des territorialen und gesellschaftlichen Status Quo, die an den grundsätzlichen Widersprüchen zwischen den kapitalistischen und den bürokratisch-sozialistischen Gesellschaftssystemen nichts ändert. Die Kooperation erfolgte vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet (die Sowjets einschl. RGW waren scharf auf kapitalistische Technologien, das westliche Kapital war bestrebt, die Arbeitskraft der Menschen im RGW über die Staatsbürokratien vermittelt auszubeuten);; den ,,Erfolg'' dieser Politik kann man gegenwärtig in Polen studieren. Weil dies so ist, kann man einen derartigen Entspannungsprozeß auch nicht ,,unumkehrbar'' machen. Die Widersprüche der Entspannungspolitik setzen sich im militärischen Bereich fort; ein ,,Gleichziehen'' der SU mit den USA im Bereich strategischer Rüstung war eine der militärischen Voraussetzungen der Entspannung, eine andere der Vietnamkrieg (der einen Großteil der militärischen Kraft der USA regional gebunden hatte); all dies macht die Ambivalenz der Entspannung deutlich, es erklärt, warum die Entspannungspolitik nicht nur nichts zur Abrüstung beigetragen hat, sondern notwendig mit beispielloser Aufrüstung einherging. Wir wenden uns entschieden dagegen, daß all diese Widersprüche mit Begriffen wie ,,friedlicher Koexistenz'' usw. verkleistert werden!

Aus dieser Einschätzung folgt unsere grundsätzliche Skepsis gegenüber Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen. Wir glauben nicht daran, daß die Herrschenden in West und Ost sich auf gleichzeitige und allgemeine Abrüstung einigen und damit ihre Selbstentmachtung beschließen werden; solange die Abschreckungssituation anhält, sind aufgrund der ihr innewohnenden Bedrohungs- und Aufrüstungsdynamik selbst Vereinbarungen über begrenzte Abrüstungsschritte äußerst unwahrscheinlich. Abrüstung muß von unten erzwungen werden und mit gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen, die die Ursachen der Aufrüstung beseitigen! Diese kann aber nicht am internationalen Koferenztisch, sondern nur durch die gewaltfreie Macht einer Massenbewegung auf den Straßen, in den Betrieben, in den Kasernen und Militäranlagen geschehen oder durch den politischen Druck einer Friedensbewegung, der die Regierung zum Handeln zwingt. Deshalb werden die ersten Abrüstungsmaßnahmen — wenn es sie jemals geben sollte — einseitige, jedenfalls nicht ausgehandelte sein.

Was die augenblickliche Situation angeht, ist es nun nicht so, daß wir Appelkampagnen grundsätzlich ablehnen, sondern eher so, daß wir radikale Aktionsformen (direkte, gewaltfreie Aktionen, KDV, Totalverweigerung etc.) stärker in den Vordergrund rücken möchten. (...) — *(Aus Platzgründen verweisen wir hier auf die Ausführungen im nebenstehenden Artikel von Jochen Lange zur Perspektive der Friedensbewegung und zur Bündnispolitik. — Red. AK)*

Du sprichst in Deiner Frage auch die Verbandsmedien (,,zivilcourage'' und ,,DFG-VK-intern'') an. Nun ist es zwar nicht so, daß wir ,,nicht unzensiert'' zu Wort kommen, aber es werden immer wieder Beiträge abgelehnt. Dies hat aber nicht nur etwas mit Zensur, sondern in erster Linie wohl mit der Konzeption der Zeitung zu tun, die einfach nicht auf Diskussionen ausgelegt ist. In ,,intern'' steht einfach zu wenig Platz für Diskussionen zur Verfügung, außerdem erscheint es zu unregelmäßig, sodaß aktuelle Probleme kaum kontrovers diskutiert werden können. Dennoch sind in den letzten zwei Jahren erstmals einige grundsätzliche Diskussionen in ,,intern'' geführt worden. Wir werden auf dem Buko ein neues Konzept für ,,intern'' vorschlagen, daß Diskussion und Erfahrungsaustausch unter den Gruppen und innerverbandlichen Informationsfluß in den Mittelpunkt stellt.

In der ,,zivilcourage'' (ZC) werden erfreulicherweise in diesem Jahr zum ersten Mal kontroverse Standpunkte zu Themen wie Pazifismusverständnis, Verhältnis der Militärblöcke, einseitige Abrüstung etc. in Form von Sonderbeilagen dokumentiert. Dennoch wird es auf dem Buko eine heftige Kontroverse darüber geben, ob ZC künftig weiterhin ,,das antimilitaristische Magazin'' bleiben oder zum basisnahen Mitgliederforum werden soll. Unserer Meinung nach ist eine Verbandszeitschrift vor allem die Zeitung der Mitglieder; die Darstellung der DFG-VK nach außen hat demgegenüber zurückzutreten. Auch für ZC werden wir auf dem Kongreß eine neue Konzeption zur Diskussion stellen.

Vom 15. - 17. Oktober wird in Göttingen das ,,Forum Radikale Pazifisten in der DFG-VK'' stattfinden, zu dem alle Gliederungen der Organisation eingeladen werden. Unser augenblicklicher Diskussionsstand wird gegenwärtig in Form pazifistischer Thesen der Verbandsöffentlichkeit vorgestellt. Das Forum, zu dem auch Vertreter von Bündnisorganisationen eingeladen werden, soll dazu dienen, daß wir unsere Vorstellungen noch einmal einem größeren Teil der Aktiven erläutern und vor dem Kongreß auf eine breitere Basis stellen können; wir denken auch, daß es eine ganze Menge Gruppen gibt, die die auf dem Kongreß anstehenden Fragen noch gar nicht diskutiert haben und unschlüssig sind, ob sie überhaupt nach Frankfurt fahren werden. Wir hoffen, gerade von kleinen (und in der Regel undogmatischen) Gruppen auf dem Buko Unterstützung zu erhalten. Gleichzeitig soll der BV in Göttingen Gelegenheit haben, zu unserer Kritik Stellung zu nehmen; vielleicht zeichnen sich einige Punkte ab, in denen eine Einigung mölich ist.

AK: Ihr selbst versteht euch als Radikalpazifisten in der BRD und bezieht euch dabei auch auf andere Strömungen in der Friedensbewegung. Es gibt dort eine Kritik, daß die KOFAZ-Politik, die sehr eng mit der DKP zusammenarbeitet, die Politik der SU, bzw. des ,,realen Sozialismus'' in Schutz nimmt oder auch jede Kritik daran abzublocken versucht. Wenn in solchen Debatten die Parole der Blockfreiheit bzw. die Parole der Auflösung der Blöcke vertreten wird, so geschieht das meines Erachtens aus zwei Motiven: Ein Teil geht davon aus, daß die Friedensbewegung mehr ,,ausgewogen'' sich sowohl gegen Ost- als auch gegen die Westpolitik richten müsse; eine einseitige Politik gegen die Nato sei nicht glaubwürdig und auch nicht erfolgsversprechend, zumal die ,,Russenangst'' in der Masse der Bevölkerung tief verwurzelt sei.

Ein anderer Teil lehnt es zwar ab, daß die Kritik vor den Toren des ,,realen Sozialismus'' endet, lehnt es aber ebenso ab, daß damit eine Abschwächung unserer Kritik an der Nato verbunden wird bzw. Nato und Warschauer Pakt einfach gleichgesetzt werden. Unsere Aufgabe wäre es, hier Abrüstung durchzusetzen bzw. hier für den Austritt aus der Nato zu sorgen. Kannst du deine Position dazu erläutern?

Gerhard Bolte: Voranschicken möchte ich, daß nicht nur bei den radikalen Pazifisten, sondern im gesamten Verband eine weitgehende Einigkeit darüber besteht, daß die USA als aggressiv-imperialistische Macht einzustufen sind und daß von ihnen gegenwärtig die größte Kriegsgefahr (auch für Europa) ausgeht.

Es kann also nicht um ,,Ausgewogenheit'' à la Stoltenberg gehen, sondern nur um inhaltliche Kritik an der Politik realsozialistischer Staaten. Unglaubwürdig macht sich nicht nur der, der zur Situation im Ostblock schweigt, sondern auch der, der Kritik am Warschauer Pakt nur äußert, um ds formale Kriterium der Ausgewogenheit zu erfüllen! Wer inhaltliche Zugeständnisse an existierende Feindbilder macht, dessen Argumentation bleibt taktisch.

In der Einschätzung der Bedrohung durch die Sowjet-Union und die WVO haben die radikalen Pazifisten unterschiedliche Auffassungen. Ich persönlich vertrete die Auffassung, daß die SU kurz- und mittelfristig weder ein Interesse an einer Aggression gegen die BRD oder die NATO hat, noch, daß sie militärisch dazu in der Lage wäre. Dennoch ist es freilich zu platt, einfach von der ,,Bedrohungslüge'' zu reden, denn die Bedrohungswahrnehmung vieler Menschen in Westeuropa hat ihre reale Entsprechung in den Waffenarsenalen der SU. Diese Waffen (z.B. auf Westeuropa gerichtete Atomraketen) sind objektiv eine Bedrohung, und es ist albern, dies zu leugnen. Auch die Einsicht, daß die UdSSR den USA lange Zeit militärisch unterlegen war und es gegenwärtig wieder ist, ändert daran nichts; ebensowenig die historische Tatsache, daß die SU zweimal in ihrer Geschichte von kapitalistischen Staaten überfallen wurde und ihr Bewaffnung und militärische Verteidigung von außen aufgezwungen wurden. Auch aufgezwungene Waffen können — wie die Geschichte zeigt — andere Völker bedrohen und unterdrücken (CSSR, Afghanistan). (...)

Wenn ich jetzt die innenpolitische Situation der Länder des Bürokratischen Sozialismus anspreche, die von der DKP und ihrem Organisationsschwanz so gern unter den großen Teppich der ,,Nichteinmischung'' gekehrt wird, so komme ich damit zu einem zentralen Punkt unserer Kritik.

Als Pazifisten werden wir zwangsläufig mit dem Problem konfrontiert: Was geschieht mit Kriegsdienstgegnern in anderen Ländern? Und ich persönlich befinde mich in schärfstem Gegensatz zu Staaten, in denen KDVer, Rüstungsgegner, Antimiltaristen und andere, die frei ihre politische Meinung vertreten, so, wie ich das für mich selbstverständlich in Anspruch nehme, hinter Knastmauern oder in psychiatrischen Anstalten verschwinden und psychischer wie körperlicher Folter ausgesetzt werden! Abgesehen davon, daß ich mir unter Sozialismus wirklich was anderes vorstellen kann als eine autoritäre, zentralistische und von jeder Kontrolle abgeschottete Staatsmacht, ständige Vergötzung der Produktionsstatistik, förmliche Durchtränkung der gesamten Gesellschaft mit Spitzeln etc.; all das garniert mit offen militaristischen Einlagen (Militärparaden mit preussischem Stechschritt, Wehrkunde und anderen Blödsinn). (...)

Forts. von voriger Seite

Ansonsten gehe ich davon aus, daß die WVO-Staaten selbst bedroht sind durch die NATO und daß ein ehrliches Interesse an **begrenzter** Abrüstung haben.

AK: Auch innerhalb der Strömung der radikalen Pazifisten in der DFG-VK gibt es sicherlich „Streitfragen", unterschiedliche Positionen oder Sachen, die einfach noch nicht ausdiskutiert sind?

Gerhard Bolte: Auch bei uns sind die Meinungen ganz schön bunt durcheinandergewürfelt; wir sind kein Oppositionsblock oder dergleichen, eigentlich nicht einmal eine feste Fraktion. So gibt es unterschiedliche Einschätzungen über Bedeutung und Wirkungsgrad gewaltfreier Aktionen, vor allem auch darüber, inwieweit man sie Befreiungsbewegungen in der 3. Welt anempfehlen kann. Wir in Lüneburg z.B. lehnen es ab, den Menschen in El Salvador vom sicheren BRD-Schreibtisch aus „Aktionsvorschläge" zu machen. Auch über die Friedensfähigkeit der Sowjetunion und die Bedrohnung, die von ihr ausgeht, existieren Meinungsverschiedenheiten — ich habe das vorhin schon angedeutet — - ; wenngleich wir uns einig darüber sind, daß sie nicht d i e Friedens- und Fortschrittsmacht ist, als die sie DKP und Umfeld so gerne hinstellen. Oder die Chancen tatsächlicher Friedensarbeit im Zivildienst — einige Freunde schätzen sie optimistischer ein als ich. Viel zu wenig geklärt ist auch die Bedeutung der Abschreckungskritik: Ist Abschreckung an sich schon eine Kriegsursache, kann sie es werden? Oder ist Abschreckung zu einer Kriegsursache geworden gerade durch die jahrzehntelange Abschreckungspraxis mit ihren ökonomischen und sozialpsychologischen Implikationen? Oder sind es nach wir vor die alten Bewegungsgesetzte des Kapitals, aus denen die Kriegsursachen notwendig erwachsen, und die Abschreckung ist nur eine aufgesetzte Ideologie? Diese Fragen sind keineswegs aus-, ja, noch nicht einmal andiskutiert, und doch von entscheidender Wichtigkeit. Deshalb betonen wir auch immer wieder, daß die im grünen Papier niedergelegten Thesen nur einen augenblicklichen Diskussionsstand dokumentieren und daß die entscheidenden Diskussionen noch vor uns liegen.

AK: Wie steht es mit der innerverbandlichen Demokratie? Ihr habt nach dem Bundeskongreß in Witten Forderungen nach Basisdemokratie und freier Diskussion im Aktiven-Informationsdienst „DFK-VK-intern" und in „zivilcourage" erhoben.

Gerhard Bolte: Diese Forderungen stehen natürlich auch heute noch. Aber der Verband i s t zentralistisch organisiert und viele Aktive und Funktionäre wollen einen demokratischen Zentralismus, wie ihn die Satzung vorsieht.
nisiert und viele Aktive und Funktionäre wollen einen demokratischen Zentralismus, wie ihn die Satzung vorsieht.
Ich glaube, es wird sehr schwierig sein, Veränderungen vorzunehmen, und es wird sehr lange dauern. Zum Kongreß haben wir vorsichtshalber einige satzungsändernde Anträge gestellt (die alle eine Stärkung der Gruppen gegenüber den Vorständen beinhalten); aber es ist sehr fraglich, ob sie die nötige Zweidrittelmehrheit erhalten werden. Und letztlich ist es ja damit nicht getan; es müssen andere Leute in die Vorstände rein, damit sich was ändert, und auch die Aktiven aus den Gruppen müssen selbstbewußter gegenüber den „Funktionären" werden. Bzgl. „intern" und „zivilcourage" werden wir auf dem Kongreß in Frankfurt neue Konzepte vorlegen; das habe ich schon gesagt. Die alte Zensurdebatte wieder hochzukochen, lohnt sich m.E. nicht. Seit wir mit „intim" gezeigt haben, daß wir auch ohne den Bundesvorstand eine Verbandsöffentlichkeit herstellen können, hat sie an Schärfe auch erheblich verloren.

AK: Soweit ich gehört habe, soll es auf dem Frankfurter Bundeskongreß Arbeitsgruppen geben. Kannst Du zum Schluß noch kurz sagen, welche AG's geplant sind?

Gerhard Bolte: Ja, eine ist z.B. zum Thema „Medien" (also zivilcourage und intern) geplant. Dort werden unsere Änderungsvorschläge zur Diskussion stehen. Bis dahin wird auch bekannt sein, wer von unserer Seite für die entsprechenden BV-Referate kandidiert. Entsprechend scharf wird die Kontroverse sein. Gleiches gilt für die Arbeitsgruppen „Abrüstung", „Aktionsstrategie" und „Bündnispolitik", in denen die vorhin umrissenen Positionen; einseitige oder gleichzeitige Abrüstung, Appelkampagnen oder direkte Aktionen, Grüne, SPD, DKP — ja oder nee aufeinanderprallen. In der Arbeitsgruppe „Kriegsdienstverweigerung" stellen wir unsere Vorstellungen über eine Kampagne für massenhafte KDV zur Diskussion. Es gibt dann noch zwei Arbeitsgruppen, „Wirtschaft und Rüstung" und „3. Welt/Internationalismus", die m.E. einer ruhigeren Arbeit entgegensehen können.

AK: Wir danken für das Interview!

2. Aktionskonferenz der Friedensgruppen

Noch kein Plan gegen die Stationierung

Am 9./10.10. waren rund 700 Personen zur zweiten (die erste Konferenz dieser Art fand vor der Anti-Reagan-Demo statt) „Aktionskonferenz der Friedensgruppen in der Bundesrepublik" zusammengekommen. In den Friedensgruppen stellt mensch sich nun selbstverständlich die Frage, welche konkreten Aktivitäten gegen die 1983 anstehende Stationierung der Mittelstreckenraketen dabei herausgekommen sind.

Die Organisatoren der Konferenz (BBU, Aktion Sühnezeichen (ASF), DFG-VK, VDS, Frauen für den Frieden und Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen — BuKo —) retteten sich auf der anschließenden Pressekonferenz über diesen Punkt — daß es kein Ergebnis gab und von den Veranstaltern nicht einmal eins angestrebt war — hinweg, indem sie die Konferenz als „hochwertige Informationsbörse" bezeichneten. Was das anbelangt, so wird der BBU (Friedrich Ebert Allee 123, 53 Bonn) eine Dokumentation zusammenstellen, die dort zu beziehen ist. Zur „Informationsbörse" gehört die Erfahrung, daß die Bestrebungen für atomwaffenfreie Gemeinden nach erfolgreichen Anträgen in Kiel, Klein Pampau, Kassel, Groß-Gerau, Mörfelden, Lindau, Darmstadt, Marl und Nürnberg inzwischen zu einer bundesweiten Kampagne geworden ist, da in hunderten von Städten ähnliche Bemühungen im Gange sind; DFG-VK und ASF wollen zur Koordinierung dieser Kampagne beitragen. Zur Informationsbörse gehörten Berichte über Kriminalisierung, Comiso (sizilianischer Standort der Mittelstreckenraketen), Verweigerungsaktionen etc. (wovon wir einige nebenstehend dokumentieren).

Einen gemeinsamen Aktionsplan, gemeinsame Antworten gibt es sonst keine. Jeder Aktive in der Friedensbewegung kann weiter in seinen Aktionskalender, der längst festliegt, eintragen: Am 23.10. Unterstützung der DGB-Demonstration in Nürnberg und im Ruhrgebiet „gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn", im November die kirchlichen Friedenswochen in gut 300 Orten der BRD, am 12.12. örtliche Aktionen anläßlich des Jahrestages des NATO-Beschlusses von 1979, am 29.1. vier Demonstrationen (in München, Frankfurt, Köln und Hamburg) anläßlich des 50. Jahrestages der Machtergreifung des Faschismus, Ostern dann, wie gehabt, die Ostermärsche, am 1.9. dann die Antikriegsdemonstration des DGB (so heißt das jetzt, obwohl der
dann die Antikriegsdemonstration des DGB (so heißt das jetzt, obwohl der
DGB da erst in den letzten Jahren etwas aktiv geworden ist) usw.

Doch halt: Im Herbst nächsten Jahres soll es voraussichtlich eine neue Großaktion geben? Auf einem Pariser Treffen haben verschiedene westeuropäische Gruppen sich darauf geeinigt, daß im Herbst '83 in allen westeuropäischen Ländern Großaktionen durchgeführt werden sollen. Aktion Sühnezeichen „vertrat" dort die Friedensbewegung der BRD — es bot sich auch niemand anderes an, denn niemand sonst wußte davon. Die Friedensgruppen sollen nun „demokratisch" darüber entscheiden dürfen, ob die Demo wieder in Bonn, in allen Städten oder an einem Stationierungsort sein soll. Das dürfte dann Gegenstand der nächsten Aktionskonferenz (im März 83) werden.

Ansonsten sah es auf der Konferenz so aus, daß jede ernsthafte Beratung von einer satten DKP- bzw. KOFAZ-Mehrheit wegdiskutiert wurde, indem unter dem Beifall ihrer Anhänger gebetsmühlenartig der Krefelder Appell (inzwischen der Appell an die Kohlregierung, der Raketenstationierung ihre Zustimmung zu versagen) ins Spiel gebracht wurde. Z.B. gab es eine lange und ebenso skurrile Diskussion darüber, ob in einer Unterschriftenliste für eine atomwaffenfreie Gemeinde gleichzeitig die Unterschrift unter dem Krefelder Appell enthalten sein solle. Genauso soll der Kampf zur Gewinnung der Gewerkschaften auf den Krefelder Appell „zugespitzt" werden. Konkret bedeutet diese Orientierung (die der DKP), daß Friedensgruppen keinen Schritt mehr tun dürfen sollen, ohne den Krefelder Appell zu schwenken.

„Höhepunkt" war dann die mit hoh(l)em Pathos vorgetragene Predigt von Gunnar Mathiesen (KOFAZ), in der, unter großem Beifall dieser Szene, allen Ernstes behauptet wurde, wir könnten, wenn wir nur so weitermachen würden wie bisher, die Stationierung jetzt verhindern, oder wie es in einer auf dem KOFAZ-Treffen vom 26.9. verabschiedeten Erklärung heißt, man wolle *„die verbleibenden wenigen Monate bis zur vorgesehenen Stationierung der neuen Raketen nutzen, um die Mehrheit unseres Volkes für ein aktives Eintreten gegen die Aufrüstung zu gewinnen"* um damit *„die Stationierung der neuen Atomraketen politisch undurchführbar"* zu machen. Wie „nahe" wir an einer solchen Mehrheit sind, kann man vielleicht daran ermessen, daß Willy Brandt für die SPD in der Opposition reklamierte, daß die NATO bzw. ihre Politik nach wie vor ein Dogma für die SPD bleibe, das auch bei möglichen Bündnissen mit den Grünen nicht zur Disposition stünde. Das war natürlich kein Thema für das KOFAZ und kein Thema dieser Konferenz.

Rudolf Bahro trat auf der Konferenz dann erneut mit der These auf, daß er sich in der These bestätigt sehe, daß die DKP die Außenpolitik der Sowjetunion vertrete. Zwar sei es richtig, daß eine politische Entlastung der Sowjetunion mittels Abrüstungserfolgen
daß eine politische Entlastung der Sowjetunion mittels Abrüstungserfolgen
notwendig sei, um eine Verbesserung der Lage der Länder Osteuropas zu erreichen, die Rolle der DKP in der Friedensbewegung verhindere aber, hier eine Mehrheit zu gewinnen. Dabei „übersah" er wiederum geflissentlich, daß die DKP und entsprechende Bündniskräfte hier in der Friedensbewegung ihre Rolle nur deshalb spielen können, weil ihr Eintreten für einen Minimalkonsens, für Appelle an die Regierenden vor allem sozialdemokratischen Kräften entgegenkommt, bzw. der Positionen derjenigen entspricht, die jede Radikalisierung der Friedensbewegung — vor allem angesichts der bevorstehenden Stationierungsarbeiten — verhindern wollen. Deutlich wurde dies an dem Punkt, wo insbesondere von Gewaltfreien Aktionsgruppen vorgetragen wurde, daß schon jetzt mit der Vorbereitung von Widerstands- und Blockadeaktionen an Standorten begonnen werden müsse. Während ein großer Teil der Kräfte (auch aus dem KOFAZ-Spektrum) dies zumindest als einen T e i l der Aktivitäten gegen die geplante Stationierung billigt, d.h. mehr oder weniger offen damit sympathisiert, heißt es im erwähnten KOFAZ-Katalog dazu, daß man an Standorten *„die dort lebende Bevölkerung"* gewinnen müsse und nicht *„stellvertretend für sie ... handeln"* dürfe. Bei Licht betrachtet ist diese massenfreundlich klingende Aufforderung nichts weiter als der mit Falschheit beschlagene Versuch, direkte Verhinderungsaktionen an den Standorten auf die lange Bank zu schieben. Selbstverständlich wird sich jede ernsthaft politisch arbeitende Friedensgruppe darum bemühen, die um den Standort wohnende Bevölkerung zu mobilisieren. Aber ebenso selbstverständlich wird es notwendig sein, gegen die Stationierung überregional zu mobilisieren, um den notwendigen Druck zu erzeugen (mensch stelle sich einmal vor, die Anti-AKW-Bewegung hätte n u r auf die unmittelbar um die Bauvorhaben herum wohnende Bevölkerung gesetzt). Und schon gar nicht kann sich die Friedensbewegung auf die Parole vereinigen: „Keine Stationierung gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung", wo dann die Frage der Stationierung von der vielleicht gerade schwarzen Gesinnung der örtlichen Bevölkerung abhängig gemacht wird. Doch der Versuch, solche Dinge auf einer Aktionskonferenz wegzureden, sagt natürlich noch wenig darüber aus, wie es nachher ausgeht, auch wenn auf der Konferenz linke Kräfte weder durch große Anwesenheit noch durch gemeinsame Vorschläge glänzten.

Ein Teilnehmer der Konferenz

Gegen die Kriminalisierung

Einhellig wandten sich die Teilnehmer der Aktionskonferenz gegen die Kriminalisierungsversuche von sog. Demonstrations'tätern'. Für Alexander Schubart wurden Unterschriften gesammelt, für die 2.000 Angeklagten bei der Startbahn West, für Markus und Michael, den AKL-Mitgliedern und Jo Leinen wurde ebenso die Einstellung aller Verfahren gefordert, wie für die in Westberlin nach der Anti-Reagan-Demonstration Festgenommenen. Jo Leinen, dessen Verfahren wegen „Rädelsführerschaft" in Brokdorf im November dieses Jahres in Itzehoe beginnen soll, schlug vor, daß man im kommenden Jahr einen Kongreß zu diesem Thema durchführen solle, wo auch über eine gemeinsame Forderung für alle Verfahren (wie z.B. Amnestie) nachgedacht werden müsse.

Im Folgenden ein kurzer Überblick über die Verfahren, die nach der Demonstration am Nollendorfplatz in Westberlin am 11.6. anläßlich des Reagan-Besuches anhängig sind:

Bei der Demonstration hatte es seinerzeit 271 Festgenommene und ca. 200 Verletzte gegeben. Gegen 22 ist Haftbefehl erlassen worden, davon sind heute noch 10-14 (nach unterschiedlichen Quellen) im Knast. In einem ersten Verfahren wurde ein 19jähriger zu neun Monaten auf Bewährung verurteilt, ein weiterer Demonstrant mußte freigesprochen werden, weil die Behauptung der Anklage bzw. der Polizeizeugen zusammenbrach. Ihre Behauptung, er habe Autos angesteckt, ließ sich leicht widerlegen, er war nämlich zum infrage kommenden Zeitpunkt schon in Bullengewahrsam. Bei denjenigen, die vor der Demonstration in Vorbeugehaft genommen wurden, werden jetzt Zahlungsaufforderungen von 64,- DM verschickt (die Zahl ist uns im Einzelnen unbekannt). Wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" (die Demonstration war ja verboten) werden Strafbescheide von 500,- DM (plus 30,- DM Behördengebühren) verschickt (die Zahl der Bescheide ist uns ebenfalls unbekannt). Bei mindestens drei Leuten hat die Polizei „Schadensersatzforderung" in Höhe von 10.000 DM gestellt. Laut Angaben des Finanzsenators in Westberlin sind 25 solcher Bescheide erlassen worden, womit die Polizei ihre Kosten „gesamtschuldnerisch" bei mißliebigen Leuten wiederholen möchte.

Diese Fälle werden vom Ermittlungsausschuß Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Tel.: (030) 692 22 22 (Mo.-Fr. 20-22 Uhr) betreut. Spendenkonto: 20 610 - 106, Klaus Schmidt, PSchA Bln West.

Eine Dokumentation zum Polizeieinsatz hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. (An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal) herausgegeben. Die Broschüre ist dort für DM 4,- zu beziehen.

AUFRUF

Frauen sollen „freiwillig" zur Bundeswehr eingezogen werden, sogar eine Änderung des Grundgesetzes — Artikel 12a, der den Dienst von Frauen an der Waffe untersagt — wird erwogen. Wie aus der Langzeitstudie des Verteidigungsministeriums hervorgeht, sollen ca. 30.000 Frauen in den 80er Jahren angeblich entstehende Personallücken ausfüllen.
Im Zusammenhang mit der NATO-Aufrüstungspolitik, der geplanten Raketenstationierung und der Ausdehnung der konventionellen Bewaffnung wird hiermit eine noch weitergehende Militarisierung in alle Bevölkerungsgruppen hinein betrieben.

Frauen sollen noch verfügbarer gemacht werden, wobei die Gleichberechtigung von vornherein ausgeschlossen ist. Es ist zynisch, die Frauen über Arbeitslosigkeit, schlechte Bildung, unzureichende soziale Rechte und reaktionäre Frauenbilder systematisch in eine Notlage zu treiben und diese Notlage dann noch einmal für militärische Zwecke auszubeuten.

Die Aktionskonferenz vom 9./10.10.1982 in Köln lehnt eindeutig jegliche Einbeziehung von Frauen ins Militär und militärische Bereiche ab.

Die anwesenden Gruppen und Organisationen der Aktionskonferenz halten es für notwendig, gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr verstärkt anzugehen und zu mobilisieren.
Dieses Thema muß Aufgabe der gesamten Friedensbewegung werden, da die Einplanung der Frauen zusammen mit den anderen Vorschlägen wie Verlängerung der Wehrdienstzeit, der Zivildienstpflicht u.a. dem weiteren Ausbau der Bundeswehr dienen soll.
Damit wird die weitere Unterwerfung der Bevölkerung unter die Militärplanung betrieben.

(Die Aktionskonferenz unterstützt die Aktionsvorschläge der AG „Friedensaktivitäten der Frauen"!)
Wir Frauen rufen, unterstützt auch von der Aktionskonferenz am 10.10.1982 auf, den Plänen zur Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr Widerstand entgegenzusetzen.

1. Im Okt./November bei den DGB-Demos gegen Sozialabbau unsere Forderungen sichtbar zu machen.
2. Ende November/Anfang Dezember möglichst am 27.11. bundesweit koordinierte Aktionstage.
   Am 30.01.83, dem 50. Jahrestag der Machtergreifung des deutschen Faschismus', an die historischen Erfahrungen der Frauen zu erinnern.
4. Im Frühjahr 1983 regionale Informations- und Koordinierungskonferenzen durchzuführen.
5. Aus Anlass des 8. März, des internationalen Frauentages bundesweit Aktionen zu veranstalten und die internationale Aktion in Brüssel zu unterstützen.
6. bei möglichen Parlamentsentscheidungen zur Einbeziehung von Frauen sofortige bundesweite Widerstandsaktionen durchzuführen.

Die Unterstützung kann wie folgt aussehen:

— Eigene Stellungnahmen der Gruppen und Organisationen, um den Widerstand gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr in weitere Kreise hineinzutragen.
— Veröffentlichung von Aktionsterminen, Informationen zum Thema in entsprechenden Zeitschriften, Rundbriefen u.a.
— Alle anwesenden Gruppen und Organisationen berücksichtigen diesen Themenkomplex als einen Aktionsschwerpunkt für die Arbeit im kommenden Jahr.

Diese Resolution soll als der Aufruf verwandt werden für Aktionen gegen jede Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr.

Diese Resolution wurde auf der Kölner Aktionskonferenz (am 9./10.10.82) von den „Frauen für den Frieden", „Frauen in die Bundeswehr; wir sagen nein" und den „Frauen gegen Krieg und Militarismus" eingebracht unerfreulicherweise entgegen den sonstigen Gepflogenheiten dieser Konferenz auf Druck der Frauen hin auch abgestimmt. Jetzt wird es darauf ankommen, daß dies nicht eine Forderung auf dem Papier bleibt, sondern tatsächlich in den Friedensgruppen diskutiert und umgesetzt wird.

Zur Diskussion: Der Kampf um die Mehrheit oder Plädoyer für einen radikalen Ostermarsch

Angesichts der näherrückenden Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, angesichts der Tatsache, daß weder 3 Millionen Unterschriften unter dem Krefelder Appell noch 500.000 Menschen in Bonn reale Abrüstungschritte erwirken konnten, und unter dem Eindruck des vollzogenen Regierungswechsels haben die Gewaltfreien Aktionsgruppen, unterstützt von der Hamburger Friedenskoordination, einen Vorschlag zur Gestaltung der Ostermärsche in die Diskussion gebracht. Im Rahmen der Ostermärsche 1983 sollen in den Regionen direkte gewaltfreie Aktionen an den vorgesehenen Stationierungsorten bzw. anderen atomaren Gefahrenpunkten durchgeführt werden. Gesehen wird dieser Vorschlag als konkreter Schritt zu einer fälligen Neuorientierung der Friedensbewegung. DKP und DFG/VK, die die Ostermärsche des letzten Jahres wesentlich mitorganisiert haben, sehen darin eine Geringschätzung bzw. Gefahr für den notwendigen Kampf der Friedensbewegung um die Mehrheit und um die Unterstützung der Gewerkschaften.

Für diejenigen, die — auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Erfahrung mit sozialdemokratischer Parteipolitik — auch der SPD/FDP-Regierung schon eine NATO-getreue Umsetzung des Aufrüstungsprogramms zugetraut haben, ändert sich mit der Machtübernahme der CDU/CSU sicherlich nichts Grundlegendes. Dennoch, die veränderte Konstellation der herrschenden Kräfte bietet und gebietet der Friedensbewegung neue Ausgangspunkte und Bedingungen für eine Diskussion um ihr weiteres Vorgehen.

Die Auswirkungen des Regierungswechsels auf die Friedensbewegung — soweit sie heute schon gesehen werden können — sind vielschichtig; sie beinhalten sowohl Chancen als auch Gefahren. Eine CDU/CSU-Regierung wird die Aufrüstungspläne gradliniger und rücksichtsloser durchsetzen, der Friedensbewegung mit schärferen Maßnahmen begegnen. Sie kann damit nicht nur Einschüchterung, sondern auch eine größere Entschiedenheit der Bewegung zu provozieren. Denn die Hoffnung, die weite Teile der Bewegung noch in die sozialliberale Koalition gesetzt haben, wird sich auf die neue Regierung nicht übertragen lasen.

Schon heute sitzt den meisten die Angst vor Arbeitslosigkeit, die Sorge um die Sicherung der eigenen Existenz tiefer in den Knochen als die Furcht vor einem großen Krieg. Der beschleunigte und rabiate Abbau sozialer Sicherheiten könnte das Übrige tun, um die Gedanken bald ganz auf die alltäglichen und unmittelbar erfahrenen Probleme zu konzentrieren.

Breite und Tiefe

Der Gefahr einer Isolierung im Zuge des Rechtstrends kann die Friedensbewegung nur entgegentreten, wenn sie sich mit der erreichten Breite nicht zufriedengibt. Will sie dem „Das Hemd sitzt näher als die Hose"-Bewußtsein beikommen, muß sie insbesondere die Zusammenhänge zwischen Sozialabbau und Aufrüstungspolitik aufzeigen und Wege finden, die Proteste und den Widerstand dagegen zu verbinden. Eine intensivere Arbeit in und mit den Gewerkschaften ist ebenso unabdingbar wie die mühsame und unspektakuläre Überzeugungsarbeit auf der Straße.

Es geht tatsächlich — und hier liegt ein richtiger Aspekt der ewigen DKP-Predigt über Mehrheit, Gewerkschaften und Krefelder Appell — um den Kampf um die Mehrheit. 3 Millionen Unterschriften gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen haben als Mobilisierungsfaktor und Dokument der erreichten Breite eine wichtige Funktion. Dies sollte auch von denen akzeptiert werden, denen der Krefelder Aufruf nur noch ein müdes Gähnen entlockt.

Aber: Die Friedensbewegung hat sich nicht vorgenommen, zu überzeugen, um der Überzeugung willen; sie will reale Abrüstungsschritte erreichen. Unterschriftensammlungen und vergleichbare Aktivitäten haben ihren Wert als massenhafte Meinungsäußerung. Sie haben jedoch keinen zwingenden Charakter und reichen deshalb allein nicht aus, um Veränderungen zu bewirken. D s gilt allemal unter einer CDU/CSU-Regierung, die aufgrund der Struktur ihres Wählerpotentials weit weniger gehalten ist, Rücksichten auf soziale Bewegungen zu nehmen.

Es geht nicht nur um die Mehrheit. Es geht darum, eine h a n d e l n d e Mehrheit zu gewinnen, die bereit ist, die Durchsetzung ihrer Interessen zu e r z w i n g e n und die Konfrontation mit den Regierenden auf sich zu nehmen. Eine Friedensbewegung, die greifbare Erfolge erzielen will, muß deshalb über Protestbekundungen und symbolische Aktionen hinausgehen und Formen des Widerstands finden, die den von oben gewünschten Ablauf effektiv stören und behindern.

Auch die Überzeugungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften muß letztendlich m e h r erreichen wollen als verbale Unterstützung, nämlich ein praktisches Eingreifen der Arbeiterorganisationen bis hin zu politischen Streikaufrufen. Darauf wäre eine Bewegung, die — wie die Friedensbewegung — so elementare Interessen der kapitalistischen Gesellschaft ins Wanken bringen will, unbedingt angewiesen. Zumindest in der Bundesrepublik wird einem solchen politischen Eingreifen der Gewerkschaften noch ein langwieriger Prozeß vorausgehen müssen. Falsch wäre es jedoch — wie aus Kreisen der SPD und DKP immer wieder gefordert — unterschriftensammelnd und singend darauf zu warten, anstatt die in der Bewegung selbst angelegten Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

Sowohl die diversen Verweigerungskampagnen als auch Blockadeaktionen, wie kürzlich in Großengstingen,

kampagnen als auch Blockadeaktionen, wie kürzlich in Großengstingen,

können als Beispiel und Ansatz zur Weiterentwicklung dienen. Es wird darauf ankommen, den heute noch weitgehend symbolischen Charakter solcher Aktionen zu überwinden und Bedingungen zu schaffen, die eine breite Beteiligung ermöglichen. Denn es kann nicht Absicht sein, die Aktionsliste der Friedensbewegung, deren Großdemonstrationen heute schon vielfach als „langweilig" kritisiert werden, durch phantasievolle, symbolische Aktiönchen einer kleinen radikalen Minderheit anzureichern oder gar eins gegen das andere auszuspielen. Intention ist vielmehr die Entwicklung eines m a s s e n h a f t e n zivilen Ungehorsams und praktischen Widerstands.

Die Friedensbewegung hat sich ein Ziel gesteckt, das angesichts der gigantischen Kriegsvorbereitungen sehr bescheiden, im Spiegel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse jedoch eher vermessen erscheint: die Verhinderung der neuen Mittelstreckenraketen. Wenn ich hier mit dem Ruf nach greifbaren Erfolgen für die Praktizierung direkter Widerstandsaktionen eintrete, dann nicht mit der Illusion, der nächste Erfolg werde bereits sichtbar in der Verhinderung der Stationierung. Der zentrale Stellenwert, den die Mittelstreckenraketen im Rahmen der NATO-Kriegsstrategie haben, läßt erwarten, daß US- und Bundesregierung a l l e s daran setzen werden, die Stationierung auch gegen eine breite Bewegung durchzusetzen. Die kurze Zeit, in der dies erfolgen soll, läßt kaum hoffen, daß die Friedensbewegung bis dahin schon die notwendige Breite u n d S t ä r k e entwickelt haben wird, die dies tatsächlich verhindern könnte.

Deutlich gemacht werden kann und muß auf jeden Fall, daß die Stationierung als entscheidende Maßnahme zur weiteren Gefährdung des Friedens in Europa nur durchführbar ist um den Preis des „inneren Friedens". Ein „innerer Unfrieden", der auch nach einer — wahrscheinlichen — Stationierung keine Ruhe einkehren läßt, ist nur zu schaffen auf der Basis eines breiten und intensiven Widerstands. Gleichzeitig wird hierbei deutlich, wie lebenswichtig es für die Friedensbewegung ist, Perspektiven zu diskutieren, die über das Stationierungsjahr 1983 oder 84 hinausweisen.

Zu Ostern Demonstrationen und Blockaden verbinden

Der Vorschlag, im Rahmen der Ostermärsche direkte gewaltfreie Aktionen in Form von Blockaden, Friedenscamps o.ä. zu organisieren, bietet die Möglichkeit, die Diskussion um eine erforderliche Radikalisierung unseres Widerstandes in weitere Teile der Friedensbewegung hineinzutragen. Ich

Widerstandes in weitere Teile der Friedensbewegung hineinzutragen. Ich

könnte mir denken, daß die ausdrückliche Bezeichnung einer geplanten Aktion als gewaltfreie im Kreis von AK-Leser/innen Bedenken hervorruft. Doch sollte die ständig herausgeforderte Distanzierung von den Distanzierern, der immer wieder erzwungene Streit um das Akzeptieren a l l e r Positionen und Aktionsformen als Teil der Bewegung nicht den Blick dafür verstellen, was hier und heute sinnvoll und angemessen ist und dies auch so zu benennen. Nur so kann die Grundlage für eine offene und breite Diskussion um eine qualitative Veränderung unseres Widerstandes im oben beschriebenen Sinne geschaffen werden.

Auf der Aktionskonferenz am 9./10. Oktober in Köln stieß der Vorschlag für Osterblockaden auf breite Sympathie, auf Widerspruch allerdings bei den anwesenden DKP-Mitgliedern. Direkte Aktionen seien nicht geeignet, die Friedensbewegung noch breiter zu machen, sie könnten Bevölkerung und Gewerkschafter verschrecken, waren ihre — hier nur sehr kurz zusammengefaßten, dort aber sehr breit und penetrant vorgetragenen — Einwände. Eine grundsätzliche und strenge Ablehnung wagten angesichts der breiten Zustimmung allerdings nur wenige DKPler zu formulieren. Stattdessen zeichnete sich ab, daß die DKP mit dem Begriff der direkten gewaltfreien Aktionen ähnliches im Schilde führt, wie sie es gerade mit der Kampagne für atomwaffenfreie Zonen betreibt: vereinnahmen und verwässern. Während sie atomwaffenfreie Clos und Schreibtische schon seit einigen Wochen zum Politikum hochstilisiert, werden jetzt Blockaden und ähnliche Aktionen ihres Elementes der direkten Konfrontation beraubt, auf das sie zur netten Symbolik verkommen, mit der die DKP dann hausieren gehen kann.

Immerhin könnte das Lavieren der DKP vermeiden helfen, daß es in der Vorbereitung der Ostermärsche zu einem Gegeneinander der verschiedenen Aktionsformen kommt.

In der Arbeitsgruppe „Ostermärsche" auf besagter Konferenz konnte folgender Konsens — gedacht als Empfehlung an die regionalen Vorbereitungsgruppen — erzielt werden: Die Ostermarschaktivitäten 83 sollen die Kampagne für atomwaffenfreie Zonen und Gemeinden einbeziehen. Die Situation in der 3. Welt soll in den Aufrufen Berücksichtigung finden. Ein stärkeres Bemühen um die Unterstützung der Osteraktivitäten durch die Gewerkschaften ist notwendig. Und direkte gewaltfreie Aktionen sollen im Rahmen der Ostermärsche durchgeführt werden. Eine praktische Umsetzung dieses Konsenses in Form einer Verbindung von Demonstrationen und Blockaden wäre wünschenswert.

S., Hamburg

wäre wünschenswert.
S., Hamburg



am 12.12.

Am 12.12.82 jährt sich der NATO-Doppelbeschluß zum dritten Mal. Nach diesem Beschluß sollen in Westeuropa 572 neue amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert werden, die meisten davon in der BRD. Diese neue Steigerung des Rüstungswahnsinns macht einen atomaren Krieg immer wahrscheinlicher. Auch die bereits vorhandenen Massenvernichtungswaffen sind für uns Grund genug, Angst vor einem Krieg zu haben. Deshalb rufen wir auf zum gewaltfreien Widerstand gegen die sogenannte NATO-Nachrüstung und die schon vorhandenen Atomwaffen in Ost und West.

Unser Kampf für das Leben geht weiter. Die gewaltfreie Blockade des Atomwaffenlagers bei Großengstingen im August 1982 war nur ein Anfang. Wir wollen die Ideen und Erfahrungen von Großengstingen im ganzen Land verbreiten. Großengstingen hat uns gezeigt, daß unser Widerstand von festen Gruppen ausgehen muß, deren Mitglieder sich kennen, vertrauen, gegenseitig bestärken, gleichberechtigt mitentscheiden und gemeinsam die Konsequenzen tragen.

Unseren persönlichen Einsatz gegen den drohenden Atomtod werden wir mit ganzer Kraft fortführen.

Deshalb fordern wir lokale Friedensgruppen auf, am 12.12.81 Atomwaffenstätten für einen Tag zu schließen. Unser Widerstand ist gewaltfrei und offen. An diesem Tag sollen von 8.00 bis 20.00 Uhr direkte Blockaden stattfinden und/oder phantasievolle Aktionen, wie z.B. Mahnwachen, Fasten, Rundgänge, Besichtigungen ... Die örtlichen Gruppen entscheiden über die jeweils für sie sinnvolle Form. Die Teilnehmer sollen sich in Bezugsgruppen zusammenfinden, gemeinsam auf ihre Aktion vorbereiten und lokale Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Teilnehmer/innen der Sommeraktion 82 in Großengstingen

Um Informationen auszutauschen und den bundesweiten Charakter herzustellen, wird eine Koordinationsgruppe folgendes übernehmen:
- Hinweise auf Standorte vor Atomwaffenstätten
- Hinweise auf lokale Gruppen und Tips für Neugründungen
- Hinweise auf Trainer für gewaltfreie Aktionen
- Sammeln und Weitergeben von Informationen über laufende Aktivitäten (Rundbriefe). Meldet eure Aktivitäten bald an!
- Überregionale Presse- und Medienarbeit
- Sammeln von Euren Berichten und Zeitungsartikeln
- Zusammenstellung einer Dokumentation

Kontakt: Jürgen Menzel, Schwabacher Str. 147, 8510 Fürth, Tel. 0911/715 20. Bei Anfragen bitte Rückporto beilegen! Finanzierungsbeiträge: J. Menzel, Stichwort: 12.12., PSA Nürnberg, Kto.Nr. 17 79 19 - 851.

NATO zufrieden

Eine Delegation des niederländischen Interkirchlichen Friedensrates war zu Besuch im Brüsseler NATO-Sekretariat und brachte schlechte Nachrichten heim.

Auf Initiative der NATO traf am 28.9. im NATO-Hauptquartier Brüssel eine Delegation des Interkirchlichen Friedensrates (IKV) mit dem NATO-Generalsekretär Luns zusammen. Vom IKV nahmen der Erste Sekretär, Mient Jan Faber, der Sekretär für internationale Angelegenheiten, Wim Bartels, der Friedensforscher Ben ter Veer und der Theologe Laurens Hogebrink teil. Ihre Gesprächspartner waren neben Luns die NATO-Botschafter der BRD und der Niederlande, Vertreter der britischen und italienischen NATO-Botschafter sowie Militärs („FR", 5.10.82).

Im Ergebnis des Gesprächs sah Mient Jan Faber einige *„Vermutungen"* bestätigt:

„a) Alle Länder kommen bisher ihren Verpflichtungn nach. Es wird ordentlich in den NATO-Infrastrukturfonds eingezahlt, aus dem die Stationierung (der Mittelstreckenraketen - Anm. AK) *finanziert wird. Die Vorbereitungn verlaufen überall nach Plan. Es ist nirgendwo — auch in den Niederlanden nicht — die Rede von einer nennenswerten Verzögerung.*

b) Die Niederlande zählen zwar vollwertig mit, aber die internen Probleme in unserem Lande haben dazu geführt, daß wir nicht immer mitmachen (dürfen?) bei den Beratungen, die zwischen den sechs Ländern geführt werden, die am unmittelbarsten mit den 572 Raketen zu tun bekommen (USA, England, BRD, Italien, Belgien, Niederlande).

c) Ende 1983 wird ein entscheidender Moment. Dann soll gleichzeitig in England, der BRD und Italien stationiert werden. Um der Einheit in der NATO willen wird dann darüber hinaus von a l l e n Ländern erwartet, daß sie sich tatsächlich und also ohne Vorbehalt hinter den Stationierungsbeschluß stellen werden" („de Volkskrant", 2.10.82).

Die neue niederländische Regierung, eine „Mitte-Rechts"-Koalition von Christdemokraten und Rechtsliberalen (s. AK 225), werde, schreibt Faber weiter, der Stationierung der 48 für die Niederlande vorgesehenen Mittelstrecken-Raketen keinen Widerstand entgegensetzen. Auch von den Genfer Verhandlungen sei nichts zu erwarten: *„....wie die Verhandlungen auch verlaufen werden, Ende 1983 bedeutet immer: S t a t i o n i e r u n g. Denn entweder gibt es zu dieser Zeit noch kein Ergebnis und dann — so wird argumentiert — muß stationiert werden, um die Verhandlungen nicht ungünstig zu beeinflussen oder es gibt ein Resultat. Aber davon erwartet jeder im günstigsten Falle, daß das etwas weniger als 572 Raketen ergibt, aber in keinem Falle Null. So daß auch in diesem Falle stationiert werden wird"* (ebd.).

Dieser düstren Perspektive setzt Faber entgegen: *„....die Friedensbewegung wird viel selbst tun müssen.*

Sie wird die Initiative ergreifen müssen, um vor Ende 1983 überall in der Gesellschaft deutlich zu machen, daß die Kreuzerraketen nicht erwünscht sind, so daß selbst eine CDA/VVD-Regierung das nicht übergehen kann. Sie wird ebenso an einer neuen Entspannungspolitik in Europa arbeiten müssen, indem sie mannigfaltige Querverbindungen zwischen den Emanzipationsbewegungen und Institutionen (wörtlich: instellingen = Einrichtungen — Anm. AK) *in Ost und West legt. Bewegungen und Institutionen, die von der Notwendigkeit zur Integration und Durchbrechung der Blöcke überzeugt sind.*

Es erwartet uns ein übervolles und aufregendes Jahr. Aber mit viel Einsatz und einem felsenfesten Vertrauen in die Wirkung unserer parlamentarischen Demokratie kommen die 48 Kreuzerraketen nicht" (ebd.).

Wie sprach Salomo? *„In den Lippen des Verständigen findet man Weisheit; aber auf den Rücken des Narren gehört eine Rute"* (Spr. 10, 13).

Niederlande-Kommission

Euthanasie für Atomkriegsopfer

— Die Kriegsmedizin wird logisch zu Ende gedacht —

Nach einem Atomkrieg ist n i c h t alles aus. Es wird Überlebende geben — und die Kriegsplanung denkt heute auch schon an sie. Reaktionäre Wissenschaftler überlegen, wie die Überlebenden sortiert, dezimiert und gemanagt werden können. Britische Ärzte schlagen Euthanasie vor, amerikanische Wissenschaftler wollen ältere Menschen als Testpersonen zuerst aus den Bunkern jagen. Eine Ethik, die medizinische Kriegsvorbereitung für verantwortlich hält und ärztliche Verweigerung für pervers, wird durch diese Vorschläge nur zu ihrem konsequenten Ende geführt: Die „Umwertung aller Werte" nach imperialistischer Moral — abgesegnet von deutschen Theologen.

In Großbritannien wurden bereits 1977 Richtlinien von der obersten Gesundheitsbehörde ausgegeben, die für den Atomkrieg ein Stufenmodell der medizinischen „Versorgung" vorsehen: Örtlich sollen Freiwillige Erste Hilfe leisten (was immer das sein mag); in regionalen Sammelzentren, bestückt mit je 4 - 6 Ärzten, sollen die Strahlenopfer gesichtet und sortiert werden; in Krankenhäuser werden nur Patienten aufgenommen, deren Überlebensdauer für länger als sieben Tage angenommen wird; Menschen, die keine anderen Verletzungen als radioaktive Verseuchung aufweisen, dürfen nicht aufgenommen werden, da es für Strahlenkrankheit „keine spezielle Behandlung gibt" (1).

Vor diesem Hintergrund forderte Professor Alwyn Smith, Präsident der „Faculty of Community Medicine" (eine Art Ärzte-Vereinigung) eine generelle Einigung unter den Ärzten darüber, was mit Strahlenopfern geschehen soll. Vor einer Konferenz seiner Ärzteschaft im April diesen Jahres, zu der die Öffentlichkeit vorsichtshalber nicht zugelassen war, sprach er sich für das Lösungsmittel Euthanasie aus: *„Wenn entschieden wird, sehr schwer verletzte Personen nicht zu behandeln, dann würden die üblichen Argumente gegen Euthanasie schwer haltbar. (...)*

verletzte Personen nicht zu behandeln, dann würden die üblichen Argumente gegen Euthanasie schwer haltbar. (...)

Vielleicht wird man entscheiden müssen, die Todkranken auszusortieren und schnell zu beseitigen — eine Aufgabe, für die Militär oder Polizei wohl geeigneter wären als die Ärzte. Verletzte, die nicht mit Sicherheit sterben, aber auf Dauer behindert bleiben werden, stellen dabei ein schwieriges Problem dar. Je nach dem Ausmaß des Angriffs und seinen Auswirkungen mag man entscheiden, diesen Verletzten lieber keine medizinische und pflegerische Hilfe zu gewähren. Man mag Vorkehrungen treffen, ihnen starke Schmerzen und anderes Leid zu nehmen. Aber es dürfte schwierig sein, in einer solchen Situation eine langfristige Behandlung zu rechtfertigen. Überlegungen wären nötig, um den schwer Behinderten Sterbehilfe anzubieten oder sie auf andere Art zu beseitigen." (2)

Der Ärzte-Präsident beruft sich dabei unter anderem auf die Ergebnisse des NATO-Planspiels „Square Leg" vom September letzten Jahres, wo die Auswirkungen einer Atombomben-Explosion über London durchgespielt wurden. In den Protokollen dieses Planspiels finden sich interessante Einzelhgeiten über das, was in der BRD „zivil-militärische Zusammenarbeit" genannt wird, also das Zusammenspiel von zivilen Behörden (Verwaltung, Gesundheitsbehörden etc.) und Streitkräften: Strahlenkranke wurden in ein Lager gesperrt („*Special Rest Centre*"), das von bewaffneten Einheiten und Stacheldraht gesichert wurde; die zivilen Behörden forderten immer wieder Armee-Unterstützung an, da die Polizei im Planspiel mit den „law and order problems" überfordert war; eine „feindselige Menge" verhinderte den Abtransport von Lebensmitteln — militärische Antwort: *„Wessex helicopter and 12 soldiers sent to scene"* ...

Diese birtische Notstandsplanung entspricht der bundesdeutschen, wo Armee und Bundesgrenzschutz für den Einsatz gegen Flüchtlinge und andere Störfaktoren vorgesehen sind (3). Anders als in der BRD gibt es allerdings in den britischen kommunalen Behörden Widerstand gegen diese Art der Kriegsvorbereitung: Die für diesen Herbst geplante nationale Zivilschutzübung „Hard rock" mußte vom Innenminister abgesetzt werden, da sich rund die Hälfte der vorgesehen Kreise geweigert hatten, sich zu beteiligen, darunter auch die Stadtverwaltung von London. (4)

hatten, sich zu beteiligen, darunter auch die Stadtverwaltung von London. (4)

Darwinismus an der Bunkertür

Amerikanische Wissenschaftler (Oak Ridge National Laboratory) veröffentlichten in der Fachzeitschrift „Health Physics" eine Studie — keine Satire —, wie die Krebsrate nach einem Atomkrieg gesenkt werden kann: Ältere Menschen sollen als erste die Bunker verlassen, Umgebung und Nahrungsmittel von radioaktivem Niederschlag reinigen, Leichen entfernen. *„Wichtig ist es, die Lebenserwartung der jüngeren Menschen zu erhöhen. Ältere Menschen kommen an das natürliche Ende ihres Lebens. Es ist daher zu raten, daß die älteren Menschen als erste die Unterkünfte verlassen, wodurch sie eine Menge Radioaktivität erhalten ... (dadurch) wird die Anzahl der Todesfälle durch Krebs um 37 Prozent sinken. Die jüngeren Menschen zu schützen, ist daher eine besonders effektive Strategie ..."* (5). Keine krankhaften Phantasien, sondern eine Studie, die von der US-Atomenergiebehörde gefördert wurde!

Für die Strahlenopfer wurden in den USA bereits 60.000 Pfund Opium eingelagert, und eine Direktive des Wohnungsministeriums hat schon an Hausbesetzer im neuen Zeitalter gedacht: Ein Haus muß innerhalb von 30 Tagen verlassen werden, falls der Vermieter überlebt hat und Eigenbedarf anmeldet (6).

Man mag, je nach Geschmack, über dieses Horrorkabinett lachen oder kotzen; ernst daran ist jedenfalls, daß die Kriegstreiber ihre geschichtliche Perpektive nicht mit dem Atomkrieg für beendet halten, sondern munter an die Planung des „Danach" gehen — während Teile der Friedensbewegung noch glauben, die Warnung „Dann ist alles aus" würde eines schönen Tages Umkehr und Einsicht bewirken.

ch., Hamburg

Quellen:

(1) zit. nach (2)
(2) engl. Redemanuskript von Prof. Smith, und nach Stern v. 23.9.82
(3) vgl. AK 222 „Bürgerkrieg statt Bunker"
(4) taz v. 16.7.82
(5) Health Physics Sept. 81 und nach: Manfred Coppik/Jürgen Roth, Am Tor der Hölle. Köln 1982, S. 75
(6) taz v. 4.3.82

Moraltheologie für Euthanasie

Das Undenkbare darf wieder gedacht werden, auch laut, und auch in der katholischen Kirche. In einer vom Bischöflichen Ordinariat in Mainz verbreiteten Broschüre setzt der Moraltheologie Professor Franz Scholz einen besonderen Akzent in der neuen Euthanasie-Diskussion. Auf die *„bedrängende Frage"*, in welcher Reihenfolge der Arzt den Schwerverletzten helfen sollte, antwortet er: *„Dabei dürfen Verletzte, deren Leben für das gesellschaftliche Wohl besonders bedeutsam ist, bevorzugt behandelt werden."* Dieses Prinzip sei *„urvernünftig"* und müsse durch „Fallstudien medizinischer Art" noch *„ausspezialisiert"* werden (FR v. 5.10.). Auf einen ausspezialisierten Sprachgebrauch kann Scholz ja bereits zurückgreifen: Früher hieß es schlicht wertes und unwertes Leben.

Schacht »Konrad«:

30.10. Demonstration gegen atomares Endlager

In den nächsten Wochen ist mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für die bisher größte Atommülldeponie Westeuropas zu rechnen. Die Forschungsarbeiten in dem stillgelegten Erzschacht Konrad sind weitgehend abgeschlossen. In dem jetzt anschließenden, auf positiven Ausgang getrimmten Genehmigungsverfahren will die Atommafia ihre schon längst gefallene Entscheidung für Konrad vor der Bevölkerung nachträglich legitimieren (vgl. AK 224). Schon heute dient die geplante Atommülldeponie für die Teilerrichtungsgenehmigungen der AKWs Grafenrheinfeld, Grohnde, Brokdorf und Lingen als Entsorgungsnachweis. Tatsächlich bedeutet die Realisierung des Projekts Konrad zumindest für die nächsten 20 Jahre eine im Sinne von Atomindustrie und ihrer politischen Repräsentanten gesicherte Entsorgung. Zumindest der leicht- und mittelaktive Atommüllberg wäre damit weitgehend in den Griff zu bekommen.

Es ist für die norddeutsche Anti-AKW-Bewegung allerhöchste Zeit, der Bedeutung der Schachtanlage Rechnung zu tragen und mit den regionalen Initiativen gemeinsam Widerstand zu entwickeln. Die Demonstration am 30.10. bietet einen Anfang.

Zur Vorbereitung der Demo

Seit gut einem halben Jahr diskutieren die in der Regionalkonferenz zusammengefundenen Kreisverbände der Grünen und Initiativen aus Wolfsburg, Braunschweig, Hildesheim, Salzgitter, Gifhorn, OLGA Hannover, KB und Autonome über Aufruf und Ablauf der Demonstration. Differenzen in der Gewaltfrage führten häufig zu nervigen Diskussionen und im Hinblick auf die künftige Weiterarbeit zu einer negativen Polarisierung des regionalen Widerstands.

Während sich die Mehrheit der Regionalkonferenz für die Offenheit der Widerstandsformen auf der Demo am Schachtgelände aussprach, zogen sich die Grünen Salzgitter und eine befreundete BI aus Gifhorn schließlich aus dem Bündnis zurück. Auseinandersetzungen mit der Polizei würden den schwachentwickelten Widerstand um Jahre zurückwerfen. Stattdessen diskutieren Salzgitters Grüne, sich zwar an der Demo zu beteiligen, aber rund 500 Meter vor dem Schachtgelände abzubiegen, um eine gemütliche Open Air Fete zu machen.

Mittlerweile ist dieses Vorgehen auch beschlossen worden, und zwar aufgrund einer frei erfundenen Horrorstory des Grünen-Landtagsabgeordneten Mombauer. Er habe sichere Informationen, daß die Hamburger Autonomen den Schacht sprengen wollten! So etwas wurde bisher nur von der Gegenseite lanciert, um irgendwelche Demonstrationsverbote auszusprechen. Ungeachtet dieses Verwirrspiels bereitet sich die Regionalkonferenz auf die Demonstration vor.

Als schwierig erweist sich jedoch das Nebeneinander der verschiedenen Widerstandsvorstellungen in der Praxis. Um eine Koordination der Aktionen und eine möglichst viele Menschen einbeziehende Entscheidungsebene über den Ablauf zu schaffen, sollen alle Gruppen und Konvois einen Vertrauenskörper bilden, der Vertreter/innen in einen Sprecherrat entsendet. Eine Demonstrationsleitung wird es nicht geben.

Wir machen Konrad sicher — Wir legen ihn lahm!

„Wir bereiten uns darauf vor, die Anlage unzugänglich zu machen:

- *Wir blockieren das Schachtgelände durch eine lebendige Mauer*
- *Wir blockieren den Luftraum und den Äther, indem wir im Herststurm unsere Aludrachen, Luftballons an langen Leinen, Heißluftballons und alles, was geeignet ist, in die Luft zu gehen, aufsteigen lassen. Wir errichten den Silberstreifen am Horizont*
- *Wir bedecken Straßen und leere Felder mit warnenden Schildern. Plakate, Wandbilder und Mahnmale finden ihren Platz. Mut zur Farbe*
- *Nachhaltig machen wir die Anlage unzugänglich, indem wir den Riß, den das endlager in unserem Leben bedeutet, auf Zufahrtsstraßen, Eisenbahnschienen usw. aufdecken.*
- *Von allzu eifrigen 'Ordnungshütern' an unserem Demonstrationsrecht und -ziel behindert, protestieren wir direkt vor den Türen der Betreiber und Verantworlichen in Lebenstedt und Umgebung. Dazu gibt es eine Karte.*
- *Schon in der Anfahrt gehindert, zögern wir nicht, erstmal die zahlreichen Schauplätze der lebensfeindlichen Atompolitik in der Region zu besuchen. Auch dafür gibt es eine Karte.*
- *Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt."*

Soweit aus dem Aktionsprogramm der Regionalkonferenz. Sinnvoll und wirksam ist dieses Programm nur dann, wenn sich Gruppen auf Aktionen vorbereiten und sie zur Not auch allein durchführen können.

Die Demonstration beginnt 11 Uhr in Salzgitter-Engelnstedt.

Vorher führt ein Bündnis verschiedener Initiativen eine Kundgebung vor dem Lebenstedter Rathaus durch. Beginn ist 9 Uhr.

Genossen aus Salzgitter

Lauschangriff als Bürgerdialog

Wenn es nach Herrn Kuhlke, Bürgerdialogsbeauftragter des Bundesforschungsministeriums (BMFT), gegangen wäre, hätte am Donnerstag, den 23.9., seine geplante Podiumsdiskussion pro/contra Atommüll in Schacht Konrad wie geplant stattgefunden. Geladen waren von der Betreiberseite Schlaumeier Ziegler („FAZ") und Anhang von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) und von der Gegnerseite die „Gruppe Ökologie" aus Hannover. Vom Podium herunter wollten die Herren der Atommafia dem Bürger ihre pseudowissenschaftliche Show vorführen! Da jedoch

— das Planfeststellungsverfahren schon eingeleitet ist
— Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis für die AKW's **Grafenrheinfeld, Grohnde, Brokdorf, Lingen 2, Isar 2** dient
— Betreiber und Prüfer der Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung Mitglieder im deutschen Atomforum sind, dessen Ziel die Förderung der Atomenergie ist
— der „wissenschaftliche" Endbericht zu Konrad schon interpretiert und für „geeignet" befunden wurde
— Betreiber 60 Mio. DM und 6 Jahre Zeit hatten, die Gegner hingegen ohne Geld und in wenigen Wochen die Bewertung des Endberichts fertig vorlegen sollten, war die Veranstaltung im vornherein eine Farce. Die AKW-Gegner der Region wollten sich zu solchem Schauspiel nicht hergeben, sondern besetzten das Podium, um eine Erklärung zu verlesen. Die Atommafia wurde aufgefordert, den Saal zu verlassen. Nach längerem Durcheinander im Saal verdeutlichte ein Vertreter der Gruppe Ökologie dem Publikum kurz die Schlampereien und Vertuschungen der GSF/BMFT in den Rechnungen des Endberichts. Hiernach machten sich Kuhlke und Ziegler, inzwischen hinter dem Vorhang hervorgekommen, wieder daran, das Wort zu ergreifen. Kuhlke mußte sich hier dem „Pöbel" beugen. Ziegler durfte noch bis zum Schluß den Bürgern Rede und Antwort stehen. Entgegen der Zusage von Kuhlke wurden währenddessen ankommende Personen observiert und Autokennzeichen registriert, und die gesamte Veranstaltung wurde vom Staatsschutz auf Band aufgenommen. Glücklicherweise ist es einigen Menschen gelungen den Funkverkehr während der Observation aufzuzeichnen und AKW-Gegnern zuzuspielen. Dieses Protokoll macht klar, welche Methoden Betreiber und politische Polizei gewillt sind einzusetzen, um den Widerstand zu kriminalisieren bzw. einzuschüchtern. Auch die jüngsten Hausdurchsuchungen in Braunschweig im angeblichen Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag wauf die GSF machen deutlich, was wir diese Herren ein „Bürgerdialog" bedeutet: Teilweise fanden nachs Hausdurchsuchungen beim AKW-Gegnern statt, bei denen nichtmal richtig gesucht, sondern mehr gelesen wurde, sowie Wasserpfeifen und Waschbezinfläschchen als Beweismittel beschlagnahmt wurden.

Ein Wolfsburger Genosse

Die folgenden Auszüge stammen aus den Aufzeichnungen des Polizeifunks, die auf einer Pressekonferenz am 27.9.82 vorgelegt wurden. Der Wahrheitsgehalt wird von der Polizei nicht bestritten.

Ulrich?:
„Was war das eben?"
Ulrich?:
„Thomas, ob Du mich sehen kannst?"
Ulrich?: „Du, ich weiß nicht, ich steh hier noch am gleichen Punkt, ich weiß nicht, wo Du jetzt bist."
Ulrich?:
„Ja, von Deiner Blickrichtung aus links auf der Ecke, da ist doch so'n Fenster mit Stores vor, da stehe ich drin."
Ulrich?:
„Nichts zu sehen!"
Ulrich?:
„Ist nichts zu sehen?"
Ulrich?:
„Nee"
Ulrich?:
„Okay, ich beweg mal die Gardine" „Mitgekriegt?"
Ulrich?:
„Ja, alles klar, im ersten Stock, ne?"
Ulrich?: „Ja, ist richtig"

***

Ulrich?:
„Eben sind noch 2 Mann gekommen, die haben ihre Fahrradluftpumpen mitgenommen, muß zwar nichts bedeuten, aber immerhin."
Ulrich?:
„Ja, für beide Fahrzeuge, begeben sie sich nach Fredenberg in etwa Höhe Einkaufszentrum Gausstraße, und halten sie sich bereit, daß sie evtl. sich ablösende Grüppchen oberservieren. Aber wirklich bloß dann, wenn die sich ablösen, sie werden dann observieren, sie werden dann noch gesondert angesprochen." (Verstanden ...)

***

Ulrich?:
„richtig, der rote Bauwagen, er ist neu gestrichen, er kommt gerade an, ich nehme an das ist hier der Chef von der Kommune, der steht davorne, jawoll, so'n langhaarigschwarzen Bart, grauhaarig."
Ulrich?:
„Herr Dockhorn kommt gerade vorgefahren mit Fahrrad."
Ulrich?:
„Wie wird'n der Bauwagen gezogen?"
Ulrich?: „Mit einem Trecker"
Ulrich?:
„Könnt ihr's Kennzeichen aufnehmen?"
Ulrich?:
„Nein, steht ungünstig, ich kann hier auch nicht weg, wenn ich mich bewege, dann falle ich auf."

***

Ulrich 2:
„Eben wurde festgestellt, daß im Saal ein in Anführungszeichen Spitzel sei, und Sprechchöre ‚Hase raus, Hase raus'."
Ulrich 1:
„Ja ist denn der nicht offiziell vorgestellt worden, wie das die Absicht war?"
Ulrich 2:
„Wiederholen."
Ulrich 1:
„Es war doch die Absicht ihn offiziell als Beobachter, oder als Gast der Polizei vorzustellen. Ist das nicht geschehen? Kommen."
Ulrich 2:
„Es müßte vermutlich jetzt folgen, denn es bestand momentan noch keine Möglichkeit darauf zu reagieren, denn das kam eben spontan ..."

Im Visier der Antiabtreibungs-Mafia

Der Beratungsschein

Nachdem die radikalen Abtreibungsgegner das Ziel ihres bisherigen Arbeitsschwerpunkts, die Unterbindung von Abtreibungsfinanzierungen durch die Pflichtkrankenkassen, schon fast erreicht haben (das Sozialgericht hat einer entsprechenden Klage entsprochen, die gegenwärtige Krankenkassenregelung als verfassungswidrig verworfen, lediglich die endgültige Bestätigung durch das BVG steht noch aus), zeichnet sich nun ein neues Angriffsziel ab.

Die Wortführer der "Bewegung für das Leben", ein Zusammenschluß der reaktionärsten Initiativen von Abtreibungsgegnern (Anzettler der "Massenmord"-Diskussion, der Angriffe gegen die Odenwald-Klinik, des Krankenkassenurteils) widmeten die letzte Ausgabe ihres Organs "Christ und Zukunft" dem Schwerpunktthema "Katholische Beratungsstellen".

Daß sich diese Leute ausgerechnet die katholischen Beratungstellen auf's Korn genommen haben, erscheint auf den ersten Blick etwas verblüffend; immerhin bekämpfen wir die Zwangsberatung und insbesondere die Beratung durch kirchliche Beratungsstellen seit Einführung des jetzigen §218 als ein Mittel, mit dem schwangere Frauen unter Druck gesetzt und zum Austragen des Kindes überredet werden sollen; die Folge für die dennoch abtreibende Frau besteht in einer zusätzlichen psychischen und physischen Belastung. Über diese Beratungsstellen ist die Einflußnahme der klerikalen Abtreibungsgegner auf abtreibende Frauen gesetzlich institutionalisiert, vor allem in solchen Gegenden, wo andere Beratungsstellen fehlen. Es scheint, als hätten die Abtreibungsgegner selber die Sache bisher auch unter diesem Aspekt gesehen; nun ist ihnen aber aufgegangen, daß sie einen — in ihrem Sinne — entscheidenden Pferdefuß hat, daß nämlich die Funktion dieser Stellen nicht nur in der Zwangsberatung selbst, sondern in der Ausstellung des Beratungsscheins besteht, der praktisch den Empfang der Beratung durch die Frau quittiert und sie zu weiteren Schritten in Richtung Abtreibung berechtigt. Der Schein soll dokumentieren, daß die Frau in Kenntnis aller sonstigen Möglichkeiten, eventueller Schäden etc. handelt. Die Ausstellung des Scheins ist also — immerhin! — nicht gekoppelt an eine im Sinne der Abtreibungsgegner erfolgreiche Beratung; in diesem Fall würde sich die Ausstellung ohne-
ner erfolgreiche Beratung; in diesem Fall würde sich die Ausstellung ohne-
hin erübrigen.

Ziel der Argumentation von "Christ und Zukunft" ist es, die Ausstellung dieser Beratungsscheine zu verhindern und auf diese Weise den Frauen die Möglichkeit einer legalen Abtreibung zu erschweren; dazu werden einerseits die Beraterinnen unter Druck gesetzt, andererseits liberalere innerkirchliche Positionen zur Durchführung der Beratung angegriffen.

"Beratung, ja! Unterschreiben, nein!"

Neben das "abschreckende Beispiel" der "verbalen Anweisung einer Vorgesetzten an eine Beraterin": (*"Nicht zureden! (Die Abtreibung) Nicht ausreden! Nicht mit Gewalt überzeugen! Nicht überreden! (Und dies) auf der Grundlage, daß die Frau das Selbstbestimmungsrecht hat, das wir ihr nicht nehmen dürfen")* stellt "Christ und Zukunft" weitere Fälle aus dem "Beratungsalltag":

— den der Beraterin, die die Beratung einer Schwangeren ablehnt, weil sie keine Vollmacht für das Unterschreiben des Scheins besitzt;

— den des Beraters, der nicht eingestellt wurde, daß er es grundsätzlich ablehnte, den Schein zu unterschreiben;

— von Beraterinnen, die angeblich reihenweise unter der Gewissenslast der von ihnen unterzeichneten Scheine zusammenbrechen;

— von Beraterinnen, die, *"ohne den Schein auszustellen, sehr erfolgreich beraten"* würden.

Während an den ersten beiden Beispielen die an der gesetzlichen Verpflichtung orientierte Haltung von Beraterin bzw. Beratungsstellenleiter kritisiert wird und im dritten Fall angemerkt wird, es ginge nicht nur um das "zeitliche Wohl" der Beraterinnen, sondern um "ihr ewiges Heil", entspricht der letzte genau der Vorstellung dieser Herren, die da heißt: *"Beratung, ja! Unterschreiben, nein!"* Sie nehmen dafür sogar den Verlust der staatlichen Unterstützung der kirchlichen Beratungsstellen in Kauf. Es ist allerdings zu bezweifeln, daß sie die Forderung nach dem Verzicht auf diese Unterstützung ernst meinen. Die meisten Frauen, die eine Beratungsstelle aufsuchen, weil sie abtreiben wollen, tun dies ja gerade, weil sie den Beratungsschein für eine legale Abtreibung brauchen. Wäre von vornherein klar, daß sie bei den kirchlichen Beratungsstellen diesen Schein gar nicht bekommen können, würden sie auch nicht zur Beratung kommen. Zusammen mit der staatlichen Unterstützung entginge den Abtreibungsgegnern auch die Möglichkeit der Einflußnahme auf diese Frauen. Die Methode der "erfolgreichen Beraterinnen" ist insofern weitreichender: Die Frauen werden unter dem Vorwand, sie würden den Schein bekommen, in die Beratung gelockt, und dann, wenn die Überredung nicht geklappt hat, ohne Schein wieder weggeschickt, d.h. sie müssen die ganze Tortur umsonst über sich ergehen lassen.

Gottesgebot statt Selbstbestimmung

Die Mitarbeiter der "Bewegung für das Leben" halten im Gegensatz zu der oben zitierten Vorgesetzten "überreden" und "ausreden" als Beratung der Schwangeren für durchaus angebracht und teilen auch keineswegs ihre Ansicht, daß die Frau so etwas wie ein Selbstbestimmungsrecht habe. Wenn der Frau auch nur ein Rest von eigener Entscheidung zugestanden wird, besteht ja die Möglichkeit, daß sie sich *für* die Abtreibung entscheiden könnte. Insofern soll die Beratung also überhaupt *nur als Überredung* zugelassen werden.

"Liberalere" Positionen im katholischen Lager werden entsprechend kritisiert; so z.B. Moraltheologe Gründel, der zwar schreibt: *"Im Rahmen einer solchen Beratung muß alles getan werden, um die Schwangere zum Austragen des Kindes zu motivieren"* aber als Ziel der Beratung formuliert, dem (?) einzelnen Ratsuchenden sei *"zu einem eigenverantwortlichen Entscheid"* zu verhelfen. Auch in den "Richtlinien der Katholischen Beratungsstellen" ist noch von einer *"persönlich verantwortlichen Entscheidung"* der Schwangeren die Rede. Und Frau Buschmann, Leiterin für Familienhilfe im Deutschen Caritasverband, äußerte in einem Interview:

"Ich glaube, es geht zunächst einmal daurm, die Frau ganz ernst zu nehmen in ihrer Verfaßtheit, ... ihr das Bewußtsein zu vermitteln, eine freie Entscheidung zu treffen".

"Und ich muß ihr diesen Freiraum für eine freie Entscheidung ermöglichen. Ich werde ihr deshalb als Beraterin meine Entscheidung nicht aufdrängen, sie nicht zu einer Entscheidung drängen, die sie nicht will".

"Die Beraterin ist gehalten, alles zu tun, um der Frau eine Entscheidung zu ermöglichen, mit der sie auch später leben kann".

"Es kann sein, daß sie sich für den Schwangerschaftsabbruch entscheidet. Dann aber hat sie diese Entscheidung überlegt und ist nicht bei einem panikartigem Entschluß stehen geblieben, den sie ja gar nicht reflektiert hat". ("Herderkorrespondenz", Dez. 1980).Die Autoren von "Christ und Zukunft" lehnen den Begriff "der persönlich verantwortlichen Entscheidung" als doppeldeutig ab, und sie lehnen ihn erst recht ab, wenn er — wie hier — eindeutig eine solche Entscheidung für eine Abtreibung miteinschließt. Sie würden ihn lediglich in dem Sinn akzeptieren, *"daß eine Frau im Schwangerschaftskonflikt die Motive ihrer Tat durch das Beratungsgespräch erhellt und hernach sich durchringt, das Leben und die Gebote Gottes zu achten. Im Laufe dieser Konflikterhellung entscheidet sie dann, ihr Kind anzunehmen. Aus einer panikartigen Haltung wurde eine persönlich verantwortete Entscheidung für das Leben, während der Entschluß abzutreiben eine sittliche Untat bliebe".*

"Eindeutig kann man aussagen, daß weder die Heilige Schrift noch die Lehre der Katholischen Kirche den Begriff einer persönlich verantworteten freien Entscheidung kennt (...) Es gibt keine persönlich verantwortete Entscheidung gegenüber dem Bösen".

Es wird hier also gar nicht erst versucht, sich in irgend einer Weise als "vernünftig", "humanistisch" oder "demokratisch" darzustellen ganz im Sinn des im Selbstverständnis der "Bewegung für das Leben" umrissenen Grundsatzes, daß gegen die Abtreibung nicht "human", sondern "religiös-christlich" zu argumentieren sei. Man ist sich offenbar darüber im Klaren, auf der Ebene der "humanen Argumentation" die schlechteren Karten zu haben: *"Treten nicht gerade auch die Befürworter der Abtreibung ebenfalls mit 'humanen' Argumenten an, um ihr Tun menschlicher erscheinen zu lassen?"* In der weiteren Darstellung der Vorteile der "religiös-christlichen" Argumentation tritt die Lebensfeindlichkeit dieser Leute ganz deutlich zu Tage: *"Warum denn sollte ein Mensch zur Welt kommen, sein Leben leben und zur Erfüllung seiner Aufgaben nach besten Kräften beitragen, wenn er nicht eine ewige Bestimmung über den Tod hinaus hätte? — Wie sollte ohne den Glauben an Gott und ein Ewiges Leben begründet werden, daß auch ein Leben in Behinderung sinnerfüllt ist? — Wie sollte argumentiert werden, daß auch ein Leben in sozialer und ökonomischer Unsicherheit, ja auch ein Leben in bitterster Armut einen Sinn und Zweck erfüllt, der über das irdische Dasein hinausreicht? — Ein auf menschlicher Leistung aufgebauter Humanismus wird diesen Lebenssinn nie erklären können!".*

Ehrlicherweise hätte dieser Verein sich also "Bewegung für das Ewige Leben" nennen müssen; aber diese Leute argumentieren in der Öffentlichkeit (mit Jugendlichen, auf Kirchentagen, etc.) natürlich nicht auf dieser Ebene, sondern setzen dort sehr wohl an der humanistischen Einstellung der Gesprächspartner an. Als sie sich im "Jahr des Behinderten" besonders gegen die eugenische und medizinische Indikation wandten, (Stichwort: "Euthanasie") da haben sie natürlich tunlichst vermieden, zu erklären, daß sie das Leben eines/r Behinderten als solches für nicht sinnerfüllt halten. Die Behinderten"freundlichkeit" geht im übrigen so weit, daß selbst Fruchtwasseruntersuchungen abgelehnt werden, da diese das Ziel haben, einen kindlichen Schaden festzustellen und so ggf. eine Abtreibung zur Folge haben könnten. Bezeichnenderweise wird sich auf der oben dargestellten Ebene mit kirchlichen Funktionären auseinandergesetzt, deren Interpretationen Einfluß auf die innerkirchliche Praxis und Diskussion haben. Gemäßigte Positionen werden als *"Gerede von der ewigen Toleranz, die den Weg zur völligen sittlichen Libertinage signalisiert"*, und als *"Liberalismus (...), welcher durch Entethisierung die Gebote Gottes außer Kraft setzt, Gottes Zorn auf uns herniederzieht und uns ein strenges Gericht bereitet"*, gebrandmarkt. Das *"Wort von der persönlich verantworteten Entscheidung"* sei *"eine üble Täuschung und unverantwortliche Suggestion"*; es habe *"im Kampf gegen die Abtreibung im katholischen Raum die Klarheit zerstört, den schweren Unrechtsgehalt des Paragraphen vernebelt und den Widerstand gelähmt".*

Die Drohung mit "Gottes Zorn" und dem "strengen Gericht" entfaltet ihre volle Wirksamkeit allerdings erst gegen die Kleinen in der Hierarchie, die Beraterinnen.

"Mitschuld" der Beraterinnen

Der Auffassung, die Beraterin habe mit der Beratung alles ihr Mögliche zur Verhinderung des Schwangerschaftsabbruchs getan, alles Weitere sei Sache der Frau, hält "Christ und Zukunft" entgegen, daß die Unterschrift auf dem Abtreibungsschein Bestandteil der Abtreibung sei. *"Zwar bestimmt das Gesetz den Verantwortlichen, und eine Kausalkette vom Beratungsschein zum indizierenden Arzt kann streng nicht behauptet werden. Aber die Praxis (...) sieht eben anders aus und sie ist ausschlaggebend. Dazu kommt noch die*
sieht eben anders aus und sie ist ausschlaggebend. Dazu kommt noch die
allgemein übliche liberale Handhabung des Gesetzes im heutigen Staat. Aus diesen Gründen heraus muß man es verneinen, daß es sich nur um eine 'entferntere Mitwirkung' am Gesetz handelt. Es handelt sich in der Tat um eine 'nähere Mitwirkung' ". Das sei *"Mitwirkung an einem 'abscheulichen Verbrechen' (siehe Konzilstext)"*, das *"ob seiner atomaren Dimension von 40-60 Millionen Toten pro Jahr als das Menschheitsverbrechen unseres Jahrhunderts eingestuft werden muß. Es handelt sich hier also nicht um den kleinen Hausdiebstahl eines achtjährigen Mädchens, das der Mutter drei Stück Zucker geklaut hat".* Für die Beraterinnen bedeutet eine solche Diffamierung auf Grund ihrer Einstellung zur Kirche und zur Abtreibung einen enormen Druck; nicht zuletzt ist es für sie auch eine Drohung mit Hölle und Fegefeuer: *"Einen Beratungsschein zu unterschreiben, ist keine nur 'materielle Mitwirkung' an einem abscheulichen Verbrechen, sondern mehr. Aus den Zusammenhängen heraus ergibt sich eine wissentliche und wohl schwer schuldhafte Mitwirkung an einer bösen Tat gegen das Sittengesetz, gegen die Ordnung Gottes,, ja gegen Gott selbst (...)".*

Zwar schließt der Hauptartikel mit der Forderung nach dem Aufbau von Beratungsstellen, die unabhängig von Staat und §218 die Beratungsmethoden "an der unverrückbaren Norm Gottes aufrichten". Aus den oben genannten Gründen ist aber anzunehmen, daß diese Foderung lediglich den Rahmen für eine Diskussion (als Teil der auf dem Katholikentag 1982 angekündigten neuen "Offensive für das Leben") abgeben soll, deren eigentliches Ziel es ist, die katholischen Beraterinnen unter Druck zu setzen, keine Beratungsscheine mehr auszustellen; dadurch würden die Möglichkeiten von legalen Abtreibungen (und zwar nicht nur in bezug auf die soziale Indikation) in katholischen Gebieten noch mehr als bisher blockiert.

(Alle Zitate aus "Christ und Zukunft", 3/82)

Eine Hamburger Genossin



Die Abtreibungsgegner passen ihre Argumentation und ihr Agitationsmaterial auch an aktuelle Trends der alternativen Szene an; im Moment ist z.B. das Thema „Frieden" „in". (Das Bild zeigt einen Aufkleber der „Bewegung für das Leben".)



Buchbesprechung

»Wer nicht begehrt, lebt verkehrt«

Brigitte Heidebrecht, vielen schon bekannt mit ihrem kleinen Gedichtband "Lebenszeichen", hat eine Sammlung von Gedichten und Geschichten über Lust und Liebe herausgebracht. *"Der Gedanke, ein Buch zum Thema Lust und Liebe zu machen, kam mir in der Schreibegruppe, als wir immer wieder feststellten, daß dann, wenn's um Erotik ging, unsere Texte oft seltsam neblig wurden, wir haufenweise über Wörter stolperten oder ganz verstummten. An dieser Stelle war offensichtlich ein ziemlich weißer Fleck auf unserer sprachlichen Landkarte. Andererseits dachte ich: Wieso soll ich mich mit der fälligen sprachlichen Pionierarbeit alleine abmühen, wer weiß, was schon alles in den Schubladen liegt - ich wollte Sprachschätze heben und rief über Kleinanzeigen und Flugblätter die Alltagsschreiber/innen zum Textsammeln auf".* Herausgekommen sind 8 Kapitel über die Liebe in allen Schattierungen:

— "Ich hab dich schon im Kopf" (Kapitel von der Sehnsucht)

— "alles an dir vorbei" (Kapitel von der Verhinderung)

— "intim mit mir" (Kapitel vom sich-selber-lieben)

— "deine Stirn riecht nach Lieb..." (Kapitel von der gemeinsamen ...)

— "...und ganz besonders ... pitel über die Liebe)
— "...und ganz besonders ... pitel über die Liebe)

— "ich muß das anders klarkr..." (Kapitel von der Beziehungsscheiße)

— "in deinem Spiegel erkenne ich mich nicht wieder" (Kapitel über Frauen und Männer)

— "wenn es Herbst wird im Inneren" (Kapitel vom Abschied).

In vielen dieser Gedichte und Geschichten wird sich so manche(r) wiedererkennen können. Und viele Gefühle, Sehnsüchte, Verzweiflungen sind in den Gedichten hervorragend getroffen. Ich möchte dieses Bändchen ohne viel weitere Worte Euch ans Herz bzw. unters Kopfkissen legen, und damit Ihr ein bißchen eine Ahnung davon bekommt, hier ein paar "Kostproben":

Frühstück

müsli eier kaffeeduft
vivaldi
im bauch noch
ein wenig schmusewärme
und wir
erklären uns
warum wir natürlich
nichts
voneinander erwarten.

(Barbara Hufnagel)

nein.
male mein bild nicht in öl.
es reicht die flüchtige skizze
im wechselrahmen.
ich bin stets vorläufig
und meine leihfrist ist begrenzt.
und niemals
bin ich abrufbar
aus den schubladen
deiner erwartungen.

(Inge Wuthe)

"Wer nicht begehrt, lebt verkehrt" — ein Lesebuch über Lust und Liebe, zusammengesammelt von Brigitte Heidebrecht, Verlag Kleine Schritte, Brigitte Heidebrecht, Postfach 180129, 5300 Bonn 1, DM 10,-

a./Hamburg

Hamburger Neuwahlen: SPD-Rückkehr zur alten Politik

Die Überraschung ist gelungen: Ohne vorherige Ankündigung erklärte Bürgermeister Dohnanyi am 8.10.82 im NDR-Freitagsmagazin die Gespräche mit der GAL für gescheitert und kündigte einen SPD-Neuwahlantrag für den 19.12.82, kurz vor Weihnachten, an. Einen Tag vor dem zunächst letzten Verhandlungstermin mit der GAL handelte der Bürgermeister, ohne die GAL davon zu informieren, wie dies doch eigentlich unter „Partnern", die nach einer Einigung suchen, üblich sein sollte. Gefallen ist die Entscheidung nach Dohnanyis Rückkehr aus Bonn. Eine gelungene Kopie des Bonner Vorgehens von Helmut Schmidt, die zumindest vorübergehend für Verwirrung und Staunen sorgte und von der SPD benutzt wird, verlorenen Boden wiedergutzumachen.

Geglückte Dramaturgie

Helmut Schmidt, alles andere als ein Freund von Verhandlungen mit der GAL, gab am 2.10. seinen Hamburger Parteifreunden den Rat: *„Jetzt müßt ihr aber schnell Neuwahlen machen"* („Spiegel", 11.10.82), gesprochen aus Anlaß eines Fackelzuges der Hamburger SPD zu Ehren des gerade abgewählten Bundeskanzlers.

Einen Tag später, am 3.10., berieten Dohnanyi, der Parteivorsitzende König und die beiden Fraktionsvorsitzenden Voscherau und Runde darüber, wie die GAL in die Defensive zu drängen sei (Bericht der „Welt" vom 11.10.). Heraus kam der Auftrag, ein Positionspapier zu erarbeiten, das die sozialdemokratischen Positionen für die Verhandlungen festschreiben soll.

Am 6.10. wurde dieses Papier der Presse übergeben — drei Tage nach der Mitgliederversammlung der GAL vom 3.10., auf der diese in einer Zwischenbilanz der bisherigen Verhandlungen festgestellt hatte, daß die SPD nichts weiter mache, als *„auszuloten, ob eine Fortsetzung der bisherigen sozialdemokratischen Politik mit der GAL möglich ist"*. Damit, so die GAL-Entschließung, sei *„das Scheitern der Tolerierung des SPD-Minderheitssenats vorprogrammiert"*. Deutlich und nicht zu überlesen heißt es im Punkt 3 der Entschließung: ***„Die SPD wird von der GAL keine Zustimmung zu einem Haushalt erhalten, der z.B. Sparpolitik festschreibt, an der Hafenerweiterung festhält und keine wirksamen Beschäftigungsimpulse enthält. Eine Tolerierung durch die GAL auf kaltem Wege wird es nicht geben"***. Diese Passage ist auch in Presse und Rundfunk vom 4. und 5.10., mehrfach zitiert worden.

Dies festzustellen ist nicht ganz unwichtig, da Dohnanyi & Co. ihren gezielten Überraschungsschlag zum Abbruch der Verhandlungen gern als Akt besonderer staatsmännischer Entschlußkraft des Bürgermeisters darstellen, der — in Bonn weilend — am Vormitag des 8.10. Kenntnis von einer besonderer staatsmännischer Entschlußkraft des Bürgermeisters darstellen, der — in Bonn weilend — am Vormitag des 8.10. Kenntnis von einer GAL-Erklärung vom Vorabend erhält, in der es in Anknüpfung an die Entschließung der Mitgliederversammlung vom 3.10. erneut heißt: ***„Ein Haushalt für 1983, der auf ihren*** (der SPD — Anm. des Verf.) ***bisherigen politischen Positionen aufbauen will, wird aber keine Zustimmung von der GAL erhalten"***. Nichts Neues also.

Dennoch lassen Dohnanyi und die SPD die Version verbreiten, daß der Bürgermeister mit dieser Aussage nicht mehr leben konte, da es unverantwortbar sei, ohne Mehrheit für den Haushalt zu regieren. Deshalb habe er sich zum schnellen Schritt für Neuwahlen entschlosen. Daß dies bereits Wahltaktik ist und der GAL den „Schwarzen Peter" zuschieben soll, ist einsichtig. Daß dies aber munter beispielsweise von der Presse so verbreitet wird — obwohl verschiedentlich von der GAL darauf hingewiesen — ist erstaunlich ignorant. Das hat sich auch nicht geändert, obwohl bekannt ist, daß der Neuwahl-Termin 19.12. in der SPD bereits am 7.10. festgelegt wurde, also noch bevor die GAL eine Erklärung zum Dohnanyi-Papier abgegeben hatte (u.a. hat das „Hamburger Abendblatt" vom 8.10. den Termin bereits auf Seite eins genannt). Die Sachlage war mit der GAL-Entschließung vom 8.10. keineswegs verändert, die SPD hätte also schon nach der Entschließung der GAL-Mitgliederversammlung Schluß machen können mit haargenau den Argumenten, die jetzt herbeizitiert werden. Richtiger ist wohl: Sie wollte Zeit gewinnen, um die „Offensive" vorzubereiten, zu der das Dohnanyi-Papier, geschrieben in Kenntnis der Haushaltsablehnung durch die GAL, falls nicht endlich Kompromisse gemacht würden, ein wesentlicher Baustein sein sollte.

Ich halte es schlicht für eine Unterschätzung des Bürgermeisters und seines geschickten Umgangs mit der GAL, wenn jetzt vielfach die Mär umgeht, Dohnanyi hätte eigentlich ein wesentliches Stück weitergehen wollen, sein Papier sei daher ein Kompromißversuch gewesen, der ihm durch Hineinredigieren vermasselt worden sei.

SPD in der Offensive

Richtiger ist da eher die Einschätzung eines Kommentars in der „Welt", der feststellt: *„Dem Papier, das Dohnanyi jetzt vorlegte, merkt man übrigens an, wer im Senat Rückgrat gezeigt hat: Wirtschaftssenator Volker Lange und Innensenator Alfons Pawelczyk waren nicht bereit, auch nur einen Millimeter von der SPD-Linie abzuweichen"* (8.10.).

Oder anders ausgedrüpckt: Die Rechten in der SPD hatten sich endlich durchgesetzt mit ihrem Vorgehen: Keine Zugeständnisse an die GAL, lieber Neuwahlen. Entsprechend ist das Dohnanyi-Papier als das Gegenteil von Kompromißbereitschaft gegenüber der GAL zu bewerten; es grenzt deutlicher noch, als dies in der Taktik während der Verhandlungen der Fall war, die SPD-Positionen von den GAL-Positionen ab. Es war der sichtbare Auftakt zum entschlossenen Abbruch der Gespräche. Was da vielfach spekulativ als große Uneinigkeit gewertet wurde, weil das Papier Dohnanyis zwei Stunden später als geplant der Presse übergeben wurde, ist eher als ganz normaler Vorgang zu werten: Ein solches Papier, das die Startposition für den Neuwahlkampf beschreibt, in zwei Tagen zu erstellen und mit den wichtigen SPD-Führungsleuten zu vereinheitlichen und dabei geringfügig in Verzug zu geraten, ist nun wahrlich nicht sensationell.

Eher schon dürfte es Schwierigkeiten gegeben haben, dieses Papier im Sinne bekannter SPD-Demagogie zu wenden: Im wesentlichen die alten Positionen festzuklopfen und dennoch den Eindruck zu erwecken, es sei etwas völlig Neues. Das Stichwort heißt denn wenden: Im wesentlichen die alten Positionen festzuklopfen und dennoch den Eindruck zu erwecken, es sei etwas völlig Neues. Das Stichwort heißt denn auch: *„Reformpolitik für die 80er Jahre"*, unter diesem Titel wird Dohnanyis Papier in 100.000 Auflage in Hamburg verteilt. Und der Coup kann als geglückt gewertet werden. Die SPD ist in der Offensive; die Verunsicherung reicht bis in die Reihen der GAL-Anhängerschaft, ob man angesichts der Lage nicht doch mehr Zugeständnisse hätte machen müssen, ohne daß allerdings bislang jemand konkret ausformuliert, wo sie wie hätten aussehen können.

Dohnanyi und die SPD haben einerseits ihren Überraschungsschlag gut geplant, sie haben aber auch die letzte mögliche Gelegenheit dafür genutzt, denn nur wenige Tage später wäre ein Neuwahltermin noch in 1982 nicht mehr möglich gewesen. Durchgesetzt hat sich damit in der SPD die Bonn-Hessen-Linie der SPD-Rechten, die mit dem Bonner Mitleids-Bonus für Helmut Schmidt und dem hessischen Wahlerfolg ihre Position zu verbessern hoffen, eine Taktik, die die GAL noch in ihrer Entschließung vom 3.10. so beschrieb, *„daß die Hamburger SPD nach Hessen offensichtlich so siegestrunken ist, daß sie eine Neubestimmung ihrer Politik nicht für nötig hält und glaubt, entweder nach Börner-Manier die Grünen und Alternativen über den Haushalt erpressen zu können oder über Neuwahlen die alten, bequemen Mehrheiten zu erhalten"*.

Eine Differenzierung — in hie verkalkte SPD-Rechte, dort lernfähige und flexible Leute wie Dohnanyi — ist spätestens jetzt nicht mehr angebracht, da die SPD zur bekannten Geschlossenheit zurückgefunden hat und entschlossen ist, ihr Wahlergebnis u.a. auf Kosten der GAL erheblich zu verbessern. Und es ist Dohnanyi, der dabei den Kurs abgesteckt hat: Landauf, landab läßt er — ganz Landes v a t e r — keine Gelegenheit aus, um der GAL sympathische Züge zuzugestehen, ja, sogar erstaunliche Fachkenntnisse und eine erfrischende Unbekümmertheit. Die Verhandlungen mit der GAL werden auf einmal in den praktischen „Dialog mit der Jugend" umgemünzt (Dohnanyi am 14.10. im Bundestag). Nur politik- und veränderungsfähig sei sie nicht, so daß Stimmen für die GAL für *„Reformpolitik verlorengehen"* (Dohnanyi-Parole auf dem SPD-Sonderparteitag am 11.10.). Hier wird also in geradezu klassischer Weise das in den letzten Monaten verschüttete, seit dem Bonner Kanzlersturz aber wieder zu neuem Leben erwachter „kleinere Übel" mobilisiert. Nicht ohne Erfolg.

Stimmungs-Aufschwung für linkssozialdemokratische Integration

Man sollte es nicht der GAL und ihrer Politik anlasten, die ich im Grundsatz für richtig und fortzusetzen halte. Man muß es vielmehr der gesamtpolitischen Großwetterlage und dem geschickten Ausnutzen durch die SPD zuschreiben, daß sie nach langer Flaute wieder die Möglichkeit bekommt, Teile des Protestpotentials zu re-integrieren (wenngleich, das sei an dieser Stelle nicht zum erstenmal angemerkt, die GAL durch teilweise übertriebenes Taktieren und unangebrachte Zurückhaltung gegenüber den Zielen der SPD ungewollt den aktuellen Stimmungstrend mitbegünstigt hat).

Kurioserweise befinden sich ausgerechnet diejenigen im Aufwind, die am wenigsten zu einer realen Veränderung der politischen Verhältnisse während der GAL/SPD-Gespräche beigetragen haben: Die SPD-Linken innerhalb wie außerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Handlungs- und bewegungsunfähig bis hin zum totalen Desaster bei der Friedensdiskussion in der Hamburger Bürgerschaft (Ablehnung der GAL-Anträge u.a. „Atomwaffenfreie Zone Hamburg") melden sie sich jetzt lautstark zu Wort. Vorneweg Hans-Ulrich Klose, der am 7.10. in einem Interview in Springers „Hamburger Abendblatt" — also während der anlaufenden SPD-Offensive — den SPD-Rechten voll zur Seite sprang und sich an der Schuldzuweisung an die Adrese der GAL beteiligte, ohne ein einziges Mal die inhaltliche Substanz des Verhandelten zu bewerten. Höhepunkt seiner Demagogie ist der Vorwurf an die GAL, *„so zu tun, als könnten sie mit 7,7 Prozent der Wählerstimmen und sozialdemokratischen Linksstimmen den Kapitalismus abschaffen"*. Stattdessen macht er der SPD (und damit der rechten Linie) Mut, sich *„nicht zu verbiegen"* gegenüber der GAL. *„Dann würde ich mich lieber für eine sozialdemokratische Erneuerung aus eigener Kraft entschei-* Mut, sich *„nicht zu verbiegen"* gegenüber der GAL. *„Dann würde ich mich lieber für eine sozialdemokratische Erneuerung aus eigener Kraft entschei-* *den"*. Klose, der nichts zum Fortschritt der Gespräche getan hat, wirft sich zum zweiten Mal — wie schon in der Friedensdiskussion am 1. September — im negativen Sinn in die Bresche. Dagegen klopft er noch in der linken Zeitschrift „Konkret" vom Oktober große Sprüche. Dort bezweifelt er sogar eine Veränderungsfähigkeit der SPD in der Opposition und äußert Zweifel, *„ob Sozialdemokraten, die Macht haben, bereit sind umzudenken — aber ich bin auch nicht sicher, ob Sozialdemokraten, die keine Macht mehr haben, in der Lage sind, Umdenken in praktische Politik umzusetzen ... Eher könnte man an eine Veränderungswirkung von Katastrophen glauben — das kann ich aber nicht, weil es im Ansatz zynisch wäre"* („Konkret", 10/82).

Klose gibt auch das momentan von Immernoch-Sozialdemokraten gern aufgenommene Stichwort: *„Beide Seiten müssen zu ihrem Recht kommen, und da sind Kompromisse erforderlich"* („Hamburger Abendblatt", 7.10.). Damit wird den Eindruck gestärkt, es habe solche Kompromisse bereits gegeben und die GAL wollte sie nicht. Eine inhaltliche Bilanz von dieser Seite wäre da sicher sehr hilf- und aufschlußreich.

Dieses Strickmuster (*„Beide Seiten haben Fehler gemacht"*, SPD-Landesvorstandsmitglied Zuckerer in der „taz-Hamburg" vom 11.10.) durchzieht die linkssozialdemokratische Argumentation. Besonders hervor tut sich die linkssozialdemokratische orientierte Wochenzeitung „Hamburger Rundschau", die schon vor einiger Zeit Starthilfe für eine linkssozialdemokratische Unterschriftensammlung gegeben hat, in der „ausgewogen" an beide Seiten appelliert wird, *„daß SPD und GAL im Interesse ihrer Wähler g e z w u n g e n sind, sich zu verständigen"* (siehe auch AK 225, „GAL als Traumfabrik?"). Dieses von den Linken in der SPD seit Jahren bekannte Gezwungensein läuft darauf hinaus, die vielfach vorhandene Schuhputzerfunktion der Linken für die SPD-Rechte jetzt auch außerhalb als Hoffnung in die GAL zu verlagern. Da ist man denn schon mit Kleinkram zufrieden, da es (siehe Bonner Regierungswechsel) ja noch Schlimmeres gibt. Die „Hamburger Rundschau" bringt im Tenor am krassesten die enttäuschte Hoffnung dieser linken Sozialdemokraten zum Ausdruck. Symptomatisch dafür ein Kommentar, der ausgerechnet am strittigen Punkt der Hafenerweiterung feststellt: *„Seltsam: Beiden Seiten ist klar, daß die Frage erst frühestens Ende der achtziger Jahre akut wird, weil auf absehbare Zeit der Hafen, wie er jetzt ist, ausreicht. Und beide verhaken sich in einem Gesetz, das in fernen Jahren gelten soll. Als hätte es im Herbst 1982 in Hamburg nichts Wichtigeres gegeben"* (14.10.82).

Begleitet wird die „Beide Seiten"-Argumentation von den Versuchen, inerhalb der GAL in „Verhandlungswillige" und „Harte" zu differenzieren (so z.B. der SPD-Linke Bodo Schümann in der „Hamburger Rundschau", 14.10.), deren Rolle mit der der SPD-Rechten gleichgesetzt wird. Zumindest im Punkt der Kritik an den „Harten" in der GAL besteht dabei Einigkeit mit der von der gesamten SPD-Führung getragenen und sowohl von liberalen als auch rechten Journalisten unterstützten Sichtweise, daß es gute und schlechte GALlier gebe, wobei vorzugsweise Thomas Ebermann in den Topf der Schlechten gesteckt wird, weil er öffentlich für die Position des Nicht-in-die-SPD--Integrierbaren steht, was ja eigentlich, aus grün-alternativer Sicht, kein Makel sein dürfte.

Aus dieser Entwicklung lassen sich für mich drei Schlußfolgerungen ableiten:

1. Die Ideologie des „kleineren Übels" SPD sitzt tiefer als vielfach vermutet und übt Druck auf die GAL aus. Entsprechend muß einkalkuliert werden, daß es bei solchen Wählern der GAL Verluste geben kann. Das ist allerdings nicht zwangsläufig und sollte von der GAL mit verstärkten Bemühungen der Sachaufklärung über die Politik-Inhalte beantwortet werden.
2. Es gibt ein nicht-ausgeschöpftes grün-alternatives Wählerpotential bei den Protestwählern, aber auch bei enttäuschten linksliberalen Wählern, denen nahegebracht werden muß, daß inhaltliche Standhaftigkeit der GAL im Sinne langfristiger Veränderungen der politischen Landschaft lohnenswert ist. Diese Standhaftigkeit als positiv erkennen zu lassen, kann der GAL viele Punkte einbringen, denn immerhin haben viele ja gerade wegen der ständigen Diese Standhaftigkeit als positiv erkennen zu lassen, kann der GAL viele Punkte einbringen, denn immerhin haben viele ja gerade wegen der ständigen Enttäuschung über die Kluft zwischen Worten und Taten sich von den etablierten Parteien abgewendet.
3. Daraus darf nicht der Fehler erwachsen, Standhaftigkeit mit Fundamentalopposition zu verwechseln. Der von der GAL erprobte Ansatz, inhaltliche Positionen der Veränderung zu formulieren und machbar zu machen, also auch Kompromißfähigkeit zu zeigen, ist nicht deshalb gescheitert, weil die SPD dies verweigert hat. Dies hieße wirklich, Illusionen in die SPD haben und zu kurzatmig an politische Veränderungen herangehen. Gezeigt hat sich, daß Veränderungsdruck auf die SPD möglich ist. Gezeigt hat sich aber auch, daß der Druck noch nicht ausreichend ist, Veränderungen zu erzwingen. Also kann die Schlußfolgerung nur heißen: Daran arbeiten, daß der Druck erhöht wird, und das bedeutet für die GAL zum einen das Wahlziel: das 7,7%-Ergebnis zu stabilisieren, möglichst zu verbessern. Zum anderen: Keine Abkehr von der Tolerierungspolitik, sondern ihre Weiterentwicklung und Verfeinerung. D.h. Neubearbeitung des Tolerierungskatalogs auf Grundlage der gemachten Erfahrungen, wo sowohl Kriterien der inhaltlichen Substanz, als auch der Repräsentanz der Bewegungen, die die GAL tragen und die zu Recht auf Veränderungen drängen, berücksichtigt werden müssen.

Den linkssozialdemokratischen Zauderern muß deutlich gemacht werden, daß jeder Wahlerfolg der SPD zulasten der GAL keine Stärkung linker Politik bedeutet, sondern Förderung und Wiederaufschwung der SPD-Politik, die in den letzten Jahren praktiziert wurde. Die Integrationshoffnungen der SPD-Linken stehen in direktem Gegensatz zu ihrer politischen Bedeutungs- und Wirkungslosigkeit in der SPD, die nie so krass deutlich geworden ist, wie in der Zeit der GAL/SPD-Verhandlungen.

Zustimmung zum Neuwahlantrag der SPD?

Innerhalb der GAL ist es zu einer Kontroverse gekommen, die auf der Mitgliederversammlung am 22./23.10., einen Tag vor der Bürgerschaftsabstimmung über den SPD-Antrag auf Neuwahlen am 19.12. entschieden wird. Ein erheblicher Teil will dem SPD-Antrag zustimmen, da an Neuwahlen ja sowieso kein Weg mehr vorbeigeht und die GAL bei Ablehnung in einem ungünstigen Licht dastehen könnte: Daß sie Angst vor Neuwahlen habe und gemeinsame Front mit der CDU mache, die ihre Zustimmung zum Neuwahltermin mit der Forderung nach Rücktritt Dohnanyis und seines Senats gekoppelt hat.

Richtig ist daran, daß die Gegner der GAL eine Ablehnung des Neuwahltermins mit entsprechender Demagogie zu kommentieren versuchen, in der Hoffnung, daraus Kapital zu schlagen.

Doch ansonsten sprechen alle Argumente für Ablehnung, bzw. für meinen Vorschlag, eine entsprechende Erklärung der GAL abzugeben und sich demonstrativ nicht am Hamburger wahltaktischen Abstimmungsspektakel zu beteiligen.

Daß jetzt die SPD mit ihrem Überraschungsantrag das gleiche macht, was sie bislang allen Initiativen der CDU vorwarf: den Wähler zu entmündigen und zum Spielball der Wahltaktik zu machen, kann von der GAL nicht unterstützt werden. Bislang hat die SPD dieses ebenfalls mit Hinweis auf die Sondierungsgespräche (so der SPD-Terminus) mit der GAL abgelehnt. Gescheitert sind die Gespräche, weil die SPD trotz Wählerauftrag n i c h t bereit war,ihre Politik zu verändern. Wie anders sonst ist der fast 10-prozentige Verlust von Wählerstimmen und damit der absoluten Mehrheit der SPD zu deuten? — Die GAL hat daher allen Grund, ihre Positionen offensiv zu vertreten, daß „Neue Mehrheiten eine n e u e Politik erfordern", so der Titel des GAL-Bilanzierungsflugblatts.

Wahlen, die darauf abzielen, alte Verhältnisse wiederherzustellen, können weder im Sinne der GAL noch der vielen Wähler vom 6.Juni 1982 sein, die ja wohl nicht zufällig ihre Stimme so und nicht anders abgegeben haben. Die SPD macht aber, wie sie dies bislang der CDU vorwarf, die Wähler zum Spielball taktischer Augenblickserwägungen, die im wesentlichen der Demoskopie — also aktuell günstigen Voraussagen für die SPD — entliehen sind. Es gehört zur Glaubwürdigkeit der GAL, solche Mätzchen abzulehnen und sich nicht am Bürgermeister- und Mehrheiten-wechsel-dich-Spielchen sind. Es gehört zur Glaubwürdigkeit der GAL, solche Mätzchen abzulehnen und sich nicht am Bürgermeister- und Mehrheiten-wechsel-dich-Spielchen von SPD und CDU zu beteiligen. Wenn der GAL-Vorwurf, die SPD habe nichts weiter versucht, als Zustimmung zur alten, nicht mehr mehrheitsfähigen Politik zu bekommen, stimmt, dann muß dies auch in der Haltung zu Neuwahlen deutlich werden: Entweder, SPD, Du stellst Dich den politischen Realitäten und dann müssen Abstriche da gemacht werden, wo es die Verluste gab (z.B. bei Sparpolitik, Hafenerweiterung, Arbeitslosigkeit), oder man muß sich die Mehrheiten dort beschaffen, wo diese Politik Unterstützung findet, und das ist allemal bei der CDU.

Das soll nicht vermittelbar sein? Wo der Wähler für Augenblickserwägungen mobilisiert wird, kann die GAL nur sagen: Schon wieder wählen? Erstens Scheiße und zweitens teuer (mit ca. 7,5 Millionen DM etwa so teuer wie die Kürzung bei der Sozialhilfe in Hamburg 1982).

Ich habe in der GAL auf das Argument, die Gefahr der Nähe zur CDU erfordere die Zustimmung zum SPD-Antrag — auch um die Chancen für eine erneute Tolerierung nach der Wahl nicht zu verbauen — geantwortet, dies sei das vierte praktische Tolerierungsangebot an die SPD. Diesmal allerdings zu einem absehbaren Negativ-Preis und vor dem Hintergrund, daß die SPD auf „softe" Konfrontation á la Dohnanyi geht; seitens der GAL erfordere dies eine deutlichere Gangart.

Dreimal hat die GAL praktisch toleriert: Sie hat am 1. Juli den CDU-Rücktrittsantrag abgelehnt. Sie hat am 15. September dem Senat einen Deckungskredit bewilligt mit allen zweifelhaften Folgen (siehe dazu AK 225), sie hat am 29. September — also 1 0 T a g e vor dem SPD-Neuwahlantrag — mit der SPD gemeinsam ge-

Forts. nächste Seite

»Reformpolitik für die 80er Jahre« oder Des Kaisers neue Kleider

Im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern machen zwei gerissene Gauner dem offensichtlich vertrottelten Monarchen weis, sie hätten für ihn prachtvolle, kostbare Gewänder angefertigt. Dumme Menschen seien allerdings nicht fähig, die Prunk-Klamotten zu sehen. Da niemand als dumm gelten möchte, loben schließlich nicht bloß der Kaiser selbst, sondern auch seine sämtlichen Hofschranzen die wunderbaren Gewänder. Einem kleinen Kind bleibt es überlassen, mit der vorlauten Bemerkung "Aber der Kaiser hat ja nichts an!" als einziger dummer Mensch weit und breit dazustehen.

In dem modernen Märchen, das in der Hamburger Gegenwart spielt, hat sich der Kaiser das eingebildete Prachtkostüm selbst geschneidert. Tag und Nacht verbrachte er über der Arbeit, und als er fertig zu sein glaubte, nannte er sein Produkt **"einen beachtlichen Rahmen für die Reformpolitik in den 80er Jahren."** Des Kaisers Hofstaat kriegt sich vor Freude und Stolz gar nicht wieder ein: "Reformerische Kraft" "ein neuer reformerischer Schub", "Tatkraft", "Kompromißfähigkeit" und "zukunftsweisende Reformen" strahlen angeblich von des Kaisers neuen Kleidern aus. Aber wie in der alten Version des Märchens sind dumme, unreife, kompromißunwillige Menschen nicht fähig, diese kaiserlichen Prachtklamotten wahrzunehmen. Es fehlt auch nicht an besonders unreifen und dummen Menschen, die nicht vor dem öffentlichen Ausruf "Aber der Kaiser hat ja gar nichts an!" zurückschrecken.

Der Kaiser in dem modernen Märchen heißt Dohnanyi. Wie lange er noch regiert, weiß wirklich kein Mensch. Erst einmal hat die SPD in Hamburg die Verhandlungen mit der GAL einseitig und vorzeitig abgebrochen und steuert Neuwahlen bereits im Dezember an. Die SPD hofft auf eine absolute Mehrheit. Um das zu erreichen, sollen nicht bloß der CDU, sondern auch der GAL kräftig Stimmen abgenommen werden: *„Stimmen für die GAL sind Stimmen, die für die Reformpolitik verlorengehen"*, behauptet die SPD, und sie ruft den Wählerinnen
die GAL sind Stimmen, die für die Reformpolitik verlorengehen", behauptet die SPD, und sie ruft den Wählerinnen
und Wählern der GAL freundlich zu: **"Geben Sie uns Ihre Stimme wieder zurück. Sie ist bei uns besser aufgehoben. Wir werden sie für die richtige Reformpolitik in Hamburg einsetzen"**(Dohnanyi).

Das von Dohnanyi federführend ausgearbeitete und von der Parteispitze einmütig verabschiedete Papier namens **"Die Gespräche SPD/GAL aus der Sicht des Bürgermeisters"** soll hier in knapper Form vorgestellt werden. Unsere Darstellung folgt der Gliederung des Papiers. Das Originalmanuskript hat 33 Schreibmaschinenseiten und wird mittlerweile im Zeitungsformat von der SPD in Massenauflage verbreitet. Die GAL hat eine ebenso umfangreiche Darstellung der Gesprächsergebnisse aus i h r e r Sicht publiziert. Wer sich über unseren knappen Abriß des Dohnanyi-Papiers hinaus für die Details und für die Einzelforderungen der GAL interessiert, sollte sich unbedingt die Publikation der GAL besorgen.

1. Beschäftigungspolitik

Dieser Punkt gehört zu denjenigen, in denen noch am ehesten Andeutungen einer Annäherung zwischen SPD und GAL deutlich geworden sind. Wichtigster Einzelposten ist der Ausbau von ABM-Maßnahmen von ca. 20 Mio. DM 1982 auf ca. 100 Mio. im Jahr 1983 *("Beschäftigungseffekt mindestens 3000 Personen im Jahresdurchschnitt")*. Die GAL kritisiert jedoch, daß durch ABM (=Abeitsbeschaffungsmaßnahmen) keine dauerhaften und sicheren Arbeitsplätze geschaffen werden: *"...Wir sind wie der DGB gegen diese Variante von unsozialen, befristeten Arbeitsverträgen, in denen zukünftige Arbeitslosigkeit der Teilnehmer der ABM schon vorprogrammiert ist"*.

Die GAL kritisiert außerdem, daß die von der SPD als wichtige beschäftigungspolitische Maßnahme präsentierte Steigerung der Investitionen um 4,5% im Jahr 1983 noch unterhalb der Inflationsrate liegt, also nicht einmal eine reale Steigerung darstellt.

Der dritte wichtige Einzelposten der SPD ist die Zusage: *"Kein Sparen von Personalkosten in 1983 durch zusätzliche Stellenstreichungen..."*. Die GAL verweist auf das Wörtchen "zusätzlich" und erinnert daran, daß bis 1985 rund 5000 Stellen im Öffentlichen Dienst gestrichen werden sollen; für den Haushalt 1983 sei bereits die Streichung von 1000 Stellen eingeplant.

Einen **"Frontalangriff gegen die Arbeitslosgkeit"**, wie es in der offiziellen SPD-Sprachregelung selbstherrlich heißt, stellen die beschäftigungspolitischen Aussagen des Dohnanyi-Papiers jedenfalls mit Sicherheit nicht dar.

2. Umweltschutz

Auch in diesem Punkt waren kleine Zeichen einer Annäherung zu verzeichnen, soweit es die Elbsanierung angeht. Immerhin hat die Vergiftung der Elbe mittlerweile ein Niveau erreicht, das sogar die Junge Union in Blankenese gelegentlich zu demagogischen Tönen animiert. Daß an diesem Punkt eigentlich endlich eingegriffen werden müßte, ist verbal Konsens zwischen den Parteien. So betrachtet sind die k o n k r e t e n Ergebnisse im Dohnanyi-Papier eher mager.

Das Dohnanyi-Papier bekennt sich zum Ziel einer *"Null-Emission vor allem für Schwermetalle und chlorierte*
Das Dohnanyi-Papier bekennt sich zum Ziel einer *"Null-Emission vor allem für Schwermetalle und chlorierte*
Kohlenwasserstoffe". *"Unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit der Mittel und der beschäftigungspolitischen Konsequenzen"* soll dieses Ziel erreicht werden, was darauf hindeutet, daß man wie bisher mit dem Arbeitsplatz-Argument den Kapitalisten viel Spielraum lassen wird. Auch das Versprechen der SPD, *"grundsätzlich keine Erlaubnis für neue Einleitungen von Schwermetallen und chlorierten Kohlenwasserstoffen"* zu erteilen wird gleich wieder relativiert: *"Eine Ausnahme kann im Einzelfall nur unter beschäftigungspolitischen Erwägungen... erfolgen"*.

Versprochen wird ferner der *"Ausbau der vorhandenen und der geplanten Klärwerkkapazitäten"* und *"Keine Umgehung von Einleitungsverboten durch Verklappung oder Verbrennung bzw. Luftemission"*. Falls das sogenannte "kooperative Modell" (das auf der Freiwilligkeit der Kapitalisten beruht) in dem vereinbarten Zeitraum (1983) die angestrebten Ziele "nicht in ausreichendem Umfang" erreicht, soll Hamburg als Belastungsgebiet ausgewiesen werden. Versprochen wird die *"Veröffentlichung der Liste mit den Verpflichtungserklärungen der Firmen sowie des Emissionskatasters Luft"*.

Anzumerken ist, daß Bauten wie der Fernsehturm und das Polizeihochhaus mittlerweile als Steinschlag-Zone funktionieren, weil sich der Beton nicht mit dem hohen Anteil von Schwefelsäure in der Luft verträgt. Es kann also unterstellt werden, daß eine Eindämmung der Umweltzerstörung im Sinne der Funktion des Staates als "Reparaturbetrieb des Kapitalismus" (Klose) notwendig ist und insofern tatsächlich einige Maßnahmen beabsichtigt sind.

3. Energie

Verbal kommt das Dohnanyi-Papier der GAL entgegen: *"Bisherige Energieprognosen lagen regelmäßig zu hoch. Sie beruhten auf unrealistischen Wachstumserwartungen und auf einem überproportionalen Zuwachs des Energieverbrauchs. Eine überproportionale Zunahme des Energieverbrauchs ist aber weder notwendig noch wünschenswert"*. *"Mindestens e i n Umweltproblem der Kernenergie, die Entsorgung"*, sei *"in der Realität ungelöst"*.

In der S a c h e bleibt die SPD jedoch völlig stur: Atomenergie bleibt "u n e n tb e h r l i c h"; die vorhandenen Atomkraftwerke Stade und Brunsbüttel sowie das 1983 ans Netz gehende AKW Krümmel sollen "genutzt" werden. Lediglich aus Brokdorf wolle man langfristig "aussteigen", was praktisch aber auch bloß heißt, daß die Hamburger SPD vorerst den Weiterbau in Brokdorf unterstützt. Dazu schreibt die GAL: *"...Das AKW wird mit HEW-Beteiligung weitergebaut, je länger der Prozeß anhält, desto schwieriger wird es, die HEW juristisch zum Ausstieg zu zwingen, wie ein Rechtsgutachten, das der Senat unter dem alten Bürgermeister Klose in Auftrag gegeben hatte, bereits 1980 festgestellt hat"*.

Im Punkt Energie-Politik also ein Null-Angebot der SPD, das noch hinter das zur Amtszeit Kloses erreichte Niveau der Diskussion zurückfällt.

4. Hafenerweiterung

Die SPD hat langfristige und kostspielige Pläne für die Hafenerweiterung. Dieser Planung ist das Elbdorf Altenwerder bereits zum Opfer gefallen, die Entvölkerung und Zerstörung Moorburgs ist im Gange.

Die GAL bezweifelt die wirtschaftliche Notwendigkeit der Hafenerweiterung und fordert sofortigen Stop der Zerstörung des Gebiets südlich der Elbe. Die freiwerdenden erheblichen Finanzmittel sollen nutzbringender verwendet werden.

Auch in diesem Punkt blieb die SPD total stur. Sie legte lediglich einen bis zum Jahr 2000 reichenden Zeitplan vor, aus dem differenziert ersichtlich ist, wann was zerstört werden soll. Die paar schönen Jahre bis dahin dürfen die Bewohner Moorburgs nicht bloß in ihren Häusern wohnen bleiben, sondern sie dürfen sogar kleinere Umbauten vornehmen, *„wenn sichergestellt ist, daß hierdurch keine unvertretbaren zusätzlichen Entschädigungsansprüche entstehen'*. Denn schließlich soll ja alles bis späterstens 1995 möglichst kostengünstig abgerissen und einplaniert werden.

5. Wohnungsbau

5. Wohnungsbau

Die SPD sieht den Bau von 6000 Sozialwohnungen in 1983 vor, die GAL fordert 8000. Eine „zumutbare Erhöhung" der Sozialmieten wird von der SPD für „unausweichlich" gehalten.

Zur Forderung der GAL nach „Stop der Abrißpolitik" sagt das Dohnanyi-Papier aus, daß Altbauwohnungen erhalten werden sollen, *„soweit dies möglich ist"*. Konkret ist diese Aussage ebenso leer und wertlos wie das Versprechen: *„Demjenigen, der Wohnungen unbegründet leerstehen oder verfallen läßt, begegnet die SPD mit allen rechtlichen Mitteln"*. Wie das aussieht, haben die Behörden am Beispiel des Spekulanten Ruppert vorgeführt, der jahrelang eine ganze Straße lang die Häuser leerstehen ließ: Ihm wurden derart geringe Geldstrafen „aufgebrummt", daß er es vorzog, sich gar nicht darum zu kümmern. Inzwischen ist Ruppert verstorben. Daß er sich über die behördlichen Maßnahmen gegen ihn totgelacht haben soll, ist allerdings nur ein bösartiges Gerücht.

6. Bildung

Dies ist wiederum einer der Punkte, wo in den Gesprächen SPD - GAL „Annäherung" notiert wurde. Dazu heißt es im Dohnanyi-Papier: *„Die Bildungspolitik der vergangenen Jahre war strukturell auf mehr Chancengleichheit ausgerichtet. Diese Politik muß fortgesetzt werden ... Der Schwerpunkt Berufsbildung muß zukünftig weiter verstärkt werden"*. Als konkrete Maßnahmen werden genannt:

1. Die öffentlichen Betriebe sollen *„eine wesentlich höhere Quote an Auszubildenden"* übernehmen. Dem Drängen der GAL, k o n k r e t e Zahlen zu nennen (1000 Plätze mehr, eine Ausbildungsquote von 10%), gab die SPD nicht nach. Sie liebt es unverbindlicher.
2. Ein außerbetriebliches Ausbildungszentrum soll kurzfristig mit 400 Plätzen eingerichtet werden; abgelehnt wurde die GAL Forderung nach 1000 Plätzen.
3. Statt der von der GAL geforderten 7-10 autonomen außerbetrieblichen Ausbildungsstätten sollen 3-4 stadtteilbezogen unterstützt werden.
4. *„Die von der GAL geforderte schrittweise Auflösung von JOA-Klassen erfolgt wenn möglich bis 1985; 1983 soll die Zahl der JOA-Klassen etwa um die Hälfte reduziert werden"*. (JOA = Jugend ohne Ausbildung; es handelt sich, wie die GAL sagt, um reine „Aufbewahrungsklassen"). Die Auflösung der JOA-KLlassen soll zugunsten überbetrieblicher Werkstatteinrichtungen erfolgen.

7. Sozialbereich

Das Dohnanyi-Papier bekennt sich verbal dazu, daß Wirtschaftskrise und Umverteilung *„nicht zu Lasten der Arbeitnehmer und auch nicht zu Lasten der Schwachen beantwortet werden"* dürften.

Die meisten Einzelpunkte sind jedoch unkonkret. So wird z.B. ohne Angabe von Zahlen und Fristen angekündigt: *„Zahl der Altenheimplätze wird vermehrt. Verbesserungen des Bettenschlüssels geschieht"*, oder: *„Weitere Jugendzentren sind beabsichtigt. Verwirklichung aus SPD-Sicht nur schrittweise möglich"*. Praktisch ziemlich wertlos ist auch die Aussage: *„Der Ersatz baufälliger und der Bau zusätzlicher Kindertagesheime mit dem Ziel einer ausreichenden Zahl von Plätzen für den Hamburger Bedarf wird wesentlich größeres Gewicht bekommen"*. Tatsache ist, daß die SPD weit hinter den Beschlüsen herhinkt, die sie selbst in den Jahren gefaßt hat. Mit Zugeständnissen an die GAL hat das wenig zu tun und ob dabei jetzt mehr herauskommt als bei früheren gleichlautenden Wahlversprechen der SPD, ist völlig ungewiß.

Konkret verspricht das Dohnanyi-Papier eine überdurchschnittliche Steigerung des Sozialetats um 8,4% im Jahre 1983. Die GAL weist jedoch darauf hin, daß diese Erhöhung großenteils einfach darauf zurückzuführen ist, daß mit der Krise die Zahl von Sozialhilfeempfängern gestiegen ist.

8. Gesundheit

Neben einleitendem Eigenlob und unverbindlichen Versprechungen („....wir wollen auch zukünftig...") heißt es in dem Dohnanyi-Papier: „.... *Auf der anderen Seite müssen aus sozialdemokratischer Sicht die Einrichtungen auch kostengünstig geführt werden können*
anderen Seite müssen aus sozialdemokratischer Sicht die Einrichtungen auch kostengünstig geführt werden können
... Daher ist eine weitere Anpassung des Bettenbestandes an den sinkenden Bedarf erforderlich. Die Ziele dezentraler Gesundheitsversorgung einerseits und kostengünstiger Betriebsführungen andererseits können in Konflikt geraten. Hier bedarf es dann aus sozialdemokratischer Sicht abgewogener Entscheidungen, die am Interesse der Patienten ausgerichtet sein müssen und gleichermaßen den Kostengesichtspunkt nicht außer acht lassen". Hinter dem freundlichen Schnickschnack verbirgt sich die Ablehnung sämtlicher kontreter Forderungen der GAL und eine offene Tür für weitere Einsparungen und Schließungen auf dem Gesundheitssektor mit Hinweis auf den Kostenfaktor.

9. Frauen

Das Dohnanyi-Papier erkennt an, daß *„die Gleichberechtigung der Frau heute weder in der Gesellschaft, Familie noch Arbeitswelt wirklich erreicht"* ist. „Aufgabe der Politik" sei es, *„die Regelungen zu treffen und die Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Gleichberechtigung der Frau in unserer Gesellschaft gefördert werden kann."*

In der konkreten Ausführung bleibt die SPD jedoch wieder einmal unverbindlich. Zwar ist davon die Rede, „Vorhaben, die Frauen betreffen", einschließlich autonomer Frauenprojekte, „verstärkt" finanziel zu fördern. Der Forderung der GAL nach einem autonomen Frauen-Etat von 4 Mio. DM widerstand die SPD und verwies auf Klärung dieser Frage im Rahmen der zukünftigen Haushaltsberatungen. Außerdem enthält das Dohnanyi-Papier die vage Zusage: *„Möglichkeiten für die Verwendung von ABM-Mitteln für Frauenprojekte werden gesehen"*. An ABM-Stellen sind allerdings die Projekte laut GAL gar nicht interessiert, *„da über zeitlich befristete ABM-Stellen keine kontinuierliche Arbeit in Therapie und Beratung möglich ist"*.

Zugestimmt hat die SPD ohne große Debatten der Einrichtung eines Frauenausschusses in der Bürgerschaft. Man hat sogar eine GAL-Abgeordnete zur Ausschußvorsitzenden gemacht. Ist doch immerhin etwas, oder?

10. Recht und Demokratie

In diesem Bereich regiert Innensenator Pawelczyk, dem ein Parteibuch der CDU eigentlich sehr viel besser stehen würde. Pawelczyk ist Oberst a.D. der Bundeswehr und verwaltet sein Amt mit dementsprechenden Vorstellungen.

Hamburg hat nach Westberlin die größte „Polizeidichte" in der BRD; es ist ein Paradies für Neonazis, in dem nicht bloß die NPD, sondern sogar terroristische Nazi-Banden immer wieder mit massivem Polizeischutz für ihre Aufmärsche rechnen konnten.

Die „Hamburger Linie" (jedes besetzte Haus wird innerhalb weniger Stunden mit Gewalt geräumt) wird so konsequent praktiziert wie in kaum einer anderen Stadt der BRD. Den Gummiknüppel hält Pawelczyk immer noch für das wichtigste Hilfsmittel im Umgang mit aufmüpfigen Jugendlichen, im Abweisen und Abschieben asylsuchender Ausländer hält Hamburger eine Spitzenposition, und auch bei den Berufsverboten kann es sich einer Vorreiter-Rolle rühmen.

Angesichts all dieser Umstände mutet das Dohnanyi-Papier dem Publikum den sattsam bekannten SPD-Schnickschnack zu: Die Industriegesellschaften befinden sich in einem tiefgreifenden Wandel, das schafft erhebliche Spannungen, die SPD will Wandel gewaltlos durch Reformen vollziehen, Liberalität bleibt eine entscheidende Voraussetzung der demokratischen Stabilität, Liberalität setzt die Einhaltung von Recht und Gesetz voraus, das Gewaltmonopol des Staates ist unverzichtbar.

Konkret: Alles muß bleiben, wie es ist. Hausbesetzungen werden nicht geduldet. *„Wahrung und Ausbau der inneren Sicherheit haben hohen Rang. Die Polizei wird in Zukunft gut und zweckmäßig ausgerüstet werden"*, also weiterer Ausbau des Polizeiapparates. Die Berufsverbote sollen nicht abgeschafft werden — dies hatte die GAL gefordert — aber sie sollen *„auch zukünftig"* liberal gehandhabt werden.

11. Frieden und internationale Verpflichtungen

In unverbindlichen Worten bekennt das Papier sich gegen das Wettrüsten,
In unverbindlichen Worten bekennt das Papier sich gegen das Wettrüsten,
für konsequente Entspannungspolitik, für Interessenausgleich zwischen West- und Osteuropa, für konkrete Abrüstung. In der „Nachrüstungs"-Frage wird die offizielle NATO-Position unterstützt: Die Sowjetunion soll gefälligst nachgeben, damit die „Nachrüstung" überflüssig wird ... Und anderenfalls muß eben stationiert werden.

Essential der GAL für die Tolerierung eines SPD-Senats ist hingegen, daß Hamburgs Vertretung im Bundesrat sich gegen die „Nachrüstung" einsetzen soll.

Gar keinen Niederschlag im Dohnanyi-Papier finden die heftigen Auseinandersetzungen anläßlich des Antikriegstages (1.9.), als die SPD in der Bürgerschaft sämtliche friedenspolitischen Anträge der GAL gemeinsam mit der CDU niederstimmte — darunter auch der Antrag, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

Zu welchem Zynismus die SPD im übrigen fähig ist, zeigt die Aussage: *„Wir müssen die Staaten der Dritten Welt dazu bewegen, eine soziale Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben und von unsinnigen Waffenkäufen Abstand zu nehmen"*. Auf der anderen Seite verteidigt die SPD dann in der politischen Praxis die Waffenproduktion für den Export in die Dritte Welt (in erster Linie Kriegsschiffe) mit dem Arbeitsplatz-Argument.

Im Punkt 11 des Dohnanyi-Papiers ist auch die Politik gegenüber den Asylsuchenden untergebracht. Da ist von einer „großen historischen Verpflichtung" die Rede und daß *„unsere Stadt ... für alle politisch Verfolgten ein Ort der Zuflucht sein"* müsse. **„Aber wir können nur denjenigen helfen, die das Recht auf politisches Asyl haben".** Und das sind bekanntlich nur ganz wenige. Mindestens 85% der Asylsuchenden werden in Hamburg abgewiesen. Daß das *„zügig durchgeführt"* werden muß, liegt auf der Hand. Damit es noch etwas zügiger geht, sind die Mittel für beschleunigte Abschiebung von 825.000 Mark 1981 auf 2,28 Millionen Mark in 1982 nahezu verdreifacht worden.

Diese Reformpolitik für die 80er Jahre kann sich wirklich sehen lassen. Wer möchte, daß alles so bleibt, wie es ist, kann bei den anstehenden Neuwahlen gar nichts besseres tun, als die SPD zu wählen. Aber wer demokratische und soziale Reformen, überhaupt sozialdemokratische Politik im Sinne des Wortes will, der wird schon sein Kreuzl bei der GAL machen müssen.

Forts. v. voriger Seite

gen einen Neuwahlantrag der CDU gestimmt. Das alles hatte Sinn und war vertretbar vor dem Hintergrund laufender Gespräche. Jetzt allerdings der SPD zum viertenmal aus der Patsche zu helfen und ihre rein parteitaktischen Erwägungen auch noch per Stimmabgabe zu stützen, kann nicht ernsthaft glaubwürdige GAL-Politik sein. Ein solcher Kurs für SPD-Rechte darf nicht toleriert werden.

Zum Schluß, als Abgangsbonbon, noch ein Zitat des honorigen Bürgermeisters Dohnanyi, gefallen am 7.10.82 abends, ca. 20 Stunden vor der Entscheidung über Neuwahlen vor Bonner Journalisten:

„Er machte aber deutlich, daß er in Neuwahlen keine Lösung der politischen Pattsituation in Hamburg sieht. Durch einen neuen Wahlgang sei keine wesentliche Veränderung der Zusammensetzung der Hamburger Bürgerschaft zu erwarten, meinte der Bürgremeister". — Die Überraschung ist ihm gelungen.

Hr.

Hessen — neue Mehrheit, alte Politik?

Lang lebe Hessen. Das mag der Stoßseufzer gewesen sein, mit dem sich die Mehrheit dieses erstaunlichen Völkchens am späten Abend des 26. September der verdienten Nachtruhe zuwandte. Sie war ja schon fast perfekt, die christlich-liberale Wende zu Dregger/Gries in Wiesbaden und zu Kohl/Genscher in Bonn. Sie wurde für Hessen prophezeit, beschworen, herbeigeredet und -manipuliert oder für unvermeidlich gehalten. Alle Umfrageinstitute waren sich einig gewesen. Börner hatte seine Sachen schon gepackt. Ministerialbürokraten hatten ihr SPD-Parteibuch längst zurückgegeben und sich bei der anderen großen Partei vormerken lassen. Und das untrügliche S t i m m u n g s b a r o m e t e r „Pflasterstrand" hatte Dregger bereits vor einem halben Jahr als nächsten Ministerpräsidenten ausgemacht. Da sagt Hessen Nein. Die nicht. Anders schon als bisher, aber so nicht. Das Bundesland in der Mitte der BRD hat einen weiteren liebenswerten Zug offenbart: Es hat die dümmsten Politiker, aber die besten Wähler!

In Hessen wurde — das sollte nicht so schnell in Vergessenheit geraten — nicht nur ein neuer Landtag gewählt. Sondern die Wahl war gleichzeitig ein Plebiszit über den Machtwechsel in Bonn. Niemand soll sagen: Das behaupten jetzt diejenigen, denen das Ergebnis gut in den Kram paßt. Alle etablierten Parteien wollten ausdrücklich ein Votum der Wähler für B o n n . Und es macht auch Sinn, gerade aus der Hessenwahl den bundespolitischen Trend herauslesen zu wollen. Denn dieses Bundesland hat anders als Hamburg oder Bayern eine für die BRD-Bevölkerung typische, repräsentative Wähler-Zusammensetzung. So wie Hessen wählt, wählt auch die BRD,

Bevölkerung typische, repräsentative Wähler-Zusammensetzung. So wie Hessen wählt, wählt auch die BRD,

heißt die Faustregel. Genau wie Kohl und Dregger also eine Bestätigung für ihren „Neuanfang" haben wollten, der mit dem Mißtrauensvotum im Bundestag unmittelbar vor der Tür stand, für Mut, Zuversicht, Sittlichkeit, Moral und einen tiefen Griff in die Taschen der Werktätigen, so stellte die SPD ihren Wahlkampf von Anfang an ganz auf Schmidt ab, der dann ja auch, indem er das Ende der sozialliberalen Koalition beschleunigte, dafür sorgte, daß auch dem Letzten klar wurde, worüber am 26. September abgestimmt werden sollte.

Ganz besonders geht dieser Urnengang aber als ein Votum über die FDP und ihre Politik in die Geschichte ein. Dies war von der FDP selbst beabsichtigt gewesen — freilich nicht so, wie es dann kam. Wohl wissend, welchen Unmut ein weiteres Umfallen der Wackelpartei in Bonn auslösen würde, hatte die FDP versucht, die hessischen Wähler an der Nase herumzuführen. Während Genscher und Lambsdorff versuchten, bis zuletzt ihre wahren Ziele zu verschleiern, propagierte die hessische FDP munter: „Wir schaffen den Wechsel". Den Sozialliberalen versicherte sie, dies beziehe sich ‚nur' auf ihre Koalitionsaussage zugunsten der CDU in Hessen, und auch diese sei nur getroffen worden, um eine absolute Mehrheit Dreggers zu verhindern und um die SPD/FDP-Bundesregierung im Bundesrat „zu stützen". Den Rechten hingegen bot sie sich als Mehrheitsbeschaffer an. So sollte der „kleine" Wechsel über die Bühne gebracht werden, um für den großen, der längst geplant war, aber nicht offen zugegeben wurde, eine (Schein-)Legitimation zu bekommen. Diese Rechnung war ohne die SPD, vor allem aber ohne die Bürger gemacht worden.

Die FDP stürzte ab auf 3,1 % (vormals 6,6 %) und verlor mehr als die Hälfte ihrer Wähler. Vernichtender hätte das Urteil über den Wechsel kaum ausfallen können. Doch nicht die neuen Partner von der CDU profitierten (wie allgemein erwartet) vom Erdrutsch der Liberalen. Dregger verlor stattdessen 0,4 % und blieb mit 45,6 % weit von der absoluten Mehrheit entfernt. Daß die SPD nur 1,5 % Verluste hinnehmen mußte und mit 42,8 % (gegenüber 44,3 % in 1978) relativ stabil blieb, war für die Sozialdemokraten und besonders Dachlatten-Holger selber wohl die größte Überraschung und unterstreicht nochmals den bundespolitischen Charakter dieser Landtagswahl. Die SPD, wie sie nun einmal ist, wird dies auf dem Konto ihres rechten Flügels, Schmidt und Börner, verbuchen. Dennoch hat sich die politische Landschaft verändert. Die FDP wurde durch die Grünen ersetzt, die mit 8 % zwar nicht das erträumte zweistellige Ergebnis erzielten, aber dennoch bewiesen, daß sie auch in einer dramatisch zugespitzten politischen Situation sicher über die 5 %-Hürde segeln (1978 gab es 1,1 % für die GLH und 0,9 % für die GAZ).

Bevor wir uns also der hessischen Landespolitik zuwenden, bleibt festzuhalten: **Eindeutiger als in Hessen geschehen konnte das von der Bevölkerung abgefragte Votum über die Bonner Vorgänge nicht ausfallen.** Es ist ein klares Nein zum Rechtsrutsch. Es verweigert der CDU ebenso deutlich die absolute Mehrheit, wie es der FDP die parlamentarische Präsenz abspricht. Es setzt an die Stelle der bisherigen sozialliberalen eine neue numerische Mehrheit von SPD und Grünen. Bundespolitisch besagt das Hessenergebnis: Kohl soll nicht Kanzler, die Union nicht an der Regierung, und die FDP soll nicht mehr im Bundestag vertreten sein. Vom Standpunkt des Kapitals war es also mehr als logisch, daß am 27.9. prompt die Aktien fielen. Denn für Demokraten hätte es aus dieser Wahl nur eine Schlußfolgerung geben dürfen: Sofortige Neuwahl des Bundestages. Daß das Mißtrauensvotum fünf Tage später dennoch in Bonn über die Bühne gezogen wurde, spricht Bände über den Punkt, an dem die westdeutsche „Demokratie" angelangt ist.

Zum Abschneiden der Grünen

Die 8 % der Grünen waren das bisher beste Ergebnis, das diese Partei in einem Landtagswahlkampf (zumal in einem Flächenstaat) erringen konnte. Sie resultieren aus den überdurchschnittlichen Stimmenanteilen, die ihnen einerseits in den Städten, andererseits in

nem Flächenstaat) erringen konnte. Sie resultieren aus den überdurchschnittlichen Stimmenanteilen, die ihnen einerseits in den Städten, andererseits in

denjenigen Landkreisen zufielen, in denen es schwerwiegende ökologische Konflikte gibt. So liegt im Wahlkreis 10 der Standort für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage Hessen: 10,4 % für die Grünen. In der betroffenen Kommune Frankenberg waren es sogar 21,8 %. In vier ländlichen Wahlkreisen, aus denen sich der direkte Widerstand gegen die Startbahn West „speist", kamen sie über 10 %, im Landkreis Groß-Gerau durchschnittlich 15 %. In der Hochburg des Protests, Mörfelden-Walldorf, blieben sie mit 33,5 % knapp hinter der CDU (34,3 %). Hier bekam die SPD die Quittung: Von vormals 48,9 % (1978) hinunter auf 27,8 %!

Die Ergebnisse in den größeren hessischen Städten zeigen samt und sonders klare Stimmengewinne (bis zu 100 %!) im Vergleich zur letzten Kommunalwahl vor eineinhalb Jahren:

Frankfurt	11,3 %
Darmstadt	12,6 %
Marburg	14,0 %
Gießen	10,0 %
Kassel	8,7 %
Wiesbaden	8,4 %
Offenbach	9,1 %
Hanau	7,5 %

Die Grünen sind als politische Kraft aus Hessen nicht mehr wegzudenken. Sie haben ein Ergebnis erzielt, das in den Augen der gnadenlos bestraften FDP geradezu phantastisch aussehen muß. Eine euphorische Jubelstimmung gab es bei ihnen wie auch im linken Lager trotzdem nicht. Nach den 30 % oder sogar 40 %, die den Startbahngegnern selbst in bürgerlichen Meinungsumfragen bis zuletzt zugebilligt wurden, erwarteten viele ein zweistelliges Ergebnis für die Grünen. Unter dem Druck der Bonner Ereignisse haben also viele Bürger, die gegen den Ausbau des Fankfurter Flughafens sind, trotz Börner erneut SPD gewählt.

Es ist spekulativ und vielleicht sogar vermessen, zu behaupten, ein Wahlbündnis, das das gesamte Spektrum dieser großen Bürgerbewegung besser berücksichtigt hätte, hätte vielleicht noch besser abgeschnitten. In jedem Fall angebracht ist es jedoch, aus dem Verlauf des Wahlkampfes einige Lehren zu ziehen.

Mit der Absage an ein solches Wahlbündnis haben die Grünen gleichzeitig die politische Initative aus der Hand gegeben (ob das nun logisch auseinander folgt oder nicht). Insbesondere haben sie sich zu der Frage des Wechsels — in Wiesbaden u n d Bonn — im Großen und Ganzen passiv und desinteressiert gezeigt. Es wurde unterschätzt, welches Gewicht dieser gesamte Komplex für die Hessenwahl bekommen würde. Stattdessen waren die Grünen strikt darauf bedacht, nach außen eine Äquidistanz (gleichen Abstand) zu SPD und CDU zu halten. Zur FDP waren die Grünen der Ansicht: ‚Die zerstört sich selbst, dazu brauchen wir gar nichts zu sagen'. Tatsache ist jedoch, das es die SPD war, die (erfolgreich) dazu aufrief, die Liberalen in den Keller zu schicken, und daß es ihr gelang, den ganzen Unmut über die inszenierte Rechtswende für s i c h zu mobilisieren. Die Grünen wären in den letzten 10 Tagen vor dem 26. September nicht so überrascht und nicht so überfahren, ja sogar in eine Statistenrolle gedrängt worden, hätten sie nach dem Vorbild der GAL erklärt:

— **Jawohl wir streben „Hamburger Verhältnisse" an, um die Machtübernahme der Rechten zu verhindern, wir wollen eine SPD-Minderheitsregierung und werden sie tolerieren — freilich nicht zum Nulltarif, sondern unter klar definierten Bedingungen. Denn die alte Politik einfach fortzuführen, hieße ja, daß wir m i t h e l f e n, für Dregger, Kohl und Strauß wie bisher das Bett zu bereiten.**

So ging die Mobilisierung gegen rechts, die es ja gegeben hat, weitestgehend an den Grünen vorbei, und mensch kann sich gut vorstellen, wieviel Startbahngegner, wieviel kritische Gewerkschafter, aber auch wieviel Linke (!) unter diesen Umständen zum „kleineren Übel" zurückgekehrt sind. Dies aber ist eine alte Kritik, die seit langem von Alternativen, Demokratischen Sozialisten oder auch dem KB an den hessischen Grünen geübt wird. Bis jetzt scheint die alte Linie hartnäckig weiterverfolgt zu werden: Selbst nach der Wahl machten die Grünen ihr Gesprächsangebot „gleichermaßen an SPD und CDU" (in Hessen). Ernsthaft in Erwägung gezogen wurden natürlich nur Gespräche mit den Sozialdemokra-

SPD und CDU" (in Hessen). Ernsthaft in Erwägung gezogen wurden natürlich nur Gespräche mit den Sozialdemokra-

ten, und die CDU lehnte wie erwartet auch prompt ab. Nun kommen sich die grünen Politiker sogar klug dabei vor, ihren Wählern anschaulich „demonstriert" zu haben, daß es mit der CDU, selbst wenn man wollte, eben nicht geht. Umgekehrt unterschätzen sie aber die Wut vieler (sehr vieler!) Leute, wenn festgestellt wird, daß nun wieder eine „Wackelei" zwischen CDU und SPD stattfindet. Die Erinnerung an die FDP ist immerhin noch sehr wach...

Streit um die „neue Mehrheit"

Willy Brandt ließ einen Luftballon steigen, und die Linke ist für Wochen beschäftigt — so der neueste Stand aus Frankfurt. Die Unsicherheit der Grünen, sich auf das unerwartete Ergebnis einzustellen, nutzten die Spontis („Pflasterstrand") zu lärmender Kritik. Nun gelte es, Brandt beim Wort zu nehmen, sich von der grünen „Fundamentalopposition" abzuwenden und „realpolitisch" das Bündnis mit der SPD in Hesen zu schmieden. Leichtfertig hieß es: Wir stellen keinen Bedingungskatalog, sondern nur eine einzige Forderung: Keine Startbahn West. Dafür wird Börner dann mit den Stimmen der Grünen als Ministerpräsident gewählt. Kaum verlautete jedoch aus der SPD, die Startbahn stünde nicht zur Diskussion (nicht einmal das!), schalteten die Spontis wieder zurück. Nicht jetzt, sondern erst 1984 werde der „historische Kompromiß", das „Bündnis vom Facharbeiter bis zum Freak" möglich werden. Vielleicht...

Erstaunlich sind diese Sponti-Thesen vor allem, wenn man Cohn-Bendit vor acht bis zehn Wochen im kleinen Kreis der grünen Mitgliederversammlung gehört hat. Damals empfahl er noch für den Fall, das in Hessen „Hamburger Verhältnisse" eintreten, s o f o r t Neuwahlen zu fordern. Damit stünden die Grünen heute einträchtig an der Seite Dreggers und der FDP (ja — in Hessen soll natürlich neu gewählt werden; das ist etwas ganz anderes als Bonn). Begründung: SPD und Grüne könnten nicht zusammenarbeiten, wenn das im Wahlkampf vorher ausgeschlossen wurde. Diese Zusammenarbeit sei zwar anzustreben, die objektiven Voraussetzungen dazu jedoch erst 1990 vorhanden. Vielleicht...

Diese gesamte Debatte wird jedoch keineswegs unter dem Aspekt geführt, die Rechtsregierung in Bonn möglichst schnell wieder aus ihrem Amt zu entfernen und Neuwahlen zum Bundestag zu erzwingen (und zu gewinnen), um dem Spuk der Kohl/Zimmermann/Genscher möglichst rasch ein Ende zu bereiten. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es gerechtfertigt, alle möglichen Planspiele durchzuspielen und auch unkonventionelle Überlegungen anzustellen (schließlich soll in einem Jahr — und das sind nur noch 12 Monate! — stationiert werden). Doch die Beteiligten versichern sich lautstark (und nicht unbedingt glaubwürdig), darum gehe es ü b e r h a u p t nicht, vor nichts hätten sie so wenig Angst wie vor CDU und CSU. Stattdessen wird über eine Änderung der SPD-Politik spekuliert, noch bevor diese auch nur eine einzige Zusage gemacht hat. Die Debatte allein zeigt schon, wie die Leimrute wirkt, die Willy Brandt völlig unverbindlich ausgelegt hat. Seine schauspielerischen Fähigkeiten scheinen nur wenig an Wirkung verloren zu haben.

Einstweilen steht das Angebot der Grünen zu Gesprächen, daß von der SPD gewiß nicht ausgeschlagen werden wird. Freilich wird es nicht um „Verhandlungen" gehen — d.h. es wird ohne „konkrete Ziele" gesprochen werden, und Börner wird sich ebenfalls nicht beteiligen, da die Treffen auf „parlamentarischer Ebene" stattfinden. So wird das Problem, daß Börner mit den Grünen nicht an einem Tisch sitzen wollte, wie auch die Grünen die Dachlatte als Gesprächspartner ablehnten, parlamentarisch-professionell gelöst.

Die hessischen Grünen wollen ihren Kurs auf einer Landesversammlung Ende Oktober festlegen. Sie sind inzwischen immerhin bereit, sich ernsthaft mit den Hamburger Erfahrungen der GAL (die vorher mitunter als „reformistisch" geschmäht wurde) auseinanderzusetzen. Interessierte sind aufgefordert, konstruktiv an der Ausarbeitung der Politik im Landtag teilzunehmen. Hoffentlich kommt dabei mehr heraus als bei den Spekulationen über eine Veränderung der Sozialdemokratie. Denn solange wir glauben, daß sie sich ändert — und sei es auch in ferner Zukunft — wird sie sich nicht ändern. Sie muß ja nicht. Der Glaube allein hat ihr immer gereicht. Es kann also nur darum gehen, sie unter Druck zu setzen, wo immer es geht. Darum sollten sich wirklich „alle Interessierten" beteiligen.

de/Ffm

Zu den bayerischen Landtagswahlen

Vor dem Hintergrund weitgehend stabiler Stimmenzahlen von CSU (58,3; 1978: 59,1) und SPD (31,9; 1978: 31,4) und dem von allen erwarteten Fiasko der FDP (3,5; 1978: 6,2), haben die Grünen zwar ihren Stimmenanteil gegenüber 1978 um durchschnittlich 155 % steigern können, es gelang ihnen aber mit 4,6 % nicht, in den bayerischen Landtag einzuziehen.

Die besten Ergebnisse wurden in Großstädten und überwiegend städtischen Wahlkreisen erzielt. Von den fünf Wahlkreisen mit den besten grünen Ergebnissen liegen vier in München (Schwabing: 10,0 %, dann 8,9 %, 8,2 %, 7,2 %), der fünfte ist Erlangen-Stadt mit 7,2 %. Insgesamt übersprangen die Grünen in 35 von 105 Wahlkreisen die 5 %-Hürde, davon allein 13 mal in München (in sämtlichen Wahlkreisen). In 10 dieser (13) Wahlkreise erreichten die Grünen sogar 6 % und mehr. Über 6 % erreichten die Grünen auch noch in 2 (von 4) Nürnberger Wahlkreisen: 6,6 und 6,1 in Nürnberg Ost, bzw. Nord. In Dillingen waren es 6,5 %, in Lindau 6,4 % und 7 % in Würzburg-Stadt.

Den Grünen ist es nicht gelungen, an ökologischen Konfliktpunkten einen signifikanten Einbruch in traditionelles Wählerpotential zu erreichen. So lag der Stimmenanteil in Schwandorf (geplanter WAA-Standort) mit 6 % zwar höher als durchschnittlich sonst in ländlichen Gebieten, erreichte aber nicht annähernd Ergebnisse, wie sie beispielsweise in Hessen in entsprechenden Wahlkreisen bekamen. Noch ernüchternder waren die Ergebnisse in Kelheim mit 2,2 % (Rhein-Main-Donau-Kanal) und Freising mit 4,4 % (Flughafen München II).

Allerdings wäre eine Analyse vorschnell, nach der die Grünen die Wahlen auf dem Lande verloren hätten. In Hessen hat es ganz ähnliche strukturelle Unterschiede gegeben. Eher könnte man davon sprechen, daß es den Grünen nicht gelungen ist, diese Schwachstellen durch entsprechend hohe Ergebnisse in den Städten und Konflikt-Standorten auszugleichen. Wenn Klaus Wolschner in der TAZ den bayerischen Grünen vorwirft, sie seien zu wenig rechts aufgetreten („Berührungsängste gegenüber der katholischen Kirche" und den bayerischen Bauern, 12.10.), dann sagt das zwar viel über K.W.s politische Linie aus, kann sich aber auf keinerlei Fakten berufen. So zeigt z.B. ein Vergleich der 30 katholischsten Wahlkreise (über 80 % Katholiken) mit den 30 protestantischsten fast keinen Unterschied.

Im Kern hat es innerhalb der Grünen in Bayern bei der Erstellung des Wahlprogramms einen ähnlichen Streit gegeben, nämlich um die Frage, auf welches Wählerpotential abzuzielen sei: eher auf das CSU-Potential, was einen sehr „braven" Wahlkampf unter Ausklammerung aller „anstößigen" Punkte nahelegen würde, oder eben auf das Potential der Jung- und Protestwähler und der Wähler von SPD und FDP. Die letzte grüne Landesversammlung vor der Wahl hat denn auch eine Reihe dieser „anstößigen" Punkt gekippt, darunter eine klare antifaschistische Resolution, einen Programmpunkt zur Schwulenfrage und anderes mehr. Diese Orientierung, der sicherlich die Mehrheit der bayerischen grünen Kreisverbände gefolgt ist, hat es den Grünen besonders schwer gemacht, auf die sozialdemokratische Aufschwung-Stimmung nach dem Bonner Regierungswechsel zu reagieren und eine entsprechend scharfe Auseinandersetzung gerade mit der SPD zu führen.

Gruhl ist offenbar auch dem Irrtum aufgesessen, ausgerechnet im rechtesten Bundesland der BRD die besten Chancen zu haben, seiner ÖDP einen festen Platz neben den linksradikalen Grünen zu sichern. Das hat er dann als Spitzenkandidat mit einem entsprechend bodenständig-ökologischen und ausländerfeindlichen Wahlkampf versucht. Die erreichten 0,36 % liegen aber immer noch ein ganzes Stück unter den 0,6 % der NPD, die sich damit gegenüber ihrem Ergebnis von 1978 nicht verbessern konnte, und sind sicherlich keine besondere Ermutigung. Wenn jetzt bei einigen bayerischen Grünen der arithmetische Kurzschluß gezogen wird, ein Zusammengehen mit der Gruhl-ÖDP hätte u.U. die 5 % gebracht, ist das mit einem Blick auf gerade diesen Wahlkampf Gruhls leicht zu entkräften.

Bliebe noch anzumerken, daß die DKP die fast schon traditionelle Reduzierung ihrer Stimmen um die Hälfte diesmal nicht geschafft hat, sie fiel von 0,3 % auf 0,2 % zurück.

KB/Gruppe Nürnberg

Bremen: Neue Wege zur Gemeinsamkeit?

Die Debatte innerhalb der grün-alternativen Wahlbewegung Bremens um die Art einer Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen im Herbst 1983 ist bisher zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen. Gegen den übereiligen Beschluß des Bremer Landesverbandes der Grünen im Mai, mit einer „offenen Liste" unter dem Namen „Die Grünen" kandidieren zu wollen (s. AK 222), entwickelten die Alternative Liste (AL) und die Demokratischen Sozialisten (DS) den Vorschlag, über die gemeinsame inhaltliche Arbeit in Form eines „Kommunalpolitischen Kongresses für Bremen" die programmatischen Grundlagen für ein tragfähiges Wahlbündnis zu schaffen.

Auf einer nach dem Grünen-Beschluß einberufenen Vollversammlung der AL im Juni wurde zwar die verbreitete Kritik am Vorgehen der Grünen deutlich, doch konnte das die Vertreter der Grünen, insbesondere Peter Willers, zu keinem Überdenken ihrer Positionen veranlassen. Klare Konzepte für das weitere Vorgehen förderte die VV nicht zutage, sodaß es bei dem Beschluß blieb, nach der Sommerpause gemeinsam mit anderen Interessierten zu einer weiteren VV einzuladen.

„Grün '83"

Die Arbeitsgruppe „Grün '83" wurde von den Grünen eingerichtet, um dort alle Interessierten (also auch Nicht-Grüne) den Wahlkampf ihrer „offenen Liste" vorbereiten zu lassen. Nach fruchtlosen und äußerst allgemeinen Diskussionen um „Ökonomie und Ökologie" und „Friedenspolitik" mit jeweils ca. 65 Leuten (50% Grüne) wurden im August Arbeitsgruppen eingerichtet (u.a. Wirtschaft, Frieden, Demokratische Rechte). Einige AGs hatten in der Folgezeit regen Zulauf und bestehen z.T. gar nur aus Nicht-Grünen, doch haben sich längst nicht alle Interessierten an der Wahlfrage für die Mitarbeit entschieden, noch konnten allein über „Grün '83" alle wichtigen Arbeitsbereiche (Frauen, Ausländer, Sozialabbau) abgedeckt werden. So manches Initiativenmitglied wird sich schließlich überlegt haben, ob es in einer AG Inhalte erarbeitet, über deren Aufnahme ins Listenprogramm letztlich die Grünen alleine entscheiden wollen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gab es im August/September drei Veranstaltungen, deren Verlauf wir im Folgenden skizzieren und bewerten wollen.

wollen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gab es im August/September drei Veranstaltungen, deren Verlauf wir im Folgenden skizzieren und bewerten wollen.

Arbeiterlinke und Wahlen

Unter dem Thema „Arbeiterlinke und Wahldiskussion" hatten Betriebsleute aus dem DS-Spektrum eine Veranstaltung angeregt, die der Verständigung unter den Kollegen selbst dienen sollte, denn seit einiger Zeit wird in Kollegengruppen und unter Betriebsräten die Wahlfrage erörtert. Die Veranstaltung spiegelte das Interesse und die Diskussion im Betriebsbereich allerdings nicht wieder, da nur wenige dieser Kollegen gekommen waren; stattdessen diskutierten die Vertreter linker Gruppen über den Stellenwert der Arbeiterbewegung für ein Wahlbündnis.

Während die DKP-Vertreter die Arbeiterbewegung zum Dreh- und Angelpunkt einer Liste erklärten, konterten Sprecher der Grünen, der ISP und des KBW, es gebe keine Arbeiterbewegung, aber eine Ökologiebewegung — um dann die Frage des Bündnisses mit der DKP ins Zentrum der Debatte zu rücken und zwar nur auf der plattesten Ebene mit den Schlagworten Polen und Afghanistan.

An der DKP-Frage bissen sich fast alle Redner fest, mal für, mal gegen die Zusammenarbeit, und nur wenige äußerten sich zur Notwendigkeit einer gemeinsamen Liste von Arbeiterlinken, Grünen und Alternativen und einer gemeinsamen Auseinandersetzung um die Inhalte einer Liste. Sie wollen sich dafür einsetzen, diese Fragen im Betriebsbereich weiterzuentwickeln.

Ähnlich unfruchtbar verlief die Diskussion auf einer Veranstaltung der DKP mit immerhin knapp 300 Teilnehmer/innen. Die DKP fühlte sich ausgegrenzt, weil als Partei eigentlich niemand sie in einem Wahlbündnis haben will. Sie warf ihren Kritikern Antikommunismus vor. Wieder spitzte sich die Diskussion ganz schnell zu auf die Frage „mit oder ohne DKP", wieder gings um Polen und Afghanistan. Diese Veranstasltung hatte bestenfalls den Effekt, den eigenen Mitgliedern den „Antikommunismus" anderer Linker vorzuführen, um so später die Alleinkandidatur besser zu verkaufen. Wirkliche Anstrengungen für ein gemeinsames Wahlbündnis waren nicht zu erkennen.

Kommunalpolitischer Kongreß für Bremen

Für den 20. Sept. hatten AL und DS zu einer Veranstaltung mit Christian Schmidt (GAL) eingeladen, um unter Auswertung der Hamburger Erfahrungen zu beraten, wie das Zusammenführen von Grünen, betrieblichen Linken und Initiativen möglich sei. Mit dem Vorschlag, im Frühjahr 83 einen „Kommunalpolitischen Kongreß" durchzuführen, wurde versucht, eine Brücke zwischen den unterschiedlichen Strömungen zu schlagen. **Der Kommunalpolitische Kongreß sollte die maximale Beteiliung der Initiativen, der AGs von „Grün 83" ebenso davon unabhängiger Arbeitsgruppen bei der Erarbeitung eines Listenprogramms ermöglichen, um auf dieser Grundlage den weiteren Listenaufbau zu betreiben, ohne befürchten zu müssen, frühzeitig von einer der beteiligten Organisationen vereinnahmt zu werden!**

Doch trotz eines für die Bremer Situation interessanten Beitrags von Christian Schmidt, trotz der Anwesenheit von rund 350 Teilnehmenden, gelang es DKP und Grünen einmal mehr, der Veranstaltung den Stempel ihrer Konfrontation aufzudrücken und ein Klima zu produzieren, das viele Teilnehmer/innen von eigenen Beiträgen nur abschrecken konnte. Hauptargument der DKPler war der platte Verweis darauf, daß *„ohne die Arbeiterklasse nichts zu bewegen"* sei, ohne konkret zu benennen, wie denn Forderungen aus den Betrieben eingebracht werden könnten, während die Grünen selbst für so klare Forderungen wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur Spott (*„Scheiß-Arbeit"*) übrig hatten oder mit „Polen und Afghanistan" um sich warfen. Das Auftreten der DKPler vermittelte den Eindruck, als solle durch hilflose Kraftmeierei jeder Ansatz konkreter gemeinsamer Gesprä-

Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur Spott („Scheiß-Arbeit") übrig hatten oder mit „Polen und Afghanistan" um sich warfen. Das Auftreten der DKPler vermittelte den Eindruck, als solle durch hilflose Kraftmeierei jeder Ansatz konkreter gemeinsamer Gesprä-

che, der die Mitarbeiter der DKP fordern würde, gesprengt werden, wodurch zugleich den Grünen die billige Eintrittskarte verschafft wird, beim Unbehagen über die DKP anzusetzen und beim Verwerfen jeder bündnispolitischen Überlegung aufzuhören.

So blieb als Erfolg der Veranstaltung nur der Beschluß am Ende, den Vorschlag des Kongresses bei „Grün 83", in allen existierenden AGs und Initiativen zu beraten und auf dieser Grundlage am 2. November auf einer Vollversammlung über das Durchführen des Kongresses zu befinden.

Nachdem in ersten Presseberichten über den Vorschlag von AL und DS positiv berichtet worden war, preschten die Sprecher der Grünen, Jo Müller und Christine Bernbacher, mit einer Presseerklärung vor, in der sie kategorisch erklärten: *„Eine GAL wie in Hamburg oder Berlin wird es in Bremen nicht geben"*, weil *„die Konturen der alternativen Bewegung zu unklar seien, als daß sich darauf eine Zusammenarbeit aufbauen lasse"*. („Bremer Nachrichten", 23.9.).

Gerade diese Art der Vorwegnahme von Ergebnissen gemeinsamer Diskussion stellt das große Potential der Interessierten, die zu fast jeder Veranstaltung zum Thema kommen, vor die Aufgabe, sich nicht länger wie 1979 aus den Auseinandersetzungen herauszuhalten. Alleine wenn Bremens Basisinitiativen und die betriebliche Linke sich jetzt einmischen, für den Kommunalpolitischen Kongreß Partei ergreifen und für das Durchsetzen ihrer Forderungen arbeiten, kann vermieden werden, daß erneut nach der Wahl der Katzenjammer losbricht.

KB/Gruppe Bremen

Bielefeld: Parlamentarier als Hausbesetzer verurteilt

Wie bereits in AK 225 kurz berichtet, ist der Fraktionsvorsitzende der Bunten Liste Bielefeld, Reinhard Krämer, als Hausbesetzer verurteilt worden. Wir wollen uns hier ausführlicher mit der Hausbesetzung und dem Hintergrund des Prozesses beschäftigen.

1. Vorgeschichte der Hausbesetzung

Die Stadtsanierung in Bielefeld und der Bau einer Stadtautobahn spielt seit einigen Jahren für außerparlamentarische Initiativen eine herausragende Rolle. Auch die Bunte Liste hatte dieses Thema im Wahlkampf vornangestellt. Im Programm von 1979 stand daher die Forderung: Stop des Ostwestfalendamms (OWD) an der Wertherstr.; keine Verlängerung nach Süden oder Norden.

Der Einzug der Bunten Liste ins Rathaus hielt den Weiterbau des OWD zwar nicht auf, schuf aber die Gelegenheit, sich „konstruktive" Gedanken zum Weiterbau zu machen und diese in Form von Anträgen an den Rat der Stadt zu kleiden.

Im Programm war versprochen worden, man werde sich nicht auf die von den etablierten Parteien geschaffenen „Sachzwänge" einlassen.

Ganz im Geiste der „Realpolitik" beantragte die Bunte-Liste-Fraktion trotzdem im Dezember 1981, zu prüfen, ob der OWD nicht an der Stapenhorststr. (weiteres Teilstück) enden könne, oder ob er darüber hinaus 2-spurig statt 4-spurig geführt werden könne. Da der Antrag im Widerspruch zum Programm stand, wurde er fraktionsintern nur als besonders schlaue Taktik hingestellt: Die Bunte Liste stehe weiter hinter ihrer Programmforderung, aber den etablierten Parteien müsse eine Ablehnung von Anträgen erschwert werden. SPD, CDU und FDP konnten allerdings sehr gut mit dem Antrag fertig werden: ohne Diskussion lehnten sie ihn ab.

Als dann im April 82 der Abriß des Hauses Goldbach 30 drohte, um einem Brückenpfeiler des OWD Platz zu machen, wurde es am 16.4. von mehreren Initiativen und der Bunten-Liste- Ratsfraktion besetzt.

2. Die Forderungen der Hausbesetzer

Auch die Mehrheit der Hausbesetzer schloß sich dem nur „taktisch" gestell-

2. Die Forderungen der Hausbesetzer

Auch die Mehrheit der Hausbesetzer schloß sich dem nur „taktisch" gestell-

ten Antrag der Bunten Liste an und brachte ihn als Flugblatt heraus. Neben dem Ziel der Hausbesetzung zum Erhalt dieses Hauses wurde die Prüfung der „Alternative" eines 2- statt 4-spurigen Ausbaus gefordert (was die Inkaufnahme des Abrisses eingeschlossen hätte).

In einem Theatersketch nahm die Bielefelder „Tzonggruppe" im besetzten Haus diese Alternative" aufs Korn: in dem Sketch gibt,*„der Abgeordnete Herr Kleinkram gegenüber dem westdeutschen Stummfunk zu bedenken, daß dann ja wenigstens die Vorderfronten der Häuser stehenbleiben könnten, als echte Alternative zum Lärmschutzwall. Vom Rundfunkreporter auf die Prinzipienfestigkeit angesprochen, antwortet Herr Kleinkram: ‚Wir halten fest an unserem Grundsatz: kompromißlos Kompromisse schließen' "*

Die Hausbesetzer zeigten Verhandlungsbereitschaft gegenüber der Stadt, indem sie sich zur Beendigung der Besetzung verpflichteten, wenn die Stadt eine *„ernsthafte Diskussion über die beiden vorgeschlagenen Alternativen"* zusagen würde. Bunte-Liste- Fraktionschef Krämer ergänzte gegenüber der „Neuen Westfälischen" (NW) vom 17.4.: *„Das liegt ja auf der Hand, die Vorschläge zu prüfen, dann kann man immer noch sagen, das ist Quatsch!"*. Dieses Vorgehen und die Forderungen wurden u.a. damit begründet, daß eine Hausbesetzung unter der Forderung: „Stop dem OWD" zu sofortiger Räumung führen würde, während die Stadt über die „konstruktiven" Forderungen nicht einfach hinweghuschen könne, sondern die Besetzung erstmal hinnehmen müsse.

3. Reaktion der Stadt und der etablierten Parteien

Daß die Stadt weder die goldene Brücke von Reinhard Krämer benutzte, noch Schwierigkeiten mit den „konstruktiven" Forderungen hatte, zeigten die Äußerungen von SPD, CDU und FDP. DieSPD verwies darauf, daß die Prüfung von Alternativen vom Rat abgelehnt worden sei. *„Hier entsteht der Verdacht, daß die Bunte-Liste-Fraktion der Stadt mit Gewalt ihre Minderheitsmeinung aufzwingen will"* (NW, 20.4.82). Die Bunte Liste habe eine Grenze überschritten, die eine weitere Zusammenarbeit mit ihr unmöglich mache. Die FDP sah Gefahr für die Demokratie: *„Die Demokratie darf nicht erpreßbar werden. Für uns ist die Bunte Liste daher auch solange kein Gesprächspartner mehr, wie sie nicht bereit ist, unzweideutig auf den Boden elementarer demokratischer Spielregeln zurückzukehren"*. (NW, 20.4.82). Die CDU sah die Bunte Liste auf dem Weg zu einer kommunistischen Kadergruppe, die demokratische Mehrheitsentscheidungen weder toleriere noch respektiere.

Diesen Voten entsprechend stellte der Oberstadtdirektor am 20.4. Strafantrag gegen die Hausbesetzer wegen aller in Frage kommenden Delikte. Ihm schwebte dabei neben Hausfriedensbruch auch der Tatbestand Nötigung vor. Ein Gespräch zwischen ihm und Bunte-Liste-Fraktionschef Krämer sowie die von den Hausbesetzern beantragte Zwischennutzung „bis zum endgültig notwendigen Abrißtermin" (NW, 23.4.) konnten die polizeiliche Räumung des Hauses und den sofortigen Abriß nicht verhindern. Bei der Räumung wurden 208 Personen namentlich registriert.

4. Ziele der Strafverfolgung durch die Stadt

Wie sich schon aus den Äußerungen der etablierten Parteien entnehmen läßt, ging es beim Festhalten an den Strafanträgen darum, die „parlamentarischen Spielregeln" durchzusetzen. Die bisherigen Hausbesetzungen waren vorwiegend auf den Erhalt von Wohnraum wegen Eigenbedarf gerichtet, wo die Stadt mit Räumungsklagen reagierte. Bei dieser Besetzung handelt es sich um eine politische Demonstration, die sich in den Augen der etablierten Parteien eines Rechtsbruchs bediente, um Druck auf sie auszuüben. Außerdem beinhalte dieses Vorgehen eine Mißachtung der parlamentarischen Demokratie, und das auch noch unter maßgebli-

um eine politische Demonstration, die sich in den Augen der etablierten Parteien eines Rechtsbruchs bediente, um Druck auf sie auszuüben. Außerdem beinhalte dieses Vorgehen eine Mißachtung der parlamentarischen Demokratie, und das auch noch unter maßgebli-

cher Beteiligung eines Ratsmitgliedes. Lassen wir den Oberstadtdirektor selbst zu Wort kommen: *„Federführend bei den Besezern war der Fraktionsvorsitzende Krämer. Wenn wir es dulden, daß ein Ratsmitglied gegen Mehrheitsbeschlüsse zu Selbsthilfemaßnahmen greift, verlassen wir das Prinzip des Rechtsstaates."* (NW, 26.8.82).

Oder der Fraktionsvorsitzende der FDP, Schultz-Tornau: *„Dennoch: Da bei den Hausbesetzungen für mich die Klarheit der Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht der Kern ist und nicht, daß Strafe verhängt wird, wäre ich jederzeit bereit, mich für die Rücknahme der Strafanträge einzusetzen, allerdings unter einer Bedingung: Jeder, der Wert legt auf die Rücknahme des Strafantrags, müßte bereit sein, schriftlich und unmißverständlich sinngemäß zu erklären: ‚Ich halte nach wie vor an den politischen Zielen fest, die mich zu dieser Hausbesetzung veranlaßt haben und will auch weiter für sie eintreten. Ich sehe aber ein, daß die Besetzung eines Hauses Unrecht ist und bin bereit, mich in Zukunft an das Recht zu halten' "*. (WB, 17.8.82). Das wichtigste „Umweltproblem" der Stadt ist für ihn der *„Schutz der politischen Kultur"* (Ratsentscheidungen müssen geachtet werden) und der *„Schutz der Unverbrüchlichkeit des Rechts"*. Dies müsse im Prozeß gegen die Hausbesetzer geklärt werden.

Diese Stoßrichtung der Stadt vor Augen, ist es gar nicht verwunderlich, daß die erste Anklage sich gegen R. Krämer richtete. Mitangeklagte waren zwei weitere Sanierungsgegner, die durch ihre langjährige Initiativenarbeit nicht ganz unbekannt sind.

5. Der Prozeß

Die Anklage lautete auf Hausfriedensbruch und versuchte Nötigung. Die Staatsanwaltschaft konstruierte den Versuch der Nötigung aus der Tatsache, daß die Forderungen der Hausbesetzer bereits im Dezember 81 vom Rat abgelehnt worden waren und die Angeklagten daraufhin ein Haus besetzt hatten. Außerdem stützt sich der Vorwurf auf den folgenden Satz einer von R. Krämer unterzeichneten Presseerklärung: *„Wir erklären uns bereit, das Haus sofort zu räumen, wenn die Stadt verbindlich erklärt, daß das Kamphofviertel erhalten bleiben kann und wenn eine ernsthafte Diskussion über Alternativlösungen ab Stapenhorststr. begonnen wird"*. Dieses freundliche Angebot, das unter der Hand den Abriß des Hauses einschloß, war somit zur „versuchten Nötigung" geworden. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Anklagebegründung gegen Christian und Doro: Sie hatten die (erwähnte) Presseerklärung nicht mitunterschrieben, sondern lediglich einem Einladungsschreiben an die etablierten Parteien beigelegt. Die beiden waren auch nach der Häuserräumung durch die Polizei gar nicht registriert worden. Sie hatten nämlich, so erklärten sie im Prozeß, nicht an der Besetzung teilnehmen können, unterstützten aber die Ziele der Hausbesetzung; bei öffentlichen Veranstaltungen seien sie auch im besetzten Haus gewesen. Das reichte der Staatsanwaltschaft, um die Klage wegen Hausfriedensbruchs aufrechtzuerhalten.

6. Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Rechtsstaat auf dem Prüfstand

Entsprechend dem Ziel der Etablierten wurden alle Beweisanträge der Verteidigung, die Sanierungspolitik der Stadt als Hintergrund für die Hausbesetzung heranzuziehen, abgelehnt: dies sei „unerheblich". Bedeutend war für Staatsanwalt und Richter vor allem, wie R. Krämer zum Rechtsstaat und zur parlamentarischen Demokratie stünde.

Nach seinen Ausführungen über den „Hausfrieden leerer Häuser", den es nicht gebe und der daher auch nicht gebrochen werden könne, stellte Krämer fest, daß 1. alle Hausbesetzer davon ausgegangen seien, ihr Tun sei kein Rechtsbruch; 2. alle Hausbesetzer ein hohes Rechtsbewußtsein hätten, denn sie hätten alles vermieden, was ein Rechtsbruch sein könnte: von der Sachbeschädigung bis zum Widerstand bei der Räumung. Selbstverständlich

ausgegangen seien, ihr Tun sei kein Rechtsbruch; 2. alle Hausbesetzer ein hohes Rechtsbewußtsein hätten, denn sie hätten alles vermieden, was ein Rechtsbruch sein könnte: von der Sachbeschädigung bis zum Widerstand bei der Räumung. Selbstverständlich

achte er, R. Krämer, prinzipiell demokratische Mehrheitsbeschlüsse des Rates. Der Rat habe aber gar keinen Abrißtermin festgelegt; das Haus hätte noch ein halbes Jahr stehen bleiben können, und darum sei es ihm gegangen. Sein Verhältnis zur parlamentarischen Demokrarie zeige sich auch daran, daß doch erst der Antrag auf Prüfung von Alternativen im Rat gestellt worden sei. Erst als sich herausstellte, daß die Diskussion im Parlament nicht möglich war (weil CDU, SPD und FDP sich so undemokratisch verhielten), habe er den außerparlamentarischn Weg beschritten.

Nachdem der Staatsanwalt für ihn 3 Monate Freiheitsstrafe (auf 3 Jahre Bewährung) gefordert hatte, warnte Krämer das Gericht eindringlich vor den Folgen eines solchen Urteils: Es würde dazu beitragen, daß noch mehr junge Menschen das Vertrauen in den Staat verlieren und zu unfriedlichen Mitteln greifen würden. Es ginge ihm nicht um seine Person, ihn selber würde so ein Urteil nicht dazu verleiten, zu unfriedlichen Mitteln zu greifen. Durch die Forderung des Statsanwalts werde „unser Rechtssystem" ausgehöhlt. Das Gericht schloß sich im Prinzip den Ausführungen des Staatsanwalts an, machte aber keinen Unterschied zwischen R. Krämer und den Mitangeklagten. Alle drei wurden des Hausfriedensbruchs und der versuchten Nötigung für schuldig befunden. Das Gericht legte Geldstrafen von 1000 bis 2000 DM fest /d.h. 50 Tagessätze); diese Strafen werden erst bei erneuter Straffälligkeit fällig. Das nennt sich *„Verwarnungsurteil unter Vorbehalt"*. Die Frist beträgt ein Jahr. Sowohl R. Krämer als auch der Staatsanwalt legten Berufung gegen das Urteil ein.

Wahlbündnis oder »grün-offene« Liste

Stellungnahmen zum Eingreifen der Linken in die Bundestagsneuwahlen

Grüne

Der Bundesvorstand der Grünen Partei, unter Hinzuziehung von Vertretern aus den Bundesländern, tagte am 26.9., um seine Haltung festzulegen. Beschlossen wurde erwartungsgemäß eine grüne Alleinkandidatur zu den Bundestagswahlen. Diese Alleinkandidatur soll in Gestalt einer ‚offenen Liste' präsentiert werden. Das heißt, die Grünen behalten es sich vor, ihre Liste mit zugkräftigen Kandidaten aus Bürgerinitiativen, Basisbewegungen usw. zu dekorieren. Wie das im Konkreten aussehen wird, werden die Landesverbände der Grünen autonom entscheiden.

Bei den Diskussionen am 26.9. wurde deutlich, daß maßlose Selbstüberschätzung und Arroganz gegenüber anderen, vor allem sozialistischen Gruppierungen die vorherrschende Tendenz zumindest in der Parteispitze der Grünen ist. Die Vertreter des Hamburger Landesverbandes, die ihre Parteifreunde auf den harten Boden der Wirklichkeit zurückzuholen versuchten und die für einen partnerschaftlichen Umgang mit anderen Gruppierungen plädierten, standen ziemlich allein auf weiter Flur, lediglich teilweise unterstützt von den Vertretern der AL Westberlin.

Abgesehen von Hamburg wird es vermutlich in den übrigen Landesverbänden der Grünen Partei keine wirklich offenen Listen geben, auf die beispielsweise von kommunalen Wahlbündnissen oder sozialistischen Gruppen Einfluß genommen werden könnte. Vor allem über die Demokratischen Sozialisten (DS) wurde in übelster Weise hergezogen.

Alternative Listen

Im September hat **Alexander Schubart** („Aschu") ein Papier mit seinen Vorstellungen über ein bundesweites grün-alternatives Wahlbündnis verschickt: an die AL Westberlin, die GAL Hamburg, den Bundesvorstand der Grünen und den Bundeskoordinierungsausschuß der Demokratischen Sozialisten (DS). Aschu befürwortet darin „*ein geschlossenes Auftreten derjenigen (grünen, alternativen und linken) Kräfte, die sich unter einer politischen Plattform zusammenfassen lassen*".

Diese Wahlplattform müsse mindestens folgende vier Punkte enthalten: 1. „*Aussagen, wer wir sind und was wir wollen*"; 2. „*Unser Politikverständnis, das sich radikal vom herrschenden Politik-Verständnis unterscheidet*"; 3. als inhaltliche Schwerpunktthemen „*a. Ökologie, b. Frieden, c. Kampf der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Misere, d. radikaldemokratische Positionen*" 4. „*Unsere unmittelbaren Wahlziele...: Hamburger Verhältnisse bundesweit herstellen*"; „*Die SPD vor die Zerreißprobe stellen: entweder eine große Koalition mit Kohl und Strauß einzugehen oder einen neuen Anfang durch eine Zusammenarbeit mit der Grün-Alternativen Liste zu machen*"; zu diesem Zweck müsse die Liste ihre Bereitschaft erklären, „*einen uns genehmen Kanzler einer SPD-Minderheitsregierung mitzuwählen und diese Minderheitsregierung zu tolerieren*" - „rechtsverbindliche Vereinbarungen" über einen noch zu formulierenden „Tolerierungskatalog" vorausgesetzt.

Die „**Initiative für eine Alternative Liste in Hessen**" hat inzwischen einen weitgehend auf Aschus Überlegungen beruhenden Aufruf zur Gründung einer Alternativen Liste in Hessen veröffentlicht. Der Gründungskongreß soll am 6. und 7. November in Frankfurt stattfinden. Die Liste soll die „*hessische Landesorganisation einer bundesweiten Alternativen Liste sein, die ihrerseits die Fähigkeit besitzt, zu Bundestagswahlen in allen Bundesländern zu kandidieren*".

Die AG Bundestagswahlen der **Alternativen Liste Westberlin** hat sich demgegenüber mehrheitlich mit dem Alleinvertretungsanspruch der Grünen abgefunden. Über den der AL durch den grünen Bundesvorstand zugestandenen Sitz in der Programmkommission soll inhaltlich auf die zentralen Wahlkampfthemen Frieden, Ökologie, Wirtschaft/Soziales und „politische Kultur" Einfluß genommen werden.

Die VV der Bunten Liste Köln hat am 12.10. einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie die „Intention" sowohl des Briefes von A. Schubart wie auch die Stellungnahme der Hamburger Grünen unterstützt. „*Statt einer Scheinöffnung mittels des Konzepts der ‚offenen Listen" sollten die GRÜNEN die Initiative für ein bundesweites gleichberechtigtes Wahlbündnis a la GAL-Hamburg zwischen den GRÜNEN, alternativen Listen, den verschiedenen sozialen Bewegungen u.a. ergreifen*".

Am 2. Oktober hat in Hannover ein **Treffen von Mitgliedern bzw. Vertretern alternativer Listen und linker Organisationen** stattgefunden. Teilgenommen haben die **AL Hamburg, AL Bremen, GABL Hannover, Basisgruppen Uni Hannover, AL-Initiative Hessen, verschiedene DS-Gruppen und „Revier"**. In einem Aufruf zu einem „Treffen alternativer, sozialistischer und anderer Kräfte" am 30.10. in Hannover wird der Beschluß des Bundesvorstands der Grünen vom 26.9. kritisiert: „*Der Beschluß...ist insbesondere dadurch unbefriedigend, weil er eine ausdrückliche Aufforderung an alternative und sozialistische Kräfte vermissen läßt, sich gleichberechtigt und aktiv an einer Kandidatur zu beteiligen*". Andererseits wird konstatiert: „*Eine bundesweite GAL-Lösung scheint uns angesichts des fehlenden Vernetzungszustandes sowie des organisatorischen Zustandes der alternativen Wahlbewegung insbesondere unter dem Eindruck möglicher frühzeitiger Neuwahlen noch nicht realistisch, zumal die Härte der Ablehnng bei Teilen der Grünen eine zusätzliche Hürde darstellt. Es wäre daher falsch, diese Frage zum Hauptauseinandersetzungspunkt in den anlaufenden Diskussionen zu machen*". Auf dem Treffen am 30.10. sollen folgende Punkte im Mittelpunkt stehen: „*1. Einigung über die Stoßrichtung einer möglichen gemeinsamen Kandidatur aller Teile der Wahlbewegung in folgenden Punkten: Frieden, Wirtschaft/ Ökologie, Sozialfrage, Demokratisierung, Frauen, politische Kultur (Basisdemokratie), Gewaltfrage, Ausländer. 2. Im Zuge einer breit angelegten Debatte über diese politischen Ziele sowie bei der personellen und organisatorischen Vorbereitung einer Kandidatur, müssen möglichst viele Gruppierungen und Einzelinitiativen einbezogen werden und aktive Gestaltungsmöglichkeiten haben.*"

„Sonderfall" Hamburg

Aus Hamburg durften noch vor wenigen Wochen deutliche Impulse in Richtung auf ein bundesweites grün-alternatives Wahlbündnis erwartet werden. Die GAL stand mit ihrer Politik gegenüber der SPD in der gesamten alternativen Wahlbewegung im Zentrum des Interesses; Vertreter der für die Politik der Hamburger Grünen immer noch maßgeblichen **Gruppe Z** äußerten öffentlich ihre Sympathie für eine bundesweite GAL (vgl. das Interview von Willi K. Goltermann mit Thomas „Langer" Ebermann in der MoZ 7/8 82). In einer im September von den **Hamburger Grünen** als „erstes Meinungsbild" verabschiedeten Resolution findet sich immerhin noch ein - allerdings sehr allgemein gehaltener - Appell, „*daß die Grünen auf eine von ihnen allein bestimmte Kandidatur verzichten*". Inzwischen haben die Z-Grünen deutlich gemacht, daß sie eine „grün-offene" Liste für das maximal Erreichbare halten; wobei - laut Protokoll der Bundeskoordination der Demokratischen Sozialisten vom 9./10.10. - Thomas Ebermann gegenüber der von den DS eingesetzten Sondierungskommission die Einschätzung vertreten hat, „daß es nicht-grüne Kandidaten schwer haben werden, auf eine solche Liste zu kommen".

Der **Geschäftsführende Ausschuß der AL** hat in einem Antrag an die GAL-Mitgliederversammlung die gleiche Orientierung vertreten wie Alexander Schubart: „*Die GAL-Hamburg setzt sich angesichts der vorgezogenen Neuwahlen dafür ein, daß es auf Bundesebene zu einer gemeinsamen Kandidatur jener oppositionellen Basisbewegungen und politischen Kräfte kommt, die auf Hamburger Ebene zu einem beachtlichen Erfolg der GAL geführt haben*". Im Gegensatz zu den Hamburger Grünen, die schon vorab die Unterstützung einer grün-offenen Liste durch die GAL beschließen lassen wollten, dürfte es innerhalb der AL Konsens sein, daß „*es sich die GAL nicht erlauben (kann), um jeden Preis an einer Bundestagskandidatur teilzunehmen*". Im Anschluß an diese Formulierung aus dem Antrag eines AL-Mitgliedes an den Delegiertenrat hieß es weiter: „*Voraussetzung für eine Beteiligung und Unterstützung muß sein, daß kein Bündnispartner dem anderen ideologische Doktrinen aufzuzwingen versucht (auch nicht die der Gewaltfreiheit)*".

Demokratische Sozialisten

(Übersicht in Anlehnung an das Protokoll der Bundeskoordination vom

Schleswig-Holstein: für bundesweı.. GAL und Wahlkongreß baldmöglichst;
Hamburg: „Mehrheit für Gründung einer bundesweiten Wahlpartei entsprechend dem Vorschlag von REVIER";
Niedersachsen: „Befürwortung, sich an der Programmdiskussion für eine offene grüne Liste mit inhaltlichen DS-Positionen zu beteiligen und auf eine Einbeziehung des AL-Spektrums hinzuwirken";
NRW: „Beteiligung der DS an den Bundestagswahlen mit dem Ziel der Formierung eines grün-alternativen Linksblocks";
Hessen: für „Kontaktaufnahme zu anderen Organisationen (nicht aber DKP) mit dem Ziel, eine GAL zu bilden";
Rheinland-Pfalz: „Befürwortung einer bundesweiten Wahlpartei entsprechend dem Vorschlag von REVIER; bei Sperren der Grünen, aber Beteiligung anderer Organisationen, ALs und Einzelpersönlichkeiten aus den sozialen Bewegungen Kandidatur auch ohne die Grünen".
In den übrigen Landesverbänden gibt es noch keine Beschlüsse. Umstritten ist innerhalb der DS, ob eine Einbeziehung der DKP angestrebt werden soll. Eine Minderheit hält auch eine Alleinkandidatur der DS für überlegenswert.

Verantwortlich für Kontakte der DS zu den Grünen und zu anderen Teilen der Wahlbewegung ist eine „Sondierungskommission", deren Name wört-

Bundesvorstandsbeschluß der GRÜNEN vom 26.9.82 in Frankfurt

Antrag Nr. 1

„Der Bundesvorstand der GRÜNEN geht davon aus, daß die Partei DIE GRÜNEN sich mit eigenen Listen und Direktkandidaten an den nächsten Bundestagswahlen beteiligt.
Er begrüßt außerordentlich, wenn Menschen und Gruppen aus der Öko.-, Friedens-, Bürgerinitiativen- und sozialen Bewegung sich inhaltlich und personell einbringen und auf offenen Listen der GRÜNEN die Möglichkeit der Kandidatur wahrnehmen. Die GRÜNEN sollten auf kommunaler und regionaler Ebene Gespräche mit den Menschen und Gruppen aus diesem Bereich suchen."

... einstimmig mit 9 : 0 Stimmen angenommen.

Antrag Nr. 2

E. Hoplitschek:

„Im Falle der Einsetzung einer Programmkommission, zur Erstellung einer Bundesplattform (o.ä.) durch DIE GRÜNEN, beantrage ich, daß dieser Kommission ein von der AL Berlin mandatierter Vertreter/-in als ständiges Kommissionsmitglied hinzugezogen wird."

...einstimmig mit 9 : 0 angenommen ...

Antrag Nr. 3 (GAL-Hamburg)

„Der Bundesvorstand beschließt für die GAL-Hamburg, eine analoge Beteiligung an der Programmkommission, wie für die AL Westberlin vorgetragen, zu praktizieren."

...Hierauf erfolgte ein Antrag auf „Nichtbefassung", dem mit Mehrheit stattgegeben wurde und der damit begründet wurde, daß dieser Antrag erst relevant würde, wenn es tatsächlich zu einer Programmkommission käme. ...
Darauf erklärte der Antragsteller aus Hamburg: der Antrag bleibt erhalten. Er soll auf der nächsten Buvo-Sitzung ... abgestimmt werden. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Antrag Ebermann/Reents; Nr. 4

„Wir beantragen: Der Bundesvorstand der GRÜNEN lädt zwei Vertreter der DEMOKRATISCHEN SOZIALISTEN zur Teilnahme an der (Wahl-)Plattform-Kommission ein."

... Behandelt wie Antrag 3. ...

(Auszüge aus dem Protokoll der Vorstandssitzung — erw. — vom 26.9.82)

Brief der GIM an DS, AL-Berlin, GAL-Hamburg, Gruppe revier, Falken, KB, KBW u.a.

„was tun", 30.9.82



(Auszüge)

(...) Unabhängig von der Frage, ob es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt, oder ob diese erst 1984 stattfinden, haben Alternative, Grüne und Sozialisten in dieser Situation eine große Verantwortung. Es muß alles getan werden, damit es zu einer breiten, alternativen Liste kommt, die das *ganze* Spektrum des alternativen, grünen, sozialistischen und gewerkschaftlichen Protestpotentials gegen Aufrüstung, Arbeitslosigkeit, Sozialdemontage und Atomprogramm zum Ausdruck bringt. Die Wahlerfolge von Alternativen/Grünen in Berlin, Hamburg und Hessen müssen auch auf Bundesebene umgesetzt werden. Von verschiedener Seite ist der Vorschlag gemacht worden, ein Wahlbündnis zu bilden — am klarsten seitens der Gruppe „revier" (s.u.a. Arbeiterkampf Nr. 225). Wir halten diesen Vorschlag in der generellen Linie für richtig und unterstützen ihn. Keine heute existierende Formation kann für die Kräfte links von der SPD einen Alleinvertretungsanspruch anmelden (...). Es ist absolut notwendig, daß eine solche Liste eine klare Haltung gegenüber der SPD einnimmt. Sie muß sich sozialdemokratischen Kollegen gegenüber so verhalten, daß diese sie nicht als ein Hindernis begreifen bei dem Ziel, eine CDU-Regierung zu verhindern, sondern als eine Unterstützung darin (...). Ein alternatives Wahlbündnis muß deshalb von vornherein erklären, daß es bereit ist, eine SPD-Regierung gegen eine Regierung der Unternehmerparteien zu tolerieren. (...) ...halten wir es für falsch, wenn eine solche Liste „programmlos" antritt. (...) Wir gehen davon aus, daß ein gemeinsamer politischer Konsens (...) gefunden werden kann. Andererseits sehen wir auch die Gefahr, die in endlosen Programmdiskussionen steckt. Wir schlagen daher vor, von vornherein eine knappe programmatische Erklärung ins Auge zu fassen (...). Wie wir die Situation einschätzen, ist eine Einigung entlang der folgenden Fragen möglich":

(Es folgt eine Skizze der Themenbereiche „Arbeitslosigkeit", „Atomprogramm", Sozialabbau", „Aufrüstung", „Selbstbestimmungsrecht der Frau", „Volle Gleichstellung der ausländischen und deutschen Arbeiter", „Für eine selbstverwaltete, demokratisch kontrollierte Planwirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht"!)

„(...) Wir müssen schnell handeln. Daher schlagen wir vor, zum baldmöglichsten Termin ein Treffen einzuberufen, an dem alle in Frage kommenden Gruppen für eine solche Liste teilnehmen. (...) *PB der GIM / A. Klein* ■

lich zu nehmen ist: sie „sondiert", verhandelt aber nicht - wegen der bisher nicht eindeutigen Beschlußlage in den Landesverbänden.

Linke Organisationen und Zentralorgane

Für die **DKP** hat sich Vorsitzender Herbert Mies zur Neuwahlfrage geäußert:„*Im Falle von Neuwahlen wird die Deutsche Kommunistische Partei kandidieren und alle Maßnahmen einleiten, die dafür erforderlich sind. Ohne Zweifel wäre es das beste, wenn es bei Neuwahlen zum gemeinsamen Handeln aller demokratischen und linken Kräfte, zu einem demokratischen Wahlbündnis auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms käme. Die DKP unterstützt alle Schritte in diese Richtung. Wenn es zu einem partnerschaftlichen Bündnis von demokratischen und Linkskräften kommt, in dem die DKP gleichberechtigt mitwirken kann, ist sie bereit, ihre eigenen Listen zurückzuziehen*".

Zum Vorschlag der **GIM** siehe Kasten.

Der **Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros** hat in einem Artikel „Überlegungen zur Initiative Demokratische Sozialisten" („links", Oktober 82) ablehnend zu einem Wahlbündnis Stellung genommen: „*Nun beginnen fieberhafte Diskussionen mit dem Ziel, die Grünen zu spalten und so unter Druck zu setzen, daß zustandekommt, was schon in Hessen nicht gelingen konnte - eine bundesweite Alternative Liste*". Den DS wird der Vorwurf gemacht, mit der bevorstehenden Parteigründung einen Führungsanspruch zu erheben:„*Weder für einen Führungsanspruch noch für die damit verbundene Absicht der Kandidatur bei Wahlen gibt es eine ausreichende Grundlage. Es gibt Ressentiments gegenüber der Partei der Grünen, die uns beängstigend arrogant, unqualifiziert und traditionalistisch erscheinen*".

In ähnlicher Weise äußert sich auch **Joscha Schmierer (KBW)** in der „KVZ" vom 8.10.:„*Im allgemeinen ist die offene Listenbildung der Grünen der beste Weg, um eine möglichst breite Frontbildung in den Wahlen und in den Parlamenten zu ermöglichen. Wo die Dinge aus historischen Gründen anders liegen wie z.B. in Hamburg, gibt der Föderalismus die Möglichkeit, zu einer diesen Bedingungen entsprechenden Listenbildung zu kommen, ohne daß dadurch gemeinsames Agieren im Bundestag ausgeschlossen würde*". Initiativen wie die der GIM, der „Revier" oder der DS in Richtung auf ein Wahlbündnis erscheinen Schmierer „*mehr als absurd*" und „*völlig verfehlt und hoffentlich auch gescheitert*".

Etwas anders geht die Redaktion des **„Pflasterstrand"** die Frage an. In einem Artikel „Zur Lage der Nation" (PS Nr. 142) wird heftig gegen die hessischen Grünen polemisiert:„*Wenn man gutmütige hessische Jungs wie Dirk Treber* (grüner Spitzenkandidat; Anm. AK) *im Fernsehen erlebt, oder den aufrichtig von ökologische Kreis-*

man gutmütige hessische Jungs wie Dirk Treber (grüner Spitzenkandidat; Anm. AK) *im Fernsehen erlebt, oder den aufrichtig von ökologische Kreis-**laufwirtschaft stotternden grünen Abgeordneten vom Vogelsberg - wer könnte ihnen ernsthaft böse sein! Nur: Man stelle sich diese Artigkeiten auf der Bonner Bühne vor. Ich hätte am Hohngelächter der Etablierten wenig asuzusetzen, nicht nur formal, auch inhaltlich. (...) Gegen diesen traurigen Kleingeist hätte eine oppositionelle SPD heute wieder gute Chancen*"? Die Alternative der „Pflasterstrand"-Redaktion:„*Politik hat ihre eigenen Spielregeln. Was nicht heißt, daß man sich diesen Spielregeln bedingungslos unterordnen muß: Will man aber geschickter mit ihnen umgehen als die Etablierten, bedarf es anderer Strukturen als jene Stammtischmentalität, in der man mißtrauisch jedes persönlich-politische Charisma als Karrierismus beäugt.Personen, die reden können, die das Spiel von Taktik und Kompromiß durchschauen und selbst spielen können - die Grünen hätten sie dringend nötig.*" Letzteres muß wohl als Angebot interpretiert werden, den Grünen für den Bundestag mit eigenen „charismatischen" Kandidaten auszuhelfen.

Zu Wort gemeldet hat sich auch die **MLPD, vormals KABD.** Diese Gruppierung bewegt sich seit Jahren jenseits von Gut und Böse und hat bisher jede Art von Bündnispolitik, namentlich aber die grünen und alternativen Listen, für kleinbürgerliches Teufelswerk erklärt. Jetzt nimmt die MLPD den Aufruf der „Revier"(vgl. AK 225) zum Anlaß, mit einem Offenen Brief an Grüne, GAL, DS, SB, Falken, KB, DKP etc.pp. ihre Bereitschaft zur Bildung eines Wahlbündnisses zu erklären. Nebenbei erteilt die MLPD dem Rest der Welt mal wieder einige ideologisch einwandfreie Lehren, die darauf schließen lassen, daß die MLPD den Gang der Dinge auch zukünftig nur vom Parkett aus verfolgen wird.

Gibt es eine linke Mehrheit?

Das geradezu sensationelle hessische Wahlergebnis hat den Spekulationen über eine regierungsfähige Zusammenarbeit zwischen der SPD und den Grün-Alternativen neuen Auftrieb verschafft. Der auf solche Betrachtungen spezialisierte Willy Brandt kommentierte noch in der Wahlnacht für die Öffentlichkeit: Es gebe eine „neue Mehrheit links von der CDU". Die CDU/CSU und die Rechtspresse nahmen das Stichwort mit Vergnügen auf: Es drohe ein rot-grünes Regierungsbündnis, es drohe der Ausstieg aus der NATO, es drohe ein wirtschaftliches und politisches Chaos, es drohe der nationale Zusammenbruch und am Ende die Eingemeindung der BRD in den Sowjetblock.

Der Mechanismus dieses Spiels für große Kinder ist seit Jahren bekannt und gleichbleibend. Dieses Spiel beinhaltet beispielsweise, daß man hartnäckig daran festhält, die SPD mit der Farbe „rot" zu identifizieren und ihr irgendeine sozialistische Strategie zu unterstellen, die sie, allen scheinbaren Wandlungen zum Trotz, trickreich und zu allem bereit weiterverfolgt. Seit seiner Abdankung wird vorzugsweise Willy Brandt als Vordenker und Vorkämpfer dieser sozialistischen Grundtendenz der SPD dargestellt.

Die Reaktion der SPD auf dieses Spiel ist zwiespältig: Einerseits kann es nach Rechts hin Wählerstimmen kosten, wenn die Loyalität der SPD zum freiheitlich-demokratischen Staat und zur freien Marktwirtschaft in Zweifel gezogen wird oder wenn der SPD gar eine heimliche Neigung zu Chaos und Sozialismus (= Diktatur und Armut) nachgesagt wird. Andererseits kann die rechte Polemik für die SPD bei der komplizierter gewordenen Aufgabe der Integration nach Links eine wichtige Hilfe sein.

Wegen dieser Widersprüchlichkeit gibt es sowohl ein Kokettieren führender SPD-Poltiker mit dem Sozialismus-Vorwurf, wie auch Vorstöße zur eindeutigen Abschottung der SPD nach Links (Löwenthal-Papier).

Links von der SPD herrscht angesichts der widersprüchlichen Signale aus der SPD-Spitze Verwirrung. Das Spektrum der Ansichten reicht von der treuherzigen „Fundamentalopposition" der hessischen Grünen bis zur Bündnisfreudigkeit eines Hasenclever (Grüne Baden-Württemberg), der selbst Helmut Schmidt für einen Partner der Grünen hält. (Anm. A).

In der „TAZ" haben sich Rolf Ascheberg und Peter Brandt aus Westberlin „für eine neue Mehrheit" — so die Überschrift ihres Artikels — ausgesprochen. Daran ist zunächst einmal die Konstellation des Autoren-Gespanns bemerkenswert. Peter Brandt (Sohn von Willy Brandt) hat sich bisher vor allem mit dem Versuch profiliert, die ‚nationale Frage' in die sozialistische Debatte hineinzutragen. Das hat ihn wiederholt zum Bündnispartner der übriggebliebenen Führungskader der 1980 aufgelösten „KPD" („Hauptfeind Sozialimperialismus") gemacht, die in der Westberliner AL ihr letztes Reservat haben. Rolf Ascheberg hingegen ist als Vorkämpfer der Gegenposition in der AL Westberlin hervorgetreten. Er ist Mitglied der Ende 1979 vom KB abgespaltenen Gruppe Z, über diese auch Mitglied im Sammlungsversuch ISP (= Initiative Sozialistische Politik) und ständiger Mitarbeiter der ISP-Zeitung „Moderne Zeiten".

Rolf Ascheberg und Peter Brandt sehen Möglichkeiten „für eine neue Mehrheit" in der „Zusammenarbeit von SPD und Grünen". Unser Autor Kt. widerspricht ihrer Einschätzung.

Zum Unterschied zwischen Mathematik und Politik

Gibt es eine „*neue Mehrheit links von der CDU*", wie Willy Brandt nach der hessischen Landtagswahl behauptete und wie auch manche Grün-Alternativen zu hoffen bereit sind? Betrachtet man die Dinge zunächst einmal rein mathematisch, so gibt es die *neue Mehrheit* tatsächlich seit einigen Monaten in Hamburg und nunmehr seit kurzem auch in Hessen. Es gibt sie außerdem in ein paar Stadtparlamenten. Daß es bei Neuwahlen auch im Bundestag eine *neue Mehrheit* geben könte, ist nach den bisherigen Umfrage-Ergebnissen nicht wahrscheinlich. Immerhin hat die Hessen-Wahl aber demonstriert, daß überraschende Mobilisierungen zugunsten der SPD möglich sind, sodaß man nicht mit absoluter Sicherheit das Zustandekommen einer mathematischen *neuen Mehrheit* von SPD und Grünen auch im Bundestag

sind, sodaß man nicht mit absoluter Sicherheit das Zustandekommen einer mathematischen *neuen Mehrheit* von SPD und Grünen auch im Bundestag ausschließen kann. (Anm. 1).

Wenn mathematische Mehrheiten zugleich auch schon politische Mehrheiten wären, könnte in Bonn immer noch die ‚sozialliberale' Koalition aus SPD und FDP regieren. Politische Mehrheiten setzen aber, über bloße Rechenspiele hinaus, einen inhaltlichen Konsens für einen überschaubaren Zeitraum voraus. Die Argumentation von Willy Brandt übergeht, daß eine Mehrheit g e g e n die CDU noch keineswegs auch schon eine Mehrheit f ü r eine bestimmte Politik ist. Schon gar nicht sind die Konstellationen in Hamburg und Hessen Mehrheiten für eine lediglich um ein paar „neue Akzente" und Reformsprüche dekorativ bereicherte Weiterführung bisheriger SPD-Regierungspraxis. Auf der anderen Seite kalkulieren auch grün-alternative Denker falsch, die die SPD als B l o c k in Rechenspiele über eine *neue Mehrheit* hineinnehmen. Bekanntermaßen ist die SPD alles andere als ein für linke Politik umprogrammierbarer Block. In der SPD gibt es eine solide rechte Mehrheit und eine sehr zahme Linke, die sich zumindest im Bundestag fast vollständig der von den Rechten diktierten Parteidisziplin unterworfen hat.

Immerhin ist die Annahme legitim, daß sich die Mehrheitsverhältnisse in der SPD zukünftig verschieben könnten. Mit viel Phantasie könnte man sich vielleicht sogar vorstellen, daß die SPD-Linken (unter dem faktischen Druck der Grün-Alternativen) ihre Positionen etwas couragierter und konsequenter vertreten als bisher. Kaum vorstellbar ist jedoch selbst dann, daß sich bei gewandelten inneren Mehrheiten der SPD die Partei-Rechten in derselben Weise bis zur Selbstverleugnung unterwerfen würden, wie es bisher die Linken getan haben. Eher könnte sich dann schon für eine Übergangszeit eine *neue Mehrheit* zwischen CDU/CSU, rechten SPD-Leuten und rechten FDP-Leuten bilden.

Aus dem Blickwinkel der „Realpolitik" ist eigentlich gar nicht so schwer zu begreifen, daß eine politische Kraft in der Größenordnung von etwa 10%, wie sie die Grün-Alternativen bei sehr optimistischer Schätzung derzeit bundesweit darstellen, weit davon entfernt ist, eine *neue Mehrheit* konstituieren zu können. Eine konstante Minderheit von 10% k ö n n t e vielleicht parlamentarische Entscheidungen beeinflussen, wenn eine starke Polarisierung zwischen einer zu umfangreichen Reformen entschlossenen SPD und einer zu einer heftigen Rechtswende entschlossenen CDU/CSU vorhanden wäre. Diese Polarisierung gibt es aber nicht und sie zeichnet sich auch nicht in den innerparteilichen Diskussionen der SPD ab.

nicht und sie zeichnet sich auch nicht in den innerparteilichen Diskussionen der SPD ab.

Was sollen die Inhalte der „neuen Mehrheit" sein?

In einem Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der Hamburger GAL, Thomas Ebermann, sagte der SPD-Linke und frühere Bürgermeister Klose zu den Äußerungen seiner Parteifreunde über die „neue Mehrheit": „*...Alle diese Äußerungen greifen außerordentlich kurz und beschäftigen sich lediglich mit der Mehrheitsfrage, aber nicht mit der konkret zu vereinbarenden und zu führenden Politik ... In einer solchen Situation, in der die SPD machtpolitisch angeschlagen ist — sie hat faktisch keine Macht mehr — philosophieren viele über die Frage, wie man Macht zurückgewinnen kann. Und dabei kommen dann die Grünen und Alternativen ins Gespräch. Ich nehme an, hoffe sogar, daß die Grünen sich auf diese Ebene der Diskussion nicht einlassen werden*". Ihm antwortete Thomas Ebermann (Mitglied der Gruppe Z und Redakteur der „Modernen Zeiten"): „*Die Grünen dürfen dies auf keinen Fall zu ihrer Fragestellung machen. Den Begriff Philosophie finde ich ganz ausgezeichnet zur Charakterisierung der jetzt laufenden Debatte ... Man muß sich aber darüber klar sein, daß in Hamburg — und ebenso in Bonn, wenn es dort eine ähnliche Konstellation gäbe — nichts läuft unterhalb der Aufkündigung der ‚Nachrüstung', des Ausstiegs aus der Kernenergie, der Beendigung der Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und der Verabschiedung eines wirklich greifenden Beschäftigungsprogramms. Damit haben sich diejenigen, die jetzt gegenüber der Presse machtpolitische Spekulationen anstellen, offenbar noch nicht auseinandergesetzt. Stattdessen kann man gegenwärtig nur registrieren, daß einige führende Sozialdemokraten sich eine neue nachdenkliche Haltung zulegen und ihre Hoffnung anbieten, daß die Grünen verparlamentarisiert, das heißt gezähmt werden*". („konkret", Okt. 82).

Rolf Ascheberg und Peter Brandt haben in ihrem Artikel in der „TAZ" (1.10.82) ein recht umfangreiches Programm vorgelegt, auf dem ihrer Ansicht nach eine *neue Mehrheit* gebildet werden könnte. Ihre Vorstellungen beinhalten: Aufgabe der Strategie der Flexible Response (Anm.2); „ **‚Europäisierung Europas' durch Emanzipation der europäischen Staaten von den beiden Weltmächten", womit jedoch keine Herausbildung Europas als dritte atomare Weltmacht verbunden sein dürfe (Anm.3); Ausstieg aus der Atomtechnologie; Aufgabe von Projekten wie Startbahn West und WAA (Wiederaufbereitungsanlage); Verteidigung und Ausbau des „Sozialstaates"; Zurücknahme der Zustimmung zur**

wie Startbahn West und WAA (Wiederaufbereitungsanlage); Verteidigung und Ausbau des „Sozialstaates"; Zurücknahme der Zustimmung zur

„Nachrüstung"; stärkere Besteuerung höherer Einkommen; beschäftigungsintensive Investitionsprogramme zum Schutz der Umwelt;Förderung selbstverwalteter Wirtschaftsprojekte; Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Themen-Paket von Ascheberg/Brandt leidet unter der heute üblichen verengten Sichtweise: wesentliche Themen wie Demokratie und politische Rechte, Ausländer, Jugendpolitik sind einfach ausgeblendet. Beispielsweise wird eine schlicht liberale (noch nicht einmal unbedingt sozialistische) Politik gar nicht umhin können, sich auf den unter ‚sozialliberalen' Regierungen erfolgten gigantischen Ausbau des Polizeiapparates irgendwie zu beziehen. Insofern deckt der von der GAL Hamburg entwickelte Tolerierungskatalog das Spektrum der Themen vollständiger ab, obwohl die Politik der GAL bisher im Prinzip unter den gleichen Unterbelichtungen leidet.

Was geht mit der SPD?

Das Hauptproblem sehe ich aber nicht in der thematischen Begrenztheit des Vorschlags von Ascheberg/Brandt, zumal sie sich zum Vorgehen der Hamburger GAL ausdrücklich bekennen. **Der entscheidende Punkt ist, daß Ascheberg/Brandt ihre Programm-Skizze für r e a l i s t i s c h halten. Das heißt, sie gehen ernsthaft von der Hypothese aus, daß sich auf dieser Basis mit der SPD demnächst gemeinsam Politik machen lassen könnte.**

Was ihnen Stoff zu derartig weitgespannten Hoffnungen gibt, bleibt im Dunkeln. Ich finde es jedenfalls mehr als erstaunlich, wenn Ascheberg/Brandt einen so heiklen Punkt wie die „Nachrüstung" ganz lässig in einem Sätzchen erledigen möchten: „*Daß die Zustimmung zur ‚Nachrüstung' von der SPD dabei zurückgenommen werden müßte, versteht sich fast von selbst und wird u.E. aus deren eigenem Interesse auch in der Sozialdemokratie zunehmend gesehen*". Wenn Ascheberg/Brandt über heiße Geheiminformationen aus der SPD verfügen, die auf eine solche Entwicklung hindeuten, müßten sie diese schon der Öffentlichkeit präsentieren. Andernfalls wird man sich wohl besser an die sichere Tatsache halten, daß auf dem letzten SPD-Parteitag im April dieses Jahres die „Nachrüstung" mit einer deutlichen Mehrheit von 75% der Delegierten b e s t ä t i g t worden ist.

Nicht weniger windig ist der Verweis von Ascheberg/Brandt auf die Strategie der ‚flexible response', die „*auch unter Militärexperten zunehmend und zu Recht umstritten*" *sei. Hinter diesem „Streit" steckt vorerst nicht mehr, als der relativ geschickte Versuch führender NATO-Militärs, eine gesteigerte ‚konventionelle' Aufrüstung Westeuropas als geeignete Maßnahme zur ‚Anhebung der Atomschwelle' schmackhaft zu machen. Wohlgemerkt, es handelt sich dabei im wesentlichen um eine E r g ä n z u n g der vorhandenen und für die nächsten Jahre geplanten Atomwaffen, und nicht etwa um deren E r s e t z u n g (Anm. 4 und 5).*

Einmal abgesehen von dem Sektor Arbeits- und Sozialpolitik werden Ascheberg/Brandt nicht in der Lage sein, Parteitagsbeschlüsse und ähnliches aus der SPD anzuführen, das auf die Möglichkeit einer neuen Mehrheit im Sinne ihrer Programmpunkte hindeutet oder das wenigstens mit einigem Wohlwollen entsprechend interpretiert werden könnte. Und dabei wäre sogar noch zu bedenken, daß nicht einmal einfache Mehrheiten in der SPD-Bundestagsfraktion für eine r e g i e r u n g s f ä h i g e *neue Mehrheit* im Bundestag ausreichen würden; sondern daß man schon solide Mehrheiten von mindestens 70-80% in der SPD haben müßte, um selbst unter günstigen Voraussetzungen Entscheidungen gegen die rechte Opposition im Parlament durchzusetzen (Diese Hypothese basiert auf der immer noch unwahrscheinlichen Annahme, daß sich aus Neuwahlen demnächst „Hamburger Verhältnisse" im Bundestag ergeben könnten).

Die Realpolitik der SPD

Die Realpolitik der SPD

Die SPD ist seit 1969 Hauptpartei in der Bundesregierung gewesen. In ihre Regierungszeit fallen beispielsweise der sprunghafte Ausbau der Atomindustrie, der ebenso sprunghafte quantitative und qualitative Ausbau der Polizei, die Berufsverbote, der „Nachrüstungs"-Beschluß, an dem bekanntermaßen Helmut Schmidt wesentlich mitgewirkt hat.

Worauf will sich die Annahme stützen, die SPD könnte, mit Hilfe der Grün-Alternativen an die Schaltpulte der Macht zurückgekehrt, plötzlich in allen entscheidenden Punkten das genaue G e g e n t e i l von dem tun, was sie 13 Jahre lang getan hat? Verglichen mit einer solchen Annahme darf sogar die Hoffnung auf eine Wunderheilung in Lourdes als realistische und rationale Erwartung gelten.

Worauf also soll sich die Hoffnung stützen? Zwei Hauptstränge der Argumentation scheinen dafür möglich: 1. Man setzt voraus, daß die SPD mehr am formalen „Machterhalt" interessiert sei als an den Inhalten der zu vertretenden Politik. In dieser Hypothese ist die SPD derart regierungsgeil, daß sie bei entsprechender Konstellation („Hamburger Verhältnisse") von den Grün-Alternativen gehörig in die Mangel genommen und erpreßt werden kann. 2. Man setzt voraus, daß die SPD eine bisher an der Bremserpartei FDP gescheiterte, jedoch im Grunde ihres Herzens reformwillige Partei ist. In dieser Hypothese kann angenommen werden, daß die SPD eigentlich nur auf das Auftauchen der Grünen in den Parlamenten gewartet hat, um endlich die schönste Reformpolitik machen zu können.

Die erste Argumentationslinie gehört ins Reich der kleinbürgerlichen Phantasterei; sie verkennt überhaupt das Wesen von Politik und politischen

Forts. nächste Seite

Forts. v. voriger Seite

Parteien unter den herrschenden Verhältnissen. Die zweite Argumentationslinie hingegen wird man sachlich prüfen müssen. Ascheberg/Brandt schreiben dazu: „*Darüber, ob die SPD bereit ist, existierende Mehrheiten links von der CDU/CSU tatsächlich für die Durchsetzung einer sozialen, ökologischen und friedenssichernden Politik zu nutzen, wird der Fortgang der Verhandlungen in Hamburg erste Aufschlüsse geben*".

Diese Bilanz läßt sich inzwischen ziehen. Abgesehen von den Themenfeldern Umweltschutz (Elbsanierung) und Beschäftigungspolitik, wo es kleine Anzeichen für eine wirkliche Bewegung in der SPD-Politik gibt, hat die SPD gegenüber der GAL mit größter Selbstgefälligkeit („Wir sind selbstbewußt, weil unsere Politik in Ordnung ist") in allen strittigen Punkten ihre Politik bekräftigt. Nur daß sie das jetzt als „*Reformpolitik für die 80er Jahre*" bezeichnet und der GAL den Vorwurf macht, sie wolle aus einer unreifen Position des Alles-oder-Nichts diese Reformpolitik nicht mittragen.

In Hamburg hat man es, relativ betrachtet, noch nicht einmal mit einer besonders rechten SPD zu tun. In anderen Bundesländern und auf der Ebene der Bonner Politik wäre von der SPD jedenfalls nicht mehr Entgegenkommen als in Hamburg zu erwarten. Verglichen mit der Löwenthal-Linie, konkretisiert in der Politik Börners in Hessen, ist der Hamburger Umgang mit der GAL geradezu konziliant und herzlich gewesen. Aber auch diese moderate Linie in der SPD zielt darauf ab, nicht mit realen Zugeständnissen, sondern mit einer Kombination aus wolkigen Reformsprüchen (darin ist die SPD immer noch Weltmeister) und knallharter Erpressung Einbrüche in das grün-alternative Spektrum zu erzielen. Das traditionelle Argumentationsmuster vom „kleineren Übel" ist wieder groß in Mode. Die Fragen lauten dann beispielsweise: „Wollt ihr einer Kreditaufnahme von 600 Millionen zustimmen, oder wollt ihr dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ihr Weihnachtsgeld nicht ausgezahlt bekommen?", oder: „Stimmt ihr unserem Nachtragshaushalt zu, oder wollt ihr Schuld daran sein, wenn an den Sozialausgaben radikal gekürzt werden muß?". Oder auch: „Stimmt ihr unseren Kürzungen am Sozialetat zu, oder wollt ihr riskieren, daß wir uns anderenfalls leider mit der CDU über noch schärfere Kürzungen verständigen müssen?". Oder ganz plump und knapp: „Wollt ihr lieber eine CDU-Regierung?!"

Nun kann man selbstverständlich darüber spekulieren, ob es bei der gegenwärtigen Taktik der SPD gegen die Grün-Alternativen bleibt, oder ob sich vielleicht demnächst sogar die Löwenthal-Börner-Linie bundesweit durchsetzt, oder ob im Gegenteil die SPD sich aufrafft, um gemeinsam mit den Grün-Alternativen auf einen friedenspolitischen, sozialen und demokratischen Reformkurs umzuschwenken. Wer so spekuliert, sollte aber erstens konkrete und nachprüfbare Anhaltspunkte für seine Spekulationen anbieten und er sollte zweitens nicht seine Zukunftshoffnungen mit der überschaubaren Gegenwart verwechseln. Vorerst sollte man sich wohl auf das gewiß sachverständige und informierte Urteil des SPD-Linken Klose verlassen, der das Löwenthal-Papier für „die Mehrheitsposition" seiner Partei hält. („konkret", Oktober 82)

Man sollte auch nicht große Hoffnungen darauf setzen, die gegenwärtigen Verhältnisse in der SPD durch ein Bündnis mit der SPD-Linken aushebeln zu können. Die SPD-Linke zieht ihre Daseinsberechtigung aus der These, daß man nur innerhalb der SPD, und keinesfalls gegen sie, gesellschaftlichen Fortschritt bewegen könne. Praktisch-politisch b e w i r k t hat die SPD-Linke jedoch gar nichts; sie hat nur die linksreformerische Garnitur für eine kontinuierliche Rechtsentwicklung der Partei abgegeben — und sie zahlt dafür durch das Ausbluten nach Links (vor allem der Jusos) einen hohen Preis.

Wenn heute Grün-Alternative den Praxisbeweis führen könnten, daß sich durch Druck von a u ß e n auf die SPD etwas bewegen ließe, woran die SPD-Linke jahrelang vergeblich gestrampelt hat, dann bräche nicht bloß das Weltbild, sondern auch die Legitimation der SPD-Linken zusammen. Daraus erklärt sich ihre in Hamburg zu beobachtende starke Neigung, mit den Rechten gegen die GAL eng zusammenzuhalten und die von der SPD vorgelegte „Reformpolitik für die 80er Jahre" als Maximum des Machbaren zu verteidigen.

Das Dilemma der Grün-Alternativen

Aus dem Verhalten der SPD ergeben sich für die Grün-Alternativen große Probleme, die durch den Regierungswechsel in Bonn noch verschärft werden.

1. Aus den bisher publizierten Umfragen und Untersuchungen geht hervor, daß die Neigung zur Zusammenarbeit in der Wählerschaft der SPD deutlich geringer ist als unter den Wählern der Grün-Alternativen. Beispielsweise gibt eine Untersuchung für Hessen an, daß 69% der Grünen-Wähler für eine Zusammenarbeit mit der SPD seien; hingegen seien „nur" 42% der SPD-Wähler für eine Zusammenarbeit mit den Grünen. („Welt", 27.9.). Auch das ist ein erheblicher Anteil, aber der Erwartungsdruck, nicht bloß zu verhandeln, sondern auch zu Ergebnissen zu kommen, lastet auf den Grünen offensichtlich sehr viel schwerer als auf der SPD (Anm. 6).

2. Die Hamburger Erfahrung zeigt, daß die Medien massiv und wirkungsvoll gegen die Grün-Alternativen arbeiten. Zwei Faktoren aus entgegengesetzten Richtungen wirken dabei zusammen: Auf der einen Seite hat die rechte Presse vom ersten Tag an über „Zugeständnisse" der SPD an die GAL phantasiert, und diese „Zugeständnisse" haben im Lauf der Verhandlungen geradezu elefantöse Dimensionen angenommen (Anm. 7). Auf der anderen Seite gab und gibt es wohlmeinende sozialliberale und linke Meinunggsmacher, denen an einem Zusammengehen von SPD und GAL wirklich gelegen war bzw. ist, und die gerade deshalb wachsende Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen herbeizuschreiben und herbeizureden versuchten. In der Wirkung kommt alles auf dasselbe heraus: Es ist die Meinung produziert worden, daß die SPD der GAL weit entgegengekommen sei — mit dem Ergebnis, daß das Scheitern der Tolerierungsbemühungen der angeblich fehlenden Kompromißbereitschaft der GAL angelastet werden kann.

Die GAL hat inzwischen selbstkritisch festgestellt, daß sie während der Verhandlungen zu wenig getan hat, um massenwirksam und allgemeinverständlich i h r e Sicht der Dinge öffentlich zu machen. Das stimmt. Aber trotzdem muß kalkuliert werden, daß auch die Wirkung einer sehr intensiven und kontinuierlichen Selbstdarstellung begrenzt bleibt.

Die Mehrheit der Menschen wird sich auch in absehbarer Zeit wohl mehr durch grobgerasterte Stimmungsberichte der bürgerlichen Medien als durch intensives Studium von notwendigerweise eben doch etwas komplizierten und umfangreichen Detailberichten der GAL über die Verhandlungen mit der SPD informieren.

Das muß vermutlich bundesweit so interpretiert werden, daß die Grün-Alternativen — sofern ihnen nicht ein Holzkopf wie Holger Börner gegenübersteht — es sehr schwer haben werden, sich dem Verdacht mangelnder Kompromißfähigkeit und fehlenden Realismus' zu entziehen. Ohnehin drängen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse die Grün-Alternativen objektiv in eine Außenseiterposition, die leicht als die Rolle eines destruktiven Störenfrieds empfunden werden kann. Die Argumentation der Herrschenden, die Grün-Alternativen wollten „keine Verantwortung übernehmen", bedient sich dieser Verhältnisse.

3. Sollen die Grün-Alternativen die SPD mit „realisierbaren" Forderungen konfrontieren, bzw. müssen sie ihre Forderungen an die SPD für „realisierbar" h a l t e n ? Die Fragestellung klingt vermutlich verwirrend. Gemeint ist damit: Ascheberg/Brandt gehen davon aus, daß die von ihnen skizzierten programmatischen Schwerpunkte t a t s ä c h l i c h in absehbarer Zeit mit der SPD gemeinsam zu realisieren sein könnten. Ebenso ist auch die GAL Hamburg, zumindest verbal, von einer realen Chance für eine Übereinkunft mit der SPD ausgegangen. Dieses Herangehen birgt aber die Gefahr, daß eine Erwartungshaltung bezüglich der erreichbaren Ergebnisse produziert wird, die im Grunde auch einen Druck darstellt, sich vielleicht irgendwo weit unterhalb der Ausgangsforderungen mit der SPD zu verständigen, um sich die angeblich bestehenden realen Chancen für eine weitergehende Zusammenarbeit in der Zukunft offenzuhalten.

Und es besteht noch ein großes Problem: Der Anschein, als handele es sich um Forderungen, auf die die SPD vielleicht demnächst eingehen wird, läßt sich angesichts der wirklichen Politik der SPD nicht auf ewige Zeiten aufrechterhalten. Die GAL Hamburg beispielsweise würde sich wohl ziemlich lächerlich machen, wenn sie in ein paar Monaten (nach den Neuwahlen, aus denen sich möglicherweise im Prinzip die alten Kräfteverhältnisse in der Bürgerschaft ergeben werden) noch einmal mit der Fiktion in Verhandlungen hineingeht, als bestünde eine relevante Chance, sich mit der SPD auf diese „Minimalforderungen" der GAL zu einigen.

Andererseits setzt sich die Position, die höchstens von einer 5-10%igen Restchance für vertretbare Kompromisse mit der SPD ausgeht, dem Vorwurf aus, sie sei lediglich taktisch bestimmt. Man kann dieser Position selbstverständlich vorwerfen, sie wolle in den Verhandlungen gar keine Einigung, sondern wolle nur die SPD vorführen, um sich selbst das eigene Vorurteil über die SPD zu bestätigen und um „Entlarvungspolitik" im traditionellen Stil zu betreiben.

Mit diesem Problem ist schwer umzugehen. Das Konzept von Ascheberg/Brandt beantwortet dieses Problem jedenfalls nicht. Denn daß sie ihre Programmpunkte für realistisch h a l t e n , ändert nichts daran, daß sie es in absehbarer Zeit nicht s i n d . Sie stünden am Ende also auch vor dem Problem, was mit ihren Programmpunkten anzufangen ist, wenn die SPD sie im wesentlichen abgelehnt hat. P r a k t i s c h werden die Grün-Alternativen vor der harten Frage stehen: Wollen sie es durchhalten, die SPD mit einem Tolerierungsangebot zu konfrontieren, das auf absehbare Zeit wahrscheinlich nur symbolischen Charakter hat? Oder wollen sie ihre Ausgangsforderungen auf ein „realistisches", „machbares" Maß zurückschrauben, um wirklich zu einer Tolerierung oder — auch das wird ja schon ausdrücklich befürwortet — sogar zu einer Koalition mit der SPD zu kommen?

Wer das Zurückschrauben befürwortet, sollte sich allerdings nach den Hamburger Erfahrungen bitte keine allzu großen Illusionen machen: Da wird man sich nicht auf eine „goldene Mitte" einigen, da wird auch keine „grüne Reformpolitik" (Anm. 8) herauskommen können. Sondern da wird man die Zugeständnisse und neuen Akzente der SPD schon mit Lupe und Pinzette in Augenschein nehmen müssen. Wer diesen Weg will, der tut gut daran, wenn er sich strikt dagegen ausspricht, der SPD überhaupt noch mit einem f e s t e n Forderungskatalog entgegenzutreten (Anm. 9). Eine logische Konsequenz daraus wäre, daß die Grün-Alternativen zukünftig konkrete programmatische F e s t l e g u n g e n gegenüber ihren Wählern vermeiden müssen, um am Ende noch Herrn Genscher an Offenheit und Flexibilität überbieten zu können. Als feste Aussage würden die Grün-Alternativen ihren Wählern dann nur noch auf den Weg geben können, daß sie auf jeden Fall die SPD unterstützen werden, und daß sich alles Weitere erst in der Zukunft ergeben könnte. Damit wären sie als autonome parlamentarische Kraft auch schon wieder überflüssig.

Darin jedenfalls ist Ascheberg/Brandt zuzustimmen, daß sie schreiben: **„Zu einer Politik, wie sie die Hamburger GAL verfolgt — die also eine parlamentarische Tolerierung und Zusammenarbeit mit der SPD davon abhängig macht, ob die SPD zu inhaltlichen Zugeständnissen bereit ist — gibt es auch auf Bundesebene keine Alternative".** Die Grün-Alternativen müssen von der SPD eine substantielle Wende zu einer Politik sozialer und demokratischer Reformen verlangen. Das erfordert von den Grün-Alternativen (und Sozialisten) einen langen Atem. Weder dürfen sie sich von Frust und Rückschlägen zur fundamental-oppositionellen Verweigerungslinie noch zur Auslieferung zum Nulltarif an die SPD verleiten lassen.

Kt, Hamburg

Anmerkungen

A) „...Hasenclever teilt in diesem Zusammenhang die von Willy Brandt am Wahlabend im Fernsehen abgegebene Einschätzung von einer 'Mehrheit links von der CDU'. Hasenclever vertritt hierzu die Auffassung, daß es notwendig sei, daß diese Majorität sich zusammenfindet'...Hasenclever unterstrich, daß er gerade Schmidt für einen der 'bedeutendsten Politiker' halte, 'den ich sehr respektiere'. Es sei deshalb durchaus möglich, daß gerade Schmidt die Notwendigkeit einer 'Wendung zu den Grünen erkennt und sie auch vollzieht', prophezeite Hasenclever...", („Welt", 29.9., Bericht über ein Gespräch mit H.).

Andererseits hat Hasenclever in einem Resolutions-Entwurf für seinen Kreisverband Tübingen klare politische Themen für eine Zusammenarbeit mit der SPD genannt: Ausstieg aus der NATO-Nachrüstung, Ausstieg aus der Atomenergie, eindeutiger Vorrang des Umweltschutzes vor kurzsichtigen Profitinteressen der Industrie. Will er das wirklich mit Helmut Schmidt gemeinsam verwirklichen?

1) Die allerneueste, vom „Spiegel" (11.10.) publizierte EMNID-Umfrage gibt der CDU/CSU 49%, der SPD 42%, den Grünen 6% und der FDP 3%. Damit wäre rein mathematisch betrachte die „neue Mehrheit" schon fast zum Greifen nahe.

2) Gemeint ist eine Strategie, die bereits in einem frühen Stadium des Konflikts den Ersteinsatz von Atomwaffen vorsieht. Diese Strategie würde auf totale Vernichtung der BRD im Kriegsfall hinauslaufen. Sie ist deshalb bis in die CDU hinein zunehmender Kritik ausgesetzt.

3) Tatsächlich verfügen Großbritannien und Frankreich bereits heute über ein enormes atomares Vernichtungspotential, das es durchaus zulässig erscheinen läßt, Europa jetzt schon als dritte atomare Weltmacht zu bezeichnen. Die „sozialistische" Regierung Frankreichs hat soeben einen bei weitem überproportionalen Ausbau der französischen Atomstreitmacht beschlossen (plus 26%, bei einer Steigerung der gesamten „Verteidigungsausgaben" um 8,4%). Diese Sachlage wird von linken Propagandisten eines „unabhängigen Europa" ganz gern übersehen.

4) Oberster Fürsprecher dieser Umorientierung ist der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Rogers. In der Praxis läuft das Modell auf erhöhte Rüstungsausgaben und auf den Ausbau der Fähigkeit zur „Vorwärtsverteidigung", d.h. zur offensiven Kriegführung gegen Osteuropa, hinaus (vgl. u.a. „Welt" vom 30.9. und „Frankfurter Rundschau" vom 9.10.). Daß das Modell nebenbei auch den Abzug eines Teils der in Westeuropa stationierten taktischen Atomwaffen der USA (d.h. Atomwaffen mit sehr kurzer Reichweite) vorsieht, trägt der Tatsache Rechnung, daß Europa mit diesen Waffen über jedes militärisch sinnvolle Maß weit hinaus „überfüttert" worden ist. (ca. 6000 taktische Atomsprengköpfe der USA in Europa).

5) Noch leichfüßiger als Ascheberg/Brandt setzt sich der baden-württembergische Landtagsabgeordnete der Grünen, Winfried Kretschmann, über die Probleme eines Regierungsbündnisses SPD/Grün-Alternative hinweg: „Wenn man Programme von Grünen und SPD gegenüberstellt, und nicht nur Personen, wie Holger Börner und Petra Kelly, so dürfte ein inhaltlicher Kompromiß zwischen uns und der SPD keineswegs schwieriger sein als er es zwischen SPD und FDP war.

— Es ist undenkbar, daß eine SPD in der Opposition sich mehrheitlich für die NATO-Nachrüstung ausspricht.

— In dem Maße, wie es immer augenfälliger wird, daß die Atomtechnologie auch ökonomisch eine Sackgasse ist, wird die Bereitschaft zum Ausstieg auch in der SPD wachsen.

— Im ganzen Bereich der Sozialpolitik bestehen zwischen den Grünen und der SPD ohnehin mehr Übereinstimmungen als zwischen allen anderen denkbaren Bündnissen von Parteien".

Kretschmann hält Tolerierung nur für ein Übergangsstadium, dem direkte Koalitionsbildung mit grünen Ministern folgen müßte („TAZ", 8.10).

6) Sehr interessante Daten gibt eine von der Zeitschrift „Capital" (9/82) publizierte ALLENSBACH-Untersuchung über das Potential der Grünen. Danach bezeichnen sich z.B. 22% der Grünen-Anhänger als im großen und ganzen einverstanden mit der Politik von Kanzler Schmidt, 27% reagierten „unentschieden", und lediglich 51% der Befragten antworteten mit „nicht einverstanden". Das deutet auf erhebliche Einbruchsmöglichkeiten für die SPD in das Umfeld der Grünen hin. Mehr als 10% der Grünen-Anhängerschaft halten sogar die Nicht-Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst und die Stärkung der NATO für wichtige Ziele.

7) Spaßeshalber sei eine Blüte stellvertretend für Dutzende ihresgleichen zitiert: „Während die Hamburger Sozialdemokraten nach vier Runden noch immer den Eindruck zu erwecken suchen, als verliefen ihre Gespräche mit den ungeliebten Grün-Alternativen zäh und überwiegend kontrovers, sind hinter verschlossenen Türen bereits weitgehende Arrangements ausgehandelt worden... Die verantwortlichen Senatspolitiker sind auf Grünkurs gegangen...So also stellt sich Bürgermeister von Dohnanyi seine politische Zukunft vor: In Anlehnung an und in Abhängigkeit von einer destruktiven Gruppierung, der er selbst die Qualität einer Partei abspricht. Der Zweck heiligt die Mittel. Um mit seiner brüchigen SPD-Regierung noch für unbestimmte Zeit an der Macht bleiben zu können und den günstigsten Zeitpunkt für Neuwahlen selbst festzulegen, wirft Dohnanyi offensichtlich die letzten politischen Skrupel über Bord. Schon sonnt sich die GAL in ihrer Rolle als Mehrheitsbeschaffer..."(Kommentar in der „Welt", 17.9.).

8) So die Überschrift von Kretschmanns Plädoyer für ein Regierungsbündnis mit der SPD. Siehe Anm. 5.

9) Klaus Hartung stellte in der „TAZ" (5.10.) die Frage, „ob es richtig war, auf der Basis des 9-Punkte-Programms (d.h. des Tolerierungskatalogs der GAL — Anm. Kt.) mit der SPD in Quasi-Koalitionsverhandlungen einzutreten". Klaus Hartung verneint diese Frage. Er will Forderungen an die SPD nur noch als unverbindliche Zukunftsziele gelten lassen, woraus sich an k o n k r e t e n Zugeständnissen der SPD überhaupt nichts mehr herleiten läßt.

Angela Klein plädiert in „was tun", Zeitung der trotzkistischen GIM (30.9.), für „eine neue linke Mehrheit". Konkret fordert sie Tolerierung einer Minderheitsregierung der SPD, ohne dafür eine einzige Vorbedingung zu nennen. Andererseits schränkt sie das selbst wieder ein durch die Forderung, ein linkes Wahlbündnis — gebildet „aus Grünen, Alternativen und Sozialisten" — müsse „jeder gegen die Arbeiter, gegen die Friedensbewegung und gegen die Umwelt gerichteten Regierungsmaßnahme die Zustimmung verweigern". Dann wäre es allerdings spätestens bei der Beschlußfassung über den Haushalt mit der Tolerierung auch schon wieder vorbei.

Ein Beitrag zur Perspektive der alternativen Wahlbewegung

Mit dem Regierungswechsel und den anvisierten Neuwahlen am 6.März ist die politische Landschaft in Bewegung geraten. In kurzschlüssiger Reaktion wird in der alternativen Wahlbewegung hauptsächlich diskutiert, wer am 6. März kandidiert: die Grünen allein oder mit anderen, und welche alternative Prominenz man im Bundestag haben möchte.

Ich denke, daß ein paar weiterreichende Überlegungen notwendig sind, die selbstverständlich auch Konsequenzen für die Wahlkandidatur am 6.März (oder später) haben. Vorab: Die praktische Schlußfolgerung der folgenden Thesen geht dahin, daß die oppositionellen Kräfte sich offensiv zu der sozialen Polarisierung von Bürgerblock und Sozialdemokratie verhalten müssen und die Kandidatur zur Wahl am 6. März mehr repräsentieren muß als allein die Grünen.

I.

Ein wichtiger Gesichtspunkt ist natürlich die Entwicklung der SPD in der Opposition. Offenkundig erwarten viele Menschen eine Kehrtwende der SPD, weil sie nicht mehr in der Regierungsverantwortung steht. Zu zusätzlichen Spekulationen und Hoffnungen haben die letzten Äußerungen von Willy Brandt über die Mehrheit links von der CDU Anlaß gegeben. Mal unterstellt, Brandts Auffassungen seien die der SPD, so stehen selbst diese einer festen Kooperation im Wege. In seiner Bundestagsrede am 1.Oktober hat er für den Bezug der SPD auf Grüne, Alternative und Friedensbewegung vier Prinzipien festgehalten (nachzulesen in der FR vom 4.10.):

1. "Die Absage an Gewalt steht bei uns und für uns am Anfang und am Ende." D.h. zum Beispiel: keine Hausbesetzungen.

2. und 3.(gehört zusammen): Respekt vor den Einrichtungen unserer Verfassung und Verpflichtung auf die Beschränkungen der parlamentarischen Demokratie: Das impliziert das grundsätzliche Unterordnen außerparlamentarischer Bewegungen unter parlamentarisch-demokratische Entscheidungen. Wie eine SPD in der Opposition nach der Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Atomtod eindrucksvoll demonstriert. Und das vor der Godesberger Wende. Und heute, einen entsprechenden Einfluß in der Friedensbewegung unterstellt, würde sie genauso handeln. Entsprechend wird sie in der Opposition es zu verhindern wissen, daß die Gewerkschaften ggf. mal einen richtigen Generalstreik gegen eine CDU-Regierung durchführen. Denn aus ihrem Politikverständnis, als Volkspartei parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen, verbieten sich für die SPD solche Formen der Polarisierung.

4. Eingebundensein in die EG und die NATO; letztes zumindest solange, "bis eine Ordnung des Friedens für Europa die Auflösung der Militärbündnisse erlaubt oder sogar gebietet". Die von den USA betriebene verstärkte Konfrontation gegenüber den Warschauer Pakt-Staaten macht diese Vision einer europäischen Friedensordnung zur Illusion. Folglich ist die NATO-Mitgliedschaft für Brandt ein unantastbares Dogma mit den bekannten Konsequenzen: Unterordnung unter die USA, Nachrüstungsbeschluß etc.

Fazit: Äußerungen wie die von Brandt über eine neue Mehrheit links von der CDU (und Genscher-FDP) sind zunächst nur philosophische Überlegungen, wie die SPD die Regierungsmacht wiedergewinnen kann. Sie beinhalten noch keine solchen materiellen Veränderungen der SPD-Politik, die vonnöten wären, damit auch nur eine Tolerierung der SPD seitens der Grünen denkbar wäre.
Allerdings verfehlt Willy Schaumschläger mit dieser neuen Linie seine beabsichtigten Wirkungen nicht: Die schon fast davongelaufenen Sozialdemokraten machen sich wieder Hoffnungen, die sich wiederum in einen Erwartungsdruck auf die Grünen/Alternativen umsetzen. Beispielhaft für diesen Mechanismus ist die Aufforderung einiger Prominenter aus Hamburg an die GAL (und an die SPD), bei den Verhandlungen nicht so knickerig zu sein und das Bündnis zustandekommen zu lassen.
Und auf Seiten der Grünen haben einflußreiche Baden-Württemberger (Hasenclever, Kretschmann) die Zeichen der Zeit verstanden und plädieren für eine baldige feste Regierungskoalition unter voller Anerkennung von parlamentarischer Demokratie und Gewaltmonopol des Staates (vgl. FR, 5.10.).

Der für uns wesentliche Inhalt einer SPD-Politik in der Opposition, wenn sich die Brandt-Linie durchsetzt, ist insofern nicht, mit den Grünen zusammenzuarbeiten, sondern geschickter als Schmidt und Börner die Grünen kleinzukriegen (was natürlich auch Auswirkungen auf die Artikulationschancen der außerparlamentarischen Bewegung insgesamt hat). Wege dazu sind: Erstens in den außerparlamentarischen Bewegungen (v.a. Friedensbewegung und Bewegung gegen den Sozialabbau) ein starker Faktor zu werden. Damit würde zweitens aber den Grünen z.T. das Fundament ihrer Wahlerfolge entzogen, daß sie nämlich derzeit selbstverständlicher und unbestrittener politischer Ausdruck der — jeweils relativ homogenen — außerparlamentarischen Bewegungen sowie der Alternativscene überhaupt sind. Drittens: nicht mehr in
tischer Ausdruck der — jeweils relativ homogenen — außerparlamentarischen Bewegungen sowie der Alternativscene überhaupt sind. Drittens: nicht mehr in
der Regierung wird die SPD nicht mehr verantwortlich gemacht für "soziale Grausamkeiten" und kann dadurch einen Teil der zuletzt zu den Grünen gegangenen Protestwähler wieder zu sich zurückholen.
(Damit keine Mißverständnisse entstehen: Eine SPD unter Brandt-Kurs ist natürlich für die Möglichkeiten, die Opposition insgesamt zu stärken, eine bessere Sache als eine à la Schmidt/Börner — es war hier nicht der Zweck, diese Vorzüge herauszustreichen.)

II. Was ist von der CDU-Regierung zu erwarten?
Um zunächst am letzten Aspekt wieder anzuknüpfen: Ein Teil der vorgesehenen Maßnahmen zu Haushaltskonsolidierung ist dadurch charakterisiert, daß durch sie sozialliberale Reformen zurückgenommen werden, ohne daß dabei vergleichsweise nennenswerte Gelder "gespart" werden. Typisches Beispiel: Bafög. Maßnahmen dieser Art werden den Wunsch nach einer Neuauflage der Reform-Ära 69-74 aufleben lassen, nebst Sympathien für die Sozialdemokratie.
Insgesamt scheint mir erstens ein wesentliches Merkmal der CDU-Finanz- und Sozialpolitik zu sein, die Randgruppen bzw. die Bedürftigen hemmungslos fallen zu lassen - siehe die Einschränkung bei der Sozialhilfe und bei den Renten - und damit eine drastische Verarmung in Kauf zu nehmen; zweitens ein b e w u ß t e s Einsetzen der lohn- und anspruchsdrückenden Mechanismen, die sich aus dem Vorhandensein einer industriellen Reservearmee von über 2 Mio. Menschen ergeben (zur Gesamt k o n z e p t i o n vgl. "Revier" 10/82, S. 4ff.). Darüberhinaus gibt sich die neue Regierung anscheinend alle Mühe, die Lohnabhängigen nicht ganz vor den Kopf zu schlagen, indem etwa die Lohnfortzahlung — eine symbolträchtige Errungenschaft der Arbeiterbewegung — (bisher) nicht angetastet wird und überhaupt der Anstrich sozialer Ausgewogenheit aufgetragen wird.
Nichtsdestotrotz sind diese genannten und andere (weniger Wohngeld, Staffelmiete für Altbauten etc.) so beschaffen, daß die Finanz- und Sozialpolitik wesentliches Thema der politischen Auseinandersetzung bleiben wird und sich die SPD dabei gegenüber der CDU wieder als Partei der sozialen Gerechtigkeit und "der da unten" profilieren kann.

Wirtschaftspolitik
M.E. ist nicht ersichtlich, daß das ökonomische Projekt des Bürgerblocks eine tragfähige Grundlage hat bzw. aus der Krise herausführt.
Was kann die CDU anders machen als die SPD?
1. Nun, sie wird sicherlich den Weg freimachen für einige Großinvestitionen, für die die SPD noch kein politisches Startsignal gegeben hat wie z.B. Verkabelung oder bei denen die SPD nicht hart genug war: weitere AKW's, Rhein-Main-Donau-Kanal (Kohl hat bereits am 4. Tag seiner Kanzlerschaft eine Zusage gegeben) und WAA (Albrecht brauchte "Gorleben" nicht durchzuziehen, weil er diese politische Last Börner und damit der Regierungs-SPD aufbürden konnte). Sonderlich viel Arbeitsplätze werden dadurch nicht entstehen bzw. gesichert.
2. Die CDU will Bedingungen schaffen, daß es sich wieder lohnt, zu investieren, d.h. in erster Linie, die ökonomische Existenz von kleineren und mittleren Unternehmen zu stärken, den Leistungswillen von Aufsteigern zu fördern und dadurch Wachstumsimpulse zu bewirken. Ich halte dieses ökonomische Kalkül für unrealistisch. Um es Beispielen zu erläutern:
— Wenn der Jugendarbeitsschutz wegfällt, wird wohl der Bäckermeister reicher, aber es entstehen nicht mehr Arbeitsplätze.
— Die Konkurrenznachteile etwa in der Textil- und Elektroindustrie gegenüber Billiglohnländern werden nicht aufzuholen sein (solange keine Radikalkur wie in Chile auf der Tagesordnung steht).
— Das Kappen von Mieterrechten wird vielleicht Versicherungsgesellschaften, kaum aber Mittelschichtler zu mehr Wohnungsbau anregen. Das erhoffte Fallen der Zinsen wird den Wohnungsbau auch nicht nachhaltig stimulieren können, weil dadurch allein die Kostenstruktur des (Sozialen) Wohnungsbaus noch nicht profitabel genug wird; zum anderen bewirkt die CDU-Politik gerade, daß immer weniger Leute die immer teureren Wohnungen bezahlen können.
(Es sind natürlich weitere und gründliche Überlegungen zur wirtschaftlichen Entwicklung über diese Illustrationen hinaus nötig.) Unterstellt, daß unter einer CDU-Regierung die Arbeitslosigkeit nicht deutlich abnimmt, befürchte
Entwicklung über diese Illustrationen hinaus nötig.) Unterstellt, daß unter einer CDU-Regierung die Arbeitslosigkeit nicht deutlich abnimmt, befürchte
ich als Reaktion ein Anschwellen reaktionären oder gar faschistischer Ideologien. Zum einen die Verstärkung der Ausländerfeindlichkeit, zum andern ein enttäuschtes Abwenden von Teilen der Mittelschichts-Klientel der CDU noch weiter nach rechts.

Innenpolitik
Zimmermann Innenminister und Dregger Fraktionsvorsitzender: das bedeutet Verschärfung des Demonstrationsrechts und von Berufsverboten etc. so sicher wie das Amen in der Kirche. Eine solche Konstellation beinhaltet darüberhinaus die Bereitschaft, eine konsequente ökologische Bewegung selbst härter als von Börner vorgeführt zu unterdrücken, auch wenn sie mit einer Parlamentsfraktion von über 10% verbunden wäre.

III.
Bisher ist nur von einer SPD a la Willy Brandt die Rede gewesen. Nun gibt es für die SPD auch eine andere mögliche Entwicklungsperspektive, wie sie von Löwenthal entworfen wurde: Eine bornierte Arbeitnehmervertretung ohne Rücksicht auf Ökologie und soziale Randgruppen betreiben, auf Alternative nur draufhauen, die Reihen fest geschlossen einen Rest von 30% Wählerstimmen sichern...Eine Perspektive, die bestärkt wird, wenn die alternative Wahlbewegung Fundamentalopposition kultivieren würde. Zudem wird vom "Löwenthal-Flügel" der SPD die Option "Große Koalition" favorisiert; diese Position ist sicherlich mehrheitsfähig in der SPD (und wird von wesentlichen Teilen des Gewerkschaftsapparats unterstützt), wenn die Linie der Grünen Hessen sich in der alternativen Wahlbewegung insgesamt durchsetzen würde.

IV. Konsequenzen
Von vielen Grünen wird die Pose gepflegt: "Wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, sondern vorn". Eine Umschreibung, sich nirgends bzw. quer zum gängigen politischen Spektrum einzuordnen. Spätestens seit den politischen Ereignissen der zweiten September-Hälfte hat diese Haltung ihre Berechtigung verloren.
Die Reaktionen auf den Regierungswechsel zeigen, daß diejenigen, die sich in der Gesellschaft "unten" fühlen, empfinden, daß diejenigen die in der Gesellschaft oben sind, nun am Ruder sind, daß diese ihre Gegner sind und sich bereichern werden.
Der plötzliche Zugewinn von 10% für die SPD in Hessen ist nur so zu erklären, daß solches (momenthaftes) Aufscheinen des sozialen Gegensatzes — oder schlichter: die Solidarität der Arbeitnehmer mit ihrer politischen Vertretung — für die Wählerentscheidung weit mehr wiegt als Startbahn West, Biblis etc. Die Hessenwahl zeigt jedenfalls letztendlich, daß zwischen SPD und CDU ein deutlicher Unterschied gesehen wird.
Wenn am 6.März Neuwahlen stattfinden sollten, werden diese stärker noch als 1980 unter dem Zeichen einer s o z i a l e n Polarisierung stehn. Die Wahlkampfauseinandersetzung wird sich kraß auf Wirtschafts- und Sozialpolitik konzentrieren (wobei ferner die SPD gegenüber den Grünen die Felder Friedens- und Innenpolitik zu neutralisieren versuchen wird).
Bei Neuwahlen am 6.März, wenn die SPD noch stark durch die Schweinereien aus ihrer Regierungszeit diskreditiert ist, vermag die alternative Wahlbewegung vielleicht mit einer hessisch grünen Taktik, bei der man sich nirgends politisch einordnet und sich wirtschaftpolitisch bedeckt hält, die 5 %-Hürde überspringen. Aber bei einem deutlich späteren Termin bzw. in der politischen Landschaft nach dem 6.März würden den Grünen in Fortsetzung dieser Taktik normalerweise der Großteil der Protestwähler entzogen und so der Wählerstamm halbiert, die Grünen würden unter 5% fallen. Es ist sicherlich auch eine andere, nur scheinbar günstigere Möglichkeit denkbar: Die Grünen könnten durch a) Herbeiführen von "Unregierbarkeit" und durch b) ein Zusammengehen von SPD und CDU wegen Nachrüstung und zur nationalen Rettung einen Wähleranteil von 10% erreichen und wären trotzdem ein politisch ausgegrenzter und zu vernachlässigender Faktor zusammen mit der gesamten Alternativscene (vgl. Th. Ebermann über Lagersituation der KPD, nachzulesen in "konkret" 10/82, S. K7).
Damit nicht die oppositionelle Politik an der 5%-Hürde scheitert oder von CDU oder CDU/SPD repressiv marginalisiert wird, damit nicht die verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen von Willy Brandts Taktik durchsetzt und z.T. integriert oder gegeneinander isoliert werden, sind in der jetzigen gesellschaftspolitischen Umbruchsituation Weichenstellungen notwendig, die diese Konsequenzen zu verhindern suchen.
Das bedeutet im einzelnen:

1. Den skizzierten Parteikalkülen der SPD muß von unten her begegnet werden.
a) Die Kandidatur muß so beschaffen sein, daß sie einer künftig zu verstärkenden Zusammenarbeit von Friedensbewegung, Alternativbewegung und fortschrittlicher Arbeiterbewegung sowie anderen sozialen Bewegungen keine Steine in den Weg legt. Für den Bezug zur Arbeiterbewegung heißt das z.B., daß in den programmatischen Aussagen einer grün/alternativen Kandidatur ein unmißverständliches Bekenntnis zur Forderung „35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich" enthalten sein muß. (Wenn Leute aus der alternativen Bewegung aus der Perspektive eines A 14-Gehalts zugestehen, daß sie hypothetisch auf einen Lohnausgleich verzichten können, so ist damit ein Problem aufgeworfen, was - über den Daumen gepeilt - 95% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht (in der Lohntüte) haben.) Dies Aufeinanderzugehen der verschiedenen sozialen Bewegungen ist selbstverständlich auch geboten, um die Chancen eines Widerstands gegen CDU-Staat und aufkeimende reaktionäre Bewegungen zu verbessern.
b) Es müssen nicht nur die bestehenden Positionen der Friedensbewegung (im Kern: keine Nachrüstung) festgeklopft werden, sondern es wäre wünschenswert, wenn die Friedensbewegung diese Position als Forderung (nach Art der DGB-Wahlprüfsteine) für eine mögliche Kooperation SPD-Grüne auftischt. Das bedeutet allerdings, auf diesen Punkt bezogen, eine Diskussion um Wahlalternativen in der Friedensbewegung zu führen.

2. Versehen mit einem ähnlichen Katalog von Minimalforderungen wie bei der GAL Hamburg wäre das Angebot einer Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung zu unterbreiten. Dabei darf diese Taktik nicht beinhalten, sich als bessere Sozialdemokraten darzustellen, im Gegenteil: Es muß von Grün/Alternativen herausgestrichen werden, daß eine Neuauflage des sozialdemokratischen "Modell Deutschlands" weder wünschenswert ist, noch die aufgeworfenen Probleme beseitigt. Es sind Lösungen anderer Qualität erforderlich, die nicht ohne das Infragestellen kapitalistischer Wirtschaftsweisen auskommen.

3. Ohne ein bewußtes Aufnehmen der von CDU und SPD geführten Auseinandersetzung um Wirtschafts- und Sozialpolitik werden wir an den Rand gedrängt. Über einen evtl. Wahltag hinaus müssen wir unsere Bemühungen verstärken, zu diesen Fragen konkret greifbare Alternativen zu formulieren, die sowohl berechtigten Interessen der Lohnabhängigen Rechnung tragen, ökologischen Kriterien genügen sowie sozial benachteiligten Gruppen Perspektiven bieten. Für die Wahlkandidatur bedeutet dies, gleichberechtigt solche politischen Organisationen (DS) bzw. auch betriebliche Arbeitszusammenhänge einzubeziehen, die in diesen Bereichen (Gewerkschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) mehr als die Grünen tätig und kompetent sind und sozialdemokratischer Politik was entgegenzusetzen können.
Selbstverständlich bedeutet eine Schwerpunktsetzung v.a. im Wahlkampf auf Wirtschaftspolitik nicht, daß wir andere Bereiche (allgemein: Innen- und Gesellschaftspolitik), in denen von der CDU Schlimmes zu erwarten ist, vernachlässigen.

4. Für eine Wahlkandidatur ist nur eine grün-offene Liste realistisch, nicht irgendwelche sonstigen Formen eines alternativen Wahlbündnisses. Eine faktisch rein grüne Liste würde bewirken, daß die Unterstützung eines wesentliches Teils der außerparlamentarischen Bewegung entzogen würde und in dieser selbst wegen der Wahlfrage Gräben aufgerissen würden. Es ist deshalb parteiegoistisch und sektiererisch, wenn von einigen Grünen eine schein-offene Liste angegangen wird. Genauso unzureichend ist es, sich für eine Kandidatur einzelne Prominete aus Bewegungen rauszupicken. Überall, wo es lokal möglich ist, sollten deshalb zur Herausbildung einer wirklich grün-offenen Liste die Wahl vorbereitende Diskussionszusammenhänge angeleiert werden, die über den Kreis der bisherigen alternativen Wahlbewegung hinausgehen (s.o. Friedensbewegung). Speziell für die Bunte Liste wäre dies hilfreich, um die weitgehende Beschränkung auf "Provinspolitik" zu durchbrechen.

Reiner Schiller-Dickhut
(Der Text ist dem Rundbrief der Bunten Liste Bielefeld vom 8.10.82 entnommen)

Möglichkeiten eines linken Wahlbündnisses zur Bundestagswahl

Ein Gespenst geht um in der bundesdeutschen Linken. Das Gespenst eines alternativen Wahlbündnisses bei der nächsten Bundestagswahl. Stichworte wie „alternativer Linksblock", „offene Liste", „Wahlpartei" oder „Bündnis von Grünen, Alternativen und Sozialisten" beherrschen seit einiger Zeit die Wahldiskussion.

Eine Fülle politisch-ideologischer und taktisch/strategischer Fragen werden hierbei erörtert, wobei der Realitätsbezug nicht immer klar erkennbar ist. Um es gleich zu Beginn klar zu stellen: Auch ich halte ein gemeinsames Vorgehen der oppositionellen Kräfte bei er nächsten Bundestagswahl nicht nur für wünschenswert, sondern für absolut notwendig, wenn wir der drohenden weiteren Rechtsentwicklung durch eine Bundesregierung Kohl/Genscher wirksam entgegentreten wollen. Aber nicht nur mit dieser Offensive der Rechtskräfte werden wir in allernächster Zeit konfrontiert sein, sondern auch mit dem Versuch der SPD, befreit von ihrer „Regierungsverantwortung" bei der Friedens-, der Ökologie- und allen anderen autonomen Bewegungen im Trüben zu fischen. Willy Brandt hat es bereits als Parole ausgegeben und die Sozialdemokraten wären keine Sozialdemokraten, wenn sie sich nicht auf die alte Rolle der SPD im „bewährten" Parteiensystem zur Integration und Anbindung Linker an den bürgerlichen Staat besinnen würden. Die Hessenwahl hat neben einigen anderen Erfahrungen auch eines ganz deutlich gemacht: Die Grünen allein sind nicht in der Lage, enttäuschte ehemalige sozialdemokratische Wähler für eine wirkliche Alternative zu mobilisieren. Die Zugewinne der SPD in den letzten Tagen vor der Wahl, nach dem „Verrat" in Bonn, kamen aus dem großen Lager der potentiellen Nichtwähler. Der SPD war es gelungen, wieder einmal viele Leute, die eigentlich von der SPD die Nase voll haben, zu einer Stimmabgabe für Börner und Schmidt zu bewegen.

Noch viel stärker als bei der Hessenwahl wird der Druck der SPD als Bonner Opposition bei der Bundestagswahl sein. Der berüchtigte Spruch Schmidts, am linken Rand könne die SPD nichts holen, weil es da gar nichts gebe, stimmt nicht mehr. Nur ein Bündnis möglichst aller oppositionellen Kräfte könnte in dieser Situation ein roll-back der SPD verhindern.

Das Konzept einer „Wahlpartei"

Aber wie soll dies aussehen? Das Konzept der Alternativen Listen, in denen Leute unterschiedlicher politischer Herkunft zum Zwecke der Wahlbeteiligung in einem relativ lockeren organisatorischen Rahmen zusammenarbeiten, ist bei Bundestagswahlen ebensowenig durchzuführen wie das Modell der Hamburger GAL, bei der die Grünen und die AL eine gemeinsame Kandidatenliste unterstützten.

Das Bundeswahlgesetz (BWG) schreibt eindeutig vor (§ 27), daß Landeslisten nur von Parteien aufgestellt werden können. Listenverbindungen, Wählgemeinschaften, Beteiligung von Wählerinitiativen und ähnliches gibt es im Gegensatz zu einigen Kommunal- und Landtagswahlen bei der BuTaWa nicht.

Diesen sehr engen Vorgaben des BWG will ganz offensichtlich der Vorschlag der Revier-Gruppe zur Gründung einer „Wahlpartei" Rechnung tragen (Text in AK 225 — Anm. d. Red.). In der Tat liegt zunächst nichts näher, als ein Wahlbündnis in der Form zustande zu bringen, daß unter Aufrechterhaltung der jeweiligen politischen und organisatorischen Eigenständigkeit der beteiligten Gruppen eine Organisationsform gefunden wird, die formal als Partei fungiert.

Auch Alexander Schubart schreibt in seinem Brief an Grüne, DS, GAL und AL Westberlin: *„Nach den Bestimmungen des BWG müßte das Bündnis ... in der Rechtsform einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes organisiert sein ... Aber dies sollten wir mehr oder weniger nur als eine Formalie ansehen, die uns keineswegs an den uns genehmen, basisorientierten Strukturen hinderten".*

Abgesehen von den politischen Problemen bei der Zusammenführung verschiedener Strömungen und dem nach wie vor vorhandenen Alleinvertretungsanspruch der meisten Grünen dürfte dies aber rechtlich nicht so einfach sein.

An dieser Stelle muß ich den Leser leider mit Juristischem langweilen — aber es geht nicht anders. Nach § 2 Abs. 1 Parteiengesetz gilt folgendes: *„Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit ihrer Zielsetzung bieten."*

Forts. v. voriger Seite

Notwendig ist also als erstes eine Vereinigung, die in der Lage ist, einen einheitlichen politischen Gesamtwillen zu bilden und zu vertreten. Zusammenschlüsse mehrerer Vereinigungen, Parteienbündnisse oder ähnliches sind somit ausgeschlossen. Ebenso ausgeschlossen ist aber — und das ist für die Diskussion über eine „Wahlpartei" wichtig — ein bloß formales Umsetzen von politischen Beschlüssen, die in anderen Gremien, insbesondere in anderen Parteien oder Organisationen, gefaßt wurden. Ebenso bei der Kandidatenaufstellung: Es ist nicht über Satzung oder ähnliches abzusichern, daß von Grünen, DS'lern, AL oder sonstwem bestimmte Kandidaten auf Landeslisten der Partei einfach übernommen werden. Eine „Formalpartei" im Sinne Aschus ist nicht möglich. Dabei ist nicht auszuschließen, daß ein Wahlbündnis in Form einer „Wahlpartei", die auch vor dem Bundeswahlleiter Bestand hätte, prinzipiell einmal möglich wird. Aber dies setzt ein großes Maß an politischer Übereinstimmung und an gegenseitigem Vertrauen voraus, wie es gegenwärtig meines Erachtens nicht gegeben ist und auch bis zum Wahltermin nicht erreichbar ist.

Auch die von der Revier-Gruppe als Beispiel angeführte ADF von 1969 (ein Bündnis von DKP, DFU etc.) wird übrigens von der juristischen Literatur nicht als Partei akzeptiert. Ihre Zulassung zur Wahl folgte wohl politischen Erwägungen, war aber nach Meinung der Juristen rechtswidrig. Es ist auch nach den Erfahrungen mit juristischen Tricks beim Volksbegehren gegen die Startbahn West und dem zu erwartenden Wählerzulauf für ein alternatives Bündnis zu befürchten, daß die Anerkennung durch den Bundeswahlleiter einer reinen „Wahlpartei" nur allzu gern versagt würde — vor allem dann, wenn — wie im Vorschlag der Revier-Gruppe — die Selbstauflösung vorprogrammiert ist.

Hinzu kommt der Faktor Zeit. Sollten wirklich am 6. März stattfinden, wird es knapp. Neue Parteien müssen spätestens am 47. Tag vor der Wahl (das wäre der 18. Januar!!) ihre Wahlbeteiligung beim Bundeswahlleiter anmelden; spätestens am 34. Tag vor der Wahl (also am 31. Januar) müssen die Landeslisten bei den Landeswahlleitern vorliegen. In dieser knappen Zeit eine Organisation auf die Beine zu stellen — und zwar bundesweit — die in politischer und organisatorischer Geschlossenheit einer Partei gleichkäme, halte ich für unwahrscheinlich.

„Offene Liste" als akzeptable Alternative

Was bleibt also übrig vom „Wahlbündnis"? Der Text, der als „Meinungsbild" auf der Landesmitgliederversammlung der Hamburger Grünen am 23.9. verabschiedet wurde, betont zwar die politische Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens, schweigt sich über die organisatorisch/technische Durchführung aber aus. So heißt es relativ lapidar: *„Angesichts der Neuwahlen zum Bundestag, die vermutlich am*

über die organisatorisch/technische Durchführung aber aus. So heißt es relativ lapidar: „Angesichts der Neuwahlen zum Bundestag, die vermutlich am

6. März 1983 stattfinden sollen, sind sofortige Anstrengungen zur Zusammenführung der sozialen, ökologischen und demokratischen Opposition nötig. Nach Lage der Dinge wird es dabei vor allem darauf ankommen, daß die Bundespartei Die Grünen Initiativen dazu ergreift und ihre Bereitschaft erklärt, einen gemeinsamen Weg zu einer Kandidatur zu suchen." Ohne die eigenen Vorstellungen von der praktischen Umsetzung offenzulegen, wird im letzten Abschnitt des Papiers das Konzept einer „Wahlpartei" in Grund und Boden verdammt — und zwar nicht wegen der rechtlichen Schwierigkeiten einer Umsetzung, sondern weil sie angeblich auf Spaltung der Grünen ziele. Gleichzeitig wird von allen Freunden eines Wahlbündnisses strikte Ablehnung einer „Wahlpartei" gefordert.

Hinter diesen völlig unmotivierten Holzhackermethoden können eigentlich nur zwei Motive stecken. Entweder soll er Eigenkandidatur der Demokratischen Sozialisten, die zu favorisieren aus mir unerfindlichen Gründen der Revier-Gruppe von anderer Seite vorgeworfen wird, frühzeitig vorgebaut werden, oder das ganze ist nur taktisches Vorgeplänkel zur Durchsetzung der berüchtigten „offenen Liste" der Grünen.

Diese „offene Liste" ist das andere Extrem neben der „Wahlpartei" in der gegenwärtigen Diskussion. Was damit gemeint ist, zeigt die Hessenwahl: Die Grünen bestimmen allein und ohne „Einmischung" von außen, wer kandidiert, so daß letztendlich Grüne, die nicht Mitglied der grünen Partei sind, das Alibi für die „Offenheit" der Grünen liefern müssen. Ähnliches scheint der Bundesvorstand der Grünen auch für die Bundestagswahlen anzustreben: *„Der Bundesvorstand der Grünen geht davon aus, daß die Partei Die Grünen sich mit eigenen Listen und Direktkandidaten an den nächsten Bundestagswahlen beteiligen wird. Er begrüßt außerordentlich, wenn Menschen und Gruppen aus der Öko-, Friedens-, Bürgerinitiativen- und sozialen Bewegung sich inhaltlich und personell einbringen und auf den offen Listen der Grünen die Möglichkeit der Kandidatur wahrnehmen*". So wurde es am 26.9. beschlossen. Nun kann nach den Erfahrungen in Hessen niemand mehr ernsthaft behaupten, eine solche „offene Liste" sei ein Bündnis verschiedener Kräfte.

Die grüne Bündnisliste

Dennoch ist der Ansatz durchaus überlegenswert. Das BWG schreibt zwar vor, daß Landeslisten nur von Parteien aufgestellt werden dürfen; w i e sie dies tun und w e n sie aufstellen, bleibt völlig ihnen selbst überlassen. So ist es durchaus möglich, daß eine Partei gleichsam „Huckepack" auch andere Leute mit ins Parlament nimmt. Als wirkliches Wahlbündnis könnte dies Verfahren allerdings nur gewertet werden, wenn die anderen Parteien oder Gruppen ihre Kandidaten selbst bestimmen und diese dann von der kandidierenden Partei nur noch formal aufgestellt werden.

Wenn eine gemeinsame Kandidatur von Grünen, Demokratischen Sozialisten und bunt/alternativen Listen angestrebt wird, ist dies m. E. das einzig realistische Konzept. Die Grünen müßten garantieren, daß sie bei der Aufstellung der Landeslisten jeden x-ten Platz mit DS'lern oder ALern besetzen und daß die personelle Festlegung dieser Kandidaten den betreffenden Gruppen überlassen bleibt. Der konkrete Schlüssel der Listenverteilung müßte vorher ausgehandelt werden und zwar für jedes Bundesland einzeln. So wäre gewährleistet, daß diese Listen die politische und organisatorische Bedeutung der beteiligten Gruppen widerspiegeln können.

Der größte Nachteil bei diesem Vorgehen ist, daß die Landeslisten solche der Partei Die Grünen wären, daß unter diesem Namen Kandidatur und Wahlkampf laufen müßten. Es käme in einem solchen Fall darauf an, im Wahlkampf den Bündnischarakter dieser Listen deutlich zu machen.

Das Hauptproblem, dem sich jedes Konzept eines Wahlbündnisses gegenüber sieht, ist die Haltung der Grünen. Was von der letzten Bundesvorstandssitzung der Grünen nach außen drang, war alles andere als ermutigend. Sollte der Bericht in der „Frankfurter Rundschau" vom 28.9.82 zutreffen, daß die Grünen die DS für ein Subsystem der DKP halten, so wären Zweifel an der politischen Ernsthaftigkeit der grünen Politik wohl angebracht.

Die Diskussionen um die Hessenwahl haben deutlich gemacht, daß die grüne Arroganz nicht einmal eine Diskussion von Vorschlägen, geschweige denn gemeinsame praktische Schritte ermöglichte.

Im Wahlaufruf der hessischen DS haben wir angekündigt, weitere Alleingänge der Grünen nicht noch einmal
ermöglichte.

Im Wahlaufruf der hessischen DS haben wir angekündigt, weitere Alleingänge der Grünen nicht noch einmal zuzulassen. Es wird auch für die Bundestagswahl ganz entscheidend darauf ankommen, inwieweit es dem linken Teil der alternativen Wahlbewegung (DS, AL etc.) gelingt, die starke Fixierung auf die Grünen durch eigenständiges Auftreten zu überwinden.

Andreas Jürgens
Mitglied des Sprecherausschusses der DS-Gruppe Marburg/Lahn

OB-Wahlen in Freiburg:
Chance verspielt

Die Voraussetzungen waren ja bestens: Freiburg hat ein grün-alternatives Potential wie kaum eine andere Stadt in der BRD, bei Demonstrationen gehen kurzfristig schon mal 10-15.000 Menschen auf die Straße (Schwarzwaldhof, Dreisameck, Wyhl), und bei den letzten Kommunal- und Landtagswahlen haben an die 12% der Wähler ihre Ablehnung der etablierten Politik auf dem Stimmzettel dokumentiert.

Was SPD und CDU in den Sessel des Oberbürgermeisters hieven wollten, machte auch nicht gerade viel her: Rolf Böhme, vormals Finanzstaatssekretär in Bonn, der u.a. die Gelder für die Stationierung der Mittelstreckenraketen durch großangelegte „Sparoperationen" an BAFöG, Renten, Gesundheitsfürsorge etc. eintreiben half, sollte das kleinere Übel markieren. Die CDU hatte gleich einen richtigen Grafen zu bieten, Sven-Rüdiger von Ungarn-Sternberg und Reichsfreiherr zu Pürkel, bisheriger Baubürgermeister und profilierter Abrißpolitiker. Beide versprachen, die bewährte Politik des früheren OB fortzuführen, die ja schließlich Freiburg weit über die Grenzen Südbadens hinaus als „Polizeiburg" berüchtigt gemacht hat.

Ein alternativer Kandidat hätte also alle Chancen gehabt, über das traditionelle linke Potential hinaus, die OB-Wahl (die Oberbürgermeister werden in Baden-Württemberg direkt gewählt) zu einer Abstimmung gegen Abrißpolitik, Schnellstraßenbau, Erhöhung der „Polizei-Dichte", Sozialabbau, „Wirtschaftsförderung" etc. zu machen. Die Fronten waren klar gezogen und bei einer gemeinsamen Kandidatur und Wahlkampagne der gesamten grünalternativen Bewegung wäre wohl ein Traumergebnis drin gewesen.

Wenn es einen alternativen Kandidaten gegeben hätte. Es gab aber nicht nur e i n e n , sondern gleich derer s i e b e n . Es kandidierten: Bunte Liste, Grüne, DKP und vier Einzelkandidaten der „Scene".

Gemeinsamer Alternativkandidat ?

Bereits etwa ein Jahr vor der Wahl hatte sich ein „Alternatives OB-Wahlforum" gebildet, zu dem praktisch die ganze an der OB-Wahl interessierte politische Szene Beobachter oder Vertreter geschickt hatte (bis hin zu einem abtrünnigen SPD-Ortsverein). Doch die unterschiedlichen Interessen zeichneten sich schon früh ab: Die Bunte Liste (ein Freiburger Kuriosum, das politisch ausschlie ßlich die Marxistisch-Reichistische Initiative repräsentiert und mit einem Sitz im Stadtrat vertreten ist) ließ von vornherein durchblicken, daß — sollte es einen gemeinsamen Kandidaten geben — der auf jeden Fall Gottfried Niemitz

Stadtrat vertreten ist) ließ von vornherein durchblicken, daß — sollte es einen gemeinsamen Kandidaten geben — der auf jeden Fall Gottfried Niemitz

(BL-Stadtrat) heißen müsse. Die Grünen hielten sich bedeckt; von ihnen waren zum Thema Wahlbündnis stets nur widersprüchliche Aussagen von Einzelpersonen zu hören. Aus der „Scene" wurde — nicht besonders ernsthaft, eher nebenbei — die Kandidatur eines Hausbesetzers favorisiert. Von der DKP schließlich wurde der Vorschlag ins Spiel gebracht, eine „integere Persönlichkeit" von außen zu holen (gedacht war etwa an Uta Ranke-Heinemann), um möglichst weit ins bürgerliche Lager einzubrechen und zugleich den Animositäten bei den Grünen entgegenzukommen.

Jedenfalls, Geplänkel im Wahlforum hin oder her — kaum begann die Bewerbungsfrist zu laufen, hatte die BL schon ihren Kandidaten fest aufgestellt. Die Grünen dagegen begannen ziemlich lustlos, sich mit dem Thema zu beschäftigen, daß hieß für sie, zuallererst nach Kandidat/inn/en zu suchen. Die Diskussion, ob nur-grün oder alternativ, wurde dagegen ausgeklammert. Dann entdeckte auf einmal die basisdemokratische Fraktion, daß das Amt des OB etwas durch und durch undemokratisches sei, weshalb man es auch nicht anstreben und daher auch nicht dafür kandidieren dürfe. Lebhafter wurde die Debatte, als der Vorschlag einer Massenkandidatur als „bewußte Provokation" ins Spiel kam und von der Wahlboykottfraktion aufgegriffen wurde. Mit der Zeit sank dann die angepeilte Kandidatenzahl von 200 (Mitgliederzahl der Freiburger Grünen) über 20 auf drei, was man dem Flügel, der für e i n e Alternativkandidatur eintrat, als Kompromiß zu verkaufen suchte. Nach längerem Hin und Her einigte man sich schließlich kurz vor Abgabeschluß wieder auf eine grüne Kandidatin. Obwohl diese bereit gewesen wäre, mit Unterstützung des alternativen Wahlforums unter gemeinsam erarbeiteten Forderungen zu kandidieren, wurde solch ein Wahlbündnis von der grünen MV unter Hinweis auf die Beteiligung kommunistischer Gruppen am Wahlforum brüsk zurückgewiesen. Darin waren sich plötzlich Basidemokraten und Parteirechte völlig einig. Mit schöner Offenheit hieß es in der ursprünglichen, dann nicht mit verabschiedeten Begründung des Antrags, man habe *„es nicht nötig, als Steigbügelhalter für nicht erfolgreiche Gruppen zu fungieren, geschweige denn sich von diesen vereinnahmen oder unter Druck setzen zu lassen"*. Die blasierte Selbstherrlichkeit der Grünen ging so weit, selbst die Unterzeichnung eines Wahlaufrufs zur Alternativwahl (gegen Ungern-Sternberg und Böhme) zu boykottieren. (Zu den Skurilitäten des Wahlkampf gehörte dann, daß der AKW-Befürworter und — immer noch! — grüne Landtagsabgeordnete Helgo Bran auf den CDU-Veranstaltungen heftig ud ostentativ dem Grafen Ungern-Sternberg zujubelte). Schließlich mußte die DKP — nachdem sie sich bis zum Schluß ernsthaft für ein Wahlbündnis eingesetzt hatte — doch auch noch einen eigenen Kandidaten einreichen.

Wahlkampf — Bunte Liste contra Punks

Wahlkampf — Bunte Liste contra Punks

Der Wahlkampf wurde von den Grünen praktisch gar nicht, von der DKP kaum, von der BL dagegen mit Vehemenz und großangelegten Plakataktionen geführt. „Ein zweistelliges Ergebnis", meinte ihr Kandidat Niemitz, sei „nicht utopisch". Während der Rest der politischen Szene über solche Kraftsprüche nur noch mit dem Kopf schüttelte, überkleisterten eines Nachts einige ob des BL-Wahlkampfstils ernsthaft Erboste die Konterfeis von Niemitz ebenso wie die seiner bürgerlichen Mitbewerber mit AZ-Plakaten (AZ = Autonomes Zentrum). Es kam zu einer Klopperei mit vorbeikommenden BLern, die damit endete, daß die BLer *„die Täter der herbeigerufenen Polizei übergaben"*, (dieses und folgende Zitate aus BL-Flugblättern) und Strafanzeige gegen sie stellte.

In den nächsten Tagen entspann sich ein regelrechter Kleinkrieg. Die Punks forderten die Rücknahme der Anzeigen, machten Putz vor einem Stadtstand der BL und ließen beim BL-Büro einige Scheiben zu Bruch gehen. Das Abreißen von BL-Plakaten wurde eine Zeitlang regelrecht zum Sport, auf das im Punk-Cafe Freibier ausgesetzt wurde. (Ein derartiges „politisches" Engagement hatte das AZ schon lange nicht erlebt; auf den Wahlforumstreffen tauchten erst wenige Wochen vor der Wahl wieder Leute aus der „Scene" auf. Beitrag zum Wahlbündnis gleich null...) Die BL tickte daraufhin komplett aus und diffamierte die AZler und Punks als *„Neofaschisten, die im AZ Unterschlupf gefunden haben"* und *„braunen Stoßtrupp der Rechtsradikalen"*. Der Unterschied *„zwischen einem geschniegelten SS-Mann und einem grünhaarigen Gröhler und Büroverwüster"* sei eben bloß äußerlich. Wie schon bei der SA bildeten *„dumpf rebellisch gärende, aber schwache Köpfe von armen Teufeln, die die Gesellschaft hat verkommen lassen"* und *„psychisch Labile"* die Basis dieser *„neuen Rechten"*. *„Unbestreitbar schwebt über dieser Wahl erstmals wieder ein gewisser Schatten von Weimar"*, meint die BL, und das habe natürlich einen Grund: *„WEIL WIR DIE EINZIGE KONSEQUENTE OPPOSITION IN FREIBURG SIND"*.

Kompletter Realitätsverlust, gepaart mit absurder Selbstüberschätzung und hysterischem Verfolgungswahn: *„Unsere Feinde zeigen Photos unserer Mitglieder in ihren Reihen herum, um Attentate vorzubereiten"*. Das ging so weit, daß BL-Kandidat Niemitz für das BL-Büro und für seine Person Polizeischutz(!) beantragte, da er sich an Leib und Leben bedroht fühle. (Ein Vorgang, den SPD-Fraktionschef Landsberg zum Anlaß nehmen konnte, sich öffentlich über die *„tiefgreifende Bewußtseinsänderung* (der BL) *gegenüber dem Staat und seinen Institutionen"* zu freuen und eine süfissante Anfrage an die Freiburger Stadtverwaltung zu richten, ob die unterbesetzte Freuburger Polizei den Schutz von Niemitz gewährleisten könne, oder ob nicht Bereitschaftspolizei und SEK angefordert werden müßten). Auf ihren Flugblättern bestätigte die BL der Polizei: *„Im wesentlichen verhielt sie sich korrekt"*; sie rügte *„polizeiliches Fehlverhalten im Einzelfall"* (die Bullen hatten nicht sofort, wie gefordert, Jagd auf *„randalierende"* Punks gemacht), und forderte empfindliche Strafen *(„es muß ja nicht gleich ein volles halbes Jahr sein")*. Sie selbst tat ein übriges mit Tränengas, Knüppeln und regelrechten Dokumentationstrupps, die Bilder von mutmaßlichen „Tätern" zusammen mit eigenhändig abgegriffenen Punks der Polizei übergaben. In ihren Flugblättern, die mit 60.000er Auflage an alle Freiburger Haushalte verteilt wurden, denunzierte sie namentliche einzelne einzelne AZ-Aktivisten als „Drahtzieher" des „gefährlichen Terrors". Während sich im AZ schließlich die Meinung durchsetzte, alle Aktionen gegen die BL einzustellen und die Sache nicht weiter eskalieren zu lassen, hielten es einige Punks für besonders witzig, „Punk gegen Niemitz" zu veranstalten und einen Aufkleber mit der Parole „BL verrecke!" herauszubringen.

Die Freiburger Linke reagierte auf die Vorfälle mit einer Erklärung, die sich von den BL-Tiraden distanzierte und die Rücknahme der Anzeigen verlangte. (Unterzeichnet praktisch vom gesamten Spektrum der politischen Organisationen und Initiativen). Die Isolation der BL ist total, und sie dürfte — zeigt sie sich wie bisher unfähig zu irgendeiner Selbstkritik — spätestens nach der nächsten Kommunalwahl sang- und klanglos in der Versenkung

zeigt sie sich wie bisher unfähig zu irgendeiner Selbstkritik — spätestens nach der nächsten Kommunalwahl sang- und klanglos in der Versenkung

verschwinden.

Die „Scene" kandidiert

Das einzig ermunternde Zwischenspiel im Wahlkampf lieferten die Kandidaten aus dem AZ, die sich kurz vor Einreichungsschluß selbst aufgestellt hatten. Die öffentliche Kandidatenvorstellung im Kongreßsaal wird eine Denkwürdigkeit in der Stadtgeschichte bleiben: Attai mit Frack, Zylinder, Pappnase und Teddybär im Arm; Benito im Radlerdress und Badekappe Luftsprünge vollführend; im Publikum Fähnchen, Luftballons und „tosender Jubel" (Badische Zeitung). Die Wahlreden reichten von der Rezitation eines finnischen Heimatromans bis zur vehement vorgetragenen Forderung „Flutet die Fußgängerzone. Freiburg muß das Venedig Südbadens werden!" Der Saal tobte; „Betroffenheit und Ratlosigkeit" (BZ) herrschte dagegen bei den völlig unbeachteten „ernsthaften" Bewerbern. Denen fiel am Tag danach nur die hilflose Forderung nach einer Änderung der baden-württembergischen Wahlgesetzgebung ein...

Das Spektakel war wohl das Beste, was noch rauszuholen war. Die Chance, an den politischen Verhältnissen in dieser Stadt irgendwas zu ändern, hat die Freiburger Linke verspielt. Nochmal OB-Kandidat Wilhelm: **„Es bleibt alles anders, oder es wird wie es war".**

Zwei Genossen aus Freiburg

P.S.: Im ersten Wahlgang erhielten an Stimmen: Grüne 4,5% (bei der letzten Kommunalwahl 8,4%); Bunte Liste 1,5% (2,4); DKP 0,5% (0,5); CDU-Graf Ungern Sternberg verfehlte mit 48,9% knapp die absolute Mehrheit.



Ein Beamter der Wehrsportgruppe SEK bewacht ein verschönertes Plakat des Kandidaten Sven Baron von Ungern-Sternberg (CDUhuhu)

Arie Goral
Einige Informationen über Nahum Goldmann

Über Nahum Goldmann einiges von Wert und Bestand vor Menschen auszusagen, die gemeinhin nichts über ihn wissen, es sei denn, daß er Jude und "Zionist" war und unlängst verstorben ist, ist darum schwierig und problematisch, weil allein schon über die Inhalte dessen, was "Jude" und "Zionist" bedeuten, Verständigungsschwierigkeiten bestehen. Zunächst noch folgende Vorbemerkungen: Warum die Redaktion vom "Arbeiterkampf" mich um einen Artikel über Nahum Goldmann bat, ist mir nicht so ganz ersichtlich. Welche Motive aber auch mitgesprochen haben mögen, ich betrachte meinen Text als Informationsbeitrag, der natürlich unzensiert erscheint. Weiterhin setze ich voraus, daß der Artikel ohne irgendeinen redaktionellen Kommentar veröffentlicht wird. Gegen eine Kommentierung und Diskussion in einer der folgenden Ausgaben des "Arbeiterkampf" ist nichts einzuwenden im Gegenteil, ich würde sie begrüßen, erwarte aber, daß mir Gelegenheit zu einem Schlußwort gegeben wird. Schließlich erwarte ich, daß mein Artikel, für den ich kein Honorar nehme, nicht durch Satzabsurditäten inhaltlich entstellt wird, daß also Korrektur gelesen wird. Letzteres ist leider heutzutage nicht mehr selbstverständlich und macht die Bereitschaft, auf der hier geschilderten Basis Artikel zu schreiben, oft zu einem selbstmörderischen Abenteuer.

Nahum Goldmann hat selbst dazu beigetragen, daß er schon zu Lebzeiten eine Legende war. Das lag nicht zuletzt an seiner phänomenalen Vielseitigkeit, die politisch, philosophisch, weltanschaulich und auch menschlich den Rahmen und die Grenzen einer bürgerlichen Existenz sprengte. Der Bürger Nahum Goldmann war seinem Wesen und Denken nach gleichzeitig der Antibürger par excellence. Für Judenheit und Judentum des zwanzigsten Jahrhunderts gehört er mit zu den epochemachenden Bewegern und "Animatoren", der als Theoretiker schon im Denkansatz — und darin liegt eine seiner hervorstechensten Qualitäten — die Umsetzung einer Idee in die Wirklichkeit, nämlich als Realisierungsprozeß im Sinne einer praktischen Vernunft immer einbezog. Der Humanist Goldmann war aus dem Antrieb seines Humanismus Realpolitiker — mit allen Konsequenzen, Widersprüchen und Pragmatismen eines solchen. Er war kein Sozialist und schon allemal kein Kommunist, aber er war im wahrsten Sinne des Worters ein revolutionärer Progressivist - insbesondere als Jude.

Verständigungsschwierigkeit 1 mit den Lesern vom Arbeiterkampf: Revolutionärer Progressivist und zionistischer Jude, wie läßt sich das überhaupt vereinbaren? Schließt das eine nicht das andere aus, hebt es sich faktisch als unauflösbarer Widerspruch nicht gegenseitig auf? Die Schwierigkeit der Verständigung bzw. des Verständlichmachens liegt darin, daß (nicht nur) den Lesern meines Artikels die historischen Kenntnisse über jüdische Geschichte und Geistesgeschichte des Judentums fehlen, ohne die die Komplexität einer Erscheinung wie die Nahum Goldmanns, sein Wirken und seine Wirkung für Judenheit und Judentum zwangsläufig unverständlich bleiben, es sei denn, man begnügt sich mit vordergründiger Versimpelung, die „vereinnahmende Solidarität" erbringt: daß er scharfe Kritik an Begin und seiner Politik übte. (Um das zu tun, muß man nicht unbedingt Nahum Goldmann sein). Scherz beiseite, den meisten sind Judentum und Judenheit mit ihren kulturellen, sozialen und gesellschaftspolitischen Herkünften aus der Geschichte bis in die Entwicklungen der Neuzeit Terra incognita. Man machte sich ja auch nie die Mühe, davon etwas zu erfahren. Seien wir ehrlich, für die meisten ist das Judesein nicht mehr als ein mehr oder weniger bedauerlicher, ansonsten aber wenig besagender „biologischer Betriebsunfall" für den einen oder anderen, von dem man weiß, daß er Jude ist. (Der möglicherweise auch nur noch per Zufall oder aus „Schicksal" einer ist).

Bei Nahum Goldmann ging und geht es um ganz andere „jüdische Qualität" und geistesgeschichtliche Dimensionen. Goldmann war aus wissensmäßig begründeter Überzeugung engagierter Jude, der im Zionismus kulturgeschichtlich, gesellschaftsstrukturell und sozioökonomisch den emanzipatorischen Weg des Judentums für Gegenwart und Zukunft sah. Sein Selbstverständnis als Jude entwickelte sich auf der Basis des von Existenzproblemen, Krisen und Katastrophen erschütterten und bedrohten Judentums. Wenn Nahum Goldmann auch mit dem Image eines „deutschen Juden" - die Ausgabe seiner Selbstbiographie, die 1980 bei Langen Müller erschien, führt den Titel „Mein Leben als deutscher Jude", ursprünglich aber hieß sie „Staatsmann ohne Staat" - oft präsentiert wird, so darf nicht vergessen werden, daß er nicht nur seiner Geburt nach ein Ostjude war. Er entstammte einer jüdischen Familie mit rabbinischer und jüdisch religiöser Tradition. Wie er selbst schreibt, erlebte er seine Kindheit in einem „jüdischen Stetl". Von den Großeltern her war eine Familie eng mit Wilna, der angesehensten jüdischen Gemeinde Rußlands, verbunden. Sein weiterer Lebens- und Studienweg brachte ihn in engen Kontakt mit der westeuropäischer Kultur. Aus dieser Verbindung ostjüdischer Geistigkeit und westeuropäischer Philosophie formte sich der kritische Verstand dieses Mannes, dem zeit seines Lebens das Schicksal der Judenheit „die Welt bedeutete". Das hört sich theatralisch an - und er liebte und verstand es, sich und jeweils seine Sache in Szene zu setzen - aber seine durch Vernunft und Logik gezügelte Phantasie verfolgte mit unbeirrbarer Beharrlichkeit die Verwirklichung seiner Ideen. Darunter gab es keine, die nicht um zentrale Fragen des Judentums kreisten. Man könnte sagen, er war ein ekstatischer Realist der Verwirklichung von Utopien. Eines seiner Hauptprojekte war die Herausgabe der Encyclopaedia Judaica, sozusagen des Monumentallexikons des Judentums. Die deutsche Ausgabe war auf fünfzehn großformatige Folianten berechnet, von denen aber nur zehn erschienen. Die Machtübernahme des NS-Gewaltregimes machte den grandiosen Plan zunichte, sodaß das Werk Fragment blieb. Auch in diesem Vorhaben manifestierte sich die Leitidee dieses aus west-östlicher Geistessynthese geformten Juden. Im Zentrum seines Denkens und Wirkens standen zwei sich gegenseitig bedingende und ergänzende Konzeptionen: einmal der Widerstand gegen die Assimilation und gleichzeitig die Schaffung eines jüdischen Zentrums in Palästina.

Verständigungsschwierigkeit 2: Begriffe wie „Assimilation" und „Emanzipation" bzw. „Autoemanzipation" den Lesern des ARBEITERKAMPF als Kriterien der neueren jüdischen Geschichte zu erklären.

Verständigungsschwierigkeit 3: Begreiflich zu machen, warum sich die jüdische Religionsgemeinschaft mehr und mehr als Volk versteht und, selbst bei aller Kritik, sich mit dem Staat Israel solidarisch erklärt.

Zunächst sei gesagt, daß es weder meine Absicht noch meine Aufgabe ist, hier eine dem Zionismus und dem Staat Israel gewidmete Apologie zu schreiben. Ich soll einige Informationen über das Denken und Wirken Nahum Goldmanns liefern, was aber vom Thema her impliziert, daß einige Grundlagenbegriffe und deren Inhalte, die für Goldmann gültig waren, in unsere Darstellung einbezogen werden müssen. Nur so ist die politische Entwicklung Goldmanns als Konsequenz aus weltanschaulichen und philosophischen Denkprozessen überschaubar.

Die Alternative Assimilation oder Autoemanzipation wurde nicht erst aktuell, nachdem der russisch-polnische Arzt Leon Pinsker sein berühmtes Manifest AUTOEMANZIPATION 1882 veröffentlichte. Unterdrückung, Verfolgung und soziales Elend im Osten; im Westen immer wieder verzögerte bürgerliche Gleichberechtigung, ebenso berufliche Diskriminierung. Sowohl im Osten als auch im Westen Anwachsen des Antisemitismus gegenüber dem bzw. den Juden als Konkurrenten oder als Angehörige einer unerwünschten Minderheit. Nahum Goldmann, 1895 geboren, wuchs auf in einer Zeit, in der „die Judenfrage" für Judentum und Judenheit zum zentralen Problem wurde. Im Osten permanente Bedrohung durch Pogrome, im Westen Pseudoemanzipation, die zwar die Ghettoisierung beendet hatte, aber das Judentum als eigenständige Kultur nicht gelten ließ, ebensowenig wie den einzelnen Juden als gleichberechtigt in der Berufswahl. Um diesem ständigen Druck auszuweichen, wählten viele Juden, darunter die intellektuell qualifiziertesten, oft den Ausweg der Assimilation, und sei es die Taufe. Diese „Lösung" blieb aber nur einzelnen Privilegierten vorbehalten, ohne Antwort auf die Situation der jüdischen Massen zu geben, insbesondere nicht für die Masse der armen Schichten.

Neben mir liegt eine Schrift Goldmanns aus dem Jahre 1919 „Die drei Forderungen des jüdischen Volkes". Sie lauteten: Palästina - Nationalautonomie im Osten - Gleichberechtigung in allen Ländern. Es ging um die Lösung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Probleme. Hierbei handelte es sich nicht um Individualvorstellungen oder Parteiprogramme, sondern diese Forderungen erhob die Judenheit gemeinsam als ein Ganzes. Als Quintessenz jahrhundertelanger Erfahrungen und auch unter dem Einfluß des Aufkommens nationaler Befreiungsideen kristallisierte sich aus der jüdischen Religionsgemeinschaft das Verlangen nach der Volksgemeinschaft. Anders gesagt: Das Objekt der Geschichte wurde seinem Selbstverständnis nach zum Subjekt. Auch für Goldmann ging es keineswegs allein um Palästina, sondern ebenso um die Lösung sozialer, ökonomischer und kultureller Probleme des Judentums in der Diaspora.

Aus dieser globalen Sicht und interregionalen Konzeption, das Existenzproblem der Judenheit zu lösen, ergaben sich das weitere Denken und Wirken Goldmanns, nicht minder seine Konflikte und Kontroversen im innerjüdischen Bereich. Weltanschaulich und politisch standen ihm linksliberal progressive Konzeptionen näher als orthodox konservative und national chauvinistische. Wer aber glaubt, ihn aus seiner Gegnerschaft zu Begin als Gegner des Staates Israel reklamieren zu können, täuscht sich und andere. Goldmann sagt in seinen (überaus witzigen, sehr kontrastreichen und oft widersprüchlichen, aber immer menschlich lebedigen und aufschlussreichen) Memoiren einmal: „Jüdisches Bewußtsein war mir immer eine Selbstverständlichkeit." Worin aber war dieses „jüdische Bewußtsein" begründet? Woher fand es - historisch und gegenwartsbezogen - die Kraft und Ausdauer zu der Dynamik, die ihn bis an sein Lebensende auszeichnete?

Der geistig- und kulturpolitischen Richtung im Judentum, der Goldmann angehörte, ist jüdisches Bewußtsein identisch mit Geschichtsbewußtsein, das die Kontinuität der jüdischen Geschichte bejaht, somit auch im Neuerwachen einer Volksidentität die Renaissance des Judentums sieht. Im Judentum spielte sich eine der Volks- und Nationwerdungen der neueren Geschichte ab, wie beispielsweise in der arabischen Welt. Nationalbewußtsein war aber für Nahum Goldmann nicht identisch mit Nationalchauvinismus, vielmehr bedeutete die nationale Idee die Verwirklichung des jüdischen Humanismus, nämlich die Schaffung eines Zentrums aus dem Geist des Judentums. Ein solches Ziel war für ihn nur mit Mitteln des politischen Ausgleichs zu erreichen. Sein Konflikt mit Begin ergab sich zwangsläufig aus den völlig verschiedenen Vorstellungen von der Realisierung der nationalen Idee. Goldmann war aber nicht gegen den Staat Israel an sich, im Gegenteil, er sah in ihm eine aus der jüdischen Geschichte hervorgegangene Notwendigkeit. Goldmann war Taktiker und Prakmatiker, von ideologisch gebundener Parteilichkeit hielt er nichts. Letztlich läßt sich Nahum Goldmann überhaupt nur schwer einordnen. Er selbst sagte von sich, daß er oft seine Meinung in jüdischen Fragen änderte, weil die objektiven Machtverhältnisse ihn dazu zwangen. Als Sprecher des Jüdischen Weltkongresses, als „Staatsmann ohne Staat", der die Belange der Weltjudenheit vertrat, nachdem die größte Katastrophe über die wahrlich an Katastrophen nicht armen Geschichte der Juden eingebrochen war, gehört er zweifellos zu den bedeutenden jüdischen Persönlichkeiten unserer Zeit.

Ende 1932, kurz vor Machtantritt des NS-Gewaltregimes, sprach Nahum Goldmann in Hamburg in der Aula des Heinrich-Hertz-Gymnasiums über „Krisis und Entscheidung". Ein älterer Freund des hier Berichtenden leitete die Veranstaltung, die von der Zionistischen Vereinigung - Hamburg einberufen worden war und die zum wesentlichen Teil von Anhängern des Links- und Arbeiterzionismus geprägt wurde. Nun mag der Leser des ARBEITERKAMPF Israel und den Zionismus in altbewährter Manier „disqualifizieren", er wird an der historisch unumstößlich verbrieften Tatsache nichts ändern können, daß die Analyse Nahum Goldmanns die damalige Situation und deren Perspektive genau erfaßte, indem er prognostizierte, daß sich die politische Entwicklung immer mehr zuspitzen werde und insbesondere die in Deutschland lebenden Juden die Opfer sein würden. (Natürlich dachte auch er noch nicht an Möglichkeit und Realität von AUSSCHWITZ). Goldmann wußte aber zu differenzieren, indem er einerseits das Machtpotential der Nazis 1932 ohne Illusionen richtig einschätzte, aber andererseits aus jüdischer Sicht die spezifisch den Juden drohende Gefahr durch den Antisemitismus hervorhob. Es dürfte dem Leser des ARBEITERKAMPF - aber nicht nur ihm - in seiner Geschichtsaufarbeitung, soweit er sie betreibt, bisher verborgen geblieben sein, daß in der politischen Auseinandersetzung der bürgerlich demokratischen Parteien und auch der proletarischen Linken mit dem Nazismus, der Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche und politische Diskriminierung einer Minderheit und als Bedrohung der Demokratie an sich nicht erkannt und für sich nicht bekämpft wurde. Die Entscheidung lautete für Goldmann: Autoemanzipation - wie schon Pinsker fünfzig Jahre vorher diagnostizierte - und Aufbau eines jüdischen Zentrums in Palästina.

Daß die Realität andere Wege ging, als Nahum Goldmann in Hinblick auf Palästina/Israel es sich vorstellte, erbrachte seine Konflikte, die nicht erst seit Regierungsantritt von Begin datieren. Wie auch immer: Nahum Goldmann geht in die jüdische Geschichte als einer der Baumeister des Staates ein, den er so nicht wollte. Hätte er selbst diesen Widerspruch in seiner Biographie dokumentiert, so gewiß in der Form einer seiner Anekdoten. Er hatte im besten Sinne das, was man „jüdischen Humor" nennt. (Jüdischer Humor ist, wenn man trotzdem lacht...). In Jerusalem, wo er jetzt begraben liegt, hatte er über Jahrzehnte einen ihm adäquaten Gesprächspartner, Martin Buber, mit dem er bereits in Deutschland die sie gemeinsam bewegenden Fragen diskutierte. Goldmann berichtet, daß er oft mit Buber, den er sehr schätzte, nicht übereinstimmte. Buber sagte 1928 u.a. auf der Gründungskonferenz der Liga für das arbeitende Palästina: *„Wenn der Aufbau Palästinas gelingen soll, muß er sozialistisch sein. ... Ein Sozialismus, in dem sich die Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft verändert haben, ohne daß sich die Beziehungen der Menschen zueinander gewandelt hätten, ist keiner"*. 1929 sagte Buber in einer berühmten programmatischen Rede „Nationalheim und nationale Politik in Palästina": *„Wir haben in Palästina nicht mit den Arabern, sondern neben ihnen gelebt. Das Nebeneinander zweier Völker auf dem gleichen Territorium muß aber, wenn es sich nicht zum Miteinander entfaltet, zum Gegeneinander ausarten".*

Vielleicht haben sie auch darüber diskutiert, ohne sich einig über den Weg zu werden, wenn sie auch im „Prinzip Verständigung" übereinstimmten. In der heutigen politischen Realität der Judenheit und Israels spielt das philosophische und politische Vermächtnis beider nur eine untergeordnete Rolle. Aber das kann sich ändern, wenn die Zeit Begins abgelaufen ist. Aber selbst als dessen Kritiker und Gegner, an ihrer kritischen Solidarität mit dem Staat Israel ließen beide nie einen Zweifel, ebensowenig an ihrer Forderung nach Anerkennung des unabdingbaren Existenzrechts Israels durch die Araber und Palästinenser, um endlich zu einem Zusammenleben auf der Basis der Kooperation und des Friedens zu kommen. Dazu bedarf es aber der Einsicht und des Willens auf beiden Seiten.

Kontaktadressen

Flensburg
*KB/Gruppe Flensburg
c/o Buchladen Tigerberg
Norderstraße 89
2390 Flensburg*

Kiel
*H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1*

Lübeck
*Postlagerkarte 08 23 14 A
2400 Lübeck 1*

Bremerhaven
*KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597*

Bremen
*B. Möller
Postfach 10 31 41
2800 Bremen 1*

Braunschweig
*Postlagerkarte 08 13 78
3300 Braunschweig*

Emden
*Postlagerkarte 06 74 58 A
2970 Emden*

Göttingen
*Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
3400 Göttingen*

Hannover
*V. Campen
Postfach 12 62
3000 Hannover 1*

Lüneburg
*Postlagerkarte 01 78 90 A
3140 Lüneburg*

Weser-Ems-Gebiet
*Postlagerkarte 07 01 78 A
2900 Oldenburg*

Bielefeld
*Vertriebsbüro
Buddestraße 9
4800 Bielefeld*

Bochum
*Postlagerkarte 05 60 11 A
4630 Bochum*

Dortmund
*KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
4600 Dortmund 1*

Duisburg
*Postlagerkarte 08 01 90 A
4100 Duisburg*

Köln
*KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1*

Mönchengladbach 2
*Postlagerkarte 00 67 45 A
4050 Mönchengladbach*

Münster
*Postlagerkarte 02 90 33 B
4400 Münster*

Darmstadt
*Hauptpostlagernd
Postlagerkarte 01 86 40 B
6100 Darmstadt*

Frankfurt
*Postlagerkarte 03 27 76 B
6000 Frankfurt 1*

Freiburg
*schriftlich c/o KB über
Buchladen Jos Fritz
Wilhelmstraße 15
7800 Freiburg*

Heidelberg
*Postlagerkarte 07 10 89 A
Postamt Leimen
6900 Heidelberg*

Stuttgart
*Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1*

Nürnberg
*P. Tröstler
Postfach 15 04 72
8500 Nürnberg*

Würzburg
*Postlagerkarte 07 93 03 A
8700 Würzburg*

Trier
*Postlagerkarte 03 10 78 B
5500 Trier*

Solidaritätsaufruf für Alexander Schubart

Im Oktober 1982, kurz nach den hessischen Landtagswahlen, soll der Strafprozeß gegen den Sprecher der "Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren - Keine Startbahn-West", Alexander Schubart, vor dem Staatsschutzsenat am Frankfurter Oberlandesgericht eröffnet werden. Generalbundesanwalt Rebmann beschuldigt ihn in der Anklageschrift, im Zusammenhang mit der Demonstration vom 15.11.1981 am Frankfurter Flughafen "Nötigung von Verfassungsorganen" (§ 105 StGB) und "Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall" (§ 125 StGB) begangen zu haben. Dafür drohen ihm bis zu 10 Jahren Gefängnis!

Alexander Schubart hat vor eineinhalb Jahren das Volksbegehren über den Bau der Startbahn-West initiiert. Mit diesem Volksbegehren machte die Bürgerbewegung gegen die Flughafenerweiterung den Versuch, den Konflikt mit der hessischen Landesregierung auf friedliche und demokratische Weise zu lösen. Über 300.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben - wie in der hessischen Verfassung vorgesehen - den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens. Der Landesregierung und der Öffentlichkeit war bekannt, daß ein solches Verfahren nach den gesetzlichen Vorschriften eingeleitet worden war und die Unterschriften am 14.11.1981 dem Landeswahlleiter in Wiesbaden übergeben werden sollten.

Dennoch (oder vielleicht sogar deshalb?) begann man kurz zuvor, auf der für den Bau vorgesehenen Waldtrasse mit Holzfällertrupps, Motorsägen und Polizei vollendete Tatsachen zu schaffen. Diese Maßnahme der Landesregierung bewirkte eine unerträgliche Zuspitzung der Situation, schien sie doch eine Entscheidung vorwegzunehmen, über die die hessischen Bürger in einem Volksentscheid selbst abstimmen sollten.

Anläßlich der Übergabe der Unterschriften demonstrierten in Wiesbaden 150.000 Menschen aus ganz Hessen. Auf der Abschlußkundgebung forderte Alexander Schubart die Landesregierung auf, nun endlich die Rodungsarbeiten einzustellen und für den Fall, daß sie das Volksbegehren als "unzulässig" zurückzuweisen gedenke, wenigstens eine Entscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofs abzuwarten. (Diese Forderung wurde vier Wochen später auch vom Staatsgerichtshofpräsident Nieders selbst an die Landesregierung gestellt, was zu einem Baustopp auf der Startbahntrasse bis zum Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs am 20.1.1982 führte.) Die Regierung solle ihre Entscheidung über einen Baustopp bis zum Mittag des folgenden Tages bekanntgeben.

Die Bürgerinitiative gegen die Startbahn-West hatte beschlossen, eine friedliche Demonstration am Flughafen zu veranstalten, um dagegen zu protestieren, daß die hessische Landesregierung die Anordnung eines Moratoriums ablehnte. Diesen Beschluß gab Alexander Schubart namens der Bürgerinitiative auf der Wiesbadener Kundgebung bekannt.

Aufgrund eines harten polizeilichen Eingreifens gegen die Demonstranten kam es einen Tag später teilweise zu Auseinandersetzungen und Verkehrsstauungen rund um den Flughafen. Von Medien und Strafverfolgungsbehörden wurden diese Vorfälle in einer regelrechten Kampagne zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation hochstilisiert. Viele Startbahngegner(innen) wurden in der Folge mit Strafverfahren überzogen. Alexander Schubart wurde bereits am 16.11.1981 ohne die geringste Prüfung des Sachverhaltes von Oberbürgermeister Wallmann, der damit seine Kompetenzen überschritt, vom Dienst suspendiert.

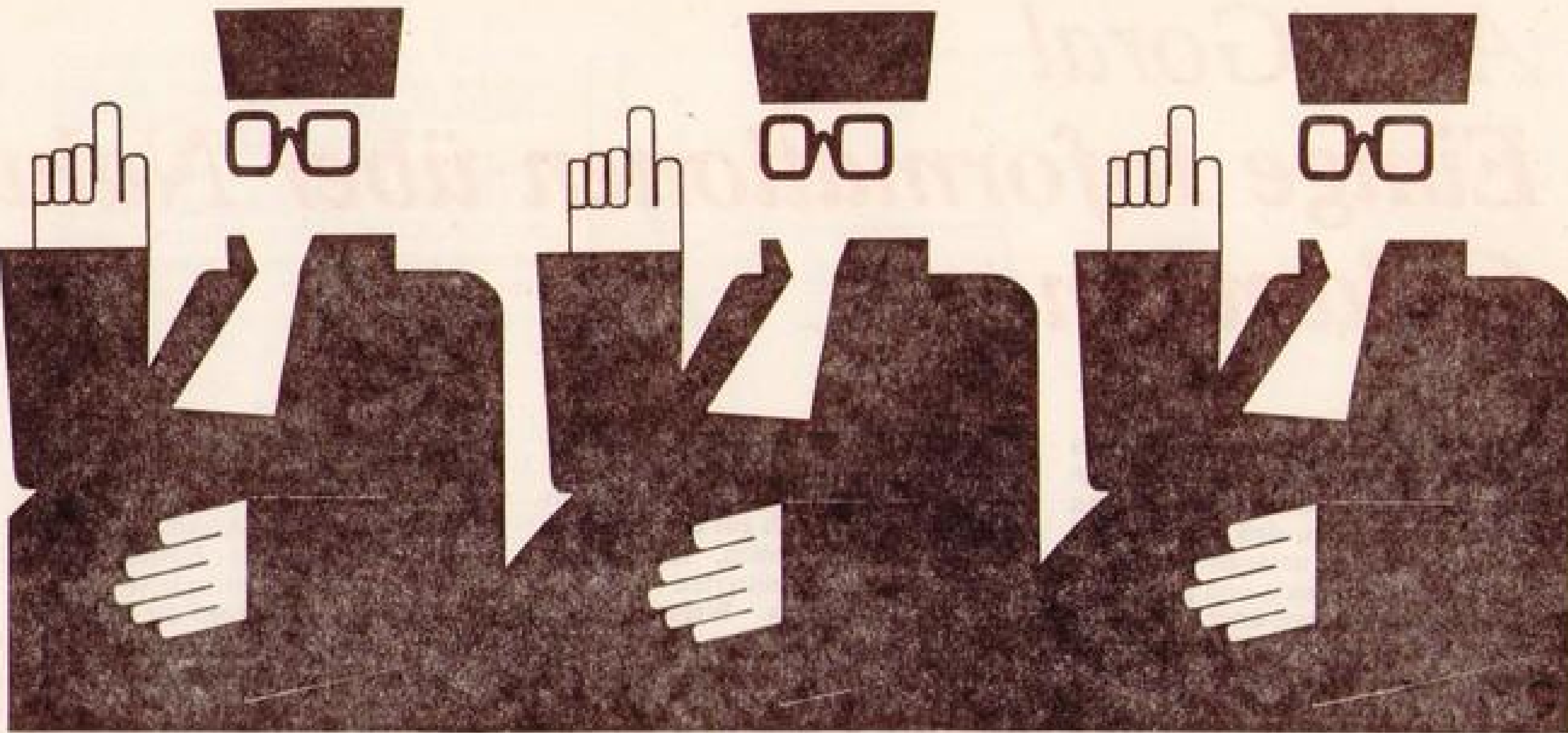
Obgleich Alexander Schubart an der Demonstration vom 15.11.1981 nicht teilgenommen hatte, wird er - einmalig in der deutschen Justizgeschichte - der Rädelsführerschaft bezichtigt. Dies weisen wir entschieden zurück. Gerade er hat sich stets für eine demokratische, argumentative und gewaltfreie Auseinandersetzung um die Startbahn-

Obgleich Alexander Schubart an der Demonstration vom 15.11.1981 nicht teilgenommen hatte, wird er - einmalig in der deutschen Justizgeschichte - der Rädelsführerschaft bezichtigt. Dies weisen wir entschieden zurück. Gerade er hat sich stets für eine demokratische, argumentative und gewaltfreie Auseinandersetzung um die Startbahn-West eingesetzt. Wenngleich später Volksbegehren und Volksentscheid von Landesregierung und Justiz nicht zugelassen wurden, kann davon ausgegangen werden, daß breite Kreise der hessischen Bevölkerung diese Vorstellung einer demokratischen Austragung gesellschaftlicher Konflikte teilte und bis heute teilt.

Die Verfolgung Alexander Schubarts mit Mitteln der Strafjustiz und des Dienstrechtes kann nur als Einschüchterung unbotmäßigen Engagements verstanden werden. Eine Verurteilung Alexander Schubarts wäre ein Präjudiz für die noch anhängigen über 1000 Strafverfahren gegen Startbahngegner und käme einer Kriminalisierung der gesamten Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West, ihrer Ideen und ihrer Arbeit gleich. Man kann über die Notwendigkeit der Erweiterung des Frankfurter Flughafens gegensätzlicher Auffassung sein. Doch diese Auseinandersetzung muß politisch und nicht mit Mitteln justizieller Disziplinierung und Bestrafung stattfinden. Deshalb ist zu Recht von der breiten Bürgerbewegung die Forderung erhoben worden, keine Startbahngegner zu kriminalisieren. Wir fordern: Freispruch für Alexander Schubart - Aufhebung der dienstlichen Suspendierung - Kein Berufsverbot für Alexander Schubart!

Initiatoren und Erstunterzeichner: Bund für Umwelt und Naturschutz, Landesverband Hessen e.V.; Bunte Hilfe Frankfurt; Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.; Komitee "Solidarität mit Alexander Schubart"; Republikanischer Anwaltsverein Hessen; Vereinigung Hessischer Strafverteidiger.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. (An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal) will diesen Text in Form einer Zeitungsgroßanzeige mit Unterschriften veröffentlichen.
Abgabeschluß ist der 20. Oktober (bzw. unmittelbar danach), dazu ist eine Spende von 25,— DM (oder mehr) erforderlich.
Unabhängig von der Zeitungsanzeige werden Unterschriften unter diesem Text gesammelt, Adressenlisten verschickt und sammelt das (erwähnte) Komitee und das
Komitee ,,Solidarität mit Alexander Schubart''
Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt.
Dort ist auch eine umfassende Dokumentation zu dem Fall zum Preis von DM 4,— erhältlich.



Justizministerkonferenz plant Änderungen im Strafverfahrensrecht:
»Abschaffen« ... »Einschränken« ... »Vereinfachen«

Angeblich um die Kosten zu senken und auch im Bereich der Justiz zu ,,sparen'', sollen wichtige Rechte des Angeklagten und des Verteidigers weiter beschnitten werden. Einen Katalog der beabsichtigten Maßnahmen haben die Justizminister der Länder noch vor dem Regierungswechsel in Bonn auf ihrer Konferenz Ende September vorgelegt. Daß diese ,,Vorschläge'' unter einer CDU-Regierung auch Gesetz werden, dürfte kaum zweifelhaft sein.

Bereits aus den 70er Jahren ist man/frau ja an die zunehmende Beschneidung von Verteidigerrechten durch zahlreiche Prozeßrechtsnovellen gewöhnt: Da wurde das Verbot der Mehrfachverteidigung eingeführt; da wurde die Zahl der Anwälte, die ein Angeklagter in einem Verfahren haben darf, beschränkt; da wurde das Instrument der Zwangsverteidigung eingeführt; da wurde die Möglichkeit des Ausschlusses von Verteidigern geschaffen und durch ein späteres Gesetz noch speziell für Terroristen-Prozesse erleichtert; da wurde die Trennscheibe und die Überwachung des Schriftverkehrs zwischen Anwalt und Mandant in § 129 a-Verfahren eingeführt. Doch während die SPD/FDP-Regierung sich seinerzeit die durch die Terrorismus-Hetze geschaffene antidemokratische Stimmung zunutze machte und die vorgenommenen Änderungen z.T. speziell auf RAF-Prozesse zuschnitt (,,lex Stammheim''), kommen die jetzt von den Justizministern erarbeiteten Vorschläge im Gewande unpolitischer ,,Sparmaßnahmen'' daher. Sie sollen auch nicht in erster Linie die Verteidigung in großen Polit-Verfahren treffen — hier besteht infolge der vorangegangenen Gesetzgebung der 70er Jahre derzeit auch gar keine Notwendigkeit — , sondern die Masse der vielen kleineren Strafverfahren, z.B. gegen Demonstrations,,täter''.

genen Gesetzgebung der 70er Jahre derzeit auch gar keine Notwendigkeit — , sondern die Masse der vielen kleineren Strafverfahren, z.B. gegen Demonstrations,,täter''.

Die Überlegungen ,,zu gesetzlichen Maßnahmen zur Entlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in der Strafgerichtsbarkeit'' sind allerdings so neu auch wieder nicht. Bereits auf der letzten Justizministerkonferenz Anfang 1981 wurden entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen und anschließend verschiedenen Fachverbänden zur Stellungnahme zugeleitet.

Trotz massiver Kritik aus den Reihen der Anwaltschaft, sogar auch von fortschrittlicheren Richtern und Staatsanwälten (1), haben die Justizminister der Länder auf ihrer jüngsten Konferenz die meisten Vorschläge wiederholt und den Bundesminister der Justiz aufgefordert, *,,die notwendigen gesetzgeberischen Entlastungsmaßnahmen einzuleiten''* (2). Unter dem Motto *,,Der Druck der leeren Kassen ist auch eine Chance zur Gestaltung''* (3) werden wesentliche Eingriffe in die Rechtsposition des Angeklagten und des Verteidigers vorgeschlagen. Die wichtigsten Vorhaben betreffen folgende Änderungen:

— Im **Recht der Untersuchungshaft** sollen die Haftprüfungsfristen verlängert werden. Nach geltendem Recht muß jeder Haftbefehl nach Ablauf von 6 Monaten von Amts wegen, also auch ohne ausdrücklichen Antrag des Gefangenen, vom Oberlandesgericht überprüft werden und darf nur aufrecht erhalten werden, wenn besondere Schwierigkeiten oder ein besonderer Umfang der Ermittlungen dies rechtfertigen. Diese Prüfung muß spätestens nach jeweils drei Monaten wiederholt werden. In Zukunft soll die Anfangsfrist ruhen, wenn der Beginn der Hauptverhandlung innerhalb der nächsten zwei Monate nach Ablauf der 6-Monats-Frist liegt. Auf diese Weise wird die Frist faktisch auf 8 Monate verlängert. Außerdem soll das OLG bestimmen können, daß die nächste Haftprüfung erst in 6 statt in 3 Monaten stattfindet.

— Weitgehende Änderungen sind im **Verfahren vor den Amtsgerichten** geplant, bei denen 97,4 % aller Strafverfahren verhandelt werden (4). Hier soll eine Art vereinfachtes Schnellgerichtsverfahren die Regel werden. Das Recht des Angeklagten bzw. Verteidigers, selbst **Beweisanträge** stellen zu dürfen, soll gänzlich abgeschafft werden, und gestellte Anträge sollen ohne Begründung abgelehnt werden können. Selbst auf ,,Beweisanregungen'' seitens der Verteidigung braucht es nicht einzugehen. Diese Änderung hat ihre Vorbilder in faschistischen Gesetzen von 1935 (RGBL. I. 844 f) und 1939 (RGBL. I 1658 f): *,,Das Gericht kann einen Beweisantrag ablehnen, wenn es nach seinem freien Ermessen die Erhebung des Beweises zur Erforschung der Wahrheit nicht für erforderlich hält''* (5). Außerdem soll das Absetzen der Urteilsgründe vereinfacht werden, das Urteil braucht **keine konkrete Beweiswürdigung** mehr zu enthalten, sondern kann auf den Anklageschriftsatz verweisen.

Gleichzeitig sollen Urteile des Amtsgerichts nur noch sehr eingeschränkt durch das Rechtsmittel der **Revision** angefochten werden können. Die sogenannte ,,Sprungrevision'', bei der es allein um die rechtliche Nachprüfung des amtsgerichtlichen Urteils geht, soll ganz abgeschafft werden. Legt der Angeklagte gegen ein Urteil des Amtsgerichts Berufung beim Landgericht ein, so konnte er bisher gegen das landgerichtliche Urteil wiederum Revision beim OLG einlegen. Das soll künftig nur noch dann möglich sein, wenn die Revision zur Wahrung der ,,Einheit des Rechts'' oder zur ,,Rechtsfortbildung''

so konnte er bisher gegen das landgerichtliche Urteil wiederum Revision beim OLG einlegen. Das soll künftig nur noch dann möglich sein, wenn die Revision zur Wahrung der ,,Einheit des Rechts'' oder zur ,,Rechtsfortbildung'' zugelassen wird.

— In allen Strafverfahren soll die Durchführung der Hauptverhandlung dadurch beschleunigt werden, daß angebliche ,,Mißbräuche'' prozessualer Rechte durch den Angeklagten oder seinen Verteidiger eingeschränkt werden.

— So sollen **Ablehnungsanträge** gegen das Gericht wegen Besorgnis der Befangenheit in jedem Fall unverzüglich, möglichst schon vor Beginn der Hauptverhandlung gestellt werden. Bisher konnte der Angeklagte seine Ablehnungsgründe sammeln und konzentriert vortragen.

— Außerdem soll das **Antragsbegründungsrecht und das Recht, Erklärungen zum Prozeßgeschehen abzugeben und Fragen an Zeugen oder Sachverständige zu stellen** — also elementare Verteidigungsrechte — eingeschränkt werden. Um einen ,,Mißbrauch'' dieser Rechte zu ,,sachfremden Zwecken'' zu verhindern, soll die Möglichkeit geschaffen werden, dem Angeklagten oder Verteidiger diese Rechte auf Anordnung des vorsitzenden Richters zeitlich befristet zu entziehen. Damit wird gegenüber der jetzigen Rechtslage ein zusätzliches Instrument geschaffen, durch das dem Angeklagten und seiner Verteidigung nicht nur wie bisher punktuell, sondern über längere Abschnitte der Hauptverhandlung das Wort entzogen werden kann.

— Bei Anträgen auf wörtliche **Protokollierung** z.B. von Zeugenaussagen soll in Zukunft nicht mehr das Gericht angerufen werden können, wenn der Vorsitzende den Antrag ablehnt.

— Künftig sollen dem Verteidiger, der durch Ausbleiben oder frühzeitiges Verlassen das (Weiter-)Verhandeln unmöglich macht, die **Kosten** dafür auch schon dann auferlegt werden, wenn sein Verhalten bloß zur Unterbrechung — nicht wie bisher zur Aussetzung — der Hauptverhandlung führt.

— Die **Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme,** die als eines der wichtigsten Prinzipien der Strafprozeßordnung die Kontrollierbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Beweiserhebung für alle Prozeßbeteiligten sichern soll, soll eingeschränkt werden. An Stelle der Verlesung von Urkunden und Schriftstücken soll es reichen, wenn der vorsitzende Richter den ,,wesentlichen Inhalt'' mitteilt. Außerdem soll in allen Strafverfahren die Verlesung von Protokollen über staatsanwaltschaftliche Vernehmungen, bei den Amtsgerichten sogar von Protokollen über polizeiliche Vernehmungen möglich sein. Die jeweiligen Zeugen brauchen also nicht mehr selbst vor Gericht zu erscheinen, wo sie sich auch etwaigen Nachfragen der Verteidigung zu stellen hätten. Dabei ist die Beweisqualität nichtrichterlicher Protokolle nicht gerade hoch, unterliegt doch deren Anfertigung nach wie vor geringeren formalen Anforderungen.

— Argumentativer Ausgangspunkt aller geplanten ,,Abschaffungen'', ,,Einschränkungen'' und ,,Vereinfachungen'' ist die angebliche Überlastung der Strafjustiz. Dieses Programm zur ,,Entlastung der Gerichte'' fügt sich vordergründig also ausgezeichnet ein in die aus CDU-Kreisen seit langem bekannte ,,bürgernahe'' Propaganda für eine ,,Entbürokratisierung'' und ,,Vereinfachung'' bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Bei genauerer Prüfung stellt sich allerdings heraus, daß tatsächlich kaum eine der geplanten Maßnahmen zur Kostensenkung bzw. Entlastung der Justiz beitragen kann.

— Die geplante Verlängerung der Fristen bei der Haftprüfung wird zu einer

sächlich kaum eine der geplanten Maßnahmen zur Kostensenkung bzw. Entlastung der Justiz beitragen kann.
— Die geplante Verlängerung der Fristen bei der Haftprüfung wird zu einer

Verlängerung der U-Haftzeiten führen. Da U-Haft kostenaufwendig ist, wird statt der angestrebten Entlastung eine Kostensteigerung eintreten (6).

— Werden die Vorschläge zu den Verfahren vor den Amtsgerichten Realität, so werden die Prozesse dort zwar wahrscheinlich schneller ,,über die Bühne'' gehen, gleichzeitig wird aber mit einer erheblichen Mehrbelastung der landgerichtlichen 2. Instanz durch einen zu erwartenden enormen Anstieg der Berufungen zu rechnen sein. Die geplanten ,,Vereinfachungen'' würden nämlich dazu führen, daß die Beteiligten das Verfahren vor dem Amtsgericht nur noch als ,,Durchgangsstation'' betrachten. Wer z.B. keine Gelegenheit hatte, sich durch eigene Beweisanträge erfolgreich zu verteidigen, wird in die Berufung gehen müssen, um die entsprechende Durchführung der Beweisaufnahme vor dem Landgericht zu erzwingen (7). Hierbei werden neben dem quantitativen Anstieg der Berufungsverhandlungen auch Mehrbelastungen durch zusätzliche qualitative Schwierigkeiten auftreten, weil durch die ,,Vereinfachungen'' bei der Urteilsbegründung die Aufklärungsmöglichkeiten des Berufungsgerichts erschwert werden.

Dieses Ergebnis — Beschleunigung der Prozesse vor dem Amtsgericht, Mehrbelastung der Landgerichte — wirkt paradox angesichts der Tatsache, daß gerade die Amtsgerichte im Vergleich zu anderen Gerichten bisher schon durch kurze Bearbeitungszeiten auffallen (8). Zu der Verschärfung dieses Gegensatzes würde es nur dann nicht kommen, wenn die Justizminister mit ihren Vorschlägen darauf spekulieren, daß viele Betroffene trotz einer

Hau-Ruck-Verurteilung durch das Amtsgericht **gerade wegen** der langen Wartezeiten bis zur Berufungsverhandlung vor dem Landgericht lieber gleich auf eine Berufung verzichten!

— Die Einschränkung der Revision gegen amtsgerichtliche Urteile würde nur die Oberlandesgerichte entlasten, die sowieso personell am besten ausgestattet sind, eine ,,Entlastung'' also gar nicht nötig haben (9).

— Wenn Befangenheitsanträge künftig ,,unverzüglich'' gestellt werden müssen, so kann auch diese Regelung nicht zu einer zügigeren Durchführung der Verhandlung beitragen. Im Gegenteil, der Angeklagte bzw. Verteidiger müßte jedesmal, wenn ein Ablehnungsgrund erkennbar ist, sofort den Antrag einreichen. Auch hier ist ein Beschleunigungseffekt also nur dann zu erwarten, wenn der Gesetzgeber mit dieser Regelung darauf hofft, daß Befangenheitsanträge in Zukunft noch seltener gestellt werden.

— Wenig glaubwürdig ist es auch, wenn die geplanten Einschränkungen des Antragsbegründungs-, Frage- und Erklärungsrechts mit der Überlastung der Justiz legitimiert werden. Diese Beschränkungen zielen nämlich sämtlich darauf ab, angeblichen ,,Mißbräuchen'' dieser Rechte entgegenzuwirken. Mit keinem Wort wird aber auch nur der Versuch unternommen, nachzuweisen, daß dieses angeblich ,,mißbräuchliche'' Verhalten von Strafverteidigern Ursache für die Überlastung der Justiz ist.

— Die Überwälzung von Kosten für die Unterbrechung der Hauptverhandlung auf den Anwalt dürfte mehr Ausgaben verursachen als ersparen, weil der Aufwand für die Berechnung und Eintreibung der Kosten bei einer nur kurzen Unterbrechung größer sein wird als der vom Anwalt zu zahlende Betrag. Außerdem wird hierdurch ein zusätzlichger Konfliktpunkt geschaffen, der Anlaß zu langatmigen Auseinandersetzungen während der Verhandlung werden kann. Die vorgeschlagene Regelung dient daher eher der verschärften Disziplinierung von Verteidigern als der Kostenersparnis.

Unterm Strich ergibt sich also die Bilanz, daß die Vorschläge der Justizminister samt und sonders auf einen Abbau rechtsstaatlicher Garantien in der Masse der Strafverfahren abzielen. Das behauptete Interesse an einer Kostensenkung, die angebliche Notwendigkeit von Einsparungen im Bereich der Justiz muß also als demagogischer Vorwand angesehen werden, der bei der Bevölkerung Zustimmung zu den geplanten Veränderungen hervorrufen soll. Verschwiegen werden bei diesem Manöver bewußt die wahren Ursachen für die Überlastung der Justiz, weil man dann natürlich auch ganz andere Konsequenzen ziehen müßte. So weist z.B. die Strafrechtskommission der Gewerkschaft ÖTV in ihrer Stellungnahme zu den gesetzgeberischen Vorschlägen darauf hin, daß eine Kostensenkung im Bereich der Untersuchungshaft viel eher dadurch zu erzielen wäre, daß die angestiegene Zahl der Untersuchungsgefangenen wieder verkleinert wird. Das wäre z.B. durch strengere Anforderungen bei der Annahme von Fluchtgefahr als Haftgrund zu erreichen (10). Tatsäc hlich verfährt die Praxis geradezu entgegengesetzt: Wer erinnert sich nicht an die Nürnberger Richter, die ohne jede Einzelfallprüfung die 141 hektographierten Haftbefehle ausstellten?!

Solche Beispiele ließen sich zu allen genannten Maßnahmen anführen: Nicht ein ausufernder ,,Mißbrauch'' prozessualer Rechte durch Angeklagte oder Verteidiger, sondern ein verschärftes gesamtgesellschaftliches Klima mit den entsprechenden verschärften Reaktionen der Strafverfolgungsorgane bewirken die ,,Überlastung'' der Justiz. Nur paßt es heute nicht in die politische Großwetterlage, auf den wachsenden Geschäftsanfall mit Auflockerungen im Bereich des Prozeßrechts, etwa des Haftrechts, oder gar mit Entkriminalisierung zu reagieren.

Ganz anders bei der ,,Tendenzwende'' Anfang der 70er Jahre, wo der Übergang von der CDU zur sozialliberalen Ära begleitet war von einer Amnestie zugunsten derjenigen, die sich bei den Studentenunruhen ein strafrechtliches Ermittlungsverfahrn eingehandelt hatten. Wesentliche Begründung für diese Maßnahme sowie verschiedene andere Liberalisierungen u.a. im Bereich des Demonstrationsrechts war nämlich — neben dem beabsichtigten ideologischen Integrationseffekt — die Entlastung der Justiz, die damals unter den vielen Landfriedensbruchsverfahren zusammenzubrechen drohte.

Heute dagegen ist an eine Entlastung der Justiz durch Reduzierung des Geschäftsanfalls überhaupt nicht zu denken. Vielmehr soll der vermehrte und künftig mit Sicherheit weiter ansteigende Geschäftsanfall schneller und v.a. ,,störungsfrei'' erledigt werden können. Zu diesem Zweck müssen gewisse Unbequemlichkeiten, die das geltende Recht dabei noch bereiten könnte, abgeschafft werden. Verteidigung wird angesichts dieser Zielsetzung dann logischerweise weitgehend gleichgesetzt mit Verschleppungs- und Verzögerungstaktik (11) und im selben Zug denn auch verantwortlich gemacht für die Überlastung der Justiz.

Kein Wunder also, daß die Justizminister der Länder mit dieser Marschrichtung ganz auf der Linie der CDU liegen. Was als bloße ,,Sparmaßnahmen'' ohne politischen Hintergrund ausgegeben wird, bekommt durch einen Blick auf die justizpolitischen Pläne der CDU erst die rechte politische Dimension. Nicht nur die schnellere Erledigung des Geschäftanfalls — ein Ziel, das alle bürokratischen Institutionen anstreben —, sondern die Steigerung der Effektivität durch erhöhte Abschreckung ist ein weiteres Ziel, für das sich die vorgeschlagenen Maßnahmen bestens eignen. Die CDU fordert dementsprechend in ihren **,,Thesen für die innere Sicherheit''** vom 30.8. dieses Jahres, *,,die dem Strafrecht innewohnende General- und Spezialprävention ... wirkungsvoller zu gestalten. Dem Rechtsbruch muß umgehend der staatliche Zugriff folgen (12) ... Neben einer hohen Aufklärungsquote wirkt eine baldige Aburteilung abschreckend. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen so ausgestattet sein, daß der polizeilichen Verbrechensaufklärung alsbald die gerechte Strafe folgt (13). ... Die Gerichte müssen durch ein zügiges Verfahren auf dem Boden rechtsstaatlicher Garantien für eine baldige Verurteilung überführter Täter Sorge tragen. Ein schnelles Strafverfahren läßt auch in der Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen Straftat und Urteil besser erkennen und erhöht damit die Abschreckung von neuen Straftaten (14)''*. Na bitte!

Die Realisierung der geplanten Veränderungen wird nicht nur zu einer Verschlechterung der Rechtsposition des Angeklagten und zu einer Erhöhung der Abschreckungswirkung führen, sondern auch Weiterungen in vorgelagerten Stadien staatlicher Strafverfolgungsmaßnahmen mit sich bringen (15). So wird die Erwartung, eine einmal zur Anklage gebrachte ,,Tat'' werde mit größerer Sicherheit und ohne viel Aufwand auch zur Verurteilung führen, die Staatsanwaltschaften ermutigen, noch mehr als bisher fragwürdige Anklagen zu zimmern. Die Polizei, die durch ihre Anzeige- und Ermittlungstätigkeit wiederum der Staatsanwaltschaft zuarbeitet, wird daher ebenfalls mit größerer Chance Vorgänge an die Anklagebehörde weiterleiten. Dementsprechend wird sie ihre Strafverfolgungstätigkeit noch intensivieren ...

Der von der Justizministerkonferenz jetzt vorgelegte Maßnahmekatalog darf also nicht isoliert gesehen werden, wie dies überwiegend in den Stellungnahmen der Standesverbände geschieht, sondern muß als Bestandteil einer umfassenden, auf Repression und Abschreckung abzielenden rechtspolitischen Konzeption verstanden werden. Die CDU-Justizminister kündigten für den Fall der Regierungsübernahme in Bonn bereits eine den Vorschlägen entsprechende Gesetzesänderung an (16).

Anti-Repressions-Kommission Hamburg

Anmerkungen:

(1) Stellungnahme der Strafrechtskommission der Gewerkschaft ÖTV
in: ,,...im Zweifel für den Staatsanwalt", Broschüre des RAV
(2) TAZ, 1.10.1982
(3) Berliner Justizsenator Scholz, CDU, auf der Pressekonferenz am 30.9.1982; Quelle: TAZ, 1.10.1982
(4) vgl. RAV-Broschüre S. 16
(5) zit. n. ,,Politische Berichte" — Zeitschrift des BWK, vom 31.7.1982, S. 4
(6) vgl. RAV-Broschüre S. 24
(7) aaO. S. 17
(8) aaO. S. 15
(9) aaO. S. 18
(10) aaO S. 24
(11) vgl. Erklärungen der Vereinigung hessischer Strafverteidiger e.V. in: RAV-Broschüre S. 53 ff
(12) ,,Thesen" S. 5
(13) aaO. S. 6
(14) aaO. S. 7
(15) vgl. ,,Politische Berichte", aaO.
(16) TAZ 1.10.1982

Freiheitsrechte sind dazu da, genutzt zu werden

Anläßlich einiger aufsehenerregender Prozesse und Verurteilungen im Zusammenhang mit Demonstrations''taten'' (Hamburger Blutbeutelprozeß, Urteile gegen Markus Mohr und Michael Duffke, Anklage gegen Alexander Schubart), sollen im folgenden Aufsatz einige praktische Änderungen im Demonstrationsrecht bzw. seiner praktischen Anwendung vorgestellt werden. Es zeigt sich, daß für eine schärfere Gangart der Staatsorgane gegen Demonstranten die oft genannten Gesetzesänderungen gar nicht notwendig sind, und daß die staatliche Strategie zum Ziel hat, durch sichtbare Härte die Opponenten von der Wahrnehmung ihrer Rechte abzuhalten.

Im August 1982 versandte die Bezirksregierung Lüneburg an 41 Teilnehmer der Besetzung des Bohrloches 1004 in Gorleben sogenannte ''Leistungsbescheide'' über jeweils 1000.-DM, mit denen ein Anteil an den Kosten für den Polizeieinsatz geltend gemacht wird. Zur Erinnerung: die Gründung der Republik ''Freies Wendland'' war eine gewaltfreie Aktion, die einzige Gewaltanwendung ging bei der Räumung des Dorfes v o n d e r P o l i z e i aus. Die Bezirksregierung Lüneburg macht sich deshalb auch gar nicht erst die Mühe, Schadensersatz für Demonstrations - s c h ä d e n zu verlangen. Es werden die einfachen Einsatzkosten zurückverlangt.

Dies hatte bereits 1977 das Land Niedersachsen versucht: Den Bewohnern des Anti-Atom-Dorfes Grohnde war eine Rechnung für die Räumungskosten geschickt worden, obwohl auch damals kein Widerstand geleistet worden war, demzufolge auch kein Ersatz für unbrauchbar gewordene Einsatzmittel verlangt werden konnte.

Nach einer Hausbesetzung in Elmshorn hat die Polizeidirektion Süd des Landes Schleswig-Holstein den 24 Hausbesetzern ebenfalls ''Leistungsbescheide'' über jeweils 356,29 DM zugesandt. Einfache Begründung: *''Ihr widerrechtlicher Aufenthalt in dem bezeichneten Gebäude war Anlaß dafür, daß das Haus durch die Polizei zwangsweise geräumt werden mußte. Die Zwangsräumung ist gemäß § 5 VVKO kostenpflichtig. Für jeden eingesetzten Mitarbeiter (!!) ist eine Gebühr von 17.00 DM je angefangene Stunde zu entrichten, Auslagen sind nicht entstanden.''*

Allen diesen Fällen ist gemeinsam, daß die Polizei sich ihren Einsatz von Festgeommenen praktisch als ''Dienstleistung'' bezahlen läßt, auch wenn die Getroffenen diesen Dienst nicht verlangt haben. Zwar ist die Polizei zu einer derartigen Kostenberechnung nur dann berechtigt, wenn der Einsatz durch ein angeblich rechtswidriges Verhalten des Betroffenen verursacht ist, aber eine ernsthafte Hürde dürfte diese Einschränkung im Ernstfall für die Polizei nicht sein. Es wäre z.B. schon beim Abweichen einer Demonstration von erteilten Auflagen möglich, daraus einen Rechtsverstoß herzuzaubern und an diesen eine Kostenerstattungspflicht zu knüpfen. Konsequent zu Ende gedacht bedeutet diese Entwicklung, daß z.B. der Gefolterte für die ihm verabreichten Elektroschocks noch eine Stromrechnung bekommt.

'Law and Order' ohne Ende...

Die CDU hat in ihren noch vor dem Regierungswechsel veröffentlichten Thesen für die Innere Sicherheit der BRD vom 30.8.1982 folgende Forderungen aufgestellt:

— ''Eine gesetzliche Bestimmung zu schaffen, die die passive Bewaffnung von Demonstranten sowie die Vermummung verbietet und unter Strafe stellt,

— den Straftatbestand des Landfriedensbruches in wirkungsvoller Weise auszugestalten,

— einen Straftatbestand für den Aufruf zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung wieder einzuführen.''

Diese Forderungen sind nichts anderes als ein dümmlicher Law-and-Order-Ruf, der von der polizeilichen Realität längst überholt ist. Dies hat der Polizeispezialist für Demonstrationsrecht, Polizeidirektor Dr.Gintzel, in der letzten Ausgabe der Zeitschrift ''Die Polizei'' (1982, S.299) deutlich gemacht: *''Nach einer Einsatzstatistik, die dem Innenausschuß des Bundestages von den Innenministern und Innensenatoren der Länder zur Verfügung gestellt wurde, sind in den Jahren 1979, 1980 und 1981 insgesamt folgende, zahlenmäßig angegebene beschränkende Verfügungen (''Auflagen'') erlassen worden:*

Baden -Württemberg: keine Angaben
Bayern: 300 — von Gerichten nicht bestätigt: 16
Berlin: keine (Berlin hat erstmals 1982 beschränkende Verfügungen erlassen, mit großem Erfolg)
Bremen: 2 — von Gerichten nicht bestätigt: 1
Hessen: generell zahlenmäßig nicht erfaßt
Hamburg: 22 — von Gerichten nicht bestätigt: keine
Niedersachsen: 12 — von Gerichten nicht bestätigt: wenige
Nordrhein-Westfalen: 704 — von Gerichten nicht bestätigt: keine
Rheinland-Pfalz: 300 — von Gerichten nicht bestätigt: keine
Saarland: 15 — von Gerichten nicht bestätigt: keine
Schleswig-Holstein: wenige — von Gerichten nicht berstätigt: keine

Das sind etwa 2000 beschränkende Verfügungen, von denen 16 in Bayern, eine in Bremen und wenige zahlenmäßig nicht erfaßte in Hessen und Niedersachsen von den Verwaltungsgerichten nicht bestätigt wurden (freilich ohne daß die Gründe dafür bekannt geworden sind). Daraus ergibt sich: §15 Absatz 1 Versammlungsgesetz ist praktikabel.'' § 15 Versammlungsgesetz bietet der Polizei schon heute die rechtliche Handhabe dafür, a l l e ihr opportun und notwendig erscheinenden Demonstrationsauflagen zu verfügen. Die Chance, gerichtlich dagegen vorzugehen, ist offenbar mit einer Chance von etwa einem Promille gegeben... Nach diesem Gesetz können sowohl Vermummungsverbote ausgesprochen werden, es kann die sog. ''passive Bewaffnung'' verboten werden sowie dem Veranstalter auferlegt werden, die Auflagen der Polizei den Demonstrationsteilnehmern bekannt zu machen.

Das Versammlungsgesetz bietet zahlreiche Sanktionen gegenüber dem Veranstalter und Leiter, aber auch gegenüber Teilnehmern einer Demonstration an, die nach Meinung der Polizei rechtmäßig verhängten Auflagen zuwiderhandeln. Die Palette reicht von Bußgeldern bis hin zur Verhängung von Freiheitsstrafen. Dr.Gintzels Fazit: *''Die öffentliche Diskussion über das Erfordernis, das Versammlungsgesetz zu novellieren, erstreckt sich auf Scheinprobleme.''*

Die Möglichkeiten der Strafjustiz

Das sog. ''Blutbeutelurteil'' ist ein anschauliches Beispiel für die Möglichkeiten, die die Strafjustiz noch auf dem Boden der geltenden Gesetze findet: Ein Medizinstudent hatte auf den gepanzerten Dienstmercedes des ehemaligen Kriegsministers Apel einen Frühstücksbeutel, gefüllt mit Rinderblut, geworfern. Der Inhalt des Beutels ergoß sich auf die Windschutzscheibe des Wagens, der Fahrer betätigte beim Losfahren mal eben den Scheibenwischer, wischte das Blut ab und fuhr los.

Nach der geltenden Fassung von §125 StGB macht sich des Landfriedensbruches nur derjenige strafbar, der ''Gewalttätigkeiten'' gegen Personen oder Sachen begeht. Als ''Gewalttätigkeiten'' gegen Sachen werden ''schwerwiegendere aggressive Aktionen'' gewertet, die beispielsweise Sachbeschädigungen hervorrufen können. Und als solche schwerwiegendere Aktion sah das Oberlandesgericht (OLG) den Blutbeutelwurf an: *''...denn jedenfalls ist die physische Integrität eines repräsentativen Personenkraftwagens durch nicht nur unbedeutende Mengen Blut, das erst zu späterer Zeit wieder abzuwaschen und dessen Anblick auch Ekel hervorzurufen geeignet ist (!), erheblich(!) beeinträchtigt.''*

Hier feiert der Ordnungssinn des deutschen Spießers wahre Orgien: zu einem repräsentativen Regierungsmercedes gehört nicht nur, daß er fährt, funktioniert und schwarz ist, nein, er muß auch s a u b e r sein. Wer eine solche Staatskarosse beschmutzt, ist Landfriedensbrecher. Da fehlt nur noch, daß dem Werfer des Beutels die Kosten für das Wagenwaschen, schön säuberlich aufgegliedert in Reinigungsmittel, Schwammbenutzungsgebühr und anteilige Lohnkosten der Wäscher, in Rechnung gestellt werden. In diesem Fall scheiterte dies ausgerechnet am Eigentümer des Wagens, dem BKA; das ''Kommando Apel'' zeigte kein Interesse an einer Weiterverfolgung der Lappalie.

Früher genossen nur die deutschen Ideale — Ordnung und Ruhe — den Schutz von Strafgesetzen, jetzt hat sich auch die Sauberkeit diesen Rang erkämpft.

Das Terrorurteil gegen Markus Mohr und Michael Duffke wurde von dem Strafkammervorsitzenden Selbmann bewußt in seiner Bedeutung heruntergespielt. Selbmann ging aus von einer möglichen Höchststrafe für schweren Landfriedensbruch von 10 Jahren Gefängnis. Da — so Selbmann — beide sich nicht den denkbar schwersten Fall hätten zu schulden kommen lassen, habe man sich im Strafmaß auf ein ''Mittelmaß'' von etwa der Hälfte der möglichen Höchststrafe, beschränken können.

Diese Argumentation mag f o r m a l richtig sein, sie setzt trotzdem völlig n e u e M a ß s t ä b e. Wenn in der liberalen Presse das Selbmann-Urteil als ''Bürgerkriegsjustiz'' bezeichnet wurde, dann ist das insofern völlig richtig, als ein Strafgericht vorgemacht hat, welchen Spielraum zur Bekämpfung einer vermeintlichen bürgerkriegsähnlichen Situation das Strafgesetzbuch bietet.

Strafen wie die Selbmann'schen mögen in einer Situation von staatsbedrohenden Aufständen großer Teile der Bevölkerung zum ''normalen'' Arsenal der Klassenjustiz gehören; und es mag sein, daß die Itzehoer Richter aus ihrer Froschperspektive eine solche Situation am 28.2.1981 für eingetreten hielten. Insofern muß derzeit nicht damit gerechnet werden, daß sich der Selbmann-Strafrahmen als neues Maß aller Dinge zum Normalstrafmaß bei Demonstrationsdelikten einpendelt.

Selbmann liegt aber genau dort auch ''auf Linie'', wo er zukünftigen Demonstranten ein nahezu gigantisches ''Demonstrationsrisiko'' vorgaukeln und ihnen so die Wahrnehmung eines garantierten Rechtes durch Angstmache austreiben will. Die Differenzierung zwischen ''friedlichen'' und ''Gewalttätern'', die einen, die ja sowieso nichts zu befürchten hätten, und die anderen, die es eben verdient hätten, zieht hier nicht: Schon viele des Steinwerfens Beschuldigte sind freigesprochen worden, weil sich die erhobenen Vorwürfe nicht beweisen ließen. Jeder, der zu langsam wegläuft und einen auffälligen Helm oder nur eine Öljacke mit Abzeichen darauf anhat, kann der nächste Angeklagte sein.

Die Konsequenzen

Das entscheidende bei den jetzt geltenden, ebenso wie bei den kommenden Gesetzen ist die Art der Auslegung und Anwendung. Im Bereich des Demonstrationsrechtes beweisen die genannten Beispiele, daß Polizei und Justiz schon heute weitgehend machen, was sie wollen.

Gesellschaftliche Konflikte werden hier besonders deutlich sichtbar, ebenso wie in der Beurteilung des Geschehens die unterschiedlichen Positionen besonders kontrovers sind. Derzeit haben die konservativen Stimmen, die stets die Gespenster der ''uferlosen Freiheiten'', des permanenten ''Mißbrauchs'' im Munde führen, nicht um ''Mißbrauch'' einzuschränken, sondern um einfachen G e b r a u c h zu verhindern, eindeutig die Oberhand.

Selbstverständlich ist es heute nicht, ein im Grundgesetz garantiertes Recht zu benutzen und dabei — selbstverständlicherweise — auch anderen eine gewisse Unbill zu bereiten. Verkehrsbehinderungen werden heutzutage als unvermeidlich allenfalls noch im Gefolge eines Fußballspiels hingenommen, nicht aber bei einer Demonstration. Die niederschmetternde Erfolgsbilanz bei Klagen gegen Demonstrationsauflagen ist ein Beweis dafür, daß die staatlichen Institutionen zunehmend enger zusammenrücken und sich einig darin sind, lieber zuwenig Freiheit zu lassen — wegen der ''Mißbrauchs-Gefahr'' — als ein klein bisselchen ''zuviel''. Das dahinterstehende Bewußtsein haben aber — leider — nicht nur Richter, Politiker und Polizeiführer. Die Springerpresse hat es geschafft, breite Kreise der Bevölkerung gegen die ''Krawallmacher'' einzunehmen und Zustimmung zum Rechtsabbau zu gewinnen.

Dem müssen wir entgegensetzen, daß Freiheitsrechte dazu da sind, g e n u t z t z u w e r d e n. Der schleichenden Durchsetzung von reaktionären Ordnungsvorstellungen im Namen der ''Verteidigung der Freiheit'' sollten wir in der Öffentlichkeit den tatsächlichen Inhalt von Freiheit, vor allem die Tatsache, daß Freiheitsrechte wie das Demonstrationsrecht im Grundgesetz g a r a n t i e r t sind, entgegenstellen. Anders als auf dieser Ebene einer demokratischen Argumentation dürfte es unter den jetzigen gesellschaftlichen Bedingungen kaum möglich sein, in massenwirksamer Weise gegen die CDU/CSU-FDP-Regierung anzutreten.

A n t i - R e p r e s s i o n s - Kommission / Gruppe Hamburg

Die Angst des Staates vor der Angst der Jugend

Seit über zwei Jahren hat Westeuropa sein „neues Jugendproblem". Es begann mit den holländischen Kraakern, fand seinen Höhepunkt in den „Züricher Krawallen" im Sommer 1981, schlug von da auf die BRD über, wo es seinen hauptsächlichen Ausdruck zunächst in der Hausbesetzer-Bewegung fand. Kein Wunder: ist doch eine der Hauptforderungen der „neuen Jugendbewegung" die nach Selbstbestimmung außerhalb der etablierten Gesellschaft und ihren Normen. Wesentliche Voraussetzung für Autonomie ist ein eigener Raum, in dem die Jugendlichen sich außerhalb elterlicher und staatlicher Zwänge entfalten können.

Aber nicht nur fehlender Raum, zunehmend auch sinkende Chancen für einen Beruf nach eigener Wahl, bzw. überhaupt auf einen Arbeitsplatz, allgemein sinkendes Lebensniveau, die von der ökologischen Katastrophe und der Kriegsgefahr bedrohten Zukunftserwartungen bringen die Jugendlichen in grundsätzlichen Konflikt mit dem Staat und einer Gesellschaft, die sie mit Recht — wenn auch z.T. noch unklar — für diese Entwicklung verantwortlich machen.

Die Fakten sprechen für sich: Der US-Regierungsbericht „Global 2000" z.B. gibt den Jugendlichen noch ca. 20 Jahre bis zum endgültigen Aus. Andere Prognosen beschwören die große Krise und einen Atomkrieg noch für dieses Jahrzehnt.

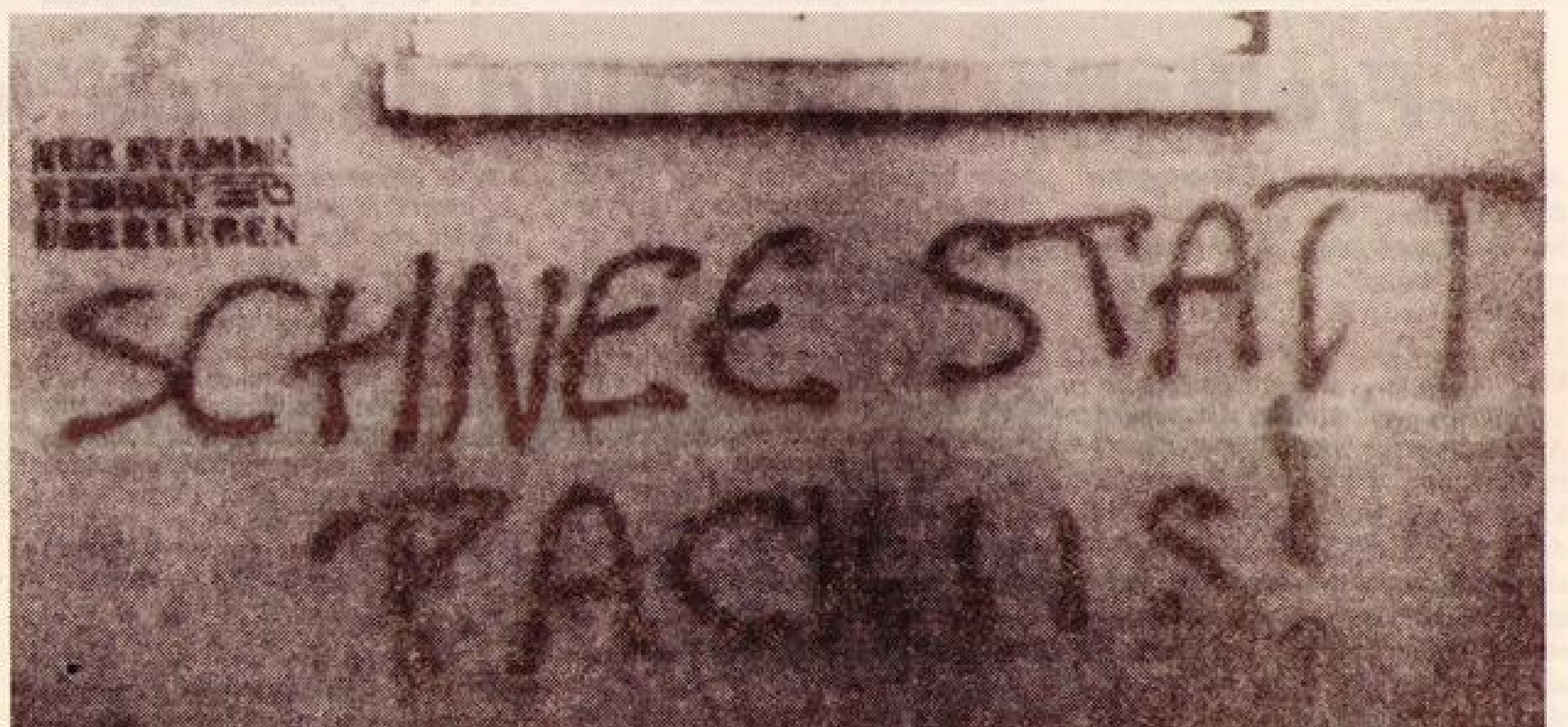
In der BRD hat die Arbeitslosigkeit mit der 2-Millionen-Marke einen Höchststand erreicht, Tendenz steigend. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg bereits im Zeitraum von 1971 bis 1976 von 11.729 auf 115.753, also um das Zehnfache.

1981 stand sie bei einem Anteil von 4,8 % an der Gesamtarbeitslosigkeit offiziell bei der Marke von 80.666, wobei die enorm wachsenden Dunkelziffern arbeitsloser junger Frauen, Ausländerjugendlichen und nicht arbeitslos gemeldeter Schulabgänger nicht gerechnet sind. Faktisch dürfte die Zahl auch heute über 100.000 liegen. 1979 wurden von 477.131 Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchten, nur 270.208 vermittelt. Weitere 700.000 Erstbeschäftigung suchende Jugendliche drängen bis Mitte der 80er Jahre auf den schrumpfenden Arbeitsmarkt. Der sog. Studentenberg wird, um nur ein Indiz zu nennen, von heute 120.000 Hochschulabsolventinn/en, die schon jetzt in ihren erlernten Berufen nicht mehr unterkommen können, bis 1990 auf ca. 200.000 - 220.000 ansteigen. Von ca. 160.000 in der BRD registrierten jugendlichen Ausländerinn/en erhalten nur ca. 40.000 eine berufliche Qualifikation. Die Zahl der arbeitslosen jungen Frauen wird von der Statistik überhaupt nicht erfaßt. Die Zahl der alkohol- und drogenabhängigen Jugendlichen sowie die der jugendlichen Selbstmorde steigt beständig ... (Anm. 1 und 2).

Gegenüber auch vorhandenen Tendenzen zur Anpassung gewinnen die Suche nach Alternativen aller Art, Proteste und Provokationen gegen die herrschenden Verhältnisse an Attraktion. Die Mehrheit der Jugendlichen sympathisiert mit den Zielvorstellungen der Grünen und Alternativen. Eine wachsende Minderheit, von Sympathie der Mehrheit begleitet, beteiligt sich selbst an Protesten wie der Friedensbewegung, den Kämpfen gegen den Bau der Startbahn-West in Frankfurt, Anti-AKW-Aktivitäten u.a.m., und sie prägt nicht unwesentlich deren Bild.

Die bürgerliche Politik fürchtet „unruhige achtziger Jahre"; sie macht sich in Seminaren, Arbeitstagungen, demoskopischen Analysen und der Einsetzung von diversen Jugendkommissionen mit viel propagandistischem Aufwand öffentlich Sorgen um die Zukunft der Jugend und der Gesellschaft. Dabei unterscheiden sich sozialdemokratische und christlich-konservative Erkenntnisse zumindest verbal: die SPD konstatiert scheinbar betroffen die sich verschlechternde Lage der Jugend und macht ‚die Krise' dafür verantwortlich. Sie verspricht für die Zukunft mal wieder Reformen, wirbt aber zugleich um Verständnis für „Sachzwänge". Die Konservativen dagegen leugnen die tatsächliche Verelendung der Jugend und machen die SPD für „zu hohe Ansprüche" einer „verwöhnten Jugend" verantwortlich; sie fordern eine Rückorientierung von materiellen auf ideelle Werte. In der Praxis kommt allerdings alle bürgerliche Politik nicht über Sprüche hinaus — bei gleichzeitiger Beibehaltung der von den Jugendlichen kritisierten Politik und ihrer Fortsetzung mit anderen Mitteln: den ‚polizeilichen Präventivprogrammen für die 80er Jahre', die von der CDU/CSU noch durch den Versuch der Mobilisierung einer ‚schweigenden Mehrheit' unter den Jugendlichen ergänzt werden.

Wir wollen im Dschungel der etablierten „Jugend"-Diskussion die Hauptlinien aufzeigen. Wir verzichten dabei im folgenden auf allzuviel Zahlen und Details, zumal sie die Zusammenhänge z.T. eher verschleiern als erhellen. Wer mehr Details braucht, dem/der sei die Literaturliste empfohlen. In diesem Teil des Artikels soll die sozialliberale Argumentationslinie vorgestellt werden. Im zweiten Teil folgen die CDU/CSU-Linie und einige Schlußfolgerungen.



Parole der Züricher Bewegung: Brecht das Packeis!

Teil 1: Die rosa Linie

1. Die Schweizer „Thesen"

Vordenkerin aller sozialliberalen und regierungsamtlichen Analysen der BRD, von Interviews, Positionspapieren usw. ist die **„Eidgenössische Kommission für Jugendfragen"**, die im Dezember 1980 ihre **„Thesen zu den Jugendunruhen 1980"** vorlegte (Anm. 3).

Es handelte sich dabei um eine erste Auswertung der „Züricher Krawalle" vom Sommer/Herbst 1980. Sie gipfelte in der Erkenntnis, die *„Angst der Jugend"* sei *„auch unsere Angst"* und sie propagierte den *„Dialog mit der Jugend"*. Seitdem geistert dieser Begriff durch die bundesdeutschen Medien. Auf die „Thesen" folgten im September 1981 die **„Stichworte zum Dialog mit der Jugend"** von derselben Kommission (Anm. 4). Darin wurde im Interesse der *„Integration der Jugend in die Gesellschaft"* für eine *„neue Atmosphäre"*, *„mehr Offenheit"* und mehr *„moralische Lauterkeit"* seitens der Politiker plädiert.

Der Bericht der Kommission war im Grunde eine Anklage gegen die herrschenden Verhältnisse und ein Ruf nach radikal-demokratischen Reformen. Im Einzelnen gab die Kommission den Politikern zu bedenken:

1. „Zum Stichwort radikale Minderheit"

Es handele sich bei den Protestierenden zwar um eine radikale Minderheit, aber *„die Probleme dieser Minderheit sind nicht isoliert von den Problemen der Mehrheit — und zwar nicht nur der Jugendlichen"*. Die Mehrheit der Jugendlichen werde zwar nicht selbst im Protest aktiv, stehe dem Steinewerfen aber sympathisierend gegenüber.

2. „Zum Stichwort Ziellosigkeit"

Zwar habe die Bewegung keine *„klar formulierten und logisch geordneten Ziele"*. Sie werde nicht *„von einer gebildeten Elite getragen, die wie 1968 in der Lage wäre, ihre Situation und die der Gesellschaft zu analysieren und daraus nachvollziehbare, systematische und systembezogene Programme zu machen"*. Ihre Ziele seien aber doch vorhanden, wenn auch anders: *„Die Jugendlichen, die heute auf die Straße gehen, haben sehr direkt konkrete Probleme erlebt, und was sie wollen, ist die Abschaffung von Mißständen, ohne daß sie sich um weitere Zusammenhänge kümmern. An die Stelle ideologischer Ziele sind pragmatische Forderungen getreten."*

3. „Zum Stichwort Gewalt"

Auch in dieser Frage ging die Kommission mit gängigen Klischees ins Gericht und plädierte für Verständnis: *„Sie fühlen sich als Geschlagene, die nun zurückschlagen"*, heißt es in den „Thesen". Jugendliche hätten Gewalt *„nicht blind angewandt, sondern gezielt gegen Symbole der Unterdrückung"*. Es sei auch *„einseitig, Jugendliche in Gewalttätige und friedfertig Aufbauende einzuteilen. Es ist beobachtet worden, daß derselbe Demonstrant, der am Vorabend Pflastersteine geworfen hat, sich am nächsten Tag aktiv an der Renovation des Autonomen Zürcher Jugendzentrums beteiligt hat."* Auch wenn der Ruf *„Wir haben nichts zu verlieren außer unserer Angst"* zu Zerstörungen führe, so sei doch *„zu berücksichtigen, was in gewalttätigen Jugendlichen an Lebenskräften zerstört wurde, bis es soweit kam, und daß das hintergründige Ziel solcher Gewalt nicht Zerstörung, sondern Aufbruch aus der Isolation oder zumindest Eroberung eines Freiraums ist, in dem eine eigene Identität, ein Leben nach dem persönlichen Selbstverständnis aufgebaut werden kann."*

4. Ursache für die Unruhen

...ist nach Ansicht der Schweizer
— Zerfall der Familie, die *dem Heranwachsenden nicht mehr genügend Möglichkeiten der sozialen Entwicklung bietet"* und ihn daher in Isolation und Kälte entlasse;
— wirtschaftliche und politische Desillusionierung einer Generation, die *„in Zeiten wirtschaftlicher Blüte, als alles machbar erschien"*, aufgewachsen sei. Dazu heißt es schon recht hart für die Ohren der regierenden Auftraggeber der Kommission:

„Mit der Einschränkung freier Berufswahl und dem Verlust der absoluten materiellen Sicherheit ging genau jene Basis der individuellen Lebensgestaltung verloren, der nach den Normvorstellungen unserer Gesellschaft noch mehr Gewicht beigelegt wird, als sie faktisch schon hat. Geblieben aber ist nicht nur die beschränkte Freiheit in der Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, sondern vor allen die Enttäuschung — das Gefühl, um berechtigte Hoffnungen und Utopien betrogen worden zu sein. Diese Enttäuschung hat allerdings ihre Ursachen nicht nur im Konjunkturverlauf. Auch von politischen Reformvorstellungen und -versprechungen ist wenig geblieben ..." Es wird dann aufgezählt: Bildungswesen, ökologische Zerstörung, Arbeitslosigkeit, *„apokalyptisches Ende am fernen Horizont"*. (Die Friedensbewegung war zu dem Zeitpunkt noch nicht das Thema — AK). *„Alles dies zusammengenommen ergibt dunkle Zukunftsaussichten: Der materielle Wohlstand ist nicht gesichert, der eigene Beitrag dazu wird nicht als sinnvoll empfunden; die Folgen der Wohlstandsproduktion drohen nicht nur ihre Errungenschaften, sondern ihre Lebensgrundlagen auf der Welt überhaupt zu zerstören. Dem stehen zur Zeit keine von breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragenen Alternativen gegenüber. Dies auch nur dumpf zu empfinden, kann den einzelnen in eine innere Situation führen, in der nur noch Auflehnung als angemessene Reaktion erscheint.*

„Prüfstein der Demokratie".

Unter dem Stichwort „Gefahren der weiteren Entwicklung" redet die Kommission ihren Auftraggebern zu einigen Knackpunkten der Auseinandersetzung kräftig ins Gewissen. Die Behandlung der Proteste sei ein „Prüfstein der Demokratie". Im Interesse der Erhaltung der demokratischen Staatsordnung müßten einige Klippen unbedingt vermieden werden. Dies seien:

1.) Die „Gefahren der Bagatellisierung":
— die Unruhen nur als „normale" Begleiterscheinungen des Erwachsenwerdens zu interpretieren;
— sie zwar als „echte Probleme, aber nur als die von Minderheiten" zu bewerten;
— sie als „Werk von Drahtziehern" oder „gewöhnlichen Kriminellen" zu betrachten.

Für „Teilerscheinungen" könne eine solche Betrachtungsweise zutreffen; eine Verallgemeinerung aber unterschätze die „Tragweite" und könne „die Probleme nur verschärfen".

2.) Die „Gefahr der Repression"
Die *„gewaltsame Unterdrückung der Unruhen, auch mit legalen Mitteln"*, löse das Problem nicht. *„Ein Deckel vermag den Druck zurückzuhalten, aber darunter wird sich dieser verstärken, solange das Feuer schwelt, das heißt, solange die Zustände anhalten, die Wut und Verzweiflung nähren. Repression ist insbesondere dort eine unadäquate Reaktion, wo als eine der Hauptursachen der Unruhen das Gefühl entsteht, dauernder Repression ausgesetzt zu sein."*

3.) Die „Gefahr der Ghettoisierung":
Die Forderung nach Autonomie sei nicht nur die Forderung nach selbstverwaltetem Raum, sondern nach Freiraum in der Gesellschaft.

Dies sei *„absolut gesetzt — im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung nicht realisierbar"*. Mit einer *„Autonomieinsel"* sei nichts gewonnen. Eine bloße *„Freiraumpolitik"* führe *„zu noch mehr Desintegration"* und zur *„Ghettoisierung eines problembeladenen, aber auch lebenswilligen und dynamischen Teils der Jugend."*

4.) „Gefahr der parteipolitischen Vermarktung":
Es beste he die *„Gelegenheit zur Propaganda für diejenigen Kräfte, die sich dafür nicht verantwortlich fühlen."*

5.) „Gefahr der Verdrängung der Zukunftsangst":
Die Jugend-Unruhen hätten *„in starkem Maße Angst ausgelöst ... Angst vor einer unruhigen Zukunft, Angst vor dem Zusammenbruch unseres Systems und dem damit verbundenem Wohlstandsverlust"*. Das sei nicht Produkt eines Sommers, sondern gehe viel tiefer: *„Es ist die Zukunftsangst, von der wir alle mehr oder weniger stark erfaßt sind, die Zukunftsangst, die sich vermutlich in nichts von der Zukunftsangst unterscheidet, die die Jugendlichen beunruhigt — außer darin, daß die Jugendlichen eine längere Zukunft vor sich haben, sozusagen die Zukunft länger werden aushalten müssen. Die Angst der Jugend macht Angst, weil sie auch unsere Angst ist."*

„Den Dialog suchen ..."

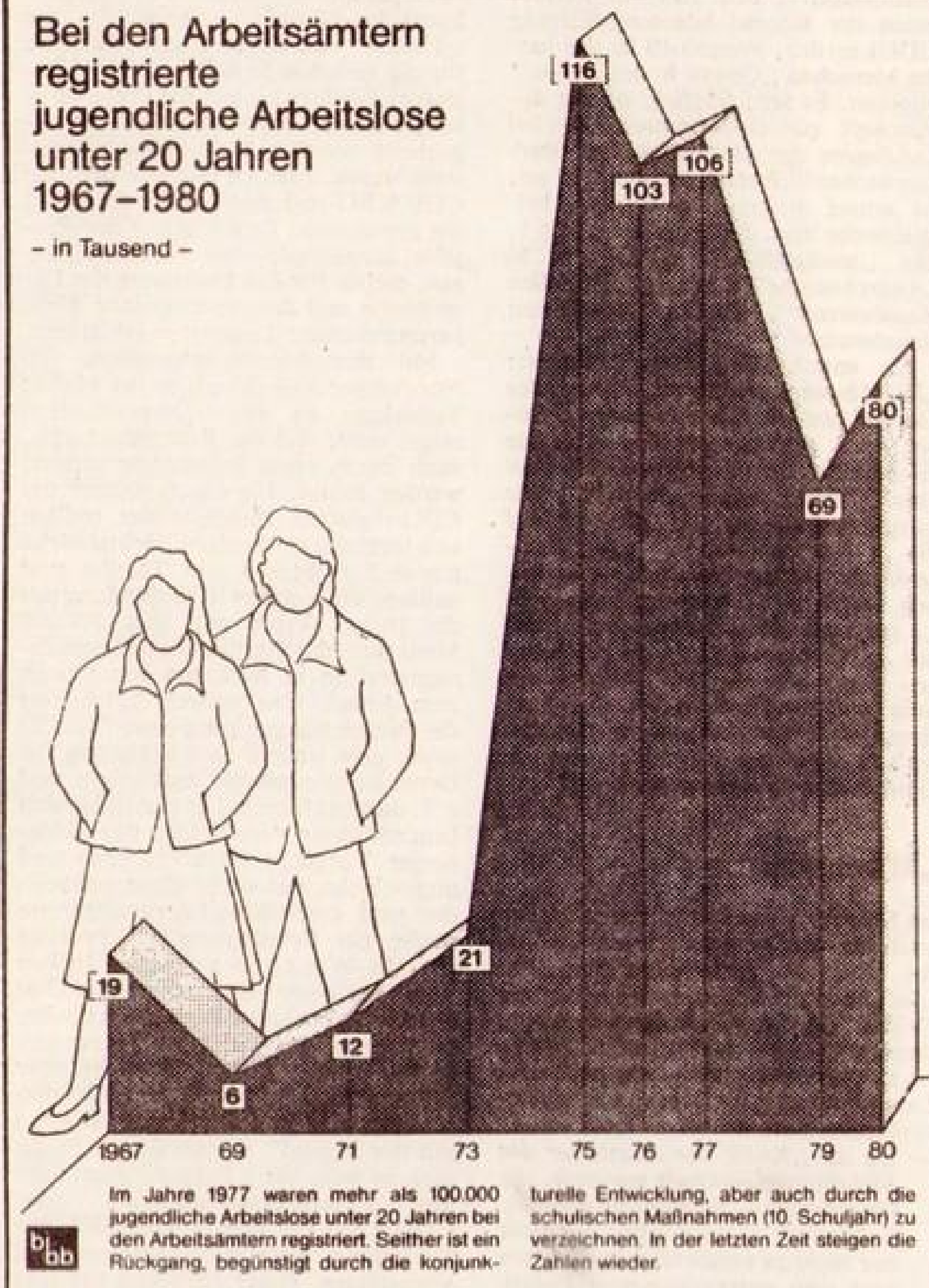
Die „Thesen" schließen mit dem Appell: *„Unsere Zukunft ist nicht von*

Arbeitslose Jugendliche nach Altersstufen

Monat/Jahr	unter 20	20 - 25	unter 25
9/1970	7 522	10 653	18 175
9/1971	11 729	17 272	29 001
9/1972	15 501	23 072	38 575
9/1973	20 960	30 041	51 001
5/1974	38 706	66 753	105 459
9/1974	69 793	88 258	158 051
5/1975	86 052	1 68 659	253 711
9/1975	115 753	171 620	287 373
5/1976	84 963	159 694	244 657
9/1976	102 649	154 456	257 105
5/1977	87 342	164 077	251 419
9/1977	105 949	161 873	267 822
5/1978	76 980	157 120	234 100
9/1978	92 030	153 931	245 961
5/1979	57 537	127 514	185 051
9/1979	68 593	123 709	192 302
5/1980	55 310	123 827	179 137
9/1980	81 055	143 526	224 581
5/1981	80 666		

Quelle: ANBA; Daten der Bundesanstalt

aus „Null Bock", VSA-Verlag, Hamburg



Im Jahre 1977 waren mehr als 100.000 jugendliche Arbeitslose unter 20 Jahren bei den Arbeitsämtern registriert. Seither ist ein Rückgang, begünstigt durch die konjunkturelle Entwicklung, aber auch durch die schulischen Maßnahmen (10. Schuljahr) zu verzeichnen. In der letzten Zeit steigen die Zahlen wieder.

aus „Null Bock", VSA-Verlag, Hamburg

randalierenden Jugendlichen gefährdet, sondern von Krankheitserscheinungen unserer Gesellschaft, die Jugendliche zur Auflehnung veranlassen ... Im Dialog mit Jugendlichen, die anders denken, und die vielleicht nur laut das sagen, was wir höchstens leise zu denken wagen, können wir möglicherweise an einer besseren Zukunft arbeiten.''

In den ,,Stichworten'' wurden dann die Konkretisierungen für die ,,Möglichkeiten des Dialogs'' nachgeliefert. Dieses 73seitige Werk scheut sich nicht,

ausdrücklich den Anspruch einer mo-

ausdrücklich den Anspruch einer moralischen Instanz zu erheben, die den Beteiligten im Sinne der demokratischen Spielregeln ins Gewissen redet. Gegen vorausgesehene Vorwürfe der ,,Besserwisserei'' und des ,,Moralisierens'' gewandt, schrieb die Kommission bereits im Vorwort der ,,Stichworte..'', sie wolle ,,*nicht verschweigen, daß Jugendpolitik — vielleicht mehr als jede andere Politik — eine Frage der moralischen Lauterkeit ist''*. Es komme darauf an, den Jugendlichen, der ,,*weder Kind noch Erwachsener, sondern ein eigenständiges Drittes''* sei, in ,,*gleichberechtigter Partnerschaft''* in die Gesellschaft ,,*hineinwachsen''* zu lassen. Hauptaufgabe der Jugendpolitik sei, ,,*die Integration der Jugend in die Gesellschaft zu fördern — wobei Integration nicht einseitige Anpassung heißen darf, sondern sich in der vorhandenen Gesellschaft zurechtfinden können. Dazu gehört auch, daß der Jugendliche Möglichkeiten der Mitgestaltung findet''*.

Es komme auch darauf an, ,,den Jugendlichen'' für seinen Anteil daran ,,verantwortlich zu machen''. An die Adresse der Kommunalpolitiker und ,,der Jugend'' gewandt, folgen Ratschläge wie:

— ,,Interessenkonflikte offen austragen'' damit nicht der ,,*Eindruck der Reglementierung''* und des ,,*Formalismus''* entstehe, die ,,*Glaubwürdigkeit der Politiker''* wiederhergestellt werden könne;
— ,,Autorität ja — Fassade nein'';
— ,,Rücksicht ja — Anbiederung nein'';
— ,,Umdenken ja — Zickzack nein'';
— ,,Realismus ja — aber auch Utopie'';
— ,,kommunikativ'' sein, ,,*Alltagsgespräche''* führen ...;
— ,,*hellhörig''* sein (,,*Die Kunst des Redens besteht darin, sich in die Situation des Zuhörers zu versetzen''*);
— ,,*sich dem Konflikt stellen''*;
— ,,*kooperativ und konkret''* sein (,,*Das Gespräch ist nicht Selbstzweck ...''*);
— ,,*bewegt und beweglich''* sein;
— ,,*selbstkritisch und offen''* sein.

Und was die Jugendlichen ,,*grundsätzlich tun''* können, liest sich so:

— ,,*Die Not der Erwachsenen sehen''* (,,*Auch der Erwachsene sehnt sich nach Kreativität ... meist kann er es nicht. Manche können es überhaupt nicht mehr''*);
— ,,*Unterstützung akzeptieren''*;
— ,,*Gefahr der Isolation''* und ,,*Ghettoisierung''* erkennen ...;
— ,,*Einseitigkeit ausgleichen''*.

Endlich folgt als letztes Wort auf den Weg:
,,*Gartenhäge ausreißen''* (Gartenhag = Gartenzaun — AK): ,,*Jedermann reiße in einem Akt der bewußten Öffnung seinen Gartenhag aus und lasse alle, die sich dafür interessieren ... in seinen Garten ein ... Dieser Vorschlag*

ist durchaus ernst, aber realistischer-

ist durchaus ernst, aber realistischerweise nicht ganz wörtlich gemeint, schon nur deshalb, weil nicht jedermann in der glücklichen Lage ist, über einen Garten zu verfügen ...''.

Es besteht kein Grund, die Ehrlichkeit und Biederkeit der Verfasser/innen der ,,Thesen'' und ,,Stichworte'' in Zweifel zu ziehen. Sie machen deutlich die herrschenden Verhältnisse, die nicht eingehaltenen Reformversprechungen, die allgemeine Krisenentwicklung, die Fehler der Politiker für die Lage der Jugend verantwortlich und fordern Reformen statt Repression. Mehr noch: am Schluß des Berichts schimmert unter den vorsichtigen Formulierungen sogar Gesellschaftskritik hervor: ,,*Die Jugendunruhen zeigen, daß Ruhe und Ordnung nur noch zu Ruhe und Ordnung eines Teils unserer Gesellschaft geworden sind, nur noch einem Teil unserer Gesellschaft Freiheit gewähren. Dies ist mit unserer demokratischen Grundordnung nicht vereinbar.''*

Die regierenden Auftraggeber der Schweiz aber, speziell der Stadtrat von Zürich, degradierten Analyse und Vorschläge der Kommission zu einem Fetzen Papier, indem sie parallel zu deren Erscheinen die autonome Züricher Jugendbewegung mit polizeilichen und juristischen Repressionen zerschlagen ließen. Vor diesem Hintergrund verwandelten sich auch die gutgemeinten Vorschläge der Kommission für ein kommunalpolitisches Demokratisierungsprogramm in eine blanke Verhöhnung der Jugendlichen, schrumpften die Reformvorschläge auf eine sozialdemokratische Spruchsammlung, mit der die Regierenden sich in der Öffentlichkeit zu schmücken beliebten, während sie die darin enthaltene Aufforderung zur Änderung ihrer Politik von Polizeistiefeln zertreten ließen.

Die „Shell-Studie"

Als wissenschaftliche Untermauerung der ,,Thesen'' erschien nahezu zeitgleich, wenn auch erst später in der Öffentlichkeit bekannt geworden, im November 1981 die sog. Shell-Studie, eine umfangreiche Untersuchung des ,,Jugendwerks der Deutschen Shell'' mit dem Titel: ,,*Jugend '81, Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder.''* Die Studie lieferte das wissenschaftliche Anschauungs- und Datenmaterial, mit dem die in den ,,Thesen'' für die Schweiz festgestellte Desillusionierung auch für die BRD belegt wird (Anm. 5).

Zunächst vermerkt die Studie, daß der ,,*konventionelle Lebensentwurf''* seit Jahren ,,*heftig umstritten''* sei und ,,*nicht mehr allgemein praktiziert''* werde. ,,*Auch die traditionellen Ziele der Gesellschaft''* hätten ihre allgemeine Verbindlichkeit verloren. Dagegen habe sich unter den Jugendlichen eine eigene ,,*vielfältige alltagskulturelle Praxis''* herausgebildet, in der die Jugendlichen ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen suchten.

Dabei müsse unterschieden werden zwischen ,,*jugendzentrierten''* Jugendlichen, die zur Abkapselung von der Erwachsenenwelt bis hin zur tendenziellen Ghettoisierung, und ,,*er-*

wachsenenzentrierten'' Jugendlichen,

wachsenenzentrierten'' Jugendlichen, die nach vorübergehender Protestphase zur Integration in die Erwachsenenwelt neigen (Anm. 6).

Bemerkenswertestes Ergebnis der Studie, das besonders sozialdemokratische Gemüter zu hellem Entsetzen anstachelte, war die Feststellung, daß von den ca. 1000 befragten Jugendlichen ,,*die Mehrheit die Zukunft pessimistisch sieht''* — bei gleichzeitiger Sympathie für Protestgruppen aller Art, seitens der politisch Aktiveren besonders für links-alternative Gruppen. Laut Studie schätzen 58 % der Jugendlichen die gesellschaftliche Zukunft als ,,eher düster'', 42 % als ,,eher zuversichtlich'' ein (siehe Tabelle). Die Mehrheit der Jugendlichen glaube nicht mehr an die ,,*natürliche Höherentwicklung''*; für sie habe die ,,*industrielle Zivilisation an Attraktion verloren''*. Aus ,,*Kindern der Hoffnung''*, die Ende der 60er Jahre noch um ,,*Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung debattiert''* hätten, sei eine ,,*Generation der Geschockten, aus dem selbstbewußten Wachstum in die Ungewißheit und drohende Katastrophe Gestoßenen''* geworden, die im Rahmen der etablierten (Parteien) Verhältnisse keinen Ausweg aus der Krise mehr sähen. Am radikalsten sei der ,,*Perspektivwechsel bei denen, die die Stützen des technologischen Fortschrittsgedankens waren: die gebildeten Kreise und die junge Generation. Beide Gruppierungen entwickeln sich von Trägern zu Kritikern der Industrietechnologie''*.

Konkret kam die Studie zu der Feststellung: ,,*Je optimistischer die Jugendlichen die weitere gesellschaftliche Entwicklung sehen, desto eher neigen sie der CDU/CSU zu, je pessimistischer sie eingestellt sind, desto stärker kommen bei ihnen die Grünen zum Zuge''*. Paradox, aber wahr sei: ,,*Die zuversichtlichen Jugendlichen sind politisch weniger interessiert. Sie gehören eher zu kommerziellen und unpolitischen Gruppen (Fußball-Fans, Disco-Fans usw.), ja bei ihnen gibt es eine spürbare Tendenz zum ‚Autoritarismus', zur ‚Ausländerfeindlichkeit' und zu einem ‚Law and Order-Denken'. Bei den Jugendlichen mit pessimistischer Zukunftserwartung führt der Pessimismus nicht dazu, daß sie die Hände in den Schoß legen und die schlimmen Ansichten beklagen, im Gegenteil: sie nehmen häufiger an den neuen politischen Protestbewegungen teil, bzw. unterstützen diese (Hausbesetzer, Kernkraftgegner, Rock-gegen-Rechts-Gruppen). Hier gibt es einen engen Zusammenhang von düsteren Zukunftsvorstellungen und Bereitschaft zur Kritik, zu Engagement, zum Widerstand, gibt es einen praktischen Optimismus angesichts einer allgemein für aussichtslos gehaltenen gesellschaftlichen Situation.''*

Die Studie weist in diesem Zusammenhang auf ein weiteres ,,Paradoxon'' hin, nämlich auf den Widerspruch in den Befragungsergebnissen, wonach die zunehmende ,,Verweigerung'' gegenüber den ,,konventionellen Lebensentwürfen'', Geringschätzung der ,,Leistungsgesellschaft'' etc. gekoppelt sei mit einer ansteigenden Kurve individueller Lebenserwartungen, -ansprüche und -hoffnungen.

Die Studie selbst klärt dies ,,Paradoxon'' genausowenig auf, wie das zwischen ,,pessimistischem Zukunftsbild'' und ,,praktischem Optimismus''. Es ist aber wohl beides Ausdruck der Tatsache, daß die Proteste zunehmend auch Proteste derjenigen sind, die direkt von materiellen Verschlechterungen und konkreten Bedrohungen ihrer Existenz betroffen sind, die daher — selbstverständlich — mit ihrer Kritik am herrschenden System zugleich die Hoffnung auf ein persönliches Durchkommen, auf Änderung in den für sie überschaubaren Bereichen oder auch auf politische Änderungen insgesamt verbinden.

Den etablierten Parteien, insbesondere der SPD, werden in der Shell-Studie unangenehme Zahlen und Trends präsentiert (siehe Tabelle). In der Kurzfassung der Studie (Anm. 7) heißt es dazu:
,,*Das Alarmierende dabei für die SPD ist: sowohl die Anhänger der Unionsparteien (konfessionelle Bindungen), wie die der Grünen haben klare gesellschaftliche Vorstellungen, neigen entweder zu konventionellen Lebensentwürfen (frühe Heirat, Kinder, Karriere) oder eben zu gegenkulturellen Vorstellungen. In dieser Polarisierung aber, die die Studie mit viel Details belegt, bleiben die Anhänger der SPD ohne ein klares Profil, was die Gefahr in sich birgt, zwischen diesen Strömungen zerrieben und schließlich vereinnahmt zu werden.''*

Insbesondere die Kernaussage der Studie, nämlich: trotz ihrer Verzweiflung habe diese Jugend Hoffnungen bis hin zu alternativen Entwürfen, was gegenwärtig den Linken zugute komme, wurde vom gesamten bürgerlichen Lager als letzte Aufforderung begriffen, endlich ,,mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen'', um sie nicht den Radikalen zu überlassen: Bei der SPD unter dem Schlagwort von P. Glotz, ,,kleine Netze auswerfen''; bei der CDU/CSU mittels des ,,Jugendparteitags'' in Hamburg 1981 und in einer miserablen Inszenierung namens ,,Dialog der Partei mit der Jugend'' (Anm. 8).

Die SINUS-Studie

Als weiteres statistisches Material zur Lage der Jugend, das sich sozialliberale Politiker zunutze machen, erschien zur selben Zeit die **,,SINUS-Studie über**

Forts. nächste Seite

Frage: „Manche Gruppen von Jugendlichen sind bekannt geworden, weil sie einen besonderen Stil pflegen. Hier ist eine Liste von solchen Gruppen, die in letzter Zeit von sich reden gemacht haben. Wie stehst Du zu den einzelnen Gruppen?"

n = 1077 Angaben in %	Ich rechne mich selbst dazu, lebe so ähnlich/ gehöre nicht dazu, finde solche Leute aber ganz gut.	Die Gruppe ist mir ziemlich egal, kann ich tolerieren.	Die Gruppe kann ich nicht so gut leiden/das sind Gegner, Feinde von mir, ich bekämpfe sie.	Noch nie gehört, kann mir nichts darunter vorstellen, keine Angaben.
Punker	17	[illegible]	38	[illegible]
Popper	11	[illegible]	49	[illegible]
Hausbesetzer/Instandbesetzer	47	27	25	1
Fußball-Fans	35	40	24	1
Bundeswehr-Fans	14	32	49	4
Fans von Musikgruppen	66	[illegible]	4	[illegible]
Motorrad-Fans	56	33	10	1
Disco-Fans	34	36	29	1
national eingestellte Jugendgruppen (z. B. Junge Nationaldemokraten, Wehrsportgruppen)	4	[illegible]	75	[illegible]
Rocker	8	[illegible]	69	2
neue Jugendreligionen (z. B. Kinder Gottes, Hare Krishna, Poona, Transzendentale Meditation)	7	29	59	5
Gruppen, die versuchen, ihre Ideen mit Gewalt durchzusetzen (z. B. RAF, Bewegung 2. Juni, Rote Hilfe)	3	8	86	[illegible]
Rock-gegen-rechts-Gruppen	26	18	31	26
Kernkraftgegner	53	25	21	2
Umweltschützer	81	15	4	[illegible]
Gruppen mit alternativer Lebensweise (z. B. Landkommunen, die selbst natürlich anbauen)	62	27	7	3

Frage: „Welche der folgenden Ereignisse werden nach Deiner Meinung in der Zukunft auftreten?"	bestimmt/wahrscheinlich n = 1077 (Angaben in %)
1. Die Menschen werden sich den Weltraum erobern.	25
2. Die Welt wird in einem Atomkrieg untergehen.	50
3. Die Menschen werden wieder sozialer werden.	35
4. Technik und Chemie werden die Umwelt zerstören.	76
5. Es wird mehr Gleichheit unter den Menschen geben.	22
6. Die Menschen werden durch Computer total kontrolliert werden.	57
7. Die Kriege werden abgeschafft.	6
8. Die Menschen werden auf andere Planeten auswandern müssen.	29
9. Die Menschen werden sich wieder auf ein naturverbundenes Leben umstellen.	39
10. Die Menschen werden sich immer mehr isolieren und nur noch an sich selbst denken.	61
11. Die Rohstoffe werden immer knapper, Wirtschaftskrisen und Hungersnöte werden ausbrechen.	80
12. Es wird eine sorgenfreie Gesellschaft geben, in der alles vorhanden ist, was man braucht.	6

Frage: „Welche politische Gruppierung steht Dir alles in allem genommen am nächsten?"

	Gesamt n = 1077	Jugendlicher sieht die Zukunft der Gesellschaft eher düster n = 619	eher zuversichtlich n = 456
CDU/CSU	18	15	21
SPD	24	20	29
FDP	6	6	6
Grüne/Altern. Liste	20	27	11
DKP			
Sonstige			
Keine	32	31	33
Keine Angabe	1	1	
Angaben in %	5 10 15 20 25 30 35 40	5 10 15 20 25 30 35 40	5 10 15 20 25 30 35 40

aus „Diese jungen Fremden", Jugendwerk der Deutschen Shell

rechtsextreme Einstellungen bei den Deutschen."

Ausgangspunkt der Studie waren: *„Veränderungen im rechtsextremen Lager sowie in Teilen der Jugend, die in der letzten Zeit mit Besorgnis registriert wurden:*
- *zunehmende rechtsextremistische Kriminalität und Terrorismus;*
- *steigende Auflagen offen nationalsozialistischer Propagandaliteratur;*
- *„Hitler-Welle" an Schulen und Jugendheimen;*
- *wachsendes Bedürfnis nach autoritärer Identifikation in Teilen der Jugendkultur (Jugendsekten, Punk-Rock)".*

In der Studie hieß es, daß *„rund 13 % der Wahlbevölkerung zum rechtsextremen Einstellungspotential (zählen), das heißt, 13 % aller Wähler in der Bundesrepublik (...) über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild (verfügen)".*

Den besonderen Ärger der CDU/CSU erregte die Studie mit der Behauptung, daß *„autoritäre Tendenzen"* als *„Brücken nach rechts"* bei weiteren 37 % der Bevölkerung sich an das *„Meinungsbild des Rechtsextremismus weitgehend anglich(en)"*, und zwar mit Meinungen, die im Grunde tragende Säulen des CDU/CSU-Konservatismus beinhalten, wie beispielsweise:
- *„Die Deutschen haben eine Reihe von guten Eigenschaften wie Fleiß, Pflichtbewußtsein und Treue, die andere Völker nicht haben;*
- *ich finde, der Mittelstand — also Kaufleute, Handwerker und Bauern — sollte in unserem Staat die tragende Säule sein;*
- *durch den zunehmenden Luxus in unserer Gesellschaft werden die Menschen körperlich und geistig verseucht;*
- *der Wohlstandsegoismus zerstört das natürliche Empfinden für unsere Volksgemeinschaft".*

Weiterhin konstatierte die Studie, daß zwar „nur 5 % der 18 - 21-jährigen zum rechtsextremen Potential" gezählt werden könnten, gegenüber *„im Schnitt 20 % bei den über 50-jährigen"*, daß aber dennoch festgehalten werden müsse, daß quantitativ das *„rechtsextreme Gewaltsympathiepotential damit dem linksextremen ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen sei"*. Die CDU/CSU verstand die SINUS-Studie als Angriff gegen ihre Substanz und als politische Schützenhilfe für die SPD/FDP; sie schäumte aus allen Rohren gegen die „Demagogie", die „unwissenschaftlichen Kriterien" der Studie usw. Das sozialliberale Lager dagegen übernahm die Ergebnisse der Studie umstandslos; vor allem im Sinne der bekannten Parolen gegen den „Extremismus von links und rechts" (Anm. 9).

Studie des Familienministeriums zur „alternativen Kultur"

Neben weiteren „Vertiefungen" in Seminaren, öffentlichen Stellungnahmen etc. erschien im April '81 die erste offizielle Studie des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit unter dem Titel: **„Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland"** (Anm. 10).

Die Studie erhob den Anspruch, auf der Grundlage einer die „Thesen" etc. für die BRD konkretisierenden Untersuchung erstmals mögliche Alternativen für eine Wende in der offiziellen Jugendpolitik zu entwickeln.

In dieser Studie wird der „Jugendprotest" in leichter Verballhornung der Schweizer „Thesen" sowie der Ergebnisse der Shell-Studie ziemlich umstandslos mit *„Alternativbewegung"* gleichgesetzt und zur *„Minderheitsgesellschaft"* in Abkehr und Gegensatz zur *„Mehrheitsgesellschaft"* definiert — wobei *„Mehrheitsgesellschaft"* gleichbedeutend mit dem Einflußbereich der etablierten Parteien ist, während zur *„Minderheitsgesellschaft"* alles gezählt wird, was irgendwie protestiert: von der Friedensbewegung bis zu den *„lustfeindlichen K-Gruppen"* oder *„neuem Spiritualismus"*, von *„alternativen Projekten"* bis (mit Abschwächungen) hin zu alternativen Listen.


Studentenrevolte 1968: Weitgehend vom System aufgesaugt Foto: dpa


Jugendrevolte heute: Tiefergehende Systemkrise Foto: dpa


Arbeitslose Jugendliche: Monolog statt Dialog? Foto: Wolfgang Staiger

aus „Metall", April 1981

Im übrigen ist die Studie ein verdünnter Aufguß der Schweizer „Thesen", der Shell-Studie usw. Ein paar Bestätigungen und Konkretisierungen, auf die die Bonner Studie besonderen Wert legte, wollen wir aber besonders hervorheben:

So wird besonders betont, daß die heutige Alternativbewegung im Gegensatz zur 68er Bewegung ausgezeichnet sei durch *„eigene Betroffenheit"* bzgl. *„unterschiedlicher Krisenerscheinungen, Fehlentwicklungen und Mängel"*. Die Aktivitäten zielten auf *unmittelbare* Änderung der Mißstände bis hin zu dem Entschluß, die Dinge alternativ selber in die Hand zu nehmen. *„Im Unterschied zur 68er Generation, die von der Hoffnung auf umwälzende gesellschaftliche Erneuerungen getragen war, steht den Jugendlichen heute eher das ‚Wasser bis zum Hals', sie sehen ihre Lebensgrundlagen, Umwelt, Arbeit, Wohnen bedroht.* **Das Vertrauen in den Staat, er könne diese Krise bewältigen, ist gering."**

Andererseits wird eine *„sinkende Bedeutung der Eigentumsfrage"* für „die Alternativbewegung" festgestellt, eine *„Veränderung der gesellschaftlichen Wertsysteme dahingehend, daß nicht mehr materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit, sondern zunehmend der Lebensqualität die oberste Priorität eingeräumt werde"*. Für die Alternativbewegung sei das Motto angesagt: *„mit weniger besser leben"*. Hieraus und besonders aus den z.T. unsozialen Verhältnissen und Einstellungen in den Alternativprojekten ergäben sich Widersprüche zur *„klassischen Arbeiterbewegung"*: die Alternativbewegung verhalte sich „ambivalent" gegenüber den Gewerkschaften, während die Gewerkschaften *„ihrerseits befürchten, daß von den gegenökonomischen Arbeitsplätzen aus eine Entwicklung einsetzen könnte, die die Bedeutung des Tarif-*
plätzen aus eine Entwicklung einsetzen könnte, die die Bedeutung des Tarif-
rechts und des Arbeitsschutzes für die Arbeitnehmerschaft schwächen könnte" (S. 15). — Für Teile der Alternativszene dürfte das zutreffen; das aber für „die" Alternativbewegung (zumal noch in der Gleichsetzung zu Protestbewegungen ü b e r h a u p t) zu behaupten, ignoriert die Tatsache, daß zunehmend auch andere Kreise in die Proteste hineingezogen werden, nämlich solche, die gar nicht die Möglichkeit haben, „auszusteigen", sondern die nicht „einsteigen" können. Die Studie des Familienministeriums unterschlägt diese Entwicklung trotz nachweislich besserer Kenntnis (Anm. 11). An ihr wird besonders deutlich, was auch für die „Thesen" und die Shell-Studie gilt:

Sie konstatieren verwundert den Widerspruch zwischen dem/der kulturrevolutionären, zivilisationskritischen Aussteiger/in, der/die aus ideologischen Gründen, sozusagen freiwillig, den Materialismus der Wohlstandsgesellschaft hinter sich läßt, und dem/der Protestierenden, der/die sich für den Aufbau eines Jugendzentrums, für die Wahrnehmung seiner/ihrer demokratischen Rechte, für den Erhalt seines/ihres Arbeits- oder Ausbildungsplatzes usw. einsetzt. Keine der Studien aber zieht die einfache Schlußfolgerung, daß sich hierin die explosive neue Mischung von früheren kulturrevolutionären Minderheitenprotesten und den sich ausbreitenden sozialen Protesten ankündigt, wodurch die neuen Proteste eine enorme Verbreiterung und Vertiefung erfahren können. Für die merkwürdige Unfähigkeit der sozialliberalen Studien, insbesondere der des Familienministeriums, diese Entwicklung zu benennen, dürfte der Wunsch Vater und Mutter des Gedankens sein: zum einen das tatsächliche Ausmaß der Verelendung der Jugend (und anderer Schichten) trotz aller Selbstkritik zu verharmlosen; zum zweiten die Spaltungslinie zwischen Teilen der „Alternativbewegung" und Werktätigen zu vertiefen.

Kommt hinzu, daß man trotz aller Statistiken tatsächlich nicht genau über die soziale Zusammensetzung der Szene bescheid weiß. Gestützt auf die Shell-Studie u.a. kommt das Familienministerium lediglich bis zu der Einschätzung, daß zwischen 10 und 13 % der Jugendlichen der alternativbewegung angehören, *„bei Schülern und Studenten noch einige Prozentpunkte höher"*. Im übrigen könne die Frage, ob es sich bei denjenigen *„die ganz in der Alternativen Szene leben, vorwiegend um Studenten und Oberschüler handelt, ... nicht beantwortet werden"*.

Von Interesse sind auch die Ausführungen zur Gewaltfrage: ausgehend von der Feststellung, daß das Vertrauen in den Staat, die Krise lösen zu können, geschwunden sei und daß die Mehrzahl der „Aussteiger" zunächst versucht habe, „sich in die Gesellschaft einzubringen", weist das Ministerium Daten der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) zurück, wonach 10 % der jungen Menschen „Gewalt in der Politik" bejahten. Es sei *„fraglich, ob die Bereitschaft zur Gewaltanwendung bei Anhängern der Alternativkultur überdurchschnittlich stark ausgeprägt"* sei. Da müsse differenziert werden, beispielsweise bzgl. der Hausbesetzer in 1. eine *„stadtpolitische Fraktion"*, 2. *„Anarchoszene"*, 3. die *„existenziellen Hausbesetzer"*, 4. die *„modischen Hausbesetzer"*.

Als entscheidend wird postuliert: *„Die Abwehr ‚struktureller Gewalt des Staates' eint die Szene insgesamt. Dabei muß gesehen werden, daß das ‚Sichdurchsetzen gegenüber dem Staat', bzw. das ‚jedenfalls nicht kampflos beigeben' im Hinblick auf die geschilderten politisch-gesellschaftlichen Ohnmachtserfahrungen bei früheren Einnahmeversuchen ... subjektiv einen hohen Stellenwert hat ... Nach den bisherigen Erfahrungen wirkt eine härtere Haltung des Staates in der Tendenz dahin, daß die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt in der Szene steigt und daß die Gewaltschwelle sinkt (Nürnberg!)".*

„Alternativen"

Im Stile der Schweizer „Thesen", aber auch hier nur Plagiat, schlägt die Studie des Familienministeriums als *„mögliche Schlußfolgerungen für die Politik"* ein Bündel von Reformen vor, deren auch nur teilweise Durchführung — so seicht sie sind — die politische Landschaft der BRD schon erheblich verändern könnte:
- Da die *„Kritik der Aussteiger der Mehrheitsgesellschaft vorwerfe, die Grundwerte — persönliche Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit — nicht nur nicht zu verwirklichen, sondern eine dem entgegengesetzte Politik zu treiben,"* gehe es jetzt *„grundsätzlich"* um die Frage, *„ob eine klarere Orientierung der großen Po-*
sätzlich" um die Frage, „ob eine
klarere Orientierung der großen Politik wie der Kommunalpolitik an diesen Grundwerten möglich ist, ob diese Orientierung glaubhafter vermittelt werden kann und ob tatsächlich entgegenstehende Sachzwänge ihrerseits glaubhaft gemacht werden können";
- um weiteren *„politischen Ohnmachtserfahrungen"* entgegenzuwirken, sollte der Prozeß der politischen Willensbildung *„transparenter gemacht"* werden;
- *„Art und Weise der Politik"* sollte sich ändern; es *„sollten Gespräche geführt, Dialogformen gesucht werden, deren Ergebnisse sich in der praktischen Politik auch sichtbar niederschlagen"*;
- *„Die Dichte staatlicher Regelungen sollte vermindert, Zwänge und Bürokratie abgebaut werden ..."*;
- *„Die Fähigkeit zum Umgang mit solchen Minderheitskulturen ... muß entwickelt werden"*;
- zur Entwicklung der *„menschlichen Bedürfnisse"* sollten sich *„Kirchen, politische Parteien und andere gesellschaftliche Kräfte ... stärker einstellen"*;
- *„Der Tendenz zu großräumigen Strukturen sollte entgegengewirkt werden"*;
- *„Nötig wären eine menschliche Schule, besserer Berufsübergang, Abbau von Jugendarbeitslosigkeit und Wohnungsnot"*;
- *„Die Hilfen für die Familie sollten verstärkt werden"*, damit die Eltern befähigt werden, *„persönlich auf die Probleme ihrer Kinder einzugehen ... und ... Orientierung anzubieten"*;
- *„Kinder und Jugendliche sollten den nötigen Freiraum erhalten ... und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Mitgestaltung"*.

Ein beachtliches Programm — sofern es auch nur annähernd umgesetzt würde!

Ein sozial-liberaler Knigge entsteht

Unbeschadet ihrer Mängel und ungeachtet des offenen Widerspruchs zwischen Wort und Tat avancierten die Schweizer „Thesen" samt Ergänzungen und Plagiaten zum Knigge sozialliberaler und regierungsoffizieller „Jugend-Diskussion" in der BRD.

Als vereinheitlichte Sprachregelung kann gelten: die Jugend leidet unter der Krise; der Minderheitenprotest wird von der Mehrheit mit Sympathie bedacht, ist darüberhinaus sogar Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Mißstände; Staatsfeindlichkeit ist das einigende Band der Proteste; Repression ist kein Mittel zur Lösung; der Dialog ist notwendig.

In den Auseinandersetzungen der bürgerlichen Parteien über die geeignete Taktik zur Niederschlagung der Hausbesetzerbewegung, der Anti-AKW-Kämpfe, der Frankfurter Startbahn-Kämpfe gaben die „Thesen" etc. die geeignete Munition für die von den Sozialliberalen propagierte „Berliner Linie", die der „Nürnberger Linie" der CDU/CSU als angebliche weiche Welle gegenübergestellt wurde. Mensch erinnere sich: die CDU/CSU-regierten Länder forderten die gewaltsame Zerschlagung der Proteste, insbesondere der Hausbesetzungen, die sie für den Untergang der Demokratie und das zerstörerische Werk herumreisender Terroristen erklärten.

Mit den Massenverhaftungen im Nürnberger KOMM wegen der bloßen Teilnahme an einer Demonstration zeigte man, daß der Rechtsstaat ggfs. auch durch seine Beseitigung gerettet werden müsse. Die Innenminister der CDU-regierten Bundesländer stellten sich trotz der eindeutigen Rechtsbrüche hinter F.J. Strauß und Tandler und nahmen die Vorfälle in Verbindung mit der (trotz Verbot mit über 100.000 Menschen durchgeführten) Massendemonstration in Brokdorf sogar noch zum Anlaß, eine weitere Aufrüstung der Polizei (Gummigeschosse, CN/CS) sowie eine weitere Einschränkung des Demonstrationsrechts zu fordern und z.T. durchzuführen. Die sozialliberalen Innenminister verurteilten das Nürnberger Vorgehen als übertrieben und ungeschickt; das vorhandene polizeiliche und gesetzliche Instrumentarium reiche zur Bewältigung der Proteste aus. In Westberlin versuchte Jochen Vogel mit einer Kombination von Dialog und polizeilicher Repression die Bewegung in den Griff zu bekommen (Anm. 12). Selbst Justizminister Schmude und Innenminister Baum versuchten, sich als Vertreter des „Dialogs mit der Jugend" zu profilieren. Baum ging so weit, die „Thesen" gegenüber den Terrorismus-Hysterien der CDU/CSU mit eigens vom BKA zur Verfügung gestellten Zahlenmaterial abzustützen. Unter Berufung auf eine Analyse des BKA, die unter 3.000 registrierten Hausbesetzern und Hausbesetzerinnen nur 70 mit „TE-Bezügen"
strierten Hausbesetzern und Hausbesetzerinnen nur 70 mit „TE-Bezügen"
festgestellt habe (wobei „TE-Bezüge" auch bloße Brief-Bekanntschaften, Knast-Besuche bei „Terroristen" u.a. bedeuteten), erklärte Baum, es gebe zwar eine *„allgemein wachsende Aggressionsbereitschaft"* in der gesamten Gesellschaft, auch bei völlig unpolitischen Anlässen wie z.B. bei Fußballspielen. Es habe auch *„nie Zweifel daran gegeben, daß an Aktionen, Demonstrationen in den Städten, bei Hausbesetzungen auch extremistische Gruppen beteiligt waren, auch einzelne aus dem terroristischen Umfeld. Aber kennzeichnend für die Gesamtsituation (sei), daß zwar die undogmatischen Gruppen eine Rolle spielen, aber die Hausbesetzerszene keine Führungspersönlichkeiten kennt, auch keine klaren Organisationsstrukturen. Das war etwa 1968 bei der Studentenbewegung mit dem SDS und Dutschke ganz anders"*. Man könne die heutigen Proteste nicht mehr mit dem *„einfachen Reaktionsmuster"* einer *„Wiederbelebung der Terrorismusdebatte"* von 1977 erledigen. *„Wir leben in einer Umbruchphase. Es geht um Orientierungen jenseits materieller Lebenserfüllung, zugleich aber auch um eine immer kritischer werdende Frage der gerechten Verteilung von Lebenschancen angesichts verschwindender Zuwachsraten. In diesem Umbruch verschärft sich der normale Generationsgegensatz ... Stichworte: konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit ... Wir sind in der Bundesrepublik an einer Stelle der Entwicklung angekommen, wo das Überdenken solcher Defizite durch materielle Wachstumserwartungen nicht mehr möglich ist ..."* („Innere Sicherheit"; Anm. 13 und 14).

Die regierungsamtliche SPD-Version ...

Selbst Feldwebel Helmut Schmidt hielt es für passend, im Bundestag die „Thesen" *„allen zur Aufmerksamkeit zu empfehlen"*, zugleich allerdings klarzustellen, was die SPD unter „Dialog" versteht: Die Jugendlichen *„müssen gezwungen werden, sich mit dem auseinanderzusetzen, was sie als Sachzwang beiseite schieben wollen ... Es muß ihnen erläutert werden, — und es darf ihnen dabei nicht nach dem Munde geredet werden — warum Verteidigung notwendig ist ... Das gilt für die ökonomischen Zusammenhänge nicht minder"* (Schmidt, „Die Jugend anerkennen").

Schmidt hielt es auch für richtig, das Stichwort „Angst" aufzugreifen: *„Ich habe selbst oft in meinem Leben Angst gehabt, verstehe die Angst der Jugend total und kann sie nachvollziehen. Aber es kommt doch darauf an, sich von seiner Angst nicht totmachen zu lassen, sondern über sie hinauszugehen"*.

Im Sinne Schmidts machte das Fami-

Forts. nächste Seite



Westdeutsche Alternativblätter: Monatlich 1,6 Millionen Exemplare

(aus „Spiegel" 13/81)

(aus „Spiegel" 13/81)

lienministerium nach dem Verriß seiner ersten Vorlage im Bundestag (Anm. 16) im Dezember '81 einen zweiten Anlauf. Zwar wird in dieser Studie („**Jugend in der Bundesrepublik heute — Ausbruch oder Verweigerung**") noch die Sprachregelung der ‚Thesen' und der ersten Studie mitgeführt; die Schlußfolgerungen sind aber auf den von Schmidt und anderen geforderten „Realismus" zugeschnitten, mit dem die gesellschaftskritischen und reformerischen Ansätze der früheren Texte weitgehend zurückgenommen werden.

— **Zur Friedenspolitik**
„*Viele und vor allem junge Bürger sehen den Frieden zu Recht aufs neue ernsthaft bedroht. Es ist deshalb unbeirrt auf dem politischen Vorrang der Rüstungskontrolle und dem Abbau der Rüstungen zu beharren und sich gegen Versuche zu wehren, in der Sicherheitspolitik vor allem militärstrategischen Gesichtspunkten den Vorrang zu geben. Man darf aber auch keinen Zweifel daran lassen, daß eine pazifistische Haltung zwar menschlich verständlich, in einer nichtpazifistischen Umwelt jedoch lebensgefährlich ist*".

— **Zur Arbeitslosigkeit**
„*Jeden einzelnen Bürger vor Not zu bewahren und ihm die solidarische Hilfe aller zuteil werden zu lassen, ist Aufgabe des sozialen Netzes. Sein Sinn kann jedoch nicht darin liegen, auf Dauer ungelöste Strukturprobleme des Arbeitsmarktes zu finanzieren* ...".

— **Zur Bildungspolitik**
„*Das erreichte Niveau der Abschlüsse im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung darf nicht gesenkt werden, auch wenn unter den gegebenen Bedingungen ein Verdrängungswettbewerb der weniger Qualifizierten durch die besser Qualifizierten stattfindet. Wir müssen Abschied nehmen von der traditionellen Vorstellung, daß bestimmte Abschlüsse auch bestimmte Einkommen garantieren. Solchen Erwartungen muß auch bei jungen Menschen entgegengewirkt werden. Der Wert von Bildung sollte nicht auf ihre ökonomische Verwertbarkeit reduziert werden*".

— **Zum "Sozialstaat"**
Schon beinahe komisch angesichts der Sparprogramme im sozialen Bereich klingt der Aufruf, es müsse der „*Angst vor allem vieler Jugendlicher*" entgegengewirkt werden, „*daß mehr soziale Sicherheit identisch sei mit einem immer dichter werdenden Netz staatlicher Kontrollen*"; deshalb müsse „*verstärkt nachgedacht*" werden, wie die „*sozialen Dienstleistungen (neu) organisiert werden können*", wie „*manche Großbürokratie des Sozialstaats durch dezentrale und mitbestimmte Strukturen ersetzt werden*" könnten.

„*Der Staat war weder in der Vergangenheit noch kann er in der Zukunft der gutgeölte Dienstleistungsbetrieb sein, der für die Probleme in allen Lebenslagen die Lösungen frei Haus liefert*".

— **„Mehr Freiräume für die Jugend"**
„*Jugendlichen sollten Freiräume zugestanden werden etwa in selbstverwalteten Jugendzentren ... Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Mitarbeit sollten den Jugendlichen im konkreten Alltag geboten werden*".

„*Den jungen Menschen wird aber auch gesagt werden müssen, daß die Hinwendung auf den eigenen Erlebnisbereich nicht zu Ignoranz und Apathie gegenüber Politikbereichen führen darf ... Die Verantwortung der Gesellschaft für ihre Jugend schließt die Verantwortung der Jugend für die Gesellschaft, deren Teil sie ist, mit ein*".

Hose runter!

In der Praxis bedeutet das nicht nur die Fortsetzung der für die Proteste ursächlichen Politik, sondern sogar noch Verschärfung.

Das gilt für alle bundespolitischen „Sachfragen" von der „Friedenssicherung" über die Arbeitsmarktpolitik, Sozial- bzw. Sparpolitik usw. Lediglich im Bereich der „Inneren Sicherheit" könnten die ausdrücklichen Bekundungen, nicht auf Repression, sondern auf Mitverantwortung in der kommunalen Politik setzen zu wollen, den Eindruck erwecken, als solle hier eine Neuorientierung nach dem alten Brandt-Motto „Mehr Demokratie wagen" eingeleitet werden.

Aber die Kommunalpolitik, die der Ort der Wahrheit für alle Versprechungen auf eine Wende in der Jugendpolitik ist, bringt das Gegenteil an den Tag: Dort finden auch in sozialdemokratisch regierten Ländern, Städten und Gemeinden die bundespolitischen Richtlinien der „Friedenssicherung" nach außen und der „Sparpolitik" nach innen ihre Fortsetzung in der Einschränkung der Möglichkeiten der Jugendlichen:

— angefangen bei weiter steigender Jugendarbeitslosigkeit;
— Einsparungen im Bildungsbereich;
— Einsparungen im Kinder- und Jugend-Freizeitbereich mit der Folge von Verwahrlosung, Überfüllung, ggflls. Schließung von Heimen und Freizeitstätten;
— Einsparungen bei freien Trägern im Sozialbereich, Behinderung des Auf- und Ausbaus autonomer Jugend-Freizeitstätten, aktive und massive polizeiliche Verhinderung von in diesem Zusammenhang vorgenommenen Besetzungen;
— Einsparungen im Kulturbereich ...
— demgegenüber: finanzielle und personelle Aufstockung des polizeilichen „Jugendschutzes", Ausbau von Drogen-Knästen usw.

Im wahrsten Sinne das schlagendste Beispiel für die praktischen Konsequenzen der ‚neuen' Jugendpolitik der SPD ist Hamburg. Hamburg zeigt gerade gegenwärtig, wie die Ergebnisse langjähriger Krisen- und Sparpolitik im Jugendbereich, nämlich u.a. soziale Unruhen in Gestalt der Punks, Skins und rechter Jugendbanden polizeilich — auch ganz ohne ‚Dialog' — bewältigt werden sollen.

Während die Hamburger SPD sich beispielsweise in den Tolerierungsgesprächen mit der GAL für außerstande erklärte, für die mehr als 16.000 arbeits- und ausbildungsplatzlosen Jugendlichen ein effektives Arbeitsbeschaffungsprogramm vorzulegen, während die Rotstiftpolitik im Bildungswesen, im Sozial- und Freizeitbereich die Jugendlichen ohne Ausbildung und Arbeit auf die Straße treibt, die Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen usw. — stockt dieselbe SPD die Jugendabteilung der Polizei für einen „Modellversuch zur präventiven Arbeit der Polizei in Hamburger Schulen", sowie insgesamt den Jugend-Überwachungsapparat auf.

Dieser Polizeiapparat wird gegen Punks und linke Jugendliche offensiv eingesetzt. Wenn Linke zusammen mit betroffenen Jugendlichen Abhilfe fordern, spricht die SPD-Führung von „Funktionalisierung der Jugendlichen für politische Gruppen". Gleichzeitig wird der Einfluß nazistischen Gedankenguts und die organisierte nazistische Rekrutierungsarbeit unter den Jugend-
kenguts und die organisierte nazistische Rekrutierungsarbeit unter den Jugend-
lichen verharmlost und — wie früher die NPD — gegen Proteste in Schutz genommen.

Nutzen, was zu nutzen ist

In der Jugend-Debatte und -Politik der SPD zeigt sich der Widerspruch zwischen linkem Programm und rechter Politik, zwischen durchaus glaubhaft vorgebrachter Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen der herrschenden Mißstände und des dahinterstehenden Systems einerseits und der praktischen Politik im Interesse der Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse andererseits. Die z.T. sehr kritischen Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, was getan werden könnte und müßte, um der aktuellen und langfristigen Krise im Interesse der Bevölkerung entgegenzutreten, anders ausgedrückt: sie zeigen, was die (sozialliberalen) Politiker tun könnten, wenn sie wollten ... Darin liegt ein unbestreitbares Verdienst der diversen Expertisen und im übrigen auch der linkssozialliberalen Argumentation. (Übrigens ist es nicht ganz uninteressant zu sehen, daß die Verfasser/innen besagter Analysen heute in der Regel genau die kritischen Köpfe sind, die die SPD/FDP aus der 68er Bewegung integrieren konnte.)

Unter den Händen rechter SPD-Politiker wie Schmidt, dem Hamburger Innensenator Pawelzcyk u.a. allerdings verwandelt sich die Kritik am System in eine Kritik an der ‚larmoyanten' (sich selbst bemitleidenden) Jugend, die Einsicht in die Notwendigkeit von grundlegenden Reformen in die Notwendigkeit der Effektivierung der bisherigen Politik, der „Dialog mit der Jugend" in die Disziplinierung der Jugend. Das von diesen Leuten zur Schau getragene Verständnis für die Nöte der Jugend soll dazu dienen, die Folgen der kapitalistischen Krisen-, Spar- und Kriegsvorbereitungspolitik besser als ‚Sachzwang' statt als Fehler des Systems verkaufen zu lassen.

Zitate aus den Analysen werden benutzt, um selbstkritische Reflexion, Selbstzweifel und Reformwillen vorzutäuschen.

Diese Politik soll die systemsprengende Kraft der politischen und sozialen Proteste „der Jugend" noch einmal ins System integrieren — nur daß sie im Unterschied zu 1968/69 materiell nichts anzubieten hat und auch nichts anbieten will.

Es ist nicht zu erwarten, daß sich an dieser Politik nach dem Machtwechsel wesentliches ändert: zum einen hat die SPD auch nach dem Regierungswechsel ihre grundsätzliche Linie bekräftigt; zum anderen ist die Praxis der Jugendpolitik ohnehin Kommunalpolitik, wo die SPD auch zukünftig noch an vielen Orten zuständig bleiben wird. Der Wechsel der SPD in die Opposition könnte aber all den Kräften Auftrieb geben, denen an einer konsequenten Reformpolitik gelegen ist. Mit diesen Kräften zusammen könnten auch die vorliegenden Jugend-Reformprogramme in der öffentlichen Diskussion als Arbeitsgrundlage und als Druckmittel gegen die SPD-Rechte und gegen die CDU/CSU-Politik eingesetzt werden.

---

jugend

no future
fünf vor zwölf
spätestens
in sechs bis acht jahren

sagen die jungen
leute lachend
beim fernsehgespräch

sie finden es
komisch
heute zu spekulieren
was in acht jahren
sein wird

ke 15.2.82

Literatur und Anmerkungen

1.) Zahlen aus „Null Bock oder Mut zur Zukunft? — Jugendliche in der Bundesrepublik", eine Publikation der SOST bei VSA, Hamburg '81, und außerdem aus

2.) „transfer — Junge Leute von heute", eine Veröffentlichung des Bundesfamilienministeriums von 1978;

3.) „Das ist ein Prüfstein für das Funktionieren unserer Demokratie — Thesen zu den Jugendunruhen 1980, aufgestellt von der eidgenössischen Kommission für Jugendfragen", veröffentlicht in FR, 12.2.81;

4.) „Stichworte zum Dialog mit der Jugend, zusammengetragen von der eidgenössischen Kommission für Jugendfragen", September 1981, herausgegeben vom Bundesamt für Kulturpflege Bern;

5.) „Jugend '81 — Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder", herausgegeben vom Jugendwerk der Deutschen Shell AG, Hamburg 1981, Band 1, 2, 3; außerdem Kurzfassung „Diese jungen Fremden", vertrieben von der Deutschen Shell. —

Die vorliegende Studie ist keineswegs die erste, sondern lediglich die aktuellste Jugendstudie, die im Auftrag der Shell AG seit Jahren hergestellt werden. Die Shell AG rühmt sich im Vorwort, bereits seit 30 Jahren im Geschäft zu sein; neun Studien habe sie bereits hergestellt. Die vorliegende Studie begrenzte ihre Fragestellung und Fragemethode allerdings erstmalig nicht auf bestimmte Verhaltensweisen, Meinungen usw. zu einem begrenzten Thema wie z.B. die Studie von 1980 zu „Einstellungen der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung", sondern fragte genereller nach ‚Lebensentwürfen' usw. U.a. dadurch unterscheidet sich das Ergebnis der Studie erheblich von vorhergehenden und vergleichbaren anderen Erhebungen von INFAS, EMNID usw.

So kam beispielsweise die '80er Studie noch zu dem Ergebnis, daß die Jugendlichen Staat und Wirtschaft überwiegend positiv sähen und zufrieden seien, während die jetzige Studie das genaue Gegenteil herausfand. Mit Sicherheit haben sich die Einstellungen der Jugendlichen innerhalb eines Jahres nicht derart radikal gewandelt, — auch wenn erhebliche Sprünge denkbar sind angesichts des raschen Verschleißes der SPD/FDP-Koalition. Es zeigt sich, daß das Ergebnis demoskopischer Erhebungen in erheblichem Umfang vom Ausgangspunkt der Befragung abhängig ist.

Im übrigen wirft die gegenüber den Vorjahren veränderte, umfassendere Fragestellung des Shell-Jugendwerks ein interessantes Licht auf evtl. Motive der Shell, mit der Studie Politik zu machen. Immerhin löste das Ergebnis einen Wettlauf der bürgerlichen Parteien um „die Jugend" aus.

6.) Warum die einen „jugendzentriert", die anderen „erwachsenenzentriert" seien, klärt die Studie nicht auf. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Kritik, die die Westberliner Prof. M. Liebel und W. Lessing in „Päd. Extra Sozialarbeit" (Dez. '81) vorbrachten: mit der ihrer Meinung nach willkürlichen Unterteilung werde die klassenmäßige Zusammensetzung der Jugendproteste verschleiert. Liebel und Lessing entwickelten schon in ihrem 1975 im Juventa Vlg. erschienenen Buch „Jugend in der Klassengesellschaft" ihre Kritik am bürgerlichen Jugend-Begriff. Nach ihrer Meinung ist generell erst einmal zu unterscheiden zwischen Jugend der herrschenden Schicht und Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend erlebe aufgrund ihrer früheren und z.T. ganz anderen Konfrontation mit dem Arbeitsleben den jugendlichen Autoritätskonflikt eher als grundsätzlichen Konflikt mit Kapitalist und Staat, der nur mit dem Lohnarbeitsverhältnis selbst aufgehoben werden könne. Bei ihnen trete der Familienkonflikt nachweisbar hinter diesem Konflikt zurück.

Die Jugend der herrschenden Schicht dagegen (bzw. die aufsteigende studierende Jugend) erlebe den jugendlichen Autoritätskonflikt in der Regel am Elternhaus als dem Geldgeber, was zu einem begrenzten Autoritätskonflikt führe, der zwar wesentlich länger andauere als bei Arbeiterjugendlichen, aber weniger grundsätzlich und mit Ende des Studiums, der Ausbildung usw. in der Regel beendet sei. Lessings und Liebels Attacke führten bisher nur zu einem unfruchtbaren Streit in Päd. extra (Mai 82) zwischen ihnen und den Autoren der Studie, weil auch sie bisher nicht in der Lage waren, ihre Kritik des bürgerlichen Jugendbegriffs auf eine konkrete Analyse der konkreten heutigen Proteste zu stützen. Ein weiteres empirisches Eindringen entlang ihrer Arbeitskriterien könnte aber sicher sehr hilfreich und interessant sein, um die Entwicklungslinien der aktuellen und sich abzeichnenden Proteste genauer zu erkennen.

7.) siehe 5

8.) Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang eine Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle: „Die CDU im Gespräch mit der Jugend", erschienen ca. ein halbes Jahr nach dem ‚Jugendparteitag' der CDU in Hamburg vom 2. - 5. November '81, wo vor ca. 500 geladenen Jugendlichen seitens der CDU der ‚Dialog mit der Jugend' eingeleitet werden sollte. Bis zu diesem Zeitraum hatte die CDU nach eigenen Angaben durch Diskussions-Veranstaltungen, Gespräche von „Spitzenpolitikern" usw. 15.000 Jugendliche „angesprochen". Gemessen an den 50.000 Mitgliedern der JU scheint das nicht viel; immerhin aber fanden diese Aktivitäten neben den üblichen JU-Aktivitäten statt, und außerdem umfaßt der eigentliche Berichtszeitraum der Dokumentation nur 3 - 4 Monate.

9.) „5 Millionen Deutsche: ‚Wir sollten wieder einen Führer haben ...' — Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen", herausgegeben von Freimut Duve, rororo '81, sog. nach dem Heidelberger sozialwissenschaftlichen SINUS-Institut. Ähnlich wie die Shell-Studie '81 bediente sich die SINUS-Studie erstmals neuer Befragungsmethoden, in denen nicht nur nach bestimmten ‚tiefenpsychologisch', ‚sozialhistorisch' oder ‚soziologisch' eng umrissenen Kriterien eine ‚Faschismusskala' aufgestellt wurde, sondern nach Angaben des Instituts erstmals in der Faschismusforschung mit ‚Schlüsselsätzen' gearbeitet wurde, die ein umfassenderes ‚Inventar rechtsextremistischer Inhalte' und ‚Einstellungen' zutage gefördert hätten. Daß eine exakte Bewertung dieses ‚Inventars' recht problematisch ist, liegt auf der Hand; insofern dürften die Angaben nur als Tendenzaussagen verstanden werden.

10.) „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland", erstmals veröffentlicht als Drucksache des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit im April 81. Zweitveröffentlichung nach Vorlage im Bundestag zusammen mit
Drucksache des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit im April 81. Zweitveröffentlichung nach Vorlage im Bundestag zusammen mit
Kommentaren der Geschäftsführer aller vier im Bundestag derzeit vertretenen Parteien in „Das Parlament", 39/81, 26.9.81;

11.) siehe dazu z.B. die Statistiken aus dem Heftchen „Transfer", eine Veröffentlichung von Untersuchungen zur Lage der Jugend seitens des Familienministeriums aus dem Jahre 1978 („Transfer 5 — junge Leute von heute"). Dort wird u.a. ausgeführt, daß nicht nur in der Prioritätenskala der Erwachsenen seit 1970 wirtschaftliche und soziale Sicherheit den ersten Platz einnehme und mit Beginn der Spardiskussion von 1976 die Bedeutung noch gestiegen sei, sondern das das vor allem auch für die jungen Menschen gelte. Dabei komme bei den jungen Menschen der wirtschaftlichen Sicherheit noch mehr Bedeutung zu als der sozialen, Tendenz steigend. — Diese Daten werden in den neueren Untersuchungen nicht verwandt.

12.) siehe dazu AK 200: „Nürnberg und Westberlin — zwei Taktiken des Staates?";

13.) „Innere Sicherheit" Nr. 57, 4.5.81; pikanterweise handelt es sich um den Abdruck eines Interviews, das Baum dem katholischen „Deutschen allgemeinen Sonntagsblatt" gab.

14.) Ein Jahr zuvor hatte Baum in seinem Gespräch mit dem Ex-Terroristen Horst Mahler das Ziel seines ‚Dialogs' noch allein mit der klassischen Aussteiger-These formuliert: „Zu verhindern, daß immer mehr junge Menschen aussteigen, daß viele sterben an der Sehnsucht nach Geborgenheit, die sie in unserer Wohlstandsgesellschaft nicht finden; das ist eine der drängendsten Herausforderungen der achtziger Jahre", aus „Der Minister und der Terrorist", „Spiegel"-Buch 1980;

15.) H. Schmidt: „Die Jugend anerkennen"; eine Sammlung von Reden Schmidts zum Thema Jugend, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1981

16.) Trotz aller verbalen Zustimmung seitens regierender Sozialliberaler zu den „Thesen" und trotz höflicher Lobhudelei gegenüber der ersten Studie des Bundesfamilienministeriums wurde diese bei ihrer Vorlage im Bundestag im September 81 bereits von Mitgliedern der eigenen Fraktion ziemlich ruppig gekippt. P. Glotz „ergänzte kritisch", daß man ja wohl die Alternativbewegung nicht einfach mit dem Jugendprotest gleichsetzen könne, sondern differenzieren müsse. Der ehem. Generalsekretär der FDP, Verheugen, erledigte die Untersuchung gar als „abgelutschte Schlagworte" und forderte, „nicht mehr über den Dialog zu reden, sondern damit zu beginnen" — redete allerdings selbst dann reichlich darüber ... u.a. forderte er eine Untersuchung, wie weit die Aufbaubereitschaft der Alternativszene für die Stabilisierung der politischen Verhältnisse genutzt werden könne.

CDU und CSU benutzen die Studie ohnehin nur, um ihre eigenen Vorstellungen daran zu propagieren und — wie Schmidt — mehr Realismus zu fordern. Es fand sich niemand, der die Studie in ihrem Kern verteidigen mochte. Damit war sie gestorben. Es folgten dann zum einen die zweite, von reformerischen Vorstellungen weitgehend gereinigte Fassung des Familienministeriums im Winter '81, und zum anderen die Einsetzung einer interfraktionellen Enquete-Kommission unter Leitung von Mathias Wissmann (CDU/Junge Union), die im Mai '82 einen ersten Zwischenbericht vorlegte. (Dazu mehr im zweiten Teil des Artikels).

F., Antifa-Kommission

Das Kapital an der Macht

Die amerikanische Arbeiterklasse unter Reagan

Die USA befinden sich seit einigen Jahren in einer ihrer schwersten ökonomischen Krisen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Dies ist weithin bekannt. Wie sich allerdings die Politik der Reagan-Regierung zur Lösung dieser Krise durch eine gigantische Aufrüstung und einen an frühkapitalistische Zeiten erinnernden Sozialabbau für die Masse der amerikanischen Bevölkerung darstellt, bleibt weitgehend unbeachtet. Doch die Trennung in Nutznießer und Opfer dieser Krise ist ebenso deutlich wie vor über fünfzig Jahren.

Die aktuelle Krise konzentriert sich vor allem auf den Osten und den mittleren Westen der USA, wo die Verelendung rapide zunimmt. Dagegen erscheint Kalifornien im Westen als das Paradies der Kapitalverwertung, da hier die Zukunftstechnologien Mikroelektronik und Biotechnologie in Verbindung und teilweis direkter Verknüpfung mit 80% der US-Rüstungsindustrie konzentriert sind.

Generell lassen die Strategien der US-Kapitalisten für die Lösung ihrer inneren Problem viele Parallelen mit den Wortführern der ,,notwendigen Erhöhung der Eigenverantwortung'' als Parole für die Demontage von Sozialleistungen und die Verelendung in der BRD kennen. Es wird deutlich, woher die Herren Lambsdorff, Schmidt, Kohl und Co. ihre Anregungen beziehen. Vieles davon scheint auf den ersten Blick hier in Europa und besonders in der BRD unmöglich zu sein; doch gibt es zahlreiche Beispiele, daß auf betrieblicher Ebene ähnliche oder gar gleiche Entwicklungen bereits durchgesetzt werden. Daher soll der Artikel auch den Blick für die Entwicklung in der EG bzw. der BRD schärfen.

der immer noch goldene Westen

Der Aufschwung der amerikanischen Elektronikindustrie begann vor 60 Jahren im Süden der Bucht von San Francisco im ,,Silicon Valley''. Das Silicium ist der Grundstoff für Halbleiter, die Bausteine der Mikroprozessoren. Innerhalb von 20 Jahren hat sich hier die Bevölkerung verdoppelt.

Interessiert an den Mikroprozessoren sind in erster Linie die Militärs. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges gab das Pentagon jährlich 3 Mrd. US-Dollar für die Elektronik-Forschung aus. Die Anwendung der Mikroelektronik ist von der modernen Waffenentwicklung nicht mehr zu trennen. Die Zielgenauigkeit der Interkontinentalraketen ist ebenso ein Erfolg dieser Technologie wie die Konstruktion der ,,Cruise Missile'' und das ,,AWACS''-System. Darüberhinaus wird die Mikroelektronik eingesetzt, um sogenannte automatische Gefechtsfelder zu entwickeln, die mit automatischen Waffensystemen ihre Feindobjekte selbst erkennen können. Natürlich ist auch eine Kriegsführung im Weltraum — wie sie durch die Entwicklung der ,,Space Shuttle'' eingeleitet wurde — ohne den Einsatz von Mikroelektronik undenkbar.

Allein im ,,Silicon Valley'' arbeiten 200.000 Menschen für diese Industrie, davon 85% Frauen. Nahezu die Hälfte
Allein im ,,Silicon Valley'' arbeiten 200.000 Menschen für diese Industrie, davon 85% Frauen. Nahezu die Hälfte
kommt aus Ländern der Dritten Welt. Obwohl sie alle Kittel tragen wie Chirurgen und an Mikroskopen arbeiten wie Wissenschaftler, übersteigt ihr Gehalt nur knapp den Mindestlohn, und sie machen vor allem Montagearbeiten. Der Unterschied zu den Fließbandarbeitern von Detroit liegt nur darin, daß sie den ganzen Tag vor dem Mikroskop sitzen — und daß man sie hindert, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Ingenieure und Manager hingegen sind sehr gut bezahlt, da sie meist aus dem Osten angeworben wurden. Mit einem Anteil von 20% lassen Forschung und Verwaltung jedoch kaum auf eine ,,Wissenschaftsindustrie'' schließen. Zumal die Techniker und Büroangestellten kaum besser dastehen als ihre gewerblichen Kolleginnen.

Die Arbeitslosenquote liegt im ,,Silicon Valley'' zwar unter dem US-Durchschnitt, aber der Arbeitsplatz wird sehr häufig gewechselt. Es wird ebenso schnell entlassen wie neu eingestellt: Auf diese Weise wird ein Klima der Unsicherheit erzeugt. Dies nutzen die Kapitalisten, indem sie bei Neueinstellungen stets nur den niedrigsten Lohn zahlen. Darüberhinaus verlieren die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Rentenansprüche, da in den USA die Einzahlungen nicht automatisch angerechnet werden.

Arbeitsplätze wie im Frühkapitalismus

Ein Bericht der Gesundheitsbehörde kommt zu dem Schluß, daß die Industrie für wissenschaftliche Geräte in Bezug auf den Kontakt mit krebserzeugenden Stoffen am gefährlichsten ist, gefolgt von der Elektroindustrie. Die Produktion von Mikroprozessoen fällt in beide Kategorien, so daß die Arbeitsbedingungen hier äußerst gefährlich sind. Am meisten gefährdet sind die Frauen, die in der Fabrikation beschäftigt sind. — Nicht zuletzt deshalb las-
Frauen, die in der Fabrikation beschäftigt sind. — Nicht zuletzt deshalb las-
sen die Firmen neuerdings Arbeitssuchende nicht nur seitenlange Fragebögen zu ihrer politischen Einstellung und vor allem ihrer Krankheitshäufigkeit ausfüllen, sondern auch noch an einem Gentest beteiligen. Hierbei soll untersucht werden, ob die Bewerber ideale Voraussetzungen aufweisen, alle Arbeitsplatzbedingungen zu bestehen und widerstandsfähig gegen bestimmte Berufserkrankungen zu sein. Neben einigen Firmen, die dies heute schon praktizieren, beabsichtigen 60 der größten US-Konzerne bis 1987 ebenfalls diese Gentests einzuführen.

Doch nicht nur in den Produktionsstätten selbst herrschen katastrophale Zustände. Im ,,Silicon Valley'' ist die Industrie konzentriert auf Palo Alto in der Nähe der Forschungslabors der Universität von Stanford, der Hauptempfängerin öffentlicher Forschungsgelder. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen sind verheerend. So können z.B. nur die Manager und leitenden Angestellten in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen. Alle anderen wohnen weit entfernt und sind auf weite Anfahrtwege angewiesen. Es gibt jedoch kein ,,Nah''-Verkehrsnetz, um die Schlafstädte zu versorgen. Die Wohnungsspekulation erstreckt sich über die ganze Region. Von 1966 bis 1976 erhöhte sich das durchschnittliche Familieneinkomnmen um weniger als 40%, aber die durchschnittlichen Kosten für neue Wohnungen um 300%!

Nicht zuletzt steht jedoch auch die Elektronikindustrie an der Spitze von Kapitalexport und Konzentration. Denn das ,,Silicon Valley'' ist heute nur noch eine Seite der internationalen ,,Arbeitsteilung''. Die Arbeit beginnt dort, wird in Asien weitergeführt und schließlich wieder in Kalifornien beendet. In Asien sind 200.000 Menschen in dieser Industrie beschäftigt, fast ausschließlich angelernte Arbeitskräfte. Die meist unverheirateten Frauen im Alter von 16 bis 26 Jahren müssen häufig die Unterbringung in Gemeinschaftsbaracken hinnehmen. Ihr Wochenlohn lag 1979 zwischen 34 und 46 US-Dollar (25 bis 33% des US-Durchschnittslohns) und die Monatsmiete in den Baracken beträgt 37 US-Dollar!

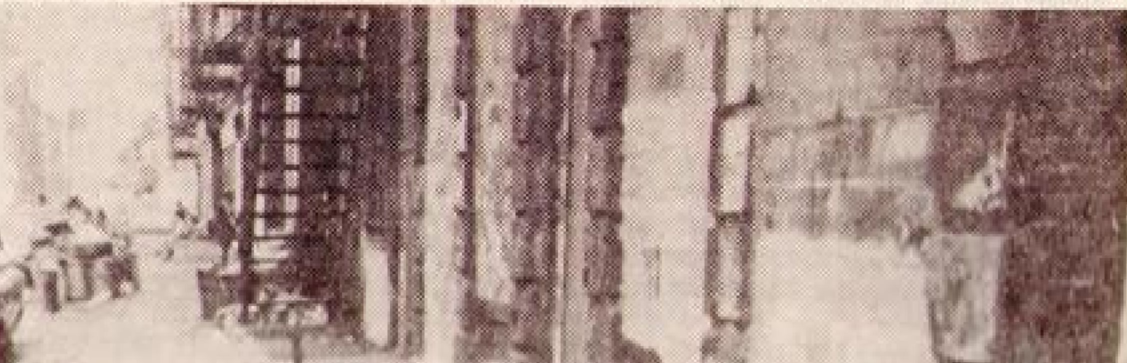
Montagestätten für Mikroprozessoren befinden sich u.a. in Thailand, Indonesien, Taiwan, Südkorea, Singapur, Hongkong, Malaysia und auf den Philippinen.

Die Krise im Osten und Mittelwesten

Ganz anders als im Westen, wo die zukunftsorientierten Industrien beheimatet sind, trifft die ökonomische Krise im Osten und Mittelwesten der USA auf wenig Widerstandskraft. Die Betriebsstillegungen — besonders im Textil-, Stahl-, Gummi- und Automobilsektor — sind ohne Zahl. Von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind Detroit, Pittsburg und New York. In den Zentren entstehen entvölkerte Geisterstädte. Die Städte verarmen und die öffentlichen Dienste werden praktisch eingestellt. Die Armutsrate steigt ständig und hat den höchsten Stand seit Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht. Nach offiziellen Angaben gibt es in den USA mittlerweile 29,3 Millionen ,,Arme'' mit einem jährlichen Höchsteinkommen von bis zu 4.000 DM. Weitere 14 Millionen Menschen leben unter dem Existenzminimum. Von den Hauptproblemen dieser Massenverarmung — Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und schlechte medizinische Versorgung — sind vor allem die ethnischen Minderheiten betroffen.

Die Arbeitslosigkeit in den USA hat bereits die 10-Millionen-Marke überschritten, was zuletzt 1941 der Fall war. Dazu kommen jedoch noch 1,3 Millionen, die die Arbeitssuche aufgegeben haben, und in den offiziellen Statistiken nicht mehr geführt werden, sowie 5,7 Millionen, die ,,aus ökonomischen Gründen'' gezwungen wurden, nur noch halbtags zu arbeiten.

Die Arbeitslosigkeit ist unter den Farbigen doppelt so hoch wie unter den Weißen, bei den Jugendlichen erreicht





Obdachlose in New York

sie sogar 60 %. Die US-Armee macht sich dies besonders zunutze, indem sie gezielt in den Ghettos und Slumbezirken Anwerbungsbüros einrichtet. Der Erfolg ist, daß die US-Armee heute zu 33% aus Farbigen besteht, die nur 12% der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Nach dem Amtsantritt Reagans wurden 22.500 Stellen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm gestrichen. Insgesamt sind allein seit Juli 1981 in den USA 1,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet worden. Dieser Prozeß hält unvermindert an — pro Tag kommt es zu ca. 200 Konkursen.

Die öffentlichen Wohnungsbauprogramme wurden drastisch zusammengestrichen, so daß nur noch 12% des benötigten Bedarfs gedeckt wird. In den Großstädten ist diese Situation am schlimmsten. Allein New York wurden in den letzten zehn Jahren 166.000 Wohnungen zerstört. Stadtteile der Armen — wie die Bronx — verfallen vollständig. Ehemals lebten hier 700.000 Menschen. Nun werden diese Gebiete zu Niemandsland: Krankenhäuser, Schulen, Feuerwachen und Polizeistationen werden geschlossen, die Geschäfte ziehen weg, der Nahverkehr wird eingestellt.

Das Kapital kriegt Beine

In der Stahlstadt Youngstown/Ohio wurden zwischen 1977 und 1980 bei der Schließung von vier Fabriken 10.000 Menschen arbeitslos. Als die US-Stahlindustrie durch versäumte Modernisierungen gegenüber der japanischen und westdeutschen Konkurrenz ins Hintertreffen geriet, sollten die Arbeiter Lohnkürzungen hinnehmen. Die Arbeiter weigerten sich — und die Stahlmanager zogen das Kapital aus der Stadt ab...

Ein Gewerkschaftsanwalt meinte dazu: *,,Es ist nicht so, daß die US-Stahlindustrie nicht rentabel wäre — ein Bericht der US-Steel zeigt sogar im Gegenteil, daß die Kosten hier die niedrigsten der Welt sind — aber sie ist nicht so profitabel wie die Petrochemie oder die Wohnungsspekulation''.*

Zwischen 1975 und 1979 tätigte der Multikonzern ,,US Steel'' im Durchschnitt 37% seiner Investitionen in anderen als dem Stahlbereich. In dieser Zeit fiel sein Anteil an der Stahlindustrie auf 13% und stieg bis auf 80% in anderen Bereichen. So eröffnete US Steel 1979 in der Nähe von Pittsburg ein riesiges Handelszentrum, und einige Wochen nach der Schließung ihrer Werke in Youngstown wurde ein Vertrag mit dem Chemie-Giganten Tenneco über die Errichtung einer Superfabrik in Houston unterzeichnet. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates erklärte dazu in der New York Times: *,,Das verfügbare Kapital muß da angelegt werden, wo es am meisten einbringt''.*

Das Kapital wandert also nicht nur zwischen den Branchen, sondern auch regional. Auf dieser Wanderung gingen allein 1969 bis 1976 15 Millionen Arbeitsplätze verloren. Der Effekt ist hauptsächlich an der Ostküste der USA nachzulesen, aber auch der Süden, der anfangs von der Mobilität des Kapitals profitierte, wird zunehmend zum Opfer der aktuellen ,,Umsiedlungspolitik''. Es ist nicht selten, daß ein Betrieb, der erst kürzlich im Westen angesiedelt wurde, in einen anderen Teil Kaliforniens verlegt wird, weil dort das Investitionsklima plötzlich günstiger geworden ist. Die einzelnen Städte liefern sich gegenseitig einen Wettlauf um die Gunst des Kapitals.

Die Folgen dieser Beschäftigungspolitik sind verheerend. In einer Untersuchung der John Hopkins Universität wurde ermittelt, daß eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit um 1% ungeahnte zusätzliche soziale Folgen mit sich bringt: 37.000 Todesfälle, davon allein 20.000 durch Kreislaufkrankheiten, 920 Selbstmorde, 650 Morde, 4.000 Einlieferungen in psychiatrische Kliniken, 3.500 Inhaftierungen usw.

Doch auch für die (noch) Arbeitenden weht ein schärferer Wind. Dies merkt man deutlich am Wiederaufkommen der sogenannten ,,Sweatshops'', der Knochenmühlen. Das sind halblegale kleine und kleinste Klitschen in Hinterhöfen oder sogar Garagen. Unzumutbare Arbeitsbedingungen, haarsträubende Niedrigstlöhne und keinerlei gewerkschaftliche Organisierung bestimmen in diesen Betrieben die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter. 500 solcher Betriebe gibt es allein in New Yorks Chinatown, ebensoviele in der Bronx und weitere in Queens und auf Long Islands. Die Reagan-Regierung fördert das Wiedererstehn durch Aufhebung gesetzlicher Einschränkungen, die um die Jahrhundertwende diese grenzenlose Ausbeutung erheblich vermindert hatten. Opfer dieser Ausbeutung sind heute wie damals vornehmlich illegale Einwanderer: Mexikaner, Haitianer und Asiaten, die ohne Einwanderungspapiere in die USA gekommen sind.

Die Situation der arbeitenden Frauen

Die meisten arbeitenden Frauen sind gezwungen, sich ihr Geld zu verdienen oder dazu-zu-arbeiten. 1979 waren 66% von ihnen Alleinlebende, Witwen, Geschiedene oder aber Verheiratete, deren Männer weniger als 800 US-Dollar im Monat verdienen. Die Frauen repräsentieren heute mit 45 Millionen knapp die Hälfte der Arbeitskräfte und ihre Bedeutung nimmt ständig zu: In den letzten zehn Jahren kamen 13 Millionen Frauen neu auf den Arbeitsmarkt gegenüber 9 Millionen Männern. Aber sie sind auch immer diejenigen, die zuerst entlassen werden, und ihr Verdienst beträgt durchschnittlich nur 60% von dem der Männer. Diese Ungleichheiten werden noch krasser mit zunehmendem Alter, Unterschieden der Rasse und Sprache.

20 Millionen Frauen, das sind mehr als 40% von ihnen, sind in Büros beschäftigt. Dort stellen sie 80% des Personals, aber nur 6% der qualifizierten Fachkräfte. Gleichzeitig mit der Einführung neuer Technologien, die es erlauben, bestimmte Arbeiten schneller auszuführen, sorgt die Automation für eine völlige Umwälzung des Arbeitsablaufs. Das Büro der Zukunft ist ein integriertes System von Mikroelektronik, Telekommunikation und Computereinsatz. *,,Die einzelne Sekretärin wird es nicht mehr geben. Sie werden Dienstleistungen von einer Stelle erhalten, die Verwaltungsberatungszentrum heißt und aus Spezialisten der Daten- und Textverarbeitung besteht''* (IBM-Anzeige). Dieser Verwaltungsstab der Zukunft eröffnet den Kapitalisten die Möglichkeit, das Hauptproblem bei der Büroarbeit anzugehen: Die Kosten der lästigen Handarbeit. Diese wird von den neuen Technologien durch hochgezüchtete Maschinen ersetzt, die billiger und besser verfügbar sind: *,,Wollen Sie ausgezeichnete Mitarbeiter, die alles tun, um ihre Produktivität zu verbessern? Bereit, Tag und Nacht zu arbeiten? Ohne Urlaub zu nehmen oder krank zu werden? dann...''* (IBM-Anzeige).

Arbeitsplatzvernichtung —

Arbeitsplatzvernichtung — made in usa

,,Seit 1972 — ein Jahr vor dem Öl-Schock — hinken das durchschnittliche Familieneinkommen ebenso wie der durchschnittliche Stundenlohn hinter der Inflation her. Real sind die Löhne auf dem Niveau von 1962 stehengeblieben. In derselben Zeit stiegen jedoch die Einkommen aus Dividenden um 126%, die Nettogewinne um 174%, die Managereinkünfte um 176% und die Zinsgewinne um 217%!'' berichtet der Vorsitzende einer US-Gewerkschaft.

Erst wurden ,,überhöhte'' Lohnforderungen aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung zurückgewiesen, nun werden Entlassungen damit begründet, daß die US-Wirtschaft wegen der hohen Löhne nicht mehr international wettbewerbsfähig sei. Dabei erhöhten sich aber die Kosten für eine Arbeitsstunde zwischen 1967 und 1979 in den USA nur um 151,3%, in Japan hingegen um 670,3% und in der BRD immerhin um 237,4% (nach Unterlagen der US-Arbeitsbehörde).

Ein weiteres Beispiel für die verschärfte Ausbeutung ist der Anstieg der Arbeitsunfälle. Nach einem drastischen Rückgang um 80% in 20 Jahren stiegen sie schon Anfang 1978 wieder auf die Rekordziffern des Zweiten Weltkrieges an, als für die Rüstungsproduktion alle Sicherheitsvorschriften gelockert waren. Gegenwärtig wird vom Kapitalistenverband erneut eine Lockerung dieser Maßnahmen als zentraler Schritt zur Verbesserung der Produktivität erwogen.

Rationalisierung und Automation haben nach den Erfolgen des Fließbands und des Taylorismus zu Beginn dieses Jahrhunderts nun voll auf die Verwaltungen übergegriffen. Die soziale Demontage der Angestellten kommt

Impressum

**Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,—, halbjährlich DM 33,— (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,—); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00
Einzelpreis DM 4,—; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.**

Forts. v. voriger Seite

nicht zufällig oder nur als Notlösung. Sie ist direkt mit der Entwicklung der Beschäftigtenstruktur verbunden. Der Anteil der Arbeiter ist ständig zurückgegangen (1930: 39,8% — 1980: 33,1%), der Anteil der Angestellten angewachsen (1930: 23,8% — 1980: 41%).

Hintergrund dieser Entwicklung ist die explosionsartige Zunahme der Dienstleistungen. So ging der Beschäftigtenanteil der industriellen Produktion stark zurück (1945: 43,4% — 1970: 33,3% — 1980: 28,4%), umgekehrt vergrößerte sich der An teil des Dienstleistungsbereiches (1945: 56,6% — 1970: 66,7% — 1980: 71,6%). Diese Verschiebung resultiert nicht zuletzt aus den größeren Profiten, die das Dienstleistungsgeschäft den Konzernen bietet. So investierten sie heute im Dienstleistungsbereich 86% mehr als vor 15 Jahren, während gleichzeitig die Investitionen im produktiven Bereich stagnierten oder sogar sanken.

Zwischen 1973 und 1979 waren die Bereiche mit der größten Expansion der Druckbereich, das Gesundheitswesen (in den USA überwiegend privat organisiert!) und vor allem anderen alle Arten von Gaststätten, insbesondere aber die ,,fast food''-Ketten wie McDonalds, Burger King u.a. In jedem dieser Bereiche wurden in diesen sechs Jahren 1 Million neue Arbeitsplätze geschaffen. Beschäftigt werden überwigend Frauen zu sehr niedrigen Löhnen — nur ca. die Hälfte des nationalen Durchschnittslohns —, und die gewerkschaftliche Organisierung ist äußerst schwierig.

Die Offensive des Kapitals in den 80'ern

Angesichts der allgemeinen Krise der US-Wirtschaft gehen die Maßnahmen der US-Regierung mit der Beschäftigungspolitik der Kapitalisten Hand in Hand. In einer Situation, wo die internationale Konkurrenz sich verschärft, die Arbeitskämpfe sich um den Erhalt der substantiellen Arbeitsbedingungen drehen, die Mobilität des Kapitals durch die elektronische Revolution enorm begünstigt ist, und Bundesstaaten, Städte und Gemeinden sich regelrecht überbieten um Kapital anzulocken, da stellen die US-Kapitalisten zwei Bedingungen als Voraussetzung für neue Investitionen:

— Zugeständnisse ohne Vorbedingungen von seiten der Arbeiterschaft und

— Die Liquidierung der Gewerkschaften.

Die ersten Zugeständnisse wurden schon gemacht: 1980 ,,entschieden'' sich die Arbeiter von Chrysler ,,freiwillig'' für eine **12% Lohnkürzung** als Gegenleistung für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze!

Anfang 1982 startete der Kapitalistenverband eine große Kampagne aus Anlaß von Tarifverhandlungen für 4 Millionen Arbeiter/innen.

General Motors unternahm Ende letzten Jahres eine große Werbeschlacht sowohl in den Medien als auch

General Motors unternahm Ende letzten Jahres eine große Werbeschlacht sowohl in den Medien als auch in den Betrieben, um die Notwendigkeit von Zugeständnissen zu demonstrieren. Der Präsident von GM verbreitete über die Medien, die Automobilarbeiter seien völlig überbezahlt: *,,Sie verdienen 80% mehr als ihre japanischen Kollegen und — was mir noch wichtiger ist — 80% mehr als der durchschnittliche amerikanische Arbeiter''*. Um ihren Forderungen nach Lohnverzicht Nachdruck zu verleihen, schloß GM während der Tarifverhandlungen sieben Fabriken und entließ 15.000 Beschäftigte. Dies führt zu einem Abschluß, der GM bis 1985 Einsparungen von 2,5 Milliarden US-Dollar bringt. — Ein ähnlicher Abschluß bei Ford brachte 1 Milliarde US-Dollar Einsparungen. Dagegen machen sich die 115 Millionen US-Dollar bei American Motors eher bescheiden. — Diese Tarifabschlüsse besieren darauf, daß bis 1985 auf jegliche Lohnerhöhung verzichtet wird und der Konzern die eingesparte Summe mit 10% Zinsen danach auszahlt. Das bedeutet, daß die Arbeiter dem Konzern einen Kredit geben, zu einem Zinssatz, der die Hälfte des momentan üblichen beträgt.

Aber es soll nicht nur den Löhnen, sondern auch den Arbeitsbedingungen an den Kragen. Beispiel: Pausen. In Japan haben die Automobilarbeiter nicht mehr als 10 Minuten Arbeitspause pro Tag. In denUSA beträgt diese Zeit noch 46 Minuten im Schnitt. Noch ... denn künfftig soll sich am Konkurrenten Japan orientiert werden. — Die Sozialleistungen und Programme zur Gesundheitsvorsorge werden ebenso als zu kostspielig angegriffen. *,,Auch diese müßten überprüft werden''*, meint der Präsident von GM, *,,glauben Sie mir, wenn ich Ihnen sage, daß bei allem Fortschritt der Medizin die Arbeiter von General Motors heute doppelt so häufig krank sind wie vor 10 Jahren?!''*

Gewerkschaften im Würgegriff

Die amerikanische Kapitalistenklasse hat niemals die Existenz von Gewerkschaften akzeptiert. Im 19. Jahrhundert heuerten sie Schläger (goons) und Privatmilizen (pinkertons) an, um sich aktiver Gewerkschafter zu entledigen und die Streikbewegungen zu unterdrücken: Provokationen, Attentate gegen Einzelne und Massenmorde waren alltäglich.

Heute tragen diejenigen, die die Gewerkschaften liquidiern wollen, weder Knüppel noch Gewehre, sondern sie sind derart gut gekleidet, daß sie sich kaum noch von ihren Auftraggebern unterscheiden. Sie tragen Diplome berühmter Universitäten und handeln in aller Öffentlichkeit. Sie werden ,,Berater'' genannt und ermöglichen es ihren ,,Klienten'' mittels rechtlicher Beratungen, die Gründung von Gewerkschaftsgruppen zu verhindern bzw. bestehende aufzulösen. Die Wirksamkeit ihrer Arbeit ist erschreckend: In den Wahlen, die die Gewerkschaft zur Vertretung der Arbeiter ermächtigt, gewannen Gewerkschaften 1950 73%, 1970 nur noch 57% und heute sind es ganze 46%. Wahlen, in denen den Gewerkschaften das Mandat für Tarifverträge von den Arbeitern (!) entzogen wird, sind immer häufiger (1959: 216; 1969: 293; 1979: 777; 1980: bereits mehr als 900).

Mehr als 1.500 vollbeschäftigte ,,Berater'' sind für mehr als 1.000 Firmen direkt oder indirekt in solche Aktivitäten verwickelt, berichtet der Präsident der Holzarbeitergewerkschaft. Diese Art von Dienstleistungen expandiert derart, daß sie schon einen Umsatz von 1,5 Milliarden US-Dollar erreicht hat. Mittlerweile kann man schon vier spezialisierte Sektoren feststellen:

1. Agenturen von ausschließlichen Beratern, z.B. ,,Modern Management Inc.W''.
2. Agenturen mit Rechtsanwälten, die auf Arbeitsrecht spezialisiert sind, z.B. ,,Sefarth, Shaw, Fairweather & Geraldsen'', deren 200 Juristen beraten zu dreiviertel Kapitalisten in allen Lebenslagen.
3. Agenturen der Industriepsychologen, die im Betrieb erst gar keine Stimmung für Versuche zur gewerkschaftlichen Organisierung aufkommen lassen.
4. Agenturen zur psychologischen Aufrüstung der Kapitalisten selber.

Die Grundlagen hierzu sind auch bei uns schon gelegt. Dutzende von Instituten wie in Bad Harzburg zur Schulung von leitenden Angestellten, ein Heer von Firmenjuristen, Kündigungspraktiken immer einen Schritt weiter als das Gesetz erlaubt, in der sicheren Hoffnung auf nachträgliche Legitimation, moralische Aufrüstung der ,,Mitarbeiter'' durch Werkszeitschriften und Behinderung der Gewerkschaftsarbeit im Betrieb.

In den USA kam es 1979 zu einem Eklat, als ein Gewerkschaftsanwalt enthüllte, daß die Regierung derartige antigewerkschaftliche Aktivitäten zum Teil finanziell unterstützte. Öffentliche und halböffentliche Institutionen wie enthüllte, daß die Regierung derartige antigewerkschaftliche Aktivitäten zum Teil finanziell unterstützte. Öffentliche und halböffentliche Institutionen wie Krankenhäuser und Universitäten verwenden Gelder, die eindeutig zweckgebunden sind, zur Bezahlung von solchen ,,Beratern''.

Multinationale Konzerne bezahlen ihre ,,Berater'' mit dem Geld aus Staatsaufträgen, vor allem solche militärischer Art. Als dies bei Rockwell publik wurde, die den B-1-Bomber bauen, sagte ein Sprecher des Kriegsministeriums: *,,Wenn man nach Gründen für dieses Verhalten sucht, erscheint es nicht unvernünftig für einen Arbeitgeber, eine antigewerkschaftliche Position einzunehmen. Das zeigt nur, daß er Sinn fürs Geschäft hat. Er hat das Recht, sich der Gewerkschaft zu widersetzen, um eine größere Effektivität zu erreichen, oder weil er glaubt, daß er ein besserer Garant für das Wohlergehen seiner Arbeiter ist als die Gewerkschaft''.*

Wo dennoch Streiks zustande kommen, wurden sie radikal zurückgedrängt. Beim Fluglotsenstreik Anfang des letzten Jahres wurden alle Streikenden nach einem Ultimatum auf Reagans perönliche Anweisung gefeuert.

Das ,,Wiedererstarken der USA'' — wie es sich die Reagan Regierung zum erklärten Ziel gesetzt hat — bedeutet nicht nur die Aggressivität nach außen, sondern ebenso eine aggressivere Politik im Inneren.

Imperialismus-Kommission und ein Veteran der USA-Kommission

(Der Artikel basiert im Wesentlichen auf einer Veröffentlichung von Pierre Domergues in der ,,Le Monde Diplomatique'' vom 14.3.82; außerdem wurden zahlreiche Artikel aus ,,Le Monde'' seit Anfang dieses Jahres verarbeitet.)

Heute Beirut — Morgen Luanda? Völkermord in Angola

Seit Juni dieses Jahres ziehen wieder südafrikanische Truppen mordend und vergewaltigend durch Angola. Die Luftwaffe überzieht das Land mit Splitter- und Napalmbomben. Auch chemische Waffen, die nur eine verdörrte Wüste hinterlassen, sind im Einsatz. Beteiligt sind südafrikanische Soldaten, die von UNITA-Verbänden und Söldnern unterstützt werden. Südafrika startete die Offensive im Juni mit der Begründung, einer militärischen Offensive der SWAPO zuvorzukommen. Um zu demonstrieren, daß es der RSA dabei aber nicht allein um die SWAPO, sondern um die Vernichtung der Zivilbevölkerung geht, lud die angolanische Regierung schon im letzten Jahr alle ausländischen Diplomaten in das umkämpfte Gebiet ein. Hier konnten sie sich überzeugen, daß die RSA-Truppen nur noch ein verwüstetes Niemandsland zurückließen. In einem Interview mit der mosambikanischen Nachrichtenagentur sagte der Arbeitsminister da Silva: *,,Die SWAPO ist nicht in den Städten und Dörfern, nicht in den Krankenhäusern. Gerade sie wurden aber zum Ziel der südafrikanischen Angriffe. So wurde beispielsweise ein von Nonnen geführtes Hospital nahe bei der Stadt Onjiva zusammengeschossen. Auch zwei Busse, die Patienten in das Krankenhaus bringen wollten, wurden dabei angegriffen.''* Es wird geschätzt, daß sich mittlerweile ca. eine halbe Million Menschen auf der Flucht in den Norden befinden.

Die Aktion begann von der namibianisch-angolanischen Grenze und der seit September 81 besetzten südangolanischen Provinz Cunene. Die Rassistentruppen rückten bisher 250 km weit in Angola vor und versuchen bis in die weiter nördlich gelegene Provinz Huila vorzustoßen, die 400 km von der Südgrenze entfernt liegt. Weitere Ziele sind die Erzstadt Cassinga, dessen Mine schon mehrfach von Südafrika zerstört worden war, und deren Förderung nun wieder unterbrochen ist. Ein zweiter Vorstoß geht in Richtung der Küstenprovinz Moçamedes, um den gleichnamigen Hafen am Südatlantik zu blockieren, der für Angola von strategischer und ökonomischer Bedeutung ist. Darüber hinaus bedeutet die Besetzung der südlichen Provinzen eine enorme Schwächung der angolanischen Landwirtschaft, da hier vor allem intensiver Maisanbau und Viehzucht betrieben wird.

Über die möglichen Hintergründe der neuen RSA-Angriffe wurde von der portugiesischen Zeitung ,,L'Expres-

Über die möglichen Hintergründe der neuen RSA-Angriffe wurde von der portugiesischen Zeitung ,,L'Expresso'', die der sozialdemokratischen Partei Portugals nahesteht, ein Dokument abgedruckt, nach dem es am 15. April 1982 ein Geheimtreffen in London zur Planung der Operation ,,Bengo-Kubango'' gegeben hat. Diese Operation habe das Ziel *,,einen Umwandlungsprozeß in der VR Angola herbeizuführen''*. Beteiligt sollen an diesem Treffen gewesen sein, Vertreter der FNLA, der UNITA, der Anti-Castro Liga aus den USA, der Ex-CIA Agent Frank Sturgis, zwei Mitglieder des südafrikanischen Geheimdienstes und drei Mitglieder des angolanischen Staatsapparates. Der Plan, der bei diesem Treffen verabredet worden sein soll, sieht vor, daß die RSA und die USA Waffen und Söldner beschaffen. So sollen zu Beginn der Aktion 5 Mio US $ zur Anwerbung von 2.000 Söldnern ausgegeben werden. Nach einer militärischen Ausbildung in der RSA soll sich die Hälfte in Zaire mit Verbänden der FNLA vereinigen, um nach einem Einsickern in Angola loszuschlagen.

Massaker der UNITA

Nach Angaben der angolanischen Nachrichtenagentur ANGOP verübten am 8. Oktober Verbände der UNITA ein Massaker unter der Bevölkerung eines Dorfes 150 km südlich der mittelangolanischen Stadt Huambo. 300 Frauen, Männer und Kinder wurden ermordet, 140 Menschen verletzt. Die UNITA Truppen, die mit US-Waffen ausgerüstet waren, brannten das ganze Dorf nieder.
Der bürgerlichen Presse war dieses Massaker keine Zeile wert. In den wenigen Zeitungen, in denen mit ganzen 20 Zeilen das Massaker erwähnt wurde, erschienen die Angaben der ANGOP in Anführungszeichen. Dieselbe Presse, die jede lancierte CIA-Falschmeldung bisher gierig aufgriff, schweigt.

Diese Angaben stimmen weitgehend mit den Äußerungen eines Vertreters des angolanischen Verteidigungsministeriums überein, die dieser im April dieses Jahres in einem Interview mit ISSA/AAB machte: Auf die Frage nach der Existenz von 2.000 schwerbewaffneten Söldnern, die zusammen mit der FNLA, in Absprache mit Südafrika Angola von Norden aus in die Zange nehmen sollen, antwortete er: *,,Sie spielen hier auf die Rolle der sogenannten COMIRA an. Hauptorganisator dieser internationalen Söldnertruppen soll ein Franzose namens Iannarelli sein, der 1975 für den französischen Sicherheitsdienst in Biafra, 1976 als Berater Holden Robertos tätig gewesen sein soll und jetzt angeblich ein enger Berater von Präsident Mobutu ist. Die Mitglieder dieser Umsturzspezialtruppe stammen aus den USA, Israel, Ägypten, Belgien und Westdeutschland. Hauptfinanzier der Gruppe sind der US-Geheimdienst CIA und Südafrika.''*

In dem Londoner Protokoll ist vermerkt, daß nach dem Einleiten der Aggression durch Südafrika, die Söldnertruppen im Norden losschlagen sollen und ein Staatsstreich eingeleitet werden soll, der vor allem den Abzug der kubanischen Truppen zur Folge hätte.

Auch wenn viele Dinge an diesem ,,Dokument'' nicht ganz echt erscheinen, ist doch einiges deutlich. Der jetzige Angriff ist eine durchgeplante und wohlvorbereitete Aktion der RSA und der USA, um die angolanische Regierung zu stürzen. Konsequent verhinderten die USA auch in der UNO jede wohlvorbereitete Aktion der RSA und der USA, um die angolanische Regierung zu stürzen. Konsequent verhinderten die USA auch in der UNO jede Verurteilung der südafrikanischen Aggression und gaben der RSA volle Rückendeckung.

Gleichzeitig versucht Südafrika, die SWAPO immer mehr militärisch zu schwächen, um sie so auch für noch weitergehende Konzessionen bei einer diplomatischen Namibia-Lösung gefügig zu machen. Mittlerweile hat die RSA in Namibia 100.000 Soldaten stationiert, die in einem Dreijahresplan sogar noch aufgestockt werden sollen. So werden die mittlerweile zur Farce verkommenen Verhandlungen zu einer Namibia-Lösung erneut blockiert. Die USA-und die RSA-Regierung haben die Forderung kreiert, daß erst einmal die kubanischen Truppen aus Angola abrücken müßten, bevor die RSA ihre Truppen aus Namibia abziehen könne. Andernfalls könnten sie auch freien Wahlen in Namibia nicht zustimmen. Die ganze Demagogie dieser Forderung wird deutlich, wenn man/frau sich vor Augen führt, daß Südafrika Namibia widerrechtlich besetzt hält und daß es die rassistischen Truppen der RSA



sind, die ständig in Angola einfielen und einfallen, was der Grund für die kubanischen Truppenhilfe für Angola ist. Diese Anwesenheit der Kubaner hindert die Südafrikaner daran, ihre Aggressionsakte ungehindert fortsetzen zu können, und könnte zu nicht kalkulierbaren internationalen Verwicklungen kommen. In der Kontaktgruppe für die Namibia-Verhandlungen rückten nur Frankreich und Kanada von der amerikanischen Forderung ab (in der Gruppe sind die BRD, USA, Kanada, Frankreich und Großbritannien vertreten.

da von der amerikanischen Forderung ab (in der Gruppe sind die BRD, USA, Kanada, Frankreich und Großbritannien vertreten.

Die Angola-Politik der RSA: Terror und Destabilisierung

Der jetzt stattfindende Angriff auf Angola reiht sich ein in eine Serie von Attacken, die sowohl den Umsturz in Luanda zum Ziele hatten, als auch immer neue Versuche darstellten, einen Pufferstaat im Süden Angolas zu etablieren. Diese Versuche lassen sich weit zurückverfolgen. Schon 1960 gab es einen Plan für ein großes Wasserkraftwerk in der südangolanischen Provinz Cunene, das sowohl für Nord-Namibia als auch für Südangola Wasser und Strom liefern sollte. Der Plan der damaligen portugiesischen Kolonialregierung war es, portugiesische Siedler in dieses Gebiet zu locken, da sich durch den Staudamm die Bedingungen für Industrie und Landwirtschaft drastisch verbessern würden. Damit sollte ein weißer Pufferstaat zwischen Namibia und Angola errichtet werden, um den sich entwickelnden Befreiungskampf zu behindern.

Südafrika war von Anfang an an diesem Projekt stark interessiert, finanzierte einen Teil des Projektes und sorgte dafür, daß die Turbinen direkt an der Grenze gebaut wurden. Kurz vor dem Sieg der MPLA besetzte Südafrika das Gebiet um den Staudamm, *,,um ihn zu schützen, da MPLA bzw. SWAPO diesen sprengen wollten''*. Solche frei erfundenen Behauptungen sollten der RSA auch für die nachfolgenden Angriffe scheinbare Rechtfertigungen liefern. In dieser Zeit begann der südafrikanische Geheimdienst, erste Kontakte mit der UNITA aufzunehmen, aufgrund ihrer guten Zusammenarbeit zur portugiesischen Kolonialmacht und

Forts. nächste Seite

Südafrikas Aggressionen gegen Angola

	1976	1977	1978	1979	1980	Insgesamt
Verletzung des Luftraums (1)	6	14	19	125	745	909
Luftangriff	–	6	2	89	61	158
Luft-/Bodenangriff	7	13	16	14	49	89
Artilleriebeschuß	–	–	–	4	12	16
insgesamt	13	33	108	452	806	+ 1400
Angolaner getötet (2)						
Militärs	–	–	16	2	58	76
Zivilisten	mehr als 500			102	107	+ 710
insgesamt				104	165	+ 800

(1) In der Hauptsache Aufklärungsflüge, darunter jedoch auch erfolglose Luftangriffe
(2) Bei den Luftangriffen sind auch Hunderte von namibianischen Flüchtlingen getötet worden.

Forts. von voriger Seite

eines Plans zur Sezession Südangolas. Um diesen Plan vor allem mithilfe und unter Vorschieben der UNITA verfolgen zu können, bot die RSA der UNITA die militärische Ausbildung ihrer Soldaten an und verwandelte diese mit der Zeit in eine von ihr abhängige Söldnerarmee. Bei der Besetzung der südangolanischen Provinz spekulierte die RSA auf die ethnische Zusammengehörigkeit zwischen der Bevölkerung Südangolas und Nord-Namibias. Ihre Absicht war es, die Provinz Cunene in den namibianischen Bantustan Ovamboland einzuverleiben.

Aber die Dinge entwickelten sich nicht gemäß der südafrikanischen Pläne. 1976 wurden sie mithilfe der kubanischen Truppen ganz aus Angola herausgeworfen. Doch von 1977 an begannen sie nach israelischem Muster ihr Ziel neu zu erreichen: Mit Bombardements, Überraschungsangriffen mit kleinen Helikoptereinheiten und Sprengstoffanschlägen attackierten sie systematisch ganz bestimmte Ziele. Wirtschaftszentren landwirtschaftlicher und industrieller Art, das Verkehrsnetz und städtische Zentren wurden immer wieder angegriffen. Waren die Schäden wieder behoben, wurden sie mit Sicherheit Ziel neuer Angriffe. Diese Terroraktionen erstreckten sich über die ganze Provinz Cunene sowie Teile der angrenzenden Provinzen. Hauptsächliches Opfer dieser Kriegsführung war die Zivilbevölkerung. Zusätzlich befinden sich in dieser Provinz namibianische Flüchtlingslager, die bevorzugtes Ziel der rassistischen Luftangriffe waren. 1978 verübte die RSA das Massaker von Cassinga, als bei einem dieser Blitzangriffe aus der Luft 600 Namibianer im Flüchtlingslager von Cassinga ermordet wurden. Die RSA behauptete später, sie habe ein Militärlager der SWAPO bombardiert, doch konnte von einer UNO-Kommission eindeutig nachgewiesen werden, daß es sich bei den Opfern ausschließlich um Flüchtlinge handelte. Doch trotz dieses UNO-Berichts, der an alle entscheidenden Gremien der UNO und Presseagenturen ging, wurde von der bürgerlichen Presse weiterhin die Version der RSA verbreitet und das Massaker totgeschwiegen. Schwarze Tote sind für die Medien in den imperialistischen Ländern keine Zeile wert. Das ist auch eine Form von Rassismus!

Diese Art der Kriegsführung ging weiter bis 1980 (s.a. Tabelle), bis im Mai 1980 reguläre südafrikanische Verbände in die Provinz Cunene einfielen und die Region um Mongua besetzten. Doch nach einem Monat mußten sie sich wieder zurückziehen. Im Juli 81 wurden von der RSA und CIA Meldungen lanciert, nach denen die UdSSR und die DDR Raketenabwehrsysteme an der Grenze zu Namibia installiert hätten. Daraufhin wurde im August 81 die Operation ,,Protea" gestartet. Im Laufe dieser Aktion drangen die RSA-Truppen mit Panzern und Flugzeugen 400 km tief in angolanisches Gebiet ein, besetzten ein Gebiet von ca. 50.000 km² mit 10 Städten und ermordeten über 1.400 Menschen. Der Vorstoß richtete sich auch gegen die Provinzen Kuando und Kubango sowie gegen die nördlich von Cunene liegende Provinz Huila. Der Angriff auf den Hafen Moçamedes wurde damit begründet, daß dort Kriegsmaterial für die SWAPO verschifft würde. Entsprechendes Material sei der RSA bei der Eroberung einer südangolanischen Stadt in die Hände gefallen!

Diese Aktion war die bis dahin größte zur Etablierung eines Pufferstaates unter Vorschieben der UNITA. Voraus gingen dieser Aktion zahlreiche gezielte Falschmeldungen über angebliche weitreichende Gebiete, die unter der Kontrolle der UNITA stünden. Doch wenn dies gestimmt hätte, hätte diese nur über ein totes Niemandsland regieren können. 130.000 Angolaner flüchteten vor dem Terror der RSA-Truppen, UNITA und Söldner aus Portugal, England und Israel nach Norden. Weitere 100.000 flüchteten in die Wälder. Was diese Horden noch vorfanden, wurde entweder zerstört oder wie landwirtschaftliche Geräte, Vieh und Fahrzeuge, nach Namibia abgeschleppt. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen wurden mit Entlaubungsmitteln und Herbiciden besprüht. Seit diesem Angriff sind mehr als 130.000 km² — das ist mehr als die Hälfte der BRD — verwüstetes Niemandsland!

Im Dezember 81 folgte eine weitere Aktion, die nach RSA-Darstellung dazu diente, das Hauptquartier der SWAPO zu zerstören. Seitdem hielten reguläre südafrikanische Truppen einen großen Teil der Provinz Cunene besetzt.

Daß diese Aggressionen nicht ohne Abstimmung und stiller Übereinkunft mit den USA geführt werden, zeigen die kürzlich vor einem Kongreßausschuß gemachten Aussagen. Zwischen 1976 und 78 lieferten die USA für den Angolakrieg der RSA Artilleriegeschosse im Wert von 40 Mio DM. Von 1976 bis 77 gab der CIA 20 Mio US $ für die Rekrutierung von 2.000 Söldnern aus.







Opfer der südafrikanischen Aggression in Angola 1979

Die Folgen für die angolanische Wirtschaft

Die ständigen Angriffe bleiben natürlich für das angolanische Wirtschaftsleben nicht ohne gravierende Folgen, was ja auch erklärtes Ziel dieser Taktik ist. Die in der Südprovinz Cunene liegende Erzgrube Cassinga ist immer wieder bevorzugtes Ziel der RSA gewesen. Hier liegen Eisenerze, deren Vorkommen zu den bedeutendsten Afrikas zählen. Die Grube gehörte weitgehend einer Tochtergesellschaft von Krupp und wurde 1976 verstaatlicht. Nach mehreren Zerstörungen wurde sie 1980 mithilfe einer österreichischen Firma (Voester Alpine AG) wieder geöffnet, um kurze Zeit später wieder zerstört zu werden. Das Erz wurde zu dem auch unter RSA-Dauerangriffen stehenden Hafen Moçamedes transportiert. Früher stellten das Erz aus Cassinga zusammen mit Diamanten und Kaffee die hauptsächlichen Exportgüter und damit Devisenbringer dar.

Eine weitere entscheidende Devisenquelle für Angola ist das Öl, dessen Produktion in den letzten Jahren entscheidend gesteigert wurde. Im Geschäft sind noch die gleichen Konzerne, die noch in der Kolonialzeit Ausbeutungsrechte erwarben. Die Cabinda Gulf Oil, Texaco und Petrangol, die zur belgischen Petrofina gehört. Auch wenn die angolanische Regierung eine gewisse Kontrolle über die Tätigkeiten und Gewinne dieser Gesellschaften ausübt, ist sie doch von deren Know-how, vor allem für neue offshore Bohrungen völlig abhängig. Ölpipelines und Lager sind Ziel südafrikanischer Sprengkommandos, die nachher gern als UNITA-Taten ausgegeben werden, um diese aufzuwerten. Schlagzeilen machte der im November 1981 ausgeübte Sabotageakt auf Angolas einzige Erdölraffinierie in der Nähe von Luanda.

Durch die gezielte Bombardierung des Straßennetzes und der Vernichtung ganzer Ernten ist in Teilen des Landes die Warenzirkulation zusammengebrochen. Die Bombardierungen haben zu einer Landflucht geführt, die städtischen Märkte werden nur noch mühsam mit Lebensmitteln versorgt. Es fehlt an Obst, Gemüse und Fleisch. In Luanda gibt es Lebensmittel nur auf Marken.

Früher exportierte Angola Lebensmittel, heute muß es sie weitgehend einführen. Die Lage wird natürlich noch durch mittlerweile eine halbe Million Flüchtlinge aus Südangola verschärft. Dazu kommen noch die Flüchtlinge aus Namibia, die vor dem RSA-Terror in ihrem Land fliehen. Doch kann ein großer Teil des Staatshaushaltes noch nicht einmal zur Linderung der Not der Bevölkerung eingesetzt werden. Ein Vertreter des Verteidigungsministeriums sagte dazu in dem schon zitierten Interview: *,,Mehr als 40 % der staatlichen Einnahmen gehen in den Verteidigungshaushalt. Nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die soziale und kulturelle Entwicklung Angolas haben die ständigen Angriffe Südafrikas verheerende Konsequenzen".*

Israel — Südafrika Gleiche Methoden, gleiche Ziele

In der Untersuchung und Beurteilung der südafrikanischen Aggressionspolitik gegenüber Angola und den anderen Frontstaaten, zeigen sich zahlreiche Parallelen zur Politik Israels gegenüber der palästinensichen Bevölkerung.

Beiden gemeinsam ist eine Herrenvolkideologie, die auch noch mit religiösem Sendungsbewußtsein legitimiert wird. Gemeinsam ist ihnen der ursprüngliche Landraub mit allen erdenkbaren Mitteln und der ständige Expansionismus. Gemeinsam ist ihnen die politische Entrechtung und Kontrolle, die soziale Absonderung und wirtschaftliche Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung.

Vor allem auf militärischem Gebiet besteht eine enge Zusammenarbeit und ein ständiges Lernen voneinander. So erschien 1979 in einer Johannisburger Zeitung, die der Regierung häufig als Sprachrohr dient, ein Artikel über das beispielhafte Vorgehen der Israelis im Südlibanon. Dies sei beispielhaft für die Bekämpfung der SWAPO und für die Besetzung Südangolas durch die RSA. Im Gegenzug verwirklicht Israel nun im Verein mit den USA die 'Homeland' Politik des Rassistenregimes, indem die Palästinenser in mehrere Kunststaaten weit verstreut werden sollen. Die Politik Israels gegenüber dem Libanon ähnelt in vielem dem Vorgehen der RSA gegenüber Angola. Überraschungsangriffe, Bombardierungen der Zivilbevölkerung, Sprengstoffattentate und Massaker, Etablierung von Marionettenregierungen auf den Bajonetten der Aggressoren. Heißen sie nun Gemayel oder Savimbi. Die Legitimation ist ebenso ähnlich. Der Befreiungskampf wird als das Werk terroristischer Gruppen hingestellt, denen gegenüber jedes Mittel recht ist. Die unverzügliche Verfolgung über die Grenze ,,hot pursuit", abgeguckt aus dem Vietnam-Krieg, liefert die Rechtfertigung für die ständige Terrorisierung der einheimischen Bevölkerung des angegriffenen Staates. Massaker unter der Bevölkerung sind nach dieser Logik immer Angriffe auf militärische Zentren bis an die Zähne bewaffneter Terroristen.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß diese Politik im südlichen Afrika oder Nahen Osten eine systematische Politik unter direkter, aber nicht immer offener Regie des US-Imperialismus ist. Auch die sehr große Popularität der palästinensischen Befreiung hat nicht das Massaker in Beirut verhindern können, über Massaker in Angola wird gar nicht erst berichtet.

Wenn nicht weiterhin Völkermord im südlichen Afrika unter dem Deckmantel des Schweigens der bürgerlichen Presse stattfinden soll, muß eine Öffentlichkeit hergestellt werden, die dieses Schweigen zu durchbrechen beginnt.

Quellen:
Poch-Zeitung, 6.5.82; die Neue, 5,9.81; issa, 4/5, 82; 3 WM Israel-Südafrika; Afrique-Asie, 276/7, 82; iz3W, 97, 81; AIB, 11-12, 1981.

Imperialismus- und Afrika-Kommission

Rebellion ist gerechtfertigt!

zur chinesischen Kulturrevolution

Teil 6



Die Kommune von Shanghai

Die Zehnmillionenstadt Shanghai ist eines der größten Industriezentren Chinas; zugleich auch Verkehrsknotenpunkt, wichtiger Ausfuhrhafen und Verwaltungssitz für ganz Ostchina.

Diese herausragende „strategische" Bedeutung, und die engen Verbindungen, die zwischen der KRG (Gruppe für Kulturrevolution beim ZK der KP Chinas) und der in den letzten Monaten des Jahres 1966 sprunghaft angewachsenen Massenbewegung in Shanghai bestanden, waren Voraussetzungen für die Vorreiterrolle, die Shanghai in der neuen Phase der Kulturrevolution ab Januar 1967 übernehmen sollte: Von hier aus nämlich wurde der „Rebellensturm" zum Sturz der alten bourgeoisen Machthaber und zur vollständigen Machtergreifung der revolutionären Massenorganisationen eingeläutet.

Die Shanghaier Stadtverwaltung und Parteileitung lag in den Händen einer Bürokratenclique mit Bürgermeister Cao Diqiu und Ostchina-Parteichef Chen Pixian an der Spitze. Sie hatten es lange Zeit verstanden, alle gegen sie gerichteten Angriffe ins Leere laufen zu lassen. Dabei war ihnen das „Erste Hauptquartier der Shanghaier Roten Garden" sehr von Nutzen, das von den Söhnen und Töchtern hoher Kader geleitet wurde und das von Anfang an die Parteimachthaber unterstützte (1).

Das radikale „Zweite Hauptquartier" (auch: „Rote Revolutionäre") wurde von der offiziellen Presse totgeschwiegen, seine Versammlungen wurden von Anhängern des „Ersten Hauptquartiers" (I. HQ) öfters massiv gestört. Trotz einer Reihe von Aktionen gelang es den Roten Revolutionären nicht, ihre Isolierung zu durchbrechen.

So war im November 66, sechs Monate nach Beginn der kulturrevolutionären Bewegung, in der Shanghaier Stadtverwaltung noch immer alles beim alten. Nicht ein einziger der angegriffenen Kader hatte seinen Stuhl räumen müssen. Mit verbalradikaler Rhetorik und Flankenschutz durch das I. HQ konnten sich die örtlichen Parteiführer als die wahren Revolutionäre darstellen.

Parallel zu dem lebhaften Hin und Her der Auseinandersetzung an Schulen und Hochschulen hatte sich auch in der Arbeiterklasse Widerstand geregt. Zunächst im Untergrund breitete sich eine Organisation der Arbeiterrebellen über die ganze Stadt aus. Zu seiner offiziellen Gründungskundgebung konnte das „Revolutionäre Rebellen Hauptquartier der Shanghaier Arbeiter" (ARHQ) bereits 20.000 Menschen mobilisieren (2).

Am 10. November, unmittelbar am Tage nach seiner Gründung, machte das ARHQ mit einer spektakulären Aktion auf sich aufmerksam: 2.500 Arbeiter besetzten im Shanghaier Bahnhof einen Zug, um nach Peking zu fahren und dort die Machenschaften des Shanghaier Stadtkomitees anzuprangern. Erst nach zähen Verhandlungen und dem Einsatz hoher und höchster Prominenz der KRG (Zhang Chunqiao, Chen Boda) gelang es, die Arbeiter, die bis nach Anting gekommen waren, an ihre Arbeitsplätze zurückzuholen. Der Preis dafür war die offizielle Anerkennung der neuen Organisation und das Versprechen, ihre Forderung nach materieller Unterstützung durch die Stadtverwaltung zu erfüllen.

Der „Anting-Zwischenfall" gab den Anstoß für einen Beschluß der KRG vom 17.11., wonach es nunmehr offiziell erlaubt war, kulturrevolutionäre Organisationen auch in den Produktionseinheiten zu bilden (wenngleich deren Aktivitäten strikt auf die arbeitsfreie Zeit beschränkt sein sollten) (3).

Der Konflikt spitzt sich zu

Dennoch war die Linke noch schwach. Als Ende November 5.000 - 6.000 Rotgardisten das Gebäude der „Befreiungszeitung" besetzten, wurden sie von einer zahlenmäßig weit überlegenen Menschenmenge eingekesselt und z.T. übel verprügelt.

Am 6.12., dem Tag nach dem Ende der Besetzung, formierten sich auf einer Massenversammlung mit mehreren hunderttausend Teilnehmern die „Scharlachgarden" als organisierte Hilfstruppe der alten Stadt- und Parteiführung (4).

Die soziale Hauptbasis der Scharlachgarden waren Arbeiter aus den Shanghaier Großbetrieben. In Shanghai hatte sich — wie in keiner anderen Stadt Chinas — eine Arbeiteraristokratie herausgebildet, die Spitzenlöhne bezog und von einem hervorragend ausgebauten Sozialsystem profitierte (5). Es fiel den Betriebsleitern und ihren Chargen nicht schwer, bei dieser Schicht der Arbeiterklasse Ängste anzuheizen, sie könnte ihre (relativen) Privilegien verlieren, und eine Machtübernahme der Rebellen würde das völlige Chaos bedeuten.

Letztlich konnte aber auch die massive Formierung der Rechten und die Hetzkampagne, die sie in Flugblättern und tausenden von Wandzeitungen in ganz Shanghai gegen die Rebellen entfesselten, nicht verhindern, daß die Linke mehr und mehr Zulauf bekam. Deren Potential waren besonders die Zeit- und Kontraktarbeiter, Lehrlinge und Jungarbeiter sowie vom Land zurückgekehrte Jugendliche (6). Praktisch ununterbrochen fanden Massenkundgebungen und Demos der Rebellen statt. Allmählich machte sich in der öffentlichen Meinung ein Umschwung zu ihren Gunsten bemerkbar.

Die Betriebsführungen suchten derweil die Arbeiter an sich zu binden, indem sie mit Sonderboni und Prämien nur so um sich warfen und ökonomische Forderungen aller Art bereitwillig erfüllten (7).

Ende Dezember trieben die Auseinandersetzungen auf einen Höhepunkt zu: Versammlungen (mit jeweils zigtausenden von Teilnehmern) folgten — vergebliche — Versuche beider Seiten, die Hauptquartiere der Gegner zu schließen. Ab dem 27. Dezember konzentrierten sich die Kämpfe auf das Sekretariat des Ostchina-Büros der Partei, in dem sich der Bürgermeister Cao Diqiu verschanzt hatte. Sie dauerten drei Tage und endeten mit einer Niederlage der Scharlachgarden. Diese Kämpfe wurden bereits mit einer solchen Härte geführt, daß es mehrere Tote und eine große Zahl von Verwundeten gab (8).

Als Konsequenz ihrer Niederlage beschlossen die Scharlachgarden, nach Peking zu ziehen und dort beim ZK über das „gewalttätige" Vorgehen der Rebellen Klage zu führen. Reisegelder und -ausweise wurden ihnen überaus großzügig von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären zur Verfügung gestellt.

Die notwendige Folge dieses Massenexodus von mehr als 100.000 Arbeitern mußten schwere Einbrüche in der Produktion sein. Um dies zu verhindern, setzten die Rebellenorganisationen ebenfalls ganze Kolonnen von Lastwagen in Marsch. Bei Kunshan, einer kleinen Stadt, 40 km von Shanghai entfernt, holten sie die Scharlachgarden ein und konnten deren Hauptmacht nach erbitterten Kämpfen zur Umkehr zwingen. Bis auf eine kleine Gruppe, die sich nach Peking durchschlagen konnte, wurden die Rechten aufgerieben und vernichtend geschlagen. Ab Anfang Januar traten die Scharlachgarden als Organisation nicht mehr öffentlich in Erscheinung (9).

Die Angriffe der Rebellen richteten sich nun direkt gegen die Zentren der Parteibürokratie: am 3. Januar wurde Cao Diqiu vor einer Massenversammlung angeklagt und scharf kritisiert. Dasselbe Schicksal widerfuhr in den folgenden Tagen leitenden Kadern aus Schulen, Universitäten, Fabriken und Büros (10).

Der Rebellensturm

Die Entscheidung fiel mit der Machtübernahme einer Rebellengruppe innerhalb der „Wenhuibao" (einer bis dahin völlig staatstreuen Zeitung) am 3. Januar 1967. Sie wurde von nun an zum Sprachrohr des ARHQ. Der Vorstoß war zentral mit der KRG und auch mit Zhou Enlai abgesprochen worden (11).

Die Rebellen besetzten die Mehrzahl der öffentlichen Gebäude. Theatern, Kinos, Aulen, Sporthallen und Stadien wurden in Versammlungsräume umfunktioniert, wo fast ununterbrochen Dutzende von großen und kleinen Beratungen stattfanden, in denen die eingetretenen Umwälzungen und die nächsten Schritte der Massenorganisationen diskutiert wurden. Radio Shanghai wurde in Besitz genommen und sendete am 5. Januar die „Botschaft an das ganze Volk von Shanghai" (12). Darin wurden die „gewaltigen Siege" der Massenbewegung in Shanghai gerühmt, die die KR auf eine neue, höhere Stufe gehoben hätten. Die Führer der Scharlachgarden wurden scharf angegriffen, weil sie die einfachen Mitglieder getäuscht und zum Verlassen der Arbeitsplätze angestiftet hätten. Beim Umsetzen von Maos Parole „Entschlossen an der Revolution festhalten und die Produktion fördern!" müßten die Arbeiter nicht nur beim Festhalten an der Revolution, sondern auch in der Forderung der Produktion die Vorhut bilden. Deshalb müßten die Mitglieder der Scharlachgarden vor allem wieder zurück an ihre Arbeitsplätze gehen. Unterzeichnet war die Botschaft von 11 Gruppen (darunter vier auswärtigen), die alle in sehr enger Verbindung mit Zhang Chunqiao (13) standen.

Am nächsten Tag versammelten sich mehr als eine Million Menschen auf dem Volksplatz. Das Fernsehen übertrug die Veranstaltung in Kinos, Theater, Schulen und Universitäten. Chen Pixian, der Chef des Ostchina-Büros der KPCh, Cao Diqiu und eine Reihe anderer führender Funktionäre der Stadtverwaltung mußten vor dem Tribunal erscheinen. Ihre revisionistische Politik und ihre engen Verbindungen zu Liu Shaoqi und Deng Xiaoping wurden ebenso entlarvt wie ihr bourgeoiser Lebensstil. Unzählige Anklagen wurden vorgebracht, immer wieder unterbrochen von Sprechchören „Nieder mit Cao Diqiu!", „Nieder mit Chen Pixian!".

Demgegenüber erscheinen die tatsächlich gegen die Bürokraten beschlossenen Maßnahmen eher zahm: Nur Cao Diqiu verlor unmittelbar seine politische Macht und sollte künftig unter Aufsicht der Rebellen körperliche Arbeit leisten. Die führenden Revisionisten sollten schriftliche Geständnisse ablegen. Das ZK wurde aufgefordert, das Shanghaier Stadtkomitee vollständig zu reorganisieren. In der Zwischenzeit würden *„alle Sekretäre des Stadtkomitees, Mitglieder des Ständigen Ausschusses und leitenden Beamten der Abteilungskomitees ihre übliche Arbeit fortsetzen. Sie werden dabei von den Revolutionären Rebellen überwacht und es wird nicht geduldet werden, daß sie ihre Arbeit schlecht oder zu langsam erledigen"* (14).

Offensichtlich verzichteten die Rebellen zu diesem Zeitpunkt darauf, die Macht wirklich selbst zu ergreifen; sie legten stattdessen das weitere Schicksal des Stadtkomitees in die Hände des KZ und begnügten sich mit einer Kontrolle der einzelnen Beamten.

Kampf gegen den „Ökonomismus"

Der Widerstand der jetzt massiv bedrohten Staatsbourgeoisie ließ nicht auf sich warten. Klugerweise wich sie einer direkten Konfrontation mit den Rebellen aus und nutzte stattdessen hinter den Kulissen ihre beherrschende Stellung im Staats- und Parteiapparat und vor allem in den Betrieben aus, um Shanghai in ein wirtschaftliches Chaos ohnegleichen zu stürzen. Politisches Ziel dieser Aktivitäten war es, die Rebellen als völlig unfähig zur Organisierung der Produktion und zur Versorgung der Bevölkerung hinstellen zu können.

Anfang Januar wurde Shanghai von einer Welle „spontaner" Arbeitsniederlegungen und z.T. direkter Sabotageaktionen lahmgelegt. Eine Vielzahl von Industriebetrieben (z.B. die Großunternehmen der Werkzeugmaschinenbranche) lag still, weil Facharbeiter und Spezialisten nicht mehr zur Arbeit erschienen. Im Hafen, der immense Bedeutung für den nationalen und internationalen Frachtverkehr hat, und bei den Eisenbahnen ging nichts mehr. Durch gemeinsame Einsätze von Hafenpolizei und Scharlachgarden (die hier ihre Hochburg hatten) wurden die Rebellen vom Hafengelände und aus den Jiangnan-Werften verdrängt. Neben dem Transportwesen war die Elektrizitäts- und Wasserversorgung Angriffsziel der Rechten. Der Abzug gigantischer Summen von den Banken (die „Wenhuibao" spricht am 17.1.67 von 30 Millionen yuan, die für die Bestechung von Arbeitern ausgegeben worden seien) brachte das Bankwesen an den Rand des Zusammenbruchs (15).

Die Rebellen reagierten auf diesen „schwarzen Wind des Ökonomismus" mit der am 9. Januar in der Wenhuibao veröffentlichten „Dringenden Bekanntmachung" (16). Das Shanghaier Stadtkomitee und seine Unterstützer wurden darin für das entstandene Chaos verantwortlich erklärt. Als Gegenmaßnahmen wurde verkündet:

★ Alle Rebellen sollten auf ihren Produktionsposten bleiben
★ Alle, die Shanghai zum Austausch revolutionärer Erfahrungen verlassen hatten, sollten umgehend zurückkehren. Alle Farhtausweise, die von bürgerlichen Autoritäten ausgestellt waren, wurden für ungültig erklärt.
★ Die Umlauffonds der Unternehmen und Regierungsinstitutionen wurden bis auf die notwendigen Ausgaben eingefroren
★ Lohnfragen sollten prinzipiell später behandelt werden.
★ Schülern und Studenten, die in die Fabriken gegangen waren, durften keine höheren Löhne ausbezahlt werden.
★ Wer öffentliche Gebäude mit Gewalt besetzte oder dazu aufrief, sollte bestraft werden.
★ Stärkung der Diktatur des Proletariats und harte Strafen für Konterrevolutionäre, Saboteure und Verbrecher.

Die Durchführung dieser Punkte sollte von den Rebellenorganisationen und den revolutionären Massen der Stadt sichergestellt werden Gleichzeitig wur-

de aber auch hervorgehoben: „*Das Stadtkomitee der Partei und das Büro für öffentliche Sicherheit sind verpflichtet, nach oben erwähnten Punkten vorzugehen*". Insbesondere die Maßnahmen zur Verstärkung der Diktatur des Proletariats (Verhaftung von Konterrevolutionären etc.) wurde allein in die Hände des Büros für öffentliche Sicherheit gelegt.

Damit wurde eine sehr fragwürdige Politik fortgeführt. Schon am 7. Januar war unter der Regie von Zhang Chunqiao die erste einer ganzen Reihe von Sicherheitsverordnungen erschienen, die hartes Durchgreifen gegen Konterrevolutionäre und Verbrecher — bis hin zu Todesstrafe — ankündigte. Die Polizei, so hieß es darin, sei auf die Seite der revolutionären Linken übergegangen (17). Tatsächlich war aber der Sicherheitsapparat stets einer der wichtigsten Pfeiler des alten, Staatsapparats gewesen; seine Vertreter hatten im Interesse der alten herrschenden Klasse für Ruhe und Ordnung gesorgt. Der Versuch, sie in den Dienst der Rebellen zu stellen, mußte (zumindest) die Anwendung von nicht auf die Massen gestützten Methoden bei der Unterdrückung der „Konterrevolution" (und dazu wurde später vor allem die Ultralinke erklärt) zur Folge haben. Von einer Zerschlagung oder radikalen Umgestaltung des Sicherheitsapparats wurde auch später nichts bekannt, so daß angenommen werden muß, daß ein wichtiges Machtinstrument der Neuen Bourgeoisie dieser auch unter der Herrschaft der Rebellen nicht aus der Hand geschlagen wurde.

Die Wiederankurbelung der Produktion war das größte Problem, vor dem die Rebellen standen. Zhang Chunqiao, der am 6. Januar aus Peking zurückgekehrt war und faktisch die Leitung des ARHQ übernommen hatte, mußte offenbar feststellen, daß der Einsatz von Studenten und Rebellenabteilungen dazu nicht ausreichte. Am 10. Januar schon nahm er über Mittelsmänner Kontakt zu den Scharlachgarden auf und schlug der Arbeiteraristokratie und den Kadern so etwas wie eine große Koalition vor (18). Aber erst Ende Januar, als sich in der gesamtnationalen Politik der Kurs auf die Instal-

ne große Koalition vor (18). Aber erst Ende Januar, als sich in der gesamtnationalen Politik der Kurs auf die Instal-lierung der Revolutionskomitees abzeichnete, wurde man sich einig. Die Scharlachgarden verzichteten auf ihren „Wind des Ökonomismus", und viele Verbände der Scharlachgarden willigten ein, „der Revolution beizutreten": Sie wechselten den Namen und schlossen sich insgesamt den lokalen Sektionen des ARHQ an oder erklärten einfach ihre Organisationen zu dessen Bestandteilen.

Schon das „Einheitskomitee", das Chang gegen Ende Januar zusammenstellte, enthielt zahlreiche „Neurebellen". Als sich schließlich ab Mitte Februar die Abkehr von der Kommune abzeichnete, vollzog sich ein regelrechter Masseneintritt von „bekehrten Rechten", während zugleich die radikale Linke aus dem ARHQ verdrängt wurde (19).

Spaltung der Rebellenbewegung und Vorbereitung der Kommune

Die radikale Linke, das waren zunächst einmal die „drei Regimenter", die beim Anting-Zwischenfall zum erstenmal hervorgetreten waren. Besonders das von Geng Jinzhang geführte „II. Regiment" stand schon bei der Kunshan-Schlacht gegen die Scharlachgarden in vorderster Front und hatte mit über 520.000 Mitgliedern im Großraum Shanghai eine Massenbasis in den Betrieben und Stadtteilen, die die von Zhangs Anhängern weit übertraf.

Das II. Regiment arbeitete eng mit dem von Chen Honkang geleiteten „Dritten Hauptquartier der Arbeiterrebellen" zusammen. Zu Chens etwa 50.000 (nach anderen Angaben mehreren hunderttausend) Anhängern zählten viele nicht regulär Beschäftigte der verschiedenen Textilfabriken, Arbeiter aus der Arzneimittelfabrik Nr. 3 sowie zahlreiche Hilfskräfte aus dem ausgedehnten Hinterland Shanghais.

Die „Rotgarden-Armee" (oder „Rote-Fahne-Armee") bestand vor allem aus demobilisierten Soldaten und zählte Ende Januar gut 200.000 Mann. Daneben schlossen sich dem um den 15. Januar errichteten „Verbindungsbüro" von Geng Jinzhang noch eine Reihe von kleineren Verbänden an, sowie aus dem Studentenbereich das einflußreiche Verbindungsbüro der Chingkangshan-Rebellen der Pekinger Qinhua-Universität, und schließlich die Roten Revolutionäre als wichtigste Shanghaier Studentenorganisation.

Insgesamt 48 Verbände unterstützten das „Verbindungsbüro", während Zhangs „Einheitskomitee" kaum 30 Gruppen hinter sich hatte. Schwerer noch wog, daß das „Verbindungsbüro" gut drei Viertel aller Mitglieder des ARHQ repräsentierte (20).

Die Auseinandersetzungen zwischen der Führung des ARHQ und diesen Verbänden spitzten sich immer mehr zu. Schon Ende Dezember und dann sofort nach seiner Rückkehr nach Shanghai hatte Zhang Chunqiao kategorisch verlangt, die drei Regimenter müßten sich im ARHQ auflösen (21). Insgesamt drei Versuche verschiedener Gruppen der Ultralinken, die Macht des alten Stadtkomitees zu erobern, wurden von Zhang abgeblockt (22). Das Dritte Hauptquartier der Arbeiterrebellen wurde durch einen (angeblich von Zhangs Leuten eingefädelten) Putsch „rebellierender" Mitglieder eines Großteils seiner Fahrzeuge, Ausrüstung etc. beraubt (23). Keng erhob noch eine ganze Reihe anderer Vorwürfe gegen die Führer des ARHQ: Leute seiner Organisation seien festgenommen und bis zu 10 Stunden ununterbrochen durch die Straßen geführt worden. Mindestens 50 Mitglieder der radikalen Linken würden gefangengehalten (24).

Als schließlich die Roten Revolutionäre das Büro der Schriftstellerunion durchsuchten und drei Männer (darunter Xu Jinxian, den Direktor der Schriftstellerunion und jetzigen Chefpropagandisten Zhangs, der für die öffentliche Stimmungsmache gegen die radikale Linke verantwortlich gemacht wurde) von einer Massenversammlung an der Futan-Uni befragen wollten, tat Zhang etwas, was bis dahin völlig undenkbar gewesen war: Er ließ eine bewaffnete Truppeneinheit auffahren, die die drei Männer gewaltsam befreite (25). Damit hatte Zhang ganz offenkundig gegen die „16 Punkte" verstoßen, die die Unterdrückung von Massenorganisataionen und ganz besonders den Einsatz von Gewalt gegen sie verboten.

De facto war so das Arbeiterrebellen-Hauptquartier Ende Januar gespalten. Zhang führte sein „Einheitskomitee" zunehmend diktatorisch und hinter verschlossenen Türen, im engen Kontakt mit Peking und den lokalen Scharlachgarden, ohne die Vertreter des linken Flügels weiterhin einzuladen oder ihnen seine politischen Pläne mitzuteilen (26). Die Vorbereitungen zur

des linken Flügels weiterhin einzuladen oder ihnen seine politischen Pläne mitzuteilen (26). Die Vorbereitungen zurBildung der Shanghaier Kommune wurden von der Fraktion Zhangs im Alleingang getroffen.

Auf einer vorbereitenden Sitzung zur Komitee-Gründung erschienen Geng Jinzhang und Vertreter der anderen Organisationen des „Verbindungsbüros" und griffen die Politik der ARHQ-Führung scharf an. Die Vorbereitung der Kommune allein durch Zhang und die ARHQ-Führung sei ein Versuch, die Macht an sich zu reißen und die eigene Fraktion als Führung der Kommune unangreifbar zu machen — auf Kosten der radikalen Linken. Nach einem heftigen Streit mit Wang Hongwen und anderen Größen des ARHQ, bei dem sich offenbar eine ganze Reihe von Vertretern von Massenorganisationen den Argumenten der Kritiker anschloß, mußte die Sitzung vertagt werden (27).

Schließlich gelang es Zhang am Abend des 4. Februar, unter Ausschluß der Linken, im „Einheitskomitee" die Gründung der Shanghaier Kommune beschließen zu lassen. Praktisch sah das so aus, daß sich das „Einheitskomitee" zunächst einfach zum Provisorischen Komitee der Shanghaier Kommune umbenannte.

Die Kommune und die Ultralinken

In der Deklaration der Kommune (28) hieß es: „*Eine neue Staatsorganisation unter der Diktatur des Proletariats — die heldenhafte Shanghaier Kommune — ist über dem Horizont des Yangtse im Osten der Welt aufgegangen. Alle Macht der Shanghaier Kommune*". „*Die Shanghaier Kommune ist eine neue lokale Organisation des Staates in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts unter der Führung der Ideen Mao Zedongs und der Diktatur des Proletariats*".

Große Worte also. Doch über welche konkreten Organe das Proletariat die Macht ausüben sollte, und wie eine höhere Form der proletarischen Demokratie gewährleistet werden sollte, darüber wurde nichts ausgesagt. Ein Verweis auf die Prinzipien der Pariser Kommune (Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Beamten, Bezahlung nach Facharbeiterlohn, Volksbewaffnung etc.) fehlte. Zur Einsetzung der neuen Führung hieß es lakonisch: „*Die revolutionären Rebellenorganisationen in Shanghai haben als aktuelle Übergangsorganisation ein Provisorisches Komitee der Shanghaier Volkskommune gebildet, das gemeinsam von den revolutionären Massenorganisationen, den Verantwortlichen der VBA-Einheiten in Shanghai und den revolutionären Führungskadern, die an den Ideen Mao Zedongs festhalten, geleitet wird*". Später einmal — wenn die Bedingungen reif seien — sollte dieses Provisorische Komitee durch ein gewähltes ersetzt werden (29).

Interessant ist, daß, ebenso wie bei den Revolutionskomitees an anderen Orten, die VBA-Kommandeure von vornherein mit dabei waren. Bei der Massenversammlung, die zur Feier der Kommune am 5. Februar stattfand, erklärte der Shanghaier Garnisonschef die Unterstützung der VBA und fuhr fort: „*Wir werden entschlossen und unbarmherzig jeden unterdrücken, der es wagt, die Shanghaier Volkskommune oder die Proletarische Kulturrevolution zu untergraben*" (30). Das mußte nicht nur als Drohung gegen das alte Stadtkomitee und die Reste der Scharlachgarden verstanden werden, sondern auch als nachdrückliche Warnung an die Ultralinke, das neue Machtorgan nun nicht mehr in Frage zu stellen (31).

Aber die Ultralinke wehrte sich gegen das Projekt Zhangs. Ihre Vorstellungen von einer Volkskommune Shanghai sahen anders aus: „*Schon in den Januartagen war in den Basisverbänden des II. Regiments die Theorie der 'vielen Zentren' entwickelt worden, eine Vorstellung, die davon ausging, daß die Vollgewalt in der Stadt künftig nicht bei einem zentralen Komitee liegen dürfe, sondern bei den Aktionsgruppen der Betriebe und sonstigen Produktionseinheiten verbleiben müsse*" (32). „*Alle Rebellengruppen wählen gleichberechtigt Mitglieder eines 'Aktionskomitees', das die souveräne Gewalt in der Stadt haben soll. Keine Gruppe darf von der anderen bedrückt oder gar aufgehoben werden. Die Verwaltung wird auf ein Mindestmaß eingeschränkt, und die wenigen noch verbleibenden 'Beamten' können jederzeit abberufen werden. Sie sind 'Diener des Volkes'. Wichtig ist, daß die Polizeifunktionen von den Gruppen selbst wahrgenommen werden, die also die erlangten Waffen nicht abgeben und damit die eigentliche Vollgewalt bei sich behalten*" (33).

R. Hoffmann zufolge bildeten die von Geng Jinzhang geführten Gruppen

sich behalten" (33).

R. Hoffmann zufolge bildeten die von Geng Jinzhang geführten Gruppen

noch am Abend des 5.2. eine „Zweite Shanghaier Volkskommune" (34). Was auch immer es mit dieser Rebellenkommune auf sich hatte — die Macht der Ultralinken an der Basis war eine Tatsache. Sie kontrollierte seit Mitte Januar große Teile des Stadtgebiets und versuchte nun — im offenen Kampf um die Macht mit den Anhängern Zhangs — ihre Herrschaft in den einzelnen Stadtbezirken und Betrieben zu festigen und auszudehnen. Ende Januar hatten die Anhänger Gengs eine Kampagne gegen die Büros der ARHQ auf Nachbarschafts- und Distriktsebene begonnen (35). Jetzt folgten heftige Angriffe auf die Straßenkader der Stadtverwaltung. Die hatten sich u.a. als Verantwortliche für die Landverschickung bei den jetzt zurückgekehrten arbeitslosen Jugendlichen und deren Familien unbeliebt gemacht. Offenbar beteiligten sich spontan sehr viele Menschen an den Angriffen gegen die Basiskader der Stadtverwaltung, um bei dieser Gelegenheit alle möglichen „alten Rechnungen" zu begleichen (35a).

Eine Diffamierungskampagne gegen die Führer der renitenten Massenorganisationen setzte ein. Die Wenhuibao, die Befreiungszeitung und eine ganze Anzahl kleinerer Blätter wurde von Zhang kontrolliert. Die Rundfunkstationen waren schon Anfang Januar unter militärische Kontrolle gestellt worden. Diese Machtpositionen wurden jetzt ausgespielt, und keine Lüge war zu plump: Geng Jinzhang, noch Anfang Januar als Held von Anting gefeiert, hatte nun einen durch und durch konterrevolutionären Lebenslauf gehabt: 1944 habe er als Agent der japanischen Militärpolizei gemordet und vergewaltigt, habe sich 1948 auf die Seite der Guomindang geschlagen und nach seiner Gefangennahme durch die Kommunisten habe er es durch üble Tricks geschafft, Mitglied der KPCh zu werden.

Von diesem Kaliber waren die Anwürfe, die die radikale Linke über sich ergehen lassen mußte. Als schließlich in einer amtlichen Anordnung die ultralinken Gruppen als Konterrevolutionäre klassifiziert und somit offiziell zum Abschuß freigegeben wurden, schickten sie eine Delegation nach Peking, um sich bei Mao zu beschweren. Dort fiel die Entscheidung über das weitere Schicksal der Kommune.

Von der Kommune zum Revolutionskomitee

Zhang Chunqiao und Yao Wenyuan wurden einige Tage später in die Hauptstadt gerufen. Vom 12. - 22.2. führten sie eine Reihe von Gesprächen mit Mao Zedong. Deren wichtigstes Ergebnis war der Vorschlag des Vorsitzenden, die Kommune in ein Revolutionskomitee nach Heilongjianger Vorbild „umzubenennen", wie Zhang auf einer Massenversammlung nach seiner Rückkehr berichtete. Die Frage der Benennung, so habe Mao gesagt, sei schließlich eine rein formale, während der Inhalt entscheidend sei. Wenn Shanghai sich Volkskommune nenne, wollten sich alle so nennen. Deshalb sei die Shanghaier Kommune auch in der zentralen Presse nicht erwähnt worden. Das ganze Regierungssystem müßte sonst geändert werden, und das könnte auch außenpolitische Komplikationen mit sich bringen. Egal, wie man die Bezeichnung wähle, es müsse doch immer eine führende Partei geben. Die Institutionen der Kommune hätten zuwenig Autorität, man müsse die Dreierverbindung verwirklichen und sich stärker auf die Armee stützen. Auch die alten Kader müßten unbedingt zur Arbeit herangezogen werden; die Rebellen seien unfähig, eine Stadt wie Shanghai zu verwalten. Die Parole der Ultralinken „Allem mißtrauen! Alles stürzen!" sei reaktionär, die Kader seien durch solche Parolen eingeschüchtert worden. Jetzt sei die Zeit des allgemeinen Kampfes vorbei, und es müsse nun die breite Einheit erreicht werden (36).

Wie weit Zhang die Äußerungen getreu und vollständig wiedergegeben hat, ist schwer zu sagen. Einiges hört sich ziemlich verworren und mager an. Ziemlich eindeutig ist jedoch, daß Mao die Politik der Shanghaier Rebellen und die Errichtung der Kommune für erheblich zu weitgehend hielt, daß er Zhang auf eine Konsolidierungspolitik wie im Rest des Landes festlegte und ihn ermutigte, die Zügel anzuziehen.

Die Umbenennung der Kommune in Revolutionskomitee der Stadt Shanghai verkündete Zhang in derselben Rede vom 24.2. ... Offenbar stieß die — vorher nirgendwo öffentlich diskutierte — Liquidierung der Kommune auf keinerlei nennenswerte Proteste (37).

Zhang nutzte die Gelegenheit, um die Grundsätze seiner künftigen Kaderpolitik darzulegen und an die Kader zu appellieren: Alle Genossen, einschließlich der des Sekretariats des Stadt- und Provinzparteikomitees, seien willkommen, wenn sie ihre „Fehler korrigieren". Für alle, die „Fehler oder sogar ernste Fehler" gemacht hätten, sei jetzt der kritische Moment gekommen, wo sie ihre Wahl zu treffen hätten. „*Kader, besonders leitende Kader, müssen vor allem daran denken, daß sie keinen Groll hegen sollen. Sie mögen manchmal ungerecht behandelt worden sein, aber sie sollten den Leuten vergeben, die sie kritisiert haben*" (38).

Zhangs Rede hatte für die Zukunft die Grenzen abgesteckt — zwischen dem, was legal und revolutionär, und dem, was illegal und konterrevolutionär war. Wer sich der neuen Politik nicht anpaßte, bekam es mit der Diktatur des Proletariats, konkret mit dem Büro für öffentliche Sicherheit, zu tun.

„Normalisierung" und Ausschaltung der Ultralinken

Bereits am 17. Januar waren die Hauptquartiere der Rote Fahne Armee und einer anderen Gruppe von Sicherheitskräften durchsucht und geschlossen, ihre Führer verhaftet worden (39). Auf Distriktsebene wurden ganze Häuserblocks nach zurückgekehrten Jugendlichen durchsucht (41). Personen, die sich mit Angriffen auf Straßen-Kader und örtliche Sicherheitsbüros hervorgetan hatten, wurden in öffentlichkeitswirksamen Schauprozessen abgeurteilt (42).

Die Ultralinke hatte gegen diese Maßnahmen am 22. Februar eine große Kundgebung und Protestdemonstration veranstaltet. Es war ihr letztes organisiertes und massenhaftes Auftreten. Nach Zhangs Rede am 24. setzte eine Verhaftungswelle gegen die Führer der ultralinken Gruppen ein; die Büros der Organisationen wurden geschlossen und ihr Eigentum beschlagnahmt, während die „irregeführten" einfachen Mitglieder aufgefordert wurden, sich dem ARHQ anzuschließen (43). An den Wänden tauchten Parolen auf wie „Wir unterstützen entschieden die Unterdrückung von Konterrevolutionären durch das Büro für öffentliche Sicherheit!" (44). Schließlich wurden auch die Organisationen der Zeit- und Kontraktarbeiter aufgelöst, und — entgegen früheren Zusagen — das System der Zeit- und Kontraktarbeit nicht aufgehoben, so daß nicht permanent beschäftigte Arbeiter z.T. ihre Arbeitsplätze wieder räumen mußten (45).

Der Widerstand der Ultralinken verlagerte sich in die einzelnen Fabriken, Institutionen und Wohngebiete, wo die offizielle Kaderpolitik nach dem Grundsatz ausgerichtet war, „so viele Kader wie möglich so schnell wie möglich zu rehabilitieren, und ihnen freie Hand zu geben, Entscheidungen zu treffen und zu handeln wie zuvor" (46). Es dauerte Monate, bis in den Produktionseinheiten Revolutionskomitees eingerichtet werden konnten; zur Jahresmitte hatten erst 20 % der 8.000 Shanghaier Betriebe ein RK (47).

Aber diese Auseinandersetzungen hatten jede gemeinsame politische Stoßrichtung verloren und waren manchmal nur noch Cliquenkämpfe um Einfluß und Posten. Als im Sommer die Kämpfe im ganzen Land erneut aufflammten und allerorten die Ultralinke nochmals eine große Anhängerschaft mobilisieren konnte, blieb es in Shanghai nahezu ruhig.

Den rasanten Zerfall dieser politischen Strömung, die immerhin mehr als eine dreiviertel Million Menschen organisiert hatte, kann man nicht allein und nicht in erster Linie auf die Repressionsmaßnahmen des städtischen RK und der Sicherheitskräfte zurückführen (zumal es meines Wissens nie irgendwelche M a s s e n verfolgungen gegen die ultralinken Gruppen gab). Offenbar waren diese Gruppen in politisch-ideologischer Hinsicht reichlich schwach auf den Beinen gewesen. Die Krücke der Mao Zedong-Ideen, auf die man sich immer wieder berief, erwies sich in dem Augenblick als böse Falle, als Mao selbst — aus welchen Gründen auch immer — auf eine gemäßigtere Politik setzte und sich gegen die linksradikalen Strömungen stellte.

Von den Roten Revolutionären, der wichtigsten Shanghaier Studentenorganisation, die sich Ende Januar gegen die Politik Zhangs wandte, wird z.B. berichtet, daß sie innerhalb von Tagen zusammenbrach, als ihre Abgesandten aus Peking telegraphierten, Mao habe den Militäreinsatz gegen sie (vom 29.1.) gebilligt. Damit war der Gruppe ihre zentrale Legitimationsgrundlage, Vollstreckerin des Willens des Vorsitzenden zu sein, unter den Beinen weggeschlagen. Ein Teil der Führer der Roten Revolutionäre übte Hals über Kopf Selbstkritik; er wurde mit einem Teil der Gruppe zum enthusiastischen, aber bedeutungslosen Unterstützer von Zhang, während ein Großteil ihrer Mitglieder völlig desorientiert zurückblieb (48).

Der Personenkult um Mao, einst Triebkraft der Bewegung, hatte sich in ihren Hemmschuh verwandelt, indem er die Benutzung des eigenen Kopfes behinderte und oft genug ganz verhinderte. Die mangelnde ideologische Eigenständigkeit der ultralinken Gruppen hat viel zu ihrem Niedergang beigetragen. Was sie Zhang voraus hatten, war, daß sie die Schärfe der Auseinandersetzungen mit der neuen herrschenden Klasse in China und die Breite, die sie notwendigerweise annehmen mußte, richtiger einschätzten. Aber diese Einschätzung war viel mehr instinktiv erfühlt, und oft mit anarchistischen Wunschvorstellungen durchsetzt, als Ergebnis einer klaren, mit Fakten belegbaren Analyse. Die Shanghaier Ul-

„Die K o m m u n e — das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigene lebendige Macht, an Stelle der Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt; das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst, die an Stelle der organisierten Gewalt der Unterdrückung ihre eigene Gewalt schaffen ...".

Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich (Erster Entwurf)

Forts. nächste Seite

Forts. v. voriger Seite

tralinken kamen über das Stadium der spontanen Massenempörung nicht hinaus und erwiesen sich als unfähig — über ziemlich allgemeine Vorstellungen von Basisdemokratie etc. hinaus — eine fundierte und weitertreibende Konsolidierungspolitik des Zentrums zu leisten. Klar umrissene politische Vorstellungen der Ultralinken, und nicht die Beschränkung auf die Verteidigung ,,wohlerworbener'' Machtpositionen hätten — vielleicht — Grundlage für eine Bündnispolitik sein können, die von dem ,,Realpolitiker'' Zhang und der ARHQ-Führung eine gleichberechtigte Zusammenarbeit einforderte. Nur ein solches Bündnis hätte für weiterreichende politische Umwälzungen eine ausreichende Basis geboten.

Jo., Freiburg

Anmerkungen

1) Vgl. Neale Hunter: Shanghai Journal. An Eyewitness Account of the Cultural Revolution, Boston 1971, S. 83 f. und S. 103 f. Soweit nicht anders angegeben, stützt sich die Darstellung der Ereignisse in Shanghai auf den Bericht Hunters sowie auf das entsprechende Kapitel in Rainer Hoffmann: Maos Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977. Weiter wurden herangezogen Vivienne B. Shue: Shanghai After the January Storm, in The Cultural Revolution in the Provinces, Cambridge/Mass. 1971, S. 66-73; und Andrew G. Walder: Chang Ch'un-ch'iao and the Shanghai's Cultural Revolution, Ann Arbor/Mich. 1978.

2) Hunter, S. 137

3) Vgl. Walder, S. 28 - 31, und Hunter, S. 138 -144. Beim Anting-Zwischenfall trat zum erstenmal das „II. Regiment" um den Arbeiterführer Geng Jinzhang auf, das später wegen seiner — abwechselnd „ultralinken" oder „konterrevolutionären" — Politik von Zhang Chunqiaos Anhängern scharf angegriffen wurde. Es fuhr von Anting weiter Richtung Peking, bis es in Soochow ebenfalls gestoppt wurde.

4) Unterschiedlichen Quellen zufolge waren in den Scharlachgarden im Dezember 66 bis zu 800.000 Arbeiter organisiert. „Wenhuibao" (WHP), 19.1.67; vgl. Walder, S. 49

5) Der monatliche Durchschnittslohn in Shanghai lag für einen Arbeiter mittleren Alters bei 75 yuan. Ein Bauer in einer Volkskommune verdiente nur etwa ein Viertel bis ein Drittel dieses Betrags. Dazu kamen dann noch verschiedenste Prämien etc., so daß in etlichen Betrieben einzelne Facharbeiter ebensoviel oder mehr verdienten als die Direktoren oder Chefingenieure (nach Berry M. Richman: Industrial Society in Communist China, New York 1969, S. 798-805). Die staatliche Lohn- und Wohlfahrtspolitik war für die
Richman: Industrial Society in Communist China, New York 1969, S. 798-805). Die staatliche Lohn- und Wohlfahrtspolitik war für die
Spaltung der Arbeiterklasse verantwortlich: Reguläre Arbeiter hatten sichere Arbeitsplätze, kostenlose Kranken- und Altersversorgung, konnten in persönlichen Notlagen Darlehen erhalten und fast umsonst sportliche und kulturelle Einrichtungen benutzen. Die Zeit- und Kontraktarbeiter waren von diesen Vergünstigungen ausgeschlossen. Ebenfalls massiv benachteiligt waren die Jungarbeiter und Lehrlinge. (Vgl. Lynn T. White III: Worker's Politics in Shanghai, in The Journal of Asian Studies, Vol. 36, No. 1 (Nov. 1976), S. 99-116).

6. In den Jahren vor 1966 waren über 70.000 Jugendliche nach Xinjiang (im äußersten Nordwesten Chinas) geschickt worden. Noch im Frühjahr war die Verschickungskampagne intensiviert worden.

7. Allerdings ist die spätere „offizielle" Darstellung, die ökonomischen Forderungen seien nur auf rechte Drahtzieher zurückgegangen, nicht richtig: Auch das ARHQ unterstützte am 27.12. die Forderungen der Zeit- und Kontraktarbeiter und schloß mit dem Stadtparteikomitee eine Vereinbarung, wonach die entlassenen Kontraktarbeiter wieder eingestellt und ihre Löhne nachbezahlt werden sollten (Radio Shanghai, 2.3.67). Es konnte sich dabei auf eine entsprechende Anordnung der KRG vom 26.12. berufen (vgl. Walder, S. 47 f.).

8. Vgl. Hunter, S. 191 - 195

9. Vgl. Hunter, S. 197 - 204

10. Eine Woche zuvor hatten 116 Organisationen, die vor allem aus zurückgekehrten Studenten zusammengesetzt waren, ein sit-in auf der Hauptstraßenkreuzung Shanghais begonnen. Sie forderten, daß ihre Rückkehr in ihre Geburtsstadt offiziell sanktioniert wurde. Die Blockade, die bis zum 6. Januar aufrechterhalten wurde, ließ den Stadtverkehr zusammenbrechen und beschleunigte den Sturz des Stadtkomitees. Später wurde die Aktion wegen des verursachten „Chaos" von den Anhängern Zhangs kritisiert (vgl. Hunter, S. 205 f.).

11. Vgl. Hunter, S. 208

12. Abgedruckt in „Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten", hrsg. vom Verlag Arbeiterkampf, Hamburg 1974, S. 17 - 19. Nach Ausasgen Chen Bodas wurde dieses Dokument unter direkter Anleitung Maos verfaßt (vgl. Hoffmann, S. 77)

13. Zhang Chunqiao war einer der Sekretäre des alten Shanghaier Parteikomitees. Als Mitglied der KRG hielt er sich Ende 1966 in Peking auf, stand aber in dauerndem Kontakt mit dem ARHQ und dessen Führer Wang Hongwen.
Zusammen mit dem Shanghaier Schriftsteller Yao Wenyuan und Jiang Qing werden diese beiden seit 1976 als „Viererbande" verfolgt.

14. Rote Garden Depesche (Organ der Roten Revolutionäre), 8.1.67; zit. nach Hunter, S. 213

15. Zu der Streik- und Sabotagewelle Anfang Januar vgl. Hoffmann, S. 77 - 83; Jürgen Domes: Die Ära Mao Tse-tung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, S. 160 und Hunter, S. 214 -217, sowie „Unser Weg" 20/21, S. 52 f.

16. Nachgedruckt in „Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten", S. 20 f.
Unterzeichnet war diese Erklärung sowohl vom ARHQ und Anhang als auch von Gruppen der späteren Ultralinken.

17. Vgl. Hunter, S. 213. Den Angaben Hunters zufolge war die Polizei zunächst auch gar nicht einsetzbar, weil größere Teile nicht einmal bereit waren, sich auch nur verbal den neuen Machthabern anzuschließen.

18. Vgl. Hoffmann, S. 137

19. Ebd.

20. Angaben über die radikale Linke nach Hoffmann, S. 138 f. und Hunter, S. 224 - 233. Die Angaben über die Mitgliederstärke stützen sich auf Rotgardisten- und Rebellenzeitungen, die zu den Gegnern der Ultralinken zählten und daher sicher keinen Grund hatten, deren Einfluß zu übertreiben.

21. Nach Hunter, S. 227

22. Lt. Zhangs Rede vom 24.2.67; in SCMP No. 4147, S. 1 - 10

23. Vgl. Hunter, S. 235

24. Vgl. Hunter, S. 236

25. Hunter, S. 238 f.

26. Vgl. Hoffmann, S. 139

27. Vgl. Hunter, S. 236 f.

28. Radio Shanghai, 5.2.67; nach SWB 8. und 9.2.67

29. Ebd.

30. Radio Shanghai, 6.2.67; nach SWB 9.2.67

31. Die örtliche VBA-Garnison demonstrierte ihre Unterstützung für Zhang, in dem sie aus tieffliegenden Flugzeugstaffeln Flugblätter abwarf und in einer Truppenparade in den Straßen ihre Waffen präsentierte (Walder, S. 93 f.).

32. Hoffmann, S. 140

33. Hoffmann, S. 68 f.; nach einem am 24.2.67 in Peking veröffentlichten Flugblatt mit dem Titel „Lang lebe die Shanghaier Kommune!"

34. Diese Darstellung wird durch einen Bericht Zhang Chunqiaos bestätigt, den dieser am 22.10.67 vor Rebellen aus Anhui gab (in URS Vol. 50 No. 2, S. 21 f.). Neale Hunter weiß
richt Zhang Chunqiaos bestätigt, den dieser am 22.10.67 vor Rebellen aus Anhui gab (in URS Vol. 50 No. 2, S. 21 f.). Neale Hunter weiß
jedoch nichts davon, daß die Ultralinke eine solche zweite Kommune gegründet hätte, ebensowenig V. Shue. Das deutet darauf hin, daß die Gegen-Kommune — wenn sie überhaupt wirklich existierte — zumindest keine wesentliche Rolle in der Propaganda der Ultralinken spielte und auch kein organisatorisches Zentrum einer Gegenmacht darstellte.

35. Walder, S. 59 f.

35a. Vgl. Walder, S. 71 f.; Hunter, S. 248 f. und Shue, S. 71 f.

36. Nach einer rotgardistischen Mitschrift der Rede Zhangs; zit nach SCMP 4147, S. 1 -10. Siehe auch Hunter, S. 261 f., und Helmut Martin (Hg.): Mao intern. Unveröffentlichte Schriften, Reden und Gespräche Mao Tsetungs 1946 - 1976, München 1977, S. 177 - 180

37. Erster Sekretär des RK wurde Zhang selbst, sein Stellvertreter Yao Wenyuan. Außerdem wurden noch zwei weitere Angehörige des früheren Stadtparteikomitees kooptiert: Wang Shaoyung, Verbindungsmann zu den Scharlachgarden, und Ma Tienshui, Industriesekretär des alten Stadtkomitees. Daneben gehörten dem RK drei Armeekommandeure und neun Rebellen an.

38. SCMP, ebd.

39. Radio Shanghai, 18.2.67; nach SWB, 21.2.67

40. entfällt

41. Walder, S. 95

42. Walder, S. 95; und Radio Shanghai. SWB 14. und 24.2.67

43. Walder, S. 95; Shue, S. 74 ff.

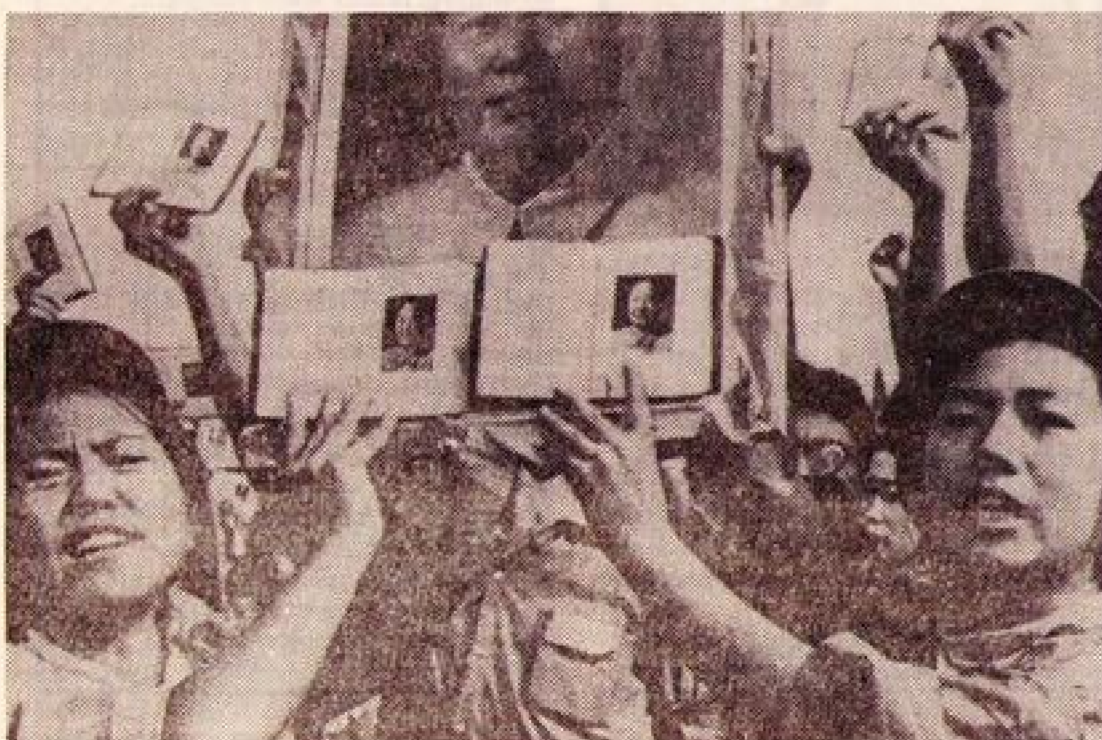
44. Hunter, S. 271

45. Walder, S. 69 ff.

46. Shue, S. 69; Vgl. auch Walder, S. 67 f., und Hunter, Kap. 13

47. „Peking Rundschau", nach „Unser Weg" 20/21, S. 53

48. Vgl. Hunter, S. 238 - 243



AL Westberlin:

Niederlage für die »Gewaltfreien«

Man wird sich noch daran erinnern: am 11.6. besuchte der amerikanische Präsident Reagan Westberlin und an diesem Tage herrschte in der Stadt ein regelrechter Ausnahmezustand; der Senat hatte an diesem Tag ein Demonstrationsverbot erlassen, was jedoch die Alternative Liste, Humanistische Union, Jungdemokraten, DFG-VK und ,,Autonome'' nicht davon abhielt, das Recht auf Demonstration wahrzunehmen und öffentlich dazu aufzurufen. Es kam während des Reagan-Besuches zur ,,Schlacht am Nollendorfplatz'', bei der ein massives Polizeiaufgebot rund 5000 Demonstranten mit Stacheldraht einkesselte. Brennende Barrikaden, eingeworfene Fensterscheiben und in Flammen stehende geplünderte Möbel kamen der Springerpresse und den bürgerlichen Parteien wie gerufen, zu einer wahren Progromstimmung zu greifen, in deren Folge ein Brandanschlag auf das Büro der AL verübt wurde. Die herrschenden Medien und Parteien schossen sich mehr oder weniger scharf auf den vermeintlichen Verantwortlichen der ,,Krawalle'' ein: die Westberliner AL. SPD, CDU und FDP verlangten in dieser Situation ein Bekenntnis der AL zur Gewaltfreiheit, eine Distanzierung von ihrem Aufruf und die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Dieser Druck auf die AL zeigte gerade bei einigen bekannteren AL-Mitgliedern Wirkung; einige forderten eine öffentliche Distanzierung und Selbstkritik der AL, andere das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit (1).

Innerhalb der AL führten die Auseinandersetzungen um die sog. ,,Gewaltfrage'' schließlich zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die einen ,,Bericht der Kommission 11. Juni''(2) der Öffentlichkeit vorlegte. Kurz zusammengefaßt, kam dieser Kommissionsbericht vor allem im Teil 3 (,,Antworten auf die sogenannte Gewaltfrage'') zu sehr windigen und auch widersprüchlichen Schlußfolgerungen, die u.a.

+ das staatliche Gewaltmonopol als zentralen Bestandteil bürgerlicher Herrschaft nicht als Faktum kritisieren,

+ ,,*politische Strategien*'' ablehnten, ,,*in denen gewalttätige Angriffe auf die Institutionen des Staates oder Repräsentanten des Systems unter den hiesi-*
,,*in denen gewalttätige Angriffe auf die Institutionen des Staates oder Repräsentanten des Systems unter den hiesi-*
gen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen praktiziert und gerechtfertigt werden'',und Straßenschlachten ,,*für sinnlos und schädlich*'' halten - ohne freilich zu differenzieren, daß die Eskalation von Gewalt — gerade am Beispiel des 11.6. in Westberlin — von diesem Polizeistaat provoziert wird,

+ die ,,Autonomen'' nur als verzweifelte Opfer dieses Systems erscheinen lassen, die ,,*diese Gesellschaft an den Rand gedrängt hat*''. Wenn an anderen Stellen von einem ,,Generationskonflikt'' zwischen AL und ,,Autonomen'' gesprochen wird und die AL sich als ,,Anwalt der kleinen Leute'' begreift, so kommt darin auch ein rein taktisches Verhältnis zu den ,,Autonomen'' zum Ausdruck; im Kommissionsbericht wird hauptsächlich das politisch Trennende betont, ohne die politischen Gemeinsamkeiten (siehe Anti-Reagan-Demonstration!) zu benennen;

+ bekennen, daß die AL künftig bei ihren Aufrufen ,,*auf die Notwendigkeit von Gewaltfreiheit*'' hinweist, andererseits aber auch ,,*legitime Aktionen*'' wie ,,*Haus-, Bauplatz- oder Betriebsbesetzungen*'', auch ,,*wenn sie verboten sind*'', unterstützen und ,,*selbst durchführen*'', will. (3).

Der Kommissionsbericht fand positive Resonanz in den bürgerlichen Medien, verbunden mit der Hoffnung, in den Reihen der AL kehre ,,Vernunft und Realitätssinn'' ein.

Doch diese Hoffnungen trogen: Auf der Mitgliederversammlung der AL am 24.9.82 lehnte eine große Mehrheit den Kommissionsbericht und die darin enthaltenen politischen Einschätzungen ab. Die Verfasser konnten eine Abstimmungsniederlage nur vermeiden, indem sie den Kommissionsbericht nicht zur Abstimmung stellten. Stattdessen wurde eine Festlegung auf grundsätzlich gewaltfreie Widerstandsformen vermieden und nahezu einstimmig beschlossen, daß der Bericht

— nur einen ,,*Ausschnitt*'' der in der AL vertretenen Positionen darstellt und

— das Kommissionspapier nur noch ,,*als ein Diskussionspapier*'' zu bewerten sei(4). Nur um des lieben Konsens willen und aus sensibler Rücksichtnahme auf Sprecher von prinzipiell gewaltfreien AL-Mitgliedern wurde der Kommissionsbericht nicht völlig zu den Akten gelegt, sondern es soll erneut ein konsensfähiges Papier zur Klärung der Gewaltfrage in der AL bis Ende dieses Jahres zur Abstimmung auf einer Mitgliederversammlung erstellt werden.

Bei den Diskussionen zeigte sich übrigens, daß einige AL'ler nicht die Klärung der Gewaltfrage allein im Sinn hatten; Helmut Horst — Mitglied des verkümmerten grünen Landesverbandes — ,,drohte'' an, daß die Westberliner Grünen bei Nichtzustimmung der AL zur prinzipiellen Gewaltfreiheit ihren eigenen Weg gehen könnten.

Nur in einem Punkt waren sich offenbar **alle** AL-Mitglieder einig: keiner distanzierte sich vom Aufruf der AL, am 11.6. das Demonstrationsverbot des Senats zu durchbrechen.

D./Westberlin

Anmerkungen:

(1) Einige dieser Distanzierungen sind im AK-Artikel „AL-Westberlin nach der Anti-Reagan-Demo"(AK 224) benannt.

(2) „Bericht der Kommission 11. Juni", veröffentlicht im August.

(3) Eine ausführlichere Kritik und Darstellung des Kommissionsberichtes siehe AK 224 und auch verschiedene kritische Stellungnahmen im AL-Mitgliederrundbrief Nr. 19.

(4) „Stachel", Zeitung der AL, Okt. 1982.

»Freiwillige Finnlandisierung«

In der ,,taz'' vom 20. September schrieb das KOR-Mitglied Blumsztain über die ,,Westliche Friedensbewegung aus polnischer Sicht''. Blumsztain, 1968 in der polnischen Studentenbewegung aktiv, seit Gründung Mitglied des KOR und heute im Exil, gibt Erschreckendes von sich:

,,*Wenn ihr mich fragt, was die Polen von der Friedensbewegung halten, so muß ich antworten, daß die Friedensbewegung sie nicht interessiert. Die wenigen, die wissen, daß es so etwas im Westen gibt, sind der Meinung, daß dies ein weiteres Beispiel für die grenzenlose Naivität der öffentlichen Meinung im Westen ist, einer öffentlichen Meinung, die manipuliert ist von den Sowjets. (...) Zu gut kennen wir die Aggressivität dieser Großmacht. (...) Die Friedensparolen der sowjetischen Politiker können in Polen niemanden überzeugen. Die Unterstützung, die diesen Parolen im Westen zuteil wird, wird bei uns für eine freiwillige Finnlandisierung gehalten.*''

Ob diese Meinung wirklich die Meinung **der** Polen ist, sei dahingestellt. Ganz sicher ist es aber die Ansicht eines prominenten KOR-Mitgliedes, und das ist allemal schlimm genug.

Was Blumsztain da unter Berufung auf die Solidarnosc erklärt, kann man seit Jahr und Tag in den reaktionärsten Zeitungen der BRD lesen. Der Begriff der Finnlandisierung ist bekanntermaßen **der** Kampfschrei der Strauß-Fraktion gegen die ,,Entspannungspolitik'' und insbesondere gegen die Friedensbewegung.

In einem Punkt hat Blumsztain völlig recht. Ein Bündnis mit Solidarnosc kann nur zustandekommen unter ,,*einer Bedingung, nämlich daß Frieden das gleiche bedeuten muß, auf beiden Seiten der Elbe*''.

Und solange Leute wie Blumsztain die Friedensbewegung mit CDU-Parolen attackieren und sie auf den Hauptfeind Sowjetunion ausrichten wollen, wird es auch kein Bündnis geben. Natürlich haben sie recht, wenn sie auf die Unglaubwürdigkeit von Leuten hinweisen, die wie die DKP die Unterdrückung in Polen für begrüßenswert halten. Nur gilt das auch umgekehrt: Wer über Jaruzelski sich aufregt, aber über den Malvinas-Krieg, die Massaker im Libanon, in El Salvador schweigt, ist für uns nicht sonderlich glaubwürdig und ganz sicher kein geeigneter Bündnispartner. Das wird hoffentlich auch so bleiben.

J./Hamburg

Linke Verkehrsformen

Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten (Neue Einheit)
Adr. über Verlag Neue Einheit
(Hartmut Dicke Verlag)
Merseburgerstr. 3, 1000 Berlin 62
Tel. (030) 781 75 49

Berlin, 10.10.82

Betr.: Gegendarstellung zum „Arbeiterkampf" Nr. 224

An die Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH!
An die Redaktion des „Arbeiterkampf"!

Nach §11 des Hamburger Pressegesetzes fordern wir von Ihrem Verlag und von Ihrer Redaktion folgende Gegendarstellung über die falschen Tatsachenbehauptungen in dem Artikel „Vergangenheitsbewältigung" im „AK" Nr. 224, Seite 28.

Der geforderte Text der Gegendarstellung lautet wie folgt:

„Die Behauptung des „Arbeiterkampfes" (Nr. 224, S.28) über die ominösen „Strahlenwaffen" als Ursache für den Auslandsaufenthalt des Genossen Klaus Sender entbehrt jeden Wahrheitsgehalts, ebenso jede Unterstellung wir hätten je so etwas verbreitet. Die Frage des Zionismus oder Teilfragen dazu sind nicht, wie behauptet, „Hauptanliegen" unserer Partei.

Die Behauptung, daß man Flugschriften gegen den deutschen Faschismus von uns nur im Zusammenhang mit „Israel" bekommt ist völlig falsch. Als ein Gegenbeispiel sei hier der Titel „Der offenen Neonazihetze des Fernsehens entgegenwirken!" (Jan. 81) genannt.

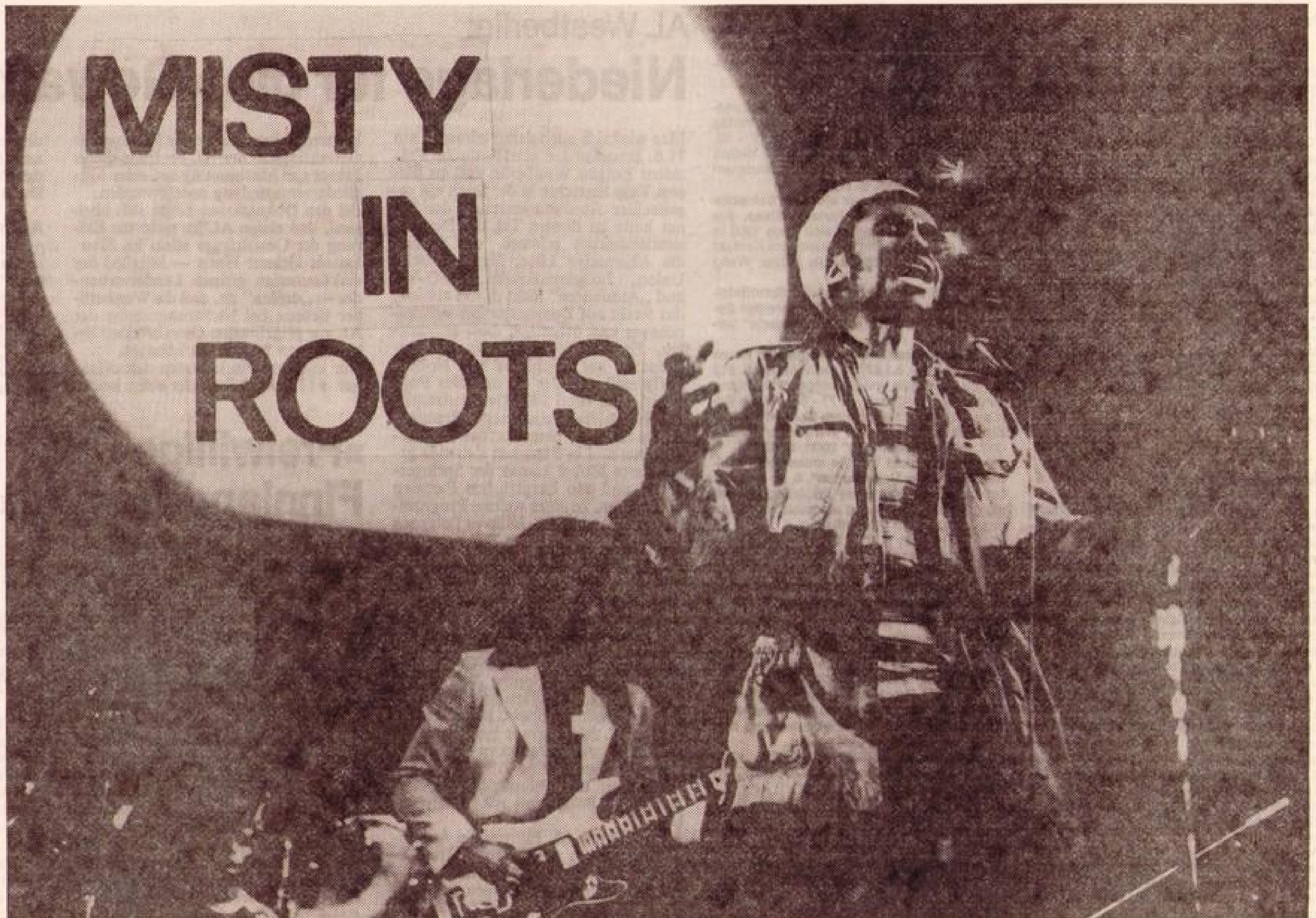
Wir haben nicht gesagt, daß die Demonstration vom 21.8. prozionistisch ist. Vielmehr haben wir gesagt, daß eine bestimmte Gruppe des Frankfurter Plenums versucht hat, die Demonstration in ein für die Zionisten annehmbares Gleis zu lenken. Wir selbst haben an der Demonstration teilgenommen.

Kommunistische Partei Deutschlands
Marxisten-Leninisten (Neue Einheit)
- Zentralkomitee i.A. Gisela Hoedt"

Sehr geehrte Damen und Herren der Kommunistischen Partei Deutschlands (Neue Einheit),

auch wenn Ihre uns zugegangene Gegendarstellung nicht den formalen Anforderungen des Hamburger Pressegesetzes entspricht, möchten wir Ihnen und uns das Vergnügen bereiten, sie den Lesern des Arbeiterkampfes zugänglich zu machen. Sollten weitere Beanstandungen an unserer Pressetätigkeit bestehen, wenden sie sich bitte vertrauensvoll an unser Anwaltsbüro. Wir hoffen Ihnen hiermit gedient zu haben und verbleiben

mit hochachtungsvollen Grüßen
Redaktion Arbeiterkampf



MISTY IN ROOTS
Tourneedaten 1982

22.10. Graffiti, Hamburg
23.10. Jovel Cinema, Münster
24.10. SO 36, Berlin
26.10. Universität Bochum
27.10. Paradiso, Amsterdam
28.10. Hyde Park, Osnabrück
29.10. Batschkapp, Frankfurt
30.10. Kulturforum, Gerolshofen (bei Schweinfurt)
31.10. Rheinterrassen, Bonn
2.11. Rote Fabrik, Zürich
4.11. Universität Konstanz
5.11. Goldene Krone, Darmstadt
6.11. Schauburg, Bremen
9.11. Århus
10.11. København
11.11. Helsingør
16.11. Kulturladen, Wuppertal
18.11. Alhambra, Oldenburg
19.11. Festival, Hamburg

Interview mit D. Tyson (Pock) Gesang und Trompete bei

MISTY IN ROOTS

Gesprächspartner: Walter Witt, Hamburg

Walter: Im Oktober und November seid Ihr zum dritten Mal in der BRD auf Tour. Eure letzte Tournee durch die BRD liegt jetzt zwei Jahre zurück. Was ist bei Euch in der Zwischenzeit passiert?

Pock: Ja, wir haben unsere zweite LP veröffentlicht (Wise and Foolish), die sehr erfolgreich war. Sie hielt ca. drei Wochen die Spitzenposition in den Top Ten der britischen, independant Charts. Danach machten wir mehrere Tourneen und waren seit Anfang des Jahres für sieben Monate auf Tour in Afrika.

W.: Wo seid Ihr in Afrika gewesen und welche Erfahrungen habt Ihr mit der dortigen Musikszene gemacht?

P.: Wir waren im südlichen Teil von Afrika, hauptsächlich in Sambia und Zimbabwe. In Sambia hört man viel traditionelle, afrikanische Musik, während es in Zimbabwe neuerdings eine vielschichtige Musikszene gibt. Die Bands spielen moderne Discomusik und natürlich afrikanische Musik süd- und zentralafrikanischen Ursprungs, z.B. Musik aus Zaire. Außerdem spielt Reggae zunehmend eine große Rolle. Im Moment scheint Zimbabwe für Reggaemusik das interessanteste Land in Afrika zu sein. Unsere Konzerte in Zimbabwe waren sehr erfolgreich.

W.: Wieviele Auftritte habt Ihr in Zimbabwe gemacht?

P.: Ziemlich viele; wir haben versucht, so weit wie möglich durch das Land zu touren, obwohl das aufgrund der dortigen Bedingungen nicht immer möglich war. Überall, wo sich die Gelegenheit bot, haben wir halt ein Konzert gegeben.

W.: War die Situation in Sambia ähnlich?

P.: Nein, die Situation dort unterscheidet sich erheblich. Man muß verstehen, daß Sambia weniger entwickelt ist, es ist sozusagen wilder als Zimbabwe, es gibt viel Dschungel. Unsere Konzerte dort fanden nur in den entwickelten Teilen des Landes statt, also in den Industriezentren. Wir machen eben elektrische Musik und keine akustische.

W.: Afrika spielt für Euch philosophisch eine große Rolle, Afrika als Ursprung der Menschheitsgeschichte. Viele Rastafarians streben die Rückkehr nach Afrika an. War der Trip nach Afrika so etwas wie ein Beginn für die Verwirklichung Eures Ziels, wolltet Ihr abchecken, ob ein Leben für Euch dort möglich ist?

P.: Ja, Afrika ist riesengroß, und jeder weiß, daß es für Schwarze wünschenswert ist, dorthin zurückzukehren. Das trifft aber nicht unbedingt für uns zu. Wir wollten einen Teil Afrikas seh en, und es ist wirklich toll. Jetzt haben wir eine bessere Vorstellung auch vom Restafrika. Aber wir haben natürlich nur diesen einen Teil wirklich erlebt und wollen in Zukunft auch andere Regionen kennenlernen, denn Afrika ist vielfarbig und überall trifft man auf verschiedene Welten.

W.: D.h. also, Ihr werdet auch künftig durch Afrika touren, auch durch Südafrika?

P.: Klar, genau wie wir durch Europa mehrmals schon getourt sind. Afrika ist sicherlich anders, aber es lohnt sich. Man lernt Neues kennen, wir haben Dinge gesehen, die wir uns vorher nicht vorstellen konnten. Durch Südafrika werden wir sicherlich nicht touren, obwohl der Reggae dort momentan sehr populär ist. Er fördert z.B. den Prozeß der Einigung verschiedener, rivalisierender Stämme. Wir werden wohl kaum die Chance erhalten, im Ghetto von Soweto zu spielen. Das wäre zuviel Zündstoff. Die Plattenkonzerne pressen Reggaeplatten speziell für den südafrikanischen Markt und lassen dabei ein oder zwei brisante Stücke der Scheibe raus. Die Situation für Konzerte in Südafrika ist sicher günstig, da die Regierung versucht, auch auf diesem Wege ihr repressives Regime zu legalisieren.

W.: Habt Ihr auch persönliche Kontakte zu afrikanischen Musikern gehabt?

P.: Natürlich trifft man Musiker wie überall in der Welt, wenn wir auf Tour sind.

W.: Wird Eure Musik künftig noch mehr von der traditionellen, afrikanischen Musik beeinflußt werden, wie das Stück „Jah bless Africa" auf Eurer neuesten LP vermuten läßt?

P.: Die LP ist vor unserem Trip nach Afrika erschienen. In Afrika haben wir die Bestätigung gefunden, daß der Reggae von traditionell afrikanischer Musik beeinflußt ist. Der Reggae ist unsere Identität als Afrikaner. Sicher, man kann ihn auf verschiedene Weise interpretieren, also auch auf traditionelle. „Jah bless Africa" ist ein Traditionell, das überall in Afrika gesungen wird.

W.: Habt Ihr eigentlich schon mal darüber nachgedacht in der Karibik auf Tour zu gehen?

P.: Nein, bisher noch nicht.

W.: Die Konzerte in der BRD werden im Rahmen einer Europatour stattfinden. Durch welche Länder werdet Ihr touren?

P.: Durch Holland, Belgien, Dänemark, Schweden und Schweiz, möglicherweise werden wir auch Gigs in Frankreich haben.

W.: Viele Leute haben im Zusammenhang mit Reggae von Modeerscheinung gesprochen. Tatsächlich hat der Reggae im Vergleich zu 1980 heute an Popularität in der BRD verloren. Und in England?

P.: Nun, das muß man sehr genau untersuchen. Der Reggae hat imgrunde die moderne Rockmusik in England stark beeinflußt, also den sog. New Wave. Gruppen wie Specials, Madness und Police z.B. Insofern würde ich sagen, daß es mit dem Reggae eher bergauf geht. Der Reggae ist traditionell vorhanden. Er ist die schwarze Musik in Europa schlechthin.

W.: Ihr habt Verträge mit englischer Plattenfirmen bisher zugunsten Eurer Unabhängigkeit abgelehnt, seid damit ganz gut gefahren. Eure Platten erscheinen auf Eurem Label „People Unite". Wie haben sich andere Gruppen mit Plattenverträgen in England entwickelt?

P.: Es gibt eine Reihe von Reggaegruppen, die durch die Plattenfirmen gepuscht werden. Aber deren Sound hat überhaupt nichts mit Roots-Musik zu tun, sie spielen halt Popreggae und sind besonders in UK erfolgreich, da Reggae hier etabliert ist. Andere Gruppen, mit denen wir zusammen gespielt haben, sind von der Bühne verschwunden wie z.B. Sham 69 oder Adams and Ants. Der Reggae blieb vom Auf und Ab der Modemusik verschont, weil er traditionelle Musik ist.

W.: Wie sieht Eure derzeitige Besetzung aus? Wieviele Leute werden diesmal auf Tour sein?

P.: Wir werden mit 12 oder 14 Leuten kommen, davon sind 10 auf der Bühne und wahrscheinlich wird D. Benjemin, Leadgitarrist bei Aswad, uns begleiten. Wir spielen neuerdings mit zwei Keyboards und einer 3-köpfigen Hornsektion, u.a. mit einem Saxophonisten aus Ghana.

Besetzung MISTY IN ROOTS:
D.McKay: vocal, D. Tyson: vocal, trumpet, W. Tyson: vocal, T. Henry: bass, J. Peters: drums, D. Agustine: rhythm, J. Brown: keyboards, D. Brisco: Keyboards, Norty: sax, D. Benjemin: lead guitar

Interview mit Heiner Goebbels

Wider den reibungslosen Menschen

„In unserer Zeit sind durch den Tonfilm, die Schallplatte, die Radiosendung und schließlich durch die Veränderung der sozialen Darbietungsform neue Produktionsprobleme entstanden, die sich mit dem Hinweis auf die Größe Beethovens und die Fäulnis im Monopolkapitalismus allein nicht lösen lassen."
Hanns Eisler, 1938

In diesen Tagen kommt von Heiner Goebbels die Single „Die letzte Buche" (zur Startbahn West) und die Doppel-LP „man or monkey" (von der Gruppe „Cassiber", in der er mitspielt) heraus (beide bei Eigelstein/Köln). Heiner ist Mitbegründer des mittlerweile aufgelösten „Sogenannten Linksradikalen Blasorchesters" und spielt seit 1975 mit Alfred Harth im Duo (u.a. „Vier Fäuste für Hanns Eisler"). Außerdem komponiert er Film- und Theatermusiken (z.B. für Helke Sanders „Der subjektive Faktor", Hans Neuenfels „Iphigenie auf Tauris"-Inszenierung). Er ist dabei einer der wichtigen linken Musiker, die sich weder in einen Elfenbeinturm zurückgezogen noch von der Industrie haben vermarkten lassen. Ein Anlaß zu dem folgenden Interview war die NDW-Debatte im AK.

Kunst und Technik

AK: Du hast deine Musik nie als l'art pour l'art verstanden, sondern als Ausdruck deines Engagements. Trotzdem hast du dich immer sehr deutlich gegen einige auch im AK gelobte (s. AK 225), Musikgruppen, die in der gerade aktuellen Bewegung „in" waren (z.B. bots, Schmetterlinge), abgegrenzt.
H: Generell ist meine Haltung, daß ich kein Propagandist sein will; das kann ich mir bei meinem Namen auch wirklich nicht erlauben. Wenn ich also mit Musik Politik machen will, dann muß ich politische Musik machen: also kein kluger Text, der drei Schritte weiter ist als der, der ihn hört. Ich arbeite lieber mit emotionalen Elementen, die außermusikalische Inhalte haben. Das Stück „Berlin-Q-Damm" ist so ein deutliches Beispiel, aber auch meine neue Single, auf der „Die letzte Buche" ist, ein fast sentimentales Stück, das eine Art Anti-Q-Damm ist.
AK: Auf deinen letzten Platten hast du häufiger Originaltonaufnahmen unter deine Musik gelegt, eine Technik, die ziemlich eindrückliche Ergebnisse entstehen läßt.
H: Die Stücke, in denen ich das mache, sind dabei aber ganz unterschiedlich textbezogen, „Die letzte Buche" viel stärker als z.B. „Berlin-Q-Damm". So ein Originaltonverfahren wird in gewisser Weise auch durch den Pseudorealismus von verschiedenen NDW/New Wave Gruppen aufgegriffen, die so direkt und unkünstlich singen, also fast
ein Originaltonverfahren wird in gewisser Weise auch durch den Pseudorealismus von verschiedenen NDW/New Wave Gruppen aufgegriffen, die so direkt und unkünstlich singen, also fast
so tun, als würden sie eben nicht singen. Mich hat es dann umgekehrt interessiert, so ein tatsächlich ganz realistisches Produkt wie eine Originaltonaufnahme, ein Interview oder was durch meine Musik zu ästhetisieren...
AK: Stichwort „NDW"...
H: Mich hat die NDW, oder was man so nennt, am Anfang sehr interessiert, vor allem, wie dort diese sprachliche Direktheit mit so einer Musik zusammenkommt, bei Wirtschaftswunder oder bei Fehlfarben. Dabei muß man natürlich sagen, daß der Sänger von Ton, Steine, Scherben sowas schon seit zehn Jahren macht...

Politische Musik

AK: Im Bereich engagierter Musik ist dem Sog. Linksradikalen Blasorchester, in dem du wesentlich mitgewirkt hast, ein ziemlicher Stellenwert zugefallen: ihr wart auf Demos, habt Behinderteninitiativen unterstützt, habt Straßenmusik gemacht usw. Mittlerweile hat sich das Blasorchester aber, von der linken Öffentlichkeit relativ unbeachtet, aufgelöst. Wie ist es dazu gekommen?
H: Die politischen Zusammenhänge, aus denen wir gekommen sind, haben sich ganz schön verändert. Zu den Anlässen, zu denen wir hätten spielen wollen oder sollen, konnten wir die Sachen, die wir auf Lager hatten, nicht mehr spielen: vor dem Bauzaun in Brokdorf war unsere Folkloremusik nicht mehr das adäquate Ausdrucksmittel, da hätte es was Härteres und Genaueres gebraucht. Unsere Mittel mit den Blasinstrumenten reichten da nicht mehr aus. In letzter Zeit z.B. hat der harte Kern vom Blasorchester versucht, auf großen Demos (z.B. gegen die Startbahn, F.) auf leeren Öltonnen, die wir gerollt haben, mit Knüppeln was zu machen; das drückt ästhetisch viel mehr aus als so 'ne folkloristische Verspieltheit.
AK: Die ist aber bei euren Hörern ganz gut angekommen...
H: Wir wollten aber nicht mit dem weiter rummachen, womit wir den größten Erfolg hatten, worüber wir aber alle schon hinaus waren. Anfangs war die Musik für uns auch Ausdruck einer Lebenssituation; das war die Zeit, als sich die K-Gruppen dogmatisch verhärtet hatten und es uns darauf ankam, eben keine Propaganda mit Noten zu machen, sondern ein politisches Lebensgefühl musikalisch auszudrücken. Das hat sich natürlich verschoben, als die dogmatischen Organisationsformen den Bach runtergingen und wir Gefahr liefen, in die Harmlosigkeit politischer Folkloristik abzurutschen. Die Anlässe zu den Demos wurden immer existentieller, und wir konnten uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Wir haben dann härtere, rhythmische Mittel gesucht.
AK: Und die konntet ihr dann nicht mehr mit der ganzen Blasorchestergruppe finden. Du hast vorhin gesagt: „Unsere Mittel mit den Blasinstrumenten reichten nicht mehr aus". Heißt das, daß — ihr ward ja professionelle Musiker und Leute, die beruflich was ganz anderes gemacht haben — bei den komplexen Problemen, mit denen sich die Linke, oder wir alle, uns jetzt beschäftigen müssen, eine künstlerische Umsetzung und Auseinandersetzung nur noch mit technisch sehr guten, d.h. in dem Fall professionellen Mitteln stattfinden kann? Hat eure Auflösung auch was mit einer Professionalisierung zu tun?
H: Nein, gar nicht. Die Auflösung war keine Frage von Professionalisierung. Mir ging es konkret um viel rhythmischer Mittel; das ist nicht an Professionalität gebunden, sondern das ist eine Frage, wie aggressiv und kraftvoll eine Musik sein soll. Z.B. der Schlagzeuger von Einstürzende Neubauten hat eine Rhythmik, die mich viel mehr interessiert und die mir viel mehr erzählt, als die von einem professionellen Schlagzeuger.
AK: Für deine Musik spielt auch Hanns Eisler eine ganz entscheidende Rolle. Eine deiner früheren Platten, die du mit Alfred Harth aufgenommen hast, heißt „Vier Fäuste für Hanns Eisler." Dabei sind doch viele Eisler-Sachen, vor allem auch von Ernst Busch gesungen, Bestandteil einer ziemlich verstaubten und heute eher belächelten ML-Kulturtradition. Wie reimt sich das zusammen?
H: Für mich kam es deshalb auch sehr darauf an, zu Eisler selbst zurückzufinden, wie der selbst mit seinen Komposi-
beläcbelten ML-Kulturtradition. Wie reimt sich das zusammen?
H: Für mich kam es deshalb auch sehr darauf an, zu Eisler selbst zurückzufinden, wie der selbst mit seinen Komposi-
tionen umgegangen ist (H. legt eine Platte auf, „Klingende Dokumente", auf der Eisler selbst singt, Anm. F.). Wie der Eisler da z.B. das „Lied von der haltbaren Graugans" (Anm. 1) singt, hat uns die Idee gegeben, das auch instrumental zu lösen — der Eisler selbst hat ja 'ne Stimme wie ein Saxophon. Dagegen kann man die ganzen Eisler-Interpreten vergessen; bei dem Busch ist das so ein leeres Pathos, das finde ich unerträglich. Die meisten, die Eisler singen, tun das mit einem besserwisserischen Leuchtturmgefühl: so über dem Land zu stehen und den Schiffen in Not zuzurufen „Hier geht es lang!". Das macht der Eisler selbst überhaupt nicht.
AK: Er hat sich aber auch nicht gegen seine Interpreten zur Wehr gesetzt, sondern dem Busch im Gegenteil auch noch Lieder komponiert, die sich der gewünscht hat ...
H: Ja, ich glaub, der hat das nicht so gemerkt, dem ist es auf was ganz anderes angekommen und der war dafür nicht so empfindlich, vielleicht auch zu akademisch.

Für mich ist es beim Hören generell fast wichtiger, w i e die Leute was machen, als was sie genau machen. Z.B. stört mich Eitelkeit enorm. Wenn einer von sich selber singt und man glaubt ihm dann so eine Direktheit, dann wird nicht unwichtiger, was sie oder er singt, aber das kann schon mal Unsinn sein: es ist auf jeden Fall eine Oase in der Wüste von standardisierten und glatten Sachen, wo niemand mehr irgendeiner/m irgend etwas glauben kann.
AK: Das ist aber eine durchaus gefährliche Position, weil auf diesem Weg über die Direktheit — so wichtig ich die auch finde — auch sehr fragwürdige Geschichten transportiert werden können...
H: Ich finde das schwierig. Vor ein paar Jahren wußte ich noch viel genauer, was meine politischen Interessen sind. Heute finde ich es auch eine wichtige politische Aufgabe, so eine Offenheit zu finden, also nicht ganz abgeschlossene und fertige Sachen, die ich meist eh verlogen finde — wie z.B. von den Schmetterlingen — zu produzieren.
AK: Du denkst dabei sicher an sowas wie den Schmetterling-Beitrag bei Rock gegen Rechts („Das letzte Lied") oder auch deren unsägliches „Lied von den schönen Worten". (Anm. 2)
H: Genau, wenn da in „Das letzte Lied" ein Solist singt: „... und mischt sich ein Solist hinein, dann schickt ihn doch zum Teufel" oder, wieder ein Solist: „Denn Vorsänger, die gibt es nicht im Vollbesitz der Wahrheit", dann wird den Zuhörern doch was vorgemacht, was vorgespielt. Was ich meine, hat Heiner Müller vor einiger Zeit mal in einer „Beichte" geschrieben (in der „alternative"), daß er es nämlich als seine primäre politische Aufgabe ansieht, die standardisierten Medien zu unterlaufen und Freiräume für Phantasie freizuschaufeln. Ich finde Musik viel zu schade, um Themen aufzugreifen; es stimmt außerdem so gar nicht, denn in Wirklichkeit hängen sich Gruppen an den Trend dran und formulieren dazu dann pädagogische Texte, an die sie hoffentlich selbst nicht mehr glauben. Das ist eine unangenehme Haltung, sich auf die Bühne zu stellen und dann Bescheid zu wissen: so und so ist das, Schlußakkord. Die schmeicheln sich bei ihrem Publikum ein.

Die Pädagogik ist außerdem immer verbunden mit einer nervenden Arroganz und einer enormen intellektuellen Unbeweglichkeit: für eine politisches Problem findet sich sofort ein vorgefertigtes Klischee, das ein bißchen bearbeitet wird, und was dann rauskommt, ist von einer unbeschreiblichen Harmlosigkeit, weil die Zuhörer im Saal eh schon auf Stichwort begeistert sind, auf inhaltliches Stichwort (Anm. 3), denn die Musik von Lindenberg, Schmetterlingen oder bots ist viel zu langweilig, als daß sie was eigenständiges bewirken würde.
AK: Der Musik der Schmetterlinge wird ja zugute gehalten, daß sie Inhalte allgemein verständlich aufbereitet und aufgreift, daß sie sich an große Massen von Leuten wendet und z.B. auf Demos immer eine Art Solidarisierungseffekt erzielt.
H: Ich will mit meiner Musik ja nicht was elitäres machen, etwas um seiner selbst willen — im Gegenteil, ich versuche immer, Brücken zu finden, die die Sachen nicht zu abstrakt werden lassen, also eine Originaltonaufnahme wie bei Berlin-Q-Damm z.B., ein Text, ein Rhythmus. Aber die Musik muß dann
che immer, Brücken zu finden, die die Sachen nicht zu abstrakt werden lassen, also eine Originaltonaufnahme wie bei Berlin-Q-Damm z.B., ein Text, ein Rhythmus. Aber die Musik muß dann
auch darüber hinausgehen.
AK: Aber wie beurteilst du denn, oder wie stehst du zu der ‚Agitationswirkung' von so einer Gruppe wie Schmetterlinge?
H: Ich glaube nicht, daß diese Musik wirklich ‚agitieren' kann. Wenn so ein alter Text, wie bei den Schmetterlingen benutzt, vertont und gespielt wird, dann wird sicher kein Politisierungsprozeß bei dem Zuhörer dieses Textes ausgelöst. Um so einen Zuhörer zu politisieren, das ist zumindest meine Erfahrung, müßte das schon etwas tiefer gehen, müßten auch emotionale Schichten miteinbezogen werden — sonst wird das nur eine ganz akklamative Geschichte. Zum anderen: auf Demos mitsingen... Ich kann mir verschiedene Formen von Singen auf Demos vorstellen. Dieses „Wehrt euch, leistet Widerstand" z.B., da steckt ein Gestus dahinter, der so viel Religiosität in sich hat, daß mir dabei ganz unheimlich wird, weil ich nicht den Eindruck habe, daß die Leute da noch wissen, was sie singen und wie sie singen und marschieren. Im Gegensatz dazu kann ich mir Sachen wie mit den Öltonnen und Sprechchören — also Sachen, die was zusammen entstehen lassen — sehr gut vorstellen, wo sich dann die Leute, die was machen, viel besser auch selbst einbringen können: Tanzen oder Klopfen oder Sprechchöre. Bei den Demos in Bonn oder Wiesbaden hat sich jeweils was ganz anderes, immer neues entwickelt.
AK: Du meinst also, daß sich etwas in einer Demo entwickeln muß, quasi dezentral, und nicht so ein fertiger Liedtext, der über Lautsprecher eingehämmert und dann mitgesungen werden soll. Also Sprechchöre und Rhythmus von unten...
H: So, ja. Wir haben da ja auch unsere Erfahrungen, aber die verbreiten sich eben ganz anders als so ein Lied von den bots...
AK: Wenn ich es jetzt ganz kraß zuspitze: schließt es sich eigentlich aus, deine Musik gutzufinden und die Musik von den Schmetterlingen auch gutzufinden?
H: Nein, wenn man mit offenen Ohren hinhört, kann man wohl beides gut finden... Irgendwann findet man dann die Schmetterlinge vielleicht nicht mehr gut...

Musiker und Konsument...

AK: Deine Musik stellt teilweise ganz schöne Ansprüche an die Zuhörer, beansprucht die Geduld ziemlich und ist — finde ich — manchmal schwer zugänglich. Wer hört die denn? Ist das nicht ein recht kleiner Kreis? Wenn ich z.B. bei mir in der WG einen Platte von dir auflege, kommen aus einem anderen Zimmer mindestens Proteste: Was hörst du denn da???



Heiner Goebbels mit Faß auf der Wiesbadener Startbahndemo

H: Das kann ich schon verstehen. Ich
H: Das kann ich schon verstehen. Ich
will ja keine Musik machen, die man so nebenbei mithören kann; also nichts, was man in einer WG über Küche, Flur und noch drei Ecken leise im Hintergrund mitkriegt. Entweder hört man richtig hin oder es nervt. Drüberweghören soll auch nicht gehen, so Musik gibt's genug. Am meisten an Reaktionen läuft auf Konzerten, da erleb' ich auch, daß Leute mit der Musik sofort was anfangen können, die sonst nur Folk oder sowas hören. Mit den Platten allein ist das oft viel schwieriger; das hat was damit zu tun, daß auf den Konzerten die Bereitschaft, zuzuhören und nicht nur stumpfe Stimmung serviert zu bekommen, natürlich sehr groß ist.
AK: Wie sieht es sonst mit der Rezeption deiner Sachen aus? Wie reagieren linke Zeitungen und Zeitschriften darauf?
H: Das ist generell das Problem, daß linke Zeitungen oft ein ziemlich provinzielles Gesicht haben, z.B. in er „taz", wo bis heute kein ernstzunehmender Artikel über uns drinstand — und das ist kein Zufall. Auch im „Pflasterstrand" gibt es erst seit Juli diesen Jahres jemand, der von Musik was versteht, den Christoph Anders.
AK: Mit ästhetischen Auseinandersetzungen, die sich vom platten inhaltlichen Interesse auch mal etwas tiefer in ein Kunstprodukt hineinbemühen, sieht es schlecht aus...
H: Kann man sagen. Die „taz" ist zwar schon manchmal bemüht, über so 'ne bloße Akklamationsgeschichte hinauszukommen, aber meist bleiben die kulturpolitischen Bezüge doch sehr platt. Ein starkes Rezensionsinteresse gibt es demgegenüber von Stadtzeitungen, und da sind teilweise auch sehr spannende Besprechungen erschienen.

Indianer für Morgen

AK: Auf deiner derzeit noch neuesten Platte, „Indianer für Morgen" (s. AK 223), die du mit Alfred Harth zusammen gemacht hast, hast du einen Zyklus „Der moderne Mensch" drauf: ein Teil behandelt den „kommunistischen Menschen", was hier im AK natürlich besonders interessant ist. Du legst in dem Stück Biermanns „Wann ist denn endlich Friede" (Anm. 4) unter eine Rhythmusmaschine, springst also ziemlich hart damit um...
H: Biermann hat dazu sein Einverständnis gegeben; wie er es findet, weiß ich leider nicht. Er behauptet, es noch nicht gehört zu haben, aber soviel kann ich schon sagen: die Liedermacher-Mittel von Biermann reichten uns hierbei nicht aus; Indem wir das mit der Rhythmusmaschine überlagern, radikalisieren wir eigentlich nur den Inhalt dessen, was Biermann singt; wir realisieren das Thema einfach auf musikalischer Ebene: die Worte, die noch zu hören sind, halten wir für wichtiger als das Drumrum. So entsteht eine Klang-Collage, die einerseits mit seinem Lied ziemlich hart umspringt, indem es aus- und eingeblendet wird, aber andererseits seinen Inhalt immer noch ausdrückt.
AK: „Zyklus über den modernen Menschen" ist ein ziemlich anspruchsvoller Titel. Wie seid ihr auf so ein Unternehmen gekommen, was hat euch daran so gereizt?
H: Die sechs Stücke gab es eigentlich schon, das war ein formalisiert strukturiertes, periodisches Material, das ich mal mit Rhythmusmaschine und Syntheziser aufgenommen habe. Wir haben dann zu zweit ein inhaltliches Programm dazu gemacht und das Material dazu bearbeitet. Man darf das natürlich nicht alles so bierernst sehen. Es ging uns darum, sechs synthetische Haltungen darzustellen, aber gleichzeitig ist in den Stücken (Anm. 5) auch eine gar nicht synthetische Vitalität, die auch ein Angehen gegen die Synthetik enthält.
AK: Die Titel sind Programm?
H: Ja. Die müßten ausreichen, um Assoziationen entstehen zu lassen, das müßte reichen, wenn die Musik wirklich gut ist.
AK: In einigen Stücken des Zyklus, aber auch in vielen anderen, verarbeitest du fremde Kompositionen oder zitierst sie zumindest. Fällt dir nichts eigenes ein??

Zitat und Tradition

H: Für jemanden wie mich, der mit sei-
Zitat und Tradition

H: Für jemanden wie mich, der mit sei-
ner Musik auch außermusikalisches Interesse verfolgt, gibt's zwei Möglichkeiten zu arbeiten: 1. ich erfinde ein Thema oder eine Geschichte, oder 2. ich bearbeite eine Musik, die's schon gibt, die bekannt ist, und meine eigene Haltung wird durch die Art, wie ich das mache, deutlich. Ich habe streng genommen nie was anderes gemacht als Bearbeitungen im weitesten Sinn.
AK: Das hat dann auch was mit einer Einstellung zur Geschichte, zur eigenen und zur Geschichte anderer zu tun.
H: Ich lebe ganz stark von Traditionen, und das ist sicher auch das konservative Element in unserer Musik, daß wir uns Geschichten raussuchen und herausgreifen, die uns heute wichtig erscheinen. Mit denen gehen wir dann aber sehr respektlos um.

Ich höre auch viel Musik und lasse mich gern von sowas anregen, weil ich auch gern musikalisch auf neue Sachen reagiere. Ich lebe da nicht in einem musikalischen Elfenbeinturm, wie z.B. viele Freejazzer, die sich nur noch mit sich selbst beschäftigen. Ich lebe hier in Frankfurt und laß mich gern beeinflussen, vom Jazz, aber auch von klassischen Harmonien.

Markt, Konsum, Beton

AK: Von der Industrie hast du dich bisher nicht einfangen lassen; deine Platten vertreibt das kleine Eigelstein Label... Ist das eine bewußte Entscheidung von Dir oder hat sich das so ergeben? Und: wie beurteilst du den derzeitigen BRD-Musikmarkt?
H: Bei Eigelstein hab ich den Eindruck, daß die auch inhaltlich hinter dem stehen, was ich mache, und das ist mir

Forts. nächste Seite

Forts. von voriger Seite

sehr wichtig. Ich hab außerdem ein schlechtes Gewissen, zur Industrie zu gehen. Außerdem, wenn ich dorthin gehe — was ich für die Zukunft nicht ausschließen kann — muß ich meine Sachen an irgend so 'nen unsensiblen Lackaffen verkaufen, der absolut keine Ahnung von dem hat, was ich mache und was ich will — das ist auch so 'ne Hemmschwelle.

AK: Und der BRD-Musikmarkt?

H: Da gibt's im Augenblick nichts, was mich interessiert. Vor 2 - 3 Jahren war das anders, da war im Umfeld von den Neuen Deutschen und der Punkwelle eine unheimlich kreative Aufbruchstimmung; aber durch die Kommerzialisierung ist das jetzt alles wie zubetoniert, und auch die paar anderen, die noch nicht voll da drin sind — wie Wirtschaftswunder — sind auf dem besten Weg, sich festzuschreiben. Es wird unglaublich viel produziert, aber völlig ohne Kriterien; deshalb gehen die kleinen Labels auch reihenweise kaputt.

Interessanter ist es schon in den USA und England, aber auch da gibt's wenig Aufregendes.

AK: Das war auch ein Thema in unserer AK-Debatte über die NDW. In dem Artikel von Tj. ist zu der Kriterienlosigkeit auch ein schönes Zitat von G. Travis drin (AK 221).

H: Das hat mir auch gefallen, zumal es in der Debatte wenig berücksichtigt worden ist... Die Kategorienlosigkeit ist wirklich zum Kotzen, aber mich hat in euren Artikeln auch die ewige Fragerei nach reaktionär/progressiv gelangweilt. Das sind Kriterien, mit denen ich gar nichts anfangen kann. Ich glaube auch nicht, daß es um generelle Einschätzungen gehen kann, das wird immer platt und oberflächlich. Im Detail beantwortet die Frage natürlich jede/r von uns täglich, weil es schließlich auch eine politische Frage ist, ob ein Rhyth-
beantwortet die Frage natürlich jede/r von uns täglich, weil es schließlich auch eine politische Frage ist, ob ein Rhyth-mus saudumm ist. Es gibt wirklich saudumme Rhythmen!

(Für den AK sprach Fassanbass)

Anmerkungen

1) Die haltbare Graugans

Der Herr ist aufs Feld gangen
In der Luft hat er rumgeschossen
Runterkommen ist die Graugans
Ja ja.

Sie ist sechs Jahr gefallen
Mein Weib und dein Weib
Haben sechs Jahr dran rupfen müssen
Ja ja.

Haben sechs Jahr dran braten müssen
Auf sein' Tisch haben sie's stellen müssen:
Die Gabel ist drin stecken blieben
Das Messer ist ihm abbrochen.
Ja ja.

Der Sau hat er's vorgeworfen
Die Sau hat's nicht fressen können
Es hat ihr das Maul zerrissen.
Ja ja.

Er hat's in die Mühl geschmissen
Gesprengt hat's den Radkasten.
Ja ja.

Wie sie z'letzt ist gesehn worden
Ostwärts ist sie losgeflogen
Hinterdrein sechs Junge
Ostwärts mit quong quong.
Ja ja ja.

(freie Bearbeitung eines amerikanischen Volksliedes von B.Brecht)

2) Hier ist speziell folgende Strophe gemeint:

doch die Verhältnisse, die wirklichen Verhältnisse
die sind für schöne Töne ganz vertrackt
denn die Verhältnisse sind konkret und die Töne sind abstrakt
und was die Wort sagen
liegt nicht am Takt, nur an den Fragen.

3) So ganz furchtbar neu ist die Debatte um „revolutionären Inhalt und traditionelle Form" nicht. Im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller ging's diesbezüglich schon 1930/31 hoch her, wobei auf der einen Seite W.Benjamin, Hanns Eisler und B.Brecht, auf der anderen J.R.Becher und vor allem G.Lukács standen. Hier ein Benjamin-Zitat aus der „Autor als Produzent" (s. AK 209): „... daß der bürgerliche Produktionsapparat erstaunliche Mengen von revolutionären Themen assimilieren, ja propagieren kann, ohne damit seinen eigenen Bestand (...) ernstlich in Frage zu stellen. Dies bleibt jedenfalls solange richtig, als er von Routiniers, und seien es auch revolutionäre Routiniers, beliefert wird." (Ges.Schr. II.2, S. 692).

4) „Wann ist denn endlich Frieden" von der LP „Eins in die Fresse, mein Herzblatt"

5) ZYKLUS ÜBER DEN MODERNEN MENSCH

1) DER STÜRZENDE MENSCH 2) DER LACHENDE UND DER WEINENDE MENSCH 3) DER DRUCHDRUNGENE MENSCH 4) DER REIBUNGSLOSE MENSCH 5) DER KOMMUNISTISCHE MENSCH 6) DER REDENDE UND DER SCHWEIGENDE MENSCH

NDW alright?

Anmerkungen zur Diskussion um die Neue Deutsche Welle

Vorab sei bemerkt, daß es mir im folgenden Artikel nicht darum geht, die in der bisherigen Diskussion aufgeworfenen Fragen, Probleme etc., erschöpfend zu beantworten. Meine Intention ist es vielmehr, anhand einiger Sachen, die mir an der bisherigen Diskussion aufgefallen sind, darzulegen, in welcher Richtung weitergearbeitet werden müßte, um eine adäquate Analyse der NDW zu liefern.

Verbreitet scheint eine Herangehensweise an Musik, die sich nur sekundär auf die Sache selbst, nämlich die Musik einläßt. Beispiele für diese Vorgehensweise sind im AK 223 zu finden. Th., dessen Artikel ich als eine Verteidigung der NDW gegenüber Fassanbass einschätze, unterlaufen in seinem Beitrag einige bedenkliche Fehler. Zunächst stellt er fest, durchaus mit Recht, daß es in den letzten Jahren eine Entwicklung innerhalb der Jugend gegeben hat, die zuerst von den Linken nicht beachtet und weitgehend an ihr vorbeigelaufen ist. Diese Jugend habe „Geschichte gemacht". Doch wie nun weiter. Denn nun drückt sich Th. um konkrete Aussagen zum Thema. Suggeriert wird im-
gemacht". Doch wie nun weiter. Denn nun drückt sich Th. um konkrete Aussagen zum Thema. Suggeriert wird im-merhin „the kids are alright = ndw is alright". Solche Suggestion kann ich nur als Kapitulation vor der Sache selbst oder als Anbiederung bei den Kids bezeichnen.

„Denn leider muß das Hören von Musik geübt werden. Geschieht das nicht, so bleibt das Hören auch hinter dem fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewußtsein zurück." In diesem Zitat Eislers wird sehr deutlich, daß die Späre der Musikkultur zunächst eine von der politischen verschiedene ist. Die Gleichung fortschrittliches gesellschaftliches Bewußtsein = fortschrittliche Musikkultur geht nicht auf. Dies ist übrigens keine besonders aufregende Sache; verwunderlich insofern, daß sie wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden muß. Gerade dies macht die Beschäftigung mit Kultur, insbesondere der eigenen, so spannend und interessant. Am obigen Eisler-Zitat wird außerdem deutlich, daß ein begründetes Urteil über Musik erst dann abgegeben werden kann, wenn man im Hören von Musik geübt ist. Dies mag als eine elitäre Kulturauffassung angesehen werden, dennoch bestehe ich darauf, daß eine gegenteilige Auffassung mit ihrer falsch verstandenen Demokratisierung der Kultur das Bewußtsein der Musikhörer auf einer ihnen teils bewußten, teils unbewußten Stufe der musikalischen Dummheit konserviert. (Wir bestehen ja auch im politischen Bereich auf Analyse und Sachkenntnisse, bevor ein Urteil abgegeben wird.)

„Wenn sich die Linken nun hinstellen und mit klugen Gesichtern der neuen deutschen Musik mehr oder weniger durch die Blume, dafür aber unverblümt pauschal, Ideologiefeindlichkeit, Rückschrittlichkeit oder Schlimmeres bescheinigen, laufen sie Gefahr, sich unbeliebt oder verdächtig zu machen."

Natürlich stimme ich mit Th. überein, daß pauschalisieren Äußerungen über die NDW, womöglich aus dem Munde jener, die zu Hause vorm Plattenspieler den guten alten Rocktagen nachtrauern, unangebracht sind.

Dennoch haben solche pauschalen Vorwürfe durchaus noch ihre Berechtigung, jedoch erst dann, wenn man sie noch pauschaler auf die ganze Unterhaltungsmusik anwendet, wobei dies auch die Reflexion unserer eigenen Hörgewohnheiten einschließen muß. Naturgemäß wird einen diese Haltung noch unbeliebter und verdächtiger machen, als es die Linke in diesem Land eh schon ist. Trotzdem sehe ich in dieser Vorgehensweise, die von einem radikalen Mißtrauen gegenüber den Produkten der Unterhaltungsindustrie geprägt ist, die einzige Chance, sich der Regression und Manipulation durch die Kulturindustrie wenigstens ansatzweise zu entziehen. Im folgenden werde ich versuchen, soweit es in der gegebenen Kürze möglich ist, diese von mir vertretene Einstellung zu erläutern, da ich annehme, daß sie ohne erläuternde Worte zu abstrakt bleibt.

Da sich die bisherige Diskussion weitgehend auf die NDW bezog, bietet es sich an, bei diesem Thema zu bleiben. Allerdings liegt es mir fern, indem ich die NDW runtermache, nun als Gegenbeispiel irgendwelche andere Rockmusik anzupreisen. Es wird sich zeigen, daß Argumente gegen die NDW prinzipiell auf andere Sektoren der Musik übertragbar sind.

Zu Recht stellen die bisherigen Beiträge beim Begriff NDW seine Ungenauigkeit und mangelnde Abgrenzung gegenüber anderen Begriffen heraus, was die Beschäftigung mit der NDW nicht gerade erleichtert. Dennoch will ich versuchen, den Begriff etwas einzugrenzen, faßbarer zu machen. Anspruch meiner Definition ist nicht Allgemeinverbindlichkeit, sondern zunächst nur Verbindlichkeit für das von mir Geschriebene. Als NDR 2-Durchschnittshörer assoziere ich bei dem Begriff NDW zuerst Gruppennamen wie Ideal, Hubert K., UKW, Trio etc.: alles Gruppen, die sich dem Verwertungsinteresse der Medienindustrie weder verbal noch praktisch handelnd, noch durch den Gebrauchswert der von ihnen hergestellten Ware Musik besonders zu entziehen suchen. Dies ist natürlich nicht folgenlos für die Funktion
ihrer hergestellten Ware Musik besonders zu entziehen suchen. Dies ist natürlich nicht folgenlos für die Funktion
und die Machart der von den obigen Gruppen und denen ähnlicher Art hergestellten Musik.

Diese Alltagsdefinition werde ich im folgenden anwenden, heraus fallen dabei Gruppen, die nicht schon Zugpferde der Plattenindustrie sind, oder die sich der Verwertung durch die Qualität der von ihnen hergestellten Produkte entziehen. Musikalische Analyse würde zeigen, daß die Behandlung des musikalischen Materials bei obigen Gruppen im Rahmen des vom Durchschnittshörer sowieso schon längst Akzeptierten bleibt. Der Gebrauch von Harmonie, Rhythmus und Melodie bewegt sich durchweg auf einer Stufe, die den Hörer nicht fordert, ganz im Gegenteil mit der zumindest teilweisen geistigen Abwesenheit der Hörer rechnet. Wesentliche Aufgabe dieser Musik ist, wie Fassanbass mit einem Eisler-Zitat richtig anführt, zu unterhalten, „Stimmung" zu schaffen. Nun mag man dem entgegenhalten, dies sei doch gar nicht so schlimm; man könne verstehen, daß man Musik nur zur Unterhaltung hören wolle. Ansatzweise ist da zuzustimmen, da das kapitalistische System beständig Bedürfnisse nach solcher Art Musik erzeugt, indem es die Individuen tagtäglich unmenschlichen, entfremdeten Arbeitsverhältnissen, Beziehungen etc., aussetzt. Kritik an dieser Musik muß sich daher notwendig mit Kritik an den bestehenden Produktionsverhältnissen paaren.

Die durch das objektive Kapitalverhältnis erzeugten Deformationen, Bedürfnisse, nehmen natürlich auch von uns Linken Besitz. Die Kraft der Reflexion, die sich dem zumindest ansatzweise entgegenstellen könnte, nicht in den Verhältnissen, sondern über die Verhältnisse zu denken, bleibt häufig bei kulturellen Fragen außen vor. Dies würde allerdings auch die Fähigkeit verlangen, Widersprüche zwischen Denken und Handeln auszuhalten, nicht um einer falschen Rechtfertigung willen auf die intellektuelle Bearbeitung unseresKulturverhaltens zu verzichten. Konkret auf die NDW bezogen heißt dies, sich einzugestehen, daß sie weder musikalisch noch textlich durch besondere Qualität überzeugt, beides Behauptungen, die unter Voraussetzung der obigen Definition, sicherlich ohne besonders große Anstrengungen bewiesen werden können, andererseits aber dennoch, solange die Verhältnisse so sind, wie sie sind, dem Bedürfnis zum Hören von NDW quasi mit einem schlechten Gewissen nachzugeben. Denn: Es gibt kein richtiges Leben im falschen.

Ich hoffe, man versteht die in diesem Artikel vertretenen Ansichten nicht falsch als Zensiererei etc. Meine Intention ist vielmehr, davor zu warnen, vorschnell Bekenntnisse, Urteile abzugeben, bevor man eine Sache richtig durchdrungen hat.

M., Oldenburg

Anm.:
1. Hanns Eisler, Über die Dummheit in der Musik, 1958
2. Th., AK 223



Film-Besprechungen

Die Abenteurer

**Frankreich 1966, 113 min.
von Robert Enrico
in den Hauptrollen: Alain Delon, Lino Ventura und Joanna Shimkus**

Zwei Männer, die sich schon lange kennen, und eine Frau, die auf der Suche nach Schrott auf die beiden stößt, gehen gemeinsam auf Schatzsuche, nachdem ihre Träume an den Realitäten des Lebens gescheitert sind. Der Kunstflieger Manu (Alain Delon) verliert seine Fluglizens beim vergeblichen Versuch, den Torbogen des Arc de Triomphe zu durchfliegen. Für den geglückten Versuch war ihm Geld von einer Zeitschrift versprochen worden, die ihm jetzt jedoch noch nicht einmal eine Entschädigung für die verlorene Lizens zahlt.

Roland (Lino Ventura) bastelt in seiner Werkstatt einen Dragster, der ein Weltrekordfahrzeug werden soll. Bei einer Trainingsfahrt fängt der Dragster jedoch an zu brennen und explodiert schließlich; Roland kann sich nur durch einen gewagten Sprung aus dem Wagen retten.

Laetitia (Joanna Shimkus), eine Künstlerin, stellt in Rolands Werkstatt Metallplastiken aus Autoschrott her. Die Ausstellung ihrer Plastiken wird durch Kunstkritiker verspottet und gerät so zu einem Flop.

Eine klassische Dreiecksgeschichte scheint sich anzubahnen, findet aber nicht statt, denn dafür ist erstens die Männerfreundschaft zu groß und zweitens Laetitia nicht das schöne Dummchen. Laetitia ist völlig eigenständig (was nicht nur damals in Filmen eine Seltenheit war) und versteht was von Technik (noch eine Neuigkeit für den damaligen Film), denn ihre Plastiken stellt sie unter Zuhilfenahme eines Schweißbrenners her, und beim gemeinsamen Spielcasino-Besuch hängt sie sich auch nicht an die Hosengürtel der Männer, sondern macht sich selbständig.

Nachdem die drei also alle Pech hatten, erfahren sie, daß vor der afrikanischen Küste ein abgestürztes Flugzeug auf dem Meeresgrund liegt, in dem sich noch Werte in Millionenhöhe befinden sollen. Die drei machen sich auf, um den Schatz zu heben, was ihnen schließlich gelingt. Der Pilot, der mit der Maschine ins Meer gestürzt war, erzwingt von den dreien seine Beteiligung an dem Unternehmen und zeigt ihnen genau die Stelle, an der das Flugzeug liegt. Die Beute wird in vier gleiche Teile aufgeteilt. Laetitia, Roland und Manu beschließen aber, ihre Anteile zusammenzulegen. Das Träumen beginnt wieder, was mensch mit dem zu erwartenden Geld anfangen will; das wird aber jäh durch einen Banditenüberfall unterbrochen. Laetitia wird bei dem Überfall getötet, die anderen bleiben unverletzt. Manu und Roland setzen den ehemaligen Piloten in Küstennähe im Beiboot aus und machen sich an die Beerdigung Laetitias. Es folgt die schönste und anmutigste Beerdigung, die ich je in einem Film gesehen habe. Laetitia wird in einen Tiefseetaucheranzug gepackt und von Roland und Manu zum Meeresgrund gebracht.

Wieder in Frankreich angekommen, besuchen Manu und Roland die Angehörigen Laetitias und überschreiben deren Sohn Laetitias Anteil. Zudem entdecken sie die alte Inselfestung, aus der Laetitia ein Atelier machen wollte. Roland kauft die Festung und schmiedet den Plan, sie in ein Luxushotel umzuwandeln. Doch auch hier bleibt es nur beim Traum. Die Verbrecher, die immer noch hinter dem Schatz her sind, dringen in die Festung ein, es kommt zum Schußwechsel. Manu kommt um, Roland, sonst ein überaus friedlicher Mensch, tötet die Gangster und bleibt alleine, einsam, zurück.

Drei hart auf ihre Ideen hin arbeitende Menschen scheitern an den Gegebenheiten des Lebens und haben trotzdem den Mut zum Träumen, kein Wunder, daß dieser Film bei der Vor-68-iger-Generation zum Kultfilm wurde und es bei einem Teil der heutigen Generation wieder werden kann. Den No-Future-Leuten wird dieser Film zwar zuwider sein, denen aber, die sich die Parole „Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen" auf ihr „Banner" geschrieben haben, wird dieser Film sicherlich zusagen.

Wie Enrico lyrische und realistische Elemente in seinem Film verbindet ist schon meisterlich und erinnert stark an die großen Filme des italienischen Neorealismus.

***

Grenzpatrouille

**USA 1981; 105 min.
von Tony Richardson
in den Hauptrollen: Jack Nicholson, Harvey Keitel, Valerie Perrine, Warren Oates und Elpidia Carillo**

Charly (Jack Nicholson) lebt mit seiner Frau Macy (Valerie Perrine) im Wohnwagen in der Nähe einer kalifornischen Stadt. Mit seinem schmalen Gehalt, das er bei der Einwanderungsbehörde verdient, kann er weder die Wünsche seiner Frau erfüllen, noch sieht er so recht den Sinn in seiner Arbeit. Macy gelingt es, Charly davon zu überzeugen, mit ihr nach Texas zu ziehen und dort Arbeit bei den Grenzern anzunehmen. Die Aufgabe der Grenzer besteht in diesem Gebiet hauptsächlich darin, illegal einwandernde Mexikaner wieder über die Grenze zu bringen. Der/die Kinozuschauer/in lernt zusammen mit Charly die ermüdende Arbeit des

Forts. nächste Seite

„Projekt Moorburg"

- Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es bisher nicht



Bundesrep. Dtl. 1982, Elbe-Filmgruppe und Umwelt und Medien, 80 min.

METROPOLIS

Initiative Kommunales Kino Hamburg e.V
Dammtorstraße 3o, 2ooo Hamburg 36
U-Bahn Stephansplatz, Gänsemarkt
Bus 102, 109. Tel.: 34 23 53

Aufführungen im Oktober:

Fr. 29. Okt. um 19 Uhr Uraufführung
Sa. 30. Okt. um 19 Uhr Uraufführung
So. 31. Okt. um 19 Uhr Uraufführung

Aufführungen im November:

Aufführungen im November:

Di. 2. Nov. um 19 Uhr
Do. 4. Nov. um 19 Uhr
Mi. 1o. Nov. um 21 Uhr
Do. 11. Nov. um 21 Uhr
So. 14. Nov. um 19 Uhr
Di. 16. Nov. um 17 Uhr
Do. 18. Nov. um 17 Uhr

Das Buch zum selben Thema ist vor und nach den Filmaufführungen an der Kasse erhältlich.

Moorburg liegt, wie die Nachbardörfer Altenwerder, Francop und Finkenwerder, im Süden der Hansestadt Hamburg. Seit über 600 Jahren gehört Moorburg zu Hamburg und soll für eine Hafenerweiterung geräumt werden.
Mit der Verabschiedung des Hafenentwicklungsgesetzes am 20.1.1982 soll Moorburg sterben.

1300 Einwohner sollen ihre Heimat verlassen, 50 Bauernhöfe, 130 Wohnhäuser, 300 Wohnungen und 10 städtische Höfe sollen vernichtet werden. Die 400 Jahre alte Kirche und 10 erhaltenswerte Gebäude will man "transluzieren" (woanders wieder aufbauen).
Kostenpunkt insgesamt 144 Mill.DM.

Das Leid der Betroffenen, die Vernichtung der Natur, des Naherholungsgebietes, des Wasserschutzgebietes, der Kultur, lassen sich nicht in Zahlen ausdrücken und fallen deshalb unter den Tisch der Behörden und Ämter.

Die ersten Arbeiterfotografie-Gruppen der BRD entstanden 1972/73 in Köln und Hamburg. Im November 1973 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „Arbeiterfotografie". 1978 wurde der Verband Arbeiterfotografie e.V. mit 17 Gruppen gegründet. Bis zum 2. Kongreß 1980 war der Verband auf 25 Gruppen angewachsen und hatte in zehn weiteren Städten Einzelmitglieder. Die dreimonatlich erscheinende „Arbeiterfotografie" hatte eine Auflage von 3.500 Exemplaren (davon 2.500 Abonnenten).

Am 23./24. Oktober 1982 findet der III. Kongreß der Arbeiterfotografie im Freizeitzentrum „Weiße Rose" in Hannover, Ossietzkyring 80 statt. Der erste Kongreßtag steht auch Nicht-Mitgliedern offen. Der Kongreß beginnt am 23.10. um 10 Uhr mit dem Rechenschaftsbericht des Vorstands.

III. Kongress der Arbeiterfotografen

Ab 14 Uhr referiert Oswald Todtenberg vom DGB-Bundesvorstand, Abt. Kulturpolitik (das Thema seines Beitrags wird in er Einladug nicht genannt). Ab 16 Uhr zeigt und bespricht der Arbeiterfotograf Walter Ballhause seine Fotografien aus dem Hannover Anfang der 30er Jahre. Ab 19 Uhr tragen Arbeitsgruppen zu den Themen Frieden, Ästhetik, Gewerkschaften, Bildung und Zeitschrift.

Walter Ballhauses Vortrag dürfte auch für diejenigen von Interesse sein, die zur Arbeiterfotografie an sich keinen Bezug haben. Die Vorstellung seiner Fotografien aus der Zeit des großen Elends in der Weltwirtschaftskrise bis zu den ersten Monaten faschistischer Herrschaft verspricht eine anschauliche Darstellung jener Zeit zu werden, die der heutigen nicht völlig unähnlich ist.

Forts. von voriger Seite

Grenzbeamten kennen, die ab und an mit ein wenig Action durchsetzt ist. Nach dieser Ermüdungs- oder „Realismus"phase gehts dann rasch zum Heldenepos des Hollywoodkinos über.

Charly, der mittlerweile von den ungesetzlichen Machenschaften seiner Kollegen Wind bekommen hat, die illegale Einwanderer zahlungswilligen Farmern zu Saisonarbeiten verkaufen, muß auch in dieses Geschäft einsteigen, weil seine Frau in ihrer Konsumwut anscheinend das Rechnen verlernt hat. Aber unser Held will bald nichts mehr von dem gemeinen Menschenhandel wissen. Ein Konkurrent der Grenzer in Sachen Menschenhandel wird von einem Kollegen (Harvey Keitel) Charlies erschossen, und einer Mexikanerin (Elpidia Carillo), die Charly einmal geholfen hat, wird ihr Kind zwecks Weiterverkauf geraubt und sie selbst wird in ein Bordell gesteckt. Am Aufhören soll Charly gehindert werden, indem sein Kollege (Keitel) ihm einen Mord unterschiebt. Der Kollege, der den Mord in Wirklichkeit begangen hat, hilft Charly, die Sache zu vertuschen, und glaubt, so ein prima Druckmittel auf unseren Helden zu haben. Doch da hat er sich getäuscht. Charly räumt kräftig auf!
Die Mexikanerin wird von ihm direkt aus dem Bordell geholt, einige der Schurken umgebracht, und das Kind der Mexikanerin wird dieser mitten im Grenzfluß von Charly feierlich übergeben. Totale — Standbild — Schluß. Wieder ein Hollywoodfilm mit schein-
der Mexikanerin wird dieser mitten im Grenzfluß von Charly feierlich übergeben. Totale — Standbild — Schluß. Wieder ein Hollywoodfilm mit schein-
bar sozialkritischer Einfärbung. Richardson zeigt schmuddelige Mexikaner, die unbedingt ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten wollen, und die scheinbar brüchige "schöner Wohnen"- und Steakmentalität der Amis. Aber er zeigt auch, daß es immer wieder Menschen (Helden) gibt, die das heile Amerika verkörpern und die schmierigen Gangstertypen beseitigen, typisch Hollywood. Warum die Mexikaner in die USA strömen, wird nur vage angedeutet. Die wirtschaftliche Misere Mexikos wird mit keinem Bild gezeigt und mit keinem Wort erwähnt. Elpidia Carillo will mit ihrem Kind und ihrem Bruder in die USA, weil ihr Mann bei der Taufe des Kindes in der Kirche durch ein Erdbeben ums Leben gekommen ist. Dies ist mehr als ein schwacher Auswanderungsgrund, zumal Elpidia die USA überhaupt nicht zu kennen scheint; jedenfalls äußert sie sich in dem Film kein einziges Mal zu ihren Erwartungen in den USA. Elpidias Bruder will mit nach Amerika, weil er der Werbung Vertrauen schenkt, die besagt, daß in den USA alles besser sei und jeder dort sein Glück machen könne. Warum er aber Rauschgift (Heroin) in die USA schmuggelt, wird nicht erwähnt. Er wird schließlich von einem Menschenhändler erschossen, der nicht will, daß die junge Generation Amerikas an diesem Zeug stirbt. Dieser Mord wird vollkommen gerechtfertigt, denn mit Rauschgifthändlern kann Mensch halt nicht anders umgehen. Macy wird von Richardson als typische Durchschnittsamerikanerin gezeigt, die den lieben langen Tag faulenzt, nur Tiefkühl- und Büchsenkost zubereiten kann und eine Verschwendungssucht für Möbel, Schönheit und Statussymbole, wie swimming-pool und Vila zum Beispiel, hat und ansonsten völlig naiv und von ihrem Mann abhängig ist, dem sie außerdem natürlich treu ergeben ist. Ein Schlag ins Gesicht der (amerikanischen) Frauenbewegung. Charly, der gute Amerikaner, schwach dargestellt von Jack Nicholson, dem nach "Reds" diese Rolle eigentlich peinlich sein müßte, verkörpert den "american way of life", der zu guter letzt immer auf die gute Sache hinarbeitet und der Gerechtigkeit zur Geltung verhilft. Daß diese Lebensauffasung auch Imperialismus und Krieg ermöglicht, wird zwar nicht laut ausgesprochen, aber auch nicht verneint. Wie sollte es auch anders sein, wo doch die Geldgeber dieses Streifens in Hollywood sitzen und die Filmindustrie ein recht produktiver Wirtschaftszweig einiger multinationaler Konzerne ist?

Schande des Dschungels

Belgien 1975-77
gezeichnet und produziert von Picha

Schande, das Gegenstück des moralisch sauberen Tarzan, lebt mit June, die im Gegensatz zu Jane sexbesessen ist, im afrikanischen Urwald. Ständig wird Schande von June wegen mangelnder Manneskraft im Bett angepflaumt, so daß er eines Nachts wütend aus dem Haus verschwindet. Inzwischen brauen sich Gefahren zusammen. Ein Forscher samt attraktiver Assistentin, die entweder Schauspielerin ist oder es werden will, und zwei Typen mit "Verbrechervisage" sind in den Urwald gekommen, um Schande zu wissenschaftlichen Experimenten zu entführen. Die zweite Gefahr stellt eine Frau mit vierzehn "Titten" (Originalbezeichnung im Film) dar, die eine Glatze hat und unbedingt echte Haare haben will. Zu diesem Zweck hat sie zwei Wissenschaftler (siamesische Zwillinge) bei sich, die dieses Problem lösen sollen. Als die Frau die Haarfülle Junes auf einem Dia sieht, werden die Wissenschaftler beauftragt, die Haare Junes auf ihren Kopf zu transplantieren. Damit sind die Konstellationen des Films gestellt, die Jagd beginnt. June wird entführt, Schande entrinnt dem Forscher samt seinen Gehilfen und befreit schließlich June aus den Händen ihrer Entführer. So weit mag sich die Story des Films ja ganz passabel anhören, sie ist es aber ganz und gar nicht. Schon zu Beginn des Films macht sich Picha über Afrika in Wortspielereien lustig und stellt klatr, daß die "Wilden" der europäischen Kultur völlig unterlegen sind. Der Film reduziert restlos alles auf Sexualität. June ist völlig sexbesessen, Schande kommt ihren Anforderungen im Bett nicht nach. Sogar bei den Tieren im Urwald dreht sich alles um Sexualität, Vergewaltigung scheint bei den Tieren ein Normalzustand zu sein. June wird von "Dingern" entführt, die aussehen wie Penisse mit Hoden. Diese "Dinger" werden in einer Retortenbaby-Fabrik hergestellt, die der "Tittenfrau" gehört, die in einer Höhle, in einem riesigen Fortbewegungsmittel, lebt, die von außen einer nackten liegenden Frau gleicht. Die "Tittenfrau" wird gegen Ende des Films von den "Dingern" brutal vergewaltigt und platzt dabei. Noch beim Schreiben wird mir schlecht, brutaler kann auch kein Hardcore-Porno sein. Die ein bis zwei Sekunden im Film aufzuzählen, die von anderen, sprich annehmb aren Gags handeln, hieße die Schweinerei aufzuwerten. Ich kann mir auch schlecht vorstellen, daß diese Gags bewußt als Gegenüber dieser Sexualitäts- und Gewaltorgie eingebaut wurden. Daß Produzenten für so etwas auch noch Geld ausgeben und ein Verleih diesen Schmarren vertreibt, wirft ein bezeichnendes Licht aquf die männer-dominierte Filmwirtschaft, die sich immer noch Alibi-Frauen hält, um ungestört Pornos produzieren zu können. Schande des Dschungels würde besser Schande über Picha heißen und endlich aus den Kinos verschwinden.

Roland, KB-Gruppe Marburg



Tina Modotti, Schwester, ...

... du schläfst nicht, nein, du schläfst nicht:
vielleicht hört dein Herz die gestrige Rose
wachsen, die letzte gestrige Rose, die neue Rose.
Ruhe sanft, Schwester.

Die neue Rose gehört dir, die neue Erde gehört dir:
du hast dir ein neues Kleid angelegt aus tiefem Samen
und dein sanftes Schweigen füllt sich mit Wurzeln.
Du wirst nicht vergebens schlafen, Schwester.

...

Sie werden eines Tages an deinem kleinen Grab vorüberziehn,
bevor die gestrigen Rosen sich entblättern,
werden endlich die von morgen vorüberziehn, zu sehen,
wo dein Schweigen brennt.

...

Die deinen sinds, Schwester, die heut deinen Namen nennen,
sie, die von überall, vom Wasser und vom Lande,
mit deinem Namen schweigen und nennen wir andere Namen.
Denn die Flamme stirbt nicht.

(Aus Pablo Nerudas Gedicht ,,Tina Modotti ist tot'', übersetzt von Erich Weinert)

Die Lebensgeschichte der Fotografin und Revolutionärin Tina Modotti: Italienisches Proletarierkind der Jahrhundertwende, Emigration in die USA, Fabrikarbeiterin, befreundet mit den fortschrittlichen Künstlern San Franziskos, Filmschauspielerin, Modell und Gefährtin des Fotografen Edward Weston im Mexiko der zwanziger Jahre, Zusammenarbeit mit den revolutionären Künstlern Mexikos, engagierte Fotografin und Kämpferin in der antiimperialistischen Bewegung und der KP, Ausweisung, kurzer Aufenthalt in Berlin 1930, in Moskau bei der Internationalen Roten Hilfe, in Frankreich Unterstützung des politischen Asyls nach 1933, Spanischer Bürgerkrieg, Rückkehr nach Mexiko, ihr Tod 1942.

,,Tina Modotti wollte unter allen Umständen ihr Bestes geben. Während einiger Jahre, von 1923 bis 1930, war das die Photographie. In der zweiten Phase ... entschied sie, daß das Beste, das sie geben konnte, ihr Wille zur Rebellion und ihre Fähigkeit zum Kampf wären'' (1).

USA

Tina wurde am 16. August 1896 als Kind einer sozialistischen Arbeiterfamilie in Udine (Italien) geboren. Ihr Vater, obwohl qualifizierter Zimmermann, mußte zur Arbeitssuche bis nach Österreich ziehen und wanderte schließlich mit der Familie in die USA Kind einer sozialistischen Arbeiterfamilie in Udine (Italien) geboren. Ihr Vater, obwohl qualifizierter Zimmermann, mußte zur Arbeitssuche bis nach Österreich ziehen und wanderte schließlich mit der Familie in die USA aus. Tina begann 1913 in San Franzisko als Hilfsarbeiterin in einer Textilfabrik. Die Modottis waren, wie die meisten anderen Einwanderer in den USA, gezwungen, gegen Hunger und Elend zu kämpfen. *,,Die Regeln, von denen die Lebensumstände der Familie Modotti beherrscht wurden, waren dieselben, die das Leben von Minderheiten im Ausland prägen: stark entwickeltes Durchsetzungsvermögen, Solidarität und Zusammenhalt von Menschen gleicher Nationalität; aber da gab es noch etwas, und das war von entscheidender Bedeutung: ihr politisches Bewußtsein näherte die Familie Modotti auch den Lebensumständen nicht-italienischer Arbeiter an.''* Mit ihrem Vater, einem ausgezeichneten Amateurmusiker, besuchte Tina die Freizeitorganisationen der Werktätigen, die Bühnen und die Musikgruppen, die damals überall im ,,Little Italy'' von San Franzisko entstanden.

Hier lernte Tina den jungen Dichter und Maler Roubaix de l'Abrie Richey, genannt Robo, kennen. *,,Ein junger Mann mit tiefen träumerischen Augen ... voll von jenem reizvollen Unbestimmten, dem man immer in sensiblen Seelen begegnen kann''*, schrieb Tina später in ,,The Book of Robo''. 1917 heiratete sie Robo und zog mit ihm nach Los Angeles, wo sie als Schneiderin arbeitete. Durch das Leben mit Robo fand sie Eingang in die Welt von Künstlern und bürgerlichen Intellektuellen. *,,Befreiung der Sexualität, künstlerischer Ausdruck und Sozialismus''* waren die Themen, die im Studio Robos diskutiert wurden. Im Mittelpunkt vieler Gespräche stand Mexiko — die dortige Revolution, die Entdeckung der Indianerkunst, die neue mexikanische Malerei. Zu den Gästen des Studios gehörte auch der amerikanische Fotograf Edward Weston, Tinas späterer Lebensgefährte für einige Jahre.

1920 wirkte Tina in einigen Hollywoodfilmen mit, als Zigeunerin, als Odaliske, als verlorene Frau. Edward Weston berichtet in seinen Tagebüchern über das Amusement, das Tina und er beim späteren Ansehen dieser Filme hatten und kommentiert: *,,Die Intelligenz und die Phantasie unserer Regisseure ist nicht imstande, sich ein italienisches Mädchen ohne Messer zwischen den Zähnen und ohne blutunterlaufene Augen vorzustellen ...''*.

Tinas Mann Robo starb während einer Reise nach Mexiko. Tina, die ihm *italienisches Mädchen ohne Messer zwischen den Zähnen und ohne blutunterlaufene Augen vorzustellen ...''*. Tinas Mann Robo starb während einer Reise nach Mexiko. Tina, die ihm nachreisen wollte, blieb für längere Zeit in dem Land, das während der vergangenen Jahre das zentrale Geprächsthema gewesen war. Sie entschloß sich, nach Mexiko überzusiedeln.

Mexiko

,,Die Jahre der Präsidentschaft Obregons, deren Schwergewicht auf der Agrarreform, der Enteignung des Großgrundbesitzes und der Verteilung des Landes, der Freiheit des Unterrichts und einer Alphabetisierungskampagne lag, bestimmten Tina Modottis mexikanische Erfahrungen. Die kulturelle Revolution war schon seit Jahren im Gange, dank der Entschlossenheit von Künstlern wie Orozco Romero, Davide Alfaro Siquieros, Diego Rivera und Clemente Orozco, alles kämpferische, politisch engagierte Avantgardisten und Gründer der Kommunistischen Partei Mexikos.''

Die Begegnung mit Weston, *,,schon zu Lebzeiten ein ‚Klassiker des Mediums' ''* (2), war für Tina entscheidend. Weston — *,,ein exzentrischer und neurotischer Intellektueller, belastet mit komplizierten familiären Verhältnissen''* — ging mit Tina eine anfänglich lockere Beziehung ein, die später, als sie sich 1923 entschlossen hatten, in Mexiko zu leben, zu einer *,,engen Lebens-, Ideen- und Arbeitsgemeinschaft''* wurde. Bestimmend im Verhältnis zu Tina wurde Westons *,,tief verwurzelter amerikanischer Antikommunismus, der Tina gegenüber, die sich dem Kommunismus immer mehr annäherte, allmählich zu einer unüberwindlichen Hürde wurde''*.

Tina, von der Weston zahlreiche Porträt- und Aktaufnahmen herstellte, gelang es im Zusammenleben mit Weston, *,,jene vollendete Ausdrucksform zu finden, für die ihre früheren Erfahrungen mit Theater, Film und Poesie nicht genügt hatten. Zunächst Schülerin, wurde sie Mitarbeiterin und begann selbst zu photographieren.''*

In der ersten Phase ihres fotografischen Schaffens kopierte Tina noch Westons Arbeitsweise, sowohl der Form wie den Inhalten nach. Pflanzen- und Architekturaufnahmen von großem handwerklichen Können und hoher ästhetischer Qualität sind für diese Phase kennzeichnend. Die Beziehung zwischen Tina und Weston ist von zunehmender, emotional wie politisch bedingter Entfremdung gekennzeichnet. 1926 kehrt Weston zurück in die USA zu seiner Familie. Tina behält jedoch noch lange *,,ein Gefühl der Zugehörigkeit und Wertschätzung''* für ihn.

Allein in Mexiko geblieben, veränderte Tina vollkommen ihre Art zu leben. Sie versuchte, ihren Lebensunter- zu seiner Familie. Tina behält jedoch noch lange *,,ein Gefühl der Zugehörigkeit und Wertschätzung''* für ihn. Allein in Mexiko geblieben, veränderte Tina vollkommen ihre Art zu leben. Sie versuchte, ihren Lebensunter- halt als Fotografin zu verdienen. Ihre Anteilnahme am politischen Leben Mexikos wird immer bewußter. 1927 wird sie Mitglied der Kommunistischen Partei Mexikos.

Ihr späterer Lebens- und Kampfgefährte Vittorio Vidali, der, von den italienischen Faschisten gejagt, über Umwege 1927 nach Mexiko gelangte, erinnert sich an seine erste Begegnung mit Tina auf einer Kundgebung für die Freilassung von Sacco und Vanzetti, die von ihm und Tina organisiert worden war: *,,Sie war ungefähr dreißig Jahre alt, eine schöne Frau, mild, schweigsam und introvertiert. Sie lebte für ihre Arbeit ... Sie war die Weggenossin einer Gruppe überaus erfahrener Männer, mit denen sie kulturell und politisch, was damals in Mexiko untrennbar miteinander verbunden war, zusammenarbeitete. Die Männer hatten sich an der Revolution beteiligt und waren mexikanische Heeresoffiziere gewesen. Von ihnen hatte Tina ihre militärische (3) Gesinnung ...''*. Im Rahmen ihrer Parteiarbeit nimmt Tina an Aufbau und Gründung verschiedener Kampfgruppen teil, darunter die Organisationen ,,Manos fuera de Nicaragua'' (Hände weg von Nicaragua) und ,,Liga antiimperialista de las Americas''. Sie arbeitet bei ,,El Machete'' mit, die als Manifest der neuen Kunst begonnen hatte und zum Zentralorgan der mexikanischen KP geworden ist, und übersetzt für die Zeitung Beiträge aus mehreren Sprachen ins Spanische. *,,Ihre politische Überzeugung, die immer radikaler wurde, konnte nicht ohne Einfluß auf ihre Ansichten über Kunst und künstlerische Arbeit bleiben. So ist es zu erklären, daß Tina, nachdem sie unter dem Einfluß von Westons Formalismus gestanden hatte ... nun, unter dem Einfluß der Muralisten* (die revolutionären Wandmaler Mexikos — Anm.d.Verf.) *...den Übergang zu einer entschieden revolutionären Phase fand ...''*. In diese zweite Phase ihres fotografischen Schaffens gehören Versuche von Sozialreportagen — Aufnahmen vom Elend wie vom politischen Kampf — und programmatische und propagandistische Fotografien — sorgsam komponierte Aufnahmen von Symbolen der mexikanischen Revolution. Von Weston behielt Tina das Bewahrenswerte seiner Arbeitsweise: den hohen ästhetischen Standard und die Sorgfalt bei der Ausarbeitung ihrer Aufnahmen.

Ihre Arbeiten erscheinen ab 1927 in der mexikanischen Zeitschrift ,,Mexican Folkways''; vom ,,British Journal of Photography'' und dem Pacific International Salon of Photographic Art wird sie zu Veröffentlichungen und Ausstellungen eingeladen; die Brüsseler can Folkways''; vom ,,British Journal of Photography'' und dem Pacific International Salon of Photographic Art wird sie zu Veröffentlichungen und Ausstellungen eingeladen; die Brüsseler Zeitschrift ,,Varietes'' und das New Yorker Magazin ,,Creative Art'' veröffentlichen ihre Arbeiten. Die ,,Arbeiter-Illustrierte Zeitung'' vom 14.3.28 bringt als Titelbild Tinas Foto von einem mexikanischen Jungen. (Weitere Arbeiten von Tina erscheinen in der deutschen Arbeiterpresse u.a. wiederum als Titelbilder bzw. Text-Illustration in der ,,Arbeiter-Illustrierten Zeitung'' in den Jahren 1930 und 1932 sowie, als Beispiele vorbildlicher Arbeiterfotografie, in der Mitgliederzeitschrift des ,,Verbandes der Arbeiter-Fotografen Deutschlands'', ,,Der Arbeiter-Fotograf'').

Während es ihrem ,,Lehrer'' Edward Weston noch entschieden darum zu tun war, die Fotografie als Kunst und sich selbst als Künstler anerkannt zu sehen, distanziert Tina sich von diesen Bestrebungen. In der Einleitung, die Tina für die erste große Ausstellung ihrer Fotografien im Dezember 1929 in der Nationalbibliothek von Mexico City verfaßte, wird ihre neue Auffassung deutlich: *,,Immer dann, wenn man die Worte ‚Kunst' oder ‚Künstlerin' in bezug auf meine photographischen Arbeiten verwendet, habe ich ein unangenehmes Gefühl ... Ich halte mich für eine Photographin, für nichts anderes, und wenn sich meine Photographien von denen anderer unterscheiden, so deswegen, weil ich nicht versuche, Kunst zu machen. Ich mache gute Photos, ohne Trick und Manipulation, während die meisten Photographen immer noch auf künstlerische Effekte aus sind und versuchen, andere graphische Kunstformen zu imitieren. So entstehen hybride Produkte, die alle Eigenschaften haben, nur die nicht, die sie haben sollten: photographische Qualität.''*

Über diese Distanzierung von bestimmten Auffassungen von der Fotografie hinaus, beginnt Tina den Stellenwert fotografischen Arbeitens in ihrem Leben zu relativieren. Sie schreibt im September 1929 an Weston von ihren vielfältigen Aufgaben und folgert: ,, ... *ich kann nicht all meine Zeit auf das Fotografieren verwenden''* (4).

Mellas Ermordung

Vorsitzender der Antiimperialistischen Liga, in der alle Länder Zentral- und

Mellas Ermordung

Vorsitzender der Antiimperialistischen Liga, in der alle Länder Zentral- und



Südamerikas vertreten waren, war Vittorio Vidali. Vidali nahm Kontakt auf mit Julio Antonio Mella, einem jungen kubanischen Revolutionär. Mella hatte 1923 in Kuba die Kämpfe an der Universität gegen den Diktator Machado geführt. Mella wurde verhaftet, aber ihm gelang die Flucht nach Mexiko. Dort wurde er Mitglied des ZKs der KP und Gründer von Kampforganisationen der Bauern und der kommunistischen Jugend. Vidali und Mella begründeten gemeinsam in Mexiko das karibische Sekretariat der Internationalen Roten Hilfe, einer damaligen weltumfassenden Massenorganisation zur Solidarität mit politischen Gefangenen.

Mella arbeitete ebenfalls an der „Machete" mit und lernte Tina vermutlich bei dieser Arbeit kennen. Ihre Beziehung, die im September 1928 begann, dauerte nur wenige Monate.

Als Mella am 10. Januar 1929 *„in Begleitung seiner unzertrennlichen Gefährtin im revolutionären Kampf, der italienischen Kommunistin Tina Modotti"* („El Machete") nach Hause zurückkehrte, wurde er von zwei Schüssen aus dem Hinterhalt schwer verletzt und starb wenige Stunden später. Gegenüber der Polizei konnte er noch aussagen, *„daß die zwei Attentäter von der Regierung Kubas beauftragt worden seien, ihn zu töten"* (Polizeiprotokoll).

Vidali nahm später an, daß *„seine Ermordung beschlossen (wurde), als der Diktator Machado die Nachricht erhielt, daß Mella ein Unternehmen, wie es später Castro durchführte, plante"*.

Von der rechten Presse, der daran gelegen war, die Verantwortlichkeit des kubanischen Diktators für Mellas Ermordung zu vertuschen, wurde die Beschuldigung erhoben, Tina Modotti selbst sei die Täterin gewesen: *„Politik, Leidenschaft und Tod, ein lasterhaftes Privatleben, aber nach außen gezeigte Tugend"* wurden von der Rechtspresse ins Spiel gebracht, womit gleichzeitig Tina als politische Kämpferin wie als selbständige Frau exemplarisch diskreditiert werden sollte.

Während die Beschuldigung Tinas als „Mörderin aus Leidenschaft" an Mella bis heute von mancher Stelle als Spekulation aufrechterhalten wird, gestand das mexikanische Außenministerium in einem Schreiben an den Präfekten von Venedig, der Informationen über die ehemalige italienische Staatsbürgerin Tina Modotti angefordert hatte, ein: *„Man kann annehmen, daß das Verbrechen aus politischen Gründen begangen wurde und der Version Glauben schenken, daß Mella wegen seiner gegen die Herrschaft des Generals Machado gerichteten Aktivität getötet worden ist."*

Zusammen mit der Hetze gegen Tina begann eine offensichtlich vorbereitete Unterdrückungskampagne gegen die politischen Emigranten in Mexiko. Die KP wurde verboten. Kuba und Mexiko beteiligten sich an dem Plan der USA, jegliche revolutionäre Bewegung in Zentralamerika zu unterdrücken.

„...keine Zeit für Tränen ..."

„...keine Zeit für Tränen ..."

Nach Mellas Tod, erinnert sich Vidali, *„veränderte sich alles in ihrem Leben. Tina widmete sich rückhaltlos dem Kampf für die Bewegung. Als Sandino aus Nicaragua nach Mexiko kam, um dort Hilfe zu suchen, fragte ihn Tina, ob sie als Photographin an seinem Kampf teilnehmen könne. Sandino riet ihr ab mitzukommen, er meinte, die Lebensbedingungen in Nicaragua seien für einen Europäer absolut unerträglich"*.

An Weston schreibt Tina im September 1929: *„... heute kann ich mich nicht einmal dem Luxus meines Schmerzes hingeben — ich weiß gut, daß jetzt keine Zeit für Tränen ist, man erwartet von uns das Äußerste, und wir können nicht ausbleiben und auf halbem Wege stehenbleiben — es gibt kein Zurück — weder unser Bewußtsein noch das Gedenken an die Opfer erlaubt uns dies ..."*.

Obwohl ihre Lage, politisch wie finanziell, immer schwieriger wird, lehnt sie das Angebot, offizielle Fotografin des mexikanischen Nationalmuseums zu werden, ab: *„... sowohl als Mitglied der Partei als auch als Gefährtin Mellas, es wäre mir unmöglich gewesen, anzunehmen"* (Brief an Weston, Sept. 1929).

Nachdem Tina sich von dem Anerbieten einer staatlichen Anstellung nicht hatte bestechen lassen, kam die Gelegenheit für ihre Ausweisung, als im Februar 1930 ein Attentat auf den mexikanischen Präsidenten Rubio verübt wird. Tina wurde angeklagt, an der Verschwörung gegen den Präsidenten teilgenommen zu haben, und sie wurde inhaftiert. Da kein sie belastendes Material gefunden werden konnte, wurde sie summarisch beschuldigt, Unruhestifterin und Kommunistin zu sein. Tina antwortete, sie sei Kommunistin und Revolutionärin und klagte ihrerseits die mexikanische Regierung an, für den Tod Mellas verantwortlich zu sein und mit der faschistischen Regierung Machados auf Kuba und mit den USA in ihrer Politik der Unterdrückung und Ausbeutung zu kollaborieren. Nachdem Tina dreizehn Tage lang in Haft war, trat sie in den Hungerstreik. Nach drei Tagen wurde ihr angeboten, sie könne in Mexiko bleiben, müsse aber ihre revolutionären Aktivitäten aufgeben. Tina lehnte ab. Ein gleiches Angebot machte ihr der Botschafter der USA (sie war durch ihre Ehe mit Robo amerikanische Staatsbürgerin), Tina lehnte ebenfalls ab. Die italienische Botschaft wollte ihr eine Passage nach Italien zuschieben, doch die Reise in das Italien Mussolinis wäre für Tina einem Todesurteil gleichgekommen. Ihre Ausweisung wurde beschlossen. Binnen zwei Tagen mußte sie das Land verlassen, in dem sie seit sieben Jahren sie gelebt, gelitten und gekämpft hatte.

In Berlin

Tina verließ Mexiko mit dem niederländischen Dampfschiff „Emden". Ihr Weg war von Kundgebungen begleitet. In Kuba, wo die „Emden" vor Anker gegangen war, demonstrierten riesige Menschenmengen für *„Mellas Gefährtin"* (sic!), bei ihrer Ankunft in Rotterdam veranstaltete die Rote Hilfe eine Manifestation für sie. Juristen forderten politisches Asyl für sie und verhinderten ihre Auslieferung an Italien.

Tina wollte nach Berlin, wo Vidali, der — unter falschem Namen — ebenfalls mit der „Emden" Mexiko verlassen hatte, zusammen mit deutschen Genossen ihre Einreise in die Sowjetunion vorbereitete.

Die sechs Monate in Berlin des Jahres 1930 waren für Tina eine außerordentlich schwere Zeit. Sie versuchte, Zugang zur kulturellen Welt und zu journalistischen Kreisen zu finden, wobei sie auf erhebliche, auch technische Schwierigkeiten stieß. Sie war für die schwere und großformatige Graflex ausgebildet, während in Deutschland schon kleinerformatige Apparate im Gebrauch waren. *„Man hat mir Reportagen oder andere journalistische Arbeiten angeboten"*, schrieb sie an Weston, *„aber ich glaube, für diese Arbeit ungeeignet zu sein ... die Art propagandistischer Photographie, die ich in Mexiko begonnen habe, ist hier schon weit verbreitet; es gibt eine Vereinigung von Arbeiterphotographen ... die Arbeiter selbst machen solche Bilder und sie haben natürlich bessere Möglichkeiten, als ich sie jemals haben könnte, da es ihr eigenes Leben ist und ihre Probleme sind, die sie photographieren. Natürlich sind ihre Ergebnisse weit entfernt von dem Standard, den ich in der Photographie zu erreichen mich bemühe, aber am Ende wird dasselbe erreicht"* (5).

Im Oktober 1930 entscheidet sich Tina, nach Moskau zu reisen (6). Unter Leitung von Elena Stassowa, der ehemaligen Sekretärin Lenins, beginnt Tina bei der Internationalen Roten Hilfe als Übersetzerin für Italienisch, Französisch, Englisch und Spanisch — sämtliche Sprachen beherrscht sie ausgezeichnet — zu arbeiten.

Im Januar 1931 äußert Tina zwar in einem Brief an Weston noch den Wunsch, sich eine Leica (eine jener Kleinbild-Kameras, mit denen sie in Berlin erhebliche Schwierigkeiten gehabt hatte) zu kaufen (7), als ihr von der KPdSU *„eine sehr gute Arbeit als Photographin"* (8) angeboten wird, lehnt sie jedoch ab, um sich ganz der Arbeit in der lateinamerikanischen Sektion der IRH zu widmen. Der Berliner Fotografin Lotte Jacobi, die Tina in Berlin kennengelernt und unterstützt hatte, sagt Tina in Moskau: *„Ich kann nicht die Kamera benutzen, wenn es soviel zu tun gibt"* (9).

Eine Rolle für die vollständige Aufgabe ihres fotografischen Schaffens dürfte auch gespielt haben, nimmt ihre italienische Biografin Maria Caronia an, daß sich zu der Zeit, in der Tina in die UdSSR kam, die Meinung durchsetzte, *„daß Kunst und künstlerischer Ausdruck nur von untergeordneter Bedeutung seien. Die avantgardistischen Künstler beschäftigten sich nicht mehr mit Experiment und Fortschritt, sondern* (?? — d. Verf.) *sie wandten sich dem Unterricht und der politischen Propaganda zu ... In diesem Licht sind Tina Modottis Verzicht auf individuellen Ausdruck (trotz des außerordentlich objektiven Charakters der Photographie) und ihre Entscheidung, im Kollektiv im Bereich der Partei zu arbeiten, zu verstehen."*

1932 begann Tinas Beziehung mit Vittorio Vidali, mit dem sie von nun an zusammenlebte. Bis 1933 war Tina mit Aufträgen und Unterstützungsgeldern der IRH u. a. in der UdSSR und in Polen unterwegs. Ende 1933 wollten Vidali und Tina nach China gehen, sie erhielten jedoch den Auftrag, in Paris das Auslandszentrum der IRH aufzubauen und ihre Aufmerksamkeit insbesondere den politischen Asylanten zuzuwenden.

Als Vidali mit einer Mission in Spanien betraut wurde, folgte ihm Tina dorthin.

Im Spanischen Bürgerkrieg

Im Juli 1936 putschte Franco, unterstützt von den faschistischen Regimes in Italien und Deutschland und geduldet von den westlichen Demokratien, gegen die junge spanische Republik.

Zusammen mit den Kommandanten Lister und Modesto war Vidali (unter dem Decknamen Carlos Contreras) an der Aufstellung des 5. Regiments der Republik beteiligt, das zur Keimzelle der Volksarmee wurde. Tina (in Spanien „Maria") wurde dem 5. Regiment zugeteilt und war während des gesamten Spanischen Bürgerkrieges im Rahmen der Roten Hilfe und der Verwundetenversorgung aktiv.

Juan Comorera, damals Sekretär der Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens, erinnert sich: *„In Madrid, in Jarama, in Guadalajara, am Ebro, in Teruel und am Segre, dort, wo die Soldaten der Republik den nazifaschistischen Horden die ersten Niederlagen zufügten, war Tina Modotti mit ihrem unbezähmbaren Willen und ihrem unerschütterlichen Vertrauen auf den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse mit dabei."*

Im Krieg lernt Tina den kanadischen Arzt Norman Bethune kennen, der 1937 zur Unterstützung des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression nach China ging und dort 1939 starb. Mao widmete ihm einen bewegenden Nachruf (10). In Spanien half Tina Bethune, sein lebensrettendes Vorhaben zu verwirklichen, Bluttransfusionen direkt auf dem Feld durchzuführen.

Nach der Niederlage der Republikaner 1939 ist es Tinas und Vidalis Aufgabe, für die 30.000 Flüchtlinge zu sorgen, die in Frankreich Asyl gefunden haben und in Lagern zusammengepfercht sind. Während eines Aufenthaltes in Paris wird Vidali eine offizielle Botschaft aus der UdSSR zusammen mit einer vertraulichen Mitteilung von Elena Stassowa übergeben. Vidali solle sich entscheiden, entweder zur Arbeit im Parteiapparat nach Moskau zurückzukehren oder aber in die USA zu gehen, um sich um die dortigen Asylanten zu kümmern. Elena Stassowa gibt ihm in ihrer vertraulichen Mitteilung den Rat, sich unter den gegebenen Umständen soweit wie möglich von der UdSSR abzusetzen ...

Zurück in Mexiko

Tinas Anwesenheit auf dem Schiff, das sie in die USA bringen soll, wird verraten, so daß sie in New York nicht einmal an Land gehen kann. Zusammen mit Vidali sucht sie in Mexiko Asyl. Das Mexiko unter dem Präsidenten Cardenas, wenngleich kommunistenfeindlich, achtete die politischen und gewerkschaftlichen Rechte und war, mit der spanischen Republik gegen Franco verbündet, erklärt antifaschistisch.

Vidali arbeitete als Journalist bei der Zeitung „El Popular" und war Sekretär von „Javier Mina", einer Organisation in Mexiko lebender Interbrigadisten. Er leitete die Ausländergruppe der mexikanischen KP, in der alle ausländischen Kommunisten — außer den Spaniern — organisiert waren.

Tina arbeitete an Übersetzungen von Lenin und Varga ins Spanische. Während der ständigen Überanstrengungen im Spanischen Bürgerkrieg hatte sie sich ein Herzleiden zugezogen, das an sich nicht ernst war, Tina aber aufgrund der Höhenlage Mexico Citys zwang, Anstrengungen und Aufregungen zu vermeiden. Zusammen mit der Schriftstellerin Constancia de la Mora begann sie die Arbeit an einem Buch, für das sie die Kunstwerke von Oaxaca und Yukatan fotografieren sollte.

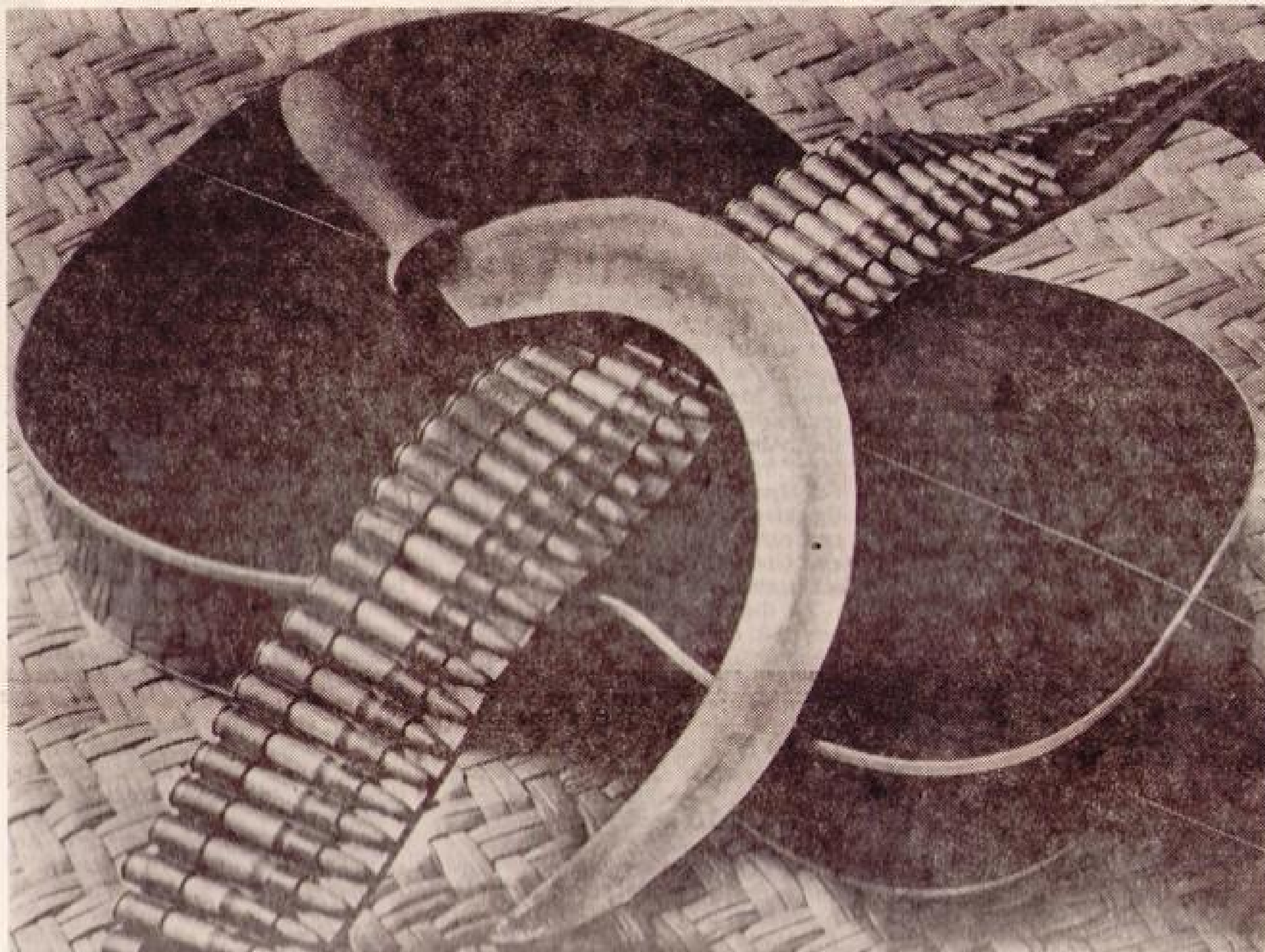
Fotografien aus diesem Unternehmen sind nicht erhalten geblieben, das Buch selbst ist nicht mehr erschienen. — Am Abend des 6. Januar 1942 waren Vidali und Tina bei einem ihrer Freunde, dem Bauhaus-Architekten Hannes Meyer, eingeladen. Vidali hatte noch in der Redaktion zu tun und ging früher, Tina wollte nachkommen. Gesprochen wurde an diesem Abend, erinnert sich Hannes Meyer, über *„das Genie von Simon Timoschenko, die sowjetischen Antitank-Waffen* (11), *über das Quintett Opus 57 von Dimitrij Schostakowitsch und ... über die Möglichkeit, bald eine Reise nach Madrid, Genua, Udine und endlich nach Moskau unternehmen zu können, ohne Pässe. ‚Arrividerci', wiederholte sie mit einem Lächeln und verschwand schnell mit den Freunden, verschlungen vom schwarzen Rachen der Nacht. Zehn Minuten später war sie in einem Taxi, regungslos, kalt und allein."*

Tina Modotti, 45 Jahre alt, war an einem Herzanfall gestorben. Ähnlich wie nach der Ermordung Mellas begann die mexikanische Rechtspresse eine Hetzkampagne. Vidali wurde beschuldigt, Tina ermordet zu haben. Die Presse behauptete: *„Ihr Liebhaber ... ist ein fanatischer Anhänger der GPU und sehr verdächtig"*, *„Der Tod Tina Modottis trägt alle Anzeichen der unter Kommunisten üblichen Liquidationen"*.

Erst Erklärungen der Familie Modotti und des Vittorio Vidali gewidmete Gedicht Pablo Nerudas „In morte di Tina Modotti" bewirkten eine Entkräftigung der Anschuldigungen.

„Tina, Ausdruck der Gefühle des Volkes", schrieb der Dichter und Philosoph Jose Alvarado einige Tage nach ihrem Tod, *„Enthüllerin des menschlichen Antlitzes, Vorläuferin von all dem, was uns Photographie bedeutet, große und einzigartige Stimme Mexicos."*

C.C.



Marti Casanovas: Symbole der Revolution

...Tina Modotti hat mit ihren Photographien Symbole der mexikanischen Revolution geschaffen, die ausgezeichnet als Propagandamittel zu gebrauchen sind; sie hat sich von gesellschaftlichen Ereignissen, durch Massenbewegungen und proletarische Aktivitäten anregen lassen.

Die von ihr geschaffenen Symbole bestehen aus Elementen, die jeweils für sich selbst keine Aussage- und Suggestivkraft

schaftlichen Ereignissen, durch Massenbewegungen und proletarische Aktivitäten anregen lassen.

Die von ihr geschaffenen Symbole bestehen aus Elementen, die jeweils für sich selbst keine Aussage- und Suggestivkraft

haben: ein Maiskolben, eine Sichel und ein Patronengurt — gestalterische Mittel von höchster Einfachheit fassen die Revolution mit ihren Zielen und Errungenschaften zusammen; ein Maiskolben, ein Patronengurt und die Saiten einer Gitarre stehen für das populäre mexikanische Volkslied; eine Sichel und die Nummern 27 und 123 verweisen auf die Artikel der mexikanischen Verfassung, die den Landbesitz und die Rechte des Proletariats regeln. So sind die letzten Photographien von Tina Modotti alles in allem eine Darstellung der Revolution ...

Man kann sozial engagierte Kunst machen, ohne ästhetische Maßstäbe aufzugeben. Natürlich kann man auch wirkliche Kunst ohne soziales Engagement machen. Aber zweifellos bedeuten uns die revolutionären Symbole Tina Modottis mehr als ein vollkommen abstraktes Werk, das nur einem formalen Mechanismus gehorcht.

che Kunst ohne soziales Engagement machen. Aber zweifellos bedeuten uns die revolutionären Symbole Tina Modottis mehr als ein vollkommen abstraktes Werk, das nur einem formalen Mechanismus gehorcht.

Es ist das große Verdienst Tina Modottis, daß sie persönliche Redlichkeit mit formaler Reinheit vereint. Ihre Arbeiten sind ehrlich und frei von Kniffen und Tricks. Tina Modotti hat aus der Photographie eine wirkliche Kunst gemacht, und das Werkzeug, das ihr zur Verfügung steht, in den Dienst der Revolution gestellt. Und das ist möglicherweise ihr größtes Verdienst.

(Aus: Rezension in 30/30, Jg. 10, Mexiko City, 1929)

Quellen und Anmerkungen:
1 Maria Caronia, Das Leben Tina Modottis, in: Tina Modotti — Photographin und Revolutionärin,

Quellen und Anmerkungen:

1 Maria Caronia, Das Leben Tina Modottis, in: Tina Modotti — Photographin und Revolutionärin, Wien/München 1981 (Übers.: d. ital. Orig.ausg. Tina Modotti — Fotografa e Rivoluzionara, Milano 1979). — Der Artikel stützt sich vor allem auf diese Quelle, sämtliche Zitate sind, sofern nicht anders angegeben, dieser Quelle entnommen.

2 Jörg Krichbaum, Lexikon der Fotografen, Frankfurt 1981 (= Fischer Taschenbuch 6418), S. 193

3 *„militärische Gesinnung"* — möglicherweise ein Übersetzungsfehler und tatsächlich gemeint „militante ..."

4 Mildred Constantine, Tina Modotti — A Fragile Life, New York/London 1975, S. 159

5 Die erste Hälfte des Zitats aus Tina Modottis Brief an Weston ist nach Maria Caronia, a.a.O., wiedergegeben; die zweite Hälfte (als eigene Übersetzung) nach Mildred Constantine, a.a.O., S. 181 f. 6 entfällt

7 Mildred Constantine, a.a.O., S. 188

8 ebd., S. 191

9 ebd., S. 194

10 Mao Tse-Tung, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 391, ff.

11 Bei Maria Caronia ist nur die Rede von einem Gespräch über u.a. *„die Sowjets"*, während Mildred Constantine diesen Gesprächsteil mit *„the Soviet anti-tank trenches"* (a.a.O., S. 213) widergibt

Der Artikel über Tina Modotti besteht aus zwei Teilen.

Dem ersten, hier abgedruckten Teil schließt sich an eine knappe Darstellung ihrer „Wiederentdeckung" (Ausstellungen, Bücher, Film) und eine Kritik der Einschätzung ihres Lebens und fotografischen Schaffens, wie sie im „Frida-Kahlo-Tina-Modotti-Katalog" (Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1982) von Laura Mulvey und Peter Wollen vorgenommen wurde.

Mitglieder der AK-Redaktion haben die Aufnahme dieses 2. Teils in den AK abgelehnt und dem Autor stattdessen den Abdruck im (KB-)„Internen Bulletin" angeboten. Der Autor ist (ungeachtet seiner Zustimmung zum Abdruck des 1. Teils) mit dieser Regelung nicht einverstanden.

C.C.

Buchbesprechung:

Grete Thomas: »Die Grünen kommen«

„Dieses Buch ist ein Roman und keine Reportage, wenn es auch dem Leser manchmal so vorkommen mag", schreibt Grete Thomas im Vorwort zu ihrem gerade erschienenen Buch „Die Grünen kommen" (Moby Dick Verlag). Daß die Geschichte tatsächlich an vielen Stellen wie eine Reportage wirkt, hängt sowohl mit ihrem Gegenstand — der turbulenten Gründungsphase der Partei „Die Grünen" — als auch mit der Person der Autorin zusammen:

Grete Thomas, Jahrgang 1921, ist in der Tat bisher nicht als „Romanschriftstellerin" in Erscheinung getreten, wohl aber als politische Praktikerin, Grüne der ersten Stunde, und zeitweise Mitglied im Bundesvorstand der Grünen Partei. Seit Gründung der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) Niedersachsen gehört sie dem linken Flügel der Grünen an. Spätestens seit ihrem Eintreten für die Alternative Liste Bremen — gegen Olaf Dinnés „Bremer Grüne Liste" — im Sommer 1979 war sie für die grüne Mehrheitsströmung in Niedersachsen (die seinerzeit von der Gruppe Z so titulierten „Mittelkräfte" um Helmut Lippelt) zur „roten Grete" geworden. Ihr Eintreten für eine Kooperation mit den bunten und alternativen Listen und für eine deutlich linke grüne Programmatik machte sie endgültig zum Störfaktor und Ärgernis. Nachdem Grete Thomas Anfang 1980 in den Bundesvorstand der gerade gegründeten Grünen Partei gewählt worden war, erfolgte schon wenige Monate später, auf dem Dortmunder Bundesparteitag im Juni 1980, die „Abrechnung". Wegen „Bespitzelung" von Helmut Lippelt, hauptsächlich aber wegen ihrer linken Aktivitäten brachten ausgerechnet die Bremer Grünen einen Mißtrauensantrag gegen sie ein. Grete Thomas wurde als Bundesschatzmeisterin abgewählt.

Zu diesen wechselvollen Erfahrungen mit den Grünen schreibt Grete Thomas: *„In den drei Jahren meiner Arbeit bei den Grünen bin ich mit so vielen Menschen unterschiedlichster Auffassungen zusammengekommen wie nie in meinem Leben zuvor. Eine Unmenge neuer Eindrücke stürmte auf mich ein, Parteilichkeit entstand, Freundschaften und Feindschaften. Ich lernte es, politische Zusammenhänge zu begreifen. Um dieses alles für mich aufzuarbeiten, drängte es mich, meine Erlebnisse aufzuschreiben. Für eine Reportage wäre das zu lang und verworren geworden, darum wählte ich die Form des Romans, der einerseits Handlungen straffen kann und andererseits der freien Phantasie genügend Spielraum läßt. Sollten bestimmte Personen versuchen, sich in dem Roman zu erkennen, so sind sie auf dem Holzweg..."* Letzteres sollte nicht ganz so wörtlich genommen werden.

Die Story

Held der Geschichte ist Kalli, ein nicht mehr ganz junger Lehrer in Niedersachsen, unabhängiger Linker, aber seit seiner Unizeit nicht mehr politisch aktiv, der aus Interesse die Gründungsversammlung des örtlichen grünen Kreisverbandes besucht und dort gleich Mitglied und Schriftführer wird. Seine ganze Freizeit stellt er nun in den Dienst der „Grünen Umweltschutzpartei". Überraschend wird er zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl gewählt. In schneller Folge erlebt Kalli persönliche Erfolge, Intrigen und harte Fraktionsstreitigkeiten. Ihm wird bewußt, daß die „GUP" im Grunde aus zwei Parteien besteht. Die Geschichte nimmt ihren Fortgang über die Landtagswahl, die fehlgeschlagenen Bemühungen um eine einheitliche grün-alternative Liste zu den hessischen Landtagswahlen im Herbst 1978, erste Kontakte zur Hamburger Bunten Liste und die Gründung der „Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen" anläßlich der Europa-Wahl. Jetzt findet Kalli sich in einer Partei mit Gruhl und Springmann, weiß, daß das nicht gut gehen kann, zieht sich zeitweise aus der Arbeit zurück. Zur Bremer Wahl wird er wieder aktiv, ergreift Partei für die Alternative Liste und zieht sich damit den ungeteilten Haß der Bremer Grünen als auch der Mehrheit seiner niedersächsischen Parteifreunde zu. Die Gründung der Grünen Bundespartei steht bevor. Eine Partei „von Gruhl bis Dutschke" wollen die Rechten; die Bunten und Alternativen orientieren für die Bundestagswahl auf ein Bündnis mit den Grünen unter Wahrung ihrer Autonomie. Kalli organisiert massenhaft linke Eintritte in die Grünen. Die gleiche Taktik verfolgt auch „Jochen" von der Bunten Liste Hamburg, Kallis politischer Ratgeber, *„der beim Kommunistischen Bund den besten Namen hat"*. Bei der Parteigründung in Karlsruhe wird Kalli in den Bundesvorstand gewählt. Als Linker bekannt, wird er in seiner Arbeit zielstrebig behindert, vor allem durch den „guten Geist" in dem „Häuschen an der Friedrich Ebert-Allee" in Bonn, einem *„großen, schlanken jungen Mann mit hellblonden Haaren und Barbarossabart"*. Auf dem Dortmunder Parteitag wird Kalli dann abgewählt — weil er ein Linker ist und weil er den Verdacht geäußert hat, bei den Grünen habe der Verfassungsschutz seine Finger im Spiel.



Grete Thomas
(Foto: Günter Zint)

Womit wir bei der zweiten, parallel zu Kallis persönlicher Geschichte sich durch den Roman ziehenden Handlung sind: den Versuchen von Industrie, CDU und Verfassungsschutz, die Entwicklung der Grünen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Grünen sollen eine honorige bürgerliche Umweltschutzpartei bleiben, die FDP unter 5 % drücken und so der Regierungsübernahme der CDU/CSU den Weg ebnen. Geheime Konferenzen werden durchgeführt, Gelder für die grüne „Parteiarbeit" bereitgestellt, einzelne Grüne referieren vor Industriellen. *„Hauptdrahtzieher"* in der Anfangsphase ist *„Thormann"*, der jedoch bald über seine eigenen Schlingen stolpert. An seine Stelle tritt „Gero Huchthausen", der von sich selbst behauptet: *„Ich bin der bessere, weil geschicktere Thormann."* Er ist vor allem flexibler im Umgang mit den Linken. Nachdem klar geworden ist, daß die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen nicht die absolute Mehrheit erreichen kann, disponieren Huchthausens Auftraggeber um: *„Diesmal brauchen wir die Liberalen so nötig wie das tägliche Brot. Unsere neue Aufgabe ist es, die FDP zu stärken und die Grünen zu schwächen."* Huchthausen entwirft
eine überzeugende Strategie für einen
schwächen." Huchthausen entwirft
„eine überzeugende Strategie für einen Antiwahlkampf".

Fast gelingt es, diese Machenschaften aufzudecken. Helgart, Rechtsanwältin aus Bremen, erst Kandidatin der AL, dann zur Bremer Grünen Liste übergelaufen, ständig zwischen Linken und Rechten hin- und hergerissen (mal fordert sie Kallis Parteiausschluß, mal geht sie mit ihm ins Bett), meldet sich bei Kalli: *„Kalli, hör zu, ich weiß alles über unseren Freund* (Huchthausen, Anm. AK), *hatte tolles Glück. Es ist anscheinend ein ganzes Netz, vierzehn Leute... Die Staatsorgane stricken bei den Grünen gewaltig mit, man hält die Grünen für viel interessanter als sie sind."* Die Namen erfährt Kalli nicht mehr — Helgart verunglückt tödlich mit dem Auto. Kalli zieht sich aus der Arbeit bei den Grünen zurück. Er will sich in der Friedensbewegung engagieren. *„Das schließt direkt an das Saarbrücker Programm an, das Kalli immer noch für das beste Parteiprogramm aller Zeiten hält."*

Angreifbar ...

Die Geschichte ist natürlich noch weitaus komplizierter, als das in einer kurzen Inhaltsangabe zusammengefaßt werden kann. Grete Thomas hat sich bemüht, Kalli nicht allein als Politiker agieren zu lassen. Immer wieder werden auch seine persönlichen Konflikte — düstere Kindheitserinnerungen, Einsamkeit, Beziehungsprobleme, Verwandte in der Öko-Nazi-Szene — dargestellt und konfrontiert mit dem Psychoterror, den Intrigen und Diffamierungen, denen er innerhalb der Grünen ausgesetzt ist, allen Beteuerungen über den angeblich in dieser Partei herrschenden „partnerschaftlichen Stil" zum Trotz. Diese Teile des Romans sind durchaus glaubwürdig; vor allem, wenn man weiß, wie übel Grete Thomas selbst bei den Grünen mitgespielt worden ist, und wenn man berücksichtigt, daß ihr Buch auch persönliche „Vergangenheitsbewältigung" ist.

Einige historische Ungenauigkeiten sind sicher verzeihlich, ebenso die persönliche Kommentierung einiger Vorgänge und Ereignisse wie z.B.: der Abwahl von August Haußleiter; der innerlinken Auseinandersetzung um Masseneintritt in die Grünen oder nicht; der Rolle des KB: *„Während der Vorstandswahlen* (in der GLU Niedersachsen; Anm. AK) *führen die flinken jungen Leute vom KB die Regie."* Übertrieben ist auch eine Episode um den grünen Nazi „Panmann", der Kalli am Rande einer Vorstandssitzung mit der Pistole bedroht: *„Mit einem Schlag haut Kalli dem schmächtigen Greis sein Mordinstrument aus der Hand..."*.

Besonders problematisch ist allerdings die Geschichte mit dem in den Führungsgremien der Partei die Fäden ziehenden Verfassungsschutz. Zweifellos werden sich die Staatsschutzbehörden auch für die Grünen interessieren, Anwerbungsversuche unternehmen, vermutlich auch tatsächlich ihre „Leute in der Szene" haben (wie überall, wo oppositionelle Politik gemacht wird). Ziemlich unrealistisch ist aber die Annahme, es könnte dem VS gelingen, mit Hilfe ihres Top-Agenten „Huchthausen" und „mindestens vierzehn" weiteren Grünen-Funktionären, die Politik dieser Partei über längere Zeit und derart massiv zu steuern.

Darüber hinaus orientiert sich die staatliche Einflußnahme auf die Grünen — ob mittels „Agenten" oder ganz offen — keineswegs allein an den kurzfristigen Interessen der CDU. Das hat es zwar auch gegeben, am deutlichsten zu Zeiten des GLU-Vorsitzenden und Oberregierungsrats Beddermann, der
nach der niedersächsischen Landtagswahl 1978 (CDU stärkste Partei. FDP
nach der niedersächsischen Landtagswahl 1978 (CDU stärkste Partei, FDP und Grüne nicht im Parlament) ganz offen von einem Erfolg seiner Politik sprach. Längerfristig drohen den Grünen — wie auch den alternativen Listen — ganz andere Gefahren. Es stellt sich die Frage, ob es gelingt, die als systemtreue und angepaßte „Opposition" zu integrieren, die das „Gewaltmonopol des Staates", die Politik der kleinen Schritte" und den Parlamentarismus akzeptiert. Hier haben die Grünen ihre offene Flanke, die allerdings weniger von Geheimagenten des VS als vielmehr ganz öffentlich von den auf „Integration" und „Dialog" spezialisierten Politikern der SPD angegriffen wird.

... aber lesenswert

Eines ist sicher: Grete Thomas wird sich mit ihrem Buch erneut den Zorn vieler Grüner zuziehen, insbesondere derjenigen, die *„versuchen, sich in dem Roman zu erkennen."* Vermutlich werden sie dabei die *„ungeheuerlichen Verdächtigungen gegen verdiente Grüne"* als Aufhänger nehmen. Das war schon einmal so, als eine Begründung für Grete Thomas' Abwahl aus dem Bundesvorstand benötigt wurde.

Bei aller Kritik: der Roman ist durchaus lesenswert, insbesondere für diejenigen, die den hier beschriebenen Prozeß selbst mitgemacht oder zumindest verfolgt haben. „Pflichtlektüre für jeden politisch Interessierten und ein Lesespaß obendrein" schreibt der Verlag. Spaß ist vor allem den Kennern der Szene garantiert: Die Ähnlichkeit der Romanfiguren mit real existierenden grünen Persönlichkeiten ist eben weder zufällig noch unbeabsichtigt.